<36612298130012

Leopold von Ranke's

Sämmtliche Werke.

Neunundvierzigster und fünfzigster Band.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1887.

Leopold von Ranke's

Sämmtliche Werke.

Neunundvierzigster und fünfzigster Band.

Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1887.

Zur Geschichte

Deutschlands und Frankreichs

im

neunzehnten Jahrhundert.

Von

Leopold von Ranke.

Herausgegeben von Alfred Dove.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1887.

Das Recht der Uebersetzung ist vorbehalten.

Vorrede.

Inmitten der rastlosen Arbeit an seiner Weltgeschichte fand Leopold von Ranke während der letzten Jahre seines Lebens nicht die Muße, die bis zum 48. Bande geförderte Sammlung seiner Werke selber zu vollenden. Anstatt der eingreifenden Fürsorge seines Geistes, der auch die Außenseite literarischer Thätigkeit beherrschend übersah, muß nun sein Andenken die Bemühung der Hinterbliebenen zum Ziele leiten. —

Der vorliegende Doppelband — „zur Geschichte Deutschlands und Frankreichs im 19. Jahrhundert" — schließt sich seinem Inhalte nach den jüngstvoraufgegangenen Theilen (45—48) an, deren Gegenstand das Zeitalter der Revolution und Napoleons, insbesondere die preußische Geschichte jener Tage bildete. —

Im ersten Abschnitt findet man unter der Rubrik „Restauration und Julirevolution" eine Anzahl erzählender, betrachtender, erörternder Aufsätze zur französischen und deutschen Geschichte von 1815—1836 vereinigt, welche sämmtlich der von Ranke selbst in den Jahren 1832—36 herausgegebenen „Historisch-politischen Zeitschrift" entnommen sind. Sie gehören innerlich nicht minder eng zusammen und verdienen deshalb gemeinsam wiederveröffentlicht zu werden, während der Verewigte die übrigen in jener Zeitschrift enthaltenen Arbeiten seiner Hand bereits in den früheren Bänden der Werke hie und da verstreut zum Abdruck gebracht hat[1]).

1) Wir stellen dieselben in der folgenden Uebersicht zusammen:
Aus dem I. Band der Hist.-pol. Ztschr. v. 1832: Ueber die Zeiten

Daß nun auch die nachstehenden Aufsätze wirklich ohne Ausnahme der Feder Rankes entflossen sind, ergiebt sich in Ermangelung ausdrücklicher Zeugnisse, ganz abgesehen von der inneren Beweiskraft des Geistes und der Sprache, mit Sicherheit aus einem äußeren Merkmal. In den Inhaltsverzeichnissen zur Historisch-politischen Zeitschrift hat nämlich der Herausgeber nicht versäumt, die fremden Beiträge, wo nicht durch den Namen des Verfassers oder dessen Anfangsbuchstaben, so doch durch individuell bestimmte Zeichen, wie Kreuze, Sterne u. dergl. hervorzuheben; seine eigenen werden dadurch kenntlich, daß sie durchweg ohne jede Bezeichnung gelassen sind.

Wenn Ranke jene Stücke, deren Reproduktion er noch selbst besorgte, bei der Aufnahme in seine Werke großentheils mehr oder weniger verändert hat, so mußte die gegenwärtige Publikation, da es an jeglicher Anweisung zu einem ähnlichen Verfahren gebrach, sich natürlich auf die getreue Wiedergabe der alten Textgestalt beschränken. Das ist jedoch zugleich insofern angemessen, als diese jetzt aufs neue vorgelegten Artikel insgesammt einen überwiegend politischen Charakter an sich tragen. Ueberall entdeckt man an ihnen die Farbe des Augen-

---

Ferdinands I. und Maximilians II. = Sämmtl. Werke Bd. VII, S. 1—97. — Auszüge aus italienischen Flugschriften = W. XL/XLI, 162—180. — Rom 1815—1823. Staatsverwaltung des Cardinals Consalvi = W. ebd., 1—144. — Ein Wort über die gegenwärtigen Irrungen im Kirchenstaate = W. ebd., 156—161.

Aus Bd. II der Hist.-pol. Ztschr. v. 1833—36, und zwar Heft 1 v. 1833: Die großen Mächte = W. XXIV, 1—40. — Bemerkung über die Mémoires tirés des papiers d'un homme d'état = W. XLV, 260—268.

Aus H. 2. v. 1834: Die letzten Unruhen in Bosnien, 1802—1832 = W. XLIII/XLIV, 283—327. — Ueber die Abnahme der christlichen Bevölkerung in der Türkei = W. ebd., 538—542.

Aus H. 3 v. 1835: Die Venezianer in Morea. 1685—1715 = W. XLII, 277—361. — Ueber Capefigue histoire de la réforme etc., besonders über die Darstellung der Bartholomäusnacht = W. XII, 97—116. — Die Idee der Volkssouveränetät in den Schriften der Jesuiten = W. XXIV, 225—236.

Aus H. 4 v. 1836: Ueber die Memoiren des Cardinals Richelieu = W. XII, 137—158. — Maria Theresia, ihr Staat und ihr Hof im Jahre 1755 = W. XXX, 1—60.

blicks, in welchem sie entstanden sind. Eben deshalb schien es denn auch am besten, sie einfach nach der Zeitfolge ihres Ursprungs an einander zu reihen. —

Indem wir den Inhalt der Historisch-politischen Zeitschrift, soweit er von Ranke selber herrührt, mit der vorliegenden Ausgabe erschöpfen, dürften einige Worte der Erinnerung an jenes Unternehmen überhaupt, über das nun schon ein halbes Jahrhundert dahingegangen, hier um so mehr am Platze sein, als ja auch die literarische Erscheinung desselben im ganzen, zwar nicht eigentlich der Idee, wohl aber der Ausführung nach, den Werken Rankes beizuzählen ist.

Man weiß aus Friedrich Perthes' Leben [1]), daß in den Tagen allgemeiner Aufregung nach der Julirevolution in deutschen Herzen der Wunsch erwachte: die preußische Staatsregierung möge den zunehmenden Angriffen der Lüge wie der Verblendung gegenüber endlich einmal ihr halb scheues, halb stolzes Schweigen brechen, um sich fortan auf dem Boden der Presse selbst durch offene Darlegung der für sie so ehrenvollen Thatsachen ihres inneren und äußeren Verhaltens siegreich zu vertheidigen. Niemand drang früher und entschiedener darauf, als der wackere Perthes selber. Schon im November 1830 legte er dem preußischen Minister des Auswärtigen, Grafen Bernstorff, den ausführlichen Entwurf zu einer „historisch-politischen Zeitschrift" vor, welche dem erwähnten Zwecke dienen sollte. Er dachte sich darunter ein wohlfeiles, auf weite Kreise berechnetes, alle vierzehn Tage im Umfang von 6—8 Bogen erscheinendes Blatt, ebenso faßlich wie würdig geschrieben; als Redakteur einen preußischen Patrioten, mit dem Willen und Geist der Regierung in allen Zweigen des Staatslebens genau bekannt, einen historischen Schriftsteller von Takt und Umsicht. Doch war es dabei nicht etwa auf Produkte gelehrter Geschichtsforschung abgesehen; die Zeitschrift sollte sich vielmehr durchaus mit der lebendigen Politik, den Ereignissen und Einrichtungen der Gegenwart befassen. Nur darin würde ihr historischer Charakter bestanden haben, daß sie, doktrinären Auseinandersetzungen fremd, die Thatsachen selbst in

1) 6. Aufl. III, 331 ff.

berichtender Form mit geschichtlicher Treue zur Anschauung gebracht hätte.

Jahr und Tag, bis gegen Ende 1831, ist schriftlich und mündlich über diesen Plan verhandelt worden. Den eifrigsten der Eingeweihten schwebte dabei, wie Perthes selbst, die noch umfassendere Idee einer vielseitig organisirten Anstalt für halbamtliche politische Journalistik im allgemeinen vor. Allein zu einem so durchgreifenden Versuche, der einen vollständigen Bruch mit dem bisherigen System der Behandlung des gesammten Preßwesens in sich geschlossen hätte, vermochte die Berliner Regierung sich kein Herz zu fassen. Einzig an dem Gedanken einer historisch-politischen Zeitschrift hielt man fest; jedoch auch der bekam infolge mannichfacher einander durchkreuzender Einflüsse zuletzt eine wesentlich andere Wendung. „Es wird hier in kurzem“, schrieb Savigny am 6. December 1831 an Karl Friedrich Eichhorn[1]), „eine politische Zeitschrift unternommen, dazu bestimmt, die freimüthige Ansicht unbefangener Menschen von selbständiger Gesinnung auszusprechen, in einem rein deutschen Sinn, preußisch also nur, insofern es Eine Erscheinung des deutschen Wesens ist. Sie soll also einen natürlichen Gegensatz bilden gegen die Ultras beider Seiten, doch Polemik meist meidend. Ranke leitet das Unternehmen, und ich werde mitarbeiten[2]).

---

1) Bei J. F. v. Schulte, Karl Friedrich Eichhorn S. 204. — Vgl. ebd. S. 177 Eichhorns eigenen Brief vom 31. Januar 1831, worin er Wünsche äußert, die sich mit Perthes' Plänen nahe berühren.

2) Savigny hat für die Hist.-pol. Ztschr. zwei Abhandlungen geliefert: Die preußische Städteordnung — und: Wesen und Werth der deutschen Universitäten.

Wir benutzen die Gelegenheit, auch die übrigen, nicht von Ranke verfaßten Aufsätze zu nennen: Ueber das Leben und den Charakter von Scharnhorst (aus Clausewitz' Nachlaß). — Das preußische Zollwesen (von H. = Joh. Gottfr. Hoffmann, s. Allg. Dtsch. Biogr. XII, 604). — Ueber den deutschen Zollverein (von L. K. = Ludw. Kühne, s. A. D. B. XVII, 350). — Boden, Arbeit und Ertrag (von Georg Wilh. Keßler, s. A. D. B. XV, 657). — Ueber die Veränderungen, welche die Benutzung und der Ertrag der Landgüter u. s. w. erfahren haben (von dems.). — Ein Blick auf Großbritannien (Probe aus G. B. Mendelssohns german. Europa). — Die Theorie und die öffentliche Meinung in der Politik (wahrscheinlich von dem Philosophen Heinr. Ritter).

Das auswärtige Ministerium wird es begünstigen.“ Enttäuscht sah Perthes „eine wissenschaftliche Quartalschrift“ entstehen, „geistvoll ohne allen Zweifel, aber doch nichts als eine Zeitschrift“, im wesentlichen ein Privatwerk, allerdings sozusagen der Regierungspartei, jedoch nur in loser Fühlung mit der Staatsgewalt selbst. Mit Widerstreben übernahm der ebenso praktische wie feurige Mann den Verlag und gab ihn schon nach Jahresfrist beim Abschluß des ersten Bandes aus den Händen. Die Zeitschrift trat zuerst im Frühling 1832 ans Licht; seit 1833 erschien sie (bei Duncker und Humblot) in Jahresheften und hatte es mithin auf nicht mehr als einen zweiten Band gebracht, als sie 1836 einging.

Im März 1831 war Ranke von einer im Herbst 1827 unternommenen Forschungsreise nach Wien, Venedig, Florenz und Rom auf seinen Berliner Lehrstuhl zurückgekehrt. Mit gutem Grunde vereinigten sich alle Stimmen dahin, ihn mit der Herausgabe der neuen Zeitschrift zu betrauen. Ohne jeden inneren Vorbehalt war er 1818 aus Sachsen für immer nach Preußen übergegangen und widmete dieser Monarchie seitdem das seiner Seele lebendig eingeborene Staatsgefühl. Damit verband sich ihm, von der geistigen Luft der Zeit unaufhörlich genährt, die wärmste nationale Gesinnung. Eindringendes Verständniß für das Wesen politischer Bewegungen und Zustände mannichfaltigster Art verriethen schon seine frühesten Schriften. Mit dem Buch über die serbische Revolution hatte er sodann vor kurzem unter allgemeinem Beifall das Gebiet der neuesten Geschichte literarisch betreten, das er in den Kreis seiner Vorlesungen von Haus aus eingeschlossen. Denn so streng er den Beruf der Historie auf die reine Vergegenwärtigung des vergangenen Daseins einschränkte, so wenig hätte er diese jemals für möglich gehalten ohne klare Anschauung des Lebens der Gegenwart. Der Aufenthalt in Italien, zumal in Rom, dessen Säle damals dem internationalen Gedankenaustausch eine Stätte darboten,

---

Unbekannter Herkunft: Schreiben aus München, betr. den bair. Landtag v. 1831. — Ueber die neuesten Veränderungen im Königreich Sachsen; die Arbeiten der sächs. Kammern i. J. 1833; dies. i. J. 1834. — Die Revolution des Cantons Zürich v. J. 1830 in ihrer Entwickelung; der schweizer. Bund v. 7. Aug. 1815; ders. seit 1830.

hatte den Horizont seines Urtheils beträchtlich erweitert; noch höher schlug er es selbst für seine politische Ausbildung an, daß ihn in Wien Friedrich Gentz eines vertrauten Umgangs gewürdigt. Der Aufforderung, die jetzt an ihn erging, gehorchte er sowohl aus Neigung wie aus Pflichtgefühl. Er durfte sich bereits als geübten und wirksamen Schriftsteller betrachten. Einseitigkeit oder Maßlosigkeit lag außerhalb seiner Natur; nichts entsprach seinem Sinne besser, als die besonnene Verfolgung einer mittleren Richtung. So ging er denn mit froher Zuversicht ans Werk; er hat später gestanden: er habe gemeint, eigentlich müsse ihm jedermann beistimmen. In der That aber ereignete sich eher das Gegentheil.

Von populärer Wirkung konnte bei der vornehmen Höhe, auf der sich die Zeitschrift hielt, ohnehin nicht die Rede sein. Unter den Gebildeten jener Tage war die formale Kultur des Denkens weit genug verbreitet; allein zur objektiven Auffassung der realen Verhältnisse war man wenig befähigt und noch weniger aufgelegt. Der Versuch, von Theorien und Dogmen gleichmüthig abzusehen, zwischen den entgegengesetzten Tendenzen, die sich in der öffentlichen Meinung leidenschaftlich bekämpften, für eine ruhige Haltung Raum zu gewinnen, mußte alsbald die heftige Feindseligkeit beider Seiten auf sich ziehen. Die Reaktionäre der Hallerschen Schule, die Radowitz, Gerlach und Genossen, gründeten ein eigenes Organ, das Berliner „Politische Wochenblatt", vornehmlich in der Absicht, der Halbheit der Rankeschen Zeitschrift entgegenzuwirken. Daß diese bei den ausgesprochen Liberalen noch ungleich weniger Anklang fand, begreift sich leicht, da sie, zumal im Urtheil über die heimischen Dinge, doch entschieden ein conservatives Gepräge zeigte. Trost und Stütze hat Ranke unter solchen Umständen besonders an Eichhorn und Savigny, welche damals seine tägliche Gesellschaft bildeten[1]), gefunden; eine

1) Wir schöpfen diese Notiz, wie überhaupt die wesentlichsten, im obigen Texte verwertheten Nachrichten aus autobiographischen Diktaten Rankes, die an einer späteren Stelle der Werke mitgetheilt werden sollen. Wenn daselbst schlechthin von Eichhorn die Rede ist, so erhebt sich die Frage, ob nicht viel-

persönliche Verbindung, in der zugleich das Wesen der Sache selbst zutage tritt.

Denn nicht bloß deswegen verdient die Historisch-politische Zeitschrift ihren Doppelnamen, weil sie der Geschichte neben der Politik ihre Spalten geöffnet. Ihre Staatslehre selber ruht vielmehr durchaus auf geschichtlichem Grunde; ihre Politik ist mit einem Wort die Politik der historischen Rechtsschule. Man darf vielleicht sagen, daß eben hierdurch die Grenzen ihrer praktischen Wirksamkeit gezogen worden. Sie beleuchtet mit Meisterschaft den Ursprung und die bisherige Entwickelung des Bestehenden; darüber hinaus in die Zukunft wagt sie indeß den Blick nicht weit zu richten. Es war nicht ihre Schuld, wenn sie den Geist des einen oder des anderen Zeitgenossen nicht befriedigte; der auf das Handeln gerichtete Wille jener Generation aber mochte sich mit Recht beschweren, daß sie ihm einen positiven Antrieb eigentlich nicht gewähre. Es liegt auf der Hand, daß der Leser von heut diesen Mangel kaum empfinden wird; um so weniger durften die nachstehenden Aufsätze Rankes in der Sammlung seiner Werke fehlen. Ja, es erschien sogar erlaubt, sie der Reihe seiner streng geschichtlichen Arbeiten einzufügen. Denn sie sind nicht bloß zu Denkmälern ihrer Zeit geworden; es beruht auf jener ihrer Eigenart, daß sie sich zugleich fast überall auf die Stufe echt historischer Darstellung erheben. Die Anschauung der umgebenden Wirklichkeit, die sie damals größtentheils vergeblich zu verbreiten strebten, hat aus dem nämlichen Grunde desto mehr Eingang bei der Nachwelt

---

leicht Johann Albrecht, der spätere Minister, in den dreißiger Jahren Direktor im auswärtigen Amte, gemeint sei, der an den Berathungen über die Gründung der Hist.-pol. Zeitschrift regen Antheil genommen hatte. Daß Ranke gerade mit ihm als Herausgeber Beziehungen unterhielt, läßt sich nicht bezweifeln und wird durch die hervorragende Rolle, welche die Geschichte des Zollvereins in der Zeitschrift spielt, vor allem durch Rankes eigene Abhandlung über dieselbe (u. S. 248—296) noch besonders bestätigt. Da jedoch ausdrücklich die tägliche Gesellschaft hervorgehoben und als Dritter unter den Einverstandenen Schleiermacher genannt wird, so ist doch wohl gewiß an Karl Friedrich Eichhorn zu denken, der soeben zu Ostern 1832, hauptsächlich durch Savigny bewogen, abermals eine Professur in Berlin übernommen hatte.

gefunden. Aber auch, wo das nicht durchaus der Fall ist, bleibt diese Ansicht immer merkwürdig genug. Vielleicht den eigensten Reiz dieser Aufsätze bildet die Betonung des nationalen Moments bei der Abwehr der revolutionären und selbst der constitutionellen Bestrebungen in ihrer damaligen schematischen Gestalt. Das deutliche Bewußtsein, durch solche Haltung in den politischen Streitigkeiten der dreißiger Jahre den alten Unabhängigkeitskampf fortzusetzen, den der deutsche Geist seit den Tagen Lessings gegen den französischen zu führen genöthigt war, verleiht den Ausführungen Rankes auch in den Augen derer, die darin nur die eine Seite der Wahrheit erblicken mögen, unvergänglichen Werth.

Ranke selbst überzeugte sich bald, daß auf dem von ihm eingeschlagenen Wege das ihm vorschwebende Ziel der Belehrung und Lenkung des öffentlichen Urtheils nicht zu erreichen sei. An emsiger Bemühung ließ er es wahrlich nicht fehlen: von dem gesammten Inhalt der Zeitschrift gehören ihm zwei Drittel[1]) eigen an. Allerdings aber gewannen dabei die rein historischen Abhandlungen, denen er anfangs doch nur eine Nebenrolle zugedacht, allmählich das Uebergewicht. Er benutzte dann die Gelegenheit, einzelne Früchte seiner Reiseforschung auf solche Weise dem Publikum darzubieten. Ueberdies ließ er seit 1834 sein Werk über die Päpste erscheinen. Ungefähr gleichzeitig mit dem Abschluß der Historisch-politischen Zeitschrift ergriff er dann in der akademischen Antrittsrede von 1836[2]) das Wort zu einer theoretischen Auseinandersetzung zwischen der Historie und der Politik. Er nahm dabei gleichsam persönlich Abschied von der politischen Schriftstellerei, um sich hinfort allein der geschichtlichen zu widmen. In späteren Jahren hat er das bescheidene Bekenntniß abgelegt: das beste, was in seiner Zeitschrift vorgekommen, sei doch eigentlich historisch gewesen. —

An zweiter Stelle bringen wir das 1873 veröffentlichte Werk: „Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen.“ Auch dies erscheint hier — die Verbesserung einiger Druck- und Lesefehler

1) Von 1631 Seiten 1077.

2) S. W. XXIV, 269 ff.

abgerechnet — in unveränderter Gestalt. Es ist sicher, daß Ranke durch diese Schrift einer unparteiischen historischen Würdigung des von ihm persönlich so hoch verehrten Königs Bahn zu brechen gedachte. „Der allgemeinen Strömung," sagt er 1875, „welche gegen die nächste Vergangenheit wieder ungerecht wurde, setzte ich den Briefwechsel des Königs mit Bunsen entgegen." Auf allseitige Zustimmung hat er indessen keineswegs sofort gerechnet. „An Widerspruch wird es nicht fehlen," schrieb er im Augenblick der Herausgabe an seinen Verleger[1]), „aber der alte Frundsberg sagte: viel Feind', viel Ehr'!"

Es hätte nahe gelegen, dem Briefwechsel unmittelbar die Lebensbeschreibung des Königs nachfolgen zu lassen, welche Ranke wenige Jahre darauf für die Allgemeine Deutsche Biographie verfaßt hat. Doch wäre durch ihre Aufnahme der äußere Umfang eines Doppelbandes ungebührlich überschritten worden. Sie wird deshalb in einem späteren Bande neben dem gleichzeitig und zum nämlichen Zweck geschriebenen biographischen Artikel über Friedrich den Großen, mit dem sie schon ehedem in einer Sonderausgabe verbunden ward, unter anderen Aufsätzen vermischten Inhalts ihren Platz finden. —

Wir bieten dafür einen jedenfalls willkommenen Ersatz, indem wir an dritter Stelle eine unerwartete Gabe darbringen: „Politische Denkschriften aus den Jahren 1848—1851," bestimmt für König Friedrich Wilhelm IV., gerichtet an dessen Flügeladjutanten Edwin Freiherrn von Manteuffel, bisher ungedruckt. Sie fanden sich in Rankes Nachlaß in sauberer Copie, begleitet von einem Briefe Manteuffels aus Düsseldorf vom 18. Februar 1855, der folgendermaßen beginnt: „Hier, mein hoher Gönner, schicke ich Ihnen endlich die verheißene Abschrift Ihrer Diktate und auch gleichzeitig das Memoire, welches Sie an Budberg gegeben und von dem ich für diesen habe eine Abschrift nehmen lassen." Freiherr von Budberg war derzeit russischer Gesandter in Berlin; das ihm überreichte Memoire ist zweifelsohne das im Sommer 1854 dem Könige Friedrich Wilhelm IV. erstattete, dem Kaiser Nikolaus mitgetheilte Gutachten über die orienta-

1) Aus den Briefen L. v. Ranke's an seinen Verleger S. 46.

lische Frage, welches Ranke zuerst in der Sybelschen Zeitschrift veröffentlicht und hernach in seine Werke aufgenommen hat[1]). Man darf daraus ohne weiteres schließen, daß er auch jene anderen Denkschriften der Publikation zu gelegener Zeit für würdig hielt. Eine solche kann heute nicht dem mindesten Bedenken unterliegen; vielmehr wird sie jedermann mit Dank begrüßen.

Schon zu Anfang seiner Regierung hat Friedrich Wilhelm IV. durch seinen Generaladjutanten von Thiele bei Ranke anfragen lassen, ob er geneigt sei, den König insachen der ständischen Verfassung mit Rath zu unterstützen. Damals indeß lehnte Ranke bescheiden ab, da er die nöthige Kenntniß der provinzialen Zustände nicht zu besitzen meinte und überdies, mit der Vollendung seiner deutschen Geschichte beschäftigt, geistig gleichsam durchaus im 16. Jahrhundert lebte. Nach dem März 1848 aber hielt er es für seine Pflicht, sich einer ähnlichen Aufforderung nicht zu entziehen. „Zuweilen", sagt er darüber, „bin ich in ziemlich verzweifelten Augenblicken indirekt zurathe gezogen worden; der damalige Flügeladjutant, spätere Feldmarschall Edwin Manteuffel bot sich zum Vermittler dar. Und wenigstens soviel habe ich vernommen, daß der König auf seinen Vortrag Rücksicht nahm und sich zu einer festen Haltung ermannte."

Die vorliegenden Denkschriften führen unmittelbar in die wichtigsten Fragen der inneren und der deutschen Politik Preußens in der Zeit vom Mai 1848 bis zum Januar 1851 ein. Sie eröffnen nichtsdestoweniger zugleich in echt Rankescher Weise einen Einblick in den großen geschichtlichen Zusammenhang der damaligen Ereignisse und erinnern dadurch lebhaft an die Art der Historisch-politischen Zeitschrift. Vor der letzteren zeichnet sie aus, daß sie überall, ihrer Bestimmung gemäß, eine bei weitem größere praktische Entschiedenheit athmen. So wahr es immerhin sein mag, daß sich Friedrich Wilhelm im Augenblick durch diesen Zuspruch Rankes gestärkt fühlte, so läßt sich doch auch nicht leugnen, daß die That des Königs, zumal in den deutschen Dingen, hinter dem ertheilten Rath erheblich zurückgeblieben

1) Bd. XLIII/XLIV, S. 546 ff.

ist[1]). Aus der Darstellung Rankes in seinem Bunsen oder in jener Biographie Friedrich Wilhelms würde sich eine derartige Differenz nicht ahnen lassen; sehr natürlich, da der Historiker dort darauf ausging, die Handlungsweise des Monarchen aus der inneren Consequenz seines Wesens heraus begreiflich zu machen und in diesem Sinne zu rechtfertigen. Desto werthvoller müssen die gegenwärtigen Mittheilungen für die richtige Anschauung der eigenen Persönlichkeit Rankes in der Entwicklung seiner historisch-politischen Ideen erscheinen. Es ist an diesem Orte nicht unseres Amtes und hieße dem Reize des ersten Eindrucks dieser Denkschriften unnütz Abbruch thun, wollten wir es unternehmen, auf die merkwürdigsten der in ihnen enthaltenen Aeußerungen zum voraus aufmerksam zu machen. Nur das eine dürfen wir wohl aussprechen, daß man bei ihrem Studium hie und da an das vornehmste Ehrendenkmal gemahnt wird, das der vaterländischen Geistesrichtung Leopold von Rankes gesetzt worden ist; wir meinen die Worte aus dem Beileidsbrief des Fürsten Bismarck an die Söhne des Verewigten vom 27. Mai 1886[2]): „Ich bin mit Ihrem Herrn Vater aufs innigste verbunden gewesen durch die Uebereinstimmung der politischen Gesinnungen." —

Bonn, im Mai 1887.

Alfred Dove.

1) Auch der Entwurf zu einer Proklamation bei Verkündigung der oktroyirten Verfassung vom 5. Dec. 1848 (Nr. 4, u. S. 598) hat wenigstens formell keine Verwendung gefunden.

2) Zu Leopold von Ranke's Heimgang S. 36.

Inhalt.

I.

Restauration und Julirevolution.

Zur

französischen und deutschen Geschichte

von 1815 bis 1836.

Aufsätze aus der historisch-politischen Zeitschrift
(1832—1836).

1.

Einleitung zur historisch-politischen Zeitschrift.

(1832.)

Nicht leicht hat es eine Zeit gegeben, in welcher sich die öffentlichen Stimmen in so einseitigen Richtungen bewegt hätten, wie gegenwärtig. Die politischen Theorieen haben so gut wie allenthalben die Oberhand. Wie selten ist es, daß man eine Unternehmung, eine Einrichtung nach ihren inneren Bedingungen prüfe; man begnügt sich, den Maßstab der Theorie daran zu legen. Die Extreme geben den Ton an: das eine vielstimmiger als jemals: trotzig auf die Siege, die es erfochten hat, und auf den Beifall der großen Menge; das andere zwar in heftiger, aber unleugbar schwacher und nur immer aufreizender Opposition. Es sind zwei Schulen, die sich bekämpfen; weit und breit, in mancherlei Abstufungen ihrer Farbe, haben sie den Boden eingenommen. Die Scholastik der mittleren Jahrhunderte beschäftigte sich, die intellectuelle Welt ihren Distinctionen zu unterwerfen: diese neue Scholastik ist bemüht, die reale Welt nach ihren Schulmeinungen einzurichten.

Die nächste Folge dieses Zustandes der Dinge ist, daß man von dem, was alle Zeiten Politik und was sie Urtheil genannt haben, wenig mehr vernimmt. Die wahre Politik faßt die praktischen Interessen, das Nothwendige, das Ausführbare ins Auge; sie giebt ihre Vergangenheit nicht jeden Augenblick um einer vielleicht betrüglichen Aussicht willen auf: sie beabsichtigt ruhigen Fortgang, schrittweise sichere Entwickelung; sie hält sich auf ihrer Linie. Ein reines Urtheil

ist nur möglich, wenn man Jedweden nach dessen eigenem Standpunkt, nach dem ihm innewohnenden Bestreben würdigt. Es scheint, wie gesagt, als seien beide zur Seite gedrängt und ziemlich in Vergessenheit gekommen.

Ohne Zweifel wäre es wichtig, ihnen wieder eine Stimme zu verschaffen.

Nicht als wollte man die Theorieen bekämpfen. Man würde sie vielmehr an ihrem Orte, in ihrer Stelle anerkennen und ihnen das nämliche Recht wie jeder andern Erscheinung angedeihen lassen. Auch nicht, als ob man zwischen ihnen die Mitte zu treffen suchte, welche doch nichts anderes, als wieder Theorie, Dogma, Schulmeinung sein könnte. Ohne den Theil der Wahrheit, den sie in sich haben mögen, zu bestreiten, würde man sich nur ihrem Anspruch auf Alleinherrschaft widersetzen. Gegen diesen würde man das Recht einer unbedingten, aus ihrem eigenen Princip lebenden Existenz vertheidigen. Man würde die ursprüngliche Mannichfaltigkeit der Thatsachen hervorheben und die Erfolge durch eingehende Beobachtung zu erörtern suchen. Es würde eben ein ganz anderer Standpunkt genommen werden. Von der Doctrin würde man auf die Forderung der Sache, von den eingebildeten Bedürfnissen auf das Positive zurückkommen.

Sollten wir damit wohl der eigentlichen Wissenschaft zu nahe treten? Ihr, welche immer beflissen ist, sich an der Wahrheit der Dinge zu prüfen und zu ergänzen, würde vielmehr ein Dienst erwiesen werden.

Oder wären wir in Gefahr, ohne Richtmaß und feste Regel in die Irre zu gerathen? Eben dies ist es, was wir zu vermeiden suchen. Das System oder die Partei — die man ein lebendes System nennen kann — veranlassen leicht, das Verwerfliche sowohl als das Lobenswürdige zu verkennen, weil es ihnen widerspricht. Wir würden die unwandelbaren, ewigen Principien ins Auge zu fassen haben. Die Einsichtigen aller Zeiten wußten, was gut und groß, was erlaubt und Rechtens, was Fortschritt und Verfall ist. In großen Zügen ist es in die menschliche Brust geschrieben: ein einfaches Nachdenken genügt, um es aufzufassen. Wenn alle die Klügeleien unserer Weisheit und unseres Irrthums lange vergessen sind, werden die kommenden Jahrhunderte uns danach richten.

Auch würden wir nicht fürchten, den Bedürfnissen unserer Zeit zu widersprechen. Nichts ist dringender, als den Unterschied zwischen gesetzmäßigem Fortschritt und ungeduldig zerstörender Neuerung, zwischen verständiger Beharrlichkeit und einer einseitigen Behauptung

des Veralteten und nunmehr Leblosen in Erinnerung zu halten. Wohin hat es geführt, wohin muß es führen, daß man so wesentlich verschiedene Richtungen so leicht verwechselt? Einzugehen auf das Ereigniß, seine Bedingungen und Forderungen, das Mißverhältniß zwischen der Absicht und den Erfolgen, das oft so schneidend ist, zu beobachten, die Natur des Gegenstandes mit bestem Fleiße zu erforschen: es kann, wer sollte es bezweifeln, für Urtheil und eigene Thätigkeit nicht anders als förderlich werden. Bekennen wir, daß wir uns eine so schwere Aufgabe ein so hohes Ziel gesetzt haben. Es giebt in Deutschland so viele wohlgesinnte, ruhige, verständige Männer, welche Fähigkeit und Neigung haben, das Wesen von dem Scheine zu unterscheiden. Sie sind das Publicum, das wir zu erwerben suchen. Ihrer Ueberzeugung einen Mittelpunct zu geben und sie, so viel an uns liegt, zum öffentlichen Bewußtsein zu bringen, würde unser Ehrgeiz sein.

Indem wir uns entschließen, die bezeichnete Richtung in einer Zeitschrift zu versuchen, scheint es uns angemessen, folgenden Weg einzuschlagen.

Zuerst werden wir die neueste allgemeine Geschichte zu unserem Gegenstande machen. Es wird darauf ankommen, daß wir die innere Entwickelung der europäischen Staaten seit 1789, vornehmlich aber seit 1815 darlegen. Wenn wir dies einigermaßen mit der Genauigkeit und Unterscheidung thun, welche die Sache fordert, so wird die ungemeine Mannichfaltigkeit europäischer Zustände, die sich schon dem Reisenden unmittelbar aufdrängt, sowohl in der Schärfe ihrer Erscheinung als in ihrer tiefer begründeten Nothwendigkeit hervorspringen. Vor einigen Theorieen freilich ist Alles gleich. Kommt es aber nicht eben daher, daß es so schwer ist, sie irgendwo anzuwenden? Selbst in jenem Lande, aus dem sie wenigstens in der Form, in der man sie heutiges Tages verkündigt, großentheils stammen, dessen Zustände sie schon so oft umgeformt haben und immer wieder umformen, wo nunmehr nicht viel weniger die Interessen auf ihrer Seite sind, als die Ueberzeugungen, selbst dort werden sie doch allemal wieder unanwendbar befunden. Oder sehen wir nicht, wie alles, was daselbst zum Dasein gekommen, sich gegen seinen eigenen Ursprung zur Wehre zu setzen gezwungen ist? Das eigentliche Geheimniß, wenn wir nicht irren, der rechten Mitte. Wie verkehrt ist es und wie gefährlich muß es sein, sie unter Nationen ganz anderer Natur, in der Mitte ganz verschiedenartiger Einrichtungen frischweg geltend machen zu

wollen! Als erwüchse uns nicht aus unserem Dasein, unserer Vergangenheit unser eigenes Ideal!

In einer zweiten Abtheilung werden wir die deutschen Verhältnisse ins Auge fassen.

Nachdem Deutschland von so vielen Entzweiungen heimgesucht worden ist, sollte man ohne Zweifel alles vermeiden, was ihm eine neue, um politischer Ansichten willen, zuziehen kann. Leider giebt es einige Stimmen, die sich, ihren Nachbarn gegenüber, in einer seltsamen Mischung von Haß und Bekehrungssucht gefallen. Wir werden uns nicht zu ihnen schlagen. Unserer Meinung nach muß man den Zweck eines Staates von den Mitteln, ihn zu erreichen, wohl unterscheiden. Auf jeden Fall giebt es ein oberstes Bedürfniß, — der Sicherheit, des Rechtes und des Gesetzes, der ungehinderten Entfaltung aller Kräfte, der Stärke nach innen und außen. Dies zu erfüllen, sind ohne Zweifel mehrere Wege möglich. Nicht der wird der beste sein, der irgend einer Theorie am meisten zusagt, sondern der am sichersten zu dem Ziele führt. Eine gewisse Autonomie haben die deutschen Fürstenthümer für ihre inneren Einrichtungen immer gehabt; sie haben solche gegenwärtig vollständiger als je; es ist nur zu wünschen, daß sie ihr Bestes auf die ihnen angemessene Weise thun, ohne den Phantomen des Auslandes nachzujagen; aus der Gleichartigkeit unseres nationalen Daseins wird alsdann bei mancher Verschiedenheit im Einzelnen eine große Einheit im Ganzen nothwendig hervorgehen. Wir bekennen es von vornherein: wir werden uns vorzüglich bemühen, den Zusammenhang der Institutionen des preußischen Staates zu erläutern, seine Richtung und innere Entwickelung aufmerksam zu begleiten, dem Factum desselben das bezeichnende Wort zuzugesellen. Sollten wir aber deshalb mit denen Krieg führen, die einen andern Weg einschlagen? Gelinge es ihnen nur, die höchsten Zwecke zu erfüllen, stark zu sein, wohlgeordnet, gerecht, in menschlich reiner Ausbildung und wahrer Wohlfahrt fortzuschreiten, übrigens aber ihre Landschaften sowie das gesammte Vaterland, das man mit unerträglicher Zerwürfniß bedroht, ihres Theils in Eintracht zu erhalten! Nicht der Hader fördert, sondern der Wetteifer. Jedes große gesetzliche Bestreben soll in uns die wärmste Bewunderung finden. Aber man muthe uns nicht zu, die Formen, die Nebendinge, die Mittel blindlings zu verehren; nicht auf das Wie kann es uns ankommen, sondern auf das Was. Dies, das Ergebniß, werden wir mit aller Sorgfalt zu begreifen, seine Ursachen zu finden und die denselben zu Grunde liegenden Zustände und

Interessen zu ermitteln suchen. Immer wird uns die Idee des gesammten Vaterlandes vor Augen stehen.

In diesen beiden Theilen haben wir ein weites Feld vor uns. Wir würden die Absicht einer Zeitschrift verfehlen, wenn wir nicht, um uns eines Ausdrucks älterer deutscher Staatsmänner zu bedienen, die großen Emergenzien der gegenwärtigen Zeit beobachtend begleiten wollten. Es wird nothwendig sein, die wichtigen Fragen, welche das Publicum beschäftigen, durch ihre historischen Momente so weit zu führen, daß man sehe, worauf es ankommt, und den Beschluß, welcher gefaßt wird, vollständig zu beurtheilen, als das Glied einer großen Reihe zu betrachten in Stand gesetzt werde. Doch werden wir uns nicht sowohl mit den Einzelheiten der Ereignisse, wir müßten denn das Unbekanntgebliebene mitzutheilen haben, als mit ihrem Zusammenhange beschäftigen. Ist es unsere Absicht, die gegenwärtigen Zustände rein aufzufassen, so müssen wir auf der einen Seite ihre Entstehung zu begreifen, auf der andern ihre Fortbildung ungeirrt wahrzunehmen suchen.

Und dies führt uns noch einen Schritt weiter. Es giebt so Vieles in unserer Gegenwart, was noch stark an den Principien seines Ursprungs hält und nur durch eine tiefere Erforschung auch einer entfernteren Vergangenheit verstanden werden kann. Aber überdies liegt in der Geschichte eine unerschöpfliche Belehrung, jeder wichtige Moment hat unfehlbar einen Bezug zu uns: man könnte sagen, daß er niemals ganz vorüber sei, immerfort wirkt er nach. Eine dritte Abtheilung eröffnen wir Aufsätzen *historischen* und, wie wir denn freie Erörterungen keineswegs ausschließen wollen, *allgemeinen Inhalts*.

Hieran wird sich in einem Anhang eine Uebersicht der öffentlichen Stimmen aus Flugschriften und Zeitungen reihen. In kurzen Auszügen, nicht des Gesammtinhalts, sondern des Bezeichnenden, soll sie den Gang der öffentlichen Meinung in den verschiedenen Ländern von Europa so viel möglich zur Anschauung bringen.

So wäre unsere Absicht, nach und nach das Wichtigste zu umfassen, was ein denkender Zeitgenosse zu erfahren wünschen kann, um seine Zeit nicht nach irgend einem Begriff, sondern in ihrer Realität zu verstehen und völlig mitzuleben. Dies in dem Geiste eingehender Erforschung zu versuchen, in dem Geiste reiner und unparteiischer Wahrheitsliebe, das ist unser Vorsatz.

2.

Ueber die Restauration in Frankreich.

(1832.)

Die Revolution, die schon so oft geendigt zu sein behauptet hat, niemals scheint sie endigen zu wollen. Immer in neuen und zwar immer in entgegengesetzten Gestalten tritt sie auf. Aus der Republik verwandelte sie sich in den militärischen Despotismus; sie unterwarf sich wieder den legitimen Fürsten; sie hat dieselben neuerdings verjagt: und Niemand, der sie seitdem beobachtet hat, wird sich überreden, daß sie damit zur Ruhe gekommen sei.

Es wäre eine große Aufgabe, in der Mannichfaltigkeit ihrer Erscheinungen dasjenige aufzufassen, was dieselben gemein haben; sie in dem Kern ihres Wesens zu begreifen, wo ihre Widersprüche sich auflösen, und sie so durch alle die Umwandlungen, die sie erfahren hat, bis auf den heutigen Tag zu begleiten.

Eine Aufgabe, von der man leicht zugestehen wird, daß sie von Bedeutung für ganz Europa wäre. Die Revolution entwickelt in jeder Form, die sie annimmt, gleichmäßig den Trieb, sich die Welt zu eigen zu machen. Nicht immer erhebt sie sich hiezu in den Waffen: öfter sind es Lehren von scheinbar allgemeiner Gültigkeit, durch deren Verkündigung sie die Nachbarn in ihren Kreis zu ziehen sucht.

Billig fragt man denn, ob diesen Lehren die Gültigkeit beiwohnt, welche sie in Anspruch nehmen; man fragt, ob die französischen Interessen in der That, wie Einige behaupten, schlechtweg europäische sind, ob es die allgemeine Sache ist, die man dort ausficht. Haben

nicht vielmehr die französischen Bewegungen, bei allem Schein einer universalen Richtung, im Wesen eine ihnen ausschließend eigenthümliche Natur? Diese Natur, aus dem ursprünglichen Charakter des Volks hervorgegangen und durch die Ereignisse der nächsten Vergangenheit bestimmt, wird sie nicht nothwendig immer abgeschlossener — daß ich so sage, mit schärferen Zügen umschrieben —, immer besonderer, je weiter sich die Dinge in ihrem Laufe entwickeln? Sollten wir Anderen in der That viel mit ihr theilen?

Es ist diese Frage, zu deren Beantwortung ich durch eine Betrachtung der wichtigsten Momente der Restauration etwas beizutragen wünschte.

Wollte sich Jemand systematisch über die Lage des gegenwärtigen Europa unterrichten, so könnte er wenigstens mit keiner späteren Begebenheit anfangen. In der Mitte der Bewegungen der Revolution steht das Ereigniß der Restauration. Die Erfolge der vorhergegangenen Jahre strömen zu demselben zusammen; die Entwickelungen der nachfolgenden bereiten sich in ihm vor.

Ich wünschte ins Gedächtniß zu rufen, wie die Restauration zu Stande kam, welches die Verhältnisse, in die sie eintrat, welches die Schwierigkeiten waren, die sie fand; wie sie ihre Aufgabe zunächst zu lösen suchte, welche Gährung sie dadurch hervorbrachte: die Physiognomie der Entzweiungen, in die man alsdann beinahe mit Nothwendigkeit verfiel, wünschte ich zu vergegenwärtigen.

Es giebt zweierlei Art und Weise, sich mit der Geschichte seiner Zeit zu beschäftigen. Man kann entweder die Ereignisse für das Gedächtniß künftiger Geschlechter umständlich überliefern, oder ihr Wesen zu begreifen und den Mitlebenden in Erinnerung zu bringen suchen. Wie sich versteht, ist es das letzte, was ich beabsichtige.

Wodurch die Restauration bewirkt ward.

Es ist eine stehende Redensart der Franzosen: „die Bourbons, eingesetzt von den Fremden“; und vielleicht giebt es keine andere Behauptung, durch welche das Selbstgefühl der Nation so sicher und leicht gegen diese Dynastie hätte aufgeregt werden können. Aber ist dieselbe darum auch gegründet?

Nein! Man kann nicht sagen, daß es bei dem Kriege gegen Napoleon, selbst als er 1814 bereits in Frankreich geführt ward,

die Absicht der Verbündeten gewesen wäre, die Bourbons wiederherzustellen.

Lange Zeit war vielmehr ein großes Interesse geradezu dagegen, und noch in Chatillon haben bourbonische Agenten über die Kälte, mit der man sie empfing, zu klagen gehabt.

Nur darüber war man einig geworden, daß man mit jenem Kriegsoberhaupt niemals einen dauerhaften Frieden haben würde. Wir wollen Euch Niemand aufnöthigen, sagte Alexander zu Reynier, aber ihn wollen wir nicht[1]). In ihrer Proclamation unterschieden die Verbündeten sorgfältig die Sache der Nation von der Sache des Feldherrn.

Die Capitulation von Paris war geschlossen: noch hatten sie keinen entscheidenderen Schritt gethan. Im Begriffe, daselbst einzurücken, erklärten sie: auf die Stadt Paris komme es an; sie möge den Frieden der Welt beschleunigen und die heilbringende Autorität finden lassen, welche die Vereinigung aller Nationen herbeiführen könne; Europa in Waffen wende sich an sie; sie möge sich aussprechen: das einrückende Heer selbst werde die Vertheidigung ihres Beschlusses übernehmen[2]).

Und durfte man in der That erwarten, daß Frankreich, welches dem Fürsten seiner Wahl bisher so ergeben geschienen hatte, eben auch seine Sache von dessen Sache trennen und ihn verlassen werde?

Für die Menschen giebt es nichts Ueberzeugenderes als die Erfolge; willig beugen sie sich dem Glücke und dem Ruhme. Aus den Händen des Sieges hatte Frankreich den Kaiser empfangen: es hatte sich Alles gefallen lassen, seine eiserne Verwaltung, die Abführung der jungen Geschlechter auf entfernte Schlachtfelder, das Verstummen der Rednerbühne, aber nur, so lange der Sieg seinen Adlern getreu blieb. Als er von denselben wich, ward es anders.

Ich finde merkwürdig, daß sich in den nämlichen Tagen, in welchen Napoleon sich endlich nicht mehr verbergen konnte, daß die große Unternehmung, die alle seine Entwürfe hatte vollenden sollen, die Unternehmung gegen Rußland, vollständig mißlungen war, in welchen er sich entschloß, Moskau zu verlassen, daß sich eben da zu Paris die Verschwörung Mallet bildete. Sonderbares Zusammentreffen! Als man dort den Kreml sprengte, gab es hier ein Inter-

1) Bourrienne Mémoires sur Napoléon IX, 353, aus Reynier's Munde.

2) Proclamation, que Mr. le Maréchal Pr. de Schwarzenberg vient de publier au nom des puissances alliées. Moniteur 1. Avril 1814.

regnum von einigen Stunden, und es lag ein Edict bereit, um die Absetzung des Kaisers auszusprechen.

In der That: in dem Grade, in welchem sich Europa frei machte, lösten sich die Bande der Abhängigkeit in Frankreich. Die Opfer, die man bringen mußte, ohne sich durch den Glanz der nationalen Erfolge erhoben zu fühlen, erweckten Mißmuth und geheimes Murren. Als der Krieg die altfranzösische Grenze bedrohte, erinnerte man sich wieder, daß man mit der Revolution nicht Eroberung, sondern Freiheit beabsichtigt hatte. Es war eine allgemeine Verstimmung, welcher der gesetzgebende Körper, der bisher so fügsam gewesen war, in den letzten Tagen von 1813 Worte zu geben den Muth faßte. Ueber die Mittel zu Rathe gezogen, mit denen man das Land gegen den Feind vertheidigen könne, erinnerte er den Kaiser, vor allem sei es unerläßlich, diejenigen Gesetze vollkommen auszuführen, durch welche den Franzosen persönliche Freiheit, Sicherheit, Eigenthum, durch welche ihnen die Ausübung auch ihrer politischen Rechte zugesagt seien. Erst eine solche Versicherung werde ihnen Energie zu ihrer Vertheidigung zurückgeben. Zugleich die Willkür und die Feinde müsse man bekämpfen. Nur für schützende Gesetze werde man sein Blut vergießen wollen [1]).

Durch einen Widerstand, so ungewohnt, so schneidend und triftig, in einem so gefährlichen Augenblicke, fühlte sich Napoleon tief verletzt. „Ich bedurfte Trost, entgegnete er: ihr werft mir mein Unglück vor." Er wollte nicht sehen, daß eins aus dem andern folgte. Eben, daß er im Nachtheil war, machte sie trotzig. Es konnte ihm nichts helfen, daß er den Bericht wegnehmen, den Saal schließen ließ und die Versammlung in Ungnade verabschiedete. Er hätte Schlachten gewinnen müssen: dafür war er ein militärischer Usurpator. Wie tapfer und geschickt er sich auch schlug, die Erfolge waren gegen ihn. Endlich kam die Zeit, daß man auf den Straßen von Paris, wo

---

1) Ich habe dies merkwürdige Actenstück, von dem man an vielen Orten Auszüge antrifft, vollständig nur in Bibliothèque historique ou recueil des matériaux etc. 1819, Tom. XII, p. 69, finden können. Es war anfangs in der Handschrift verbreitet, und man versichert uns wenigstens, daß es hier authentisch geliefert worden sei. Auch die heftigen Aeußerungen Napoleons bei dieser Gelegenheit findet man dort am ausführlichsten. Ruhiger und wichtiger aber ist die Auseinandersetzung seiner Motive, wie er sie in dem Staatsrath vortrug, und wie sie Las Cases, der zugegen war, und der ein so besonderes Talent hat, die Ausdrücke seines Meisters aufzubehalten, in dem Mémorial de St. Hélène I, 103 mittheilt.

man bisher nur Triumphe gefeiert hatte, jetzt das Geschrei der hereingebrachten Verwundeten hörte. Sollte Paris da den Kriegsfürsten vertheidigen, dem es huldigte, um von ihm vertheidigt zu werden? Perregaux und Lafitte erklärten laut, die allgemeine Meinung der Pariser, die Niemand besser kenne als sie, sei wider einen längeren Kampf, Frankreich sei des Joches von Bonaparte müde.

Man kann nicht zweifeln, so war es. — Es ist das Zeichen des natürlichen und wahren Fürstenthums, daß das Unglück die Bande nur um so enger knüpft. Sie sind wie die Bande der Familie: sie beruhen auf dem sittlichen Gefühle; sie sind mit dem inneren Dasein verwebt. Ein falsches und künstliches Fürstenthum aber wird in großen Unfällen nicht anders als sich auflösen. Das Glück vereinigte: das Unglück trennt. In der großen Gefahr sucht ein jeder nur sich selber zu retten; die einzelnen Interessen, die sich nicht mehr von dem allgemeinen gedeckt sehen, fühlen keinen Beruf, dies aufrechtzuerhalten. Gewiß, man empfand endlich den Druck, mit dem man belastet war; man fühlte das Bedürfniß constitutioneller Formen; aber auch diejenigen, welche den einen ausgeübt hatten und die anderen nicht vermißten, die Inhaber der großen Würden, deren Existenz sich unmittelbar von dem Kaiser herschrieb, fielen von ihm ab. Sie waren mit ihm verbündet gewesen, so lange er Reichthümer und hohe Stellen zu vergeben hatte; auf die Gefahr aber, mit ihm zu verlieren, was sie mit ihm erworben, wollten sie diesen Bund nicht halten. Hat er es doch selber vorausgesehen und in den flüchtigen Augenblicken des Vertrauens, wie sie ihm dann und wann kamen, seiner Umgebung angedeutet. Ueberdies konnte sein Fall Vielen sogar als ihr Vortheil erscheinen; sie durften sich schmeicheln, ohne ihn unabhängiger zu werden, als sie mit ihm gewesen waren. Der Senat war leicht überredet, sich von ihm loszusagen[1]). Immer hatten ihm Uebermacht und Interesse seine Beschlüsse eingegeben: er nahm von denselben noch einmal Rath. In dem Palast Luxemburg, der bisher nichts als das Echo der Befehle des Kaisers vernommen hatte, sprach der Senat jetzt die Absetzung desselben aus. Alle hohen Körper des Staates hingen dem an.

Und so blieb nur noch die Armee übrig. Napoleon dachte einen

1) Man sollte in den Mémoires d'un Pair de France, exmembre du sénat conservateur, über die Unterhandlungen, welche diesem Act vorausgingen, genauere Nachrichten erwarten. Aber man sucht sie dort vergeblich. Es ist auf die oberflächlichste Art von der Welt, daß Tom. III, p. 380 davon die Rede ist.

Augenblick, die Heeresabtheilung, die er in Fontainebleau um sich hatte, gegen Paris zu führen, und schon hörte man in den Reihen der alten Garde den Ruf: Paris. Er hatte ein andermal den Plan, sich hinter die Loire oder nach Italien zurückzuziehen, und man behauptet, wenn er in dem Augenblick, da er ihn kühn gefaßt hatte, herausgetreten wäre und ihn den jungen Offizieren mitgetheilt hätte, so würde sein Enthusiasmus sie fortgerissen haben. Allein die Generale, die Marschälle, seine alten Gefährten, waren nicht dieser Meinung. Sie wollten weder Paris der Gefahr eines Angriffes, noch Frankreich dem Bürgerkriege aussetzen; sie wollten das Glück, das ihnen lange günstig gewesen, nicht noch einmal versuchen; sie waren gesättigt mit Feldzügen: sie hatten erworben, sie wollten genießen. Und hatten sie nicht auch ihre Beschwerden? War es ihnen gleichgültig geblieben, daß man die Länder, die sie erobern helfen, an die Brüder Bonaparte's, illegitim, wie sie gewesen wären, und mittelmäßig, was sie nicht waren, vertheilt hatte? Auch sie und mit ihnen das Heer trennten sich von Napoleon [1]). Man glaubte, alle Interessen zu sichern, zu vereinigen, wenn man ein einziges aufopfere. Die Marschälle machten ihre besonderen Friedensschlüsse.

Und so verließen die Schöpfungen des Kaiserthums ihr Oberhaupt.

Die Verbündeten hatten ihn besiegt, die Gewalten des Reichs ihn verlassen; er mußte seine Abdication geben, seine Abkunft schließen: seine Stelle war erledigt.

Weder die, welche ihn schlugen, noch die, welche von ihm abfielen, hatten dabei viel an die Bourbonen gedacht.

Allein in der That, für wen sonst konnte jener Thron eröffnet sein, als für die alten rechtmäßigen Besitzer desselben? Die Natur der Sache, der Gang des Ereignisses rief sie zurück.

Jenes erste Lebehoch, das Herr v. Vauvineux am 31. März dem Könige brachte, war noch ganz einsam; aber allmählig ward es von den Royalisten, von dem Volk von Paris, von der Armee, von der ganzen Nation wiederholt; wenn nicht mit Entzücken: aber es ward wiederholt. Es war der Zug der Nothwendigkeit.

---

1) J'ai abdiqué, sagte Napoleon in Lyon 1815 von dieser ersten Abdication: parce que mon armée avait le vertige. Fain Manuscrit de 1814, partie III, ch. I—IV, ist hierüber sehr unterrichtend. Er war zugegen.

Denn wen hätten die Mächte vorziehen können? Jede andere Maßregel hätte den Gegensatz, in welchen Frankreich durch die Revolution mit Europa getreten war, für immer festgestellt. Diese gab den Principien, auf welchen alle Throne und die alten Gesetze der Staaten beruhen, ein unverkennbares Uebergewicht. Die Politik stimmte einmal mit der Gerechtigkeit völlig überein.

Und was konnten die Franzosen anders wünschen? Aus Feinden, gehaßten und endlich besiegten Feinden, wurden sie durch einen einzigen Act die Verbündeten der Mächte. Der Friede, den man ihnen mit Gewalt hätte vorschreiben können, ward eine freundschaftliche Abkunft. Als Beresford mit seinen Engländern vor Bordeaux erschien, sagte ihm der Maire: Kommt Ihr als Sieger, so steht es bei Euch, Euch der Schlüssel dieser Stadt zu bemächtigen; kommt Ihr als Verbündete unseres Königs, Ludwigs XVIII., so überreiche ich sie Euch, und Ihr sollt die Beweise von der Anhänglichkeit an unsern legitimen Fürsten mit Augen sehen. Genau so stand Frankreich überhaupt. Es bedurfte des Friedens, es bedurfte der Sicherheit: beide wurden ihm durch die Rückkehr seiner angestammten Fürsten gewährt.

Und so sprach der Senat am 6ten April die Zurückberufung Stanislas Louis Xavier, Bruders des letzten Königs, aus, und der legislative Körper schloß sich diesem Ausspruche an.

Die geheimen Unterhandlungen, die geschickten, wohlabgemessenen Schritte Talleyrands hatten ohne Zweifel hieran viel Antheil[1]). Ich finde sein Verdienst hauptsächlich darin, daß er in dem Drange verwirrender Umstände die volle Nothwendigkeit der Dinge begriff und die Schwierigkeiten wegräumte, die ihrer Enthüllung entgegenstanden. Es ist ganz wahr, was er sagte: „Entweder Bonaparte oder die Bourbonen. Alles Andere ist eine Intrigue.“ Bonaparte war von den Verbündeten verabscheut, von der Nation verlassen; es blieben die Bourbonen, welche jene begünstigten und diese annahm.

Man hat gefragt, ob die Bourbonen zurückgeführt worden, oder zurückgekommen seien, oder ob man sie zurückberufen habe. Man kann antworten: Keines von alledem und Alles zusammen.

---

1) Es ist von guter Seite her behauptet worden, Talleyrand sei anfangs doch für die Regentschaft gewesen. Man sollte wünschen, daß Autoren, die im Ganzen so gut unterrichtet sind, wie der Verfasser der histoire de la restauration etc. par un homme d'état, Paris 1831 auf so wichtige Dinge, — vornehmlich ihrer eigenen Ansicht nach wichtig, da sie so viel von Persönlichkeiten herleiten, — bestätigend oder widerlegend Rücksicht nehmen wollten.

Der Verlauf der Begebenheiten, alle die Angriffe und Vertheidigungen, die Erfolge der Feldzüge, der Wechsel des Kriegsglückes führten eine Verwickelung der Dinge herbei, zu deren Lösung die Bourbonen allen Theilen willkommen waren.

Aufgabe der Bourbonen.

Und so schien es, als wolle der lange Kreislauf jener europäischen Bewegungen, die durch die Revolution veranlaßt worden, sich endlich schließen. Diejenigen, denen man zu Wien, Moskau und Berlin Gesetze gegeben oder zu geben versucht hatte, waren nunmehr auch ihrerseits als Sieger nach Paris gelangt. Der glückliche General war gefallen; die Eroberungen wurden zurückgegeben. Der Bruder des hingerichteten Königs stieg auf von seinem Tisch aus weißem Holz zu Hartwell, um von den Tuilerien Besitz zu nehmen.

Wenn es ihm nur gelang, sich daselbst zu befestigen und auf immer einzurichten!

Vielleicht hat nie ein Fürst eine schwerere, eine größere Aufgabe zu lösen gehabt.

Es will schon viel sagen, Frankreich unter gewöhnlichen Umständen zu regieren. Wie viel mehr gehörte dazu, das Königthum, das von der Nation ausgestoßen, vergessen war, wieder auf sicherer Grundlage zu errichten! Und noch weiter selbst griff die Aufgabe Ludwigs XVIII.

Allerdings schien es zuletzt, als seien die Anstrengungen von Europa lediglich gegen den Ehrgeiz eines Einzigen gerichtet. Niemals jedoch wird man die Dinge völlig von ihrem Ursprunge losreißen können. Im Grunde genommen, waren nicht alle die Kriege Napoleons nur eine Entwickelung der Kriege der Revolution, eine Fortsetzung des Weges, den diese eingeschlagen hatte? Gewisse Richtungen der revolutionären Zeiten, waren sie nicht in ihm gleichsam lebendig, persönlich geworden? Waren sie nicht mit ihm besiegt?

Niemals, in keiner Epoche, zeigten sich gereizte, bis auf den Tod verfolgte Feinde, welche endlich Sieger geblieben, großmüthiger, als die Verbündeten. Es war von keiner Rache, von keiner Vergeltung die Rede. Die Revolution hatte so viele alte Throne zertrümmert, alle erschüttert: das ganze Reich, das sie zu Hause errichtet, ließ man

bestehen, selbst ihre Trophäen ließ man ihr: man hoffte, ein Mittel zu finden, mit der alten Feindin in dem Verhältnisse der Freundschaft und Nachbarschaft zu leben. Wir können sagen: die Verbündeten schlossen den Frieden; ihn auszuführen, ihn wahr und dauerhaft zu machen, überließen sie den Bourbonen.

Diesen kam es zu, Frankreich in den Weg der Ordnung zu leiten und jenen erhaltenden Principien, auf denen Recht und Gesetz und alle ruhige Entwickelung von Europa beruht, in dem Lande wieder Eingang zu verschaffen, von welchem die übrigen so gern Lehre und Beispiel nehmen. Damit wollte aber Europa nicht eine neue Umwälzung im entgegengesetzten Sinne.

Es ist wohl zu bemerken, daß auch Europa zum Theil erneuert worden war und eine völlige Herstellung des alten Frankreichs dem Bedürfnisse desselben widersprochen haben würde. Man hatte die Erhaltung des Bestehenden, dessen, was durch die Revolution zum Leben gekommen war, ausdrücklich zugesagt. Nur wollte man die Gegenwart an die Vergangenheit knüpfen: man wollte ein Frankreich zum Nachbar, mit dem man nicht, wie seit der Revolution, immer um die Principien alles Daseins zu kämpfen hätte; diesen Abgrund wollte man schließen.

Indem Frankreich die Bourbonen annahm, ging es, so zu sagen, auf einen solchen Vertrag ein. Ob es wohl die Miene hatte, als berufe es seinen König aus freiem Antriebe, so ist doch offenbar, daß es nie darauf gekommen sein würde, diesen Fürsten zu erwählen, wäre er nicht der rechtmäßige gewesen: factisch erkannte es die Legitimität an. Europa duldete die Schöpfungen der Revolution: Frankreich fügte sich dem Grundgesetz des alten Staates. Beide zu versöhnen, zu vereinbaren, das war die Aufgabe der Bourbonen. Wesentlich französisch, war sie doch zugleich europäisch.

Die Bourbonen waren das Pfand des Friedens zwischen Frankreich und Europa, zwischen der alten und der neuen Ordnung der Dinge. Das allgemeine Weltgeschick knüpfte sich mehr als je an ihre Maßregeln, ihr Bestehen.

Hervorbringungen der Revolution.

Außerordentlich aber waren die Schwierigkeiten, auf die sie stießen. Man hat gesagt: Wäre Ludwig der Heilige vor 1789 wieder

auferstanden, so würde er Frankreich nach so vielen Jahrhunderten nicht so verändert gefunden haben, als es Ludwig XVIII. nach einer Abwesenheit von etlichen Jahren fand.

Vielleicht sind noch nie die ursprünglichen Richtungen, von denen man ausging, so völlig von dem Erfolge, zu dem man gelangte, verschieden gewesen, wie bei der Revolution. Man hatte das alte Frankreich von Mißbräuchen befreien, es umbilden wollen; ein neues Frankreich hatte man hervorgebracht.

Immer tiefer und tiefer war die Erschütterung gegangen: diejenigen, die ihr hätten Einhalt thun sollen, verzweifelten, entwichen und überließen sie ihrem Laufe. Endlich hatten sich alle Elemente empört: sie hatten das Chaos hervorgebracht: aus dem Chaos war neues Leben in neuer Form, es waren neue Geburten hervorgegangen: es war ein neuer Staat gebildet worden.

Das alte Frankreich beruhte auf der Harmonie der königlichen Gewalt, einmal mit dem erblichen Stande des Adels und der hohen Magistratur, sodann mit der großen Corporation des Clerus, endlich mit den localen Rechten der Provinzen und Ortschaften.

Von alledem war nichts mehr übrig. Der alte Adel, der alte Clerus, die alte Magistratur, die Absonderung der Provinzen, Alles war vernichtet. Ja die Grundlagen dieses Gebäudes hatte man umgestürzt: es war, als hätte die Fluth den Boden weggeführt, auf dem es stand.

Die Güter der Kirche waren verkauft; im Jahre 1801 hatte sich der Papst bewogen gefunden, diesen Verkauf zu bestätigen. Die Besitzthümer der Ausgewanderten waren eingezogen und nicht minder verkauft. Schon hatte sich ein Theil derselben bequemt, zurückzukehren, und vielen war es gelungen, von ihren Gütern wenigstens Etwas durch eine freiwillige Abkunft mit den Inhabern zurückzuerwerben. Allein ihr Verlust war ungeheuer. Man hat die Besitzthümer, die ihnen entrissen wurden, nach dem Cours der Assignaten und den Bestimmungen der Gesetze auf 1300 Millionen Franken geschätzt[1]): wie

1) Man begreift, wie schwierig eine solche Berechnung ist. Ich beziehe mich auf das „Exposé des motifs de la loi, concernant l'indemnité des émigrés, fait dans la séance du 3. Janvier 1825 par Mr. de Martignac, l'un des commissaires du roi nommés pour sa défense", welches dem Entschädigungsgesetz zum Grunde gelegt worden. Lesur annuaire 1825 p. 86. Was den Emigranten schon von Seiten des Staates gutgethan worden, 300 Millionen, kann doch nicht als eigentliche Wiedererwerbung des Grundbesitzes in Anschlag gebracht werden.

wenig bedeutete alles, was sie dagegen wieder erworben haben konnten! Die Güter der Kirche, deren Verkauf der Papst billigte, sind auf 400 Millionen Franken angeschlagen worden[1]).

Diese ungeheure Masse von Gütern, über anderthalb Milliarden werth, in den Umschwung des Privatbesitzes geworfen, hatte denselben, wie natürlich, von Grundaus umgewandelt. Die Deputirten der Wahlcollegien haben behauptet, es seien 6 Millionen französischer Familien bei dieser Erwerbung betheiligt. Es war kein Stand, von dem höchsten bis zu dem niedrigsten, der nicht von den materiellen Vortheilen des Sieges der Revolution auch seinen Genuß hatte.

Der Bauer, wenn er auch nichts erworben, war doch wenigstens von den Zehnten und dem Frohndienste, die einen so bedeutenden Theil seiner Arbeit oder des Ertrages derselben erforderten, befreit worden. Er stand in den Abgaben mit Jedermann gleich.

Der Mittelstand war es nicht allein, in dessen Hände die Nationalgüter gekommen waren. Er hatte noch andere Vortheile. Man erinnert sich der Flugschrift des Sièyes: was der Mittelstand sei, und seiner kühnen Antwort: Alles. Es war nicht anders, als ob dies wirklich in Erfüllung gegangen wäre. Alles, was früher über ihm stand, was ihm vorgezogen war, hatte er in den langen Jahren der Revolution herabgeworfen und vernichtet: er war in die Stelle desselben getreten. Er hatte die Gerichtshöfe eingenommen: aus seiner Mitte wählte er den gesetzgebenden Körper: er hatte sich der Administration bemächtigt: er saß in dem Staatsrath.

Ein neuer Adel war aus ihm hervorgegangen, aber ein Adel, der mit ihm auf das engste verknüpft blieb. Die Herzöge und Grafen, die Großwürdenträger des Reiches, die Senatoren: durch keine Geburt waren sie empfohlen worden. Es waren die Mitglieder der Constituante, des Convents, des Directoriums, die Häupter der verschiedenen Generationen der Revolution[2]).

Allen war jener große Erwerb der Revolution gemein, die gleiche Befähigung zu allen Stellen. Es ist dies das Lebensprincip

1) Concordat de 1801 art. 13. Die Schätzung ist von Napoleon. Mémoires de Napoléon, écrits par les généraux qui ont partagé sa captivité etc. Notes et mélanges, I, 93.

2) Montlosier de la monarchie française depuis le retour de la maison de Bourbon jusqu'au premier Avril 1815 hat einige dieser Punkte, namentlich wie der Mittelstand Adel wurde und der alte Adel auf die Letzt Mittelstand, recht wohl auseinandergesetzt, liv. II. ch. 3. 4.

des neuen Staats. Unter den Hebeln des napoleonischen Reiches war keiner mächtiger, als der Durst nach Auszeichnung, diese Sicherheit, mit der ein dem Staate gleichartiges Verdienst auf seine Anerkennung und auf den höchsten Rang rechnen konnte. Jeder Soldat in seinem Bivouac, er konnte die Hoffnung hegen, Marschall des Reichs, jeder Commis in seinem Comptoir, noch einmal Minister zu werden. An diese Ordnung der Dinge knüpfte wie natürlich die Jugend ihre Aussichten und Entwürfe. Sie kannte keine andere. Es mußten Männer von 40 Jahren sein, um sich des alten Zustandes nur einigermaßen zu erinnern.

Und nun die Armee. Was bildet den Geist einer Armee, als ihr Selbstgefühl? Das Gefühl der Sache, für die sie streitet, der inneren Ordnung, der sie unterworfen ist, der Erfolge, die sie erfochten hat. Diese Armee hatte immer für die Interessen der Revolution gekämpft; ihre Verfassung war aus derselben hervorgegangen, und man kann sagen, daß der napoleonische Staat nach dem Muster des Heeres eingerichtet worden war; im Kampfe mit der Legitimität hatte sie ihre Lorbeeren erworben. Sie konnte ihre Fahnen verändern, ihre Cocarden abgeben; ihre Gesinnung blieb die alte.

Endlich giebt es einen Geist der Gesellschaft, der allerdings das Product ihres Zustandes ist, aber sich als ein freies Selbstbewußtsein mit allen Zeichen der Unabhängigkeit und Unmittelbarkeit darstellt Er lebt in der Literatur; er spricht sich im Theater aus; er beherrscht die Salons. In einer vorzugsweise geselligen Nation, wie die französische, wird er ohne Frage das Uebergewicht haben: unabhängige Ueberzeugungen wird er am Ende gar nicht mehr entstehen lassen. Dieser Geist der Gesellschaft, er war der Geist der Revolution. Die alten Unterscheidungen des Ranges, der Corporation, die ihn einst bestimmten, er erkannte sie nicht mehr an; den alten Instituten widmete er eine Verachtung, die ihn selbst unfähig machte, sie zu verstehen: nur die glänzenden Persönlichkeiten und die neuen Verdienste im Staat oder in der Literatur oder in den Waffen ließ er gelten; nur von freier Entwickelung, von gleicher Berechtigung wollte er wissen; die Ideen des Jahrhunderts, in denen er die Fortschritte des Menschengeschlechts, die wahre Aufklärung sah, die für ihn allein Gültigkeit hatten, bildeten eine Gesinnung, welche jeder anderen Meinung erst zu Grunde lag, eine Gesinnung, über die man weiter keinen Zweifel hatte, mit der sich ein Gegner nur in einen vergeblichen Kampf eingelassen haben würde.

Diese so völlig und durchaus neue Nation, neu in ihren Bestand-

theilen, Lebensformen, Bedürfnissen, Gesinnungen, — durch den Gang der Kriegsereignisse genöthigt, müde der einseitigen Gewalt, welche ihr Oberhaupt, obwohl in ihrem Sinne, doch allzu fühlbar gegen sie ausübte, nahm die alten Fürsten wieder an.

War es nicht so, daß die Nationalgüter denen entrissen worden, die mit den Prinzen ausgewandert waren, welche nun zurückkamen? War nicht die Armee gegründet worden im Kampfe gegen ihre Interessen? Hatte man nicht zu fürchten, daß das neue Frankreich von den Fürsten, deren Gewohnheiten und Gesinnungen nothwendig einer andern Periode, ja einer anderen, der besiegten Generation angehören mußten, mißverstanden, verletzt, angegriffen werden würde? Man fühlte das wohl: man suchte ihm zu begegnen.

Die Charte.

Am Abend des 30sten März waren einige der bedeutendsten Männer von Paris in dem Hôtel von Marmont versammelt, um sich über die Maßregeln, die man zu ergreifen habe, zu berathschlagen. Die Rede kam auch auf diese Schwierigkeit, auf die Gefahr einer gegenrevolutionären Reaction bei der Rückkehr der Bourbonen. Wir hätten nichts zu fürchten, sagte Lafitte, wenn man uns eine gute Constitution gäbe, durch welche die Rechte Aller gewährleistet würden[1]).

Jedermann pflichtete ihm bei; es war die allgemeine Meinung, es war die große Richtung des Jahrhunderts; die Ueberzeugung der Fürsten selbst traf damit zusammen.

Alexander erklärte es für weise und gerecht, den Franzosen starke und liberale Institutionen zu geben[2]); es war auf seine Einladung, daß sich der Senat mit der Vorbereitung einer Constitution beschäftigte. Fast nicht minder war derjenige, welcher die Krone von Frankreich zu tragen hatte, von diesem Bedürfnisse durchdrungen. Hatten die Ausgewanderten, hatten die Bourbons jemals daran gedacht, den alten Zustand der Dinge wiederherzustellen, so war dies lange auf-

1) Doch will ich nicht verschweigen, daß Bourrienne, hierfür unser Gewährsmann, sich folgendergestalt ausdrückt: Je crois être parfaitement sûr, que Mr. Lafitte nous dit — Mém. sur Napoléon X, 19.

2) In der Audienz des Senates, 2. April 1814. Der Moniteur vom 3. April theilte diese Worte offiziell mit.

gegeben. Schon geraume Zeit war jede Erklärung, die sie öffentlich auszustellen, jede Unterhandlung, die sie insgeheim zu versuchen Gelegenheit hatten, von der Anerkennung jener Nothwendigkeit ausgegangen. Auch gegenwärtig bezeichnete Ludwig XVIII. seine Rückkehr auf den heimathlichen Boden durch die Erklärung von St. Ouen mit dem Versprechen einer Constitution.

In der That trafen alle die Interessen, durch welche die Wiederherstellung der Bourbonen geschehen war, nicht minder zusammen, eine Verfassung zu fordern. Eben von ihr erwartete man wenigstens die Grundlegung zu jener Aussöhnung der Gegenwart mit der Vergangenheit, zu der Auseinandersetzung der widerstreitenden Ansprüche, deren man so sehr bedurfte; man hoffte, sie werde schon zum Theil die Aufgabe lösen, welche die Restauration überhaupt hatte.

Es kam nur darauf an, die Bestimmungen, die Anordnungen aufzufinden, die dies zu leisten vermöchten.

In der Charte, welche Ludwig XVIII. am 4 Juni proclamirt hat, haben die Anhänger der Constitution nicht selten die Frucht langen Nachdenkens, großartiger Gesinnung, tiefer Weisheit sehen wollen; dagegen haben die Widersacher derselben es einem König nie verzeihen können, daß er seine Rechte freiwillig so weit aufgegeben habe. Ich will nicht untersuchen, mit welchem Rechte man hier lobt oder tadelt; aber mir scheint, als könne man diese Charte nicht durchaus als ein freies Werk ansehen und ihre Verfügungen nicht immer geradezu dem König zuschreiben. Sie war durch die Forderungen, welche der Senat den Zurückkehrenden im Namen der Nation vorlegte, durch die Constitution, die derselbe auf Veranlassung Alexanders entworfen hatte, ohne Zweifel sehr bedingt.

Welches waren aber die Ansprüche, die in der Charte des Senats, — denn auch er nannte sein Werk constitutionelle Charte[1]) — erhoben und ausgesprochen wurden?

---

1) Moniteur 6 Avril: On était impatient de connaître la charte constitutionnelle; le sénat a adopté les 29 articles qui composent la charte constitutionnelle. Ludwig XVIII. adoptirte diesen Titel. Hierbei will ich anmerken, daß diese Urkunde zwar immer als ein Werk des Senates gelten wird, denn der Senat proclamirte sie; allein die provisorische Regierung hatte vielleicht mehr Antheil daran, als man glaubt. Die Regierung wählte die Commission, welche den Entwurf machte; man besprach denselben hierauf, wie das zur Zeit des Kaisers herkömmlich war, mit einer Commission des Senates, und dieser nahm ihn an. Ich halte mich hier an den Moniteur. Die histoire de la restauration par un homme d'état, Paris 1831, stellt die Sache, ich sehe nicht mit welchem Grunde, etwas anders vor.

Die erste Absicht des Senats war, das Bestehende zu erhalten. Er verlangte die Anerkennung des Verkaufs der Nationalgüter, der Grade und Besoldungen der Armee, der öffentlichen Schuld, des neuen Adels, der Ehrenlegion. Er begnügte sich nicht, von aller Verantwortung für die Meinungen, die man bisher geäußert haben möge, zu entbinden; für die Erhaltung der durch die Revolution hervorgebrachten Zustände that er einen andern sehr wichtigen Schritt: er schaffte die Confiscation ab. Man hat späterhin von einer Ummauerung des Privatlebens, der öffentlichen Gewalt gegenüber, geredet: der Senat ist es, der dazu den Grund gelegt hat. Alle Privatexistenzen wollte er behaupten, wie sie waren.

Er ergriff aber noch eine zweite Maßregel. Die öffentliche Meinung hat sein Werk verworfen, weil es schien, als habe er darin nur für sich selber gesorgt. Es ist wahr, daß er in demselben die Erblichkeit seiner eigenen Mitglieder, die Beibehaltung seiner Dotationen und vieler politischen Rechte ausgesprochen hat. Allein man würde sich verblenden, wenn man glaubte, daß dies allein seine Absicht gewesen sei. Nicht nur sicherte er dem gesetzgebenden Körper seine Gehalte, fernere Sitzung bis zum Jahre 1816 und den Wahlcollegien ihre Beibehaltung zu, sondern indem er für die Zukunft eine unmittelbare Wahl, ohne Candidatur, ohne die Obhut, die er selbst bisher ausgeübt hatte, und die er hiemit fallen ließ, anordnete, indem er das Recht der freien Discussion anerkannte und die öffentliche Sitzung für die Regel erklärte, gab er der Repräsentation in der That ein ganz neues Leben. Auch vergaß er die dritte unter den Gewalten dieses Staates, die richterliche, nicht. Die Richter sollten unabsetzbar sein, die Gerichtshöfe beibehalten werden, die höheren sogar das Recht erlangen, dem König für jede erledigte Stelle immer drei Candidaten vorzuschlagen, aus denen dieser zu wählen habe.

Man kann sich über die Absichten des Senates nicht täuschen. Er wollte Frankreich behaupten, wie es war, den Zustand des Besitzes, die Privatrechte, zugleich aber auch die Autoritäten, die es leiteten. Die Behörden des Kaiserthums, frei geworden von der mächtigen Hand, welche sie gegründet hatte und zügelte, wie sie sich das Ansehen gaben, den König im Namen der Nation von freien Stücken zu berufen, so würden sie dieser Charte zufolge unter seiner Regierung mit einer beinahe selbständigen Macht an der Ausübung der höchsten Gewalt Theil genommen haben. Ein erblicher Senat, der sogleich auf 150 Mitglieder zu bringen und nie über 200 zu erweitern war, ein gesetzgebender Körper, frei hervorgegangen aus lebenslänglichen Wählern,

mit dem Rechte, sich alle Jahr und auch ohne besondere Berufung zu einer bestimmten Zeit zu versammeln, beide zusammen mit der Initiative in der Gesetzgebung, endlich Gerichtshöfe, die sich so gut wie selber ergänzt hatten — wie die senatoriale Charte das alles bestimmte —, würden der königlichen Gewalt wenig freien Spielraum gelassen haben. Man hat viel von einem Königthum geredet, umgeben von demokratischen Institutionen: dies würde ein Königthum geworden sein, umgeben von aristokratischen Einrichtungen, jedoch den Einrichtungen einer seltsamen, eben aus der revolutionären Menge hervorgegangenen Aristokratie. Die königliche Gewalt würde indeß von ihr nur um so genauer umfaßt, um so enger beschränkt worden sein[1]).

Ich weiß nicht, ob sich die Revolution darüber zu beklagen gehabt hätte. Der König aber — es ist offenbar — nur gezwungen, konnte er sich dazu verstehen? Er durchschaute die Absichten dieser Charte vollkommen.

„Auf diese Weise", sagte er zu denen, die sie empfahlen, „würdet Ihr Euch niederlassen: ich würde vor Euch zu stehen haben." Er war weit entfernt, auf solche Dinge einzugehen.

Anfangs sollte es sogar scheinen, als wäre er mit der Charte des Senates in vollkommenen, diametralen Gegensatz getreten.

Der Senat hatte den König nur unter der Bedingung der Annahme jener seiner Constitution anerkennen wollen; er hatte die Miene angenommen, ihn zu berufen; der König dagegen schrieb in den ersten Worten des Eingangs seiner Charte die Wiederherstellung seines Thrones der göttlichen Vorsehung zu: er erklärte, es sei aus eignem Antriebe und in freier Ausübung seiner Gewalt, daß er seinen Unterthanen die Charte verwillige. Man kann den Gegensatz zwischen Volkssouveränetät und göttlichem Recht nicht schärfer bezeichnen.

Zwischen den Principien ist keine Aussöhnung. Hätte man nur die Principien folgerecht durchzuführen beabsichtigt, so würden wir

---

1) Charles Lacretelle: histoire de France depuis la restauration 1829, I. p. 184, behauptet, der Senat sei bei seiner Arbeit auf die ursprünglichen Wünsche von 1789 zurückgegangen. „Le travail a consisté surtout à consulter les cahiers les plus judicieux, publiés en 1789." Ich wünschte, er hätte die Cahiers genannt. Nein! die wesentlichen Bestimmungen dieser Constitution gingen aus den Veranlassungen des Augenblicks hervor. Leider erlaubt sich die französische Historie nicht selten Fictionen, an die sich eine populäre Reflexion schließen kann. Man bemerke wohl, daß die Reflexion alsdann das Wesentliche ist: der Fiction muß man nicht glauben.

zwei ganz verschiedene, einander durchaus widersprechende Werke vor uns haben.

Andere Forderungen aber macht das Leben und die Unbezwinglichkeit der Dinge. In der Charte des Königs finden wir in der That doch auf allen Seiten die Bestimmungen des Senates wieder: oft werden sie beschränkt, zuweilen auch erweitert; nicht selten in den nämlichen Worten wiederholt; beinahe immer bilden sie die Grundlage.

Alle jene Bestimmungen über die Sicherung der Privatexistenzen nahm der König fast ohne irgend eine Veränderung an. Er konnte nicht anders; es war der Pact der Verbündeten mit der Nation. Es folgte von selbst, daß er sich zu einigen Urgrundsätzen der Revolution, wie der Gleichheit vor dem Gesetz, der Gleichheit der Lasten und Rechte, bekennen mußte. Er that das noch unumwundener als der Senat selbst. Die Abschaffung der Confiscation nahm er an: er fügte hinzu, sie solle auch niemals wieder eingeführt werden, und man hat nicht Worte genug finden können, um ihn über eine so freisinnige, so humane Erklärung zu preisen[1]). Gewiß, sie hat eine sehr wohlgefällige, eingehende, menschenfreundliche Seite: nicht zu berechnen aber war die politische Wirkung, die sie nach sich ziehen mußte. War es nicht die Confiscation, durch welche die ganze Umwandlung des Besitzes geschehen war, auf welcher alle Legalität der bisherigen Erwerbungen beruhte? Das Recht, durch das die Revolution den alten Staat umgestürzt und den ihren gebildet hatte, — der wieder eintretende König hätte versucht sein können, es auch seinerseits gegen den neuen Staat anzuwenden. Er leistete darauf Verzicht. Es ist wohl wahr, daß er damit einen allgemeinen Grundsatz aussprach; die Hauptsache bleibt, daß er den großen Umwälzungen des Besitzes ein Ende machte und die Kinder der Revolution mit allen ihren Erwerbungen sicherte.

Als sich die Revolution 1801 mit der Kirche aussöhnte, that sie dies nicht, ohne daß der Papst die Verwandlung der Güter des Clerus in Privatbesitz gebilligt hätte. Jetzt versöhnte sie sich mit dem

1) Chateaubriand — Réflexions politiques sur quelques écrits du jour: Ch. XIV — spricht mit nicht geringem Stolz von diesem Gesetz: „Nous sommes le premier peuple du monde, dont l'acte constitutionnel ait aboli le droit de confiscation.“ Anders freilich haben sich Andere ausgedrückt. Cl. de Caussergues (Séance du 5. Janv. 1816) sucht den König nur dadurch zu entschuldigen, daß er meint, diese Bestimmung sei ihm vom Senat aufgedrungen worden.

König. Das erste Versprechen, das er geben mußte, war die Anerkennung und Sicherstellung der durch die Umwälzungen hervorgebrachten Besitzthümer und Existenzen.

Und so kam es nur noch auf die nähere Bestimmung der Regierungsform des alten königlichen Geschlechtes unter so neuen Umständen an.

Verkennen wir nicht, daß sich Ludwig XVIII. im Allgemeinen auch hier den Forderungen der Revolution fügte. Er that den großen Schritt, jene Theilung der höchsten Gewalt, in eine ausführende, eine gesetzgebende und eine richterliche Macht, von welcher die Revolution so häufig die Farbe ihrer Ansprüche empfangen hat, obwohl sich in der Theorie soviel dagegen erinnern, obwohl sich aus der Praxis kein treffendes Beispiel dafür anführen läßt, dennoch wesentlich anzunehmen. So weit ging er. Sollte er sich aber auch weiter den besonderen Anordnungen des Senates, die ihn so sehr beschränkt hätten, unterwerfen?

Eben hier war es, wo er inne hielt. Gerade an dieser Stelle hatte er die öffentliche Meinung auf seiner Seite. Die öffentliche Meinung lebt von großen Eindrücken, und ich möchte nicht sagen, daß sie sich immer verstehe, daß sie nicht mit ihren momentanen Bewegungen oft ihrer allgemeinen Richtung in den Weg trete[1]). Genug, mit dem Hasse, den sie dem Senate widmete, kam sie der königlichen Gewalt zu Hülfe.

Genau betrachtet, ist in der Charte des Königs kaum etwas anderes so eigenthümlich, so auffallend, wie die Schonungslosigkeit, mit welcher der Senat darin behandelt ward. Der Senat hatte unter Napoleon einige große constitutionelle Befugnisse ausgeübt, unter anderen die Aufsicht über die Presse und die persönliche Freiheit; er verlor sie sämmtlich. Er machte gegenwärtig auf die Festsetzung einer nicht zu überschreitenden Anzahl seiner Mitglieder und deren Erblichkeit Anspruch; er erlangte sie nicht. Der König ließ sich das Recht der Ernennung nicht beschränken, und wenn er die Erblichkeit nicht auch geradezu verwarf, so war es schwerlich Rücksicht

1) Benjamin Constant ist so weit gegangen, anzudeuten, Talleyrand habe die falschen Schritte des Senates provocirt, um ihm die öffentliche Gunst zu entziehen. „L'on a voulu en rejeter la faute sur un ministre célèbre qui le présidait et qui, dit-on, lui tendit ce piége. Un fait est certain etc. Lettres sur les cent jours. II. Minerve française VII. 244 Welch eine Behauptung!

auf die Wünsche des Senats, was ihn dazu vermochte; es ist allzu augenscheinlich, daß er sich mit dem Vorbehalt, darüber nach Gutdünken zu verfügen, eines wirksamen Einflusses auf die Persönlichkeiten versichern wollte. Eines Theils seiner Mitglieder beraubt, mit vielen neuen versetzt, ward der Senat in eine Kammer der Pairs verwandelt. Dieser Ursprung der Pairs, gewiß, er verhieß ihnen keine glänzende Zukunft. Man kann ein Institut nicht methodischer der höchsten Gewalt unterwerfen, als es hier geschah.

In dem Maße, in welchem der Senat ohne Schonung, ward dagegen der gesetzgebende Körper mit Rücksicht behandelt. Der König änderte den Namen — er nannte ihn Deputirtenkammer —, aber nicht die Personen. Die bisherigen Mitglieder behielt er fast ohne Ausnahme bei; er sicherte ihnen ihre Gehalte und fernere Sitzung, obwohl diese schon damals nicht völlig gesetzlich war; die Departements ließ er bei der Anzahl der Abgeordneten, die sie bisher gesendet hatten; er versprach, diese Kammer alle Jahre und, wenn er sie auflöse, binnen drei Monat eine andere einzuberufen. Die Hauptsache endlich war, daß er ihr freie und öffentliche Discussion gestattete. Ein Zugeständniß von unermeßlicher Bedeutung! Ein König richtet sich selber eine starke gesetzliche Opposition ein. Es ist wohl anzunehmen, daß das im Ganzen mit seinen politischen Ueberzeugungen übereinstimmte. Indeß wenn wir bemerken, daß er hierbei zwar Einiges versagt hat, was in den Forderungen des Senats lag, wie er denn eine Versammlung von Rechtswegen an einem bestimmten Tag verweigerte und allerdings verweigern mußte, so finden wir dagegen nicht, daß er eine Freiheit gegeben hätte, die nicht vom Senat wäre begehrt gewesen. Man hat ihn gerühmt, er habe jenen stummen Deputirten die Zunge gelöst; ein Theil dieses Lobes gebührt offenbar dem Senate, der zuerst darauf angetragen. Hatte sich etwa die öffentliche Meinung so entschieden für diesen Theil der Bestimmungen desselben erklärt, daß der König, der sich übrigens dabei nicht ohne große Behutsamkeit[1]) benahm, nicht gerathen fand, sie zu verweigern? — Merkwürdig bleibt es immer, daß Ludwig XVIII. in demselben Augenblicke, in welchem er den Senat vernichtete, nach den Forderungen ebendesselben Senates dem gesetzgebenden Körper ein neues Leben gab.

---

1) Sie zeigt sich in den Wahlbestimmungen, die zu so vielen Streitigkeiten Anlaß gegeben haben. Ich werde der Auslegung des 40. Artikels bei einer anderen Gelegenheit eine Note widmen.

Es ist dies eine Art von Unterhandlung. Die senatoriale Charte enthält die Forderung, die königliche die Verweigerung, das Zugeständniß, die Entscheidung.

So gestand der König diesen beiden Kammern Theilnahme an der legislativen Gewalt, er gestand ihnen namentlich die Befugniß, die Auflage zu bewilligen, und gewisse Vorrechte der Deputirtenkammer zu; man hatte es gefordert, er genehmigte es; aber ihnen die Initiative in der Gesetzgebung zu gewähren, was die Charte des Senates ebenfalls involvirt, ließ er sich nicht bewegen. Das Recht der Initiative erklärte er für eines der schönsten Kleinodien der Krone und wollte es mit Niemand theilen. Es sind, wie man sieht, die bestimmtesten Ansprüche, die bestimmtesten Entscheidungen: es ist eine Art von Abkunft, man begleitet einander Schritt für Schritt[1]).

Erst bei den Bestimmungen über die richterliche Gewalt schien es, als komme man auf die Principien zurück. Der Senat sprach die vollkommene Unabhängigkeit derselben aus; der König erklärte sie für einen Ausfluß seiner Autorität. Wenigstens hier sollte man einen durchgehenden Gegensatz erwarten: sonderbar, er findet sich fast noch weniger als anderswo. Beinahe durchaus mit den Worten des Senats verpflichtet sich der König, die bestehenden Gerichtshöfe, die bestehenden Gesetze anzuerkennen und sie nur auf legalem Wege abzuändern; die Jury und die Oeffentlichkeit ihrer Debatten in Criminalfällen der Regel nach zu gestatten, Niemand seinem natürlichen Richter zu entziehen. Jene Candidaturen, von denen der Senat geredet, läßt er sich allerdings nicht gefallen: frei will er diese Richter ernennen; dagegen sollen sie unabsetzbar sein.

Und so ist die Charte eine Auseinandersetzung der neu eintretenden königlichen Gewalt mit den bestehenden Autoritäten der Revolution und des Kaiserthums. Diese Autoritäten hatten eine natürliche Tendenz zur Unabhängigkeit, und man kann nicht zweifeln, daß solche zu ihrem Abfall von dem Kaiser ein sehr wirksamer Bewegungsgrund gewesen sein wird. In seinem Entwurfe zeigte der Senat entschieden die Absicht, den Thron mit einer revolutionären Aristokratie

1) So ist der berühmte Artikel der Charte über die Preßfreiheit: Les Français ont le droit de publier et de faire imprimer leurs opinions, en se conformant aux lois, qui doivent réprimer les abus de cette liberté, doch nichts als eine Wiederholung der Bestimmung des 23sten Artikels der senatorialen Constitution, la liberté de la presse est entière sans la répression légale des délits, qui pourraient résulter des abus de cette liberté.

zu beschränken. Sie mißlang ihm völlig. Jene Stabilität des Senats, jene Versammlung der Deputirten von Rechtswegen, jene Candidatur der Gerichtshöfe versagte der König sammt und sonders: von diesen Banden hielt er sich frei.

Ging er aber darum auf die Grundlagen der alten Monarchie zurück? Dem Eingang seiner Charte, der es erwarten läßt, entspricht, soviel ich sehe, von den Artikeln derselben auch nicht einer. Es ist wahr, er erklärte das katholische Bekenntniß zur Staatsreligion und verstattete dem alten Adel, seine Titel wieder anzunehmen. Aber das letzte hatte schon der Senat bewilligt und für verträglich mit jener Volkssouveränetät gehalten, die er proclamirte. Das erste ist von den Bestimmungen des Jahres acht nicht weit entfernt, und in den revolutionären Constitutionen von Italien, von Warschau war es wörtlich enthalten. Im Ganzen blieb der König den Doctrinen und Grundsätzen der Revolution getreu. Er nahm die executive Gewalt an, wie sie ihm der Senat bewilligt hatte. Seine Vorrechte, die der 14te Artikel ausspricht, die bewaffnete Macht zu befehligen, Krieg zu erklären, Verträge zu schließen, zu allen Stellen zu ernennen, sind nichts Neues; auf das vollständigste hatte sie der Kaiser, zum Theil schon als erster Consul, ausgeübt. Selbst das Recht, die zur Ausführung der Gesetze und der Sicherheit des Staates erforderlichen Verordnungen und Ordonnanzen zu machen, so verfänglich es nicht allein lautet, sondern ist[1]), es kann nicht als der Charte eigenthümlich angesehen werden. Es ist ein Attribut, das bereits der Regierung der Consuln zugestanden hatte.

Und so erscheint die wiederhergestellte Regierung des Königs schlechthin als eine Nachfolgerin der revolutionären Regierungen: sie hat keine andern als deren Befugnisse.

Man erinnert sich, daß Ludwig XVIII. schon, als er 1797 Verständnisse in Paris eröffnet hatte, die Beibehaltung der beiden Räthe, welche damals das Directorium umgaben, zusagen ließ. Er versprach, sich einfach mit der Stelle des Directoriums zu begnügen.

---

1) Constitution du 22 Frimaire § 44: Le gouvernement propose les lois et fait les réglemens pour assurer leur exécution. § 47: Le gouvernement pourvoit à la sûreté intérieure et à la défense extérieure de l'état. Die Bestimmung der Charte: „Le roi fait les réglemens et ordonnances nécessaires pour l'exécution des lois et la sûreté de l'état," ist offenbar nur eine Uebertragung jener Artikel von den Consuln auf den König, wie denn die Charte in vielen anderen Puncten auf jene Constitution zurückweist.

Es ist die nämliche Linie, auf der wir ihn 1814 finden. Das alte Königthum wiederherzustellen, ist er weit entfernt. Er tritt einfach in den Platz einer Macht, wie sie aus der Revolution selbst hervorgegangen war[1]).

Nur hatte seine Regierung lange nicht die ganze Stärke ihrer Vorgängerinnen. Einmal erschuf sie sich eine gesetzliche Opposition, wie sie keine andere jemals ertragen hatte; sodann ließ sie jenen Beisatz des Schreckens fallen, ohne den nie eine revolutionäre Regierung zu bestehen gewußt hatte. Alles, was die Gewaltsamkeiten seines Vorgängers legalisirte, gab der König auf. Napoleon hatte über die Menschen und über das Geld verfügt: — der König verzichtete auf die Conscription; die Bewilligung der Auflagen mußte er von den Kammern erwarten. Napoleon hatte durch Special-Commissionen und Confiscation einen Theil der Rechtspflege bei terroristischen Grundsätzen behauptet: — der König gab jene mit der Möglichkeit einer einzigen Ausnahme, diese, wie wir sahen, völlig auf. Ein großes Hülfsmittel der napoleonischen Regierung waren die Befugnisse des Senates, die Constitution zu erklären und auf unvorhergesehene Fälle anzuwenden, die Wahlen, die Presse, ja die Freiheit der Personen zu beaufsichtigen, gewesen; — indem der König den Senat auflöste, gab er alle Vortheile auf, welche die höchste Macht aus demselben ziehen konnte; er setzte nichts anders an ihre Stelle.

Die königliche Regierung unterschied sich demnach von ihren revolutionären Vorgängerinnen nur durch ihre Beschränkung. Sie war übrigens wie diese; allein ohne den Schrecken und mit gesetzlicher Opposition.

Gewiß die Restauration war im Interesse von ganz Europa; allein man bemerke wohl, daß sie nicht minder ein Vortheil der Revolution selber war. Einmal erlangte dieselbe gesetzliche Anerkennung von demjenigen, über den sie eigentlich ihre Siege erfochten hatte, der auch dem alten Rechte nach der Inbegriff der Legalität war. Sie hatte aber noch eine zweite Tendenz, sich ihrem Oberhaupte unabhängig entgegenzusetzen: wir sahen, wie sich die großen Körper des neuen Staates erhoben, um durch eigene Selbständigkeit die königliche Gewalt zu beschränken. Sie erreichten dies nicht, wie sie wünschten; aber sie thaten einen großen

---

1) Nicht anders begriff man die Charte bald hernach. Die Kammer erklärte z. B. (séance du 18 Mars 1815), que la charte constitutionnelle de 1814 n'est que le développement des principes, sur lesquels ces constitutions (acceptées en 1791, l'an 3 et l'an 8) étaient basées, et son application au système qui s'est établi à cette époque.

Schritt zu diesem Ziele. Niemals hatte die Revolution eine Gewalt mit gemäßigteren Ansprüchen über sich gehabt.

Widersprüche.

Hätte man Bernadotte, wovon einmal die Rede war, oder den Sohn Napoleons auf den Thron von Frankreich gesetzt, so wäre es vielleicht möglich gewesen, mit einer Verfassung, wie diese Charte, zu regieren. Nicht, daß man alle Streitigkeiten vermieden haben würde: wahrscheinlich aber hätten sie nicht sofort die Principien betroffen. Diese Fürsten hätten ein integrirender Theil der Revolution, von der sie stammten, werden können: für das im Wesen illegitime Frankreich wären sie gleichartige Herrscher gewesen. Alle Jahrhunderte der französischen Vergangenheit wären vergessen geblieben und als nicht dagewesen betrachtet worden.

War es aber eben so gut möglich, daß Ludwig XVIII. ein so zu sagen ebenbürtiges Oberhaupt dieser revolutionirten Welt wurde? Es kommt nicht allein darauf an, was er sein wollte, sondern auch darauf, was er sein konnte; es schien, als liege in seiner Existenz allein, in ihren Bedingungen und nothwendigen Folgen ein Gegensatz wider das Gesetz, das er annahm.

Oder war es damit gethan, daß der König sein göttliches Recht in der Vorrede der Charte proclamirte, daß er seinen Kanzler von der Autorität reden ließ, die er von Gott und von seinen Vätern habe, von der unerschütterlichen Grundlage der alten Monarchie, die wieder aufgefunden sei[1]), während doch die Artikel der Charte, die zur Ausführung kommen sollten, nur die Grundsätze wiederholten, welche die alte Monarchie umgestürzt hatten, die Institutionen anerkannten, die aus ihren Trümmern hervorgegangen waren? Ich sage nicht, was der König hätte thun sollen: dringend, gebieterisch waren die Umstände, in denen er sich befand. Aber war es darum ein minderer Widerspruch, wenn er, der sich den achtzehnten Ludwig nannte, der den Anfang seiner Regierungsjahre von dem Tode des letzten unglücklichen Schlachtopfers an datirte, sich dennoch in allen seinen Anordnungen auf die Gesetze der Republik vom Jahr drei oder vier bezog? wenn er, der so bestimmt die Ansprüche eines Souveräns

1) Discours de Msgr. le chancelier 4 Juin. Moniteur 5 Juin 1814.

ausſprach, dennoch keine andere Befugniſſe, als diejenigen erlangte, die einer bürgerlichen Regierung überhaupt zukommen? wenn er von der alten Monarchie, von der doch allein ſeine Berechtigung ſtammte, nichts herſtellen konnte, als ein paar Namen, die aber jetzt etwas ganz anderes bezeichneten?

Noch weit tiefer aber ging dieſer Widerſpruch. Es war erſt 25 Jahre her, daß die alte Monarchie umgeſtürzt worden war; und bei weitem nicht das Königthum allein war in ihrem Falle begraben worden; um es mit ihren Worten zu ſagen, alle die alten Superioritäten und Notabilitäten, denen man gerade ausdrücklich den Krieg machte, waren in demſelben begriffen geweſen. Aber ihre Anſprüche, die Erinnerungen lebten noch. Hat man je geſehen, daß diejenigen, welche durch eine politiſche Begebenheit ihrer Beſitzthümer, ihrer Würden beraubt worden, ſobald die Umſtände zu ihren Gunſten umſchlugen, jener nicht wieder gedacht hätten? Es war nicht anders, der König hatte in ſich keinen andern Anſpruch auf dieſen Thron, als ſein Erbrecht. Man mochte ſagen, was man wollte, ſo erhob ſich durch dieſe einzige Thatſache alles, was noch von den Größen des alten Staates übrig war, zu ſeinen unvergeſſenen Forderungen. „Wie? ſagten ſie, giebt es nur eine einzige Legitimität in der Welt? Sind es nur die Throne, in denen ſie anzuerkennen iſt? Umfaßt ſie nicht in gewiſſer Weiſe den Rang, die Rechte, den Beſitz einfacher Bürger[1])?“ Nein! man kann nicht ſagen, daß ſie das Recht des Thrones völlig theilten; zu dem Rechte gehört, daß es anerkannt ſei, und die oberſte Gewalt, der Begriff und die Gewähr aller Rechte, hat ohne Zweifel Prärogative, die keinem Privatmanne zukommen; allein ſchwerlich läßt ſich leugnen, daß ſie einen ſehr gleichartigen Grund der Berechtigung hatten.

Der Mangel der Charte iſt nun, wie es ſcheint, daß ſie hierauf gar keine Rückſicht nimmt, daß ſie ſich völlig der Revolution ergiebt, daß ſie der durch dieſelbe zertretenen Rechte mit keinem Worte gedenkt.

Ich rede hier nicht von einem theoretiſchen Mangel. Der Fehler iſt, daß die Charte ihrer Aufgabe und den Dingen nicht entſpricht. Die Revolution, ihre Intereſſen, Erwerbungen, Schöpfungen waren eine Thatſache: der König erkannte ſie an. Allein die Anſprüche der alten Monarchie und alles deſſen, was mit ihr zuſammen-

1) Wörtlich aus Montlosier: Monarchie française depuis la seconde restauration. 1818. p. 17.

gehangen, waren nicht minder eine Thatsache; dieser gedachte man nicht. Nicht allein die nächste Vergangenheit trat in die Gegenwart ein, auch die entferntere; nur der ersten gestand man ein Recht auf die Zukunft zu. Die Revolution, sie war ein Krieg gewesen[1]): der eine Theil war besiegt und beraubt worden, allerdings nicht ohne seine Schuld, aber doch noch vielmehr durch die Frevel des andern Theiles. War es ein Friede zu nennen, wenn man nur die Sieger anerkannte und die Besiegten, welche überzeugt waren, daß ihre Sache es sei, die zuletzt triumphirt habe, von dem Erbe ihrer Väter ausgeschlossen ließ? Ich vermesse mich nicht zu sagen, was man hätte thun sollen. Allein unleugbar scheint mir, daß die Charte die große, die vornehmste Schwierigkeit umging und unberührt ließ.

Constitution für Constitution, sagte Condé! Es wäre eben so gut gewesen, die Constituante anzuerkennen.

Viel besser war es, müssen wir entgegnen. Dann wäre es nicht zu der Bildung zwei entgegengesetzter Bevölkerungen gekommen, von denen die eine der andern durch die Natur der Dinge feindselig sein mußte.

Jetzt hatte man zweierlei Adel, zweierlei Superioritäten der Gesellschaft. Die alten Existenzen traten den neuen gegenüber: diese waren in Besitz, jene hatten den Anspruch; jene waren stark auf ihren alten Sieg, diese trotzten auf den neuen.

Daß man es nun umgangen hatte, den Frieden offen zu schließen, auf einen Austrag zwischen den alten Jahrhunderten und den letzten Jahrzehenden zu denken, den neuen Besitz und das alte Recht in Einklang zu bringen, hatte den Erfolg, daß der Krieg sich sofort insgeheim organisirte.

Die Art, wie dies geschah, zog noch eine andere, für ganz Europa wichtige Folge nach sich.

An und für sich hatte das Königthum, wie es von der Charte constituirt wurde, kein aristokratisches Element. An und für sich war die Kammer, die man aus dem Kaiserthum herübernahm, von demokratischen Principien weit entfernt. Jenes, wir sahen, wie wenig es auf die wahren Grundlagen der alten Monarchie zurückging. Diese

---

1) Niemand hat dies öfter und stärker gesagt, als Guizot. Indem er jedoch hinzufügt, es sei eine endliche Reaction der Gallier gegen die Germanen — gleich als könne man noch nach so unzähligen Revolutionen die gallische und die germanische Ader in Frankreich unterscheiden — sollte er nicht der wahren Bemerkung durch den etwas fabelhaften Zusatz her Eintrag thun?

war in ihrem Ursprunge eher bestimmt, der Revolution Einhalt zu thun, als sie zu begünstigen.

Allein dadurch, daß man nur Königthum und Repräsentation, daß man nicht auch die Interessen zwei ganz verschiedener Generationen auseinandersetzte, ereignete sich, daß sich der geheime Krieg, den man veranlaßte, in die Verfassung warf.

Der ganze Adel, mit seiner Begierde nach Ersatz für das Verlorene, nach Reichthümern und Stellen, drängte sich um den Thron her; er hatte keine andere Stütze. Jene Emigranten, die den Hof des Königs, den Hof Monsieur's im Exil gebildet, bildeten nun, verstärkt durch eine Art von Cooptation, den Hof des Königreichs. Aller der Vorrechte, welche die Charte dem König verlieh, seines Rechts der Ernennungen, der Initiative, seines Vorbehaltes bei dem Gericht, suchten sie sich zu ihrem Vortheil zu bedienen.

Dagegen warfen sich die revolutionären Interessen allmählig völlig in die Wahlkammern, die sie nach ihrem Bedürfnisse zu gestalten suchten. Hinter den Gewählten standen die Wähler, hinter diesen alle Schöpfungen der Revolution. Jedes Vortheils, den man den Bestimmungen der Charte absehen konnte, suchte man sich zu bemächtigen.

Daher kommt die Heftigkeit, mit der man von beiden Seiten seine Ansprüche festhält. In jeder Neuerung, in jeder Abweichung, ja in jeder Maßregel überhaupt gewöhnt man sich einen Plan zum Angriff zu sehen und rüstet sich mit Entwürfen zur Vertheidigung. Die Charte wird der Gegenstand des Krieges.

An und für sich haben ständische Verfassungen nicht gerade Gefahr. Wenn sie deren dennoch in unsern Zeiten fast allenthalben hervorzurufen geschienen haben, sollte dies vielleicht auch daher kommen, weil man ein Bedürfniß, das unfehlbar vorhanden war, nach dem Muster von Frankreich befriedigte? — weil man die Charte, eine Hervorbringung so ganz bestimmter Verhältnisse, die Gewährung auf so genau gestellte Forderungen, erfüllt mit so sichtbaren Mängeln als ein Meisterstück der Politik betrachtete und nachzuahmen beflissen war? Sollte man irren, wenn man annimmt, daß hierauf vermöge einer gewissen Nothwendigkeit alles, was es in dem übrigen Europa den in Frankreich kämpfenden Elementen Analoges gab, seinen Streit ebenfalls in die Verfassungen versetzen mußte? Die Tendenzen beider Theile verbergen sich so leicht hinter Bestimmungen, die an sich unverfänglich scheinen; ja, sie möchten zuweilen durch Analogie und Beispiel durch dieselben erst hervorgerufen werden.

Jede Regierung wird ihr Amt unter solchen Umständen schwer finden. Wie viel mehr Ludwig XVIII., dessen eigene Existenz die Mißverhältnisse, so zu sagen, selber enthielt! Seine Aufgabe ward durch die Charte, wie sie nun war, nur schwieriger. Was statutarisch verabsäumt worden, hatte er nunmehr factisch ins Werk zu setzen; er hatte die Menschen der alten Regierung zufriedenzustellen, ohne die Revolution zur Empörung zu reizen. Nur ein Mensch von entschiedener Thatkraft, von eindringendem Scharfsinn und starkem Willen, von einer durchgreifenden und beherrschenden Persönlichkeit, nur ein großer König oder ein großer Minister konnte hoffen, dies auszuführen.

Ludwig XVIII.

Ludwig XVIII. gehörte zu den Männern des achtzehnten Jahrhunderts, wie man sie zuweilen noch sieht, sehr gebildet, fein und klug, von liberaler Richtung, dabei mit einem Gepräge, das uns von Tage zu Tage fremder wird.

Von Jugend auf zeigte er zu den rauschenden Vergnügungen des Hofes weder Talent noch Neigung. Elegant und correct zu schreiben, selbst in der Handschrift mit kleinen netten Zügen, ein wohllautendes Madrigal hinzuwerfen; die Literatur des Tages zu kennen, zu schätzen und mit ihr zu wetteifern, das war sein Ehrgeiz. Durch die Anmuth seiner Unterhaltung zeichnete er sich in seinem Kreise nicht minder aus, als durch seinen Rang. Er hatte eine Art von literarischem Hof, der den ursprünglichen Tendenzen der Revolution anhing. Von der Philosohie jener Jahrzehende, ihrer Richtung auf allgemeine Verbesserungen, auf eine Abschaffung der Mißbräuche des Mittelalters bekannte auch der Prinz sich durchdrungen. Als gegen Ende 1788 die Bureaux der Notabeln über die doppelte Repräsentation des dritten Standes berathschlagten, war dasjenige, welchem er vorsaß, das einzige, das sie annahm. Auf die Reichthümer des Clerus war er von jeher übel zu sprechen, und er soll dem König von allem Anfang gerathen haben, sie einzuziehen und die Lasten des Staates damit zu decken. Hätte man seine Rathschläge befolgt, so wäre, meinte er, alles anders gegangen. So aber hatte auf die Letzt auch er auswandern müssen.

Sein Exil hatte ihn auf sich selber zurückgewiesen: es hatte ihn gereift. Sein Charakter war sicherer, seine Studien waren tiefer, classischer: seine politischen Meinungen, wie er denn das Land, dessen Krone ihm gebührte, sorgfältig beobachtete und alle Erfahrungen desselben sich zu Nutze zu machen glaubte, entschiedener, umsichtiger geworden.

Er glaubte nicht durch die Charte zu verlieren. Die Bestimmung der Auflagen sah er mit Vergnügen in den Händen der Kammern, weil auch die Abneigung, welche dieselben begleite, nicht länger auf die königliche Person fallen könne. Wann hätte das Königthum früherhin jemals alle Ernennungen zu seinem Willen, diese ganze Administration in seinen Händen gehabt, wie er sie an sich nahm? Insofern die Revolution der Selbständigkeit der mittleren Gewalten den Tod gebracht hatte, war er noch immer ihr Anhänger. Wie er die hinreißende Pantomime der Majestät besaß, so war er ein König, der es sein und dafür gelten wollte. Entschieden überlegene Menschen, oder die den Ruf hatten, daß sie es wären, wollte er nicht in seinem Ministerium: Talleyrand nicht allzulange, weil man glauben dürfte, er könne denselben nicht entbehren: Chateaubriand nicht, weil man sagen möchte, dieser Autor verfasse die königlichen Reden. Er liebte es eher, über die Nullität seiner Minister spotten zu können. Er selbst wollte es thun; alle wesentlichen Maßregeln sollte man ihm zuschreiben.

Und dennoch, es war nicht anders: er konnte nicht einheimisch werden in der neuen Gegenwart. Wie er nie vergessen hatte, daß er ein Prinz war, wie er schon früher mehr Repräsentation gehabt, als sein Bruder, der König, so erschien er wieder mit dem alten Pomp; er hielt unter so verschiedenen Umständen die alte Etiquette. Er verbarg sein Mißvergnügen nicht, wenn er irgendwo den Mangel jener Erziehung, die nur die große Geburt giebt, die vornehme Gewohnheit vermißte. Als er sein Haus einrichtete, vergaß er keinen alten Edelmann. Seinen Liebling Decazes machte er zum Minister, Grafen, Pair; aber ihn zum ersten Kammerherrn zu machen, wie man einmal die Absicht hatte, wäre er nie zu bewegen gewesen. Er konnte nicht eben religiös genannt werden, doch die Messe hörte er alle Tage. Die Erinnerungen von Versailles, von den Tuilerien, wie er sie nun selber wieder besaß, bewegten ihn tief. Er bezeichnete sie mit seinen besten Reminiscenzen aus dem Horaz.

Den Hervorbringungen des neuen Jahrhunderts gewann er keinen Geschmack ab. Wenn er Delavigne nicht verwarf, so war es,

weil derselbe den älteren Mustern, wie Delille, nachfolge. Die Declamation Talma's fand er revolutionär und zerstörend für die schöne Harmonie racinischer Alexandriner. Das gelehrte Orchester bedeutete ihm nichts gegen die Melodieen des Panurg. Es ist so natürlich: an dem Text damaliger Opern hatte er selbst dann und wann Antheil gehabt. Nur die reine correcte, abgemessene Prosa hatte seinen Beifall: die neue Ader, die sich seit dem kühnen Vorgang Napoleons in der französischen Literatur regt, war ihm zuwider. Diesem heftigen, unruhigen, gewaltsamen Jahrhundert gegenüber, blieb er in der Sinnesweise seiner jungen Jahre, die er seitdem nur befestigt und entwickelt hatte.

Sein Königthum war zugleich das alte und das neue. Er war der Nachfolger zugleich des heiligen Ludwig und Napoleons. Er gehörte beiden Welten an. Es spricht ihn aus, daß er die Forderungen der Revolution in seiner Charte zu verwilligen, „zu octroyiren" das Ansehen hatte. Er liebte die Revolution, insofern sie das Königthum von den Schranken befreit hatte, welche es früher einengten; er liebte die Royalisten, insofern sie jederzeit thaten, was er begehrte; er war ihnen zugethan, nicht um ihretwillen, sondern um seinetwillen; um entschieden zu lieben oder entschieden zu hassen, war er überhaupt zu klug, zu kalt[1]; und wäre es 1789 gewesen, vielleicht, daß es ihm gelungen wäre, beide Parteien zu leiten. Aber nun hatten die Elemente ihre eigenen Principien entwickelt, und durch seine Wiederkunft geriethen sie mit einander in einen nothwendigen Streit.

Sich mit frischem Muth in diese Verhältnisse zu werfen, sie mit starkem Arme zu zügeln, war der einzige Weg, die Monarchie zu befestigen. Rasche Bewegung aber war nie seine Eigenschaft gewesen: nunmehr war er ein alter Mann, durch seine Schwachheit an den Lehnstuhl gefesselt. Er war dazu nicht fähig.

Auch der Vertraute seines Exils, der Herzog von Blacas, dem er sein Ohr mehr aus Gewohnheit als aus Neigung, aber nur allzu ausschließlich lieh und eben damit einen großen Theil der Geschäfte in die Hand legte, war nicht der Mann dazu. Man war der gewaltigen Hand Napoleons gewohnt; und schon, daß man die neue

---

1) Man hat mit Recht bemerkt, daß er in der relation d'un voyage de Paris à Bruxelles, dort wo er den Unterschied zwischen fou und fool auseinandersetzt, seines unglücklichen Bruders mit einer Kälte gedenkt, die kaum ihres Gleichen hat.

Verwaltung schwach sah, erweckte ihr Gegner. Wie viel mehr aber standen um desjenigen willen auf, was sie veranlaßte, oder was sie geschehen ließ!

Reaction.

Das Unvermeidliche geschah. Der restaurirte Staat lebte aus zwei verschiedenen Principien; — kein Vertrag versöhnte, keine starke Gewalt vermittelte sie; nothwendig machten sie sich beide neben einander geltend.

Man kann nicht sagen, daß die Regierung gegen die Revolution gewesen wäre. Unter andern war ihr Vorschlag, die exigible Schuld durch den Verkauf von 300,000 Hectaren Waldung zu decken, von denen ein großer Theil ehemals dem Clerus angehörig gewesen war, durchaus eine Fortsetzung revolutionärer Maßregeln. Auch war man sich dessen so gut bewußt, daß man damit den Käufern der Nationalgüter ein besonderes Vertrauen einzuflößen dachte.

In dem Ministerium des Innern saßen Männer von entschieden liberaler Gesinnung; wie denn das Preßgesetz, das damals vorgeschlagen ward, von Royer Collard und Guizot entworfen worden ist. Nie hat man dieser Verwaltung eine Gewaltthat, ein Verbrechen, eine eigentliche Verletzung der Verfassung Schuld geben können.

Es ist ein Irrthum unserer Zeit, alle Fehler und alle Hoffnung der Abhülfe in den Maßregeln der Regierungen zu sehen. Die Schwierigkeit lag auch diesmal wo anders, sie lag in den widerstreitenden Zuständen, von denen die Regierung weder den einen noch den anderen verleugnen konnte, und die einander wechselsweise ausstießen. Sie stand so zu sagen zwischen zwei Welten, die sich hinwiederum in ihr selber berührten.

Gewiß, sie wollte gerecht sein, sie wollte die geleisteten Dienste anerkennen. Allein die Frage war, welche dies seien? Waren es die, welche unter der weißen, oder die, welche unter der dreifarbigen Fahne geleistet worden? Wer hatte die Sache von Frankreich vertheidigt? Die Gefährten der Charrette und Larochejaquelin, welche für Kreuz und Königthum so heldenmüthig gestritten, die Opfer der Collot d'Herbois und Fréron, oder die Constitutionellen selber, durch deren Anstrengung auf die Letzt der Anfall der fremden Mächte abgewehrt worden war? Wem sollte man Denkmale errichten, denen, die

auf Quiberon, oder denen, die bei Valmy gefallen? Wen sollte man begünstigen, diejenigen, die Alles verloren hatten, weil sie ihr Glück mit dem verjagten königlichen Hause theilten, oder die Anderen, deren Ruhm ihre Usurpation gleichsam geheiligt hatte[1])?

Ludwig XVIII. suchte die beiden Theile zu vereinigen, zu vermischen. In seiner Pairkammer nahm er die Senatoren und die Nachkommen der alten Pairs auf. An seinem Hofe sah man neben den Marschällen von Frankreich die Herzöge und Grafen der alten Geschlechter. Den Orden Napoleons setzte er die alten Decorationen des Königthums zur Seite. Den Befehl über seine Garde vertraute er Anführern aus alten und neuen Häusern. In der hohen Administration ließ man die Sachen im Ganzen wie sie waren; nur die entschiedensten Repräsentanten der Revolution wie die Regiciden suchte man zu entfernen, und man nahm Bedacht, daß es ohne eigentliche Beleidigung geschehen möchte. In die Departements hatte der Graf Artois, der vor der Ankunft seines Bruders eine kurze Zeit die oberste Gewalt ausübte, königliche Commissäre gesendet; sei es, daß nicht alle eine gleich günstige Aufnahme fanden oder nicht alle gleich entschieden waren, oder daß man dem Princip der Vermischung mit Bewußtsein folgte, nur in einigen Bezirken hatte man Royalisten eingesetzt. Die Gerichtshöfe ließ man bestehen; in keinem anderen als in dem Cassationshof nahm man einige Erneuerungen vor[2]).

Wie schwierig war schon dies! Diejenigen, welche als Offiziere ausgewandert, traten nach den Jahren ihres Dienstes, die sie freilich nur zählten, in das Avancement ein. Man sah die Generale des Condé, die Generale der Vendée und die Generale der Revolution neben einander. War es genug, die sich widerstreitenden Generationen neben einander aufzustellen? War es nicht eine Beleidigung der einen, daß die anderen auch nur erschienen?

Zumal da der neue und ungewohnte Erfolg den Royalisten, den bisher Besiegten, die sich zum ersten Mal im Vortheil sahen, Muth machte, alles zu hoffen. Sie hatten ein gewisses Uebergewicht, das, wenn es gleich zuerst nur die Selbstliebe berührte, die Eitelkeit in Bewegung setzte, darum nicht minder drückend war.

An dem Hofe des Grafen von Artois, der Herzogin von Angoulême erblickte man Niemand von revolutionärem Namen. In den Kreisen

---

1) Diese Gegensätze leuchteten vor allen Andern Napoleon ein. S. Notes sur les mémoires de Fleury de Chaboulon. Notes et mélanges II. 240.

2) Das letzte aus Fievée. Session de 1815. p. 193.

aber, wo sich die beiden Parteien begegneten, bildete sich demohnerachtet allmählig eine Atmosphäre, in der sich nur die Traditionen und Gewohnheiten der alten Zeit halten konnten. Die Damen aus den emporgekommenen Häusern, sie sahen sich an den leisesten Unterscheidungen des Dialektes, an ihrer Art, sich zu tragen, erkannt und nicht immer auf ganz gleichen Fuß behandelt; sie waren jünger und hübscher; aber es giebt noch tiefere Seiten weiblicher Eitelkeit: diese fühlten sie verletzt und kamen in Thränen nach Hause. Es will dies etwas sagen in Frankreich, wo man an Allem Theil haben will, selbst an den Auszeichnungen, die man verspottet [1]). In den Provinzen machte der Adel überdies auch seine kleinen Ansprüche, etwa des Vorrangs bei Tafel, des Kirchenpatronats, geltend, und er zeigte, daß er den alten Seigneur nicht vergessen hatte. Dabei versäumte er nicht, alle Präfecturen, Unterpräfecturen und Mairien für sich zu fordern.

In keinem Puncte vielleicht hat der neuentwickelte Sinn des Jahrhunderts eine größere Empfindlichkeit, als in geistlichen Sachen. Daß man wieder die Feierlichkeiten der Procession und die Straßen festlich ausgeschmückt sah, und zwar auf Befehl; es schien eine Verletzung aller modernen Principien. Nicht allein in den Provinzen, wo es weniger bemerkt wurde, machte die Geistlichkeit eine gewisse Aufsicht über das Privatleben, eine Art von Kirchenzucht geltend: selbst in Paris befahl der Polizeipräfect, den Sonntag zu halten; das erste Mal seit langen Jahren, daß sich die Polizei um kirchliche Dinge bekümmerte. In der Pfarre St. Roch versagte man einer Schauspielerin, die alle Bewunderung des Publicums gehabt hatte, die arme letzte Ehre der Beerdigung; es hatte einen Auflauf zur Folge. Für den Todestag Ludwigs XVI. war ein Trauergottesdienst angeordnet worden, ohne Zweifel um einen tieferen Eindruck auf die Nation hervorzubringen. Man bemerke, daß an dem Tage, an welchem er stattfand, in den Provinzen von nichts die Rede war, als von jenem Tumult [2]), den Niemand eben mißbilligte: man urtheile, welche Wirkung nun diese Ceremonie haben mußte, die mit allen andern geistlichen Bewegungen eine so starke Verwandtschaft hatte.

---

1) Hierüber mag man wohl F. v. Stael hören. Considérations sur les principaux événemens de la révolution française, partie V, ch. 10. Was Gesellschaft ist, versteht sie, das ist ihre Sache. Die Ungeschicklichkeit eines Generals, Kammerherr zu werden, war nicht viel kleiner, als die des Kammerherrn, eine Armee zu commandiren.

2) Dies erzählt Fievée Correspondance IV. von Anfang.

Sollte der Geist der Revolution sich nicht regen, da sich neben ihm ein anderer bildete, von anderer Theorie, anderer Farbe: eine Art von Religion von immer reinerer und reinerer Orthodoxie, ihm durchaus entgegengesetzt und mit den kühnsten Ansprüchen? Da es nur Vereinigung und Vermischung galt, so fing man an zu fragen, welches der Theil sei, der den anderen adoptire, dem sich der andere mithin unterordnen müsse; welcher von beiden die echte Nation bilde [1]). Die Revolution behauptete, sie sei Frankreich. Die Denkschrift Carnots an den König machte darum einen so großen Eindruck, weil sie dies so bestimmt aussprach, weil sie das revolutionäre Frankreich, als mit welchem Europa Tractate geschlossen habe, das von allen Mächten anerkannt worden sei, so entschieden für das wahre Frankreich erklärte, die Emigranten dagegen für die Feinde desselben, weil sie die Waffen gegen ihr Vaterland getragen hatten. Auf der andern Seite machte sich vielleicht gerade darum die entgegengesetzte Meinung geltend. Als die Regierung auf eine allerdings sehr billige und bei weitem nicht genügende Entschädigung der Emigranten antrug, ließ sich jedermann die Sache selbst gefallen. Allein die Worte, deren sich der Staatsminister Ferrand bei dem Vorschlage bediente, lauteten für die Mehrzahl höchst bedenklich. Er setzte Emigranten und Zurückgebliebene in gleiche Linie: der Wunsch beider sei auf die Wiederherstellung des Königthums gegangen; endlich seien sie alle zu ihrem Ziele gelangt, die einen auf der geraden Linie, ohne jemals von derselben abzuweichen, die anderen nach größerer oder geringerer Theilnahme an allen Wendungen der Revolution. Ohne Zweifel, fast eine amtliche Erklärung des Vorzuges der Ausgewanderten! Von der Bemerkung begleitet, der König werde jedes Mittel ergreifen, um die peinliche Ausnahme zu heben, die er jetzt noch machen müsse, setzte sie das Nationalgefühl in Bewegung und schien den Besitz zu bedrohen [2]).

Und war es nicht so, daß vierzehn Bischöfe wiedergekommen, welche in ihrer Protestation gegen das Concordat von 1801, gegen die Gesetzmäßigkeit der Veräußerung der geistlichen Güter fortfuhren? Die Emigranten regten sich wieder. Man kann es an sich in Wahrheit nicht unnatürlich finden, daß sie ihre Schlösser, ihre Besitzungen mit Leidwesen in den Händen oft ihrer alten Untergebenen oder ihrer

---

1) Frage. Est-ce nous qui les recevons, ou nous reçoivent-ils. 1832.

2) Séance du 13 Sept. 1814. Die Journale bestärkten in dieser Furcht. Benj. Constant führt einen Artikel aus dem Journal des débats du 9 Oct. 1814 an, worin es heißt: nulle puissance humaine ne saurait légitimer ce qui est illégitime.

Gegner sahen. War aber ihr Emporkommen nicht zu fürchten? Hingen ihre Ansprüche nicht mit dem Princip der Regierung, welches Republik und Kaiserthum für Usurpation erklärte und erklären mußte, zusammen? Konnte man sich überreden, daß diese Bewegung, die sich nicht durch die Schritte der Regierung oder besondere Verfügungen und Gesetze, die sich ihr vielmehr gleichsam zum Trotze entwickelte, von selber innehalten werde? Man sah darin nur einen Anfang: jeder neue Schritt, jedes zweideutige Ereigniß, ja jedes Pariser Gerücht wirkte durch ganz Frankreich nach; man hat auf der Tribüne behauptet[1]), daß nach der Rede Ferrands ein Stillstand im Kauf und Verkauf (natürlich der liegenden Gründe) durch das ganze Königreich eingetreten sei, den bereits der königliche Schatz selber fühle; man sah, wohin das führen könne.

Als die Revolution sich von Napoleon trennte und die Rückkehr der Bourbonen zugab, glaubte sie sich zu behaupten, wie sie war. Jetzt sah sie sich in ihren moralischen, socialen, privaten Interessen angegriffen und gefährdet. In allen ihren Classen fühlte sie sich verletzt. Die hohen Beamten, wenn man sie auch schonte, vermißten doch die Zuflüsse der gewohnten Freigebigkeit, und sparen hatten sie nie gelernt. Der Mittelstand wünschte diesen Adel loszuwerden, der sich aufs neue vorzugsweise in die einflußreichen und einträglichen Stellen drängte. Selbst die Manufacturen entbehrten ungern die Verschwendung des kaiserlichen Hofes, sie sehnten sich nach den glücklichen Zeiten des Krieges, wo sie keine englische Concurrenz zu fürchten hatten[2]). Der Bauer, vornehmlich in Bourgogne, Champagne, Dauphiné fürchtete die Rückkehr der Gutsherren, der Zehnten[3]). In unzähligen Schriften, geschäftig, lebhaft, immer neu äußerten sich diese Unzufriedenheiten und breiteten sich über die ganze Oberfläche der Revolution aus.

Vornehmlich war die Armee in Bewegung. Jenes Mißbehagen, das den Soldaten immer ergreift, wenn er aus der Freiheit der Feldzüge in die enge Beschränkung der Garnison zurückkehrt, trug man wie natürlich auf die Regierung über. Die Hauptsache aber war der Eintritt derjenigen, die man einst bekämpft hatte, in diese Reihen:

1) Durbach Séance du 25 Oct. 1814.

2) Fleury de Chaboulon Mémoires pour servir à l'histoire de la vie privée, du retour et du règne de Napoléon en 1815. I, 389. Note.

3) C'est ainsi, que s'alarmèrent les intérêts émanés de 25 années de troubles. Mémoires de Fouché II, 299. Diese Memoiren sind zwar falsch, doch liegen ihnen hie und da gute Wahrnehmungen zu Grunde.

der Generalstab, der ihnen aufgenöthigt war. Der Herzog von Berry, der sich zum Mann der Armee bilden wollte, griff das so seltsam an und gab gewisse Manieren so wenig auf, daß er vielmehr beleidigte und sich verhaßt machte. Wovon sollen Soldaten reden, als vom Krieg, wovon sollten diese in den Casernen sich unterhalten, als von ihren Feldzügen unter dem Kaiser? Nie war Napoleon populärer. Alle seine Schlachten, alle seine Thaten wurden in Erzählungen, Schriften und Bildern wiederholt, bewundert; in energischen Liedern machte sich die Sehnsucht nach dem kleinen Corporal Luft.

Alle Elemente der Revolution von dem höchsten bis zum niedrigsten waren in Gährung: alles, was sich irgend Edles mit ihr verbinden kann, und die Hefe des jacobinischen Gesindels.

Die Regierung des Königs ahnete nichts, bemerkte nichts. Gerade ihre Schwäche, gerade daß sie keine entschiedene Maßregeln ergriffen hatte, hielt sie für ihre Stärke. Nichts ist seltsamer, als die Art, wie sich Chateaubriand im October 1814 ausdrückte. „Giebt es heimliche Feinde, sagte er, so können sie kommen und gehen, Briefe wechseln, Zusammenkünfte halten, wie ihnen gefällt: sie können sich auf den Marktplätzen, an den Straßenecken verschwören. Man fürchtet sie nicht. Man wird es nicht für der Mühe werth halten, sich in Vertheidigungsstand zu setzen: mit dem Gewicht seiner Gnade und Güte wird sie der König erdrücken" [1]. Schon glaubten die Bourbonen sich stark genug, um an eine Wiederaufnahme ihrer alten europäischen Rolle zu denken. Als die polnisch-sächsische Frage die Cabinette zu entzweien drohte, dachten auch sie ein Gewicht in die Waagschale zu legen; ebendemselben, welchem sie, wenn irgend einem Menschen, ihre Herstellung vorzüglich verdankten, dem Kaiser Alexander, beschlossen sie sich zu widersetzen und zogen ihre Truppen zusammen. Es ist bemerkenswerth, daß diese Maßregel den Generalen Gelegenheit gab, sich einander mitzutheilen, sich zu besprechen, und keineswegs im Sinne des Königthums. Die Regierung aber glaubte ihrer sowohl, wie der Nation vollkommen sicher zu sein. Aus den Berichten, welche Blacas bis zum Februar 1815 an den König erstattete, ist Einiges bekannt geworden [2]. Sei es, daß man von der Polizei, welche man gelassen hatte, wie man sie fand, welche mithin gut bonapartisch geblieben, mehr im Sinne der kaiserlichen Regierung

---

1) Chateaubriand de l'état de la France au 4 Oct. 1814.

2) Histoire de la restauration par un homme d'état. édit. de Bruxelles II, 207.

bedient ward, als zum Vortheil der königlichen, oder daß es eine Art von Ehrgeiz und Selbstgefühl war, sich alle Gefahr wegzuleugnen, diese Berichte athmen die tiefste Ruhe. „Die Liebe der Bourbonen sei in Aller Herzen, die Kirche erfülle sich mit Gläubigen, die Armee sei mit wenigen leicht wegzuschaffenden Ausnahmen dem regierenden Hause persönlich ergeben; in den Provinzen mache der Royalismus neue Fortschritte. Wie sollte man auch wagen, etwas gegen den Sohn des heiligen Ludwig zu unternehmen?"

Unglaubliche Verblendung! Noch in demselben Februar verließ Napaleon Elba. Er kam wieder und rief die Revolution bei ihrem Namen auf. Sie erhob sich und ging mit ihm den alten Bund ein. Zum zweitenmal mußte der legitime König und sein Anhang den Boden von Frankreich räumen. Er mußte es ohne Widerrede.

Die hundert Tage.

Napoleon hatte von seiner Insel die Entwickelung dieser Dinge wahrgenommen: er stimmte nicht in den Tadel, den das Publicum über Ludwig XVIII. verhing; er erkannte das Princip: er nahm die Nothwendigkeit der Folge wahr[1]). Er brach auf, sie sich zu Nutze zu machen.

Alle seine Erklärungen sagen das Nämliche aus. Das Volk der Franzosen erinnerte er in der ersten Proclamation, die er noch auf der Brigg, welche ihn herüberbrachte, dictirt hat, daß Frankreich seit 25 Jahren neue Interessen, neue Einrichtungen, einen neuen Ruhm habe, die nur eine Dynastie, entsprungen unter den neuen Umständen, sichern könne. Gerührt von den Klagen der Franzosen, die er auf seinem Felsen vernommen, komme er, ihnen die Regierung ihrer Wahl, die einzige legitime, wiederzubringen; er komme, um seine Rechte zurückzufordern, welches zugleich ihre Rechte seien[2]). Meine Rückkehr, sagte er den Bewohnern der oberen und niederen Alpen, macht eurer Unruhe ein Ende: sie gewährleistet euch die Erhaltung jeder Art des

1) Je suis venu sans intelligence, sagte er zu Benj. Constant, sans concert, sans préparation aucune, tenant en main les journaux de Paris et le discours de Mr. Ferrand. Lorsque j'ai vu ce que l'on écrivait sur l'armée et sur les biens nationaux et sur la ligne droite et sur la ligne courbe, je me suis dit: La France est à moi. (Lettre 9me.)

2) Proclamation au golfe Juan du 1er Mars.

Eigenthums, die Gleichheit aller Classen: diese Rechte, deren ihr euch seit 25 Jahren erfreut, nach denen unsere Väter seufzten, bilden jetzt einen Theil eurer Existenz[1]). Jene Bergbewohner, in denen die Furcht, wieder an die Scholle gebunden zu werden, besonders lebendig war, die sich zum Theil rühmten, daß die Revolution unter ihnen entstanden sei, empfingen ihn als ihren Erretter[2]). Unter dieser Menge, welche sich um ihn her drängte, den hartbehandelten Conscribirten, die ihm nichtsdestominder ein enthusiastisches Lebehoch brachten, fühlte er sich den Kaiser der Bauern; er fühlte eine Ader in sich, entsprechend der Lebensader dieses Volkes. Er war der Schutz und Schirm der revolutionären Freiheiten und Besitzthümer.

Andere Gefühle weckte er in der Armee auf. Die Bourbonen, sagte er, sie sind die Gegner unseres Ruhmes. Von den Heldenthaten, welche wir ausgeführt haben, um uns ihrem Joche zu entziehen, werden sie verdammt. Wären sie legitim, so wären die Erfolge der großen Armee Verbrechen und die Braven würden zu Rebellen. Reißt die Farbe ab, um welche sich 25 Jahre lang die Feinde von Frankreich sammelten; pflanzt die dreifarbige Cocarde auf: ihr trugt sie in großen Tagen!

Mit glücklichem Genius wandte er sich nur an die großen Gedanken und Leidenschaften des revolutionären Frankreichs: der Einzelnen, ihre Rechte, ihre Besitzthümer zu behaupten: des Ganzen, seines Ruhmes zu genießen, der sein Erwerb war. Daß er diese Interessen gewährleiste, daß er alles, was seit 25 Jahren in Frankreich hervorgebracht worden, befestige, das erklärt er für seine Legitimität. Seinen Thron nennt er das Palladium der Ehre und der Rechte des Volkes.

Wo er erschien, brach zu beiden Seiten der Straße die Insurrection aus; was soll ich sagen, wie die Armee, ohne Ausnahme, die Waffen, die sie gegen ihn führen sollte, umkehrte, um sie für ihn zu brauchen[3]). Die Revolution stürzte zu seinen Füßen. Er war von Entzücken hingerissen. „Es sind die geringen Leute“, sagte er, „die

1) Proclamation Gap le 6 Mars.

2) Officielle Relation vom 22. März. Moniteur du 23 Mars. Treffliche Erläuterungen giebt der elfte Brief Benjamin Constants, von allen, wie mir scheint, der bedeutendste. Minerve VIII. p. 97.

3) Fievée, irgendwo in der Correspondance, glaubt bemerkt zu haben, daß die Armee nie ihr Lebehoch mit dem Geschrei der insurgirten Menge habe vereinigen mögen, weil ihre Interessen verschieden gewesen seien. Diese Bemerkung ist fast allzu fein, um einzuleuchten.

mich nach Paris zurückgebracht haben: es sind die Souslieutenants und Bauern, es ist das Volk und die Soldaten, denen ich Alles verdanke."

Jene ihre einfachen Gedanken und Gefühle, ihre großen Leidenschaften, die er aufrief, es waren, man kann sagen, die Fittige, welche den Adler, wie er so glücklich vorausverkündigt hatte, von Glockenthurm zu Glockenthurm bis Notre-Dame in Paris trugen.

Wie er sie ausgesprochen, so wiederholte sie Frankreich. Die Herren, die man uns hat geben wollen, sagte ihm die feierlichste Deputation, die er empfangen hat, eine Deputation von ganz Frankreich: sie verstanden uns nicht, und wir konnten sie nicht verstehen. Ihre Gegenwart hat die Täuschung vernichtet, die sich an ihren Namen knüpfte. Zehnten, Lehnsrechte, Privilegien waren der Grund ihrer Entwürfe; ungeduldig über die Gegenwart, trösteten sie einander mit der Zukunft. Was 25 Jahre lang ein Anspruch auf Ruhm gewesen war, wurde nun ein Anlaß zur Proscription. Eine Million Angestellter, die seit so lange diesen Maximen folgen, 500,000 Krieger, 6 Millionen Eigenthümer, welche die Revolution eingesetzt hat[1]), eine noch größere Anzahl von Bürgern, die unseren politischen Dogmen anhangen, es sind nicht mehr die Franzosen der Bourbons.

In diesem Sinne waren die Decrete vom 13. März abgefaßt, welche der Kaiser zu Lyon erließ. Er hob die Pairkammer auf, weil sie Männer in sich schließe, welche die Waffen gegen Frankreich getragen, die Deputirtenkammer, weil sie die Herstellung des Feudaladels zugegeben, weil sie durch die Anerkennung der Legitimität der Bourbons die Franzosen für Rebellen, die Emigranten für gute Bürger erklärt habe. Er schaffte den alten Adel wieder ab. Alles, was in die Armee, in die Tribunale eingedrungen, stieß er aus; er verjagte die Emigranten aufs neue; alle ihre Güter, welche der Ehrenlegion, den frommen Stiftungen, den Gemeinden zugetheilt gewesen, gab er diesen zurück[2]).

Befehle, ohne Zweifel gewaltsam: Verordnungen eines siegreichen Dictators. Allein sie waren im Interesse der Leidenschaften, die er aufweckte; sie stellten das neue Frankreich in seiner Reinheit wieder her. Sie schadeten ihm nicht. Auf allen Stadthäusern, auf

---

1) La députation de 500 électeurs. Im Moniteur, auch bei Fleury II, 99. Sie bedienen sich, wie man sieht, etwas großer Zahlen. Die Sache ist richtig.

2) Décrets impériaux. Lyon le 13 Mars 1815. Der Moniteur vom 21. März enthält die ganze Reihe.

allen Kirchenthürmen des Landes wehte nach kurzer Zeit von neuem die dreifarbige Fahne.

Indessen war damit lange nicht Alles geschehen. Ja, erst mit dem Siege begannen die wahren Schwierigkeiten.

Jene Gefühle der Massen, die Bedürfnisse der Selbsterhaltung nach innen und außen, durch welche der Kaiser zurückberufen worden, sie waren nicht das Einzige, was in den Gemüthern der Franzosen lebte und sie bewegte. Die Revolution strebte, wie wir sahen, noch nach einer anderen Macht, nach einer wesentlichen Theilnahme an der höchsten Gewalt, nach einer Art von Unabhängigkeit, ihrem Oberhaupt gegenüber. War es nicht diese Richtung, durch welche, wenigstens zum Theil, die Abdankung von 1814 war hervorgerufen worden? Seitdem hatte sie sich durch die constitutionellen Arbeiten des Senates und des Königs, durch die Discussionen, welche dieselben in ganz Frankreich veranlaßten, durch die Wiedereröffnung der Rednerbühne genährt und befestigt. Niemals war sie lebendiger als in dem Augenblick, da Napoleon zurückkehrte: nie hatten die Liberalen größere Forderungen gemacht, noch die Bourbonen entschiedenere Versicherungen gegeben[1]). Jene Ideologie, welche der Kaiser sonst zu verachten die Miene gehabt hatte, trat ihm in einer bedeutenden drohenden Stellung entgegen. Schon in Lyon empfand er es. Er bemerkte: „die Gewalt habe an Ansehen und Einfluß verloren; das ganze Gebiet, das er den liberalen Ideen abgewonnen, sei denselben zurückgefallen“ [2]). War es möglich, sich in dem Lande einzurichten, ohne ihnen genugzuthun?

Vielleicht gab es eine solche Möglichkeit. Napoleon hätte den Jacobinismus herstellen, er hätte die rothe Mütze nehmen müssen. Gerade wie die höheren Gewalten der Revolution den natürlichen Zug haben, sich von ihrem Oberhaupt so unabhängig als immer möglich zu machen, so können die unteren Elemente derselben nie anders als mit Mißvergnügen ganze Classen über sich sehen. Jene bedürfen der Ordnung, des Gesetzes, hauptsächlich auch darum, um sich gegen diese zu wehren; — sie wollen eine höchste Gewalt, welche stark sei, um sich und sie zu vertheidigen, aber welche zugleich unter ihrer Einwirkung stehe; diese dagegen haben das Bedürfniß einer ungesetzlichen Macht, heiße sie Republik oder Dictatur; genug, wenn sie von ihren Principien erfüllt ist. Napoleon war es, der jene emporgebracht und diese gedämpft hatte. Demohnerachtet waren ihm jene

1) Séance royale 16 Mars.

2) Im Gespräche mit Fleury de Chaboulon. Fleury I. 203.

lange nicht so ergeben, wie diese. Er fühlte sich den Kaiser der Plebejer. „Nur zu winken brauchte ich, hat er gesagt, nur die Augen abzuwenden und der ganze Adel wäre erdrosselt. Diese Geistlichen, ha, wollte ich das Volk auf sie loslassen.“ In der That, er gestattete die Clubs, und man hörte die Gesänge der berüchtigtsten Jahre wieder; er ließ einmal die Föderirten vor sich defiliren und besuchte die Werkstätten der Vorstadt St. Marceau[1]). Wenn er sich entschloß, die Massen aufzurufen und allein in der Verbindung mit ihnen sein Heil zu suchen; wenn er die Leidenschaften der republikanischen Jahre wieder entband, so brauchte er keine andere als eine imaginäre Constitution; und er konnte die Dictatur, die ihm die Ereignisse in die Hände gegeben, sofort ausüben.

Und in der That, er hatte dazu eine starke Aufforderung. Es schien allerdings von Anfang, als hätte er den Augenblick für seine Rückkehr, auch in Bezug auf die europäischen Dinge, glücklich getroffen. Denn da die Mächte, wie angedeutet, über die Bedingungen ihrer Wiederherstellung uneinig geworden waren, so glaubte er hoffen zu dürfen, seine Ankunft werde ihre Entzweiung vollständig machen. Allein er rechnete falsch. Seine Wiederkehr erschien als eine allgemeine Herausforderung. Nicht daß man sehr für die Bourbonen gewesen wäre; zwei große Mächte waren ihnen wenig Dank schuldig geworden. Allein daß der alte Kriegsfürst, der gefährlichste Feind, wieder an die Spitze des revolutionären Frankreichs treten wollte, im Widerspruch mit dem geschlossenen Frieden, den getroffenen Anordnungen, die wesentlich auf seiner Entfernung beruhten, es erschien zugleich als eine Verletzung und Bedrohung von ganz Europa. Napoleon hatte die Entzweiung der Mächte zu bewirken geglaubt: er bewirkte die Vereinigung derselben. Im Gefolge ihrer Fürsten standen die Nationen nochmals wider ihn auf; die Heeressäulen wogten wieder gegen die Grenze von Frankreich heran.

Es war beinahe, wie in den ersten Kriegen gegen die Revolution. Konnte Napoleon hoffen, sich zu vertheidigen, wenn er nicht, wie es damals geschehen war, die Nation in Masse aufbot? Fand er nicht

1) Chateaubriand, Rapport sur l'état de France au 12 Mai 1815 fait au roi dans son conseil à Gand § V meint freilich, das Volk sei müde, und alle diese Dinge seien nur eine Parodie der alten Tragödie. So dachte man in Gent. Napoleon ging seinerseits auf das vorsichtigste zu Werk. Er hütete sich wohl, den Föderirten die Waffen, die er ihnen für den Dienst gab, länger zu lassen, als derselbe forderte. Daß es möglich sei, die alte Leidenschaft aufzuwecken, haben die späteren Jahre genugsam gezeigt.

in dieser seiner Lage Veranlassung genug, jenen Elementen freie Bahn zu geben, die damals zwar die Umwälzung des Innern vollendet, aber doch auf jeden Fall das Land vertheidigt hatten?

Napoleon hatte einen innerlichen Abscheu vor der Anarchie. „Ich will nicht der König einer Jacquerie sein", sagte er. Die Revolution beendigt, die Ordnung hergestellt zu haben, hat er immer für seinen schönsten Ruhm erklärt. Er wollte nicht mit seinen vorigen Jahren in Widerspruch treten; er wollte kein neues Reich anfangen; er war gesonnen, sein Kaiserthum fortzusetzen. Es war eine Art von Anti-Restauration, was er beabsichtigte.

Doch war es dies schwerlich allein. Sonderbar, wie die Umstände sich verketten. Ganz ernstlich hoffte Napoleon anfangs einen friedlichen Austrag, wenigstens mit einigen von den europäischen Mächten; allein die unumgängliche Bedingung hiezu, die er sich selbst bei seinem ersten Schritt auflegen mußte, war die Einrichtung einer gesetzmäßigen Regierung. Rief er die Republik auf, so konnte er keinen Frieden erwarten.

Die Hoffnung, den Frieden zu erhalten, den er nicht erhielt, brachte ihn mit zu einer Maßregel, die ihm den Krieg, der denn erfolgte, unendlich erschweren mußte.

Durch das nämliche Decret von Lyon, in welchem er die Rückkehr seiner Gemahlin ankündigte, — und man sieht, wie gut dies zusammenhängt —, versprach er, die Wahlcollegien der Departements im Laufe des Mai zu einer außerordentlichen Versammlung, zu einem Maifeld nach Paris zusammenzurufen, „um die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, die Constitution von Frankreich nach dem Willen und dem Interesse der Nation zu verbessern und zu modificiren" [1]). In diesem Decret liegt die Entwickelung seines Geschickes; indem er die liberalen Ideen anerkannte, indem er versprach, eine Constitution nicht sowohl zu geben, als sich geben zu lassen — trat er in die unabänderliche Nothwendigkeit der Dinge ein.

Jede Restauration hat die Schwierigkeit, die letzte und nächste Vergangenheit mit der früheren in Einklang zu bringen; auch Napoleon fand sie vor. In den wenigen Monaten seiner Abwesenheit war eine große Veränderung geschehen. Alles, was sich in Frankreich aus der Masse erhob, die gesammten höheren Stände, alles, was daselbst Einfluß hatte, war von den liberalen Ideen beherrscht. Wie ganz anders lauteten die Adressen, mit denen jetzt das Institut, der

1) Unter jenen Decreten das achte.

Cassationshof, die Rechenkammer, der Stadtrath von Paris den Kaiser begrüßten, selbst die Erkärungen des Staatsrathes, als jene Reden voll Schmeichelei und Ergebenheit, mit denen man ihn früher empfangen hatte! Alles forderte liberale Institutionen. Es giebt Viele, die nur von der herrschenden Gewalt abhangen, die nur dem großen Zuge der Uebermacht folgen. Der Instinkt, mit dem sie sich sonst dem Despotismus unterworfen haben würden, trieb sie jetzt an, die liberalen Ideen zu bekennen. Redner, welche früherhin das unumschränkte Kaiserthum gepriesen, wandten jetzt ihr Talent an, die Gleichheit der Rechte, die Freiheit der Presse zu empfehlen.

Und so kam es, daß, als nun der Krieg entschieden war, Napoleon die Rüstungen, die er mit großem Erfolg förderte, mit constitutionellen Arbeiten unterbrechen mußte. Zu jenen bedurfte er die ganze Einmüthigkeit der Nation: von diesen war sie nicht so sehr zu hoffen. Er hatte die Aufgabe, zugleich ein Kriegsoberhaupt zu sein, das nicht denkbar ist ohne unbeschränkte Macht, und ein constitutioneller Fürst, der ziemlich unabhängige Gewalten neben sich anerkennt. Diese Aufgabe, sie war durch die Nothwendigkeit geboten, in keinem ihrer Theile zu vernachlässigen und in Einem Momente zu lösen.

Es fragt sich, wie er sie angriff, wie er sich hauptsächlich seiner constitutionellen Verpflichtungen entledigte.

Ich will nicht auf seine Aeußerungen und minder bedeutende Maßregeln, die er ergriffen hat, eingehen; das Wichtigste ist, daß er am 22. April 1815 seine Zusatzacte zu den Constitutionen des Kaiserthums bekannt machte, welche wesentlich eine neue Verfassung enthält[1]). Ohne Zweifel ist es eine der liberalsten, die je ein Fürst gegeben hat[2]). Sie schließt sich zunächst an die Charte des Königs an; doch setzt sie zu den Bestimmungen derselben noch Vieles, was man bisher darin vermißte. Man hatte die Jury für Preßvergehen gefordert; so viel es Napoleon kosten mochte, er gewährte sie. In der That mag die Freiheit der Presse selten weiter gegangen sein, als in den hundert Tagen; druckte man doch Schriften, in denen das Kaiserthum für provisorisch erklärt und das Land zum Widerstand ermuntert wurde: er schien es nicht zu bemerken. Man hatte ferner die Verantwortlichkeit der Minister nicht so genau bestimmt gefunden wie man wünschte; er dehnte sie aus. In einigen sorgfältig entworfenen Artikeln stellte er die Unabhängigkeit der richterlichen Ge-

1) Man findet sie bei Fleury II. 46. Moniteur 23 Avril.

2) Sismondi, Lanjuinais, B. Constant haben sie dafür erklärt.

walt auf immer sicher. Seiner Pairkammer gewährte er dadurch, daß er sie für erblich erklärte, ohne Zweifel eine größere Selbständigkeit. Nicht allein die Auflagen, auch die Aushebung der Truppen unterwarf er der Berathschlagung der Kammern. Von der größten Bedeutung war es endlich, daß er eine neue Wahl der Repräsentanten verfügte. Seit dem Convente, der schon selbst unter den furchtbaren Einflüssen der Septembrisationen zusammengetreten, war es nie wieder zu vollständig neuen und freien Wahlen gekommen, und jener gesetzgebende Körper, den Ludwig XVIII. beibehalten hatte, war nicht viel anders als ernannt. Seit mehr als 20 Jahren zum ersten Mal ordnete Napoleon eigentlich neue Wahlen an. Die Zahl der Deputirten vermehrte er von 250 auf 629, das erforderliche Alter setzte er von 40 auf 25 Jahre herab; er, der früher die Revolution durch das Eigenthum bekämpfen zu müssen geglaubt hatte, entschied sich jetzt, keinen Census der Wählbarkeit festzusetzen [1]). Diese seine Acte, er verwilligte sie nicht; er unterwarf sie der Annahme aller Franzosen.

Sollte man nach einer so entschiedenen Maßregel an den liberalen Gesinnungen Napoleons zweifeln? Sollte das revolutionäre Frankreich den Fortschritt, den seine Freiheiten durch die neue Beschränkung der höchsten Gewalt, die wiederholte Anerkennung der Nationalsouveränetät und so viele Zugeständnisse machten, nicht mit Genugthuung wahrnehmen? Nein! Napoleon stellte mit seiner Acte Niemand zufrieden; seine Verfassung ward mit Kälte, ja mit entschiedener Ungunst aufgenommen.

Man bemerke wohl, auf welcher Linie seine Schritte sich bewegten! So liberal seine Acte sein mochte, so war sie nicht das, was er versprochen hatte. Er hatte die Wähler zur Berathschlagung einer neuen, dem Willen von Frankreich angemessenen Verfassung einzuberufen zugesagt [2]). Indem er die Acte gab, war es offenbar, daß er eben dies vermeiden wollte.

Das Geheimniß seines Betragens ist, wie mich dünkt, nicht so

---

1) Nach dem Moniteur, — zwar dem royalistischen vom 10. Aug. 1815, der aber hier sehr genaue Verzeichnisse hat — nahmen jedoch von 19976 Wahlberechtigten nur 7679 an den napoleonischen Wahlen Theil. Alle Royalisten, alle, die sich zu compromittiren fürchteten, hielten sich entfernt.

2) Wenn B. Constant behauptet (Lettre XVI. Minerve VIII. p. 600), in den Proclamationen Napoleons zeige sich eine progressive Hinneigung zu den liberalen Doctrinen, anfangs habe er weder von Freiheit noch von Constitution geredet: so übersieht er das Decret von Lyon, welches mehr verspricht, als alle späteren Erklärungen.

schwer zu enthüllen. Er sah in den liberalen Ideen das, was sie so sehr waren, eine Macht. Er war nicht von ihnen durchdrungen, er war ihnen vielmehr abgeneigt; allein er sah ein, daß er sie nicht verletzen dürfe, er überredete sich, daß er sie dulden könne. Als er erschien, suchte er sie durch Zusagen zu gewinnen; als er Platz genommen, suchte er eine vortheilhafte Abkunft mit ihnen zu schließen.

Ein Versprechen aber, den lebendigen Interessen geleistet, lassen sich diese nicht so leicht wieder entreißen. Er brachte alle Gemüther in Gährung.

Man erinnerte sich sehr wohl, was man früher unter ihm erlebt hatte. Wie? und sogleich das erste, das wichtigste Versprechen, das er gegeben, wollte er brechen? Zwar war es offenbar, daß die Aufregung, welche so wichtige Debatten veranlassen mußten, beim Anfang eines auswärtigen Krieges nicht sehr dienlich sein konnte. Man wollte es nicht bemerken. Man sah an der Acte nicht mehr, was sie gewährte, man bemerkte nur, was daran mißfällig war: — daß sie die früheren Constitutionen nicht gänzlich abschaffte, daß sie den Kaiser in Besitz, wie man sagte, dieses seines Arsenales von Senatusconsulten ließ. Man glaubte darin die Gefahr einer völligen Wiederherstellung des Kaiserthums zu erblicken und wollte sich ihr nicht aussetzen[1]).

Napoleon erfuhr die lebhafteste Opposition. Als sich die Wähler am 1. Juni 1815 versammelt hatten, eilten sie, ihm seine Zusage in Erinnerung zu bringen. Ohne Rücksicht auf die Acte, gleich als gäbe es kaum eine solche Urkunde, trugen sie den nunmehr festgesetzten Gewalten des Staates auf, das constitutionelle System von Frankreich durchzuführen, zu befestigen und zu vervollkommnen. Konnte sich der Kaiser den Forderungen der Wähler widersetzen, die nur die Erfüllung seiner eigenen Zusage in Anspruch nahmen? Man bemerke: er widersetzt sich nicht; er schlägt nicht ab; doch sucht er Zeit zu gewinnen. Hatten jene doch selbst gewünscht, es möge ohne Uebereilung und Erschütterung, es möge mit reifer Weisheit geschehen. Napoleon entgegnet: allerdings solle ein feierliches Gesetz die gegenwärtig zerstreuten Bestimmungen der französischen Constitutionen — so behutsam

1) Montgaillard (Histoire de France depuis la fin du règne de Louis XVI. Tom. VIII. p. 159) geht so weit, zu behaupten: das Wort additionnel würde unmittelbar die Absetzung des Kaisers zur Folge gehabt haben, hätte es nur eine Autorität gegeben, welche zur Unterhandlung mit Ludwig XVIII. und den Mächten die Initiative hätte ergreifen können. Eine Uebertreibung im Styl dieser Historie, die voll der Medisance des populären Liberalismus ist.

drückte er sich aus — zusammenstellen, aber erst dann, wenn man die Angriffe, von welchen man bedroht werde, abgeschlagen, wenn man den europäischen Mächten gezeigt habe, was sie der Unabhängigkeit von 28 Millionen Franzosen schuldig seien.

Jedoch auch damit drang er nicht durch. Von jener Versammlung, der er den prächtigen Namen eines Maifeldes gab, erwartete man andere Dinge, als Ceremonien, schöne Worte und ein so zögerndes Zugeständniß. Die Verstimmung zeigte sich laut und durchgehend. Carnot beschwor den Kaiser, nicht wider die öffentliche Meinung zu streiten; unter anderm die Franzosen nicht immer Unterthanen zu nennen, sondern Kinder, Bürger; hauptsächlich die Modification seiner Acte zu versprechen. Die Rettung des Landes und seine eigene hange von der Nachgiebigkeit ab, mit der er den Wünschen der Nation entgegenkomme.

Bereits am 4. Juni, als Napoleon den Wählern die Adler ihrer Departements überlieferte, erklärte er ihnen seinen Entschluß, die constitutionellen Gesetze zu sammeln, und gedachte weiter keines Verzuges dabei. Als er drei Tage darnach die Kammern eröffnete, trug er ihnen in der That auf, „die zerstreuten Constitutionen in einem einzigen Gedanken zu coordiniren". Mit Freuden ergiff dies die Kammer der Abgeordneten; sie sah darin „eine Ermächtigung, durch nationale Berathung alles zu verbessern, was es in der Verfassung Fehlerhaftes, Unvollkommenes geben möge".

Eine Absicht, man sieht von welchem Umfang! Diese Bewegungen, obwohl sie sich nur in Worten entladen, gleichen den Schlachten. Man hat seinen Plan, man trifft zusammen, man mißt seine Kräfte, man hält sich oder man weicht. Es war dies die erste Niederlage, die Napoleon erlitt, höchst wichtig, obwohl sie Europa kaum bemerkte. In dem Augenblicke, daß er ins Feld ging, mußte er geschehen lassen, daß der ganze innere Zustand in Frage gesetzt wurde.

Man kann, glaube ich, nicht sagen, daß dies durchaus der Vortheil der Revolution gewesen sei. Um sich unversehrt zu erhalten, bedurfte sie einer Vereinigung aller Kräfte, untergeordnet einer einzigen, vollkommen unbeschränkten Leitung, gewaltsam hingerichtet nach dem großen Ziele. Es war dies die Richtung der Massen. Allein die Revolution gerieth mit sich selber in Widerspruch. Die Gesinnung der höheren Stände konnte eine so durchgreifende Gewalt nicht vertragen. Während allerdings auf der einen Seite Alles daranzusetzen war, um zu siegen, hatte die liberale Gesinnung von einem Siege,

durch den ihr das Kriegsoberhaupt leicht allzumächtig werden konnte, sogar zu fürchten[1]).

So geschah denn, was geschehen mußte. Napoleon hatte vor seiner Abreise die Deputirten nur noch gewarnt: „sich nicht wie die Griechen des Kaiserthums abstracten Verhandlungen zu ergeben, während man die Mauerbrecher gegen die Thore richte.“ Allein es war, als wollte man das wörtlich in Ausführung bringen. Als der Kaiser im Begriff war, ins Feld zu gehen, stellte die Kammer den Eid in Zweifel, den man ihm geleistet hatte, weil er auf ein Decret, nicht auf ein Gesetz geschworen worden sei. Und doch war dieser Eid das einzige gesetzliche Band zwischen dem Kaiser und der Nation. Als man am 16. Juni der Kammer einen Bericht über die auswärtigen Angelegenheiten vorlegte, um von ihrer Weisheit und Energie neue Hülfsmittel zum Widerstand gegen den Angriff, den man trotz aller Bemühungen nicht vermeiden können, zu erlangen, antwortete sie mit der Frage, weshalb doch dieser Bericht an den Kaiser gerichtet sei und nicht an sie, die Kammer, die Repräsentantin der Nation unmittelbar. An die Erledigung der Forderungen dachte sie kaum. Und doch waren die Umstände so dringend. Man weiß, wie kurz dies vor der Entscheidung dieser Dinge war.

Während man sich beeiferte, über die Verantwortlichkeit der Minister, über die Stellung der Abgeordneten im Verhältniß zu der Nation und zu der Regierung Grundsätze, dem Interesse der Revolution gemäß, aufzustellen, war es schon um die Existenz von beiden, Regierung und Kammern, um diese ganze Revolution geschehen.

Vielleicht hatten sie an ihrem Orte nicht so ganz Unrecht. Ich zweifle nicht, daß Napoleon, hätte er im Felde gesiegt, im Innern wieder Meister geworden wäre. Auf Einen Wurf stand sein ganzes Glück, zu Hause und in Europa. Er ward geschlagen, dort bei Belle-alliance. Eben damit war er ganz verloren.

Nicht als wäre Frankreich durchaus unfähig gewesen, länger zu widerstehen. Wenigstens hat sich Napoleon darin gefallen, auseinanderzusetzen, wie er Paris hätte befestigen, die Nation aufrufen und eine disponible Macht, wenigstens wie 1814, ins Feld führen wollen.

Allein er bedurfte dazu einer anderen Autorität, als die ihm diese seine Kammer, die durch das Unglück in ihrer Opposition noch ver-

---

1) Que de bons Français ne savent à cet instant s'ils doivent désirer le triomphe ou la défaite de Napoléon! Montgaillard.

härtet worden, gewähren wollte. Es war zu fürchten, er bemächtige sich einer solchen mit Gewalt. Sie eilte, ihm zuvorzukommen, und deutete ihm an, daß sie seine Abdication wünsche. Schon sah sie wieder in der Ferne die Hoffnung, den Frieden ohne ihn zu schließen[1]).

Oft hat Napoleon von seinem innern Kampfe in der Nacht vom 21. zum 22. Juni gesprochen. Sollte er diese Kammer entfernen und seine vornehmsten Widersacher züchtigen, die Dictatur annehmen und die wilde Menge zu Hülfe rufen? Er trug Bedenken, sich mit Blut zu beflecken, er fürchtete den Namen eines Nero. Und wie? Im Kampfe mit der Coalition von außen, mit den Royalisten von innen, mit der bei der Auflösung der Kammern unvermeidlichen Gährung seiner eigenen Partei und endlich mit jenem Abfall, welche Unglück und Gefahr immer nach sich ziehen, — konnte er hoffen zu siegen? Er sah ein, daß er es nicht könne. Er dankte von neuem ab, es war das Ende seiner Laufbahn.

Und so stand die Kammer, wie sie gewünscht, allein, ganz selbständig, wesentlich Inhaberin der höchsten Gewalt, an der Spitze des revolutionären Frankreichs. Sie faßte die Absicht, die dreifarbige Fahne auch ohne den Kaiser aufrecht zu erhalten. Nicht viel anders, als es der Senat vor dem Jahre im Sinne gehabt, dachte sie mit dem Fürsten, der den Thron besteigen sollte, erst einen Vertrag zu schließen und ihn zur Anerkennung aller der Ansprüche zu nöthigen, denen sich zu fügen der Kaiser so wenig geneigt geschienen hatte. Allerdings hätte dann die Revolution aus ihrem doppelten Abfall nichts als Vortheil gezogen. Von dem, was der König nicht gewähren wollen, hatte der Kaiser schon so viel zugestanden. Dasjenige, was der Kaiser zu vermeiden suchte, hätte sich der neueintretende Fürst müssen gefallen lassen. Alle Verhältnisse wohl betrachtet, — das große Uebergewicht in der Meinung, welches die liberalen Ideen für sich hatten, die allgemeine Ueberzeugung, die königliche Partei habe

1) Frau v. Stael weiß sehr genau, was Napoleon in dieser Periode alles hätte thun und lassen sollen. — Für Euren künstlichen Staat fehlt nichts weiter, als daß Ihr uns auch künstliche Menschen macht, namentlich Fürsten, die zugleich unüberwindlich im Felde und höchst überwindlich in den Kammern seien, Löwen in der Schlacht, demüthig vor den Volksrepäsentanten, ganz wie Ihr sie braucht, damit sie Euch vertheidigen und Ihr sie regiert. — Was läßt sich von Napoleon viel sagen? So kam er wieder; diese Verhältnisse fand er; so griff er sie an; anders konnte er nicht; aber die Macht der Dinge war ihm zu stark; er unterlag.

durch ihre Fehler den Abfall veranlaßt, die der König ja selbst sofort aussprach, — war das nicht so unmöglich. Allein es durchzusetzen, einer solchen Aufgabe war diese Kammer nicht gewachsen. Man sage nicht, daß sie irre geleitet worden sei; sich irre leiten zu lassen, bei allem Anspruch auf die Unfehlbarkeit der Majorität, eben dies ist ihr größter Mangel. Sie war selbst zu schwach, einen großen Antrieb in sich aufkommen zu lassen. Sie schwankte über die Regierung, sie rief Napoleon II. zwar aus, aber ließ ihn sogleich wieder fallen, redete vom Herzog von Orléans, dachte daran, sich zur Nationalassemblée zu erklären, streifte an die Republik, schlug vor, empfing Botschaften, berathschlagte; aber sie faßte keinen Entschluß. Die Unterhandlung ihrer Commissäre mit den Verbündeten war eben darum ohne allen Nachdruck. Wie hätte diese Kammer verstehen sollen, wirksame Vertheidigungsanstalten zu treffen, die Trümmer der Armee zu sammeln und ihren Geist zu beleben? Während die Sieger eilend, unaufgehalten auf Paris heranrückten, untersuchte sie die Urrechte der Franzosen. Der Erfolg war, daß noch ehe sie ihre neue Constitution ganz fertig gemacht hatte, ein preußisches Piquet ihren Palast schloß, und an dem nämlichen Tage Ludwig XVIII. wieder in Paris einzog.

Stellung Ludwigs XVIII. nach der zweiten Restauration.

Und so hatten nunmehr wenigstens die Mächte einen entschiedenen Einfluß auf die Herstellung der Bourbonen?

Man wird eingestehen: die Hauptgrundlage eines Vertrages, den man vor so kurzer Zeit mit einer Nation geschlossen hat, aufrecht erhalten, wäre noch ganz etwas anders, als diese in ihrer Unabhängigkeit verletzen. Dennoch wird Niemand sagen, die Verbündeten seien für die Bourbonen zu Felde gezogen. Sie griffen zu den Waffen, um Napoleon zu stürzen, in dessen Person sie eine allgemeine Gefahr sahen.

Napoleon fiel, wie das erste Mal, durch das Zusammentreffen der innern und äußern Verhältnisse. Gab es einen vernünftigen Ausweg ohne Ludwig XVIII., warum ergriffen ihn die Franzosen nicht, warum zeigten sie ihn nicht an? Der Rückkehr dieses Fürsten, dem jetzt die Milde seiner Regierungsweise wohl zu statten kam, setzte sich kein entschieden ausgesprochener, kein fester Wille entgegen. Was ein Mann, wie Davoust, damals an der Spitze der französischen

Armee, unumgänglich nothwendig fand[1]), sollte sich Wellington dem widersetzen? Davoust erklärt, er habe seine Vorurtheile besiegt, er sei auf das vollkommenste überzeugt, es gebe kein anderes Mittel, das Vaterland zu retten, als die Rückkehr Ludwigs XVIII.; es sei dies die unwiderstehliche Nothwendigkeit.

Der directe Einfluß, den die Verbündeten auf die Rückkehr der Bourbonen hatten, war auch diesmal sehr gering[2]); die rasche Entwickelung des Ereignisses kam ihren Entschlüssen zuvor; sie hatten den Sieg lediglich in ihrem Interesse erfochten; durch die Lage, in welche die Dinge hiedurch von selbst geriethen, geschah, fast ohne ihre weitere Mitwirkung, daß Ludwig XVIII. zum zweitenmal hergestellt ward.

Ganz anders aber stand er nunmehr, als vor dem Jahre. Diesmal hatte er nicht mit constituirten Gewalten zu vertragen, kein Senat nahm die Miene an, ihn zu berufen, keine Deputirtenkammer forderte Schonung. Die Armee beschied sich zuletzt, einem Fürsten nicht länger dienen zu können, gegen den sie eine so unerhörte Treulosigkeit begangen, sie legte ihre Waffen nieder. Das Verbrechen, das doch unleugbar gegen den König verübt worden, schien ihn zu berechtigen, sich seiner vornehmsten Gegner zu entledigen. Viel freier schien er zu stehen.

Und dennoch war die Schwierigkeit nur noch entschiedener geworden.

Es war wenig Monate her, daß Napoleon gekommen, und nunmehr war er wieder entfernt; die Wirkung aber, die seine Anwesenheit gehabt, zeigte sich unermeßlich.

Durch seine Ankunft hatte er die Elemente, welche der König versöhnen sollte, auf das vollkommenste getrennt; alle materiellen und moralischen, alle nationalen Interessen der Revolution hatte er ihr von neuem zum Bewußtsein gebracht.

Indem er eine Kammer durch freie Wahl berief, indem er eine neue Constitution von derselben anzunehmen versprach, ja durch die Mißhelligkeit selbst, in die er mit ihr gerieth, hatte er den liberalen Ideen einen großen Schwung gegeben.

---

1) Man sehe den Brief des „Maréchal Pr. d'Eckmühl à S. Exc. le Duc d'Otrante.“ Bibliothèque historique I, 123.

2) Die histoire de la restauration par un homme d'état II, p. 385, sehr unterrichtend über die diplomatischen Verhandlungen, obwohl sie es ohne Zweifel noch mehr hätte sein können, erklärt selbst Wellingtons Aeußerungen, welche die entschiedensten waren, nur für persönlich; Alexander habe sie nicht getheilt u. s. w.

Es ist wahr, die Arbeiten dieser Kammer hatten keinen unmittelbaren Erfolg; auf die Declaration, welche sie erließ, ward nicht geachtet; ihre Constitution ward nicht vollendet; — trotz alledem sind sie von großer Bedeutung. Ein ausgesprochenes Wort geht nicht so leicht verloren, am allerwenigsten, wenn es, wie dies, das Evangelium einer mächtigen Partei ist.

Die Declaration fordert von dem Monarchen den Eid auf eine Constitution, welche die Nationalrepräsentation berathen und das Volk gutgeheißen habe; sie dringt auf die Annahme der Nationalfarben, die Abschaffung des alten wie des neuen Adels, die Freiheit der Presse, des Cultus, der Personen; die Unwiderruflichkeit des Verkaufs der Nationalgüter von aller Art; sie will eine Repräsentation mit dem Rechte, die Aushebung der Truppen und die Auflagen zu berathen; — nur einer Regierung, welche diese und einige andere Zugeständnisse mache, erkennt die Kammer Ansprüche auf eine mehr als ephemere Dauer zu [1]).

Die Constitution ward, wie gesagt, in der Absicht entworfen, keinen Fürsten anzuerkennen, der sich ihr nicht füge. Man hatte vorgeschlagen, die Verfassung von 1791, „welche in den schönen Tagen der Revolution geboren, der wahre Ausdruck der Wünsche der Nation gewesen sei", neuerdings auszurufen [2]). Wenn man dies unterließ, angeblich weil die executive Gewalt damals zu schwach gelassen worden sei [3]), so waren doch die Artikel, die man nunmehr annahm, von den andern nicht eben weit entfernt. Was soll man sagen, wenn die Kammer trotz jener Ausstellung sich die Befugniß zuschreibt, auch ohne berufen zu sein, an einem bestimmten Tage zusammenzutreten; wenn sie Kriegserklärungen und Friedensschlüsse ihrer Beistimmung unterwirft, und ihrem Monarchen verbieten will, ohne eine Art von Erlaubniß das Land zu verlassen, oder das Heer zu befehligen [4])? Natürlich! er ist nichts, als ein Mitrepräsentant der Nation; nur in

1) Déclaration de la chambre des représentans. Monit. 6 Juill. 1815.

2) Proposition de Mr. Gamon: vivement appuyée. Séance du 28 Juin.

3) Manuel. Séance du 30 Juin.

4) Fleury de Chaboulon, Mémoires II. 398, behauptet, diese Constitution sei nach dem Acte additionnell geformt und unterscheide sich von demselben nur durch die Abschaffung des Erbadels. Würde er den Acte additionnell zu loben haben, so würde er nur diese Constitution nennen. Er kannte sie wohl nicht genau. Sie unterscheidet sich von dem Acte wenigstens eben so sehr, wie dieser von der Charte.

Primärversammlungen der Bürger ist die Quelle der Gewalt, der Ursprung der Gesetze; Staatsreligion, alter und neuer Adel, sammt seinen Titeln, Qualificationen und Rechten fällt von selber weg.

Ich wiederhole, diese Declaration, diese Constitution schienen damals bedeutungslos. Die Partei, deren Gesinnungen sie aussprach, war besiegt und ward auseinandergesprengt. Allein sie war weit entfernt, darum ihre Tendenz aufzugeben. Auch die Revolution, auf das Princip der Volkssouveränetät gestützt, hat ihre Legitimität; und die Declaration der Kammer, welche auf den Fall, daß man jene Grundsätze, die sie enthielt, mißkenne, zum voraus protestirte und den künftigen Generationen übertrug, sie aufrecht zu erhalten, war für sie ein großes Argument.

Dieser Partei liegt nichts an Napoleon oder dessen Sohn, an den Bourbonen und ihrem Stamm; es ist wahr, sie liebt das Königthum nicht, aber auch das Kaiserthum ist ihr zuwider. Ich glaube selbst nicht, daß man sagen könnte, sie wäre geradezu für die Republik. Sie will eine Regierung, welche die Schöpfungen und Erfolge der Revolution, ihre materiellen und moralischen Interessen sichere, und auf welche sie zugleich einen starken und bestimmenden Einfluß ausüben könne. Das ist ihr Ziel.

Kann man zweifeln, ob sie desselben jemals wird vergessen haben? Die Rückkehr der Bourbonen drängte sie zurück, trieb sie auseinander; allein ihre Opposition zu ersticken, ihre geheimen Bewegungen zu hintertreiben, vermochte sie bei weitem nicht.

Nur würde man irren, wenn man glauben wollte, daß ganz Frankreich dieser Meinung gewesen wäre. Sie mochte die Majorität für sich haben; aber es stand ihr eine starke Minorität gegenüber.

Nie gab es so viel Royalisten, wie damals, als der König in Gent war. Alles, was sich der entschiedenen Revolution, was sich dem bonapartischen System widersetzte, warf sich in den Royalismus, und man unterschied die Brechungen desselben nicht mehr so genau[1]). „Man correspondirt mit Gent", sagt Napoleon, „wie man mit Coblenz correspondirte"[2]). Der Bericht, den ihm sein Polizeiminister über die ausgedehnten Verzweigungen der Royalisten macht, ist merkwürdig genug. Für den Mittelpunkt derselben, für den Sitz der Apostel des Bürgerkrieges wird darin Bordeaux erklärt. Es ist die

1) Fievée, Session de 1815. p. 65.

2) Ich weiß nicht, warum die Histoire de la restauration par un homme d'état II. 311 dies Wort dem Fouché zuschreibt, da es doch in der Anrede Napoleons an die Kammer enthalten ist.

Stadt, welche die Bourbonen zuerst wiederanerkannt und auch jetzt bis zuletzt behauptet hatte. Fast unglaublich lautet die Erklärung, welche Lainé in seiner Eigenschaft als Präsident der alten Deputirtenkammer von dort aus erließ. Er sprach darin Jedermann von der Verpflichtung, die Auflagen an Napoleon Bonaparte zu zahlen, oder seiner Conscription Folge zu leisten, los und ledig[1]). Die Sachen standen zu Bordeaux so, daß er dies, in der Mitte der napoleonischen Herrschaft, unbestraft thun konnte. Von da aus erstreckten sich die Verbindungen der Anhänger des Königs auf der einen Seite nach Toulouse, welches eine eigene royalistische Organisation beizubehalten schien, über die Cevennen nach dem Departement du Gard, wo man bereits im Mai wieder die weiße Fahne aufgepflanzt hatte, nach Marseille, in welcher Stadt die untere Classe gut königlich gesinnt war. Auf der andern Seite nahm man die Bewegungen nicht allein auf dem linken Ufer der Loire wahr, wo die Bevölkerung immer dafür empfänglich gewesen; royalistische Banden durchstreiften Morbihan; sie beherrschten die Gefilde bis an die Thore von Laval, sie unterbrachen, wie oft, die Verbindung zwischen Mans und Vannes. In der Vendée brach der Krieg der Eigner der Nationalgüter und der Bauern aufs neue aus; man hörte wieder die alten Namen der Rochejaquelin und Autichamp; es mußten Heere gegen die Bauern ins Feld rücken. Die Küsten der Bretagne und Normandie waren fortwährend unsicher. In Caen bemerkte man royalistische Reactionen, in den Landschaften von Dieppe und le Havre entzog sich die Jugend der Nationalmiliz[2]). Es ist eine Linie, fast wie sie einst die Besitzungen der Engländer in Frankreich beschrieben haben; sie begreift den größten Theil der Küsten. Kommt dies nicht vielleicht auch daher, weil die Hafenplätze und alles, was durch jene Erfindung des Continentalsystems verletzt worden war, zu den natürlichen Gegnern Napoleons gehörte? Gerade wie die Fabrikstädte für ihn waren. Allein auch mitten in dem Lande hatte Napoleon eine bedeutende Classe wider sich, und vielleicht, daß er sich diese Feinde jetzt erst zugezogen hatte. Wenn man während aller Jahre der Restauration das große Eigenthum im Bunde mit dem Königthum sieht, so mag das wohl einer natürlichen Hinneigung desselben zu stabilen Principien zuzuschreiben sein; aber, wenn ich nicht irre, rührt es auch daher, weil die

---

1) Protestation de Mr. Lainé. Bordeaux, le 28 Avril 1815, bei B. Constant, Minerve IX. 203.

2) Rapport à l'Empereur par le Duc d'Otrante, ministre de la police générale de l'Empire. Moniteur 18 Juin 1815.

Bestimmung der Zusatzacte, welche keinerlei Census für die Wählbarkeit festsetzte, dem Interesse der Eigenthümer, von welcher Farbe sie auch sein mochten, eben so sehr entgegen war, wie die Verordnungen der Charte zu ihren Gunsten. Und so gesellten sich zu den Royalisten von Natur, zu den alten royalistischen Bevölkerungen, zu Clerus und Adel, Interessen des Eigenthums und des Handels hinzu; — mitten durch Frankreich ging die Spaltung der politischen Religion.

Wie sollte der König dies dergestalt entzweite Frankreich regieren? Durfte er sich auf diejenigen stützen, welche ihm treu geblieben, aber ohne zu seiner Wiederherstellung wesentlich beitragen zu können? Oder konnte er hoffen, die andern zu gewinnen, welche von ihm abgefallen waren, aber von denen seine Existenz abzuhangen schien? Diese machten bei weitem die Mehrzahl aus; sie waren verbündet mit den Ideen des Jahrhunderts, gerüstet mit einem ausgebildeten System: jene waren die Minderzahl; in bedeutende Abstufungen getheilt, wußten sie nicht so genau anzugeben, welches ihr Ziel sei; sie suchten noch ihr System; doch waren sie wieder muthig geworden und voll weitaussehender Anschläge. Wie sollte Ludwig XVIII. eine unabhängige Gewalt über beide geltend machen? Wenn es zwischen ihnen, wie es nicht gut anders sein konnte, wieder zum Kampfe kam, wie konnte er vermeiden, in denselben hineingezogen, von ihm gefährdet zu werden? Es waren bereits einige wichtige Artikel der Charte suspendirt; — in welchem Sinne sollte er sie ändern?

Ein unermeßliches Feld für thätige Weisheit, für anordnenden schöpferischen Geist, oder ein großer Kampfplatz für die Parteien und ihren Haß. Damals eine Zukunft, unbestimmt, voll Erwartungen, von der man nur die Absichten voraussehen konnte: jetzt eine Vergangenheit, eine mit Thaten, Ereignissen, Erfolgen — und mit welchen! bezeichnete Vergangenheit.

3. Frankreich und Deutschland.

(1832.)

Der Aufgabe, die Revolution in ihrem Wesen, in ihrer eigenthümlich französischen Natur aufzufassen, steht eine andere zur Seite, ihre Wirkung auf Europa wahrzunehmen.

Ich meine nicht allein jene Wirkung, welche, durch Kriegsthaten und Friedensschlüsse hervorgebracht, sich in Veränderungen der Gebiete zeigt. Auch wenn man alle Schlachten und alle Bewegungen der Diplomatie und alle dies Hin- und Wiederwogen der streitenden Kräfte von Moment zu Moment verfolgt hat, so könnte sich finden, daß man die eigentlich politische Frage, auf die es dem gegenwärtigen Augenblick vor allem ankommt, nicht allein nicht erledigt, sondern kaum berührt hätte.

Die Frage ist, welchen innern Zustand der europäischen Länder die Revolution fand, wie sie auf ihn einwirkte und ihn abänderte, welche Rückwirkungen hierauf im Gefolge der Ereignisse eingetreten sind. Nicht in ein paar allgemeinen Gedanken, sondern in diesem unvermeidlichen Wechsel sehr bestimmter Zustände liegt alles, was es in unserer Lage Peinliches oder Zufriedenstellendes geben mag, liegen alle unsre Hoffnungen und Gefahren.

Ich wollte, es wäre mir gelungen, die individuelle Physiognomie der Restauration in Frankreich wenigstens einigermaßen vor Augen zu legen. Man würde, denk' ich, durch das unmittelbare Selbstgefühl überzeugt sein, daß wir mit dem rein französischen Kampfe,

in welchem man dort begriffen ist, mit dem eigentlichen Inhalt jener Bewegungen wenig gemein haben.

Allerdings haben Revolution und Restauration in ganz Europa, sie haben auch bei uns Analogieen gehabt; allein es fehlt viel, daß sie sich in irgend einem Lande, daß sie sich bei uns in ihrem Wesen wiederholt hätten.

Als die Revolution zu erobern anfing, hatte sie bereits die Stadien ihrer großen Gährung vollendet; sie hatte das alte Frankreich bereits von Oberst zu Unterst gekehrt und ein neues gegründet; sie bedurfte wieder der Ordnung. Wo sie erschien, zerstörte sie zwar unerbittlich die alten Formen; aber die Elemente des Vorhandenen konnte sie nicht so völlig zersetzen, wie in Frankreich: sie mußte sie schonen, um sie sich sofort dienstbar zu machen.

Italien hat mehr mit Frankreich gemein, als so leicht ein anderes Land; es ist romanisch, katholisch, zum Theil von Bourbonen regiert und denn auch am längsten in den Händen der Eroberer gewesen; italienische Bildung und Literatur hängt schon durch die Sprache mit der französischen genau zusammen. Bei alledem — hat es wohl die Revolution vermocht, Italien in den wesentlichsten Momenten dem Zustande von Frankreich gleichzumachen? Man vergleiche nur jene sechzehn Millionen Quoten der Grundsteuer, die in Frankreich bezahlt werden, mit der Anzahl der Besitzer in Italien! Diese unveränderlichen Stadt-Aristokratieen von Italien, die sich von Jahrhundert zu Jahrhundert unwandelbar vererbt haben, sie bestehen noch; sie besitzen das Land noch heute. Es giebt daselbst eine Aufregung; allein ein Irrthum wäre, zu glauben, die Worte, deren man sich dort bedient, hätten die nämliche Bedeutung, wie in Frankreich: die Aufregung ist in der Aristokratie. Wenn ich nicht irre, so kommt sie hauptsächlich daher, weil einige von den gegenwärtigen Regierungen das Geheimniß nicht gefunden haben, die Landbesitzer in ihre Interessen zu ziehen, ein Geheimniß, das die früheren recht gut verstanden.

Und sollte es nun der Revolution wohl gelungen sein, die deutschen Dinge den französischen gleich zu machen?

Es ist auch bei uns eine große Veränderung vorgegangen; allein mit der kann sie nicht verglichen werden, welche in Frankreich eingetreten ist. Jene völlige Umwälzung des Besitzes und des Rechtes, jene Schöpfung einer neuen Nation und eines neuen Daseins, jene vollkommene Lossagung von aller Vergangenheit, die in Frankreich stattgefunden, bei uns ist sie nicht wiederholt worden. Wo wäre vollends in protestantischen Ländern jener Haß wider den Clerus,

der einen so hauptsächlichen Grundbestandtheil der französischen Bewegungen bildet? Wo wäre der Gegensatz eines alten und eines neuen Adels? eines zwischen der alten und einer neuen Generation streitigen Besitzes? Wo wären bei uns zwei so entschieden, zwei durch so blutige Vorgänge entzweite Parteien, ja Bevölkerungen? Wo hätte man endlich die alte Treue so ganz verleugnet und die Bande, welche ein fürstliches Geschlecht mit seiner Landschaft verknüpfen, so völlig in den Staub getreten und dem Hasse, der Verhöhnung preisgegeben?

Nein! so weit ist es nicht gekommen, — damals, als die Revolution auf uns einwirkte. Ebensowenig hat auch die Restauration eine Wiederholung in Deutschland gefunden.

Es ist wahr, es sind auch bei uns einige verjagte Fürsten aus der Verbannung zurückgekommen; aber welch ein Unterschied! Nicht von ihrem Volke waren sie verjagt worden, sondern von den verhaßten Fremden. Jenes Gefühl der Nationalunabhängigkeit, welches die Franzosen in der Herstellung der Bourbonen verletzt zu sehen geglaubt haben, es kam den deutschen Fürsten zu Hülfe: es rief sie herbei; es war befriedigt, als man dieselben in den Schlössern ihrer Hauptstädte wieder Platz nehmen sah. Gewiß! diese Fürsten haben, eben weil sie entfernt gewesen waren, besondere Schwierigkeiten vorgefunden; allein mit der Aufgabe der Bourbonen läßt sich die ihre nicht vergleichen; auch waren ihrer nur wenige. Will man wissen, was eine Restauration in Deutschland gewesen sein würde? Wofern man daran gedacht hätte, das Kaiserthum wiederherzustellen, Kurfürstenthümer, bischöfliche Sitze, alle die alten Unmittelbarkeiten und das gesammte Gerüst des römischen Reiches deutscher Nation wiederaufzurichten, wofern eine solche Erneuerung des alten mit allem, was seitdem in Widerspruch mit demselben zum Leben gekommen war, in Kampf gesetzt worden wäre, dann würde von einer Aehnlichkeit die Rede sein können. Auch dann selbst wäre sie nicht einmal vollkommen. Es hätte erst dazu gehört, daß jene Institute wahrhaft eingreifend, wirksam, herrschend gewesen wären, und daß sie zu einer ähnlichen Macht wieder hätten erhoben werden sollen. Allein man bekenne: sie waren bereits abgestorben, sie waren reif zum Tode; wenn man sie an einigen Orten vermißt, so wünscht man sie nicht zurück, wie sie waren, sondern wie sie hätten sein sollen.

Was uns demnach von den Franzosen unterscheidet, es ist zwar — man weiß es — ohne Zweifel auch jener von Grundaus verschiedene Nationalcharakter, der ganz andere Bedürfnisse hat, ganz andere Gesichtspunkte verfolgt; doch ist er es lange nicht allein: die

Lage der Dinge ist eine andere. Revolution und Restauration haben auch uns betroffen: doch hat uns jene nicht so vollkommen verändert, sie ist entfernt davon gewesen, eine neue Generation zu bilden: diese aber hat das Alte bei weitem nicht wieder auferweckt.

Käme es darauf an, das Unterscheidende, was diese Ereignisse in Deutschland gehabt haben, in der Kürze mit einem Worte zu bezeichnen, so ließe sich sagen: „die Neuerung ist im Bunde mit den Fürsten vollbracht worden". Durch ebendieselbe Veränderung, welche den inneren Zustand der Länder zwar nicht wie in Frankreich umgewälzt, aber doch so wesentlich anders gestaltet hat, sind die Fürsten zu der Macht gekommen, die sie jetzt haben. Man betrachte einmal das Schicksal der geistlichen Güter. In dem katholischen Deutschland sind sie nicht viel anders in den Privatbesitz übergegangen, als in Frankreich: der Unterschied ist nicht groß. Aber wenn dort die Bourbonen ein Interesse dabei hatten, den Clerus in sein altes Eigenthum wieder herzustellen — denn in den Fall der Geistlichkeit waren sie selber verwickelt gewesen — so beruht dagegen die Macht unsrer deutschen Staaten, unsrer deutschen Fürsten zum guten Theil auf den nämlichen Säcularisationen; und wollten sie sich den Grundsätzen, auf denen diese beruhen, widersetzen, so würden sie gegen die Bedingungen ihres eigenen Daseins streiten. Die Bestrebungen jener Jahre, ich will sie nicht loben, ich will sie nicht tadeln; aber einmal waren sie nichts Neues: — Kaiser Joseph hatte auf eine ganz ähnliche Weise reformirt, und noch vor der Revolution hat ein namhafter deutscher Publicist die Einziehung sämmtlicher geistlicher Güter empfohlen; — sodann waren sie nicht freiwillig: das Bedürfniß war da, die Bewegung ist nicht willkürlich hervorgerufen worden. Als das alte deutsche Reich mit dem revolutionirten Frankreich zusammenstieß — ein irdenes Gefäß mit dem eisernen —, fiel es in Trümmer. Da hat freilich der deutsche Adel die größten Verluste erlitten: er war es doch, dem auch die Stifter zu gute kamen; allein sollte er wohl mit Recht Andere anklagen? Wenn sein Dasein an dem Bestehen des Reiches hing, wenn er so große Vortheile von demselben genoß, warum setzte er nicht Gut und Blut ein, um es zu retten? Und wie? Wofern er nicht bei den Fürsten einen Rückhalt gefunden hätte, wie wollte er den Leidenschaften der Revolution, die am Ende auch diesseits des Rheins aufzuwecken waren, gegenüber auch nur sein Lehen, sein Allodium, sein persönliches Dasein gerettet haben? Allerdings verlor er nun seine Unmittelbarkeit; aber was will eine Unabhängigkeit sagen, die sich nicht selber vertheidigen kann? Es war ein Krieg, man ward geschlagen; es war ein Sturm, man litt Schiff-

bruch: rette sich, wer es vermag! Glücklicherweise war das Reich nicht die Nation: die lebenden Kräfte derselben hatten sich jenem schon lange entzogen; sie schlossen augenblicklich zu den neuen Fürstenthümern zusammen: in diese retteten sie sich vor der unmittelbaren Herrschaft der Fremden. Es war das Interesse der Fürsten, die doch lange nach der Unabhängigkeit gestrebt hatten, welche sie nunmehr erwarben, es war das Interesse der Gemeinden, welche zu einigen wesentlichen Verbesserungen ihrer Zustände gelangten, es war am Ende auch das Interesse des Adels; denn es gab keinen andern Ausweg.

Allerdings litt man hiebei acht bis zwölf schwere Jahre lang von dem Einfluß der Fremden, und auch in dem Innern machte sich derselbe hie und da fühlbar. Jedoch nicht überall. Es gab einen deutschen Staat, der zwar, so mächtig und groß er auch war, demohnerachtet — denn in seinen alten Formen trug er etwas in sich, was ihm den Sieg aus den Händen riß — in den allgemeinen Ruin verwickelt worden, der aber glücklicherweise nicht ganz zu Grunde gerichtet noch aufgelöst wurde, noch auch so völlig in Abhängigkeit gerieth. Vielmehr blieb er selbständig und sein eigen genug, um in diesem äußersten Unglück, in der unaufhörlichen Gefahr, in der er sich befand, die sich selber regenerirende Kraft eines jugendlichen Daseins zu entwickeln. Im Gegensatz gegen die Fremden griff er zur Neuerung. Man bemerke wohl, daß dieselbe nicht von der Theorie oder der Nachahmung, sondern von dem unabweislichen Bedürfniß und dem entschlossenen Willen, ihm zu entsprechen, in einigen einzelnen Zweigen ohne Zweifel von dem Wurfe des glücklichen Genius ausging. Es sei, daß dieselbe, wie alles Menschliche, auch eine Schattenseite hatte; sie konnte nicht allen Interessen gleich angenehm sein; aber man bekenne: sie war nun einmal nicht zu vermeiden; von den Umständen ward sie gebieterisch gefordert, und sie trug ihr eigenes Correctiv in sich. Sie gründete sich auf den gesetzmäßigen Willen des Fürsten, der kein anderes Interesse hatte, als das Interesse des Ganzen und der Nation.

So ist die Veränderung, welche der Revolution entspricht, in Deutschland geschehen; sie ist nicht durch einen Ausbruch der in sich selber gährenden Elemente, sondern durch die aus dem Erfolg hervorgehende Untauglichkeit der früheren Institutionen hervorgerufen worden; sie ist, und dies ist die Hauptsache, nicht, wie in Frankreich, im Widerspruch mit den Fürsten vollzogen worden, sondern unter ihrer Leitung, in ihrem Vortheil.

Und was war nun, im Großen und im Ganzen angesehen, unsere Restauration? Sie bestand darin, daß man die Fremden verjagte.

Die neuen Königreiche blieben, und wenn ihnen die Umstände eine besondere Aufgabe machten, so war es vor allen, sich dessen zu entledigen, nicht, was im Drange der Umstände nothwendig verändert, sondern was durch den unmittelbaren Einfluß von Frankreich hervorgebracht worden war. Das Alte eigentlich herzustellen, durch dessen Zertrümmerung sie stark geworden, wie hätte es ihnen beikommen können? Mächtig trat die preußische Monarchie wieder hervor; allein mit demjenigen, was wesentlich erneuert worden, hätte sie am wenigsten sich in Widerspruch gesetzt; sie war selber erneuert und verjüngt: sie war sich der Entwickelung, in der sie stand, der Aufgabe, die sie hatte, wohlbewußt; selbst die Grundsätze ihrer auswärtigen Politik waren verändert.

Man verkenne nicht muthwillig, wie viel wir durch unsere angestammten Fürsten vor den Franzosen, ja vor allen Nationen der Welt voraus haben. Nur in zwei Fällen, glaube ich, könnten wir ihrer entrathen. Wenn Die Recht hätten, welche fortwährend auf dem Alten verharren wollen, so bedürfte man nur des strengen, einmal gegebenen Gesetzes und etwa der Unwandelbarkeit einer Aristokratie. Wäre dagegen den Anderen zu glauben, welche in unermüdlicher Bewegung einem immer zurückweichenden und immer wechselnden Ziele nachjagen, so würden allerdings die Zügel der Dinge einer demokratischen Versammlung anzuvertrauen sein. Allein etwas anderes braucht die Welt: gesetzmäßige Entwickelung thut ihr Noth; die Gegenwart bedarf zugleich der Vergangenheit und der Zukunft. Unsere Fürsten sind auf der einen Seite die Bewahrer des Rechts; aus dem Dunkel der vergangenen Jahrhunderte sind sie, in lebendiger Vereinigung mit ihren Völkerschaften, in den heutigen Tag eingetreten; auf der anderen sind sie die Verbündeten der Entwickelung; alle ihre Größe und all ihr Ruhm beruht auf derselben. Man wird nicht sagen, daß sie in dem Falle Napoleons wären: ihre Herrschaft stammt nicht von dem gestrigen Tage noch von der Gewalt; sie sind rechtmäßige Fürsten, so rechtmäßig, wie irgend ein Besitzer in dem ganzen Lande; sie sind durch die Natur der Dinge beschränkt. Ebensowenig aber sind sie in dem Falle der Bourbonen; sie sind nie von ihrem Volke ausgestoßen gewesen; sie haben ihr Interesse nie von dem Interesse der Landschaft getrennt. Es ist eine uralte, angestammte, unauflösliche Verbindung: mit der Gesammtentwickelung des Landes ist ihr Dasein, ist ihre Macht verwoben. Sie verlassen uns nicht; wir verlassen sie nicht: mit einander bestehen wir Kampf und Gefahr, wir bilden Eine Familie.

In diesem alten Verhältniß einer gegenseitigen Treue und gesetzlichen Verpflichtung haben die stürmischen Jahre der Revolution und Restauration keine wesentliche Veränderung hervorgebracht; wie ganz anders als in Frankreich, wo alles, was demselben analog war, völlig vernichtet worden ist! Wie aber? Wären wir etwa seit der Wiederherstellung der Bourbonen in den Fall der Franzosen gerathen, oder sie in den unsern?

Auf der Oberfläche, es ist nicht zu leugnen, zeigen die Dinge eine gewisse Aehnlichkeit. In Frankreich, wo man sich im Ganzen ruhig hielt, sprach man nur von dem Bedürfniß guter Staatseinrichtungen, das man nach so großen Erschütterungen allenthalben mitfühlen mußte. Dort wechselten die Ministerien; und allenthalben glaubte man Klage zu haben. Dort wurden in täglichen Sitzungen die Verhältnisse zwischen der fürstlichen Gewalt und der Verwaltung, der Aristokratie und dem Lande, den verschiedenen Ständen verhandelt; wo hätte man sich so behaglich fühlen sollen, daß man nicht der Nothwendigkeit inne geworden wäre, eben dieselben auseinanderzusetzen?

Es ist jedoch leicht zu bemerken, daß diese Aehnlichkeiten nur sehr allgemein sind. In der That kann es keinen Staat geben, der nicht so wichtige Fragen auf seine Weise zu lösen hätte. Sowie wir ein wenig tiefer eingehen, so nehmen wir wahr, daß die Franzosen fern davon waren, ein allgemeines, daß sie ein sehr besonderes und ihnen eigenthümliches Ziel verfolgten; ein Ziel, das ihnen durch die Ergebnisse ihrer Revolution gesetzt war.

Diese, man wollte sie nicht aufgeben noch verlieren. Man hat sie während aller Jahre der Restauration gegen Ebendieselben verfochten, über welche man sie erobert hatte. Schien es nicht, als wollten Diejenigen, die durch die Restauration zurückgekommen waren, den Schatten der erschlagenen alten Monarchie heraufbeschwören und wieder beleben? Das revolutionäre Frankreich nahm alle seine Kräfte zusammen, ihnen zu widerstehen.

Nun ereignete sich, und ich habe zu zeigen gesucht, auf welche Weise, daß sich der Kampf der Interessen in die Verfassung warf und den Schein annahm, als gelte er die Auseinandersetzung der königlichen Gewalt und des Volkes. Man täusche sich nicht, er war nicht darin. Während man beeifert schien, die beste Verfassung zu entdecken und sie auf das vollkommenste auszubilden, verfocht ein Jeder das ihm durch seine Stellung zu der Revolution angewiesene Interesse. Tausendmal haben die Franzosen bekannt, daß es ihnen

bei den Verhandlungen während der Jahre der Restauration gar nicht auf Untersuchung und eigentliche Erörterung ankam. In fünf Minuten, sagen sie, konnte man sich auf alle Fälle Für und Wider entscheiden. Es kam darauf an, ob man die Interessen der neuen Nation theilte oder die Ansprüche der alten festhielt. Zwischen beiden wurde der alte Krieg fortgesetzt.

Ich weiß nicht, ob es im Laufe der Jahrhunderte noch ein ander Mal vorgekommen ist, daß Principien und Dasein dergestalt ineinandergewachsen und unauflöslich vereinigt gewesen wären. Die Ideen, die an der Bildung der Zustände so großen Antheil gehabt haben, ließen sich von denselben nicht wieder sondern. Wollte man behaupten, was man erworben, wollte man fernerhin auch nur äußerlich und bürgerlich leben wie bisher, so mußte man die Gedanken geltend erhalten, auf denen die Zustände beruhten. Im Anfange der Revolution hat man die Ideen eher mit freier Wahl ergriffen; man nahm für dieselben keine andere, als eine rationelle Wahrheit in Anspruch und suchte sie durch Beweis geltend zu machen. Jetzt hatte man keine Wahl weiter: durch seine Existenz war man an die Ideen gefesselt, um so mehr, da man sich ihrer fortwährend bedienen mußte, um sich zu vertheidigen; sie waren durch die Gesetze anerkannt und ausgesprochen; was früherhin rationell gewesen, trat nunmehr als Legalität auf; und es kam nur darauf an, es als solche weiter auszubilden, es wider die Gegner, deren Bestrebungen ein anderes System, ein anderes Interesse zu Grunde lag, ohne Abbruch zu behaupten. Es ist merkwürdig, zu beobachten, wie oft man die besonderen Bedürfnisse und Wünsche der Parteien durch allgemeine und constitutionelle Bestimmungen zu erfüllen sucht. Selten ist ein Vorschlag, ein Gesetz ohne eine Absicht im Rückhalt, einen versteckten Nebengedanken. Was die Leidenschaft fordert, rüstet man mit Gründen aus; jenes Gebiet von Ideen, das zuerst Montesquieu im Großen abgegrenzt und darauf die Constituante in Besitz genommen, ist zum Kampfplatz geworden. Es ist, wie gesagt, der alte Krieg. Die Meinungen sind fertig, es sind die Waffen.

Und diese wären auch bei uns anwendbar, wo Vorgänge und Entwickelungen von so ganz verschiedenem Charakter gewesen sind? Ist etwa auch bei uns eine verjagte Generation wiedergekommen, ihren verlorenen Rechten nachzufragen? Ist bei uns das Fürstenthum mit einer solchen verbündet? Kann es irgendwo, ohne mit sich selber in Widerstreit zu gerathen und sich seiner eigenen Vergangenheit entgegenzusetzen, eine verfallene Aristokratie zu neuem Leben aufzurufen

gesonnen sein? Wo ist das Volk, man nenne es, das wirklich Grund hätte, in unaufhörlichem Verdacht zu leben, als werde es in den Bedingungen seiner Existenz bedroht und gefährdet?

Nein! von der allgemeinen Fassung, in welcher die französischen Parteien ihre Ansprüche vortragen, muß man sich nicht blenden lassen; jenem Strome des Raisonnements, mit welchem die französischen Zeitungen und Tagesschriften Europa überfluthen, muß man sich nicht blindlings ergeben. Die Uebermacht, welche französische Sitte und Literatur seit Jahrhunderten auf Nahe und Ferne ausübt, hat sich gegenwärtig auf diesen Zweig geworfen, der in der That mit so viel Gewandtheit, geistiger Behendigkeit und glücklichem Erfolg bearbeitet wird, daß er den glänzendsten Theil ihres Lebens ausmacht. Sollte es zu billigen sein, wenn die europäische und denn auch die deutsche Opposition sich in die Formen der französischen wirft und deren Verwandlungen, die einen ihr eigenthümlichen Grund haben, in analogen Schwingungen mitmacht?

Nicht als ob bei uns Alles wohleingerichtet wäre, als ob man die Schwierigkeiten, die sich nach so großen Unfällen und Zerstörungen, nach einem so völligen Umschwung der Dinge allenthalben zeigen mußten, eben sehr glücklich überwunden hätte. Ich sage nicht, daß nicht viel Unrecht geschehen, daß nicht viele Ansprüche zu vergleichen, viel Uebel gutzumachen übrig sei. Es ist dies nur allzu gewiß. Allein durch die Eigenthümlichkeit der Ereignisse in unserm Lande ist uns eine ganz andere Aufgabe gestellt worden.

Einmal liegt uns nicht sowohl ob, zu behaupten, was wir durch die Revolution erworben, als vielmehr das zu ersetzen, was wir durch dieselbe verloren haben. So mangelhaft die alte Einrichtung des Reiches sein mochte, so bedeutete sie uns doch jene nationale Einheit, an welcher alle deutschen Herzen hangen. Wer sollte es nicht fühlen? Freilich wäre es schwer gewesen, unter den Umständen, wie sie waren, eine engere Verbindung durchzusetzen, als diejenige geworden, mit welcher man das Reich am Ende hat ersetzen wollen; der Mangel ward vielleicht eben von dort aus am meisten veranlaßt, wo man ihn jetzt am meisten empfindet; allein soll man sich darum verbergen, daß unser Vaterland allerdings einer besseren Vereinigung bedürfte? Es bedarf derselben für den Fall eines fremden Angriffs, da ist kein Zweifel. Es bedarf ihrer aber, wenn wir nicht irren, auch für den Frieden. In den kleinen Fürstenthümern sind es zuletzt wohl beide Theile selber inne geworden. Kann es, frage ich, nicht einen Fall geben, in welchem die Autorität für ihren beschränkten Wirkungskreis, für

den Umfang ihrer täglichen Pflichten allzuviel Kräfte in Anspruch nimmt und dennoch nicht stark genug wird, um der Erhebung ungesetzlicher Gewalten zu widerstehen? Dieser Fall, ist er nicht hie und da eingetreten? Hat man nicht hie und da den Widerstand aufgereizt, ohne doch stark genug zu sein, ihn zu überwinden und die empörten Kräfte in die Bahn der Ordnung zu leiten? Unglücklicher Zustand! Alle deutschen Patrioten werden, denke ich, übereinstimmen, daß die Folgen desselben so gut wie möglich beizulegen, seine Wiederkehr, seine Fortsetzung so sorgsam wie möglich zu verhüten wären. Allein nicht minder werden sie überzeugt sein, daß diese Uebelstände durch Gewaltsamkeiten, durch den Umsturz des Bestehenden nicht allein nicht gehoben, sondern tausendfach vermehrt werden würden. Auf eine vernünftige, schonende Weise, in freier Uebereinkunft, in allmähligem Fortschritt, durch nähere und nähere Vereinigung der lebendigen Interessen, wozu die Verfassung, in der wir sind, uns allen Spielraum läßt, wäre es zu versuchen. Dazu aber gehört etwas mehr, als die Debatten der Franzosen wiederholen, die gerade an dem Uebermaß derjenigen Einheit leiden, deren völligen Mangel wir beklagen.

Ebensowenig, dünkt mich, kann es uns in den innern Verhältnissen unserer Staaten fördern, auf deren Beispiel zu sehen. Was ist es doch, worüber man sich beschwert? Man hört klagen, daß die Verwaltungen nicht selten hart seien, starr, drückend, daß man die besonderen Bedürfnisse der Personen, Städte, Landschaften allzuwenig berücksichtige. Wer wollte es leugnen? Allein man erlaube mir, zu bemerken, daß diejenige Richtung, welche die Ständeversammlungen gegenwärtig zu nehmen scheinen, schwerlich dienen kann, diesem Uebelstande jemals abzuhelfen. Wenn es ihnen gelingen sollte, von den Rechten der höchsten Gewalt immer mehr an sich zu bringen, ungefähr wie es in Frankreich geschehen ist, so würden sie zwar das Ansehen des Fürsten schmälern und sich einen entscheidenden Einfluß auf dessen Entschlüsse verschaffen; aber das Uebel der Centralisation würden sie, — ganz wie es dort stattfindet, — nicht anders als vermehren. Die Verwaltung, gestützt auf die Beschlüsse der Mehrzahl, würde nur um so durchgreifender werden und sich um so weniger verpflichtet glauben, auf locale und provinzielle Unterscheidungen Rücksicht zu nehmen. Dieser Despotismus der Einheit, die überdies nur künstlich gemacht ist, welchen Sinn hat er in einem kleinen Lande? Durch welche Vortheile entschädigt er für die Aufopferungen, die er gebietet? Dort in Frankreich suchen sich die Interessen der Revolution,

— welche mit den Interessen der nationalen Einheit zusammenfallen, — einen selbständigen Einfluß auf eine Regierung zu verschaffen, die nicht ihres Sinnes sein möchte. Hier, wo wären die Interessen der Revolution, wo die Gewalten, von denen dieselben bedroht würden? Die Neuerung, welche geschehen — ohne Vergleich weniger durchgehend und vollständig —, ist, wie gesagt, im Bunde mit den Regierungen, durch sie selbst, vollbracht worden und ist ihr eigener Vortheil. Ganz eine andere Aufgabe haben wir. Sie geht ohne Zweifel dahin, die Ansprüche der verschiedenen Stände ruhig und rechtlich auszugleichen, die Bedürfnisse der verschiedenen Landestheile gleichmäßig zu berücksichtigen, jene Wunden, welche die Jahre der Bewegung geschlagen, zu heilen und nicht immer wieder aufzureißen, in Wohlfahrt, Ordnung, Entwickelung aller Kräfte fortzuschreiten und dabei die Treue und Gesetzlichkeit zu behaupten, die den Deutschen so wohl ziemt.

Statt dessen hat man wohl erlebt, daß sich hie und da die Mitglieder deutscher Stände in die Rolle der französischen Kammern versetzt zu sehen geglaubt haben. Es haben sich Etliche berufen gefühlt, sich ihren Fürsten, mit denen sie fast eine gemeinschaftliche Sache hatten und nur über untergeordnete Interessen streitig sein konnten, entgegenzusetzen, wie dort etwa ein General, ein Staatsrath Napoleons, ein Foy, ein Benj. Constant der bourbonischen Regierung, mit der sie kämpften auf Leben und Tod. Allerdings sind am Ende auf der anderen Seite analoge Irrthümer entstanden. Fürstenthümer und Reiche bieten auch bei großer Verschiedenheit immer gewisse Aehnlichkeiten dar. Allein wenn man sich überredet hat, die Interessen der Fürsten seien allenthalben den bourbonischen gleich, die Interessen der Völker dem Interesse der französischen Revolution, so ist das ein ungeheurer; der Wahrheit der Dinge schnurstracks zuwiderlaufender Irrthum.

Und wie verderblich! Eine uns eigene, große, deutsche Aufgabe haben wir zu lösen: den echtdeutschen Staat haben wir auszubilden, wie er dem Genius der Nation entspricht. Dazu giebt es schwerlich einen anderen Weg, als die unleugbaren und augenscheinlichen Mängel, deren so viele sind, ins Auge zu fassen, sie, so viel an uns liegt, zu heben und immer das zu leisten, was Noth thut. Sich erdichtete Bedürfnisse zu schaffen, weil man anderswo davon redet; durch kleinliche Reibungen einer Trennung, die man aus allen Kräften vermeiden sollte, erst das Dasein zu geben; — es scheint mir nicht förderlich. Vor allem aber soll man sich vor den Formen hüten, welche die Franzosen

in ihrem eigenen Interesse, das von dem unsern so ganz verschieden ist, erfunden haben.

Nachahmung ist bei jeder menschlichen Thätigkeit bedenklich und hemmend; in Staatseinrichtungen aber ist sie — es kann nicht anders sein — höchst gefährlich. Wie schwer ist es schon, irgend eine Idee, sie sei so rein und angemessen wie sie wolle, ins Leben zu führen! Sowie man aber nachahmt und herübernimmt, hat man es überdies nicht mehr mit reinen Gedanken, mit dem Ideale zu thun; man sucht die Formen, die ein fremdes Leben hervorgebracht hat, auf das eigene überzutragen. Was uns als Idee erscheint, es ist oft nur das Abstractum einer fremden Existenz. Wie aber dann? Sollte es nicht sein Princip auch bei uns geltend machen? Immer tiefer und tiefer wird die Wirkung gehen, und was in einem andern Lande natürlich ist, kann das unsere zur Revolution führen. Als man die Mißbräuche des altfranzösischen Staates abzuschaffen unternahm, war es ein großes Uebel, daß man englische, ja nordamerikanische Formen ins Auge faßte. Jene Gedanken, die in Nordamerika aus dem Dasein unmittelbar hervorgingen, es reinigten und belebten, haben dazu beitragen müssen, das alte Frankreich von Grundaus zu zerstören.

Ganz etwas anderes ist es, das Ideal auf eigenem Wege zu verfolgen, auf dem Wege, welchen unsere Väter eingeschlagen, die die Bewunderung der Welt waren, den Veränderungen gemäß, die seitdem eingetreten sind. Stehen bleiben: es wäre der Tod; nachahmen: es ist schon eine Art von Knechtschaft; eigene Ausbildung und Entwickelung: das ist Leben und Freiheit.

Unsere Lehre ist, daß ein jedes Volk seine eigene Politik habe. Was will sie doch sagen, die Nationalunabhängigkeit, von der alle Gemüther durchdrungen sind? Kann sie allein bedeuten, daß kein fremder Intendant in unsern Städten sitze und keine fremde Truppe unser Land durchziehe? Heißt es nicht vielmehr, daß wir unsere geistigen Eigenschaften, ohne von Anderen abzuhangen, zu dem Grade der Vollkommenheit bringen, deren sie in sich selber fähig sind? daß wir die Natur, die wir von Gott haben, unser ursprüngliches Eigenthum, unser Wesen, auf die von demselben geforderte Weise selbständig ausbilden?

Warum giebt es endlich verschiedene Staaten? Ist es nicht darum, weil es verschiedene gleich gute Möglichkeiten derselben giebt? Die Idee der Menschheit, Gott gab ihr Ausdruck in den verschiedenen Völkern. Die Idee des Staates, sie spricht sich in den verschiedenen Staaten aus. Gäbe es nur Eine untadelhafte Möglichkeit des Staates,

gäbe es nur Eine rechte Form desselben, so wäre die Universalmonarchie allein vernünftig.

Man redet viel von der Forderung des Geistes der Zeit. Seltsam wäre es, zu behaupten, sie reiche weiter, als die Gemeinschaftlichkeit unsrer Natur überhaupt. Auch ist der Geist nicht von so groben Fäden, daß er sich einem Volke bloß in den Formen mittheilen ließe, die ein anderes erfunden hat, daß man diese von verschiedenen Zuständen auf verschiedene übertragen müßte. Er ist als Principium wirksam und wird sich auf natürlichem Wege aus seiner Gegenwart und seiner Vergangenheit eine neue Zukunft entwickeln.

Ein großes Volk, sowie ein selbständiger Staat, wird nicht allein daran erkannt, daß es seine Feinde von den Grenzen abzuwehren wisse. Die Bedingung seiner Existenz ist, daß es dem menschlichen Geiste einen neuen Ausdruck verschaffe, ihn in neuen, eigenen Formen ausspreche und ihn neu offenbare. Das ist sein Auftrag von Gott.

Und wie? Wir sollten uns jetzt von den französischen Richtungen übermannen lassen? Ich tadle die Franzosen nicht: seien sie, wie sie sind, wie sie sein können. Allein als sie uns jene Philosophie des achtzehnten Jahrhunderts, die zum Theil auch aus England übertragen war, und die mit ihr zusammenhangende Ansicht der Religion und Natur überliefern wollten, haben wir uns damals von ihnen überreden lassen? Es ist gerade im Gegensatz mit ihnen gewesen, daß wir, wie sie nun selber gestehen, um so viel tiefer eingedrungen und der Wahrheit näher gekommen sind. In allen Zweigen der Wissenschaft, Niemand wird es leugnen, ist ihre Ansicht geschlagen und verdrängt worden. Ihre Poesie und Kunst? Glücklicherweise sind wir, seit wir eine Literatur haben, ihren Spuren nicht weiter gefolgt. Alle geistigen Bestrebungen unserer guten Zeit, alle wissenschaftlichen Erwerbungen unserer großen Männer, alles was den Deutschen einen Namen macht, es ist im Gegensatz gegen Frankreich gelungen. Und den Staat, den die Franzosen überdies in Anschauung fremder Formen hervorgebracht, der aber ganz auf dem nämlichen Zusammenhange der Ideen, auf jener mechanischen Ansicht der Dinge, die ihnen so natürlich ist, beruht, — der eben darum jeden Augenblick in sich selber zu verfallen droht — den sollten wir nachahmen und herübernehmen! Nachdem wir sie in allen einzelnen Zweigen zurückgeschlagen, nachdem wir, in jener großen geistigen Richtung weiterschreitend und zu den Waffen greifend, sie auch im Felde überwunden haben, sollten wir uns in dem wichtigsten Lebenselement, in der Form des Staates,

an sie anschließen und ihre dürren Erfindungen nachahmen? Es sei ferne! Alles, was wir leben und sind, alles, was wir in den Jahrhunderten unserer Vergangenheit erworben haben, lehnt sich dawider auf[1]).

---

1) Dem Grundgedanken des vorstehenden Aufsatzes gab der Verfasser ein Jahr später (1833) am Schlusse der Abhandlung über „Die großen Mächte" abermals lebendigen Ausdruck. Die bei der Aufnahme der letzteren in die Sämmtlichen Werke (Bd. XXIV S. 39 und 40) weggelassenen Ausführungen lauten:

Und so sage man denn nicht, daß doch durch jene Veränderungen, die sich allenthalben ereignet, alle Staaten mehr oder minder einander gleich geworden, daß sie auf derselben Stufe wie der französische befindlich seien, daß zuletzt allen drohe, was dieser erfahren habe. Es ist, wenn ich nicht irre, deutlich, daß Frankreich viel wirksamer gewesen durch den Gegensatz, den es hervorgerufen, als durch die Nachahmung, die es veranlaßt hat. Wie will man doch den Unterschied verkennen, der zwischen der Umwälzung in Frankreich und den Veränderungen in andern Staaten obwaltet? Dort hat sich die Empörung, nachdem sie den Sieg erfochten, auch zum Herrn gemacht; eben darum hat ihr Staat niemals zur Consistenz kommen können, weil dies Princip an seinem Ursprung haftet. Nun sind aber die Resultate der Revolution von der Restauration niemals in ihrem Wesen angetastet worden, ja sie haben sich vielmehr unter der Aegide derselben consolidirt und mit der legitimen Dynastie in fortwährendem Widerspruch erhalten. In den übrigen Ländern aber ist die oberste Gewalt im Bunde mit den größeren Freiheiten, die sie gewährt; ihre Stellung selbst ist dadurch unabhängiger und kräftiger geworden. Man lasse sich doch nicht durch einen flüchtigen Schein täuschen, der so oft wiederkommt! In der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts schienen die europäischen Fürsten mit der französischen Philosophie im Bunde zu sein. Es beruhte dies auf manchen andern Gründen; doch war es auch darum natürlich, weil diese Richtung die Opposition einer Regierung machte, welche noch immer das Uebergewicht in Europa in Anspruch nahm. Darum weil Friedrich II. die französischen Philosophen bei sich aufnahm, sie beschützte, ihre Meinungen theilte, fiel es ihm doch nicht ein, auch seinen Staat nach ihren Theorien einzurichten; ihren praktischen Tendenzen hat er sich immer lebhaft widersetzt. In dem revolutionirten Staat bilden dagegen die Theorien der Gazette und der Quotidienne und die Interessen, welche sie verfechten, die Opposition. Es ist sehr natürlich, daß sie in dem übrigen Europa Anklang finden. Allein daß die Staaten nach diesen Ansichten eingerichtet, umgewandelt werden sollten, ist deshalb nicht zu erwarten. Der Stabilität der erblichen Aristokratie des alten Frankreichs setzte man allerdings eine größere freiere Bewegung, der unaufhörlichen wilden Bewegung des modernen setzt man eine größere Stabilität entgegen; aber nichtsdestominder geht doch die Entwickelung der Staaten ihren eigenen Gang und folgt ihrem eigenen Princip.

Wenn nun der revolutionäre Geist, der sich im Jahre 1830 in Frankreich so plötzlich wieder erhob, nach allen Seiten um sich gegriffen und alle seine

Analogieen, wie er sie während des allgemeinen Umsturzes sich selbst geschaffen, neuerdings belebt, an sich gezogen hat und in tausend Versuchen Europa zu revolutioniren hervorgetreten ist, so ist doch schwerlich zu fürchten, daß seine Bewegeung nochmals eine allgemeine Umkehr hervorzubringen fähig sein werde.

Zwar wäre für die unvertilgbare französische Anmaßung, die Welt zu regieren, der revolutionäre Geist kein verächtlicher Bundesgenosse; auf allen Punkten der ehemaligen französischen Uebermacht hat er sich gewaltig geregt und auf die Weltstellung des Augenblicks doch einen bedeutenden Einfluß gehabt. Aber einmal findet er nothwendiger Weise in sich selber seinen Widerstand; mit dem revolutionären Geiste allein kann kein Staat haushalten, sein Ursprung sei auch welcher er wolle, er kann ihn sich nicht über den Kopf wachsen lassen. Sodann aber brauchen wir nur zu betrachten, welche Wirkung aus seinen ersten Angriffen hervorgegangen ist. Hat er nicht wieder dazu dienen müssen, eine Nationalität zu erwecken, zu beleben, an deren Dasein man kaum glaubte? Dies Holland, das dem vorigen Anfalle der französischen Revolution so völlig unterlag, das darauf eine wenig bedeutende Provinz des Kaiserreichs bildete, wie hat es sich jetzt in dem Gefühle seines alten Ruhmes, seiner unvertilgbaren Bestimmung so muthig erhoben, so wacker gehalten!

Allerdings ist das nicht ohne eine außerordentliche Festigkeit der Regierung und eine große freisinnige Hingebung der Nation, ohne eine Verschmelzung der beiderseitigen Interessen geschehen; aber eben dies gehört dazu, um Widerstand zu leisten; mit der Negation ist es nicht gethan; Kraft muß man der Kraft entgegensetzen . . . . . .

Sind wir nun von einer geistigen Gewalt angegriffen, so müssen wir ihr geistige Kräfte entgegensetzen. Dem Uebergewichte, das eine andere Nation über uns zu bekommen droht, können wir nur durch die Entwickelung unserer eignen Nationalität begegnen. Ich meine nicht einer erdachten, chimärischen, sondern der wesentlichen, vorhandenen, in dem Staate ausgesprochenen Nationalität.

Wie aber, wird man mir erwidern, ist nicht die Welt gerade in der Ausbildung einer immer engeren Gemeinschaft begriffen? Würde nicht diese Richtung, die sie genommen, durch den Gegensatz der Völker und Volksthümlichkeiten, der Staaten und ihrer Principien gehindert, eingeengt werden?

Es verhält sich damit, wenn ich mich nicht täusche, wie mit der Literatur. Nicht damals hat man von einer Weltliteratur geredet, als die französische Europa beherrschte; erst seitdem ist diese Idee gefaßt, ausgesprochen und verbreitet worden, seit die meisten Hauptvölker von Europa ihre eigene Literatur selbständig und oft genug im Gegensatz mit einander entwickelt haben. Ist es mir erlaubt, ein kleines Verhältniß mit den großen zu vergleichen, so möchte ich daran erinnern, daß nicht diejenige Gesellschaft Genuß und Förderung gewährt, wo Einer das Wort führt und die Unterhaltung leitet, noch auch die, wo Alle auf gleicher Stufe, oder wenn man will in gleicher Mittelmäßigkeit, nur immer dasselbe sagen. Da erst fühlt man sich wohl, wo sich mannigfaltige Eigenthümlichkeiten, in sich selber rein ausgebildet, in einem höheren Gemeinsamen begegnen, ja wo sie dies, indem sie einander lebendig berühren und ergänzen, in dem Momente hervorbringen. Es würde nur eine leidige Langeweile geben, wenn die verschiedenen Literaturen

ihre Eigenthümlichkeit vermischen, verschmelzen sollten. Nein! die Verbindung aller beruht auf der Selbständigkeit einer jeden. Auf das lebendigste und immerfort können sie einander berühren, ohne daß doch eine die andere übermeistere und in ihrem Wesen beeinträchtige.

Nicht anders verhält es sich mit den Staaten, den Nationen. Entschiedenes positives Vorwalten einer einzigen würde den anderen zum Verderben gereichen. Eine Vermischung aller würde das Wesen einer jeden vernichten. Aus Sonderung und reiner Ausbildung wird die wahre Harmonie hervorgehen.

4.

Eine Bemerkung über die Charte von 1830.

(1832.)

Man hätte die ganzen Jahre der Restauration hindurch nicht anders glauben sollen, als daß die Franzosen insgesammt von Verehrung für die Charte Ludwigs XVIII. durchdrungen seien. Wie heftig auch immer die Parteien zusammenstießen, so forderten sie doch ohne Aufhören beide: „die Charte, die ganze Charte, nichts als die Charte“. Eine klagte nur immer die andere an, daß sie dies Bollwerk der Freiheit verletze.

Endlich kam es, im schwierigen Augenblick, von den Worten zur That. Man sah die eine Partei zu Auslegungen dieser Urkunde schreiten, welche, was man auch immer dafür sagen mag, die Sicherheiten, die dieselbe darzubieten bestimmt war, ohne Zweifel gefährdeten und ein offener Angriff auf die Gegner waren. Der Kampf entspann sich; es war vorauszusehen, sie unterlag. Hierauf, was thaten die Sieger? Sollte man nicht erwarten, sie würden die Charte, unter deren Namen sie sich versammelt und gestritten hatten, aufs neue ausrufen und sich etwa begnügen, die ihnen mißfälligen Erklärungen authentisch zurückzuweisen? Nein! in ebenderselben Verfassung, für die sie die Waffen ergriffen haben wollten, nahmen sie so wesentliche Veränderungen vor, daß die revidirte Charte für eine neue Constitution gelten kann.

Seltsames Verfahren! Auffallender Widerspruch! Und dennoch, wer sollte der Thor sein, sich darüber besonders zu verwundern?

Wer wäre so fremd in den Geschäften der Welt, daß er das nicht, zumal in Frankreich, ganz in der Ordnung fände?

Denn was war es doch, was jede Partei an der Charte von 1814 billigte und empfahl? Da dieselbe zwar in ihren einzelnen Bestimmungen auf den Grundsätzen der Revolution beruhte, aber in ihrer Vorrede die Ansprüche der alten Regierung behauptet hatte, da sie mithin die widerstreitenden Principien beide enthielt, so konnte es nicht anders sein, als daß zwischen der Charte der Royalisten und der Charte der Liberalen, das ist, wie sie die Einen und wie sie die Anderen verstanden, ein ungemeiner Unterschied war. Jede Partei vertheidigte ihr Verständniß: wie hätte sie das billigen sollen, worin der Vortheil der Gegner lag; sie fand nur das darin löblich, was zu ihren eigenen Gunsten war. Wenn sie für die Charte stritt, so war es dies, wofür sie stritt, nicht etwas anderes.

Es war natürlich, daß die, welche Siegerin geblieben, das Princip, aus dem sie lebte, weiter geltend machte. Kann man es anders erwarten? Es wäre denn, diese Welt kehrte um und glaubte wieder an die Heiligkeit der Eide. — Dann aber hätte es überhaupt keine Julirevolution in dem Sinne, wie sie erfolgt ist, gegeben.

Wie die Sachen stehen, so ist eine Verfassung immer ein Compromiß der das Leben theilenden Gewalten. Da deren völlige Auseinandersetzung niemals möglich ist, da die Entwickelung immer fortgeht, so dauert diesseit der nämliche Streit fort, welcher jenseit geführt ward. Eine Zeitlang werden die Bestimmungen der Verfassung selbst den Kampfplatz darbieten. Sollte auf irgend eine Weise von den Elementen des Lebens das eine oder das andere das entschiedene Uebergewicht bekommen, so wird die Verfassung zertrümmert werden.

So ging es der Charte von 1814: durch den erneuerten Kampf eben derselben Gewalten, welche sie hätte versöhnen sollen, ward sie vernichtet.

Die Sieger entwarfen eine neue Verfassung. Es fragt sich, wie diese zu Stande kam, welche Elemente es sind, die in derselben ihre Abkunft ausgesprochen haben? Der Ursprung der Parteien, die gegenwärtig in Frankreich auf diesem Boden kämpfen, wird sich daher ergeben.

Ich will nicht versuchen, diese Frage ganz zu erschöpfen: einige wichtige Umstände, die man genau wissen müßte, sind noch nicht hinreichend erläutert; ich mache nur die Bemerkung, daß sich die Charte von 1830 nahe an die von der napoleonischen Kammer im

Jahre 1815 entworfene Constitution anschließt, und werde aus dem Verhältniß, in der jene zu dieser steht, einige Folgerungen herleiten.

Vergleichung der Charte von 1830 mit der Constitution vom Juli 1815.

Von den Arbeiten der napoleonischen Kammer von 1815 nach der Abdankung des Kaisers ist wenig mehr im Gedächtniß geblieben, als die Protestation und die Declaration der Rechte, welche sie ergehen ließ; allein diese bildet nur den Eingang, jene nur den kurzen Inbegriff einer Constitution, welche im Entwurf vollendet und größtentheils discutirt und angenommen war, als die Verbündeten einzogen.

Die Constitution von 1815 war wie die Charte von 1830 im Wesentlichen eine Verbesserung der Verfassung Ludwigs XVIII., und die Abänderungen von 1830, welche sich, wie man weiß, auf die wichtigsten Puncte, Freiheit der Religion und der Presse — die königliche Gewalt und die Verhältnisse der einen wie der andern Kammer an sich und zu derselben — auf Gericht und Pflanzungen beziehen, sind in der That sämmtlich oder fast sämmtlich im Jahr 1815 bereits beschlossen gewesen. Betrachten wir einen Augenblick ihr Verhältniß in den einzelnen Puncten.

1. Weder in der einen noch in der andern wollte man von einer bewilligten, octroyirten Charte wissen.

2. Diese Constitutionen verschmähten, wie sich fast von selbst versteht, beide die Anerkennung einer Staatsreligion. Jene Fragen, welche Viennet, Salverte, Dupin, B. Constant und Andere am 7. August 1830 über die Thatsache, daß die katholische Religion die Religion der Mehrzahl sei, über die Gefahr, die es habe, dieselbe nicht anzuerkennen, über die Besoldung der Diener aller Culte verhandelten, sind schon am 5. Juli 1815 zur Sprache gekommen. Die glückliche Auskunft des Herrn von Rambuteau, durch die Weglassung eines einzigen kleinen Wortes[1]) diese letzte, die vornehmste Schwierigkeit zu heben, war jedoch der neueren Redaction vorbehalten.

1) Des Wortes seuls in dem Art. 7 der Charte von 1814. „Les ministres de la religion catholique etc. et ceux des autres cultes chrétiens reçoivent seuls des traitemens.“

3. In beiden sprach man nicht allein die Preßfreiheit aus; man schaffte jede Art von Censur ausdrücklich ab[1]).

4. Den berühmten vierzehnten Artikel ermäßigte man in beiden Constitutionen. Zwar ging man 1815 noch weiter, als 1830; allein auch in diesem letzten Jahr ist der Vorschlag gemacht worden, Kriegsbeschlüsse und Friedensverträge der Berathuug der Kammern zu unterwerfen[2]). Der Zusatz, daß ohne eine Gesetz keine Fremden in Kriegsdienste zu nehmen seien, war nicht minder in zwei Artikeln der Constitution von 1815 ausgesprochen[3]).

5. Den Kammern wurde jene durchgreifende Befugniß — welche Ludwig XVIII. so hartnäckig verweigert und auch Napoleon in der Zusatzacte keineswegs zugestanden hatte —, die Befugniß zu der Initiative in der Gesetzgebung von diesen Constitutionen einmüthig zuerkannt[4]).

6. Beide sprachen dem Fürsten das Recht ab, die Pairkammer auch außer der Zeit einer Sitzung der Abgeordneten zu versammeln[5]). Sie überließen es nicht länger seinem Gutdünken, den Prinzen vom Geblüt, welche doch nur allzuleicht sehr gefährliche Anführer der Opposition werden können, den Eintritt in diese Versammlung zu erlauben und zu versagen. Sie erklärten, die eine wie die andere, die Sitzungen der Pairs für öffentlich.

7. Die Charte des Königs hatte die partielle Erneuerung der Deputirtenkammer beibehalten. Nach dem Vorgang Napoleons ordnen diese beiden Constitutionen die Erneuerung derselben im Ganzen alle fünf Jahre an. Es ist wahr, die Kammer von 1815 hatte ein Alter von 25 Jahren für hinreichend erklärt, um Deputirter zu werden, und 1830 ging man nur auf das 30ste Jahr zurück; allein jene

1) § 6 der Constitution, § 8 der Declaration von 1815.

2) Proposition de M. Sapey, Séance du 7. Août 1830.

3) § 15, 16.

4) § 46 der Constitution von 1815. Charte von 1830, § 15.

5) Ihre Bestimmungen sind fast gleichlautend. Const. 1815 § 62: La chambre des pairs ne peut se réunir hors du temps des sessions, que pour l'exercice de celles de ses attributions judiciaires qui n'exigent pas la présence de la chambre des représentans. Tout autre acte de la chambre des pairs tenue hors du temps de sessions législatives, serait illicite et nulle de plein droit. Charte 1830 § 22: Toute assemblée de la chambre des pairs qui serait tenue hors du temps de la session de la chambre des députés, est illicite et nulle de plein droit, sauf le seul cas où elle est réunie comme cour de justice et alors elle ne peut exercer que des fonctions judiciaires.

erste Bestimmung ist in dem ursprünglichen Vorschlag Berards enthalten gewesen und von Villemain vertheidigt worden. Auch darin stimmen sie überein, daß sie sowohl den Wahlcollegien als den Abgeordneten das Recht, ihre Präsidenten selbst zu ernennen, zugestehen[1]).

8. Es kann nicht fehlen: beide verdammen alle außerordentlichen Commissionen der Justiz. Die Colonieen entziehen sie mit denselben Worten[2]) den ministeriellen Anordnungen und unterwerfen sie besonderen Gesetzen.

9. Eine Hauptsache ist, daß die eine wie die andere die Eidesleistung des Fürsten in Gegenwart der vereinigten Kammern festsetzen und die Nationalfarben wiederherstellen.

In der That sind dies alle wesentlichen Veränderungen, welche die Kammer von 1830 in der Charte des Königs gemacht hat. Es ist keine einzige darunter, die nicht in der Constitution von 1815 entweder nahe berührt, oder wirklich enthalten wäre.

Selbst jene Puncte, welche die Verfassung von 1830 einer künftigen Gesetzgebung überwies, sind ihr nicht ausschließend eigen. Von einigen war allerdings erst seit 1815 eigentlich die Rede gewesen. Allein die wichtigsten waren schon funfzehn Jahre zuvor nicht vernachlässigt worden. Die Anwendung der Jury auf Preßvergehen, das Recht der Kammern, alle Jahr das Contingent der Armee zu votiren, eine bedeutende Ausdehnung der Verantwortlichkeit der Minister, die Selbstverwaltung der Gemeinden und Bezirke, alles Dinge, auf die man 1830 von neuem antrug, waren schon im Jahr 1815 zum Theil nicht ohne den Vorgang der Zusatzacte beschlossen gewesen.

Sollen wir nun annehmen, daß man bei der Entwerfung der neuen Constitution die alten vergessenen Artikel wirklich zu Grunde gelegt habe?

Es wäre dafür, daß die Adresse einer großen Anzahl von Julistreitern, welche von Lafayette und Odilon Barrot auf dem Stadthause in Empfang genommen ward, ausdrücklich auf die Principien hinwies, welche die Kammer der Repräsentanten im Jahre 1815 unter dem Feuer der feindlichen Batterieen erklärt und der

1) Const. v. 1815 § 65. 67. 74. 1830 § 34. 35. 37.

2) Les colonies sont régies par des lois particulières.

Zukunft vermacht habe, einer Zukunft, die man jetzt als Gegenwart besitze[1]).

Ich will indeß nicht sagen, daß die Benutzung so handgreiflich gewesen, wie es scheinen könnte. Aber soviel ist gewiß, daß sich die Constitutionen von 1815 und 1830 beinahe verhalten, wie ein Ziel, das man sich setzt, und ein Ziel, das man erreicht.

Es ist mehr als einmal behauptet worden, man sei alle die funfzehn Jahre in einer Art von Verschwörung gegen die Bourbonen begriffen geblieben. Dabei mag wohl an das, was sonst Verschwörung heißt, nicht gerade zu denken sein. Es will nur sagen, daß man unter alle dem Wechsel der Ereignisse, ungehindert von den Verpflichtungen, welche man übernommen, die Absicht der Revolution, wie sie 1815 gefaßt worden, unausgesetzt verfolgte. Im Jahre 1830 erreichte man sie.

Unwillkürlich traten die alten Tendenzen wieder hervor. Man glaube nicht, daß die Erblichkeit der Pairie erst 1830 in Frage gestellt worden sei. Schon am 7. Juli 1815 hat man weitläufig darüber verhandelt, und das große, das entscheidende Argument, daß die Nation eine Antipathie gegen alle Ungleichheiten habe und allgemein dagegen sei, ist schon damals ausführlich vorgetragen worden.

Eine neue Organisation der Nationalgarde beabsichtigte man 1815 nicht minder, und wenn Carnot dieser schon während der hundert Tage das Recht hat geben wollen, ihre Offiziere selbst zu ernennen, so ist wohl anzunehmen, daß die Kammer nicht dahinter zurückgeblieben sein würde. Wider den Titel Monseigneur, wider den Ausdruck: Unterthan, der erst am 4. und 5. Januar 1832 so lebhafte Protestationen hervorgerufen, machte man schon unter der damaligen Herrschaft Napoleons Einwendungen. Genug, die Richtungen sind die nämlichen, nicht allein im Großen und Ganzen, sondern bis ins Einzelne. Es war das neue Frankreich der Revolution, das sich mit seiner ganzen Tendenz und allen seinen Grundsätzen in der Constitution von 1815 aussprach. Ebendasselbe bekam im Jahre 1830 wieder die Oberhand.

Dies ist das Ergebniß, das aus einer Vergleichung der beiden

---

1) Les principes que la chambre des représentans de 1815 avait déclarés sous le feu des batteries ennemies et legués à un avenir qui nous appartient actuellement. Worte der Adresse, mitgetheilt von der Tribüne. 4 Août.

Charten hervorgeht. Für die Geschichte der dazwischenliegenden Jahre wäre die Aufgabe, zu zeigen, wie es zu demselben kam.

Wie aber? Hat die Revolution im Jahre 1830 wirklich vollkommen die Oberhand bekommen? Ein Schritt weiter in der Vergleichung eröffnet uns eine bedeutende Beschränkung unserer Ansicht. Die spätere Charte ist wohl fast vollständig in der früheren enthalten, die frühere aber lange nicht in der späteren.

Ich habe schon gezeigt, mit welcher Strenge man 1815 auf die Grundsätze von 1791 zurückging. Man kann nicht sagen, daß dies 1830 ebenso geschehen sei. Man hat den Adel nicht abgeschafft wie damals. Man hat den König nicht so auffallend beschränkt. Man ist nicht auf die Primärversammlungen französischer Bürger zurückgegangen. Es ist nicht wahr, daß das Gesammt-Evangelium der Revolution neuerdings proclamirt worden sei.

Wie nun? Wäre dies eine freiwillige Mäßigung der Revolution gewesen? Nachdem sie die Oberhand behalten hatte, sollte sie nicht alle die Ansprüche gemacht haben, die ihr natürlich waren? — unwahrscheinliche Voraussetzung!

Viel weiter als die Charte waren die Forderungen und ich weiß nicht, ob nicht auch die Versprechungen des Stadthauses gegangen. Wenigstens wird behauptet, man habe daselbst nicht allein die Nationalsouveränetät als den obersten Grundsatz der Regierung gleich von vornherein in der Constitution anzuerkennen, sondern auch diese der Sanction des Volkes förmlich zu unterwerfen zugesagt; man habe Dinge wie die Erneuerung der gesammten Magistratur hoffen lassen[1]). In der That sind in der entscheidenden Sitzung vom 7. August mehrere Anträge in diesem Sinne vorgekommen. So ward eine ausdrückliche Erklärung der Nationalsouveränetät mit den Worten zweier Artikel der Constitution von 1791 in Vorschlag gebracht; doch ist sie nicht beliebt worden. Man muß sogar bekennen, daß der Beschluß, zu dem es kam, die Abdicationsacte im Archiv niederzulegen, dem Begriffe der Souveränetät der Nation, die doch schon durch ihre revolutionäre Behörde die Absetzung ausgesprochen hatte, wesentlich zuwiderläuft. Die Kammer ward darauf aufmerk-

1) Man kennt die Streitigkeiten über das Programm des Hôtel de Ville. Viennet hat behauptet (Séance du 31 Mars 1831), es sei nichts als die bekannte Declaration der Deputirten vom 31. Juli; und das wäre denn freilich nicht sehr verfänglich. Man hat ihm indessen in einem ausführlichen Artikel der Tribüne (7. April 1831) geantwortet, in welchem obige Angaben mit einem gewissen Schein von Glaubwürdigkeit enthalten sind.

sam gemacht; demohnerachtet faßte sie diesen Beschluß. Nicht minder hat man auf eine völlige Erneuerung der richterlichen Behörden, in denen, soviel ich höre, wirklich der Geist der alten Parlamente noch nicht völlig ausgestorben ist, angetragen; zu großem Mißvergnügen der Entschiedenen, wie dies denn der Constitutionnel sofort aussprach, hat die Kammer dies verweigert. Genug, wenn die Revolution nicht alle ihre Absichten durchsetzte, so geschah dies nicht, weil sie sich gemäßigt hätte; sie vermochte es nicht, sie hatte die Oberhand, aber nicht vollkommen; es geschah darum, weil sie auf ihrem Wege Widerstand antraf.

Man bemerkt leicht, daß ich den Widerstand der Doctrinärs meine. Nicht, wie man dies wohl versteht, der wenigen Individuen dieser Partei, sondern des Interesses, das sie repräsentiren.

Nicht so ganz spurlos sind die Jahre der Restauration der Bourbonen vorübergegangen. Man würde irren, wenn man glauben wollte, Royalismus und Revolution seien dort eben ganz in dem nämlichen Kampfe wie im Jahr 1815. Es haben sich in den seitdem verflossenen Jahren Interessen gebildet, die zwar mehr der letzteren als dem ersteren angehören, aber in der That das Product von beiden sind. Ich will hierauf gegenwärtig nicht eingehen. Eine weitere Entwickelung wäre die ganze Geschichte dieser Periode. Genug, nur durch diese Interessen sind die Doctrinärs stark.

Ich möchte sagen, die Revolution wollte in den Julitagen sich ganz, wie sie gewesen, restauriren; an den seitdem ins Leben getretenen Existenzen fand sie ihren Widerstand.

Es kam deshalb zwischen beiden Elementen zu einer Abkunft. Die Doctrinärs haben keineswegs ihre Meinung völlig geltend gemacht. Sie hätten, man weiß es wohl, die Absetzung gern vermieden; aber ihr Nebenbuhler war ihnen zu stark. Bei den Bestimmungen über die Pairie erhob sich der Altvater der ganzen Partei, Royer Collard; doch war es vergeblich, daß er dieselben bestritt. Weder die Revolution noch die Doctrin konnte ihre Absichten rein durchsetzen; sie glichen sich, so gut es gehen wollte, mit einander aus; das ist die Charte von 1830. Als Benjamin Constant aus der Commission kam, in der er den Entwurf derselben mitberathen hatte, bemerkte er, er habe einige seiner Meinungen aufopfern müssen. Wohl betrachtet, ist das der Fall eines Jeden gewesen.

Man streitet schon seit dem ersten Augenblicke, ob die Revolution von 1830 als eine völlige Revolution oder nur als eine Verbesserung der Restauration anzusehen sei. Erst vor kurzem haben Mauguin

und Guizot darüber heftige Worte gewechselt. Der eine hat behauptet, daß seine Partei das Beste gethan, der andere, daß die seinige die Oberhand behalten habe. Auf diese Art kann man fortstreiten, bis diese Constitution wieder vernichtet sein wird, ehe man über ihre Bedeutung aufs Reine kommt. Die Wahrheit ist, daß beide Parteien, wie sie denn von den Ordonnanzen zugleich angegriffen und bedroht wurden, an dem Ereignisse Theil hatten — wer will berechnen, welche mehr, welche weniger? — und daß dann in der revidirten Charte jede von ihren Ansprüchen einen Theil behauptete, einen anderen fallen ließ.

Die Charte von 1814 war eine Auseinandersetzung der königlichen Gewalt mit den Gewalten und Interessen der Revolution. Die Charte von 1830 ist eine Auseinandersetzung der liberalen Parteien, — der gemäßigten und der äußersten, der monarchischen und der republikanischen.

Allerdings aber versöhnten sie damit ihre Principien nicht. Kaum war der Vertrag geschlossen, so erneute sich ihr Kampf auf allen Puncten, welche derselbe nicht ganz genau bestimmte.

Stück für Stück sucht sich die Revolution in den vollen Besitz ihres Gebietes zu setzen. Sie ist im offenen Angriff; trotzig, verwegen; sie macht sich nichts daraus, selbst mit Unehren abgeschlagen zu werden; unaufhörlich, ohne irgend einen Moment zu versäumen, ohne ihren Gegnern irgend einen Mißgriff, irgend einen Mangel so hingehen zu lassen, erneut sie ihre Anfälle. Sie rechnet auf die Sympathie der großen Menge.

Werden die durch die letzten Jahre zum Leben gekommenen Interessen, werden die Wortführer derselben stark genug sein, sie abzuschlagen?

Eine Frage, in welcher die Zukunft von Frankreich innen liegt.

5.

Ueber einige französische Flugschriften aus den letzten Monaten des Jahres 1831.

(1832.)

Der Kampf der Meinungen in Frankreich ist ein Schauspiel, das im Grunde Niemanden zu ermüden scheint, so lange es nun auch schon dauert. Noch immer, wie vor mehr als vierzig Jahren, lauschen ihm beide Welten. In unzähligen Blättern wiederholt man wörtlich oder mit wenig Abweichungen, wie er von Tage zu Tage geführt wird. So oft verwandelt er seine Gestalt; — so nahe berührt er die wichtigsten Interessen.

Im Ganzen sollte es freilich scheinen, als hätte sich mit dem langen Verlauf der Jahre auch hier eine Art von Verfall eingestellt. Jene großen und gefährlichen Talente, welche im Anfang der Revolution die Geister mit sich fortrissen, jetzt sind sie verschwunden. Jene Mirabeau, Cazalès, Maury: — weder die eine noch die andere Seite wird gegenwärtig Mitglieder zu besitzen behaupten, die ihnen glichen. Man kann sich darüber nicht wundern; die Beschaffenheit der Sache bringt es so mit sich. Unter ungeheuren Anstrengungen und Wehen geschah die Revolution; jetzt ist sie vollführt. Damals brachte man die neuen Gedanken hervor, griff an und eroberte; jetzt behauptet man und vertheidigt, und arbeitet den Erwerb weiter aus. Hiezu braucht man nicht mehr den Ingrimm der alten Leidenschaften. Die Talente vom ersten Range, welche immer von

Grundaus neu sein müssen, hätten vielleicht nicht einmal Raum, sich zu entwickeln.

An Lebhaftigkeit aber gebricht es diesem Kampfe auch gegenwärtig nicht; es gebricht ihm — denn wenn der Angriff nicht mehr so gewaltige Kräfte entwickelt, so ist auch der Widerstand schwächer — ebensowenig an wichtigen Erfolgen. Genauere] Beobachtung fordert er schon darum immer wieder, weil er unsere Grenzen so nahe berührt.

Es wäre nur zu wünschen, daß man dieselbe mit der rechten Gleichmüthigkeit anstellen könnte. Ich kann mir, wenn ich es sagen darf, eine Stimmung denken, in der man gleichsam an der Barriere stehend dem Treiben der bewegten Kräfte, dem man doch nicht Einhalt thun wird, ruhig zusähe. Allein da man, obwohl, wie ich dafür halte, mit Unrecht, Deutschland so sehr in diese Sachen zu ziehen gesucht hat, da man die Analogieen, die es etwa bei uns giebt, so lebhaft geltend macht, da wir leider unsere Sache in der That nicht ganz für uns treiben zu wollen scheinen, so ist es schwer, diese Ruhe zu behaupten.

Auf jeden Fall muß man sich hüten, sich nicht einem oder dem anderen der französischen Journale ausschließend zu überlassen. Erst wenn man die entgegengesetzten zusammenhält, versteht man sie und kann einen Standpunct außerhalb ihres Getriebes nehmen.

Auch würde es nicht gerathen sein, sich mit den Journalen allein zu begnügen. Die Journale zeigen allerdings die großen Abstufungen der Parteien in der ganzen Vielseitigkeit ihrer Richtung. Allein wir vernehmen in ihnen die Stimmen, so zu sagen, mehr von Classen, als von Individuen. Es sind ausgesprochene Meinungen, feste Gesinnungen, von denen man nicht abweicht, zu denen man sich verbündet hat, mit denen man einander stets von neuem bekämpft und nur immer die Ereignisse zu unterjochen sucht.

Eine wie mir scheint unentbehrliche Ergänzung derselben sind die Flugschriften. Wenn in den Journalen ganze Classen reden, aber in vereinzelten, bruchstückartigen Aeußerungen, so treten in den Flugschriften die Einzelnen hervor, aber mit zusammenhangenderen Ausführungen und Begründungen; man sieht besser, mit wem man es zu thun hat; die Meinungen erscheinen in der Farbe eines individuellen Denkens; sie sind frischer, ungebundener, neuer, rechte Kinder des Augenblicks.

Ich wünschte aus den wichtigeren von denen, die mir aus den letzten Monaten von 1831 zu Händen gekommen sind, zu entnehmen,

wie sich die Stellung der Parteien zu einander, vornehmlich in ihrer innerlichen Grundlage, darin abspiegelt; wo sich die Meinungen berühren, wo sie sich trennen: welches die starken und welches die schwachen Seiten der Wortführer sein dürften.

Royalisten.

Zu sagen, was ein Royalist in Frankreich sei, ist immer schwer gewesen, und es ist gegenwärtig schwerer als jemals.

Die entschiedene Opposition wider die Revolution, ihre Interessen und Hervorbringungen, die sich sonst so laut vernehmen ließ, sollte beinahe verschwunden zu sein scheinen.

Unter den wenigen, welche diese Linie noch halten, hat sich vielleicht in der letzten Zeit Niemand so stark ausgedrückt, wie Achille Comte de Jouffroy.

„Avertissement aux souverains sur les dangers actuels de l'Europe par M. le comte Achille de Jouffroy. Paris, Hivert, Oct. 1831."

Es giebt eine Meinung, welche vor 1789 nichts sieht, als Monarchie und Religion, seitdem nichts als Empörung und Irreligion: in den Ereignissen eben nur den Kampf zwischen beiden Principien. Dies ist die Meinung dieser Schrift.

Es giebt Leute, welche, wie in Frankreich die reine Revolution, so in Rußland die einzige Rettung vor derselben zu sehen glauben. Unser Autor gehört zu ihnen.

Er geht darin so weit, daß er unter anderm behauptet, der Krieg Rußlands gegen die Türkei sei von den Revolutionären hervorgerufen worden; und zwar in welcher Absicht? Man höre! Rußland habe seine Armee und seinen Schatz vergeuden sollen. Preußen und Oesterreich seien die Arme der heiligen Alliance, Rußland das Herz derselben: dessen Blut habe man zu erschöpfen gesucht.

Ueber die Revolution selbst hat er einige vielleicht nicht üble Bemerkungen. Er macht darauf aufmerksam, wie sie vor allem die zu Grunde richte, durch die sie zu Stande komme, — wo man sich der Arbeiter bediene, sei die erste Frucht des Sieges der Ruin der Industrie, — wo die Insurrectionen von den Banquiers besoldet worden, seien deren Bankerotte erfolgt u. s. w.

Allein es ist etwas viel, wenn er weiter sagt, Regieren sei Wollen, gleich als gebe es eine vernünftige Regierung durch einen absoluten Willen; wenn er das Amt der Fürsten in nichts setzt, als in die Erhaltung der Individuen und des Eigenthums, wie sie sind, gleich als gebe es nicht auch eine gesetzmäßige Fortentwickelung.

Diesen Absolutismus, den die Revolution so heftig an ihren Gegnern tadelt, er scheint ihn anzuerkennen und vertheidigen zu wollen. Die Vereinigung desselben mit der Religion, namentlich mit dem Katholicismus, billigt er nicht minder. Er rühmt den Katholicismus als eine consequente Lehre und zugleich eine vollendete Institution. Dieses Bekenntniß schärfe das Dogma ein, mit Autorität, und füge die Drohung hinzu. Der positive Cult bemächtige sich des Menschen bei seiner Geburt, unterwerfe ihn der socialen Hierarchie, folge ihm in den bedeutendsten Acten seines Lebens und bringe jeden Augenblick in den Grund seines Herzens; er greife die Immoralität der Revolution in ihrem Innersten an, indem er sich an das Gewissen der Gläubigen wende. Eine thätige wohlgeordnete Miliz wache streng über die Ausführung der Befehle des Evangeliums.

Seltsame Lehre! Den Katholicismus als ein Heilmittel derjenigen Uebel anpreisen, die gerade dort sich entwickelt haben, wo derselbe am wirksamsten gewesen ist!

Es ist ungefähr die Behauptung der Liberalen, wenn die heilige Alliance Frankreich nochmals angreifen sollte, so würde der leitende Gedanke dieser Unternehmung von Rom ausgehen [1]).

Ihnen ist ihr Paris die Welt. Weil man, wenn die Revolution fiele, dort wahrscheinlich besser katholisch und dem Papst ergebener sein würde, so soll der Katholicismus die Stütze der Throne in aller Welt sein und der Papst die Fäden der Coalition in seinen Händen halten!

Ich sollte glauben, daß sich der Royalismus vor so ausschweifenden Behauptungen eher zu hüten hätte. Sie weichen so

---

1) Ich finde dies eben wieder in Corcelle, Documens pour servir à l'histoire des conspirations p. 31: Qu'on examine de près l'histoire de nos dernières années, depuis 15 ans le mot d'ordre de la sainte alliance est toujours venu du même endroit. Si jamais une coalition des souverains armait de nouveau contre nous, chacun d'eux pourrait y faire la réserve de son intérêt privé, des coutumes de la réligion de son pays; mais c'est à Rome encore, que se trouverait la pensée dirigeante de cette entreprise.

weit von der Wahrheit ab und sind so verfänglich, daß sie sich nur eignen, der öffentlichen Meinung eine entgegengesetzte Richtung zu geben.

Sollte es nicht den Uebertreibungen zuzuschreiben sein, wenn sich sogar viele Royalisten in diese letzte werfen?

Sur la politique rationnelle par Alphonse de Lamartine Paris, Gosselin, Oct. 1831.

Wie wenig doch die Gleichheit der Principien auf ähnliche Schlüsse und Ergebnisse führt!

Lamartine war immer ein Royalist; und auch er geht, wie er denn den Spruch: Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes, zum Motto genommen hat, von der Religion aus. Zu ganz anderen Resultaten aber gelangt er.

Man glaubt in dieser Schrift einen Prediger zu vernehmen, der seine Lehre mit melodischer sanfter Stimme einer auserwählten Gemeinde vorträgt; etwas phantastisch, es ist wahr, nicht ohne Wiederholungen, aber in das Kleinste bis zur Eleganz ausgearbeitet und, was so selten, mit einem Schwunge, der das volle Gepräge der Ueberzeugung hat.

Lamartine's vornehmste Absicht wäre, die Royalisten zu überreden, sich nicht länger dem gegenwärtigen Staate zu entziehen.

„Unsere Pflicht ist", sagt er, „uns mit dem Lande zu vereinigen, von dem wir uns nicht trennen können, ohne es schwächer zu machen, mithin nicht ohne Verbrechen. Nie bedurfte es der Hülfe, Aufklärung, Thatkraft dringender als jetzt; wollten wir ihm nicht alles anbieten, was wir hievon in unseren Reihen haben mögen, es könnte uns nicht vergeben. — Stimmen wir mit in den Wahlcollegien! — Treten wir ein, wenn man uns die Pforte eröffnet, in die Versammlung der Repräsentanten! Laßt uns wieder mit den Worten der Ueberzeugung und fester Gesetzlichkeit auf die Tribüne steigen; hat die Kammer keinen Wiederhall für uns, so wird ihn das Land haben. Die Worte des Abgeordneten dringen weiter vorwärts als die Stimme des Schriftstellers; eine ganze Bevölkerung, eine ganze Provinz, eine Gesammtmeinung redet durch diesen Mund; er ist bestellt, ein politisches Symbolum auszusprechen!"

Aber wie? Sollen die Royalisten einem Fürsten den Eid leisten, welcher den rechtmäßigen Thron doch nur usurpirt? Sollen sie sich entschließen, unter Louis Philipp Dienste zu nehmen?

Lamartine meint, es könne Fälle geben, in denen das ganz persönliche Gefühl der Ehre vor dem Patriotismus, der ein sociales, mithin höheres Gefühl sei, zurückweichen müsse. „Zuweilen", sagt er, und hiemit tritt er seinem Ziele näher, „in den unberechenbaren Verwirrungen einer Revolution kann der Fürst selbst sich zuerst in dieser Ausnahme befunden haben: König durch die Nothwendigkeit, unschuldig an seiner eigenen Erhebung, unglücklich über seine eigene Größe." Lamartine findet in der gegenwärtigen Regierung nicht die Bedingungen einer definitiven Existenz; er nimmt sie für eine längere Dictatur, für ein neutrales Gebiet, wo die Parteien einander begegnen, aber sich nur unter gewissen Bedingungen festsetzen; er deutet an, sie werde sich vor einer höheren moralischen Nothwendigkeit zurückziehen.

Eine kühne Voraussetzung! Aber selbst, wenn man sie zugiebt, sollen sich die Royalisten von der Vergangenheit und ihren alten Ideen so völlig losreißen und auf den neuen Staat, der doch unfehlbar jetzt die Oberhand hat, so mit gutem Willen eingehen?

Hier ist die Mitte dieses Raisonnements, wo sich die Politik und die Religion des Autors begegnen.

„Gewiß", antwortet er, „es wäre denn, daß man aus der Welt gehen, oder in den Jahrhunderten zurückschreiten oder sich gegen die Civilisation selbst empören wollte."

Lamartine findet, daß die Welt in eine neue Epoche eingetreten sei, die Epoche des Rechts und der Thätigkeit aller. Eigenthümlich ist ihm, daß er hierin einen Fortschritt des Christenthums und des Evangeliums erblickt. Diese Epoche werde gerechter, freier, moralischer sein, als alle, welche die Welt bisher durchlaufen; sie heilige die politische und bürgerliche Gleichheit der Menschen ebenso, wie Christus ihre natürliche Gleichheit vor Gott geheiligt habe; man könne sie die evangelische Epoche nennen. „Der sociale Mensch muß künftig vor den Augen des Philosophen und des Gesetzgebers dasjenige sein, was der einzelne Mensch vor den Augen des wahren Christen ist, ein Kind Gottes, das die nämlichen Titel, Rechte und Pflichten, die nämliche Bestimmung vor dem irdischen Vater hat, dem Staate, wie vor dem himmlischen, vor Gott."

Von dieser Ahnung einer religiös-demokratischen Weltordnung wird der Autor ganz hingerissen. In dem modernen französischen Staate findet er den Boden für den großen socialen Neubau vorbereitet, den der himmlische Baumeister beabsichtige. Dahin deutet er alle Eigenschaften desselben.

Er nimmt in dem französischen Staate eine nur noch nicht

ganz reine Republik wahr. Man sollte glauben, ein Royalist würde davor eher erschrecken: er ergiebt sich darein. Es ist ihm genug, daß — zwar sagt er nicht für immer, aber doch noch für einige Zeit — ein erbliches Oberhaupt nothwendig sei; es kommt ihm selbst nicht darauf an, ob dies König oder Präsident heiße. Auf immer fordert er für keine Würde die Erblichkeit. Wenn er an Casimir Perier etwas tadelt, so ist es, daß derselbe für die erbliche Pairie gewesen sei.

Den Institutionen des neuen Staates gewinnt er durchaus höhere Tendenzen ab. Die Presse werde endlich allen Betrug unmöglich machen; sie sei die Gerechtigkeit Gottes, offenbart in dem Worte. Den Unterricht will er frei, ausgebreitet, ja verschwendet wissen, umsonst und doch mit dem Rechte eines Jeden, „seinen Brunnen sich zu wählen, nach seinem Durste zu trinken". Denn wäre der Unterricht immer frei gewesen, wieviel raschere Fortschritte würde Gottes Wort gemacht haben! Er wünscht die völlige Absonderung der Religion von dem Staate: denn der Staat verdunkle ihn nur, jenen göttlichen Strahl, den der Mensch allein am Himmel suche. Er fordert eine Legislation, auf der Basis des Evangeliums errichtet, nicht mehr jene blutige, welche die Sitten blutiger, sondern eine sanfte, welche dieselben mäßiger und sanfter mache. Die Centralisation, welche so vielen Tadel erfährt, weiß er nicht zu mißbilligen. Er findet sie bewundernswürdig, diese intensive Kraft, durch welche der sociale Gedanke, sowie er einmal gefaßt und Gesetz geworden sei, in dem nämlichen Augenblick mit Schnelligkeit, Regelmäßigkeit, Beaufsichtigung und Einheit, in allen Kreisen der Verwaltung zur Ausführung komme: es sei die Einheit dieser großen Körper, genannt Nationen.

Man sieht, dieser Autor beobachtet ein doppeltes Verfahren. Einmal idealisirt er das Vorhandene, das denn freilich auch eine ganz andere Seite hat; dann giebt er den idealisirten Gewalten eine christliche Richtung, von der sie bis jetzt nicht wissen. Ist er sicher, daß sie dieselbe nehmen, daß sie nicht gerade die destructiven Elemente, die sie in sich einschließen, wie sie schon einmal gethan, geltend machen und ganz zu dem Gegentheil entwickeln werden?

So sehr täuscht sich Lamartine nicht. Er ruft seufzend aus: „Wenn Frankreich wollte!" Indem er bemerkt, daß auf die Letzt Alles auf die Sitten, auf das, was er das öffentliche Gewissen nennt — ich verstehe das nationale Bewußtsein der Pflicht, das jeder Thätigkeit

zu Grunde liegt — ankomme, so bescheidet er sich, daß es damit in Frankreich übel stehe. Er findet daselbst ein Recht, das verkannt, und ein anderes, das bestritten sei, ein Mißtrauen in die Wahrheit selbst, eine durch alle diese Versuche ermüdete Sättigung, eine verweichlichende Geldbegier, eine geheime Neigung zu jenem Despotismus, der mit Eroberungen schmeichele, den Geist der Faction, Mangel an höherer Moral, Schwäche des religiösen Gefühls. „Es ist die politische Tugend, die uns mangelt", ruft er aus.

Und bei diesem Zustand der Dinge ist er dennoch überzeugt, seine Ideale realisirt zu sehen?

Nein! Er sieht sehr wohl, daß auf dem Wege, den man eingeschlagen, auf der andern Seite eine große Gefahr drohe. „Entweder", sagt er, „werden unsere Kinder und die Kinder unserer Kinder eine Reihe von freien, der Religion, Moral, Vernunft ergebenen Jahrhunderten verleben, oder aber — schreckliche Alternative! — wir hinterlassen ihnen die Auflösung der bürgerlichen Ordnung, streitige, blutig-streitige Principien, die Gewalt unmöglich, die Freiheit unausführbar, die Religion verfolgt, die Legislation im Rückschritt, den europäischen Krieg, die Gesetzmäßigkeit des Schaffots, die Civilisation des Bivouacs, die Moral der Schlachtfelder, die Freiheit der Satrapen, die Gleichheit von Räubern; in ihrer Mitte eine Idee, erstickt in Blut."

Jener Welt der Ideale setzt er, wie wir sehen, furchtbare Möglichkeiten entgegen, einem Himmel die Hölle. Es wäre nur zu wünschen, daß er angeben möchte, wie das Glück zu erreichen, das Unheil zu vermeiden sei. Es ist nicht genug, daß er an jenes öffentliche Gewissen appellirt, über dessen Aussprüche er sich eben selbst so zweifelhaft, so besorgt, aus so guten Gründen besorgt zeigte; es reicht nicht hin, daß er sagt, der politische Gedanke und die politische Thätigkeit dürfe nicht länger von einer tyrannischen Bureaukratie, von einer in Empörung begriffenen Hauptstadt, von einer Faction, einem Tribun abhängen; die Frage ist, wie das zu machen, wie es dahin zu bringen sei.

Welchen Ausweg, welche sichere Hülfe bietet uns nun seine Politik an? Lamartine weiß nur Ein Mittel: einen Mann. Er schildert uns den, auf den er hofft. „Es müsse ein Mann sein, vollkommen in Einsicht und Tugend, der lebendige und erhabene Inbegriff des Jahrhunderts, ein Bonaparte des Wortes, mit dem Instinct des socialen Lebens; voll Vertrauen auf die Zukunft; der Blitz der Tribüne; ein Columbus der Freiheit, fähig sowohl, uns von der

Existenz einer neuen politischen Welt zu überzeugen, als, uns dahin zu führen.“ So begeistert drückt er sich aus.

Allein kann man das wohl Politik nennen?

Nein! Es ist Poesie, politisch-religiöse Phantasie. Nichts anderes.

Dort, auf seinen einsamen Gängen in den Gehölzen von St. Point, oder wenn er, der Poet, seine geistigen Blicke von dem ruhigen, geordneten, friedlichen Himmel auf die Verwirrung der irdischen Elemente wendet, da mag er sie fassen, diese Ideale, auf der einen Seite die lange Reihe glücklicher Jahrhunderte voll Religion und Tugend, auf der andern den Helden, der dahin führen soll. Es ist aber alles ein Gedicht; es ist gleichsam ein Jerusalem und ein Gottfried, der es erobern soll; es ist ein Heldengedicht der Zukunft.

Immer bleibt es sehr merkwürdig, daß das alte Königthum auch dem Poeten nichts mehr darbietet, keinen Ausgangspunct für seine leichtgeschwingte Phantasie, keinen geistigen Anhalt. Wenn er die Gewalt „den Besitz und Ausdruck der Gesellschaft“ nennt, scheint er doch die Volkssouveränetät willig anzuerkennen. Er lebt und webt in den neuen Dingen.

Chateaubriand.

Auf einem ähnlichen Standpunct, des Royalismus und der Religion, steht ursprünglich auch Chateaubriand. Aber immer in alle Bewegungen der Restauration verstrickt, Pair, Ambassadeur, Minister, hat er sich wie natürlich den bestehenden Verhältnissen mehr genähert. Seine drei Schriften:

De la restauration et de la monarchie élective. 24 Mars 1831.

De la nouvelle proposition, relative au bannissement de Charles X et de sa famille etc. Octobre 1831.

Aux lecteurs. Novembre 1831.

ergänzen einander und sind in deutschen Ausgaben, Uebersetzungen, Auszügen hinreichend bekannt geworden, vornehmlich die wichtigste, die zweite.

Eine Angabe ihres Inhaltes würde zu spät kommen. Was könnte es auch helfen, mit dem Autor immer wieder zu untersuchen, welche Maßregel man bei den Juliereignissen ergreifen konnte, und

ob man das Schlechteste gethan oder nicht. Es kann Fälle geben, so verwickelt, peinlich, durch so viel falsche Schritte hervorgerufen, daß es unmöglich ist, irgend einen guten Ausweg zu finden, der nicht unzählige unübersteigliche Schwierigkeiten enthielte. Kam es auch etwa den Siegern darauf an, das Beste, das Vernünftigste zu thun? Nahmen sie sich die Zeit, zu deliberiren? In dem Sturme der Ereignisse griffen sie zu den Maßregeln, mit denen sie die aufgeregten Leidenschaften zu beruhigen hofften. Es kann uns nicht fördern, auf diese Untersuchung einzugehen.

An diesen Schriften ist einiges Andere merkwürdig.

Einmal ihr großer Erfolg. Vornehmlich die zweite, die eigentlich nur eine leidenschaftlich-rhetorisirende Amplification der ersten ist, haben alle Parteien als ein Werk des Genies begrüßt. Ich kann nicht glauben, daß dieser Succeß nur von den Phrasen herkomme, die auf die Letzt doch keinen so allgemeinen Eindruck machen können, noch auch, daß er einer großen einleuchtenden Ansicht im Ganzen zuzuschreiben sei; denn diese, in der That, schwerlich wird man sie finden. — Jedoch es lebt etwas in diesen Schriften, was ihnen eigen ist, nicht ohne Großartigkeit und innere Wahrheit.

Es giebt Geister, denen die Besonderheiten der Dinge leichter entschlüpfen; aber für ihren allgemeinen Charakter, für den großen Wurf von Licht und Schatten über das Gebirge hin haben sie einen offenen Blick.

In Chateaubriand ist ein wahres Gefühl für das Glänzende und Hohe, für die Erhabenheit des Alterthums, die Würde der Religion, den Ruhm der Gegenwart. Dies Gefühl ist das belebende Element in allen seinen Schriften.

Auch hier tritt es hervor, aber als Verachtung aller seit dem Juli zu Tage gekommenen Zustände. Er bemerkt, wie gegenwärtig so völlig Alles heruntergekommen sei. „Was will es heutzutage sagen, Präfect zu sein, oder Generaldirector, oder Minister, oder Marschall von Frankreich, oder selbst König? Alles ist verbraucht, Künste, Literatur, Sitten, Leidenschaften, Alles ist degradirt. An die Stelle der edelsten Geisteserholungen tritt das plumpe Spectakel. Gladiatoren würden mehr Erfolg haben, als die Meisterwerke von Corneille oder Molière.“ Nicht allein die Regierung findet er halb und immer wieder halb; die ganze Gesellschaft scheint ihm zu kränkeln und zwischen Etwas und Nichts zu schwanken. An dem neuen Königthum vermißt er Schwung, Jugend und Muth, die Taufe des Ruhmes. Denn freilich sei es leichter, ein Kreuz von

dem Thurm zu stürzen, als ein anderes an der Brust eines Polen zu vertheidigen.

Von diesem Gesichtspunct aus greift er die auswärtige Politik an. Allen Klagen, die eine andere als die royalistische Opposition erhoben hat, und die er nicht verschmäht zu wiederholen, giebt er dadurch einen neuen Ton, daß er diese Politik in einen bald geheimen, bald offenen Gegensatz mit den glänzenden Thaten des Kaiserthums stellt. Er findet es ein Regiment der Nachgiebigkeit und Feigheit, das Gebäude des Juli auf den Verlust der Nationalwürde gegründet. Freilich habe man den Frieden, „aber nur darum, weil man demjenigen nicht den Degen in den Leib stoße, der den Rücken kehre".

Wie aber? Sollte nach seiner Meinung der Krieg der Revolution wider Europa nochmals beginnen?

Er wünscht allerdings, daß man sich völlig in die Revolution geworfen und ihre Tendenz entschieden verfolgt haben möchte. Ich halte das nicht für erdichtet. Ein großer Triumph, oder selbst ein großes Unglück würde diesem Geiste Nahrung gegeben haben, den nur immer nach Erfolgen dürstet.

Denn übrigens auch in Rücksicht auf das Innere geht er doch sehr entschieden auf die Principien der Revolution ein. Zwar hat er sich entschuldigt; er hat gesagt, er vertheidige nur die Freiheiten; wenn er die Souveränetät des Volkes gelten lasse, so seien das nicht seine Waffen, sondern die Waffen der Gegner, die er brauche, und er begebe sich nur auf deren Gebiet. Indessen die Wahrheit zu sagen, wofern er nur eine hypothetische Meinung hat äußern wollen, so ist er darin etwas weit gegangen. Er erklärt sich für einen Republikaner von Natur. Sehr ohne Noth beschwört er den Schatten des alten Samuel herauf, um dem Königthum noch einmal üble Nachrede zu machen. Allen Ernstes empfiehlt er doch den Nationalcongreß. Vor demselben würde jeder seine Sache vertheidigen; nothwendig wäre es — er erschrickt nicht davor —, sich der Majorität zu unterwerfen. Heißt das nicht, das Princip ohne Rückhalt anerkennen?

Er selbst hat es gefühlt, und, wie er denn ein alter Legitimist ist, so hat er versucht, seine Legitimität mit dem Dogma von der Volkssouveränetät in Einklang zu bringen.

Ich halte diese Stelle für eine der merkwürdigsten der ganzen Schrift[1]).

1) Sie hängt jedoch mit einigen Behauptungen der études historiques sehr gut zusammen.

„Indem Ludwig XVIII. die Charte verwilligte, überschritt er nicht die Rechte, welche man ihm in seinen Vätern zuerkannt hatte; er schien nur zu handeln, und handelte in der That auch nur in Kraft des ursprünglichen Auftrages von dem Volke, das seinem Geschlechte von der Nation war verwilligt worden."

Hiermit erkennt der Autor den Begriff der Volkssouveränetät als den höheren, als das Princip, als den Grund der Berechtigung an; er giebt den ursprünglichen Vertrag zu. Ja, er giebt sich ganz gefangen. „Die Legitimität ist eine Religion", sagt er, „doch der Glaube daran ist gestorben. Diese Religion würde die beste Sanction der Rechte der Nation sein; sie würde ihnen etwas Historisches und Traditionelles, etwas Starkes und Heiliges mittheilen; allein sie zieht ihre Macht mit nichten aus sich selbst." Ich kann mich nicht überzeugen, daß man mit solchen Gründen Jemand zu dieser angeblichen Religion bekehren werde. Die souveräne Nation hätte zu Gunsten des Königthums gleichsam zu abdiciren, um ihren Rechten etwas Historisches mitzutheilen. Wie, hat sie nicht ihre Kraft, ihre Anerkennung im Kampfe mit dem Königthum erworben? Und jetzt soll sie sich ihm überliefern, nicht aus dem Gefühle des Rechtes, nicht aus Religion, auch nicht um eines besonderen Vortheils willen, sondern wegen jener Erinnerungen, die sie verschmäht, die sie haßt! Ich kann darin nichts sehen, als eine Verbindung widersprechender Elemente durch den Schein. Es ist fast — man erlaube mir die Vergleichung — als wollte man einen Voltaire heiligen, indem man das Titelblatt eines Gebetbuches davor heftet. Nicht anders ist ein Henri V. an der Spitze dieser souveränen Nation, die ihm erst sein Recht giebt, und deren Ansprüche er nichtsdestominder heiligen soll!

Man sollte es kaum glauben, aber wie mit dem Königthum geht Chateaubriand mit dem Papstthum um. Gleich als wäre nicht die Revolution im Widerspruch mit dem Katholicismus des Papstthums entstanden, gleich als wäre zwischen ihnen nicht eine ursprüngliche, nothwendige, unvereinbare Antipathie. Er meint, das Papstthum solle Gleichheit und Befreiung predigen; er fordert einen Leo X. der Freiheit.

Es ist, als würde dieser Geist auf der einen Seite von den verschwundenen Größen, den erhabenen Erinnerungen des Papstthums wie des Königthums hingerissen, aber auf der andern nicht minder von der modernen Gleichheit und Freiheit. Er will jene erhalten und diese nicht fallen lassen. Wie sie sich aber etwas mehr, als

scheinbar, wie sie sich in ihrem Wesen vertragen können, vergißt er nachzuweisen; er macht keinen Versuch, die Divergenzen aufzuheben. Es ist, als bemerke er sie nicht.

Nur so viel sehen wir, daß er eine entschiedene Richtung zu den modernen Ideen von Frankreich hat. Er will ein Königthum der Gleichheit, ein Papstthum der Freiheit. Beide müßten doch zuletzt von der Nationalsouveränetät ausgehen, die er als die höchste Autorität anerkennt.

Diese Idee scheint das allgemeine Idol zu sein. Der alte Fitz-james weiß keine andere Auskunft, als einen Nationalcongreß. „Alle Bürger würden dann an den politischen Rechten Antheil haben; alle Steuerpflichtigen, zum ersten Mal zu Rathe gezogen, würden sich über die große Grundfrage aussprechen; wir würden eine neue allgemeinere Repräsentation aller Interessen sehen.“ Mit einer Art von Verehrung appellirt der Marquis de Deux-Brézé an die nämliche Idee. „Ich habe nicht aufgehört“, sagt er, „dem Princip zu huldigen, das alle anderen beherrscht, dem einzigen, vor dem wir uns beugen können, und welches das Recht hat, Opfer von uns zu fordern, dem Princip der Nationalsouveräneität.“ Diese Ausdrücke, streifen sie nicht fast an religiöse Ergebenheit?

Zu eben diesem Princip neigt sich, ich weiß nicht, ob ich sagen soll, das System, aber der Gedankengang der Gazette de France und jener Tochtergazetten, die sie mit propagandischem Talent über alle Provinzen ergossen hat.

Einer ihrer alten Grundgedanken, welchen auch Villèle, wenigstens ehe er zur Gewalt kam, auf den Vorgang Fievée's, öfter aussprach, ist allerdings die Freiheit der Communen und der Provinzen. Die Gazette wiederholt alle Tage, daß sie die Selbstverwaltung der Communen, die Ausbreitung der Provinzialversammlungen über ganz Frankreich wolle. Sie bemerkt, daß, sobald Provinzen und Gemeinden sich selber zurückgegeben seien, eine Gewalt, wie die gegenwärtige, nicht mehr bestehen könne, eine so verwickelte Combination von Majorität und Opposition, von beschränktem Census, Initiative und Gesetzen, ohne daß die localen Interessen irgendwie an der Verhandlung der allgemeinen Theil nehmen dürften. Man begreift dies ganz gut. Auch hängt es damit wohl zusammen, daß sie die allgemeine Repräsentation auf breiterer Basis errichten will. Sie hofft dem städtischen Interesse gegenüber, welches jetzt vorherrscht, das Land-interesse geltend zu machen, der Werkstätte die Hütte entgegenzusetzen

und ein Frankreich heranzuziehen, wo man weder Republik noch absolute Gewalt wolle[1]).

So weit kann man ihr beistimmen. Auch sind dies nicht neue Gedanken. Ich weiß zwar nicht, ob man sie jemals ernstlich auszuführen gesonnen gewesen. Wenigstens wirft auch Fievée dem Villèle unaufhörlich vor, daß er die Principien, die ihm den Weg zur Gewalt gebahnt, vergessen habe, sobald er zu derselben gelangt war. Allein geäußert hat man sie tausendmal.

Nur ist die Frage, wie die Gazette und ihre Partei dahin gelangen wollen.

Sie fordern das allgemeine Stimmrecht, wohlverstanden, der Steuerpflichtigen, und die allgemeinen Stände. „Wir fordern eine allgemeine Versammlung der Nation, die Generalstände, mit Ausnahme dessen, was daran veraltet ist." Wie aber, ist nicht gerade das Wesen derselben, die Theilung und abgesonderte Selbständigkeit der drei Stände veraltet? Die Gazette leugnet es nicht. Sie will eine Versammlung, „modificirt durch die neuen Bedürfnisse und durch die Vermischung der drei Stände in Einen". Also will sie nichts als ein Nationalassemblée, aus einer universaleren Wahl hervorgegangen und ohne Zweifel mit dem constitutiven Rechte: denn eben von ihr soll eine totale Herstellung von Frankreich ausgehen.

Es ist leicht zu sagen: wir wollen, daß die Commune der Ausgangspunct für die Bildung der Nationalrepräsentation werde und das Ziel der Arbeiten eben dieser Repräsentation. Die Schwierigkeit ist nur, dahin zu gelangen. Welche Wahrscheinlichkeit, welche Möglichkeit kann man dafür angeben?

Erinnert sich diese Partei nicht, daß die Centralisation der Revolution eben von einer Nationalassemblée ausgegangen ist, wie sie dieselbe fordert?

Sie antwortet: der Mangel habe an der königlichen Gewalt gelegen, nicht an der Constitution. Eine leichte Phrase. Einmal, wo gäbe es jetzt eine königliche Gewalt, welche stärker wäre? Aber überdies, man weiß hinreichend, der Ausgangspunct der ganzen Revolution war die Vereinigung der Stände, von der auch Ihr auszu=

1) Ich lege hiebei einige ausführlichere Artikel der Gazette: ihr Programm vom 1. Januar 1832, die réponse au Times 21 Janv., bei der sie den Times dankt, ihr Gelegenheit gegeben zu haben, „d'exposer de nouveau nos idées", zu Grunde. Doch ist sie davon seit einigen Monaten in jedem Blatte voll.

gehen gezwungen seid; es war die Uebertragung der constitutiven Gewalt auf eine einzige Versammlung, die eben Euer ganzes Princip ist.

Versprecht Ihr etwa, Ihr, die Ihr von der Masse immer verabscheut und geschlagen worden, sie zu leiten? Seid Ihr so gewiß, daß Ihr die Majorität haben werdet? Woher wißt Ihr, daß Ihr nicht die Elemente in Bewegung setzt, die Euch immer verderblich gewesen?

Wie dann, wenn man nicht auf Eure Commune zurückkommt, wenn man von Eurem Königthum nichts wissen will? Ist es nicht seltsam, daß Ihr alle Kräfte und Interessen der Nation vollständiger als jemals zusammenrufen, mithin vollkommener centralisiren wollt, um die Decentralisation hervorzubringen? Kennt Ihr nicht die Gewalt des Demagogen über eine Versammlung, zusammengesetzt aus verschiedenen Elementen, die sich nur in den allgemeinen Ideen des Jahrhunderts begegnen wird? Seid Ihr entschlossen, Euch dem Beschlusse der Majorität zu unterwerfen?

Ja, in diesem Aufruf der Nation liegt eine Anerkennung der Souveränetät derselben, da er ohne solche keinen Sinn haben würde. Ihr überredet uns kaum, daß Ihr ernstlich hofft, sie werde für Euch sein. Auch können wir Anderen nicht glauben, daß Ihr Euch, wie Ihr seid, mit Euren Ueberzeugungen und Eurer Vergangenheit ihr unterwerfen werdet.

Aristophanes erwähnt einmal, wie man Aale fischt. Wenn der See ruhig ist, bekommt man ihrer schwerlich. Man muß den Schlamm aus dem Grund aufrühren, dann giebt es einen Fang.

Seid Ihr, wie Kleon, in diesem Falle?

Wenigstens kommt man Euch zu Hülfe, und von einer andern Seite wird der ganze Grund dieses an sich unruhigen Meeres noch stürmischer in Bewegung gesetzt.

Opposition der Revolution.

Ich möchte nicht behaupten, daß es nicht noch ganz andere Elemente des Royalismus in Frankreich gebe, als die, welche sich hier aussprechen.

Man unterscheidet gegenwärtig dort Royalisten überhaupt und Royalisten des Bürgerkriegs: der letzteren ist der Süden voll.

Ich möchte sagen: es giebt einen Royalismus des Gefühls und einen Royalismus des Räsonnements. Jener ist eine Art von Religion; er macht keine Bedingungen, er ergiebt sich ganz und völlig; er könnte noch alle Tage wieder die Grundlage der Institutionen des Mittelalters werden; in Schriften spricht er sich seiner Natur nach weniger aus. Der andere dagegen erscheint auf dem Felde der neuen Ideen und will sich mit ihnen auseinandersetzen.

Eigentlich nur mit dem letzteren haben wir es hier zu thun. Es scheint, als sei er weder einig noch sich selber ganz treu geblieben. Männer wie Chateaubriand, Deux=Brézé und die Autoren der Gazette haben eine unleugbare Hinneigung zur Revolution; Andere, wie Lamartine, nähern sich bis auf wenige Schritte der bestehenden Gewalt. So treten die Royalisten auseinander und kommen den beiden Parteien zu Hülfe, welche eigentlich den Boden theilen und den Kampfplatz inne haben.

Dies sind die Parteien des Centrums und der Linken, der Doctrinärs und der Stimmführer der Revolution, welche mit einander in den Julitagen siegten, ihre Abkunft, wie wir sahen, in der Charte von 1830 trafen, seitdem aber, wie es denn nicht anders sein konnte, in einen lebhaften Krieg gerathen sind.

Es kann nicht meine Absicht sein, die Vorwürfe, die sie einander machen, zu wiederholen; es käme darauf an, die Grundlage, von der sie ausgehen, das Ziel, zu dem sie wollen, wahrzunehmen. Betrachten wir zuerst die Angreifenden.

Lettres politiques sur l'état des affaires de France. Première lettre à Mr. Casimir Périer. Unterzeichnet: A. B. St. André. 1 Novembre 1831.

Klagen über die auswärtige Politik Periers, wie man sie tausendmal zu vernehmen gehabt hat. Bemerkenswerther ist es, wie der Autor sie ableitet.

Die Ordonnanzen, sagt er, griffen weder die Rechte noch die Wohlfahrt der zahlreichsten Classe des Volkes an — — wäre Carl X. populär gewesen, so würde sein Staatsstreich ihm gelungen sein — — — allein die Massen hatten ein tiefes Gefühl des Widerwillens gegen die Bourbonen: der wahre Charakter der öffentlichen Meinung ist eine entschiedene Vorliebe für die alte Revolution; diejenige Classe, bei welcher dies Gefühl, diese Antipathie am stärksten ist, hat der Pariser Insurrection ihren bestimmten Charakter gegeben. — Der Schimpf, welchen Frankreich 1814 erfahren hat, enthält das ganze Geheimniß des 29. Juli. —

So nimmt er an, das revolutionäre Frankreich sei durch Gewalt den Bourbonen unterworfen worden: die Julirevolution sei eine Empörung der Masse gegen die Restauration gewesen. „Das Siegesgeschrei zeigte der Welt an, daß das große Volk noch am Leben sei."

Allerdings muß er es nun unerhört finden, daß die durch die Revolution emporgekommene Gewalt die Tractate von 1815 anerkannt habe. „Ganz Europa war in Bewegung. Es hätte z. B. in Italien nur einer einzigen französischen Uniform bedurft, um es über und über in Feuer und Flamme zu setzen — — und man nöthigt Frankreich, mit übereinandergeschlagenen Armen dazustehen und zuzusehen! Frankreich, so stark durch Civilisation, Bevölkerung, Reichthum, mußte seinen alten Rang unter den Nationen wieder einnehmen."

Es fragt sich nur, welchen alten Rang? Den wirksamen Einfluß seiner friedlichen Jahre hat es so gut wie jemals. Wollt ihr den Einfluß der Zeiten des Kaiserthums?

Laut sagt man das noch nicht. Allein wenn unser Autor andeutet, die Frage sei zu entscheiden gewesen, ob das neue Frankreich oder die alte Coalition der stärkere Theil sei, wenn er meint, wenigstens die Rheingrenze müsse man wieder haben, — so ist er davon eben nicht weit entfernt. Er stellt sich in Hinsicht der auswärtigen Angelegenheiten auf den Standpunct der Revolution, welche erobernd geworden, das ist, auf den Standpunct des Kaiserthums. In der That, sobald man den vermeinten Schimpf von 1814 abwaschen will, muß man nicht Europa wieder besiegen?

Aus dem Princip scheint es zu folgen.

Lettre à Mr. de Chateaubriand en réponse à sa brochure intitulée de la nouvelle proposition relative au bannissement etc. par M. A. de Briqueville, auteur de la proposition. Paris, 1831. (11 Nov.)

Merkwürdig, wie es Chateaubriand ging. Er griff die Proposition Briqueville an, und siehe da, der Urheber derselben war sein Verbündeter.

Wie erfreute diesen, er sagt es selbst, der Zorn, die Begeisterung seines vermeinten Gegners! Wie gern sah er ihn „jene vor der Insolenz gekrümmten Rücken geißeln!" Er kommt ihm, obwohl von einer andern Seite, zu Hülfe. Hören wir, wie er sich vernehmen läßt!

Briqueville tritt als der heftigste Gegner der Doctrinärs auf. „Ausgeschlossen von dem Budget und den Stellen der Restauration",

sagt er, „warfen sie sich dem Koloß des Volkes an den Hals, schmeichelten ihm und reizten ihn auf; sie hatten die Thorheit, zu glauben, er werde nichts als sie zu den Portefeuilles befördern. Da mußten sie zu ihrem Schrecken die dreifarbige Fahne mit den Worten Gleichheit und Freiheit erblicken. Bestürzt sahen sie einander an, wie die Brüder Josephs, und sagten: was haben wir gethan? Jedoch bald faßten sie sich, maskirten die Restauration mit etwas Blau und Roth und organisirten die Camarilla. Die Quasilegitimität ward geboren." — —

„Diese Quasilegitimität, was ist sie? Sie ist eine monströse Vereinigung der Volkssouveränetät und des göttlichen Rechts, wie jener Tyrann beim Virgil Lebendige an Cadaver band. — — Die Regierung des Juli, ein undankbares Kind der Demokratie, hat ihre Mutter verleugnet und verleumdet." — —

„Welche Zukunft und welcher Ruhm umstrahlte die republikanische Krone, welche Rolle, welche leichte Unsterblichkeit! Man brauchte nur ein wenig Herz und Einsicht, um der Washington der Welt, der Halbgott der Freiheit zu werden." — —

„Allein man griff zu den alten Mitteln der Restauration, den Privilegien und der Ergebenheit gegen die Fremden. Talleyrand leitete von der Revolution die Quasilegitimität, von der Quasilegitimität die Impopularität, von der Impopularität die Nothwendigkeit, sich auf die Fremden zu stützen, ab. Man entfernte die Männer der Revolution und hielt sich an die Crispine der Aristokratie." — —

„So hat man das furchtbarste Ereigniß des Jahrhunderts in die Wände einer Antichambre eingeschlossen und einen dreifarbigen Hudson Lowe daraus gemacht, welcher Frankreich mit Nadelstichen tödtet."

„Ich sehe in den Geschäften die ganze Restauration, weniger Einen Mann: Allianzen, Verpflichtungen, Systeme, Meinungen, Mittel, Werkzeuge, alles ist ähnlich."

„Soll man schließen, daß die Faction auf die Rückkehr Heinrichs V. hinarbeite? — Nein! Sie hat schon jetzt, was sie will, Macht und Geld. Wenig kümmert sie das Uebrige."

„Allein nach meiner Meinung ist der Augenblick nicht weit, wo man entschlossen zu einer Wahl zwischen Heinrich V. und dem Volke, der Freiheit und der Knechtschaft schreiten muß. Ich fürchte, die Mächte des Tages ziehen Heinrich V. vor. Was mehr ist, ich glaube es, ja auf Seele und Gewissen, ich glaube es."

„Fängt man nun an, zu begreifen, was die Absicht meines Vorschlages war? Ich wollte zugleich eine Erinnerung geben und eine Garantie fordern.“

So räsonnirt Herr von Briqueville. Er ist der Verbündete Chateaubriands, solange es einen Angriff auf die bestehende Gewalt gilt, aber, wie man denken kann, sein heftiger Gegner, sowie die Rede auf Heinrich V. kommt. Er hält sich durchaus auf dem Standpunct der Revolution, die er ohne die Makel der Legitimität und der Restauration will. Er macht, gleichsam ein Plänkler, den kleinen Krieg, nicht ohne sich in seinen Waffen zu gefallen, wie man bemerken wird; indessen reicht sein Angriff nicht allein weiter, als etwa der von St. André, indem er zugleich inneren und äußeren Verhältnissen und zwar in ihrer Wechselwirkung gilt, sondern er ist auch schneidender. Auf der einen Seite erscheint bei ihm die Revolution factisch als Meisterin, als das wirksame, vollbringende Princip, auf der andern überlistet, betrogen, ja eben darum gefährdet und bedroht. Die Demokratie findet der Autor durchaus und allenthalben, außer am Ruder. Er thut, wie natürlich, sein Möglichstes, um es ihr in die Hände zu geben. — Wie aber dann? Wohin wird sein Princip ihn führen? Er ist nicht geeignet, es ausführlich auseinanderzusetzen. Auch war es bereits in einer Schrift, die er eben benutzte, die als das Manifest der Partei angesehen werden kann, deutlich genug gesagt.

Péril de la situation présente. 14 Oct. 1831. Compte à mes commettans. Unterzeichnet: Cabet.

Cabet faßt die Frage noch allgemeiner und in seiner Art gründlicher an.

Gewiß, sowie man das Princip der Volkssouveränetät einmal zugiebt, so war die alte Monarchie unrechtmäßig, unrechtmäßig die Restauration, rechtmäßig allein die Revolution. Es ist dieser Standpunct, von welchem Cabet ausgeht. Er erklärt die Revolution von 1789 für gerecht, die Restauration, welche das göttliche Recht an die Stelle der Volkssouveränetät gesetzt habe, für eine augenscheinliche Usurpation, die verwilligte Charte für unzweifelhaft illegitim; in den Julitagen sieht er eine Vernichtung der Restauration, eine Fortsetzung der ersten unsterblichen Revolution.

Die Ketzerei ist nicht allein eine Verneinung, sie ist selbst ein Dogma. Die Revolution opponirt sich nicht allein, sie hat selbst eine Orthodoxie. Diese ist es, von der unser Autor ausgeht: er ist ihr Hypophet; er stimmt ihn wieder an, diesen gellenden Chorgesang, der ihre wohlbekannten Accente fanatisch wiederholt.

Dieser Ansicht erscheinen die Doctrinärs, die Männer der Mitte und der Gewalt, nicht allein als etwas minder entschiedene Verbündete, sondern geradezu als Feinde. Cabet findet, daß die Revolution zweierlei Feinde hatte, Absolutisten und Doctrinärs, von denen die letzten zwar die Charte den Ordonnanzen, aber zugleich Ordonnanzen und Legitimität der Revolution vorzogen. Und dennoch bemächtigten sich eben diese der Bewegung des Juli. Er schreibt es ihnen zu, daß die illegitime und illiberale Charte Ludwigs XVIII., ein Denkmal der Usurpation und der Schande, die Pairs, Deputirten, Richter der Restauration beibehalten worden. Daher widmet er ihnen einen tödtlichen Haß. Kein Wunder! Dem alleinseligmachenden Glauben an die Revolution haben sie Abbruch gethan: kann es ein größeres Verbrechen geben? —

Es folgt von selbst, daß Cabet die revidirte Charte, die sich für eine Verbesserung der alten ausgiebt, ebenfalls für wenig mehr als illegitim erklärt. „Wollte man sie für mehr als provisorisch, wollte man sie für definitiv ansehen, so hätte es nie eine handgreiflichere Usurpation der Rechte der Nation gegeben.“

Man bemerke, welche Mängel er an dieser Charte tadelt.

„Die Nationalsouveränetät hat man darin nicht anerkannt, Pairs und Richter der Restauration, mithin die Feinde der Revolution, beibehalten, Wahl- und Municipalrechte der Beweglichkeit der Gesetze hingegeben; man hat den Ministern das Recht des Krieges und Friedens, das Recht, Theile des Gebietes abzutreten oder zurückzuweisen, überlassen; und dabei weder für die Annahme des Volks noch für die Revision der Verfassung Sorge getragen.“

Es sind größtentheils eben jene Bestimmungen, welche die Revolution von 1815 in ihrer Constitution ausgesprochen hatte und 1830 nicht durchzusetzen vermochte. Da diese fehlen, so hält er die Revolution nur für halb gemacht; er merkt mit Verdruß an, daß die Gesetze noch zur Hälfte legitim seien. — Aus dieser Lage der Dinge leitet er dann alle Uebelstände ab. „Das Volk sammt den Patrioten, sechzehn Jahre lang als Parias behandelt, müsse zahlen und sich ruiniren, um seine Feinde, die es schon besiegt habe, zu bereichern.“

„Es erfolge Entzweiung, Verwirrung, Elend, eine unerträgliche Unruhe, ein allgemeines Mißvergnügen, eine schlimmere Aufregung, als die, welche Polignac und die Restauration veranlaßt hatten.“

Allmälig erwärmt sich dann sein Ingrimm. „Das Ministerium

betrügt uns", ruft er aus, „es mißbraucht unser Vertrauen, es verletzt alle Versprechungen und Hoffnungen der Freiheit; es läßt den bürgerlichen Krieg sich organisiren. Was sage ich, es betrügt uns? Es verräth uns. Die Annahme des contrerevolutionären Systems, der Quasilegitimität, gegen den Willen der Nation, ist sie nicht wahrer Verrath? Die Verbindung mit den Männern der Restauration und die Entfernung der Patrioten, ist sie nicht auch Verrath?"

Und früge man nun, wie einem so mißbeliebigen Zustande ein Ende zu machen sei, so würde uns dieser Deputirte die Antwort schwerlich schuldig bleiben. Er ist nicht gewohnt, vor den Consequenzen zu erschrecken. Findet er den Zustand der Dinge illegitim, so ist er nicht weit davon entfernt, die Aufläufe legitim zu finden. Man höre, wie er die Bewegungen, welche nach dem Falle von Warschau zu Paris statthatten, rechtfertigt! „Der Instinct des Volkes", sagt er, „sicherer als alle Sophismen der Vertheidiger des Ministeriums, war er nicht tief überzeugt, daß die Regierung Polen hätte retten können?"

Die höchste Instanz dieser Publicisten, es ist der Instinct des Volkes.

Aber wie dann, wenn es Euch gelänge, wenn Ihr, sei es durch neue Wahlen oder parlamentarische Bewegungen oder durch offene Insurrection, die Regierung zu stürzen vermöchtet, was würdet Ihr thun?

Nicht alle Mitglieder dieser Partei scheinen es deutlich zu wissen oder sagen zu wollen. Einer der geistreichsten derselben ist François de Corcelle. Wie entschieden er sich aber auch immer an das populäre Princip der Julitage anschließt, so begnügt er sich doch mit allgemeinen Forderungen. „Wann wird die legislative Gesetzgebung", ruft er aus, „zu ihrem Ursprung zurückkehren und den Nationalwillen wahrhaft darstellen? Wann werden die Gesetze rechtmäßige Kinder eines befreiten Volkes sein?" Er will Institutionen, würdig dieses großen Volkes der Barricaden, das Gerechtigkeit, Vertrauen und Ruhm begehre und nicht in Demüthigung zu leben wüßte. Nur bezeichnet er nicht, welches diese Institutionen seien, würdig seines großen Volkes, — wie der Wille desselben zu einer unbezweifelten, vollkommenen Darstellung zu bringen sei. Eben darauf aber kommt es allein an.

Allerdings giebt uns Cabet einige Auskunft mehr. Er hält es für leicht, die rechtmäßigen Folgen der Julitage zu bestimmen: in

den zahlreichen Constitutionen, den Discussionen, die ihnen vorhergingen, der Protestation von 1815 findet er sie ausgedrückt. Wie aber? widersprechen sich diese Acten nicht? Hebt nicht eine auf, was die andere angeordnet hatte? Wer soll sie vereinigen und vergleichen? Cabet meint, man hätte eine provisorische Dictatur einrichten, einen Nationalcongreß berufen müssen, um eine neue Constitution zu machen. Und diese, was sollte sie enthalten? „Alle liberalen Bestimmungen der früheren Constitutionen, namentlich die Anerkennung der Volkssouveränetät, die Nothwendigkeit der Ratification, das Recht der Revision." Der Autor fügt hinzu, man müsse die Carlisten entfernen, die Patrioten anstellen, dem Volke die Rechte zurückgeben, die ihm die Aristokratie so lange vorenthalten, von den ungerechten Tractaten von 1815 abstrahiren, den Völkern die Freundschaft und Unterstützung von Frankreich zusichern.

Und so zieht der Autor aus der angeblichen Legitimität der Revolution entschlossen die Consequenzen, welche sie zuläßt. Er wünscht die Grundsätze der Revolution in dem Innern geltend zu machen, wenigstens nicht minder als die napoleonische Kammer von 1815; er wünscht sie über Europa auszubreiten.

Für das Innere sind die beiden Hauptfragen: will die Partei, als deren Repräsentant Cabet fast officiell betrachtet worden, die Charte von 1830? will sie die Monarchie?

Die erste beantwortet dieser Autor, wie wir sahen, ohne alles Bedenken; von ganzem Herzen mißbilligt er die revidirte Charte; er wünscht offenbar den reinen Inbegriff der revolutionären Gesetze hergestellt zu sehen.

Auf die andere kann man, wie sich versteht, nicht so geradehin eingehen. Es giebt Fragen, welche selbst der National zu beantworten verweigert. Indessen macht dieses Blatt nicht allein der ministeriellen, sondern der königlichen Gewalt fortwährend den Krieg. Gegen die Civilliste scheut es sich nicht einzuwerfen, daß mancher Arme genöthigt sein werde, darum sein Bett ins Leihhaus zu schicken, und setzt „der königlichen Gewalt von allerlei Ursprung, von welcher Frankreich seit 40 Jahren geplündert worden sei", die ruhigen und wohlfeilen Präsidentschaften der beiden Adams, Madisson und Jefferson, Monroe und Jackson in Amerika entgegen, gleich als wüßte es nicht sehr wohl, daß die Landschaften am Ende noch verschiedener sind, als die Regierungen. Es erklärt sich für das Organ derjenigen, „die eher das Königthum wollen aufhören sehen, als sich wie Unterthanen betrachten".

Der National rühmt: die Presse weiche nie, seit sie einmal Dynastieen vernichtet habe. Er hat dieses Jahr damit angefangen, daß er von einem verantwortlichen Königthum geredet hat[1]).

Er findet, die Monarchie des Juli — zugleich erwählt und erblich, mit dem Rechte des Krieges und des Friedens, mit verantwortlichen Ministern — sei ein Versuch gewesen, nichts als ein Versuch und kein glücklicher. Habe nicht der Fürst noch immer das Interesse einer Dynastie? Der Wille der Kammern sei doch immer noch nur berathend und nicht, wie er sollte, gebietend. „Das Uebel, liegt es — ja oder nein? — liegt es etwa in der Unverantwortlichkeit der obersten Würde? Eine verantwortliche Monarchie, ist sie möglich?" Gleichsam bescheiden setzt er hinzu, positiv wolle er damit die Republik nicht gefordert haben[2]).

Der Unterschied aber ist in der That nicht groß. Der Fürst würde hiemit den letzten Rest seiner Unabhängigkeit verlieren. Man könnte sagen, aus einer Monarchie mit republikanischen Institutionen würde eine Republik mit einem König, einem Dogen, einem erblichen Präsidenten werden; eine Monarchie wäre es nicht mehr. Genug, wenn die Julirevolution zwei große Resultate hatte, die revidirte Charte und das neue Königthum, so liegt in dem populären Principe derselben eine offenbare Tendenz zur Auflösung von beiden. Wie

1) Es ist dies nicht ganz neu. In einer kleinen anonymen Broschüre: „Conséquences de la révolution du Juillet. 1r Oct. 1831", die übrigens ganz gemäßigt gehalten ist, wird auf den Widerspruch aufmerksam gemacht, der darin liege, daß ein erblicher König mit Ministern arbeite, welche factisch von der Majorität der Kammer bestimmt und ihr verantwortlich seien. Wie nun, wenn der König mit dem Ministerium zerfalle? Er könne es verändern: ganz gut; aber die Majorität werde ihm Leute von der nämlichen Farbe und Meinung wiederschicken. Was dann? Solle er sie regieren lassen? Er würde seine Pflicht verletzen, kraft deren er die executive Gewalt hat. Oder sie entfernen? Er würde es nur durch Gewaltsamkeit vermögen. Es sei dies eine Quelle von neuen Revolutionen.

Jener unser Autor dringt auf eine völlige Trennung der Krone von dem Ministerium.

Auf jeden Fall hat er einen der schwierigsten Puncte aller constitutionellen Systeme berührt, sobald es darauf ankommt, die Gewalt nicht durch eine Verschmelzung der Interessen, sondern durch eine scharfe Auseinandersetzung derselben zu constituiren. In bewegten Zeiten die Unverletzlichkeit des Fürsten mit der Verantwortlichkeit der Minister zu vereinigen, solange die Handlungen der Regierung aus einer gemeinschaftlichen und von der Persönlichkeit nicht zu trennenden Wechselwirkung beider hervorgehen, ist es überhaupt möglich?

2) National 2, 3 Janvier. 1832.

Cabet die Charte, so haben andere das Königthum des Juli laut für ein provisorisches Mandat erklärt.

Wie aber? Sehen die Männer dieser Partei nicht, welche Gefahr in der Auflösung alles Bestehenden für Jedermann und zuletzt auch für sie liegt? Erinnern sie sich nicht, ich will nicht sagen, der Lehre der verflossenen Jahrhunderte, sondern ihrer eigenen Erfahrung, ihres gestrigen Tages? Welche Mittel geben sie an, um bei der Instabilität der höchsten Gewalt erst der Anarchie und zuletzt dem Despotismus zu entfliehen?

Ich finde nicht, daß sie dies entwickelten, daß sie daran dächten. Es ist mir auffallend, mit wie wenig eigenen Mitteln, mit wie wenig freiem Nachdenken sie ihr Ziel verfolgen: alles, was sie Positives haben, es sind die alten, tausendmal dagewesenen, so oft widerlegten, verbrauchten Gedanken und Meinungen: etwas Neues tragen sie nicht vor. Ihre Kraft besteht nur in ihrer Heftigkeit, ihrem wilden Angriff und ihrer Sympathie mit den Massen.

Man hat von den Emigranten gesagt, sie hätten nichts gelernt und nichts vergessen. Mit gutem Fug kann man das von den Revolutionären wiederholen. Unbekümmert um die Erfahrungen, die man gemacht hat, um die Nothwendigkeit der Erfolge, die neuerdings zu erwarten wären, wollen sie nichts als die Revolution, — in ihrer Reinheit und Vollkommenheit wollen sie dieselbe.

Da ist nun freilich seltsam, wie sie eben mit der royalistischen Opposition zusammentreffen. Sonderbare Coalition! Die Gazette der Normandie hat einmal in einem ausführlichen Artikel einigen Stellen von Chateaubriand, freilich ohne es zu sagen und ihren Autor zu nennen, die heftigsten Declamationen von Cabet hinzugefügt. Es ist das keine Heuchelei. Sie wünschen beide das gegenwärtige Ministerium, die gegenwärtige Repräsentation, Charte und Königthum von 1830 loszuwerden. Die nächsten Interessen theilen sie mit einander. Obwohl schon im voraus überzeugt, daß sie, wenn sie ihren Feind besiegen sollten, über seine Beute in ein blutiges Gefecht miteinander gerathen würden, — rücken sie doch gegenwärtig vereinigt, mit sehr ähnlichen Abzeichen in ihren Fahnen, wider denselben vor.

Rechte Mitte.

Casimir Perier hat einmal gefragt: — „Als die Royalisten durch ihre Fehler alle Ordnung und sich selbst in Gefahr gebracht,

wer habe sich da in die Ereignisse geworfen und sie und die Ordnung gerettet?"

Es ist nun freilich, wie so oft, geschehen, daß diejenigen, welche er rettete, und diejenigen, vor denen er rettete, sich verbündet haben, um ihn zu stürzen. Beide Vergangenheiten, Monarchie und Revolution, lehnen sich zugleich wider ihn auf.

Ob ihnen gegenüber seine Position haltbar ist? Ob sich die Grundsätze, auf welche er sich stützt, auf die Länge vertheidigen lassen?

Glücklicherweise hat auch die Partei, die er vertritt, ihre Principien, und zwar durch ihren geschicktesten Wortführer, ausführlich und im Ganzen vorgetragen.

La monarchie de 1830 par M. A. Thiers. Paris, 1831 (20 Nov.).

Zu einem Buche gehört mancherlei: Eingang, Grundlegung, Auseinandersetzung des Principes, Anwendung desselben, Widerlegung der Gegner, Rechtfertigung.

Zu einer Kritik desselben ist es nicht nothwendig, auf alle diese Momente einzugehen; vielmehr hat der Kritiker die umgekehrte Aufgabe des Autors. Er hat sich vor allem den Grundgedanken zu vergegenwärtigen, aus dem der Autor sein Werk erst construirte; mitten durch die Umschweife, welche ein Buch zu nehmen genöthigt ist, muß er auf das zurückkommen, wovon dieser ausging. Kritik ist Unterscheidung; ihr letztes Ziel ist, für das unterschiedene Wesen in allgemeiner Anschauung den Platz aufzufinden, auf den es gehört.

So ist es denn nicht erforderlich, den Autor, dessen Absicht zunächst auf eine Widerlegung Chateaubriands gerichtet war, in alle die Wendungen zu begleiten, die er hiebei nimmt. Wenn auch er die verschiedenen Möglichkeiten bespricht, die man bei dem Ausbruche der Insurrection vor sich hatte, wenn er beweist, so wenig Lafayette mit seinen jungen Leuten vom Hôtel de Ville, wie Louis Philipp als bloßer Generallieutenant würden zu regieren vermocht haben, der Gedanke an Napoleon II. sei nur eine aufblitzende Erinnerung gewesen, so ist damit der Schritt, den man that, noch nicht in sich selbst gerechtfertigt.

Man kann alles zugeben, was für denselben gesagt wird; doch würde damit nur bewiesen sein, daß man unter den möglichen Uebeln vielleicht das mindeste wählte; hierin würde eine Entschuldigung liegen, nicht eine Rechtfertigung. Eine ganz andere Frage ist, ob man nicht allein aus Noth das Unrechte, sondern aus Freiheit das Rechte that.

Von dem nun, was bisher Recht geheißen, was wir so nennen, ist in dieser Schrift keine Spur, keine Ahnung. Der Autor geht selbst so weit, auf jenes große Argument, daß Carl X. die Charte verletzt, seinen Vertrag gebrochen, nur beiläufig Rücksicht zu nehmen und sich wenig darauf zu gründen; er behauptet nicht, daß derselbe das Repräsentativsystem habe umstoßen wollen. „Funfzehn Jahre Besitz", sagt er, „hatten gemacht, daß man uns die Formen einer repräsentativen Regierung nicht mehr verweigern konnte: d. i., verantwortliche Minister, zwei Kammern, die Bewilligung der Auflage, die Freiheit der Presse. Diese Formen waren in unsere Sitten übergegangen; sie waren den Royalisten wie den Liberalen, Labourdonnay wie Foy und Manuel behülflich gewesen. Jedermann hätte sie vertheidigen müssen, wenn sie wären angegriffen worden. Die repräsentative Regierung und was zu ihr gehört konnte man uns demnach nicht mehr entreißen."

Nach Thiers lag die wesentliche Frage wo anders.

Die Majorität der Kammern von 1827 forderte, wie man weiß, Verbesserungen: Carl X. gewährte sie nicht; im Widerspruch mit ihr wählte er vielmehr das Ministerium des 8. August.

„An diesem Tage", sagt Thiers, „ward die große Frage der Repräsentativverfassung deutlich ausgesprochen: die Frage, in welcher dieselbe völlig begriffen ist, welche macht, daß sie sei oder daß sie nicht sei, um derentwillen eine Dynastie untergehen, eine andere sich erheben mußte, die Frage, welche zwischen der Regierung Carls X. und Louis Philipps den ganzen Unterschied vom göttlichen und nationalen Rechte feststellt; es ist folgende Frage: „Ist der König von der Majorität der Kammer unabhängig oder nicht? Kann er seine Minister außer dieser Majorität wählen?" — —

„Hätte Carl X. das Ministerium Polignac entfernt und ein Ministerium in der Majorität von 1828 gewählt, so hätte er die Frage gegen sich und für uns entschieden. Allein Carl X. hielt sich auf diesem Terrain: er wollte daselbst kämpfen."

Thiers untersucht nicht, auf wessen Seite das Recht gewesen sei, ob namentlich die Kammer Recht gehabt, nicht allein auf eine Mitwirkung bei der Regierung, sondern auf ein so entscheidendes Uebergewicht zu dringen, ob ihr der Sinn der Verfassung ein solches verliehen habe. Er sagt nur, daß es bis zu dieser Frage gekommen war.

Man wird gestehen, daß das in der That die Lebensfrage ist. Es kommt darauf an, wer zu herrschen hat, die Majorität der Kammer oder der König. Jene wird unfehlbar herrschen, sobald

es ihr frei steht, die Minister zu setzen, zur Verantwortung zu ziehen, abzusetzen. Hat sie schon einen so großen Antheil an der Legislation, so bekommt sie hiemit den größten Einfluß auf die executive Macht.

Man giebt unserm Autor fatalistische Grundsätze Schuld, und seine Revolutionsgeschichte geht darauf aus, die großen Ereignisse als Evolutionen der Natur zu betrachten. Es ist merkwürdig, daß er sich auch in denen, an welchen er selber Theil nimmt, auf den nämlichen Standpunct stellt.

„Für jene Frage", sagt er, „machte Carl X. einen Staatsstreich und Frankreich eine Revolution. Carl X. war consequent, und Frankreich war es auch."

Frankreich! War es Frankreich, das die Revolution machte? Waren es nicht die Deputirten, die Jugend, die Arbeiter, die Menge von Paris? Thiers versäumt nicht, auf diesen Einwurf zu antworten. Man höre, wie.

„Es giebt Tage", sagt er, „wo ein Volk, auf Millionen Quadratmeilen ausgebreitet, nur Einen Gedanken, Einen einzigen Wunsch, das nämliche Geschrei hat; es weiß und sieht und thut beinah allenthalben eben das, was man in einer Entfernung von dreihundert Lieues weiß und sieht und thut. Carousse l, Hôtel de Ville, Platz Vendôme waren im Juli ganz Frankreich. Zu Lyon, Marseille, Bordeaux, Nantes, Rouen schloß man die Läden, machte eine neue Organisation und marschirte auf die Präfecturen."

Eine etwas metaphysische Fiction! Aber es sei! diese Einheit eines Landes sei Euch für den Augenblick zugegeben. Jedoch wenn Euer Widerstand zu rechtfertigen war, ist es auch das, was aus demselben hervorgegangen? Gingt Ihr nicht weiter, als wozu Ihr veranlaßt waret? —

Unser Autor entscheidet dies auf die kühnste Weise.

„Wenn ein Land", sagt er, „in einem Sinne regiert wird, der seinem Interesse, seinem Bedürfnisse, seinen wahren Wünschen entgegen ist, so hat es das Recht, seine Regierung zu zerstören. Wenn es bis auf diesen Punct gekommen ist, so verschwört es sich nicht; unvorbereitet ist sein Ausbruch, mit einmüthiger Bewegung wirft es die Regierung um, unter der es sich gedrückt fühlte. Nachdem es zerstört hatte, ersetzte es das Zerstörte. Es ersetzt so geschwind, als es zerstört hat. Sein Recht, dasjenige zu thun, was es thut, die Sanction von dem, was es gethan hat, alles das liegt in der Einmüthigkeit seines Antriebes. — Paris hat den restaurirten Thron von 1814 umgestürzt,

Paris hat Frankreich nicht um Rath gefragt, und Frankreich hat es nicht verlangt, weil Frankreich und Paris in diesem Moment nur Eins ausmachte. Paris, das ist, die nämlichen Menschen, welche zerstört hatten, haben dasjenige ersetzt, was sie zerstört hatten."

Wir befinden uns hier, wie es scheint, an der Grenze aller Moral und Zurechnungsfähigkeit. Ihr sehet den Löwen, der von seinem Wärter unklug behandelt wird und sich gereizt fühlt, der denn in seinem Grimm aufspringt, ihn zu zerreißen. Zieht ihn zur Rechenschaft!

Man ließ bisher das Princip der Gewalt in den Streitigkeiten zwischen verschiedenen Völkern zu. Die Revolution führt dies Princip in das Innere der Staaten ein. Derjenige, welcher geschlagen wird, zeigt eben dadurch, daß er Unrecht hat, weil er sich schlagen läßt. „Man muß ein tiefes Gefühl von seinem Rechte haben", sagt Thiers, „um es zu wagen, das Volk mit Kartätschen niederzuschießen; man muß an die Vortrefflichkeit seiner Sache glauben, um zu siegen; die Regierung glaubte nicht an die Vortrefflichkeit ihrer Sache."

Eine Lehre, für unsere Ohren, ich bekenne es, entsetzlich! Auch wollte ich nicht behaupten, daß alle Mitglieder dieser gesetzlichen rechten Mitte, die Männer der Doctrin, einer solchen Meinung wären. Ihr Wortführer jedoch, consequent wie er ist, zwar in zerstreuten Sätzen, aber er trägt sie vor. Was soll man von seinen Gegnern erwarten, die er der Heftigkeit anklagt? Es ist dies die Moral der Revolution. Ihr Factum nehmen sie zu ihrem sittlichen Richtmaß.

Nur bleibt, wenn man auch diese Behauptungen in sich selber nicht weiter bestreitet, der rechten Mitte vornehmlich Eine Einwendung zu befürchten; man bezweifelt ihr jene Einmüthigkeit von Frankreich. Man hat ihr vorgeworfen, daß ein Viertel der Departements für carlistisch gelte, daß sie 30,000 Mann im Süden, 50,000 Mann in Vendée und Bretagne halten müsse, daß man sich zu den Wahlen nicht einstelle, daß die Administration troß so vieler Absetzungen noch nicht gereinigt scheine. Thiers selbst bekennt, daß Einige mit Schmerz, Andere mit Abscheu und Unruhe diese Revolution betrachteten, daß man im Westen und Süden eine alte Zuneigung zu den Bourbonen habe. Er bemerkt, daß sich im Anfang die Carlisten im Süden bewegten, Republikaner und Bonapartisten Aufstände in Paris machten, die Truppen sich fürchteten, mit dem Volke zusammenzugerathen, die unteren Autoritäten wenig Gehorsam bewiesen und die Agenten der Regierung die verschiedensten Meinungen äußerten. Wo

blieb dann jene Einmüthigkeit über die ganze Oberfläche von Frankreich hin, jener gleiche Antrieb, zu zerstören und wieder aufzurichten? In diesem Sinne haben sich die Gegner auf das oberste Princip der Souveränetät der Nation berufen; in Masse hätte sie zu Rathe gezogen werden sollen.

Thiers verwandelt die Souveränetät der Nation in eine Souveränetät der Majorität.

„Man wiederholt uns täglich", sagt er, „daß die gegenwärtige Regierung auf der Nationalsouveränetät beruhe. Die Sache ist wahr, aber schlecht ausgedrückt. Die Souveränetät des Volkes würde die Regierung mit der Dazwischenkunft der Massen behelligen, die niemals anders erschienen sind, als um zu zerstören, um sie anarchisch, gewaltsam, blutig zu machen. Die Souveränetät der Majorität dagegen schließt eine wahre, natürliche, gesetzmäßige Thatsache in sich ein; diese, daß die Nation, consultirt, aber nicht in Masse, was unmöglich sein würde, sondern nach und nach in den Personen der Wähler, der Deputirten, der Pairs, welche ihre Auswahl bilden, antwortet und einen Wunsch ausdrückt, welcher der öffentliche Wunsch ist".

Er erkennt daher wohl eine Souveränetät des Volkes an; doch erscheint sie ihm nur als eine Souveränetät der Majorität der constituirten Gewalten.

Und so könnte man sagen, daß nach seinen Begriffen die Julirevolution in einem Kampfe zwischen dem König und der Majorität um die Souveränetät bestand. Die Majorität, — in der er dann die Nation sieht, — trug den Sieg davon und erfocht den Preis. Eben deshalb konnte sie Heinrich V. nicht annehmen.

„Es war für uns schlechterdings nothwendig, die Legitimität zu verletzen; denn in der That kraft eines angemaßten persönlichen Rechtes von höherem und göttlichem Ursprunge hatte die Dynastie die Charte von 1814 zu octroyiren behauptet und wollte dieselbe 1830 modificiren; kraft desselben Rechtes stellte Carl X. seine Autorität höher als die des Landes; er versuchte, seine Minister außerhalb der Majorität zu ernennen; er meinte, von der Kammer Rathschläge zu empfangen, keine Willensmeinungen. Dies war der Grund seiner Irrthümer. Wir bedurften ein Princip, welches kein neues Mißverständniß zuließ; es war das Princip eines Vertrages zwischen Nation und Königthum; dazu brauchten wir eine neue Dynastie, welche die Krone dem Lande, nicht einem persönlichen Rechte zu verdanken hatte." Er findet, die Julirevolution sei ihrer Mission treu geblieben, sie habe ihre Versprechungen erfüllt; er beweist das

damit, daß sie dies Princip befolge. Unter Carl X. habe man nie die Macht der Majorität anerkannt gesehen; man habe nie erlebt, daß die Kammer von einem Minister aufgefordert worden sei, ihren Willen, ihr System, ihre Absicht auszusprechen.

Wie ganz anders unter Louis Philipp!

Was man auch sonst von Casimir Perier sage, immer muß man bekennen, daß er dies Princip behauptet hat. Nie hat sich ein Minister der Majorität entschiedener unterworfen. Ein Verfahren, wie wir es ihn bei der Frage über die Pairie beobachten sahen, wird sich nicht so leicht wiederfinden. Man hat wohl erlebt, daß ein Minister sich der Meinung der Kammern, die er vor sich hatte, stillschweigend bequemte; allein zu bekennen, daß man von dem Gegentheil dessen überzeugt sei, was man vorschlägt, und es doch vorzuschlagen, die eigene Meinung mit Bewußtsein der allgemeinen aufzuopfern, ist höchst außerordentlich. Ich glaube gern, daß er das nicht mit sehr freudigem Herzen gethan haben mag; ich stimme denen bei, welche meinen, wäre er nicht gerade Minister, wäre er Deputirter oder vielleicht selber Pair gewesen, so hätte er die Erblichkeit dieser Würde hartnäckig und mit allen Waffen verfochten; allein wie die Sachen standen, so hat er sich gefügt; laut hat er das Princip anerkannt. „Es ist das Land", sagt er, „welches allein und immer das Recht besitzt, allen Meinungen Stillschweigen aufzuerlegen, wenn es die seinige ausgesprochen hat; reif oder unreif, diese Meinung wird ein Gebot, sobald sie die herrschende ist[1])."

Consequent ist dies Verfahren allerdings. Allein wenn Thiers ausruft, daß es für dies Princip der Mühe werth gewesen sei, eine Revolution zu machen, einen Thron umzustürzen, einen andern zu gründen, so erlaube man uns, vom allgemein menschlichen Standpunct aus dagegen zu protestiren.

Denn sollte wohl die Freiheit in der Herrschaft der Majorität bestehen?

Es scheint hier nur zwei Fälle geben zu können. Entweder das alte Wort „Volksstimme Gottesstimme" ist richtig, und in der Meinung der Meisten spricht sich die Vernunft selber aus; dann würde die Majorität infallibel sein. Oder aber, sie ist dem Irrthum unterworfen; sie empfängt unbewußte Eindrücke und läßt sich ver-

1) Discours de Mr. Casimir Périer. Séance de la chambre des pairs du 26 Dec. 1831.

leiten; sie hat Willkür und Launen; dann, sobald sie dennoch herrschen will, wird sie zum Despoten.

Das erste könnt Ihr nicht annehmen. Gerade in jener Frage über die Pairie habt Ihr es und wie viele haben es mit Euch geleugnet! Wie viele Reden voll Einsicht, Würde und Talent waren für die Erblichkeit, wie unbedeutende dagegen! Dennoch mußtet Ihr Euch bequemen, dieser, wie Euch schien, irregeleiteten Meinung zu gehorchen.

Ist das etwas anderes, als daß Ihr den Demos, die Menge, auf den Thron setzt?

Die Weisen des Alterthums haben alle gefühlt, was das heiße; sie wußten wohl, daß nicht der ein Staatsmann sei, der sich der Menge unterwerfe, sondern der, welcher sie leite; sie wendeten sich von dieser Knechtschaft ab.

Denn wodurch unterscheidet sich der Despotismus der Menge von einem andern Despotismus? Ist er minder durchgreifend und gewaltsam? Gewiß nicht; er hat keinen Widerstand zu erwarten: er ist selber das Gesetz. Ist er beständiger? Er wird nur allzuleicht von den wechselnden Eindrücken bestimmt. Ist er rationaler? Am schwersten durch Gründe zu überzeugen ist die Menge. Ist er endlich moralischer? Ich sollte nicht glauben, da Niemand im Besonderen dafür verantwortlich ist.

In dem Gegengewicht der drei Gewalten suchtet Ihr die Freiheit. Allein es ist zertrümmert. Euer König und seine Minister, Eure Pairs, die ihres wichtigsten Vorrechts verlustig gegangen, sind von der Majorität nur allzu abhängig: sie werden ihr nie einen entscheidenden Widerstand leisten können.

Ist es nicht, als könnte Frankreich keine gemäßigten Gewalten ertragen? Wir sehen die Majorität beinahe mit derselben Unterwürfigkeit verehrt, wie einen Napoleon oder Ludwig XIV.

Ich kann nicht anders finden, als daß diese Freiheit in vielen Stücken mit der Knechtschaft zusammenfällt.

Schon hört man das Wort: Electoralsouveränetät, parlamentarische Allmacht, und ein übrigens geistreiches Mitglied der Partei der rechten Mitte hat darauf angetragen, einen regelmäßigen Recurs an diese oberste Macht festzusetzen, sobald sich das Bedürfniß zeige, das Grundgesetz selbst zu modificiren[1]).

1) Dies geschieht in einer kleinen, zwar mit minderer Gewandtheit, aber keineswegs ohne Geist und Eigenthümlichkeit abgefaßten Schrift, die

Alles, — Gesetze, Verfassung, Existenzen, — wird der Wandelbarkeit der Meinung überliefert, welche der Tag bewegt und der Tag fortführt, deren Quellen ihr nicht kennt, die von fremdartigem Einfluß so leicht zu bearbeiten und zu bestimmen ist, die als Correctiv nützlich sein kann und gehört zu werden verdient, sobald sie in ruhiger Uebereinstimmung die Mängel anzeigt, die aber, sowie sie positiv wird und regieren will, wie viel mehr, wenn sie sich stürmisch bewegt und despotische Gewalt in Anspruch nimmt, ohne Zweifel jedes Land in seinen Ruin führen wird.

Vornehmste Streitfrage. Gefahr.

Unsere Einwendungen liegen, wie man leicht bemerkt, außerhalb des Streites. Die in demselben begriffenen Theile sind weit entfernt davon, sie zu machen.

Wie verschieden auch sonst ihre Absichten, ihre Beweggründe sein mögen, so stimmen sie doch in dem Princip der Volkssouveränetät überein.

Ja, noch mehr. Wenn man sonst diese Lehre etwa als ein philosophisches Dogma betrachtet hat, das man von der Praxis und dem täglichen Leben nicht minder sorgfältig zu entfernen habe, als die entgegenstehende Lehrmeinung von dem göttlichen Rechte, so kommen diese Parteien überein, daß es anzuwenden, unmittelbar anzuwenden, daß die Nation zu consultiren, ihrer Stimme zu gehorchen sei.

---

unter dem Titel „15 Septembre 1831," mit J. A. S. unterzeichnet, erschienen ist. Sie ist, soviel ich höre, von Lyon. Nachdem man die Legitimität verloren, kommt er auf die Legalität zurück. Was ist aber diese Legalität? Er antwortet: „Unser Wille von gestern. Unser eigener Wille, sobald er ausgeführt ist, stellt sich uns gegenüber mit dem unwiderruflichen Gepräge des Geschickes. Gestern ist so unwiderruflich, als was unserer Geburt vorherging. Man muß jeden Augenblick die ganze Vergangenheit als unwiderruflich betrachten und von der Gegenwart ausgehen, um die Zukunft zu erobern." Wie aber, fragt man, welches Recht hattet Ihr dann jemals, Euch gegen Euer Gestern, gegen Euer Gesetz zu empören? Ich weiß nicht, ob es eine sehr glückliche Auskunft ist, wenn er antwortet, er rede von einem erträglichen Gesetze; allzuschlecht, sei es kein Gesetz. Eben daher dringt er auf eine Möglichkeit, die unerträglich gewordenen Bestimmungen der Gesetze zu verbessern, selbst des Grundgesetzes. Das ist der Grund jenes Recurses an die Electoralsouveränetät, die er eröffnen will.

Entweder ausdrücklich oder durch die nothwendig aus ihren Vordersätzen sich ergebende Folge erkennen sie hiemit ohne Zweifel die Beschlüsse der Majorität an.

Hier aber beginnt ihr Streit. Die entscheidende Frage ist, welches die wahre Majorität, wie die echte Meinung der Nation zu finden sei. Darauf kommt Alles an, und eben darüber sind sie in Entzweiung.

Das Princip, aus welchem die gegenwärtige Regierung lebt, ist, wie wir sahen, die Repräsentation der nationalen Meinung durch die Meinung der constituirten Gewalten. Die Majorität der Kammern und die Majorität der Nation fallen ihr zusammen.

Thiers ist so weit gegangen, diese Annahme nicht einmal von der Angemessenheit eines Wahlgesetzes abhängig zu machen. Seine Lehre ist, jedwede Wahlcombination, selbst eine beschränkte, gebe immer die wahre Majorität, sobald die Meinung des Landes sich stark und entschieden ausspreche. Im Jahre 1827 sei man durch kein Gesetz vor den Eingriffen der Präfecten gesichert, man sei allein von der Presse beschützt gewesen: das doppelte Votum habe bestanden; dennoch sei jene weise, muthige, bewundernswürdige Majorität zu Stande gekommen, von der die ältere Linie habe untergehen müssen [1]).

Es ist dies die dritte von den metaphysischen Fictionen unsers Autors. Jener Einheit von Frankreich in allen seinen Theilen, jener zugleich zerstörenden und aufbauenden Simultaneität der Thätigkeit desselben steht es zur Seite, daß die Majorität der constituirten Gewalten jedesmal die öffentliche Meinung aussprechen soll.

Unmöglich kann man das in Frankreich zugeben. Müßte nicht sonst auch die royalistische Kammer von 1815 als die Stimme der wahren Majorität angesehen werden? Unmöglich können die Männer der rechten Mitte selbst dabei stehen bleiben; ihre ganze Existenz ist aus der Opposition gegen die Villèlische Kammer hervorgegangen, und jenes berühmte Wort von Perier: in dieser Kammer sind wir sieben, außer ihr 30 Millionen, wird ihm jetzt mit nicht viel geringerem Erfolge entgegengehalten, wie der war, mit dem er es aussprach; wider ihn selber kehrt es seine Bedeutung.

---

1) Il est donc vrai, fährt er S. 51 fort, que les différences de détail entre un système électoral et un autre, n'influent en rien sur le résultat, et que bientôt l'opinion du pays triomphe, pourvu seulement qu'on assemble des électeurs. qu'on leur demande des députés, et qu'on obéisse à la majorité qu'ils ont donnée. Oui, quelle que soit la combinaison électorale, la majorité est la bonne souveraine.

Auch finde ich nicht, daß man sich in den Debatten auf diese Doctrin stütze. Da ist man vielmehr auf die Legalität der gegenwärtigen Kammer zurückgegangen, als welche ohne Betrug, nach dem eben genehmigten Gesetze, zusammengekommen sei.

Legale Repräsentation, versetzen die Gegner, ein trauriges Wort: patriotischen Forderungen genüge das Gesetz noch lange nicht. Daß das Land in der Wahlkammer repräsentirt werde, sei nichts als eine legale Fiction. Die 150 000 Wähler seien nicht die Nation, die Wählbaren nicht das Publicum von Frankreich; dies parlamentarische Frankreich sei nichts als eine Phantasmagorie. — Ueberdies, könne es nicht der Fall sein, daß eine Kammer, welche die Meinung der Nation im Augenblicke ihrer Wahl ausgesprochen, nach wenig Monaten sie nicht mehr bezeichne? Endlich wie zweifelhaft sei diese Legalität! Das Gesetz rühre von einer Kammer her, die aus dem doppelten Votum hervorgegangen, welches hinwiederum durch eine Usurpation der Restauration hervorgebracht sei[1]).

Die Gegner von beiden Richtungen, sowohl der Revolution als des Royalismus, dringen daher gemeinschaftlich auf eine Aufhebung dessen, was sie das Wahlmonopol nennen, auf die Abschaffung der Beschränkungen des Census, des Alters, des Eides.

Hiebei ist auffallend, daß die Royalisten in ihren Forderungen noch weiter gehen, als die Männer der äußersten Linken.

Mauguin nimmt zwar auch das Princip an, daß allen Franzosen an den politischen Rechten Theil zu nehmen gebühre; jedoch will er dasselbe in der Ausführung beschränkt wissen; er meint, man müsse das Landvolk zuvor unterrichten[2]). Die Gazette dagegen hält dies bereits für hinreichend unterrichtet. Von der Landgemeinde soll nach ihrer Meinung die Repräsentation ausgehen; nur Proletarier und Tagelöhner möge man ausschließen. Sollte es nicht scheinen, als wären diese Royalisten noch liberaler, als die Liberalen selber?

Ich möchte dafür halten, daß die Forderungen Beider aus ihrer Stellung zu erklären seien. Die Partei der Revolution will dem mittleren Besitzthum das noch immer behauptete Uebergewicht vollends entreißen. Sie wünscht die zwei bis drei Millionen der kleinen, jedoch

1) National 22 Janvier. De deux majorités, dont se compose le pouvoir législatif, l'une ne représente qu'une très petite minorité dans la nation, et l'autre en ce moment même est en état d'insurrection flagrante contre le pays.

2) Séance du 22 Dec. 1831.

noch einigermaßen selbständigen Eigenthümer und Industriellen zur Theilnahme an den politischen Gewalten heranzuziehen[1]). In dieser Region, wo man sich nothwendig gegen jede Aristokratie empört, hofft sie Unterstützung für ihre demokratischen Meinungen zu finden.

Wenn nun die Royalisten noch tiefer hinab wollen, wenn sie berechnen, daß man 6 Millionen Bürger zu den politischen Rechten erheben müsse, so ist dies keine Maske; ähnliche Tendenzen haben sie immer gehabt; sie wollen bis zu dem minder selbständigen Eigenthum, wo der Einfluß der größeren Besitzer wieder beginnt, bis zu dem Landvolk, das wenigstens in einigen Provinzen der alten Religion und ihren Priestern noch immer ergeben ist. Hier hoffen sie ihre Meinung wiederzufinden; sie wünschen den Thron durch den Einfluß der Landaristokratie und des Katholicismus wiederherzustellen.

Man könnte diese Parteien mit theologischen Schulen vergleichen, welche über die Auslegung ihres Bekenntnisses uneinig geworden wären, obwohl ihre Verschiedenheit nicht sowohl in einer dogmatischen Ueberzeugung, als in der besonderen Lage ihren Grund hat, in der sich eine jede befindet.

Denn dürfte wohl die rechte Mitte noch weiter nachgeben? Schon in den gegenwärtigen Wählern hat sie Gesinnungen gefunden, die ihr keineswegs zusagen, denen sie sich, wohl oder übel, hat fügen müssen; eine weitere Veränderung des Census oder der Jahre in diesem Sinne würde ihr eine Opposition in die Kammer bringen, vor der sie schwerlich bestehen könnte.

Nur wäre zu wünschen, daß die Grenze, die sie zieht, sich mit Evidenz in dem Grundsatz festhalten ließe. Da sie die Majorität der constituirten Gewalten will, so wäre zu wünschen, daß diese Gewalten nicht immerfort anders constituirt werden könnten. Wie schon einmal eine so wesentliche Herabsetzung des Wahlcensus durchgegangen ist, was verhindert, daß derselben nicht eine zweite und dritte folge?

Wären aber die übrigen Parteien wohl besser im Stande, ihre Grenze fest zu bezeichnen und sicher zu behaupten? Ich kann es nicht finden. Wer will sich vermessen, die Linie zwischen dem Unterrichteten und dem Nichtunterrichteten ohne Willkür zu ziehen? Auch

---

1) Man wird bemerken, wie höchst wichtig eine Statistik des Besitzes in Frankreich sein würde. Ich habe mir solche auch nicht durch besondere Anfragen in Paris verschaffen können und mich mit zerstreuten Angaben begnügen müssen, was man wohl an einigen Stellen dieses Heftes inne geworden sein muß.

der Unterschied zwischen dem kleinsten Besitzer und dem Tagarbeiter ist nicht so bedeutend. Die Constituante hatte das active Bürgerrecht an die Bezahlung einer directen Steuer, gleich dem Ertrag von drei Tagen Arbeit geknüpft; die Convention fing ihre Verfassung damit an, daß sie diese Beschränkung aufhob. Was soll auf die Länge verhindern, den nämlichen Schritt noch einmal zu thun? Jene Einwendung, die man bei dem alten Wahlcensus so oft vorgebracht hat, daß es seltsam sei, zwischen den Steuerpflichtigen von 299 und von 300 Franken einen so großen Unterschied zu machen — es läßt sich keine Wahlcombination mit irgend einer Beschränkung denken, bei der dieselbe nicht verhältnißmäßig wiederholt werden könnte.

Eben hierin liegt, meines Erachtens, eine gewisse Gefahr.

De la révolution à faire, d'après l'expérience des révolutions avortées; par de Potter, Belge. Paris. Ladvocat. Déc. 1831.

„Während die höheren Classen", sagt Potter, „sich in erhabenen politischen und constitutionellen Speculationen verlieren, schreitet majestätisch eine neue Ordnung der Dinge vorwärts, in welcher die Majorität des Volks die Reichen und Mächtigen zur Rechenschaft ziehen wird[1])".

Potter nun meint nicht mehr die Majorität des mittleren oder kleinen, des selbständigen oder des unselbständigen Besitzthums, er meint jene furchtbare Majorität, in welcher sich die unteren Stände ohne Zweifel gegen die höheren Classen befinden.

Er weiß hiebei seinen Standpunct so gut wie die andern in dem Factum zu nehmen. „Die Massen", sagt er, „ohne deren Hülfe es unmöglich wäre, eine Revolution zu machen, haben ein Anrecht an die hauptsächlichsten Wohlthaten ihrer Eroberung." Man höre aber, worin er die Wohlthaten einer Revolution findet!

„Was ist", sagt Potter, „der Zweck einer Revolution? Freiheit.

---

1) Seine Worte: Tandis que les classes supérieures, comme elles s'intitulent avec un si sot orgueil, et ceux qui, parmi elles, s'appellent les hommes éclairés par excellence, hommes de science il est vrai, mais non de justice et d'humanité, se perdent dans les hautes spéculations politiques, constitutionnelles, financières, de guerre, d'administration, de police, un nouvel ordre de choses s'avance majestueusement, où la majorité des peuples demandera compte aux puissans et aux riches de la longue iniquité qui, avec leur position sociale, leur a assuré le monopole des lumières, du pouvoir et de toutes les jouissances de la vie, en les constituant les auteurs, les organes et les interprètes nés de la loi humaine, pour que cette loi garantît leurs priviléges et éternisât pour le peuple l'ignorance, la servitude et la misère.

Aber die Freiheit, ist sie ihr eigener Zweck? Nein, sie ist das Mittel, das Glück zu vermehren; hiezu aber braucht man die materiellen Bedingungen des Glücks. Was kann dem Volke an dem Namen oder dem Titel des Regenten gelegen sein? Es wohnt, kleidet sich und ißt unter einer Dynastie nicht besser als unter der andern. — Wo nach irgend einer Revolution das Volk sich nicht besser befindet als früher, — nicht mehr besitzt, nicht weniger bezahlt, da ist die Revolution vollständig mißlungen, da muß man sie von neuem anfangen."

Nach Potter sind die Gesetze darauf berechnet, in dem Volke die Armuth, Sklaverei, Unwissenheit zu verewigen. Dafür wird dasselbe Rechenschaft fordern.

Man glaube nicht, daß dieser Autor allein stehe! Die Gesellschaft der Freunde des Volks ist zahlreich genug. Eben mit ihr trifft er wesentlich zusammen.

Nicht allein wider das Königthum und „dessen Seiden", sondern wider den aristokratischen Inhalt der Gesetze erhebt sich jener Raspail und sein Anhang. Sie seien im Dienste der Gewalt und der Aristokratie; der Code civil und das Handelsgesetzbuch opfere die Arbeit dem Verkehr auf, der Code pénal sei erfunden, um die Gewalt zu behaupten. Er fordert eine Aufhebung aller indirecten und persönlichen Abgaben. Es scheint eine Lieblingsidee dieser Secte zu sein, eine progressive, d. i. nach dem Zustande des Vermögens wachsende Auflage einzuführen. Raspail empfiehlt sie wie Potter.

Indessen soll nach diesen Gedanken, wie sich versteht, auch die ganze Verfassung umgestaltet werden. Nicht allein soll eine aus Herren und Arbeitern bestehende Jury den Preis der Arbeit bestimmen; Alles soll auf Jury und Wahl beruhen. Eine Jury soll die wissenschaftlichen und militärischen Stellen vertheilen; die Richter sollen gewählt werden, so gut wie die Anführer der Nationalgarde; an der Wahl der Repräsentanten soll Jedermann Theil haben; diese sollen, jedoch immer nur auf ein paar Jahre, zur excutiven Gewalt ernennen[1]).

Siehe da, eine völlige Republik der Wahl! Raspail hat erklärt, man wünsche nicht das Blut, aber die Institutionen von 1793 zurück.

Wären das nun alles Hirngespinnste, wären es aberwitzige, bedeutungslose Träumereien? Man sollte es wünschen.

Es käme vor allem darauf an, den haltbaren Grundsatz aufzufinden, mit dem man sich diesen äußersten Forderungen entgegensetzen

---

1) Discours de M. Raspail, président de la société des amis du peuple. Janvier, 1832.

könnte, ohne mit sich selbst in Widerspruch zu gerathen. Ich bekenne, daß ich ihn suche und nicht finde.

Ich glaube hier gleichsam vier Kreise in immer weiteren und weiteren Linien beschrieben zu sehen. Der erste, der gegenwärtigen Wahlberechtigung, schließt ungefähr 150 000 Besitzer ein. Der zweite, den die äußerste Linke im Sinne hat, dürfte trotz den Beschränkungen, die sie noch beabsichtigen mag, allmählig zwei bis drei Millionen Eigenthümer und Industrielle begreifen. Von dem dritten sagt die Gazette, daß er sechs Millionen die Theilnahme an den politischen Rechten verschaffen solle. Der vierte endlich würde alle Männer in Frankreich, deren bei neun Millionen gerechnet werden, ohne weitere Ausnahme umfassen.

Die Gefahr ist nun, daß, so bedeutend auch der Unterschied der Zahl sein mag, doch keine sichere, mit gutem Grunde festzuhaltende Grenze der Berechtigung anzugeben ist. Alle beruhen auf dem nämlichen Princip. Der Mittelpunct, von dem die Schwingung ausgeht, ist derselbe. Nachdem einmal die oberste Existenz, die Gewähr aller Rechte, die gesetzmäßige Befugniß der Dynastie, in dem Sturme der Ereignisse der Majorität aufgeopfert worden ist, nachdem man das Princip der Nationalsouveränetät factisch zugegeben und die Alleinherrschaft der Mehrzahl anerkannt, ja durch Consultation in Uebung gesetzt und sich ihr unterworfen hat, so ist man — wie ich wenigstens nicht anders finden kann — in eine Richtung eingetreten, in der man vermöge der den Gedanken innewohnenden Nothwendigkeit Stufe für Stufe bis zu den Extremen gerathen muß.

Man wird bemerken, daß, während die ausgezeichneteren Geister von Frankreich, in welchen Abstufungen es auch sei, das alte Königthum oder die Monarchie des Juli vertheidigen, dennoch die Revolution, und zwar ohne außerordentliche Talente, ohne allen Aufwand neuer Gedanken, ohne eine Ahnung wahrer Beredtsamkeit, nur mit den Mitteln des Marktplatzes, täglich Fortschritte, täglich neue Eroberungen macht. Ihre Stärke kommt aus jener ihrer Folgerichtigkeit, welche sie, trotz der ostensiblen Beschränkungen, die sie jetzt noch angeben mag, doch unfehlbar dahin führen wird, wo sie mit den Bedürfnissen und Gefühlen der Masse zusammentrifft. Der National lacht der Bemühungen der Gazette, durch das allgemeine Votum eine royalistische France hervorzubringen. Er findet die Gesinnung von Frankreich durch die vierzig Revolutionsjahre sattsam repräsentirt; er weiß, daß es aus Haß gegen das Königthum, aus Haß gegen eine oberste, von aller Verantwortung befreite Gewalt,

wie es schon einmal die Republik gemacht hat, so noch alle Tage geneigt wäre, dieselbe zu wiederholen.

Seltsam, daß die Männer dieser Partei, indem sie dies sagen, dennoch im Fortschritt zu sein behaupten und man es ihnen gutmüthiger Weise zugiebt! Ist es aber ein Fortschritt zu nennen, wenn man so offenbar versucht, auf die Constitution des Jahres 1793 zurückzukommen, welche sich als die unausführbarste von allen erwiesen hat? Ihr nennt diejenigen retrograd, welche die Lage der Dinge, wie sie im Jahre 1788 war, als ihr Ziel im Auge haben; seid Ihr es aber um Vieles weniger? Haben die seitdem verflossenen Jahre Euch nichts gelehrt? Hat die Welt nicht nur allzuviele und allzubittere Erfahrungen gemacht? Der Fortschritt, däucht mich, wäre, solche zu benutzen, die Combination der Freiheit und der Gewalt, auf die Alles ankommt, so daß die einzelnen Kräfte ihre Entwickelung haben und das Ganze Einheit, Sicherheit, Zusammenhang und so viel Zukunft als Vergangenheit, diese auszubilden. Auf den Punct zurückzukehren, von dem die Entwickelung eures Staats vor beinahe vierzig Jahren ausgegangen, nennt Ihr das den Fortschritt der Menschheit?

Steht es nun so, wie wir sehen, kann die bestehende Gewalt in dem Princip, aus dem sie lebt, sich den zerstörenden Kräften, die ihr den Untergang drohen, nicht widersetzen, so fragt man unwillkürlich, wohin das führen müsse, wie das endigen könne.

So wie wir sahen, daß die Meinungen und Tendenzen sich an große Interessen knüpfen, so könnte es scheinen, als würde jenes Interesse des mittleren Eigenthums, das in den gegenwärtigen Wählern immer noch erscheint, stark genug sein, eine Regierung zu behaupten, die mit ihm so genau verknüpft ist. Gewiß empfängt diese eben daher den größten Theil der Kraft, die sie hat. Gerade die Unermeßlichkeit der Gefahr bei einem neuen Umsturz der Dinge muß ihr Verbündete machen.

Eine andere Frage ist, ob dies auf die Länge dauern, ob es im schwierigen Moment aushalten kann. Es würde dazu gehören, entweder daß die Wähler von ihrem guten Rechte durchdrungen, oder daß sie besonders enge vereinigt wären. Aber weder das eine noch das andere scheint der Fall zu sein. Ein sicheres Gefühl des Rechtes kann nur aus der Evidenz desselben, oder einem wohlhergebrachten Besitz entspringen. Eine Regel aber, durch welche fremde Ansprüche mit Evidenz ausgeschlossen würden, giebt es nicht; der Besitz ist bei einer großen Anzahl ein halb Jahr alt, in der That eine schlechte

Präscription! Von enger Vereinigung kann nicht die Rede sein, da die Gährung gerade in der Mitte der Berechtigten stattfindet.

Gewiß, wenn man betrachtet, wie die Massen bald von politischer Seite her, bald auch durch eine angeblich religiöse Secte, die sich mit so großem Erfolg ausbreitet, in Bewegung gesetzt werden, wie sich diese Bewegung an Mißverhältnisse knüpft, welche dringend, hart, unleugbar sind, wie die Leidenschaften, die sie aufruft, in der zweiten Stadt des Reichs schon einmal gewirkt haben; wenn man dann von der Tribüne von Frankreich sagen hört, „die Absichten der Arbeiter von Lyon seien gut, sie seien in keinem Widerspruch mit dem wahren Interesse des Landes gewesen", so ist es erlaubt, eine neue Krise zu fürchten.

Dann kann es zwei Fälle geben:

Entweder die gegenwärtige Verwaltung hält sich, wie bisher gegen die Anfälle der Linken in der Kammer, so einmal durch offene Gewalt wider die Männer der Barricaden. — In der That! Das Oberhaupt der Regierung scheint nicht gemacht, sich vor Barricaden zu fürchten oder halbe Maßregeln gegen dieselben zu nehmen. Mich däucht, auf das Princip der Majorität würde alsdann die Regierung nicht wieder gegründet werden.

Oder diese Verwaltung unterliegt. Dann wird das Princip sich in seiner ganzen Stärke geltend machen; und es möchte bald eine ganz andere Frage anbetreffen, als Republik oder Monarchie. Das Repräsentativsystem, mit dessen Doctrinen und künstlichen Combinationen man gesättigt zu sein scheint, würde man nicht mehr allzulange behaupten. Hätte man es einmal wieder bis zur Constitution von 1793 gebracht, so würde dies nicht der äußerste Punct sein; von ihm aus würde die wahre Erschütterung erst angehen. Es könnte kommen, daß die Phrasen des Saales Taitbout auf die Letzt ganz wo anders einzögen. Mit der ersten Periode der Revolution, die alle ihre Kräfte aufgebraucht, alle ihre Möglichkeiten erschöpft zu haben scheint, wäre es alsdann vorbei: eine neue Aera derselben begönne, voll anderer Gedanken und neuer Entwürfe, nicht minder aber voll neuer Leidenschaften, welche, wiederum jung und heftig, mit der Wuth ihrer Energie zunächst alles zerstören müßten, was die Revolution bis jetzt hervorgebracht hat[1]). Die Umwälzung, im Grunde die

1) Mauguin sagte einmal in der Kammer: le St. Simonianisme ne saurait être dangereux, parce que les ouvriers qui pourraient l'adopter, aussitôt qu'ils seraient devenus propriétaires se hâteraient de l'abandonner. Man fürchtet aber just den Moment, wo sie Eigenthümer werden wollen.

nämliche, nur um einen Schritt weiter gelangt, würde, wie Saturn, ihre alten Geburten verschlingen. Sie könnte freilich nicht anders, als wiederhervorbringen; aber was und auf wie lange? Die Fabel läßt auf Saturn den Jupiter folgen, den Gesetzgeber, den sceptertragenden Ordner der Welt, den Städtebeschirmer, den Gott des Eidschwurs und der Genossenschaften, dem man opferte, wenn man Bürgerblut vergossen hatte. Wie könnte man hoffen, daß jemals auch hier eine ähnliche Umwandlung eintreten würde? Jupiter wenigstens mußte zuerst seinen Vater in den Tartarus stoßen.

Schluß.

So weit hatte ich geschrieben. Wie natürlich ist es, daß man, indem man nur die öffentlichen Stimmen, ihren Sinn und Widerstreit zu beobachten denkt, auf die Zustände zu sprechen kommt, deren Ausdruck jene sind, und sich weiter wagt, als man gehen wollte! Nicht lange indeß wird man sich verheimlichen, daß man doch aus der Ferne diese Dinge nicht leicht ganz übersehen, ihre wirksamen Kräfte vollständig vergleichen, oder die Nothwendigkeit ihrer Zukunft sicher beurtheilen könne.

Es sei mir erlaubt, zu bemerken, daß ich das sehr wohl gefühlt hatte, als die ersten Exemplare von der neuen Schrift Salvandy's, der, wie wir wußten, die Erörterung des gegenwärtigen Zustandes von Frankreich in der Nähe zu seinem Gegenstande gemacht hat, bei uns ankamen. Selten habe ich begieriger nach einem Buche gegriffen.

Seize mois, ou la révolution et les révolutionnaires. Paris Juillet 1830, Lyon Novembre 1831. Par N. A. de Salvandy. Paris, Décmbr. 1831. (Bruxelles. 1832, 2 Voll.)

Salvandy erklärt „Freiheit, Oeffentlichkeit, Repräsentativsystem, die Herrschaft der Gesetze" für die Gottheiten seiner jungen Jahre. Er hat sich während der Restauration standhaft in der Opposition gehalten. „Ich verfocht", sagt er, „gegen eine Gewalt, die ich liebte, die Grundsätze, die mir allein fähig schienen, sie zu vertheidigen."

Man kennt seine Arbeiten über Spanien und Polen. Wie ihm diese Studien Gelegenheit gaben, die entgegengesetzten Nachtheile pfäffisch-dumpfer Einwirkungen, und einer ungeordneten wilden Freiheitsliebe zu beobachten, so ist er voll von Abscheu vor beiderlei Despotismus, dem eines Einzigen wie dem der Menge. In dieser

Schrift verwirft er von neuem, wie billig, jene absolute Gewalt, kraft deren eine ganze Nation, Leib und Gut einem einzigen Menschen und seinen Launen unterworfen sein solle; aber nicht minder entsetzt ihn andererseits die Volkssouveränetät, die, gleichsam in Permanenz, mit ihrer furchtbaren Waffe gegürtet, auf den Marktplätzen erscheine, so daß sich jede Faction ihrer bemächtigen könne, so daß weder Festigkeit der Gesetze, noch Ruhe der Interessen, weder Freiheit noch Ordnung möglich sei.

Indessen weiß er, daß es nicht der Geist unserer germanischen Dynastieen ist, eine absolute Gewalt auszuüben oder in Anspruch zu nehmen. Eine andere Frage ist, ob nicht das Dogma der Volkssouveränetät mit allen seinen furchtbaren Consequenzen sich geltend zu machen droht.

Es kann uns hier nicht auf eine Erörterung der politischen Meinungen unseres Autors ankommen: er hat sie anderswo ausgesprochen, und er steht in diesem Augenblick nicht in der Mitte der kämpfenden Parteien.

Seine Hauptabsicht ist, den Zustand der Dinge, den Erfolg der Bewegungen seit dem Juli darzulegen. Hat er etwas zu verfechten, so verficht er es mit der Augenscheinlichkeit dieser Thatsachen. Eben hier erwartet ihn unsere Aufmerksamkeit.

Er bemerkt: Freiheit und Ordnung seien die schönsten Erwerbungen der Menschheit; ohne welche keine andere Vollständigkeit und Festigkeit habe; aber Gott habe Bedingungen an so große Güter geknüpft.

Seine Meinung ist nicht, daß Frankreich auf dem Wege sei, diese Bedingungen zu erfüllen.

Eine Partei, deren Absichten ihn erschrecken, findet er im Besitze einer bedeutenden Macht, außerordentlicher Mittel, der tonangebenden Thätigkeit.

Sie rede von nichts als Freiheit; aber ihre Freiheit sei, daß sie dem Richter auf seinem Stuhle, dem Gesetzgeber, dem Könige auf seinem Throne Vorschriften mache, Vorschriften nach ihrer Laune. Sie rede nur von dem Glücke, das sie dem Menschengeschlechte wünsche und ihm bereite; indessen fließe das Blut in Strömen. Freilich gehöre dazu, daß sich Europa wie ein Metall umgießen lasse und sich dem Schmelztiegel gelehrig unterwerfe.

Wenn man sehe, wie sie abstracte Ansichten über die Interessen und die Bestimmung der Menschheit durch Clubs, Empörungen und Attentate auf alle civilisirten Nationen realisiren wolle, wie sie augen=

blicklich von der Theorie zur Ausführung derselben fortschreite, so müsse man erschrecken im Interesse seines Vaterlandes, im Interesse der entweihten Freiheit.

Diese Partei, mit dem Aufruhr sei sie verbündet.

Salvandy sagt: „Wenn Lord Chatam und sein Sohn sich mit allen ihren Waffen auf das Feld der Ehre begeben wollten und sich nicht ganz auf sich verließen, so suchten sie Verbündete, indem sie Tacitus und Cicero und Demosthenes wiederlasen; wenn diese Redner dagegen etwas durchsetzen wollen, so kaufen ihre Freunde Pulver und Blei, sammeln ihre Anhänger und fragen nach, ob sich eine gute Anzahl von Galeerensklaven disponibel finde."

„Da sieht man dann freilich den erzbischöflichen Palast unter den Angriffen der Menge fallen; man sieht das Volk auf den Saal der Kammer marschiren und den König in seinem Schloß bedrohen; aber die Journale schweigen dazu, in der Kammer entschuldigt man das Lebehoch, das der Republik gebracht wird, von dem die Straße wiederhallt."

„Diese Partei, dieser Aufruhr, in allen wichtigen Fragen des Staats, der Diplomatie interveniren sie."

„Der Aufruhr hat die Auflösung der Kammer des Juli gefordert; Kammer, Wahlmänner, Wählbare, alles hat man verändert; die Erniedrigung des Census hat man ihm wider die bessere Ueberzeugung zugestanden."

„Er hat sich wider die Pairie, die einen hochherzigen Beschluß gefaßt hatte, mit wildem Geschrei aufgemacht; es ist erfolgt, daß man dieselbe eine Zeit lang unvollständig, in einem schwankenden Zustande gelassen, daß man sie endlich von vorn angegriffen und beraubt hat."

„Der Aufruhr zwingt den Fürsten, das alte Wappen seines Geschlechts zu verändern; er verletzt das Völkerecht an den Ambassadeurs; die Kirche, die er berührt hat, sie bleibt Gott und seinen Dienern untersagt[1])."

Und wohin zielen sie nun mit alledem?

„Das allgemeine Stimmrecht ist die Grundlage aller ihrer Entwürfe. Deshalb, weil der Arme, der Schwache, der Unwissende ein

1) Liv. IV. ch. IV. p. 145: Il faut qu'un écriteau mensonger charge du nom de mairie du 4e. arrondissement ces vieilles murailles pour protéger la maison du Dieu qui est, selon la charte, celui de la majorité des Français, contre les cannibales qui existent, ou qu'on invente.

Recht auf die Freiheit hat, will man ihnen ein Recht an die Macht geben, das ist, ihrem persönlichen Rechte ein Recht über einen andern substituiren. Es ist nicht genug, daß die Gesellschaft ihnen das große Gut zusichert, von Niemand abzuhangen als von sich selber; man will, daß die andern von ihnen abhangen sollen. Es ist nicht genug, daß man sie an den Gütern der Gesellschaft gleichen Antheil nehmen läßt; man will ihnen dieselben zu regieren überliefern."

Was versteht man aber unter dem Volke, für das man so zärtlich sorgt?

„Nicht die Wähler, welche die gegenwärtige Majorität gesendet, noch die, welche an der Wahl keinen Antheil genommen; nicht die Beamten, weder, die man abgesetzt, noch die man mit Absetzung bedroht; nicht die bewaffnete Macht, noch den größeren Theil der Nationalgarde, der sich dem Aufruhr entgegenstellt; nicht die Bauern, die noch vor Christus das Knie beugen, die Bauern in zehn Departements. Was sie Volk nennen, es ist die Menge in den Städten, von dem Volke nichts als der beweglichste, leidenschaftlichste und vielleicht der verderbteste Theil. Schon einmal hat man Volk genannt, was nicht das Volk war, Freiheit, was nicht die Freiheit, und diese Lüge mit Blut zu befestigen gesucht."

Daher komme, sagt Salvandy, die moralische Gewaltsamkeit, welche über allen Gewalten laste; es sei die schimpfliche Egeria, deren Eingebungen man in allen Gesetzen von Frankreich finde.

Im Widerspruch mit der Verfassung habe man der Nationalgarde die Wahl ihrer Offiziere völlig überlassen; die Folge sei, daß sich ein Theil derselben dem Aufruhr nicht mehr widersetze.

Die Municipaleinrichtung, bei welcher das kleine Eigenthum sehr hoch angeschlagen worden und das große gering, mache Quasiproletarier zu den Oberherren der Communen und bringe Wahlen hervor, angemessen der Eifersucht erbärmlicher Leidenschaften. Das Gesetz habe die Unordnung in den Artikeln und den Despotismus zum Postscriptum[1]), ganz wie die Revolution.

Der Wahlkörper sei auf eine Weise organisirt, daß der niedrigere Theil desselben, weil er compacter, allenthalben das Uebergewicht habe. Daher komme, daß Alles, was höher stehe, sich den Wahlen entziehe, und ein subalterner Ehrgeiz sich ihrer bemeistere. Da man überdies

1) Salvandy zielt hiemit auf das ch. IV. des Gesetzes vom 31. März 1831, dispositions transitoires, welches im 54. Artikel eine Suspension desselben gestattet.

die Entdeckung der vorläufigen Verpflichtung, des bindenden Mandates gemacht habe, so sei es mit der ganzen Garantie des Repräsentativ-Systemes, welche in der Wechselwirkung der verschiedenen Gewalten liege, vorüber; in den Tabagieen, beim Wein, in den Kaffeehäusern der kleinen Städte, da bringe man die großen constitutionellen Fragen zu schließlicher Entscheidung.

Die Jury sichere durch ihre Einrichtungen, durch Sympathie oder Furcht, dem Anarchisten im Osten, dem Chouan im Westen Freisprechung zu.

Indessen löse man alle moralischen Bande der Gesellschaft auf. Der Ehe sei jene Unverletzlichkeit genommen worden, welche die Gesellschaft gründe, welche das Siegel des Ewigen auf die Wiege des Kindes drücke, das er gegeben. Eine Congregation, mit dem eingestandenen Zwecke, das Eigenthum den Besitzern zu entreißen, um selber das Monopol darüber zu haben, werde geduldet und breite sich aus. Ja, man reize die Menge wider das Eigenthum auf. Argenson habe wider diese Inhaber des öffentlichen Reichthumes declamirt. Odilon Barrot habe sich verlauten lassen, man wisse, in welchen Händen das Eigenthum sei.

Da man alle Grundlagen der Gesellschaft angreife, solle man das Oberhaupt derselben schonen? Man habe Leute losgesprochen, die den König mit dem Tode auf der Guillotine, dem Altar der Freiheit, gedrohet; man colportire die Reden von Robespierre und St. Just.

Diese Unordnung dringe in Sitten, Gewohnheiten und Literatur ein. Die Literatur sei von einem dogmatischen Cynismus besessen. Man habe den Theatern die unbeschränkte Freiheit gegeben und sie dadurch zu Kriegsplätzen gemacht, von wo aus man alle Abend Moral und Geschmack und Ordnung angreife. Die Muse bearbeite Obscönitäten wie sonst die Leidenschaften.

Er findet Alles verfälscht. „Unser Repräsentativsystem repräsentirt nur Ein Interesse und Eine Classe. Unsere Preßfreiheit bewaffnet alle subversiven Leidenschaften; sie zeigt den Massen die Thatsachen, die Namen nur in einem Lichte, das die Unordnung begünstigt; — diese Publicität, es ist die Lüge. Unsere constitutionelle Monarchie hat einen König, der auf sein Königthum wartet; unsere Regierung regiert nicht, sie gehorcht. Die Nothwendigkeit herrscht über die drei Gewalten.“

„Niemand ist weder seines Lebens sicher, obwohl man bisher nicht getödtet hat, noch seines Eigenthums. Frankreich hätte von Glück zu sagen, wenn es nicht mehr als ein Fünftheil seines Capitals

verloren hätte. Jeder Einwohner hat einen bedeutenden Theil seiner Einkünfte eingebüßt. Das Vertrauen auf den morgenden Tag, welches allein die Wunder des Credits, des Genies, der Künste hervorbringt, ist dahin. Niemand kann hoffen, die nährende Luft des Vaterlandes bis ans Ende seiner Laufbahn zu genießen. Von Zweien, die sich begegnen, kann der Eine in kurzem proscribirt werden, der Andere proscribiren[1])."

Man erinnert sich, daß Salvandy bei jenem letzten Fest der Restauration in dem Palais royal, „jener letzten Revue, die Carl X. über das gehorsame, ruhige, glückliche Frankreich hielt", eine ähnliche Vorhersagung ausgesprochen hat, und wie sie nur allzuwahr geworden ist.

Auch jetzt besorgt er, wie wir sehen, das Aeußerste: „Ich will es nicht verschweigen: der politische, der moralische Zustand meines Landes entsetzt mich. — — Wenn der öffentliche Geist sich ein einziges Mal verirrt, so ist es um uns geschehen. Es hängt von einem Hauche der Meinung ab, und die Anarchie thront ohne Gegengewicht in der Mitte aller unserer Gewalten."

Er fürchtet sogar die Wiederkehr des Schreckens, nicht ganz des alten, eines kürzeren, aber noch gewaltsameren! „Ich sage: Meisterin von Frankreich, wird die revolutionäre Partei tödten und rauben, wie sie getödtet und geraubt hat; sie wird die höheren Classen deciminiren, wie sie dieselben decimirt hat. Es ist das Gesetz ihrer Natur."

Wird man wohl in Frankreich auf ihn hören, und in dem Zuge leidenschaftlicher Bewegung, in dem man begriffen ist, inne halten? Ich kann es nicht glauben. Die Führer wissen recht gut, wohin ihr Weg führt. Er sagt es ihnen; aber sie wußten es ohnehin: eben

1) Diese Schrift enthält vier Bücher. In dem ersten entwickelt der Autor seine Grundsätze und die Fehler, die er an der Restauration bemerkt zu haben glaubt, in dem zweiten den Sinn der Julirevolution. Er will von keinem anderen Programme des Stadthauses als jener von Viennet verlesenen Proclamation wissen; ohne gerade persönlich von der Vortrefflichkeit der neuen Charte sehr überzeugt zu sein, glaubt er doch auf ihrem Inhalt bestehen zu müssen. In dem dritten und vierten Buche setzt er auseinander, welchen Gang, dem Sinn und den Versprechungen derselben entgegen, die Ereignisse seitdem genommen haben. Aus diesen beiden Büchern (sie begreifen den zweiten Theil der Brüsseler Ausgabe) habe ich die bezeichnendsten Stellen, die den Inbegriff der Capitel zu bilden scheinen, aneinandergereiht. Wer das Buch zur Hand hat, wird es ohne Zweifel ganz lesen und sie leicht auffinden. Für Andere wäre ein weitläufiges Citiren doch nur ein überflüssiger Prunk.

diesen wollen sie einschlagen. Ich bemerke, daß die Parteien sich auch dieses Buches bemächtigen und, indem es mehr oder weniger wider alle geht, das aus demselben entnehmen und durch die Journale ihren Lesern mittheilen, was zu Ungunsten ihrer Gegner ist. Er ist die Cassandra dieses Troja.

Wenn ich meine Meinung sagen darf: wer ihn hören sollte, das sind wir. Zwar ist er, wie natürlich, in jene Kreise, welche die Revolution den Geistern vorgezeichnet hat, eben auch gebannt; er kann sie nicht verlassen[1]), und wenn er die Ereignisse schildert, geht er vielleicht nicht genug auf die obersten Gründe ein, auf die Nothwendigkeit, mit der sie aus den ersten Fehltritten hervorgegangen; er hält sich vielleicht mehr als billig an die Beweglichkeit der Leidenschaften, denen eben von vornherein nicht stattzugeben gewesen wäre. Aber man wird hieran wenig erinnert. Wenn es das Lob einer Schrift ist, daß man den Autor über den Inhalt vergißt, so verdient diese Schrift ein solches Lob in vollem Maße. Die Thatsachen reden. Man sieht die gegenwärtige Begebenheit in ihrem reißenden, unaufhaltsamen Zuge. Es bestätigt sich, daß es so steht, wie es jene streitenden Stimmen ahnen ließen. Indem man die allgemeinen Rechte zu vertheidigen glaubte, hat man das Gemeine mit aller seiner Beschränktheit und aller seiner Leidenschaft auf den Thron gesetzt. Man kann es nicht verleugnen, denn man beruht darauf; man kann es nicht gewähren lassen, denn man würde davon zerstört werden. Wie will dieser Zustand ohne neue Gewaltsamkeit endigen?

Darauf sollten wir, dünkt mich, aufmerken. Eben jene Partei, die Frankreich in Athem hält, erklärt es für die natürliche Tendenz desselben, Europa seinem Zustande zu assimiliren, die Intelligenz und den Willen seiner Nachbarn zu erobern. Ihr Programm vom Hôtel de Ville möchte sie durch ganz Europa tragen: aus Frankreich und der Welt möchte sie eine Jacquerie machen.

Können wir leugnen, daß sie bei uns entgegenkommende Wünsche und Neigungen antreffen dürfte? Es giebt sogar Deren, welche sich gutmüthiger Weise einbilden, in jenen Doctrinen sei das Heil der

1) Eine seiner vornehmsten Lehren ist die Unterscheidung der Freiheit in Rechte und Gewalt. Den unteren Ständen will er die Rechte mittheilen, für die oberen die Gewalt behaupten; denn sie fordere Einsicht, Stabilität, Permanenz; sie sichere zugleich jene Rechte. Dabei tritt nur die nämliche Frage ein, wo die Grenze zu ziehen. Diese Theorie setzt nur einen höheren Grad über die oben bezeichneten Kreise der Berechtigung fest. Die nämliche Schwierigkeit würde aber nicht minder eintreten.

Welt. Nein, ein anderes Heil bedürfen wir. Hand anlegen an die Zerstörung, wenngleich in der Absicht, etwas scheinbar Vollkommeneres an dessen Stelle zu setzen, es würde auch bei uns alle Leidenschaften entbinden. Wir sollten bedenken, welche Erfolge das da drüben gehabt hat, welche Erfolge es allenthalben haben muß.

„Die göttliche Gerechtigkeit", sagt Salvandy, „hat ein sicheres Mittel, die zerstörenden Begierden und Leidenschaften zu bestrafen. Sie läßt die verblendeten Parteien auf ihrem unseligen Wege weiter schreiten. Sie gehen, unbekümmert wohin, ohne sich umzusehen; sie denken, der nächste Schritt werde der letzte sein; aber die Fehltritte, die sie begangen, treiben sie, ziehen sie fort ins Verderben."

Deutschland hat, wie mir scheint, zwei Wege vor sich. Entweder kann man die äußersten Principien ergreifen, die uns überdies aus der Fremde kommen — mit dem einen wird man immer das andere hervorrufen und sich in einen Zustand der Gewaltsamkeit versetzen, den doch Niemand wünschen kann —, oder man hält an den Principien fest, auf denen unsere Verfassungen nun einmal beruhen: man sucht ruhig und gesetzlich ihre Mängel zu heben, ihre Uebelstände zu verbessern und den deutschen Staat seiner Natur gemäß zu entwickeln.

Alle Jahrhunderte rühmen Besonnenheit und ruhigen Verstand an unserer Nation. Noch ist der Brand nicht aufgegangen, mit dem uns Einige bedrohen; noch können wir uns entschließen, auf dem Pfade der Vernunft und der Mäßigung zu verharren.

Will man nicht dahin gelangen, wo man Andere verderben sieht, so muß man nicht den Weg einschlagen, den diese nahmen.

6.

Ueber die Trennung und die Einheit von Deutschland.

(1832.)

Von der Wahrheit und innern Nothwendigkeit eines Gefühls ist wohl das sicherste Zeichen, daß es in verschiedenen Lagen, unter abweichenden, auch den ungünstigsten Umständen lebendig hervortrete.

Wie sich das Gefühl einer wesentlichen Einheit von Deutschland alle Jahrhunderte unserer Vergangenheit hindurch mehr oder minder wirksam und in unsern Tagen trotz so mannigfaltiger Spaltungen unüberwindlich gezeigt hat.

Sei es, daß es zuweilen in seltsamen Formen spiele und sich mit fremdartigen Elementen verknüpfe; an sich ist es darum kein Irrthum; wir haben erlebt, wie es zur Zeit der Unterdrückung in den edelsten und tiefsten Geistern Wurzeln schlug, wie es zur Zeit der Befreiung die Gemüther in allgemeiner Ueberzeugung hinriß.

In diesem Gefühle werden wir des schöpferischen Genius inne, der die Reihe der Jahrhunderte herab von einem Zeitraum zum andern, von den westlichen bis zu den östlichen Grenzen alles belebt hat, was sich deutsch nennt.

Nur wird man leicht eingestehen, daß es mit dem Gefühle noch nicht gethan sei.

Es verhält sich damit wie mit andern Fermenten. Sie sind da, um den Stoff zu begeistigen, seine Grundbestandtheile zu entwickeln

und in Gährung, in Lebensregung zu setzen; allein und abgesondert haben sie keine Bedeutung; sie würden eher eine betäubende und schädliche, als eine fördernde Wirkung äußern.

Auch in der Aufregung, die wir heutzutage erleben, macht sich jenes Gefühl geltend; und immer und immer wieder ist von der Einheit Deutschlands die Rede.

Obwohl jene schwärmerischen Erwartungen — von einem erblichen Kaiser und einem deutschen König an seiner Seite, von einer Pairskammer aus deutschen Fürsten und einem Unterhaus aus den Gemeinen, oder von einem auf gewisse Jahre zu setzenden Bundesoberhaupt, mit einem Senat aus den Fürsten und einer Kammer aus den Abgeordneten einzelner Landschaften — Erwartungen, die, wenn man sie erfüllte, diejenigen am wenigsten befriedigen würden, welche sie äußern — schon oft vorgetragen worden sind und niemals etwas gewirkt haben, so wird man doch nicht müde, sie zu wiederholen.

Wenn unsere Vorfahren auf so weitaussehende Dinge zu reden kamen, verhüllten sie dieselben in das Gewand des phantastischen Scherzes. Vielleicht der erste, der von einem deutschen Parlament geredet hat, der geistreiche Verfasser des abenteuerlichen Simplicissimus[1]), legt diese Hoffnungen einem vermeinten Gott in den Mund, der sich denn freilich stark genug wähnen darf, um alle Widerwärtigen auszurotten, jede Stadt mit einem Gebiete zu begaben, das sie in Frieden regiere, und sie sämmtlich zu vereinigen, hierauf aus je zwei ihrer klügsten und gelehrtesten Einwohner ein Parlament zusammenzusetzen, welches, wie sich versteht, zunächst Accise und Zinsen, Gülte und Umgelt, alles Geldgeben und Kriegführen abstellen soll, worauf der Chorus der Götter in dies elysische Gefild niedersteigen werde, um sich unter den deutschen Weinstöcken und Feigenbäumen zu ergötzen. Scherzend führte er das aus: bei uns werden ähnliche, ja noch weiter abschweifende Gedanken in mancherlei Form mit Ernst und Pathos und anscheinender Hoffnung ausgesprochen.

Seltsam steht die Wirklichkeit mit diesen Wünschen in Widerspruch. Niemals war unser Vaterland in so unabhängige Theile gespalten; niemals hatten die Fürstenthümer eine ähnliche Selbständigkeit; niemals hielten sie, Herren und Unterthanen, eifersüchtiger darüber; die Bande der Unterordnung, oder des Gerichtes, oder des Stammes

1) Der aus dem Grab der Vergessenheit wiedererstandene deutsche Simplicissimus, Th. 1, B. 3, Cap. 3.

waren zu keiner Zeit geringfügiger und schwächer. Und während das so ist, träumt man von einer Einheit, wie sie eben auch niemals stattgehabt.

Man kann wohl sagen, daß diese Erscheinungen, gerade in ihrem Gegensatz, einander bedingen. Jene phantastischen Wünsche sind nichts als eine Reaction des ungenügenden Zustandes. Den natürlichen, gesunden Zustand erkennt man daran, daß Idee und Realität sich in einander auflösen, das Ideal in den Dingen selber fortbildend und belebend wirksam sei. Sowie sie sich trennen, wird nur allzuleicht das Ideal zu einem chimärischen Wunsche, zu einem Traume der Nacht, das Bestehende nur allzuleicht zu einer starren Masse. Sie stellen sich ohne wechselseitigen Einfluß einander gegenüber.

Indessen ist keineswegs etwa mit den Uebertreibungen auch das ihnen zu Grunde liegende Nationalbewußtsein zurückzuweisen. Es wäre das größte Unglück, wenn es unterdrückt würde. Allzuwohl wissen wir, wie viel der Mangel an Einverständniß uns geschadet hat; allzusehr bedürfen wir einander.

Zwischen Einheit und Zerfallenheit aber liegen tausend Arten des Zusammenhaltens, des Einverständnisses.

Man möchte sagen, daß wir zwischen dem, was bei dem einen, und dem, was bei dem andern unserer Nachbarn im Süden und Westen stattgefunden hat, von jeher die Mitte gehalten haben.

Italien hat es niemals zur Einheit bringen können; Frankreich hat diese Einheit seit mehrern Jahrhunderten in stärkerem Maße als irgend ein anderes Volk gehabt, und sie zu unserer Zeit in dem stärksten, das vielleicht jemals in der Weltgeschichte erschienen ist, ausgebildet. Beiden benachbart, haben wir niemals eine vollkommene Einheit erreicht; doch haben wir dieselbe seit beinahe einem Jahrtausend auch niemals völlig entbehrt.

Es liegt dies tief in dem Charakter der verschiedenen Nationen. Die provinziellen Sonderungen, welche in Italien das Gebiet jeder Stadt in Sprachform und Sitte, ja in Literatur und Kunst von einander scheiden, sind bei uns nicht in diesem Maße vorhanden. Dagegen fehlt uns auch jene Hingebung an einen Mittelpunkt, sei es eine herrschende Persönlichkeit oder eine vorwaltende Idee, jener Geist der gesellschaftlichen Uniformität, welcher die Franzosen so wesentlich bezeichnet. Bei uns ist vielmehr bei aller Sonderung immer eine gewisse Einmüthigkeit, die denn von Zeit zu Zeit wirksam hervorge-

treten, bei aller Vereinigung eine gewisse Absonderung zu bemerken gewesen.

Als das Reich in seiner größten Herrlichkeit und Kraft war, hätte sich doch kein Stamm von dem andern beherrschen lassen: an einem Versuche dieser Art scheiterte die Macht der fränkischen Kaiser. In seiner Ausbildung war es jenen Domen zu vergleichen, an denen mehr als Ein Jahrhundert gearbeitet hat, die in ihrem Umfange gar viele Abtheilungen von besonderer Bestimmung und Art einschließen, deren Säulen alle ähnlich, aber alle verschieden, deren Zierrathen bis in das kleinste mit unendlicher Mannigfaltigkeit ausgearbeitet sind, und die bei alledem einen harmonischen, ja erhabenen Gesammteindruck machen.

Auch gegenwärtig giebt es trotz jener scharfen Sonderung doch einige Elemente der Vereinigung.

Wollen wir von diesen unsern heutigen Bedürfnissen reden, so werden wir wohl thun, dünkt mich, dem Zuge allgemeiner Gedanken, idealer Forderungen fürs erste auszuweichen.

Die Erfahrung kann uns lehren, daß man eben dann nichts erreicht, wenn man das Unthunliche begehrt. Es giebt keinen gefährlicheren Feind des Erfolges, als das Hirngespinnst luftiger Möglichkeiten.

Vielmehr müssen wir ohne Täuschung die Wirklichkeit unserer Verhältnisse ins Auge fassen; statt uns unsere Sonderung zu verbergen, müssen wir aufsuchen, worauf sie beruht, wodurch sie bedingt ist; dann wird sich zeigen, inwiefern die positiven Elemente der Einheit, die wir noch gerettet haben, fähig sind, denselben das Gegengewicht zu halten.

Von der Trennung.

Lassen wir einen Augenblick alle unsere alten Spaltungen, obwohl sie so stark und durchgehend sind, bei Seite liegen; fassen wir nur diejenigen ins Auge, welche uns zunächst berühren!

Wenn wir ein andermal die Unterscheidungen anzudeuten versucht haben, welche sich zwischen deutschen und französischen Verhältnissen durch den Gang der jüngsten Ereignisse ergeben haben, so ist damit nicht gesagt, daß nicht auch unter den deutschen Staaten eine

bedeutende Verschiedenheit obwalte. Wir haben diese damals nur im Großen und Ganzen zusammen betrachtet; wenden wir jetzt einen Blick auf ihre eigenen inneren Abwandlungen!

Alsdann möchten sich unter denen, die von den großen Begebenheiten am meisten berührt wurden, thätig oder leidend, in der Bewegung oder im Widerstand, drei Gruppen herausstellen.

Zuerst giebt es einige, welche bei dem Umsturz des Reiches, als sie sich nicht anders schützen zu können glaubten, den Ausweg ergriffen, sich mit Frankreich zu verbinden. Nicht allein zum Schutz aber diente ihnen dieser Bund. Bei dem allgemeinen Zerfall, in dem Gähren und Wogen, Trennen und Zusammenziehen der aufgeregten Kräfte, in diesem Sturme unaufhaltsamer Bewegungen sind Baiern und Würtemberg, Baden und Darmstadt zu der Größe und Bedeutung gelangt, welche sie seitdem behauptet haben.

Geradezu gegenüber stehen ihnen die restaurirten Staaten. Aus den Trümmern von Braunschweig, Hannover und Hessen hatte sich das Königreich Westphalen zusammengebaut. Als die Fürsten dieser Länder durch den Umschwung der großen Weltbegebenheiten wiederhergestellt wurden, mußte ihre Stellung der Natur der Dinge nach eine andere sein, als welche jene einnahmen. Die einen waren durch die nämliche Bewegung groß geworden, welche die anderen zu Grunde gerichtet hatte.

Die dritte Classe machen die beiden großen Mächte aus, welche nicht allein deutsche, sondern europäische Pflichten zu erfüllen dachten, als sie mit dem Feinde stritten. Sie begannen den Krieg mit einander; unermüdlich schien die eine, und immer wieder erschien sie auf dem Kampfplatz; die andere zog sich eher auf sich selber zurück; aber die Würfel waren geworfen: diese unterlag zuletzt nicht minder als jene. Ein Glück noch, daß keine völlig unterworfen ward. Vielmehr erhoben sich in dem Innern von beiden die großen freiwilligen Volksbewegungen, so wahr, national, nothwendig, daß endlich die Zeit herbeikam, wo sie alle andern Stämme und Staaten deutschen Ursprungs, wie dieselben auch heißen mochten, ergriffen und mit sich fortrissen, daß man in diesem Schwunge den Sieg davontrug.

In allen Dingen, allezeit, kommt es auf den Ursprung an. Der erste Keim wirkt immer fort durch den ganzen Wachsthum, sei es bewußt oder unbewußt.

Obwohl diese Staaten sämmtlich von monarchischem Princip sind, so ist doch leicht wahrzunehmen, welch ein Unterschied zwischen

ihnen in ihrem Ursprung gegeben war und sich in ihrem Fortgang entwickelt hat.

Süddeutsche Staaten.

Betrachten wir zuerst die süddeutschen, wie man sonst gesagt hätte, oberländischen Staaten!

Es sind die Gegenden, die man zuletzt vorzugsweise das Reich nannte: man weiß, wie voll von kleinen Unabhängigkeiten, wie mannigfaltig zerschnitten in Bisthümer und Städte, Ritterschaft und kleine Fürstenthümer sie waren.

Mit einem Mal hörten alle diese Unabhängigkeiten auf; nur eine einzige, die der größeren Fürsten, blieb übrig.

Hierauf traten vor allem zwei Uebelstände hervor.

Gerade denen wurde man hie und da unterworfen, denen man ziemlich gleich zu stehen geglaubt, mit denen man zuweilen sogar in einer nachbarlichen Eifersucht gelebt hatte.

Sodann waren die Hauptgebiete nicht bedeutend genug, um die ihnen zugesellten Landestheile durch überwiegende innere Kraft anzuziehen und sich zu verähnlichen. Baden wuchs von 92 Quadratmeilen auf 274; unter Würtemberg wohnten ums Jahr 1790 nicht mehr als 600,000, 1815 dagegen bei anderthalb Millionen Menschen; man zählt 78 Landesherrschaften, die dazu geschlagen worden. Nicht viel anders war es in andern Ländern.

Wollte man nun diese fremdartigen Bestandtheile wahrhaft in einen Staatskörper vereinigen, so konnte es nicht anders als vermittelst starker, durchgreifender Maßregeln geschehen, wie das Kriegsoberhaupt, an das man geknüpft war, dazu Schutz und Muster gab; nur mit gewaltsamer Hand konnte man sie zügeln.

Der verstorbene König von Würtemberg verfuhr unnachsichtig mit seinen neuen, wie mit seinen alten Unterthanen. Man hat bemerkt, daß er, der dem Adel das Recht absprach, sich durch Fideicommisse zu erhalten, dennoch gefragt sein wollte, wenn sich ein Edelmann mit einer Bürgerlichen zu verheirathen dachte, daß er den ehemaligen Reichsstädten den größten Theil ihres Einkommens nahm und den größeren Theil ihrer Schulden ließ. Zugleich schaffte er die abgesonderte Verwaltung des Kirchengutes und mit ihr die ganze Verfassung des Herzogs Christoph ab; er entzog seinen wanderungslustigen

Schwaben das letzte der hergebrachten Rechte, sein Gebiet zu verlassen. Dies aus so verschiedenartigen Bestandtheilen, mit Ansprüchen, die einander so vollkommen zuwiderliefen, erwachsene kleine Reich suchte er im Bunde mit den neuen Ideen von der Gleichheit vor dem Gesetz und von der Unabhängigkeit der Staatsgewalt zusammenzuhalten.

Gewiß, auch für den Breisgau, der seine Verfassung unter Oesterreich unverletzt behauptet hatte, war es hart, dieselbe bei seiner Vereinigung mit Baden durch den Beschluß sogar eines so milden Fürsten, wie Karl Friedrich ohne Zweifel war, auf der Stelle zu verlieren. Kann man sich wundern, wenn sich dort in unsern Tagen die Elemente einer siegreichen Bewegung besonders gewaltig erhoben haben? Eine Zeitlang wurde der Adel geschont; aber noch in dem Jahre der Befreiung, noch nach der Lützener Schlacht verlor er den Rest seiner Rechte.

In Baiern hatte man schon früher, vor aller weitern Ermächtigung, den unabhängigsten der drei Stände, von welchem, wie wir gesehen, die Erhaltung des Katholicismus in diesem Lande und in ganz Deutschland überhaupt so sehr abgehangen, den geistlichen, ohne Schonung angegriffen. Ich finde bei Rudhart, daß sich die Prälaten beschweren, man habe Abteien aufgehoben, sechs Tage, nachdem die feierlichste Versicherung gegeben worden, es solle keine aufgehoben werden [1]). Als hierauf das Land durch den Preßburger Frieden so bedeutend vergrößert worden, vernichtete man alle einzelne landschaftliche Verfassungen, alle Privilegien: der Generalcommissär erhielt die Gewalt eines französischen Präfecten. Nein, in der Gesinnung des menschenfreundlichen wohlgesinnten Königs lag dies nicht; aber die herrschende Meinung erlaubte es; die Nothwendigkeit der Dinge schien es zu fordern.

Eben darum aber konnte nun, als das Glück umschlug, als jene große Gewalt sank und fiel, unter deren Schirme auch die deutschen Neuerungen durchgesetzt worden, als die große Fluth, die den Erdkreis eingenommen, zurücktrat und die alten Marken und Grenzen der Dinge wieder zum Vorschein kamen, eine Reaction nicht ausbleiben.

In diesem Sinne machte man von außen her bemerklich, daß es doch einen Unterschied zwischen Souveränetät und Despotismus

---

1) Rudhart Geschichte der Landstände in Baiern II. S. 347.

gebe, in diesem Sinne erhob sich in dem Innern das allgemeine Geschrei nach Verfassung.

Wenn man fragt, von welcher Seite es zuerst erschollen, so wird man finden, daß es zunächst von jenen Fürsten und Grafen des Reiches erhoben ward, die in den früheren Ereignissen so große Verluste erlitten, wie der Verlust der Reichsunmittelbarkeit, einer thatsächlichen Unabhängigkeit, ist. Der Adel im Kraichgau, im Odenwalde und in der Pfalz erklärte dem Großherzog von Baden, er könne nur dasjenige Verhältniß als gesetzlich verbindend anerkennen, das auf seiner freien Einwilligung beruhe; der hohe Adel von Darmstadt behielt sich vor, über seine Rechte an den Bundestag zu gehen; von allen Beschlüssen wollte er nur denjenigen billigen, der seine Theilnahme an der Vertretung aussprach. In Würtemberg kam es zu einer Vereinigung der Stände des alten Landes mit dem neu hinzugetretenen Adel. Während jene die Absonderung des Kirchengutes, die Herstellung der Ausschüsse und der Freizügigkeit, ja der ständischen Casse, jener geheimen Truhe, forderten, verlangte dieser eine besondere Vertretung: — ein Theil begünstigte den andern.

In dieser großen Bewegung und Gährung, nachdem zuerst in Folge der Weltereignisse die Regierungen ihr Gebiet so ungemein erweitert, so viel Rechte verletzt, so viel Unabhängigkeiten unterworfen hatten, nachdem hierauf durch den Umschlag der Begebenheiten und den Fall derjenigen Gewalt, in deren Bunde, durch deren mittelbar oder unmittelbar nöthigenden Antrieb dies größtentheils geschehen, die alten Lebenselemente doch noch einmal wieder emporgekommen waren, in dieser unvermeidlichen, aus der Natur der Dinge hervorgehenden Gährung konnte Niemand zweifeln, daß eine gesetzliche, so viel thunlich, freiwillige Ausgleichung erforderlich, ohne Frage nothwendig war.

Jene Fürsten selbst waren weit entfernt, dies zu bezweifeln. Keineswegs hatten sie, etwa um ihres Vortheils willen, sich gegen das allgemeine Unglück verhärtet; sie hatten es als ihr eigenes gefühlt; bei dem großen Umschwung der Begebenheiten hatten sie so gut wie ihre Völker sich erinnert, daß sie Deutsche waren: in diesem Gefühle hatten sie zu gerechtfertigteren Waffen gegriffen als sie früher geführt; durch ihren Abfall von der Macht, an welche sie sonst gebunden zu sein schienen, hatten sie ihre Rückkehr zu den alten Grundsätzen des Rechts kundgethan; sie hatten zu dem Sturze derselben so viel an ihnen lag beigetragen, und hiedurch an dem großen Ereigniß einen Antheil genommen, selbstthätig genug, um dadurch in ihrem neuen Bestehen gesichert zu sein. Leicht sahen

sie, wie viel noch fehle, daß die Bestandtheile ihrer Länder oder die Verschiedenheiten ihrer Provinzen mit einander versöhnt und ausgeglichen wären; so boten sie ihre Hand — es war gerecht, es war unvermeidlich — zu den Verfassungen.

Die Verfassungen wurden gegeben. Der Sinn, in welchem dies geschah, die Art und Weise, wie sie in Wirksamkeit gesetzt wurden, verdiente wohl freie, unparteiische Auseinandersetzung sachkundiger Patrioten. Es ist dies allmählig unsere wichtigste Frage geworden. Entsprachen sie den wirklichen, vorliegenden Bedürfnissen? Wurden sie in Anschauung dessen, was rechtlich und nothwendig, oder vielleicht nicht ohne Einwirkung fremder und halbwahrer allgemeiner Gedanken ins Werk gesetzt? Wie? oder gab man etwa — bedroht wie man es von der noch nicht fügsam gewordenen Aristokratie war — geflissentlich einem demokratischen Elemente das Uebergewicht, einem Elemente, dessen unwiderstehlich furchtbare Gewalt man noch nicht kannte, und das man sogar, indem man hierauf sich hinwieder an jene zu lehnen Miene machte, in seinem Selbstgefühl aufreizte, welches durch die großen Bewegungen der Welt so lebhaft geworden?

Wenigstens wenn man die gegenwärtig in allen diesen Ländern eingetretene Aufregung betrachtet, sollte man nicht glauben, daß die Aufgabe sehr genügend gelöst worden sei. Man übertreibt das Theorem von der Souveränetät des Volkes nach dem Muster der französischen Kammern ganz auf die nämliche Weise, wie man früher nach dem Muster Napoleons das Theorem von der Souveränetät der Fürsten übertrieben hat. Das eine ist so falsch, so ausheimisch, so verderblich wie das andere. Auch hören wir in jenen Ländern den nämlichen Widerspruch, welcher sich gegen die Fürsten erhob, wider die Kammern laut werden; und in mehr als einer Kammer hat man gegen „die Handvoll Junker“ zu polemisiren, während wohl eben dieser Adel sich auch hie und da bewogen fühlt, in die allgemeine Opposition wider die Regierungen einzustimmen. Wenn es in Baiern vornehmlich auf eine gleichmäßige Berücksichtigung der Bedürfnisse der verschiedenen Landestheile ankam, so behauptet man doch im Lande selbst, daß durch die Ständeversammlung hiezu herzlich wenig geschehen sei, und daß sie dazu nicht einmal recht geeignet scheine. Vielmehr behalten die Abgeordneten der verschiedenen Provinzen nur allzuleicht ihre besonderen Interessen im Auge und finden sich lediglich in den allgemeinen Ideen des Jahrhunderts zusammen, die denn wenig praktische Anwendbarkeit zeigen und in ihrer einseitigen Richtung es eben vornehmlich sind, was die Aufregung hervorbringt.

Wir sagen dies nicht etwa, als wollten wir hiemit jenen Verfassungen den Krieg machen: nein, einen gesetzlichen, rechtlichen Austrag der widerstreitenden Ansprüche, die während der Jahre des Sturmes durch den Druck und Gegendruck der Begebenheiten so stark aufgeregt worden, kann man nicht anders als nothwendig, ja unerläßlich finden. Es wäre ein glücklicher Ausweg, die kämpfenden Elemente durch eine Verfassung, zu vereinigen, welche einem jeden den entsprechenden Antheil an der Gesetzgebung, einen wohlabgemessenen Einfluß auf die allgemeinen Dinge verliehe. Allein der Erfolg, und was wir täglich sehen und hören, macht uns zweifeln, ob es dahin gebracht worden. Wir sehen die centrale Gewalt mit den Kräften der neuen Dinge, mit jenen Veränderungen, die sie selber aufrief, in Zerwürfniß und unaufhörlichem Hader; wir sehen die alten Unabhängigkeiten, den durch die Revolution vernichteten Zustand, mit beiden im Kampfe und alle diese Ansprüche metamorphosirt in die Theorie, in allgemeine Axiome, deren lautes Getümmel die Luft erfüllt. Man fühlt den Boden von entgegengesetzten Stößen erbeben.

Restaurirte Staaten.

Anders als in den oberländischen Gegenden griff man die Sache in den restaurirten nördlichen Staaten an, dort wo die Regierungen durch die Revolution verjagt worden waren, wo denn die Neuerungen im Widerspruch mit ihnen unternommen, von ihren Feinden bewerkstelligt, sich unmöglich ihres Beifalls erfreuen konnten.

Zwar, wie wir ein andermal auszuführen gesucht haben, waren weder jene mit Napoleon, noch diese mit den Bourbonen auf gleicher Stufe: selbst in den Gebieten der ersten war die Revolution nicht so ganz Meisterin geworden, und es waren doch die alten Fürsten, welche die Zügel in der Hand behielten; in den andern war die Bewegung nicht von dem Volke ausgegangen, noch hatte man Emigrirte zurückzuführen; allein vermöge der Natur der Dinge mußten die Principien, die man befolgte, einander entgegengesetzt sein, so wie es der Punct war, von welchem man ausging.

In Hannover thaten sich die unterdrückten Privilegien wieder hervor, z. B. die Steuerfreiheit des Adels, seine Begünstigung im Militär. Man kehrte in der Administration zu den verlassenen Bahnen zurück und schaffte die Trennung der Justiz von der Ver=

waltung nicht allein da ab, wo sie neu, sondern selbst da, wo sie alt war; — obwohl man Bedenken trug, die alten Landschaften geradezu wiederherzustellen, so setzte man doch die provisorische Ständeversammlung aus einer überwiegenden Anzahl von Repräsentanten der alten Interessen zusammen[1]). Sie empfing den Auftrag, „die Verhältnisse aller Stände in billigem Gleichgewicht zu erhalten und das Beste des Ganzen, welches nur in dem Besten der einzelnen Theile bestehe, zum Ziele ihrer Bemühungen zu machen.“ Ob sie das aber auch gethan? Ob sie im Stande war, es zu thun?

Als der alte Kurfürst von Hessen aus seiner Verbannung zurückkam, wollte er die exotischen Pflanzen, von denen, wie er sagte, auf hessischem Boden kein Gedeihen zu erwarten war, nicht um sich dulden. Gegen alle Hervorbringungen der Revolution, der westphälischen Zeit, bezeigte er Abscheu und Widerwillen. Er vereinigte aufs neue Verwaltung und Justiz; das alte Beamtenwesen, die alte Munizipalverfassung stellte er wieder her; er richtete die Lehnsabhängigkeit wieder ein. Jedoch ging er hierin nur so weit, als es seinen alten Ueberzeugungen und dem Gutachten seiner Räthe nicht widersprach. Was ihm früher selber lästig gewesen und schädlich geschienen, wie die Steuerfreiheit oder das Patronatrecht der Edelleute, stellte er entweder nur zum geringen Theile her, oder ließ es völlig abgeschafft. Er wollte eine Regierung in den althergebrachten Formen, strenge, soldatisch, wie er sie in seiner Jugend an Friedrich dem Großen bewundert hatte. Er hielt sich in abgemessener eigensinniger Fürstlichkeit. Da er nun Einiges abschaffte und Anderes nicht herstellte, nicht ohne Einseitigkeit und wenigstens den Anschein von Willkür; da er zwar in seinem Bewußtsein niemals unrechtlich, aber doch in der That nach dem allgemeinen Urtheil mehr geizig als sparsam, das Kammergut in seiner ganzen alten Berechtigung sowohl den Einzelnen, als auch dem Lande gegenüber geltend zu machen suchte, so erhob sich wider ihn ein Sturm von Opposition, dem die Interessen der Domänenkäufer vornehmlich die Farbe gaben und das allgemeine Wort liehen.

Auch in dem benachbarten Braunschweig konnte die heftige, hastige Art, mit welcher der zurückkehrende Herzog Altes und Neues vermischte, der unverhältnißmäßige Militärstand, den er, kriegerisch gesinnt wie er war, einrichtete, seine Abneigung auf der einen Seite wider Preußen, auf der andern wider alle westphälischen Einrichtungen,

1) Stüve über Hannover S. 28.

der er ihren Lauf ließ, nicht anders als mannigfaltige Mißverhältnisse hervorbringen. Doch war ihm nur eine kurze Laufbahn, nur eine flüchtige Wirksamkeit beschieden. Die vormundschaftliche Regierung wußte die Klippen glücklich zu vermeiden, bis zuletzt wieder ein Sprößling aus diesem an außerordentlichen Geburten so reichen welfischen Geschlechte hervortrat, der seinen Vater an seltsamer Willkür weit überbot und in einer Leidenschaft, deren Schlüssel leicht zu finden ist, die bereits ruhenden Triebe der Bewegung wieder in Gährung setzte.

Man bemerkt leicht, daß es wohl Bestandtheile sind, ähnlich den ersten, aus denen auch diese Staaten sich zusammensetzen; allein ihre Mischung ist verschieden; die Richtung, welche die höchste Gewalt in Folge der Vorgänge, die ihr das Dasein wiedergaben, nehmen mußte, ist mehr dem Alten verwandt als dem Neuen. Obwohl die Schwierigkeiten schon an sich und überdies auch darum geringer scheinen sollten, weil nur Hannover mit einigen neuen Landestheilen vergrößert worden und nicht so viele eben erst herabgedrückte Unabhängigkeiten zusammenzuhalten waren, so ist es doch, die Wahrheit zu sagen, nur wenig gelungen, sie zu überwinden.

Immer wird die Willkür den Widerstand aufrufen. Auch muß man sich nicht überreden, daß jemals eine vollkommene Restauration möglich sei. Das Leben hat indeß neue Hervorbringungen getrieben, die nicht zu verneinen, nicht zu beseitigen, nicht zu unterdrücken sind.

Mit allgemeinen Gedanken wird es nicht ausgerichtet. Man that in Hannover, wozu der König von Würtemberg nicht zu bringen war: man stellte die alte Verfassung her. Allein eine eindringendere, angemessenere Ausgleichung forderten die Dinge. Dem König von Würtemberg half es nicht, daß er sich den neuen Interessen günstig zeigte; die Regierung von Hannover förderte es wenig, daß sie den alten zugethan war; diese fand eben darum in den neuen, jener in den alten eine starke Opposition.

Auch hier möchte wohl der Erfolg bezeugen, daß man nicht ganz die rechten Mittel ergriffen hatte.

Leider haben die restaurirten Staaten jene Bewegungen, die sich im Gefolge der Julirevolution erhoben, am stärksten zu fühlen gehabt. Leider haben die gährenden Kräfte noch einmal einen so wilden Ausbruch nehmen können. Sie waren so stark, daß sie fortwogend auch einige Landschaften ergriffen haben, welche in ihren Einrichtungen von dem Sturme der Revolution minder berührt worden und sich auf dem Wege des Alten lange Zeit hindurch vielleicht zu standhaft er=

halten, eine lebendige Regsamkeit vielleicht allzusehr hatten vermissen lassen, wie Sachsen.

So ist man leider, obwohl man von verschiedenen Principien ausging, doch zu einem nicht sehr unähnlichen Ergebniß gekommen. In den nördlichen Gegenden haben wie in den südlichen, da man die wesentlichen Bedürfnisse nicht erledigt, ja kaum recht berührt hatte, die allgemeinen Theorien und die ihnen entsprechenden Bewegungen des Jahrhunderts Platz gegriffen, denen nunmehr, damit ihre Wirkung nicht völlig zersetzend und zerstörend werde, Einsicht, Wohlmeinen, Talent und innere Kraft die schwierige Aufgabe hat den Raum wieder abzugewinnen.

Die großen Mächte. Preußen.

Diesen beiden Staatengruppen gegenüber stehen nun die großen Mächte, wenn uns nicht Alles täuscht, in ihrem besonderen Charakter, in ihrer eigenthümlichen Aufgabe.

Oesterreich, aus so verschiedenen Stämmen deutscher und magyarischer, slawischer und italienischer Zunge zusammengesetzt, muß eine Einheit suchen, die auf ganz anderen Grundsätzen beruht, als welche ein kleiner, einfach gemischter Staat anwenden kann; auf eine ganz andere Weise muß diese Einheit die einzelnen Theile umschließen, oder ihnen ihre Freiheit lassen.

Näher, weil es von kleinerem Umfange, weil es doch in seinen wesentlichen Bestandtheilen so überwiegend deutsch ist, steht Preußen den übrigen Staaten. Sei es uns erlaubt, auf dem schwierigen Wege, von dessen Gefahren wir uns nun einmal nicht haben abschrecken lassen, auch daranzugehen, eine Aussicht über die innere Lage dieser Monarchie zu gewinnen.

In den großen Jahren der Gefahr war, wie bekannt, eine neue Entwickelung genommen worden, den übrigen dieses Jahrhunderts analog, aber von eigenthümlichem Genius durchdrungen, durchgreifend, aber gesetzlich, nicht im Bunde mit den Fremden, sondern in Opposition wider sie. In den alten Provinzen, in denen seit langer Zeit von keiner Unabhängigkeit die Rede gewesen, in denen demnach nicht so entschiedene Gegensätze zu überwältigen waren, Provinzen, deren Dasein und innerer Bestand schon lange mit dem Namen, dem Ruhme, dem Glück und Unglück der Monarchie eins geworden, hatte man sie durchgeführt; zwar, wie natürlich, nicht mit allgemeiner Beistimmung, allein

auch nicht mit jenem starren Eigensinn, der an dem untauglich Befundenen schlechterdings festhalten will; in dem Gefühl eines unleugbaren Bedürfnisses; mit Wohlwollen und Rücksicht; nicht ohne Zwischenräume, welche Erfahrungen zu machen und zu benutzen erlaubten; in der Aussicht fortwährender Verbesserung. Man hatte daselbst wohl nach beiden Seiten hin ausweichende Ansichten; aber keine eigentliche Opposition. Niemand wird dies sagen können. Wäre eine solche aber auch vorhanden gewesen, so wäre sie durch den großen Gang der Ereignisse überwältigt und mit fortgerissen worden.

So stand man, als man durch eine Anstrengung aller öffentlichen und privaten Kräfte das Verlorene wieder eroberte und den zur Wiederherstellung der Monarchie in ihre alte Größe und europäische Bedeutung bedungenen Zuwachs neuer Provinzen erwarb.

Selten hatte ein Staat eine schwierigere Aufgabe.

In einigen dieser neuen Provinzen hatte die Revolution den größten Theil ihrer Verwandlungen durchgemacht und das oberste zu unterst gekehrt, wie am Rhein. Es waren andere, an die sie nicht gleich von Anfang gekommen, in denen sie nur einen Theil ihrer Absichten durchgeführt, alle in einen sehr starken Widerstand gegen eben dieselben zurückgelassen hatte, wie in Westphalen. Es wurden alte Landschaften wieder erobert, in denen seitdem die Neuerungen eines revolutionären Königreichs mit den früheren Instituten der Monarchie in Kampf gesetzt worden waren. Noch andere Verschiedenheiten ließen sich bemerken.

Man hatte hier beide Schwierigkeiten zusammen. Man hatte Restauration; man hatte auch Erwerbung und Einverleibung. Sollte man auf der einen Seite darangehen, das Alte wieder herzustellen und das Neueingetretene zu vernichten, weil es ungesetzlich gewesen? Sollte man allgemeine Normen annehmen und etwa die Rheinlande der Mark gleichzumachen suchen, oder diese jenen? Oder sollte man sonst eine wesenlose Idee von Monarchie aufgreifen und ins Werk zu setzen suchen?

Solche Versuche von rein doctrinärer Art würden alle Möglichkeiten der Opposition noch vor der eigentlichen Vollziehung der Vereinigung in Bewegung gebracht haben.

Für die Lage, in die man kam, ist es gewiß als ein Glück anzusehen, daß in den alten Provinzen so wesentliche Verbesserungen vorgenommen worden. Man hatte Institute, welche das Alte und das Neue vermittelten.

Hiedurch geschah, daß die Landschaften, welche man zurückerwarb, sich leicht und gern von den Veränderungen, welche die fremde Gewalt

eingeführt, lossagten, auch dann, wenn dieselben einem gewissen Bedürfniß entsprachen. Noch hatten diese Einrichtungen doch während der kurzen Zeit der fremden Herrschaft nicht eigentlich Wurzel gefaßt; sie waren oft mit schonungsloser Härte durchgesetzt worden; beide Theile, nicht minder der, welchen man begünstigte, als der, dessen Nachtheil offenbar war, fühlten sich verletzt, verstimmt und unmuthig; sie standen einander überdies in heftigem Hader gegenüber. An deren Statt empfingen sie nunmehr die Verbesserungen, die man unter der gesetzlichen Monarchie mit milderer Hand eingeführt hatte, die dem nämlichen Bedürfniß entgegenkamen und eine enge Verwandtschaft mit ihrem alten Dasein bewährten.

Irren wir nicht, so geschah eben hiedurch, daß die Besitznahme der sächsischen Provinzen, die in sich selber — es ist nicht zu leugnen — so viel Schneidendes und Hartes hatte, doch so gut von statten ging. Man fühlte sich dort in den alten Formen schon lange gedrückt und unbehaglich; die Veränderungen erschienen den Meisten als eben so viele Verbesserungen. Leicht verähnlichte man sich dem organisirten Körper einer mächtigen, Schutz verleihenden, in ihrem Ursprung und ihrer Ausbildung, ihrer Religion und Sinnesart so nahe verwandten Monarchie.

Die vornehmste Schwierigkeit lag in den beiden westlichen Provinzen, die überdies einander geradezu entgegengesetzt waren.

Ich will nicht behaupten, daß Alles nun gerade so eingerichtet worden sei, daß besser unmöglich gewesen wäre. Allein sollte und konnte man alle Forderungen der einen, die so oft ihren Ursprung in der Revolution hatten, bewilligen? Oder hatte man in der andern das Lehnsystem der altbischöflichen Lande wieder aufzunehmen und den Adel in die Rechte einzusetzen, die er durch den Impuls der Revolutionszeiten verloren hatte? Sollte man sich in ein gewaltsames Zerstören des Entstandenen, in ein willkürliches Aufrichten des zu Grunde Gegangenen einlassen?

Glücklicherweise hat die Monarchie einen solchen Umfang, daß es nicht nothwendig war, alle Provinzen eine mit der andern in eine jede Abweichung ausschließende Gleichförmigkeit zu setzen.

Wenn nur die allgemeinen Institutionen, deren Doppelseitigkeit auch hier einen großen Vortheil gewährte, sie wesentlich zusammenhielten! Der Verwaltung, die nothwendig Einheit sucht, gegenüber, wurden die Provinzialstände eingerichtet, um die Eigenthümlichkeit der Landschaften in Schutz zu nehmen.

Wie aber, wird man sagen, war es nicht leicht und thunlich,

eine vollkommene Gleichförmigkeit und Einheit hervorzubringen, sowie man nur den Muth hatte, nach dem Beispiel aller Nachbarn eine allgemeine Ständeversammlung zusammenzurufen?

Ich will mich nicht scheuen, so wenig auch die Welt geneigt scheint, in diesem Hauptgegenstand ihrer leidenschaftlichen Sehnsucht eine Milderung und Abweichung zuzulassen — nie gab es ein in seinen Begriffen befangeneres Geschlecht als das ultraliberale —, hierüber eine unvorgreifliche Meinung zu äußern.

Denn das wird Niemandem einfallen, der die Dinge kennt, wie sie sind, daß man die Einberufung allgemeiner Stände darum verschiebe, weil man seine Gewalt nicht wolle geschmälert haben. Unwürdiger Gedanke, der niemals einem wahren Fürsten oder einem wahren Staatsmanne, die nur immer die Gesammtheit im Auge haben, in Herz und Seele gekommen ist!

Allein einmal waren diese Stände hier nicht so dringend nöthig als vielleicht wo anders. Die großen Reformen, bis auf eine und die andere, die noch erwartet werden, waren gemacht; eben diejenigen Dinge, um derentwillen man anderswo Stände verlangt, waren bereits geschehen; und mehr als Eine deutsche Ständeversammlung hat in wichtigen Zweigen nichts anders zu thun gewußt, als die preußischen Einrichtungen mit leichten Veränderungen zum Landesgesetz zu machen.

Sodann ist unter allen Einsichtsvollen nur Eine Stimme, daß das Bedenkliche allgemeiner Reichsstände in jener so oft mit schonungsloser Gewalt von ihnen vollzogenen Gleichmachung des Verschiedenartigen liegt. Wenn die Beamten Stände wünschen, so geschieht es darum, weil sie, mit noch durchgreifenderen Gesetzen ausgerüstet, auf ihrem Wege der Verwaltung weniger Hindernisse zu finden hoffen. Allein sie werden auch weniger Freiheit haben, ein die Schwierigkeiten durch eigene Anstrengung besiegendes Talent zu entwickeln. Gewiß, es ist hiebei Gefahr; man erinnere sich nur der Niederlande. War nicht der Hauptanlaß zu den Zerwürfnissen zwischen Belgien und Holland und zu der Auflösung ihres Verbandes ihre gemeinschaftliche Ständeversammlung, in der eine vom Zufall abhängige, den Leidenschaften des Tages zugängliche Majorität Gesetze gab, welche beide Theile verbanden, obwohl sie kaum auf einen von beiden paßten? Es ist leicht zu entgegnen, sie sei nicht zweckmäßig zusammengesetzt gewesen; — wer will sich aber vermessen, eine vollkommene Zusammensetzung an die Hand zu geben? Schwankt nicht Frankreich nach so langen Versuchen noch über das Princip? Wie leicht können allenthalben die verschiedenartigen Bestandtheile, die sich vielleicht schmeicheln, sich

durch eine Vertretung besonders geltend zu machen, ganz wider Erwarten in ihren wichtigsten Interessen gekränkt und zum Widerstand, zum Versuch einer Absonderung gereizt werden!

Zumal in dieser Zeit voll heftiger Gährung. Zwar ist es nicht gerade wahrscheinlich, daß es auch hier zu einem so lebhaften Gegensatz zwischen der Regierung und den Ständen kommen würde, wie wo anders; allein ist es so unmöglich, daß sich das, was man bei allen Nachbarn geschehen sieht, auch bei uns wiederhole? Erbeben nicht alle Staaten in dieser Form, einer nach dem andern? Man müßte sich mit Willen verblenden, um dies zu bezweifeln, obwohl man über den Grund streitig sein kann.

Wie aber dann? Das Ansehen dieses Landes in Europa beruht auf seiner Militärmacht. Man ist geständig, daß der allgemeine Friede schon mehr als einmal großentheils durch den Namen und das Ansehen derselben erhalten worden ist. Diese Militärmacht fordert ihre Bedürfnisse ungeschmälert, unausgesetzt; sie fordert Einheit und strenge Unterordnung. Wie leicht könnte selbst ein gering scheinender Eingriff in dieselbe den Bestand der Dinge und damit die allgemeine Bedeutung der deutschen Elemente in dem europäischen Gemeinwesen gefährden!

Alsdann wird dies, denken wir, am wenigsten zu besorgen sein, wenn dies Institut bei einer großen Gelegenheit zu einem bestimmten Zweck nothwendig und durch die Lage der Dinge selbst hervorgerufen werden sollte. Dann wird es in dem Organismus unmittelbar die Stelle finden, auf die es gehört, wo es wirksam und wohlthätig eingreifen kann.

Denn nicht in irgend einer Form liegt nach unserem Dafürhalten die Aufgabe. Sie liegt darin, daß keine Ungerechtigkeit, keine Vergewaltigung gestattet werde; daß keine innere Entzweiung Nahrung finde, daß kein Stand den andern niederdrücke, sondern sich alle in freier Harmonie bewegen; darin mit einem Worte, daß alle Mitglieder des Staates gern und freudig — denn nur dann werden sie es mit vollen Kräften thun — zu dem Ganzen halten.

Auch ist der wesentliche Unterschied der deutschen Staaten mit nichten der, daß man in dem einen eine moderne Constitution habe, in dem andern nicht.

Unsers Erachtens ist das die Hauptsache, daß auf der einen Seite durch den Gang des Ereignisses die Neuerungen, die den Anfang dieses Jahrhunderts bezeichneten, die Oberhand behauptet haben, daß sich dagegen auf der andern das Alte im Kampfe mit denselben geltend erhalten hat. Beiden gegenüber hat ein dritter Theil eine gesetzliche,

organische Entwickelung des Alten in das Neue, eine Vereinigung der aus der Vergangenheit überlieferten Zustände mit den Forderungen der Gegenwart und der Möglichkeit zukünftiger Entwickelung versucht; immer gemäßigt; zugleich nachgiebig und strenge, unternehmend und bedächtig.

Bei dem allen bleibt jedoch so viel gewiß, daß unser Gesammtvaterland im Laufe der Begebenheiten selber auf das mannigfaltigste constituirt worden ist. In jenen Gruppen, die wir unterschieden, in den Provinzen der einzelnen Länder überdies giebt es allenthalben unzählige Eigenthümlichkeiten und Abweichungen; sie sind in den Zuständen und Ereignissen aller unserer Jahrhunderte begründet.

Wie viele Erscheinungen unserer älteren Geschichte beruhen auf dem Unterschied und Gegensatz der Stämme, die einander bald einwirkend, bald abstoßend berühren, von denen bald der eine, bald der andere vorherrschend auftritt. Diese Unterscheidungen sind noch lange nicht vertilgt; sie thun sich in Dialekt, Landesart und Sinnesweise noch täglich hervor.

Es kam der Gegensatz der verschiedenen Territorien, des Adels und der Städte hinzu; es fehlt viel, daß er verwischt wäre.

Die Nation verfiel in die Religionstrennung, die noch immer fortwirkt und durch die Uebertriebenen von beiden Seiten täglich neue Nahrung empfängt.

Wie durchgreifend und mächtig ist in unsern Tagen hie und da der Einfluß französischer Einrichtungen geworden! Er hat an einigen Stellen so tiefe Wurzeln getrieben, daß man ihn nicht so leicht beseitigen wird, während er an anderen nicht zu bemerken ist.

In den Stürmen der Revolution haben sich endlich, wie wir sahen, die verschiedenen Staaten nicht nach eigener Wahl, sondern vermöge einer unabänderlichen Nothwendigkeit, nach verschiedenen Principien entwickelt.

Dennoch giebt es Viele, welche für alle deutschen Länder eine einzige Form der Verfassung, die sie sofort in ihren Grundzügen angeben, wünschenswerth erachten.

Es sind eben die, welche ihre Form allen Staaten Welt der aufdringen möchten. Sie sind wie jene Aerzte ohne Beobachtung, die für alle Krankheiten nur Eine Heilart kennen. Auf allen Märkten bieten sie ihre Weltpanacee, unter Anpreisung der erstaunlichen Wirkungen derselben, den Leichtgläubigen dar.

Ihnen ist die Vergangenheit sowie die Besonderheit des gegen=

wärtigen Zustandes eine gleichgültige Sache; die Wirklichkeit löst sich ihrem matten Blicke in die allgemeinen Nebel auf; ihre Theorien der einen oder der anderen Farbe möchten sie über die Welt ausgießen, gleich als wäre sie von vorne anzufangen.

Wie sollten sie auf eigenthümliche Beschaffenheit und besonderes Bedürfniß deutscher Provinzen lange Rücksicht nehmen! Es ist, als wollten sie das Genus darstellen und die Species vernichten. Nur in den Species aber erscheint das Genus; es hat keine andere Möglichkeit der Erscheinung. Wollt Ihr die Unterschiede vernichten, hütet euch, daß ihr nicht das Leben tödtet!

Vielmehr wie ein Gegensatz immer den andern hervorruft, so hat dieses Treiben nur eine stärkere Entzweiung zur Folge. Hören wir sie nicht von der Unverträglichkeit, Incompatibilität constitutioneller und nichtconstitutioneller Staaten reden, gleich als läge in diesen Formen das Wesen, gleich als läge in den Neuerungen von gestern, heute beschworen, eine stärkere Sicherheit, als in der Jahrhunderte alten, ungeirrten Fortbildung einer starken Monarchie, die immer dem Großen und Edlen zugewandt war? Wie bald wird sich zwischen den Formen von 1815 und von 1830 ein neuer Zwiespalt ergeben! Ist es nicht, als hielten sich die bereits für besser, die mit einer ungebundeneren Presse versehen sind?

Und nun das tausendnamige innere Zerwürfniß zwischen den verschiedenen Ständen, der Regierung und den Abgeordneten, den Parteien und ihren Nüancen, den Lehranstalten selber, aller unter einander!

Von der Einheit.

Trauriges Resultat! Unsere Staaten selbst in ihren Principien verschieden und die Mittel, welche man für fähig hält, sie zu vereinigen, eher geeignet, sie noch mehr zu zersetzen. Welche positive Elemente kann es geben, um den auflösenden Kräften das Gegengewicht zu halten? Soll man nicht, ohne sich lange zu täuschen, alle Hoffnung auf Einheit und gleichförmige Entwickelung lieber gleich völlig fahren lassen?

Diese Dinge haben doch auch eine andere Seite. Mitten in dem Zerwürfniß, ja gerade in den Ursachen desselben stellt sich uns wieder das Gemeinsame dar.

Allgemeine Bemerkung.

Es findet sich wohl, daß eine Bewegung, welche über die ganze Oberfläche verbreitet ist, irgendwo einen localen Ursprung hat, wo ihre Ursachen besonders wirken, wie ein Strudel in der Mitte des Wasserspiegels weithin seine Wellen schlägt.

Wenn man die gegenwärtige Aufregung betrachtet und ihren Ursachen nachforscht, wenn man sich alsdann nicht mit der Antwort begnügt, daß eine allgemeine Umkehr der Gesinnung durch die Wirkung eines fremdartigen Einflusses stattgehabt, sondern neuerdings fragt, wieso dieselbe so plötzlich herrschend geworden sei, so wird man zu beobachten haben, wo sie doch am lebhaftesten ist, am lautesten redet, am schärfsten hervortritt.

Ist es nicht etwa in den mediatisirten und säcularisirten Gebieten des alten Reiches, wo dies stattfindet? In den schönen Landstrichen, wo man einst unter dem Krummstab zwar ohne viele Regsamkeit, aber harmlos und geruhig lebte? Von den geistlichen Gebieten von Constanz und Basel den Oberrhein herab zu den Territorien von Mainz, Speier und Worms, hinüber nach dem so tausendfältig zerschnittenen Schwaben und dem bischöflichen Franken? Nicht so sehr allerdings an dem Niederrhein und in dem altbischöflichen Westphalen, aber nur darum nicht, weil man hier der Bewegung mit Sorgfalt und Mäßigung von allen Seiten Einhalt gethan hat.

In der That sind fast alle jene Landschaften, in denen früher entweder geistliche Herren auf die herkömmliche Weise, oder die kleinen Reichsfürsten, die sich doch auch nur bei besonderen Gelegenheiten regten, stillehin regierten, wie sie einst der Sitz der Ruhe und Gemächlichkeit waren, so gegenwärtig von außerordentlicher Aufregung in Athem gehalten. Die Elemente der Bewegung liegen daselbst in all ihrer gefahrdrohenden Gährung unmittelbar zu Tage.

Im Grunde genommen, hat man sich darüber nicht sehr zu wundern. Kann es der Natur der Dinge nach anders sein, als daß die größte politische Veränderung, die seit vielen Jahrhunderten das deutsche Reich betroffen hat, dort, wo sie vornehmlich eintrat, lange noch nachwirkt? Wie könnte man hoffen, daß jener große Umsturz der bestehenden Rechte spurlos vorübergegangen sein sollte? Es war nicht anders möglich, er mußte gährende Stoffe hinterlassen.

Noch mehr aber. In jenen Ländern war die Verfassung aristokratisch und kirchlich. Es konnte nicht fehlen, sie hatte eine starke Oppo-

sition, die sich in einer beinahe bis an Unglauben streifenden Negation der Kirche und in einer demokratischen Richtung gefiel. In dem Umsturze der auf Kirchenform und Adelsherrschaft beruhenden Verfassungen hat diese Opposition ihren Triumph gefeiert; die Weltereignisse sind ihr zu Hülfe gekommen, und sie hat dieselben mit Jubel begrüßt: seltsam! sie ist es jetzt oft, die hinwiederum ihre Grundsätze als die Norm aller politischen und menschlichen Rechtgläubigkeit aufstellt. So sehr sie indeß die Oberhand hat, so ist es ihr nicht gelungen, die alten Principien, die dort als die Grundlage des gesammten Zustandes besonders stark sein mußten, ganz niederzumachen und zu vertilgen. Noch immer stehen die Theile, wiewohl mit ungleichen Kräften, einander gegenüber. Wechselsweise, wie die Weltgeschicke sie begünstigen, erhebt die eine wieder ihre freilich bereits übertäubte Stimme, oder steckt die andere ihre wildflatternden Fahnen aus, unter die sie die ganze Welt versammeln möchte.

In der leichten Verhüllung allgemeiner auf nothwendigen Forderungen der Vernunft und Menschennatur beruhender Grundsätze breiten sie ihre Tendenzen aus, so weit nur immer ihre Analogien reichen.

Da es nur wenige und nur kleinere deutsche Staaten giebt, die nicht aus den Trümmern des Reiches selber einen Erwerb gemacht, denen nicht von jenen Landschaften das eine oder das andere zugesellt worden, so sind sie alle unmittelbar mit dieser Bewegung in Berührung gekommen. Eine um so bedenklichere Sache, da sie überdies in ihrem Innern durch die Wechselfälle des Krieges und die ungemeine Anstrengung so stark aufgeregt worden waren.

Ich sage hiemit nicht, daß es nicht in unserer Zeit eine allgemeine über diesen Bewegungen schwebende, mit ihnen in Verbindung stehende großartige Entwickelung menschlicher Zustände geben könne. Doch darf man wohl bezweifeln, ob die Offenbarung des göttlichen Geistes in so wildem Streit, in so unaufhörlichem Hader geschehe. Es wäre wenigstens der Gott, der in Sturm und Wetter erschien.

So viel ist offenbar, daß die allgemeine Aufregung nicht aus einer durch unvorgesehene plötzliche Einflüsse hervorgebrachten Umbildung der Meinung stammt, sondern daß diese selber aus dem, was geschehen ist, was alle betroffen hat, herkommt, oder wenigstens damit auf das genaueste zusammenhängt.

Hier eben ist das Gemeinsame: gemeinschaftlicher Erwerb war es; es ist gemeinschaftliche Gefahr, es ist auch eine gemeinschaftliche Aufgabe, die Uebelstände zu heben, die Mißverhältnisse auszugleichen.

Nicht als könnte man über die Behandlung aller dieser Landschaften, selbst mit ihrer Zuziehung, allgemein gültige Maßregeln festsetzen. Sie waren doch sehr verschieden unter einander; zu verschieden hat die Revolution auf sie gewirkt, die eine stärker, die andere schwächer ergriffen; zu mannigfaltigen, selbst in ihrem Princip, wie wir sahen, abweichenden Staaten sind sie beigesellt worden. Auch sind sie seitdem zu jedem in besondere Beziehung getreten, haben sich ihm mit eigenthümlichen Fäden verknüpft und wieder neues Leben angesetzt. Nein! jeder Staat hat diese Aufgabe besonders vor sich, und sie möchte leicht den schwierigsten Theil derjenigen ausmachen, die er überhaupt zu lösen hat.

Ich möchte nur sagen, daß man nicht die Wirkung allein, sondern unmittelbar die Ursache ins Auge zu fassen habe.

Allerdings wird da nicht mit allgemeinen Maximen auszureichen sein, wie sie im Geleise ruhiger Tage, befestigter Rechte, eingelebter Verhältnisse vorhalten.

Nicht dadurch wird man die Aufgabe erledigen, daß man sich blindlings mit einer wiederauflebenden Aristokratie verbinde; es würde in den meisten Fällen wider das Princip der Staaten selber laufen, und nicht lange würden sie diesen Weg einhalten. Auch nicht damit wird man es ausrichten, daß man die Kräfte der Masse für sich aufrufe: augenblicklich durch einen leichten Umschlag des Windes würden diese Wogen wider euch selber herangetrieben werden.

Unter den Umständen, in denen wir uns einmal befinden, in der unerbittlichen und unabänderlichen Nothwendigkeit der Dinge, der wir anheimgefallen, wird keine Maßregel ausreichen, die nicht ausschließlich das allgemeine Wohl bezweckt. Es ist eine allmählige Ausgleichung vonnöthen, welche die verschiedenen Bestandtheile gewähren lasse, keines anfeinde, noch gewaltsam unterdrücke, keines willkürlich emporzubringen suche, aber alle zu dem Ganzen benutze. Es bezwingt die Gewalt; mehr noch bezwingt Talent und Wohlwollen. Gebe uns Gott Männer, welche Augen haben, zu sehen, und Muth, um zu handeln, frei von befangenden Vorurtheilen, deren Augenmerk das allgemeine Beste ist und die eben darum fähig sind, das öffentliche Vertrauen zu fesseln! Ist je etwas durch Menschen Vorkehrung gefördert worden, so ist es durch solche zu stande gekommen.

Es könnte scheinen, als ob auf diesem Wege auch im besten Falle doch nur einzelne Staaten in das innere Gleichgewicht gesetzt werden könnten, dessen sie zu ihrer weiteren Entwickelung bedürfen.

Allein der Vortheil des Einzelnen wäre der Vortheil des Ganzen. Es ist augenscheinlich, daß bei der endlichen Lösung einer allgemeinen Aufgabe, wenn sich gleich nach Maßgabe der Verhältnisse im Einzelnen gewisse Verschiedenheiten ergeben müßten, doch auch unfehlbar so viel Gemeinschaftlichkeit im Ganzen hervortreten würde, als uns überhaupt auf natürlichem Wege erreichbar ist.

Und ob wir wohl der Meinung sind, daß es unmöglich sei, allen deutschen Staaten eine und dieselbe Verfassung zu geben, ohne ihr Leben anzutasten, so haben sie doch auch wieder vieles gemein. Wie das deutsche Wesen ursprünglich eine innere Uebereinstimmung hat; wie diese Staaten so lange in einen gemeinschaftlichen Reichsverband gehört; wie sie, sämmtlich mehr oder weniger von der Revolution erschüttert, sämmtlich an der Befreiung Theil genommen haben. Alles dies würde sich in ruhigen Tagen weiter entwickeln.

Doch wird Niemand behaupten, daß damit genug geschehen wäre. Ohne Zweifel sind allgemeine Institutionen erforderlich, welche dem Bedürfniß und der Lage der Dinge wirklich entsprächen. Bleiben wir bei denen stehen, deren Grundlage im Bunde selber gegeben ist.

Positive Momente.

Es ist bekannt, welche Plane einer strengeren, sich näher an die Form des Reiches anschließenden Einheit auf dem Congresse zu Wien verhandelt worden; man erinnert sich, woran sie gescheitert sind.

Wenn von der Errichtung von Kreisen unter Kreisobersten die Rede war, so setzte sich das Selbstgefühl der unlängst erworbenen vollen Souveränetät, — wenn von Bundesgerichten, die Erinnerung an das Reichskammergericht und die Furcht vor etwaigen Reclamationen der soeben unterworfenen Unmittelbaren, — wenn endlich von einer festzusetzenden Norm der Verfassung, die Schwierigkeit, diese auf eine den verschiedenen Staaten irgend genügende Weise zu bestimmen, entgegen. Auf der Stelle zeigte sich, daß die Principien derselben wider einander liefen. Indem Hannover für die Stände überhaupt das Recht in Anspruch nahm, an der Gesetzgebung Theil zu haben, nicht allein die Steuern zu bewilligen, sondern auch ihre Verwendung mit zu beaufsichtigen, so hatte es die altherkömmliche Form seiner eigenen Ständeverfassung im Sinn. Wie hätte dies aber Baiern oder Würtemberg zugeben sollen, Staaten, deren Bestehen sich an eine Auflösung der

alten Verfassung knüpfte und die von Ständen dieser Art eine sehr bedenkliche Opposition hätten erwarten müssen?

Dennoch konnte man nicht lange zaudern und sich bedenken. Als Napoleon von Elba zurückkam — ein Augenblick, der für alle europäischen Verhältnisse auf lange hinaus entscheidend wurde —, bedurfte man einer unverzögerten Verbindung, einer Vereinigung ohne Rückhalt. So kam es zur Bundesacte.

Allerdings entsprach dieselbe weder den allgemeinen Wünschen, noch auch wohl dem unleugbaren Bedürfniß. Dessenungeachtet liegen in dem Bunde sehr wichtige Elemente, die allerdings zu einer wesentlichen Vereinigung unseres Vaterlandes dienen können. Es ist sehr sonderbar, wenn man sich über die Trennung desselben immerfort beklagt und dabei einer weiteren Ausbildung der uns gegebenen Möglichkeiten keine Aufmerksamkeit widmen will, ja sich der Erfüllung der gemeinschaftlichen Pflichten lieber völlig entzöge.

Freilich ist es unsere Krankheit, das Wünschenswerthe allein jenseit der Grenzen des Erreichbaren zu suchen!

Der Bund, wie er endlich zu Stande gekommen, nahm für die Zukunft vorzüglich auf die Entwickelung drei gemeinschaftlicher Angelegenheiten Rücksicht, der Militärverfassung, der Presse, der Handelseinrichtungen.

Offenbar berühren diese drei Puncte die wichtigsten Interessen der Nation: ihre Sicherheit vor auswärtigen Feinden, welche mit der Erhaltung des inneren Friedens und Gedeihens so vielfach zusammenfällt, ihre Bildung und geistige Entwickelung, ihr materielles Wohlsein. Es sind die großen Richtungen, die man von jeher in Wehr-, Lehr- und Nährstand unterschieden hat; sie geben zur Ausbildung unserer Gemeinschaftlichkeit und Vereinigung weiten Raum und verdienen allemal die besonnenste Erwägung.

Militärverfassung.

Es ist die große Tendenz der Nationen in neuerer Zeit, alle ihre Kräfte zu gemeinschaftlichen Thaten anzustrengen, alles, was sie vermögen, wenn nicht zum Angriff, doch zum Widerstand aufzubieten, vornehmlich auf diese Einheit und Stärke ihre Verfassung zu berechnen und zu einem künftigen Kriege während des Friedens alle Vorkehrungen zu treffen.

Sollten wir allein das Gegentheil thun? Während 32 Millionen

Franzosen, so entzweit sie über die obersten Principien ihres Staates auch sein mögen, dennoch so zu sagen auf Einen Wink kommen und gehen und sich allesammt von einer Hauptstadt abhängig erkennen, welche hinwiederum denen gehorcht, die daselbst auf irgend eine Weise die höchste Gewalt an sich gebracht haben, während das unermeßliche Rußland die Völkerstämme des asiatischen Ostens aufbietet, um seine europäischen Kriege mitzufechten, während England alle Kräfte eines kolossalen Welthandels zu seinem Gebote hat und mit seinen tausend Armen, welche Verkehr und Leben verbreitend von Ocean zu Ocean reichen, alle Tage gerüstet ist, den ganzen Continent auf einmal zu umspannen, zu erdrücken, sollen wir gar nichts für unsere Einheit thun? wir, die wir, sobald Oesterreich und Preußen mit den übrigen Gliedern des Bundes zusammenstehen, so stark und stärker sind, als alle andere?

Allerdings haben wir es am schwersten, da unser Verein aus mehreren unabhängigen Staaten zusammengesetzt ist; aber eben dies ist es, weshalb es bei uns der Vorkehrungen so besonders bedarf.

Man kann wohl nicht anders sagen, als daß dieselben bisher mit Sorgfalt, Einsicht und dem besten Willen getroffen worden seien. Glücklicherweise giebt es einige Häupter der Nation, die von dem Gefühle des deutschen Namens durchdrungen und für die Unabhängigkeit des gemeinschaftlichen Vaterlandes Alles daranzusetzen entschlossen sind.

Im Gegensatz gegen den bunten Wirrwarr der alten Reichsarmee und gegen die Willkür, mit welcher die Contingente des Rheinbundes zusammengeworfen wurden, sind jetzt verschiedene Armeecorps eingerichtet worden, in denen man Sorge getragen hat, die Benachbarten zu vereinigen, wie sie auch vorkommenden Falles gemeinsame Grenzen zu vertheidigen haben werden.

Diese Corps, aus verschiedenen Landesgenossen zusammengesetzt, bedürfen nicht nur einer übereinstimmenden, sondern auch einer zusammengreifenden Organisation, durch welche aus den verschiedenen Theilen ein Ganzes, durch welche eben der lebendige Körper eines Heerhaufens gebildet werde; man hat nicht versäumt, darauf Bedacht zu nehmen.

Es bliebe noch übrig, im voraus zu besprechen, was jeder Theil im Fall eines Angriffes — denn allein zur Vertheidigung ist der Bund geschlossen — zu thun, wie er sich aufzustellen, welche nächste Maßregeln er zu ergreifen habe. Es wäre wohl sehr erwünscht, daß man auch diesen Punct erledigen möchte, um in dem dringen-

den Augenblick langwieriger und aufhaltender Berathung entübrigt zu sein.

Dürften wir etwas angeben, was vielleicht noch außerdem in Ueberlegung zu ziehen wäre, so würde dies das Institut der Nationalgarden betreffen, das man unter verschiedenen Formen auf deutschen Boden zu verpflanzen versucht hat, ein Institut, das doch vornehmlich für die unglücklichen Umstände einer Empörung des Pöbels oder anderer offener Vergewaltigung berechnet ist, obwohl es sich, wie die letzten Ereignisse in Grenoble, Lyon und anderen Orten darthun, auch hiefür unbrauchbar erwiesen hat; ein Institut, lästig, zeitraubend und kostspielig, zu eigentlich militärischen Zwecken wohl niemals geeignet. Sollte es wohl nützlich und wünschenswerth sein, ein solches Institut an die Stelle bewährter, für den Krieg dienlicher und weniger lästiger deutscher Einrichtungen zu setzen? Gegen Tumulte des Pöbels giebt es ein sicheres Mittel: es ist, sie weder sonst veranlassen, noch etwa mit Willen aufreizen.

Denn was helfen uns am Ende alle Anstalten zu gemeinsamer Vertheidigung, wenn wir indeß immer tiefer in innere Zerwürfnisse gerathen, wenn wir es auch dahin bringen, wohin unsere Nachbarn gekommen sind, auf jedem Punct, in jeder Stadt des Landes immerfort die Empörung fürchten zu müssen, wenn wir unser Vaterland einem ersonnenen, wesenlosen Weltbürgerthume nachsetzen und immer wieder der Lockung des Fremden horchen, der uns überreden möchte, nicht wir miteinander hätten ein gemeinschaftliches Interesse, sondern ein Theil von uns mit ihm zusammen ein solches wider den andern Theil von uns.

Hiegegen wäre vor allem ein sicheres Gleichgewicht der öffentlichen Meinung, eine gründliche, vaterländische Ueberzeugung derselben nothwendig.

Es ist gewiß, daß dafür thatsächliche Verbesserungen, genügende Ausgleichung der Mißverhältnisse, wie wir oben gedacht, das Beste thun müssen.

Allein auch die Presse hat auf dieselbe Einfluß; sie übt ihn in diesem Augenblick durchgreifender aus, als jemals; nicht damit zufrieden, nimmt sie ihn in noch stärkerem Maße in Anspruch.

Fassen wir diesen schwierigen, von allen Seiten mit Streit umgebenen Punct auch von der unsern aus ins Auge.

Gesetzgebung der Presse.

Dann wiederholen wir zuerst, daß diese Sache unsere wichtigsten und theuersten Interessen berührt.

Der große Besitz, welchen die deutsche Nation in dem letzten Jahrhundert erwarb, es ist unsere Literatur. Nach so langen Zeiten der Abspannung und Nachahmung fand endlich in ihr der deutsche Geist seinen Ausdruck; selbständig prägte er sich in ihr aus. Sie ist eins der wesentlichsten Momente unserer Einheit geworden; wir wurden uns derselben in ihr zuerst wieder eigentlich bewußt. Sie bildet nunmehr die Atmosphäre, in der unsere Kindheit erwächst, unsere Jugend aufathmet, die alle Adern unseres Daseins mit eigenthümlichem Lebenshauche beseelt. Von allen Deutschen Keiner, man gestehe es, wäre, was er ist, ohne sie.

Wie wichtig ist die Preßgesetzgebung, da sie die Fortbildung und Weiterentwickelung dieses unseres größten Eigenthums unmittelbar berührt!

Gälte es indeß hier allein die Literatur — die Wissenschaft, die Poesie, deren Beziehung auf den Staat zwar unausbleiblich, aber mittelbar, deren Rückwirkung sicher, aber langsam —, so würde Niemand viel daran denken, sie zu beaufsichtigen. Wie gemäßigt waren, solange es auf nichts anderes ankam, in den Zeiten vor der Revolution alle Gesetze, wie wenig ward von der Ausführung derselben verspürt!

Auch ist wohl wahrscheinlich, daß Rücksicht auf die Literatur allein nicht so viel entschiedene und heftige Verfechter der Preßfreiheit hervorrufen würde.

Allein es giebt noch ganz andere Dinge, die hier in Betracht kommen. Seit der Revolution, obwohl vielleicht nicht so sehr durch die Meinungen wie durch die Begebenheiten selbst, sind unsere Staaten erschüttert und umgewandelt worden. Noch sind sie nicht alle zu jener Ruhe und Stätigkeit gelangt, welche erst, wenn sie lange ausgehalten und einmal den Stürmen getrotzt hat, das Gefühl der Sicherheit und volles Vertrauen erweckt. Nun sind überdies alle Elemente der Gesellschaft rings um uns her in Aufruhr; die Verwandtschaft, in der sie zu unsern eigenen Angelegenheiten stehen, wirkt unaufhörlich auf uns zurück. Mitten in diesen Proceß der Bildung, hie und da der offenbaren Gährung, greift die politische Presse ein.

Je schwankender die Zustände sind, um so wirksamer ist sie. Sie entwickelt sich zu einer wahrhaften Macht. Die Staatsgewalt, von welchem Namen sie auch sei, kann ihrer Natur nach diese stets opponirende Besprechung des noch nicht Vollendeten, dies sich mißverstehende Hervorheben unvermeidlicher Gebrechen, diese unaufhörliche Empörung aller Gedanken, in deren Sinne sie nicht verfährt, unmöglich billigen oder gern sehen. Die einzelnen Elemente dagegen, die noch nicht verschmolzen sind, haben die natürliche Tendenz, sich durch die Presse zu repräsentiren und geltend zu machen; gewiß, daß sie sich hiedurch einen immer größeren Einfluß, eine immer entschiedenere Wirkung auf das Gemeinwesen verschaffen werden.

Jedermann wird geständig sein, daß hierin die Schwierigkeit liegt: nicht in der mittelbaren Wirkung, die nie zu vermeiden ist, sondern in der unmittelbaren; nicht in der freien Regsamkeit des denkenden und bildenden Geistes überhaupt, sondern in seiner nächsten Richtung auf den Staat.

Es scheint doch, als wenn man diesen in den Sachen liegenden Unterschied, der unleugbar ist, — obwohl die Grenzlinie, wie überhaupt in der Natur, wo sich alles durchdringt, schwer zu ziehen sein mag, — nicht immer weder von der einen, noch von der andern Seite her ins Auge faßte. Die Einen fordern so gut wie eine vollkommene Freiheit in jedweder Hinsicht; die Andern wünschen so viel Beschränkung wie möglich, nicht minder in jeder Hinsicht.

Hiedurch, scheint mir, wird der Streit auf ein Feld gespielt, auf welches er nicht vollkommen gehört.

Die Vertheidiger einer gänzlich oder fast ganz unbeschränkten Freiheit reden nur von der Freiheit, welche den Aeußerungen von Gedanken überhaupt zu gestatten sei, — sie wollen, wie sie sagen, die Freiheit der Wahrheit. Der eine nennt die Preßfreiheit geradezu Wahrheitsfreiheit: Wahrheitsliebe aber sei das höchste Gesetz und Ziel des Menschen. Eine wechselseitige Mittheilung der Erfahrungen und Gedanken, sagt ein Anderer, sei eben das, wodurch der Funke des Göttlichen in den Menschen zum Bewußtsein komme, das, wodurch sie Menschen werden, fähig für göttliche Wahrheit und Gesetzgebung; die Freiheit dieser Mittheilung sei die Freiheit des Göttlichen im Menschen.

Gewiß, sie haben Recht: die Wahrheit zu erforschen und mitzutheilen, muß man allen Raum und alle Möglichkeit haben.

Allein man wird bekennen, daß dies doch bei weitem zu abstracte Behauptungen sind, daß die Frage mit nichten hierin liegt.

Sobald wir die Sachen ansehen, wie sie sind, so ist unleugbar, daß sich durch die politische Presse, wo sie irgend unbeschränkt geworden, nicht allein Lehren, Gedanken, Meinungen, sondern hauptsächlich Leidenschaften und Interessen äußern, daß sich sofort eine starke Opposition gegen die höchste Gewalt bildet und nicht anders kann als sich bilden, daß sich endlich die Parteien unvermeidlich in scharfem Widerspruch entgegentreten. Hierauf kommt es an; dies ist die Frage, an der dem allgemeinen Wohle liegt. Jene Vertheidiger müßten beweisen, daß ein solcher Zustand für das Leben der Nationen überhaupt wünschenswerth, daß er auch für einen jungen, in seinem Bildungsprocesse begriffenen Staat nützlich und förderlich sei.

Indessen geht man nicht auch auf der anderen Seite zu weit, wenn man alles, was gedruckt wird, einer strengen Censur unterwirft? Um Ein Element in Schranken zu halten, ist es dazu unumgänglich nothwendig, alle zu beaufsichtigen? Giebt es Niemand, dem der Staat völlig und immer vertrauen kann? Bietet nicht auch die Censur ungemeine Schwierigkeiten dar? Wie fast unmöglich sind doch ausreichende Instructionen! Und wäre es für das allgemeine Beste so unbedenklich, einem beschränkten Beamten anheimzustellen, ob eine Sache zur Sprache gebracht werden soll oder nicht?

Nur allzuoft hegen wir in gegenwärtiger Zeit die Einbildung, daß unsere Zustände neu und niemals dagewesen seien. Gern greifen wir zu dem, was unsere Nachbarn am heutigen Tage für gut halten; selten erinnern wir uns, welche Lehren die vergangenen Jahrhunderte geben, Lehren, die um so wichtiger sind, da die Folgen der Maßregeln, die man ergriff, vollständig vor uns liegen.

Von den Wirkungen einer ungezügelten Freiheit der Presse und einer drückenden Ausübung der Censur haben wir zwei große Beispiele. Das eine an dem Deutschland des sechzehnten Jahrhunderts. Wenn man die Klagen, die über die Frechheit der Flugschriften damaliger Zeit erhoben worden, vernimmt, so sollte man oft glauben, sie bezögen sich auf die Mißbräuche des heutigen Tages. Nicht von der Partei des Stillstandes, für welche man die katholische zu halten beliebt, sondern von den unbescholtensten Protestanten, nicht von denen, welche die Unterdrückung suchen mochten, sondern von denen, welche die Freiheit begehrten, stammen dieselben. Die Ehrenmänner jener Zeit können sich über den leichtfertigen Ehrgeiz, den wilden Durst nach einem wohlfeilen Ruf, den man sich durch heftige Schriften zu verschaffen suche, nicht genug beschweren. „Sage mir, wer es kann“, ruft unter andern Camerarius aus, „was haben diese Menschen

jemals erläutert, das dunkel, was haben sie aufgeklärt, das zweifelhaft war? welches neue Licht haben sie angezündet? Vielmehr ist es durch sie dahin gekommen, daß es unmöglich wird, seine Meinungen ruhig vorzutragen, seine Bedenken über das Zweifelhafte zu äußern, die Wahrheit zu behaupten, die Lüge zu widerlegen; eine wilde Heftigkeit, ein unruhiger Ehrgeiz nimmt mit seltsamen Vorspiegelungen nicht allein die Geister der Menge, sondern auch besserer Leute ein. Freilich sagen sie wohl, all ihr Thun und Treiben komme aus dem Drange höherer Gesinnungen; allein so lange es noch etwas geben wird, was einen Ehrgeiz beleidigt, eine Begier einhält, einer Neuerung Widerstand leistet, so lange werden sie jede Gelegenheit ergreifen, gefaßte Beschlüsse zu zerstören, die alten Wunden aufzureißen, den Brand wiederum zu schüren. So haben sie denn nichts als Unruhe angestiftet, Entzweiung und Haß erregt, die Guten niedergeschlagen, die Bösen erfreut. — Wann werden wir jemals einig werden! Wann wird man irgend eine Streitfrage über irgend eine Materie zu Ende bringen! Nein, mit wildem Geschrei kann man so wichtige, schwere und hohe Geschäfte nicht ausführen."

Camerarius selbst hält für das einzige Mittel dise Uebel zu heben, „daß es Niemand vergönnt werde, seine Meinung nach Gutdünken bekannt zu machen, in wilden Predigten das Volk zu bearbeiten, mit unreinen Schriften den Namen seiner Gegner zu verlästern. Denn wer kennt sie nicht", ruft er nochmals aus, „diese Frechheit, Alles zu sagen oder zu schreiben, diese Keckheit ohne Erfahrung, diese ungelehrte Gelehrsamkeit, diese unglaubliche Hartnäckigkeit und Anmaßung[1])!" Doch genug! Aus der Mitte der Protestanten selbst trug man darauf an, diesem großen Mißbrauche der edelsten Mittel zu den gemeinsten Zwecken ein Ende zu machen. Oft haben es die besten Fürsten zu thun beschlossen. Allgemein ist Maximilian II. gerühmt worden, daß er gewisse heftig katholische Bücher, welche schon damals alle Leidenschaften hätten aufwecken können, unterdrückt hat. Allein in Ermangelung durchgehender und allgemein befolgter Maßregeln fand man sich zu schwach, dem Strom der Verwilderung zu widerstehen. Niemand, der diese Dinge mit unbefangenem Auge betrachtet, wird leugnen können, daß die unglückliche Entwickelung, welche das Geschick unseres Vaterlandes damals genommen hat, großentheils aus dem wilden Toben der theologischen Presse und der Entzweiung, die sie zur Folge hatte, entstanden ist.

---

1) Camerarius, vita Philippi Melanchthonis p. 294. 384. 420 u. a. St.

Diesem Beispiel gegenüber giebt es jedoch auch ein anderes.

Während Deutschland sich in eine so zügellose Bewegung verlor, führte man in Italien die Censur ein. Mit der Inquisition verbündet, wurde sie überaus streng und mit größerem Erfolg, als man glauben wird, ausgeübt. Bücher, die in hunderttausenden von Exemplaren verbreitet waren, sind so vollkommen vertilgt worden, daß keine Spur derselben, auch nicht in den ansehnlichsten Bibliotheken, übrig geblieben ist. Diese Censur im Dienste der Kirche und der eben emporkommenden modern katholischen Doctrin hielt alles und jedes nieder, was nicht in dem Sinne derselben war. Bis zu der Zeit, daß sie eingeführt wurde, bis gegen die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts, hat sich der Geist der Italiener aus vollen Kräften und nach allen Seiten hin entdeckend, erfindend, zu freier Form ausbildend bewegt. Bemerkt man nun, wie er seitdem von Stund an inne hält und still steht, wie er bald darauf weder in der Poesie (nach Tasso), noch in der Historie, noch in der Politik, noch viel weniger in den die Religion näher berührenden Wissenschaften etwas hervorbringt, das der Rede werth wäre; gewiß, so muß man eingestehen, daß, obgleich auch noch andere Momente mitgewirkt haben mögen, doch gewiß jener drückende Zwang der Geister, welcher Giordano Bruno verfolgte, Galilei vor das Gericht forderte, Campanella ins Gefängniß warf, an einem so beklagenswerthen Erfolg den größten Theil der Schuld trägt — ein Schauspiel, über das die Menschheit trauert.

Und wie doch völlige Ungebundenheit und gewaltsame Beschränkung die nämliche Wirkung haben! Beide Nationen waren auf großen Pfaden der Entwickelung und Ausbildung; die Deutschen geriethen, weil sie denn gar nicht Maß hielten und die herrschende Polemik alle Geister fesselte, in eine Art von Verwilderung; die Italiener, denen man die Gebiete verschloß, auf welchen sie sich frei zu bewegen die Neigung zeigten, fielen in eine einseitige Verbildung, in welcher vielleicht ein noch größeres Hinderniß für die Zukunft lag.

Nein! sagt nicht, daß die Extreme jemals heilbringend geworden, immer waren sie verderblich.

Ihr möchtet entgegnen, jene Zeiten seien noch nicht so reif gewesen, wie die unsern. In Hinsicht der Religion, der diese ihre Bewegungen galten, waren sie es gewiß, sie haben Euch die Glaubensformen gegeben, über welche ihr noch heute streitet.

Mißbrauch aber hebt den Gebrauch nicht auf, Mißbrauch der Presse nicht die Möglichkeit einer freien Bewegung derselben, die

übertriebene Beschränkung nicht die Nothwendigkeit einer gemäßigten Beaufsichtigung.

Auch ist man einverstanden, daß es Gesetze für die Presse geben müsse; selbst unsere Radicalen wagen es nicht zu leugnen. Noch fragt sich nur, von wem sie bei uns ausgehen sollen.

Auf der einen Seite, da die Mannigfaltigkeit deutscher Verfassungen mit den bestehenden Zuständen gegeben ist, und da die Presse so wesentlich mit allen Zweigen des innern Staatslebens zusammenhängt, könnte es scheinen, als sei die Gesetzgebung über diesen Punct den einzelnen Staaten völlig zu überlassen. Gewiß, so wäre es, wenn wir verschiedene Sprachen redeten, wenn wir nicht so enge mit einander verbunden wären, daß jeder Schlag, wo er auch immer geschehen mag, unfehlbar durch den ganzen Körper gefühlt wird, wenn nicht endlich der deutsche Buchhandel eine ganz eigene, allgemein deutsche Bedeutung hätte.

Unter den gemeinschaftlichen Instituten der Nation hat der Buchhandel eine sehr bedeutende, er behauptet vielleicht unmittelbar nach den Universitäten seine Stelle.

Der Buchhandel hat in Deutschland mehr Selbständigkeit und einen größeren innern Zusammenhang als in irgend einem andern Lande. Er erkennt keine Grenze, noch Mauth; er läßt sich nicht hemmen noch bannen; das Geschäft geht durch die Ausbildung des Commissionswesens, durch die augenblickliche Versendung jeder Schrift, sobald sie erschienen ist, und den Vertrieb im Einzelnen, nach allen Richtungen hin, nach jeder Stadt und jedem Dorf, nach jedem Hause, seinen durch kein Verbot zu hindernden Gang. Der Natur der Dinge nach können die Verbote, welche in der Regel zu spät, und erst alsdann eintreten, wenn der hauptsächliche Vertrieb schon geschehen ist, selten völlig ausgeführt werden, sie haben oftmals einen ihrer Absicht geradezu entgegengesetzten Erfolg. Der Buchhandel vertheilt seine Productivität an einzelne Stellen; seine Wirkung aber ist schlechterdings allgemein und vaterländisch. Da es nun so steht, da es bei dem innigen Zusammenhange des Geschäftes für dieses selber unmöglich förderlich sein kann, daß man in jedem Lande besondere Gesetze befolge, so ist schwerlich zu leugnen, daß, wie das Institut ein allgemeines ist, so es auch allgemeine Gesetze für dasselbe geben müsse.

Allein, wird man sagen, giebt es nicht bereits Gesetze? Gesetze, die als allgemeine Norm verkündigt worden sind, die im Grunde noch

heute bestehen, und denen zum Trotze sich dennoch so große Uebelstände entwickelt haben?

Mit diesen Gesetzen und ihrer Ausführung hat es folgende Bewandtniß.

Nachdem der Druck aufgelöst war, mit welchem die napoleonischen Jahre jede geistige Regung in Bande geschlagen hatten, erhob sich im Gegensatz desselben eine ziemlich schrankenlose Ungebundenheit.

Sie nahm zuerst, wenigstens dem großen Strome nach, jene nationale Richtung, die den Angelegenheiten nur förderlich sein konnte. Erst nach und nach, besonders als die allgemeinen und dann auch die deutschen Bewegungen seit dem Jahre 1818 in einen unerwarteten andern Gang fortgerissen zu werden schienen, fing man an, sie für gefährlich zu halten.

Es erfolgten die Karlsbader Beschlüsse.

Ich will nicht erörtern, in wiefern dieselben damals unumgänglich nothwendig sein mochten, noch auch in wiefern sie dem allgemeinen Bedürfniß entsprachen; ich mache nur zwei Bemerkungen.

Einmal waren sie bloß provisorisch und mithin nothwendiger Weise strenger und schärfer, als man ein Gesetz für immer abgefaßt haben würde; sie erschienen als eine entschiedene Reaction.

Sodann wurden sie, und wohl eben darum, keinesweges auf einhellige Weise gehandhabt. Nur in einigen Ländern begleitete man ihre Bekanntmachung mit den entsprechenden Einrichtungen und Instructionen; andere, wie Baiern, nahmen eine Stellung an, in welcher sich eine gewisse Opposition nicht verkennen ließ. Fast keiner von den constitutionellen Staaten legte diese Sache seinen Kammern vor, um den Beschluß durch organische Gesetze in Ausführung zu bringen. Auch war hiefür leicht eine Entschuldigung gefunden. Gaben sich doch jene Beschlüsse selbst nur für provisorisch aus! Die Handhabung überließ man gewöhnlichen Censoren, die überdies, ohne ausreichende Instruction gelassen, ihr Amt nicht ohne Willkür verwalten konnten.

Hieraus entstanden nun, wie unvermeidlich, von allem Anfang Unebenheiten, die sich von Jahr zu Jahr vermehrten. In Baiern hielt man es für gerathen, eine Preßfreiheit zu gestatten, die mit den Bundesschlüssen nicht eben in gutem Einklang stand; allmählig aber, und besonders seit der Bewegung, welche in Folge der Julirevolution die Geister ergriff, wurden alle Schranken durchbrochen. Die Censoren, wie sie bestanden, waren nicht mehr zu behaupten; organische Gesetze, um die Uebertretungen vor Gericht zu belangen,

gab es nicht, sie waren weder vorgeschlagen noch genehmigt; es trat eine allgemeine Anarchie ein.

Nicht ohne Schein hat Baden auf den Tadel einiger Bestimmungen seines neuen Preßgesetzes erwidert, der neue Zustand sei noch immer besser als der alte, so vollkommen gesetzlose.

Wie sehr ist aber unter diesen Umständen die Presse gemißbraucht worden: zu wilden Angriffen auf Privatleute, zu heftigen Feindseligkeiten gegen die Staatsgewalten, zu einer offenen Fehde wider die ganze, in Deutschland bestehende Ordnung!

Und so sind wir, wenn ich sagen darf, wie mir scheint, auf diesem Puncte, wenn es auch auf keinem andern ist, in den Zustand der Revolution gerathen. Auf der einen Seite eine Staatsgewalt, die, mit provisorischen Gesetzen, welche nur auf die Zeiten der Gefahr berechnet waren, ausgerüstet, keinen Unterschied macht und mit schwerem Scepter über gut und bös lastet; auf der andern Seite ein unablässiger Gegensatz, eine geheime oder offene Rebellion wider diese Gesetze. Bald ist die eine, bald die andere Macht die stärkere; wir schwanken wie die Revolution selbst zwischen Despotismus und Anarchie.

Gewiß, ein Zustand, welchem ein Ende zu machen mit aller Sorgfalt Bedacht genommen werden muß.

Niemand wird verkennen, wie außerordentlich schwierig diese Aufgabe ist; und ich bin fern davon, in das Labyrinth der dahin einschlagenden Fragen eingehen zu wollen.

Sollte es in der That unmöglich sein, wenigstens einen Versuch zu machen, die wissenschaftliche Literatur, die sich nicht unmittelbar auf den Staat und die Angelegenheiten des Tages bezieht, von der rein politischen, namentlich von allem, was Zeitung und Flugschrift ist, zu sondern und, diese beaufsichtigend, jener ihre freie Bewegung zu lassen?

Den Ausdruck der Gedanken hätte man freizugeben, den Ausbruch der Leidenschaften zu verhüten.

Einen Mißbrauch, wie er im sechzehnten Jahrhundert stattgehabt, wie er gegenwärtig sich wieder ergeben will, darf man und soll man im Interesse des Vaterlandes selbst nicht dulden; eine Censur, wie sie in Italien durchgesetzt wurde, einführen zu wollen wäre ein Verbrechen, oder vielmehr nur der Versuch zu einem solchen; denn es eigentlich zu begehen würde unmöglich fallen.

Es müßte ein Gesetz gegeben werden, mild und freisinnig, das der Nation nicht den Argwohn beibrächte, als wolle man geistigen Druck

über sie verhängen, aber stark genug, um dem Fortgang des innern Zerwürfnisses zu steuern, ein allgemeines Gesetz — welches auch ausgeführt würde. Nur wenn es mild und gemäßigt wäre, nur alsdann, wenn es wirklich den Mißbrauch angriffe, könnte man hoffen es nicht allein abgekündigt, sondern auch gehandhabt zu sehen.

Einem jeden von unseren Staaten wird gestattet bleiben müssen, in Bezug auf die Besprechung seiner inneren Angelegenheiten nach Maßgabe seiner eigenen Verfassung besondere Bestimmungen zu treffen; den Bundespflichten aber müßte sich ein jeder fügen.

Würde auf diese Weise das Umsichgreifen der Entzweiung gehemmt, so könnten auch noch andere Maßregeln, welche für das allgemeine Beste berechnet sind, einen erfreulichen Fortgang nehmen. Ich meine vor allen solche, an denen für die Herstellung des öffentlichen Wohlstandes von Deutschland so viel liegt. —

Wir kommen hier auf den dritten Punct unserer Erörterung.

Handelseinrichtungen.

Auch von diesen, wie man weiß, ist in der Bundesacte die Rede.

Dessenunerachtet wird man es sehr begreiflich finden, daß sich der Bund als solcher denselben nicht geradezu gewidmet hat.

Denn da das Vorhaben, die bis jetzt dem freien Verkehr der Deutschen unter einander entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen, wie man leicht bemerkt, auf das tiefste in den innern Haushalt jedes einzelnen Staates eingreift, so versteht es sich, daß gemeinschaftliche Maßregeln nur durch allmählige und wohlerwogene Vereinbarung des einen mit dem andern zu Stande kommen können. Welche Schwierigkeit hat es doch, die Interessen gerade da zu versöhnen, wo sie einander bisher feindselig berührten, und überdies so umfassende und kostspielige gemeinschaftliche Einrichtungen zu treffen!

Den beiden mächtigeren süddeutschen Fürsten gereicht es zu immerwährendem Lobe, daß sie hierauf so bald und so ernstlich Bedacht genommen haben.

Glücklicherweise fand sich alsdann ein großer Staat, der alle Fragen, welche bei dem innern Verkehr deutscher Gebiete unter einander vorkommen können, für sich allein zu lösen hatte: so zerschnitten war sein Gebiet, so weit ausgedehnt seine Lage; er allein grenzte so zu sagen mit allen Reichen der Welt zugleich zusammen.

Wie er nun diese Aufgabe für sich selber erledigt hatte, in einem

Sinne, der allerdings von vornherein ein Anschließen anderer an das neue System im Auge behielt, so dauerte es nicht lange, daß nicht ein oder der andere Nachbar es gerathen gefunden hätte, seinen Beitritt anzubieten. Unaufgefordert, aus eigenem Antrieb, haben sich die beiden Hessen hiezu bewogen gefunden.

Auch war es nicht ihr Nachtheil. Ein kleinerer Staat kann an und für sich die Kosten zu jenen schwierigen Einrichtungen, die seine Grenzen schließen sollen, nicht wohl bestreiten; durch die Vereinigung mit einer großen Monarchie, die ihn dabei als ihresgleichen behandelt, werden ihm dieselben außerordentlich erleichtert; es wird ihm überdies ein unermeßlicher, mit seinen früheren beschränkteren Verhältnissen nicht zu vergleichender Markt eröffnet.

Indem man nun diese Verbindungen geschlossen, hat man sich wohl gehütet, das Interesse eines Bundesstaates, mochte er nun zu dem Beitritt Hoffnung machen oder nicht, auf irgend eine Weise zu verletzen.

Es braucht nicht auseinandergesetzt zu werden, wie überaus vortheilhaft für den Augenblick, wie bedeutend für unsere ganze Zukunft es wäre, dies großartige Unternehmen zu vollenden. Jedermann weiß, wie unangenehm ihm jene individuellen Belästigungen sind, die hiemit wegfallen würden, wie in der Beseitigung derselben ein so großer Theil wesentlicher Freiheit liegt, als in irgend einem jener unausführbaren Ansprüche, die der heutige Tag mit doctrinärer Selbstgefälligkeit erhebt. Nicht minder wichtig wäre es für das Verhältniß unserer Staaten unter einander. Glücklich, wenn allmählig doch einige von jenen Schranken auf immer fallen, welche bisher das Zeichen unserer Entzweiung waren und dieselbe so wesentlich verstärkt haben! Endlich wäre es erwünscht für unsere Nationalexistenz überhaupt; es würde sich wieder eine natürliche Gesammtopposition gegen das Ausland bilden; dem überwiegenden Einfluß desselben, der in so langen Zeiten nach und nach das Silber unserer Bergwerke weggeführt hat, könnten wir alsdann erst mit gemeinschaftlichen Maßregeln die Spitze bieten und mit ihm in Wettstreit treten.

Und so sind es sehr positive Momente, an welche sich alle unsere Aussicht auf engere Vereinigung knüpft.

Es ist die freie Bewegung der materiellen Kräfte, die gemeinschaftliche Vertheidigung, die von Leidenschaften ungestörte, allseitig fortschreitende Entwickelung unserer Staaten.

Diese letzte vorzüglich. Der Austrag der innern Entzweiungen in den einzelnen Ländern ist die Grundlage von allem, was gegenwärtig geschehen kann, was sich in Zukunft hoffen läßt. Leider bringt uns jede Zeitung neue Nachrichten von dem beunruhigenden Fortgang derselben.

Hätte man eine Stimme, die gehört zu werden verdiente, die sich Gehör verschaffen könnte, so müßte man sie jetzt erheben.

Wie lange ist es nun schon, daß man sich den Uebertreibungen hingiebt! Wie lange, daß wir es nicht zu ruhiger Ueberlegung der Lage der Dinge, der Möglichkeiten und des Nothwendigen bringen können! Auf die Uebertreibung folgt die Beschränkung, auf die Beschränkung die Empörung! Action und Reaction, Druck und Gegendruck, Schlag auf Schlag, rufen einander hervor, so daß die Elemente der Gesellschaft sich eins wider das andere empören und in scharfen und schärferen Widerstreit zerfallen.

Wäre dies aber in der That der Natur des heutigen Deutschlands so entsprechend?

Nein! so weit wir hören, wohnt noch über den ganzen vaterländischen Boden hin, im Süden so gut wie im Norden, ein besonnenes, wohlgesinntes, in seinen Bedürfnissen und Wünschen gemäßigtes Geschlecht, zugethan einer gesetzlichen ruhigen Entwickelung, seiner Verfassung getreu, friedlichen Beschäftigungen ergeben, von Grund seines Herzens gottesfürchtig.

Aber so wie sich zur Zeit der napoleonischen Neuerungen eine zahlreiche Secte erhob, die das Heil des Vaterlandes allein von ähnlichen Maßregeln, von diesem gewaltsamen Machen und Zurichten von oben her erwartete, so hat sich nunmehr auf dem nämlichen Boden eine andere Schule gebildet, welche in den Neuerungen der Julirevolution, obwohl sie in Frankreich einen so eigenthümlichen Ursprung und überdies so unglückliche Folgen haben, den Triumph der Menschheit überhaupt sieht und, nach ihrer Analogie, von unten her die Welt einrichten und reformiren möchte.

Es ist sehr deutlich, wohin dies führen muß.

Plato schildert einen Staat wo man von nichts als von Freiheit rede, hierin unersättlich alles übrige vernachlässige, wo das Volk von schlechten Mundschenken in diesem starken Weine berauscht werde, so daß es die Obrigkeiten, die es im Zaum halten wollen, für oligarchisch erkläre, diejenigen aber, die denselben gehorchen, als knechtisch in Verruf bringe; bis denn zuletzt die Obrigkeiten sich als Untergebene, die Untergebenen sich als Obrigkeiten gebärden, die Lehrer

vor ihren Zuhörern zittern und ihnen schmeicheln, diese aber sich aus jenen nichts machen, die Jüngeren sich den Alten gleichstellen und mit ihnen in Worten und Thaten in die Schranken treten, die Alten dagegen sich unter die Jüngeren setzen und es ihnen an Aberwitz gleichzuthun suchen[1]). Ich will nicht ausführen, in wiefern wir uns einem solchen Zustand nähern; es ist Jedermann offenbar; ich will nur noch gedenken, in wie schlagender Wahrheit der Philosoph den Erfolg hievon herausstellt. Die Obrigkeit, sagt er, werde, wenn sie auch nicht die mindeste Neigung habe, eine Neuerung zu machen, unaufhörlich beschuldigt, oligarchisch zu sein und auf die Unterdrückung zu sinnen. Wenn sie nun sehe, daß ihr das Volk, in einer Art von Unwissenheit und von Verleumdern betrogen, ohne alle ihre Schuld Unrecht thun wolle, so geschehe wohl, daß sie wirklich oligarchisch werde, obwohl gleichsam wider ihren Willen. Dann erfolge gegenseitige Anklage, Rechtsstreitigkeit, Kampf und, zumal wenn das Volk die Oberhand behalte, durch die Führer desselben auf natürlichem Wege die Tyrannei.

So ist nun einmal die Entwickelung der menschlichen Dinge; so ist sie zu allen Zeiten gewesen, so wird sie wieder sein, wofern man ihr nicht mit Vernunft und moralischer Kraft begegnet. — Uns aber bedroht hiebei das gefährlichste Zerwürfniß.

Goethe sagte vor seinem Ende, es scheine sich ein Krieg vorzubereiten, wie der dreißigjährige gewesen; in vielen Zeitgenossen setzt sich eine ähnliche Meinung fest; Niebuhr starb, indem er einen Wiedereintritt der Jahrhunderte der Barbarei vorherzusehen glaubte.

In der That befinden wir uns bereits in einer Art von Kriegszustand. Die Regierungen finden an vielen Stellen nicht mehr den alten Gehorsam; die Stände erheben sich wider einander; in wie vielen Tagesschriften, in wie vielen Versammlungen trägt man auf neue Dinge an! Jede Veränderung eines auswärtigen Ministeriums bedroht uns mit allgemeinem Krieg. Ohne widerstreben zu können, werden wir alle von unseren friedlichen Vorsätzen in die Mitte dieser Dinge fortgerissen.

Was geschehen würde, wenn es noch einmal zur Gewalt käme, wer kann es sagen?

Für den Frieden aber giebt es nur Eine Regel: die unleugbar vorhandenen Schwierigkeiten wie sie sind ins Auge zu fassen und mit Vernunft und Redlichkeit beizulegen.

Was kann es helfen, auf das Ausland zu sehen, das in ganz

---

1) De republica lib. VIII, p. 562.

anderen Zuständen ist und auf seinem Wege ganz andere Aufgaben — was es denn eben auch nicht sehr befriedigend thut — zu lösen vor sich hat.

Auch könnte es nichts nützen, die Fahne einer eingebildeten Deutschheit aufzustecken. Wer will jemals in den Begriff oder in Worte fassen, was deutsch sei? Wer will ihn bei Namen nennen, den Genius unserer Jahrhunderte, der vergangenen und der künftigen? Es würde nur ein anderes Phantom werden, das uns nach anderen falschen Wegen verführte.

Nein! alsdann werden wir im Sinn unseres Vaterlandes und unserer Altvordern handeln, wenn wir, die wir Deutsche sind, unsere Sachen nach bestem Vermögen einzurichten, die uns vorliegenden Schwierigkeiten, ohne auf Andere zu sehen, nach bestem Wissen zu überwinden suchen. Dazu haben wir alle Antriebe, die denkbar; dazu, wie gesagt, möchte man rathen und ermahnen, wenn man gehört zu werden hoffen dürfte.

Gott hat sich uns nicht unbezeugt gelassen. Noch immer hat er den Uebermuth gestraft, noch immer hat er die muthwillig zerfallenden Völker durch ihre eigene Untüchtigkeit gezüchtigt; vor unsern Augen hat er sich uns offenbart. Das Buch der Geschichte liegt aufgeschlagen; wir können wissen, wodurch die Nationen groß werden, wodurch sie zu Grunde gehen; wir haben die zusammentreffenden Beispiele der älteren Vergangenheit und der frischesten Erinnerung.

Welch ein Schauspiel wäre in dieser in sich selber zerfallenden, nach einem eingebildeten Glück, auf Wegen, die von dem wahren abführen, jagenden Zeit eine Nation, die in Eintracht zusammenhielte und ruhig, die Zukunft erwartend, ihre gemeinsame Entwickelung, ihr wahres Wohl indeß unablässig zu fördern verstünde!

7.

Die Kammer von 1815.

Zur französischen Geschichte vom 8. Juli 1815 bis 5. September 1816.

1832.

Im Jahre 1815, man möchte sagen, mit dem Verhallen des Kanonendonners von Bellealliance, traten die europäischen Nationen, die an den letzten Ereignissen thätigen Antheil genommen, in eine neue Epoche ein.

Kaum hat es jemals eine andere von so lange ungestörtem Frieden gegeben.

Die alte Eifersucht, mit der sich sonst die Staaten gegenseitig bewachten, war so gut wie verschwunden; und höchstens in schwachen Nachwirkungen war sie sichtbar. So ungemein schwierige Verwickelungen, wie die Feldzüge der Russen in der Türkei herbeiführten, gingen doch ohne Ausbruch der Entzweiung vorüber. Wenn innerhalb des Kreises unserer Völker ein paar Mal Truppen des Einen in das Gebiet des Andern einrückten, so waren dies doch Kriege mehr dem Namen nach als in der That, mehr Promenaden, wie man sich ausgedrückt hat, als Feldzüge.

Und dennoch, trotz dieses Friedens, welche lebhafte Bewegung! welche Aufregung aller thätigen Kräfte! Wie oft ward Form und eigenthümliches Bestehen eines oder des anderen Staates in Frage gestellt! Wie oft kam es in dem Innern derselben zu Gewaltthaten!

Man mußte fürchten, es wolle sich, nachdem der große Krieg gegen den Eroberer beendigt worden, allenthalben ein bürgerlicher entzünden.

So auffallend dieser Wechsel erscheint, so ist er doch nicht schwer zu erklären; mit einer gewissen Nothwendigkeit trat er ein.

Die revolutionären Stürme, welche Europa so lange erschüttert, hatten nicht allein die äußeren, sondern auch die inneren Verhältnisse umgewandelt; neue Grundsätze hatten sie geltend gemacht und neue Interessen hervorgerufen. Jetzt war die Revolution besiegt. Es konnte nicht anders sein, als daß die entgegengesetzten Principien auch ihrerseits wieder emporkamen und nach der verlorenen Herrschaft strebten. Fast schien es, als setze sich der erste Kampf auf einem anderen Felde fort.

Und so wäre wohl, dürfte man fragen, rathsam gewesen, ja es hätte in der Natur der Sache gelegen, die Dinge schlechthin in ihren alten Zustand wiederherzustellen?

Man schmeichle sich nicht, daß sich das hätte ausführen lassen. Nein! so leicht hatte man es nicht.

Die Reiche und Staaten, im Großen angesehen, waren doch auch in eine ganz neue Lage getreten, jeder für sich, alle zu einander; das Weltverhältniß war durchaus umgewandelt. Wo war das deutsche Reich mit seiner großen geistlich-weltlichen Hierarchie? die aristokratische Macht so stolzer Republiken, wie Venedig und Genua? die alte Theilung der Seeherrschaft? das Verhältniß der Colonien? Vieles war verschwunden, Alles verändert. Unmöglich konnte man nun die Zustände der niedrigeren Kreise, die zu den höheren in einer so nothwendigen Beziehung gestanden und auf ihnen beruht hatten, einseitig zurückrufen: Zustände übrigens, die in sich selbst so viel Unhaltbares gehabt, die, als der große Sturm ausbrach, in einem inneren Proceß der Verbesserung und Metamorphose, nicht ohne Gährung, begriffen gewesen. Es war nicht daran zu denken.

Konnte man sich aber auf der anderen Seite den Principien der Revolution anschließen? Principien, die bisher nur zur Zerstörung gereicht und, indem sie die Freiheit verhießen, nur immer bald die Anarchie, bald den Despotismus gebracht hatten? Man wäre damit gegen sich selber zu Felde gezogen.

Die Schwierigkeit — Jedermann wird es bekennen — war ungemein. Das Eine oder das Andere geradehin zu thun, hätte, däucht mich, keine sehr besondere geistige Anstrengung nöthig gemacht. Aber beides zu vermeiden und mitten hindurch eine neue, der eigenen Lage

angemessene Bahn zu finden; zu behaupten, was in dem Alten gesund und haltbar; und nicht fallen zu lassen, was in dem Neuen nothwendig und ersprießlich, eine Gewalt zu erschaffen, die nicht Despotismus, eine Freiheit zu gewähren, die nicht Anarchie wäre, dies erforderte den Genius ausgezeichneter Männer oder eine große Stärke und Reinheit des staatbildenden Princips.

Es ging nun eben, wie es konnte.

Allenthalben geriethen die Hervorbringungen der letztverflossenen Jahre mit dem Thatbestande aus einer älteren Vergangenheit, beide aber und ihre Interessen mit den Forderungen der Gegenwart in feindselige Berührung. Alle Elemente, aus denen sich Staaten zusammensetzen, sah man in Gährung und Kampf; wechselsweise, eines um das andere, bekamen sie die Oberhand und suchten ihr Gegentheil zu erdrücken. Einer Verwaltung, die sich ihrer unmittelbaren Aufgabe selten gewachsen zeigte, stellte sich eine in ihren Ansprüchen niemals zu befriedigende und doch ungenügende Theorie gegenüber. Im Jahre 1815 glaubte man allgemein — gleichsam als könnte man auch hier die Sache durch Friedensschlüsse beilegen — mit den Formen neuer Verfassungen durchzukommen. Aber sei es nun, daß man sich dabei allzueng an fremde Muster anschloß, oder überhaupt etwas mechanisch, etwas geistlos verfuhr, oder woran es auch sonst liegen mag, es ist beinahe nirgends gelungen. Auch hier hat Leidenschaft die Leidenschaft aufgerufen; wir haben die Parteien, die Interessen, eine Kraft haben wir mit der andern ringen sehen. Die Schwierigkeit hat sich bei weitem größer, umfassender gezeigt, als man vermuthen konnte; wie viel Versuche hat man gemacht, zu wie viel neuen Erfahrungen haben sie geführt!

Es eröffnet sich hier ein reiches, ein unermeßliches Feld für eine bürgerliche Geschichte.

Entschließen wir uns, an die Beobachtungen zu gehen, welche eine solche vorbereiten könnten, so wird man weder eine Entwickelung der geheimen Beziehungen der Personen — es möchte dafür wohl noch immer zu früh sein — noch auch eine kunstgerechte Reproduction der durchlebten Zustände erwarten; da wir noch alle von diesen Elementen umfangen sind, so wäre sie kaum nöthig. Glücklich, wenn es uns einigermaßen gelingt, das Object in seinen wesentlichen Zügen zu ergreifen!

„Laßt uns“, sagt Bacon in der Vorrede zu dem Organon — gewiß einem der schönsten Proömien, die je geschrieben worden sind —, „laßt uns keusch und fleißig unter den Dingen verweilen und

unsere Fassungskraft nur eben so weit über sie erheben, um ihre Bilder und Strahlen in uns aufnehmen zu können."

Er sagte dies von der Betrachtung der Natur. Die Erforschung der Geschichte hat es freilich wohl noch schwerer. Sie hat ihren Gegenstand nie auf einmal vor sich; sie ergreift ihn nur in der successiven Entwickelung seines Lebens; sie hat es mit Dingen, die nicht leicht anzufassen, mit den moralischen Kräften und ihrem verwickelten, verborgenen Getriebe zu thun. Eben darum gelingt es ihr auch selten, und sie nimmt größere Nachsicht in Anspruch.

Billig beginnen wir mit Frankreich, von welchem früher der große Anstoß ausging, welches am meisten verändert, von oben bis unten durchwühlt und umgewandelt worden, wo nunmehr auch die entgegengesetzten Kräfte zunächst und am stärksten hervortraten.

Suchen wir uns zu vergegenwärtigen, wie es kam, daß eben diese doch wieder zur Wirksamkeit in dem Staate gelangten, — welche Bestrebungen sie hiebei entwickelten, welche Richtung sie nahmen, — ob es möglich war, derselben treu zu bleiben, und wenn nicht, woran dies hauptsächlich lag.

Fragen, entscheidend für den Gang der Dinge in Europa überhaupt.

Wiedereintritt Ludwigs XVIII.

Napoleon hat einmal gesagt[1]), im Jahre 1814 hätte Ludwig der achtzehnte sich leicht in Frankreich wieder einheimisch machen können; im Jahre 1815 dagegen habe demselben kein anderer Weg offen gestanden als der verhaßte und gefährliche der Strenge und des Schreckens.

Würde es auch der Sinnesweise Ludwigs XVIII. nicht widersprochen haben, einen solchen einzuschlagen, so muß man doch bezweifeln, ob die Natur der Dinge es zugelassen hätte.

Es ist wahr, die feindselige Gewalt, vor deren Erhebung der König hatte weichen müssen, war gebrochen, die ihm entgegengesetzte Parteiung von dem Kampfplatz vertrieben, die Pforten des Landes waren wieder vor ihm aufgethan; aber alles durch eine Macht, welche nicht die seinige war, die nicht gerade zu seinen Gunsten gerüstet, noch

1) Mémorial de S. Hélène II, p. 29.

sich ausdrücklich für ihn erklärt hatte. Zwischen den Unterthanen, die ihn wieder aufnehmen, und den Verbündeten, die seinen Wiedereintritt bestätigen sollten, in der Mitte, wie hätte er daran denken können, Gewalt auszuüben und Maßregeln des Schreckens zu verhängen? Eine ganz andere Linie des Betragens war ihm vorgeschrieben: eine ganz andere schlug er ein. Suchen wir uns den Sinn seiner ersten Schritte anschaulich zu machen.

Als die Nachricht von der Schlacht von Belleallíance nach Gent kam, erschien die Menge mit Jubelgeschrei vor seiner Wohnung. Endlich ließ er sich bewegen und zeigte sich ihr. An ihm aber, den die Erfolge dieser Schlacht wieder zum König machten, bemerkte man keinen Zug der Freude, sondern an deren Stelle einen tiefen Ernst. Er vermied alles, was das Nationalgefühl der Franzosen hätte beleidigen können.

Man erinnert sich, daß es in jener Zeit die allgemeine Meinung war, die falschen Schritte der Regierung seien Schuld an dem ganzen Unglück [1]); der Begünstigung jener unhaltbaren Ansprüche, deren einziger Erfolg habe sein können, die Mehrzahl der Nation zu entrüsten, schrieb man die Wiederkehr Napoleons zu.

Ludwig XVIII. schien fast diese Meinung selber zu theilen. In der Proclamation von Cambray gestand er ein, unter den schwierigen Umständen, in denen man sich vor dem Jahre befunden, habe man wohl nicht alle Fehler vermeiden können. Auch seine Regierung möge deren begangen haben. Allein die Erfahrung habe ihn belehrt. Er wolle der Charte alle Garantien hinzufügen, durch welche sie gesichert werden könne. Niemals sei es seine Absicht gewesen, wie Uebelwollende vorgegeben, Zehnten und Feudalrechte wiederherzustellen oder die Käufer der Nationalgüter zu beunruhigen; auch könne sie es niemals werden. Er wolle in Zukunft seine Umgebung aus allen Franzosen wählen. Zwar die Häupter der Verschwörung, die den Usurpator auf den Thron gesetzt, müsse die Strenge der Gesetze treffen; aber den beiden Kammern solle das Recht zustehen, sie zu bezeichnen. Allen Uebrigen, die nur mißleitet worden, werde er verzeihen; das verspreche er, er, der nie eine Zusage gebrochen [2]).

---

1) Fr. Gentz bezeugte dies bald darauf in einem ausführlichen Artikel über die Friedensschlüsse in dem österreichischen Beobachter, wiederholt in d. Allg. Zeitung 1816, Beil. Nr. 16.

2) Proclamation de Cambrai 28 Juin: „Je promets, moi, qui n'a jamais promis en vain.“ Moniteur 7 Juillet.

Merkwürdig, wie weit man in dieser Richtung gegangen ist. Ein Aufruf, welchen königliche Commissäre noch nach der Schlacht von Waterloo „an die Republikaner des Jura" erlassen haben, ermuntert sie, ihre gebeugte Stirne zu erheben, die Rechte anzunehmen, die Freiheit zu genießen, die der König ihnen darbiete; bei der Besetzung der Stellen werde man von jetzt an nur auf das Verdienst sehen; nichts mehr von Beschränkung des Cultus, von Zehnten oder Feudalrechten! Die Revolution, sagen sie, wird nun erst befestigt; Ludwig XVIII. wird uns alles geben, was wir gewünscht haben, und zwar ohne die Gährungsstoffe, die es verdarben, er wird seinem Namen des Ersehnten den rühmlichen eines Erneuerers der französischen Freiheit hinzufügen[1]).

In diesem Sinne der Concessionen und Begünstigungen der Revolution war es, daß Talleyrand, der ihr in so vielen Beziehungen angehört, das neue Ministerium bildete. Als er Pasquier vorschlug, hineinzutreten, gab er ihm die Grundsätze an, die man befolgen werde: „Einheit des Gesichtspunctes", sagte er, „ehrenvoller Friede, keine Reaction; der regelmäßige Gang der Justiz gegen einige der vornehmsten Urheber der hundert Tage[2])."

Wollte man die Maßregeln, zu welchen sich Ludwig XVIII. verstand, in einer einzigen zusammenfassen, so brauchte man nur zu sagen, daß er Fouché zu seinem Minister machte. Die Royalisten waren darüber außer sich. „Fouché Minister!" ruft Bourrienne aus, „hätte ich eine Bildsäule wandeln sehen, so wäre ich nicht erstaunter gewesen." Chateaubriand gefällt sich in seinem Bedauern, das er mit dem Könige gefühlt habe, als er eines Abends Talleyrand an dem Arme Fouché's in dem Cabinet erscheinen sah. Und doch gehört dies fast nothwendig zur Gesammtheit dieser Maßregeln. Fouché trat ein, wie er sagt, um alle Reaction zu verhindern; er beschwor den König, durch ein vollkommenes Vergessen dem Lande das Gefühl von Sicherheit einzuflößen; er wiederholt, wie sehr der König ihm hierin beigestimmt habe[3]).

In der That, obwohl die ersten Befehle Ludwigs XVIII. diejenigen wie natürlich entfernten, welche während der hundert Tage in

---

1) Rapport sommaire sur la mission remplie dans les départemens du Doubs et du Jura en mars, avril, mai, juin et juillet 1815 par MM. Lafon de Bordeaux et Lemare du Jura.

2) Histoire de la restauration par un homme d'état. T. II, p. 399.

3) Lettre du duc d'Otranto au duc de Wellington 1 Janv. 1816.

Verwaltung und Gericht eingedrungen, so waren doch die Anweisungen, welche die übrigen empfingen, voll von Mäßigung und Güte.

Die Präfecten wurden erinnert, ein Regiment der Gerechtigkeit und der Weisheit einzuführen, mit Würde und Ruhe den Bewegungen der Parteien zu widerstehen und sich niemals von der constitutionellen Linie zu entfernen. In einer Regierung der Freiheit, in einer regelmäßigen Administration müsse jeder Unterthan seine eigene Stütze, seinen individuellen Vortheil sehen; dies sei das einzige Mittel der Versöhnung [1]).

Es war eine der ersten Maßregeln, vielleicht selbst darauf berechnet, den übermächtigen Armeen der Verbündeten ein nationales Gegengewicht zu geben, daß man eine neue Kammer der Abgeordneten berief [2]). Bemerken wir wohl, daß, wenn der König sich in der Form der Berufung Neuerungen erlaubte, dies vornehmlich solche waren, die sich an die Zusatzacte anschlossen. Wenn Napoleon die Anzahl der Abgeordneten vermehrt hatte, so fand auch Ludwig XVIII. nothwendig, daß die Repräsentation, um die Meinung des Landes darzustellen, unmittelbarer und zahlreicher aus den Wahlversammlungen hervorgehe. Er erklärt, einige Artikel der Charte einer Revision unterwerfen zu wollen. Es sind solche, die auch in jener Acte Veränderungen erlitten hatten. Selbst die große Frage der Initiative schloß er davon nicht aus. Napoleon hatte die Charte durch Gewährung größerer Freiheiten überbieten wollen; es schien fast, als trete der König in diesen Wettstreit ein.

Es war am 13. Juli, daß diese wichtige Ordonnanz erschien. Zwei Tage darauf gab man der Presse, die unter Napoleon zuletzt so ungebunden gewesen war, auch von Seiten des Königs eine größere Freiheit und begnügte sich, die Journale unter strenger Aufsicht zu halten.

Aufs neue sah man Männer wie Molé, die ihre ganze Bedeutung dem Kaiser verdankten, in den höchsten Stellen. Zu Präsidenten der Wahlversammlungen erwählte man so entschiedene Liberale, wie Flaugergues und den General Foy. Wenn es dann von Foy hieß, er sei dem Hause Bourbon nicht so abgeneigt, man könne ihn

1) Circulaires à MM. les préfets et à MM. les premiers présidens procureurs généraux etc. 14. 17 Juillet. Moniteur 19 Juillet.

2) So versteht es unter andern Fievée Histoire de la Session de 1815 p. 122: Faire à l'égard des étrangers un pouvoir d'une représentation nationale qui n'avait été qu'un instrument entre les mains d'un homme habile, était une combinaison profondément politique.

noch völlig gewinnen, wenn sich selbst Manuel näherte, so ist dies kein Wunder[1]). Es schien, als seien die Interessen der Revolution, wie sie durch die Charte und hernach durch die Zusatzacte befördert worden waren, neuerdings in Aufnahme und gutem Fortgang. Wie sehr sahen sich da die Royalisten in ihren Erwartungen getäuscht! „Wir erwarteten“, sagt einer von ihnen, „daß die Agenten des Königs, ohne Zweifel im voraus erwählt, noch vor den fremden Heeren ankommen würden, Männer von großem Namen und mit unbeschränkter Gewalt; dann, dachten wir, würde sich ein Bund zwischen den Royalisten von Princip — denn nach Burke sind dies die einzigen getreuen — und den geschickten Männern bilden; es würde alles verschwinden, was an die bisherige Verwaltung erinnerte.“ Statt dessen sahen sie Alles bestehen bleiben, wie es gewesen war. Schon geriethen sie mit der Staatsgewalt wieder in Kampf. Jene Commissäre, welche der Herzog von Angoulême — kraft des ausgedehnten Auftrages, den er empfangen — noch während der Gefahr eingesetzt hatte, waren in offenbarem Zwiespalt mit den königlichen Präfecten. Ihre Vollmachten wurden ausdrücklich widerrufen[2]). Die Präfecten blieben. Es waren solche, die ihr Amt auch während der hundert Tage behalten, sogar Männer der Convention, die für den Tod Ludwigs XVI. gestimmt hatten, unter ihnen[3]).

So viel ist wohl gewiß, daß dies Verfahren zur Beseitigung der ersten Schwierigkeiten außerordentlich viel beitrug.

Die größte von allen lag ohne Zweifel darin, daß die Armee, welche die Waffen für Napoleon ergriffen, welche ihm die Gewalt in die Hände gegeben, sich, über 100000 Mann stark, noch immer in drohender Haltung, hinter die Loire zurückgezogen hatte.

Als Davoust sie einlud, sich freiwillig mit dem König zu vereinigen, so waren dies die Gründe, deren er sich bediente. „Die Commissäre, welche die Armee bei der Regierung zurückgelassen, versichern uns“, sagt er, „daß keine Reaction, selbst keine willkürliche Absetzung weder im Militär, noch in den anderen Zweigen zu fürchten sei; man wird die Leidenschaften schweigen machen, Menschen und Grundsätze respectiren und die Armee behandeln, wie ihre Ehre

---

1) Histoire de la restauration III, 57. Der Verfasser fand dies in den Noten der Ministerien.

2) Ordonnanz vom 18. Juli: „Ils seraient même nuisibles à la marche des affaires en détruisant l'unité d'action.

3) Z. B. Bar. Richard im Dep. de la Charente inférieure.

fordert; dafür ist die Anwesenheit des Marschalls St. Cyr und des Herzogs von Otranto im Ministerium Bürgschaft und Unterpfand [1])."

In der Adresse, mit der sich hierauf Generale, Obersten und Offiziere dem Könige unterwarfen, redeten sie hauptsächlich nur von der Nothwendigkeit eines vollkommenen Vergessens alles Vergangenen, von den Rechten der Nation [2]).

In dieser Gesinnung that die Armee den großen Schritt, die Feldzeichen desjenigen, was ihr Leben ausgemacht, die Symbole ihres Ruhmes, abzulegen und die weiße Cocarde anzunehmen. Endlich konnten auch die Ungläubigsten nicht mehr leugnen, daß ihr Herr und Meister nach St. Helena abgeführt worden; allenthalben sank die dreifarbige Fahne: Ludwig XVIII. war wieder Herr in seinem Königreiche.

Es ist sehr merkwürdig, welche Stellung er hiemit den Verbündeten gegenüber annahm. In seinen Proclamationen hatte er sie wohl selbst die Fremden genannt. Jene weit verbreiteten Gerüchte, wie er zum Beispiel die Brücke von Jena nur dadurch errettet habe, daß er in dem Augenblick, wenn man sie sprenge, sich selbst darauf zu setzen gedrohet, — jene Schreiben, worin man ihn sagen ließ, wäre er jünger, so würde er an der Spitze seines Volkes den Fremden gegenübertreten, waren in dieser Richtung ersonnen. An der Ausantwortung der Kunstdenkmale wollte von der damaligen Verwaltung Niemand Antheil nehmen. Ja einmal schien es sogar, als denke man sich der Reste der Armee zu bedienen, um sich den Verbündeten geradezu entgegenzustellen.

Jene Proclamation von Davoust macht diese Möglichkeit zu einem ihrer Beweggründe. „Die Armee", heißt es darin, „vereinigt und beisammen, wird, wenn unser Unglück sich vermehrt, einen Mittelpunct für die Verbindung aller Franzosen abgeben. Vereinigen wir uns, schließen wir uns aneinander, trennen wir uns niemals!" Was der General im Juli gesagt, wiederholte der Minister im August. Man kennt den Bericht des Fouché, in welchem er den Verbündeten Schuld giebt, die königliche Macht mit Willen in einem Zustand von Unvermögen zu halten und sie mit Haß zu beladen. Drohend sagt er darin: „Die Armee ist unterworfen, aber noch ist sie vorhanden. Nicht alle Waffen sind ausgeliefert [3])." Die Verbündeten erlangten

1) Circulaire du Maréchal Prince d'Eckmühl 10 juillet. Bibliothèque historique I, 185.

2) Enthalten in dem Tagesbefehl vom 16. Juli. Eben da.

3) Die beiden berühmten Berichte Fouché's wurden auf den Straßen

gar bald die Gewißheit, daß Fouché geheime Verhältnisse zu der Armee in solchem Sinne unterhielt.

Mit außerordentlicher Geschwindigkeit, wie man sieht, entwickelte sich diese Richtung. Es war nothwendig gewesen, Frankreich so weit zu beruhigen, daß es den König in Güte wieder aufnahm. Es zeigte sich aber, daß man damit nicht zufrieden war. Man begünstigte nicht allein vorzugsweise die revolutionären Interessen; man schien sie unter der weißen Fahne so gut wie unter der dreifarbigen zusammenhalten, vereinigen zu wollen, um sie den Verbündeten entgegenzusetzen. Es lag hierin eine Art von Fortsetzung des Krieges.

Auflösung des ersten Ministeriums.

War aber eine solche Stellung wohl zu halten?

Einmal war sie zu halten in Bezug auf die königliche Gewalt, welche diese Minister repräsentirten?

Gewiß: es ließ sich kaum eine Strafmaßregel denken, die sie hätten ausführen können, ohne, so zu sagen, sich selbst zu verletzen. Der König hatte, wie erwähnt, die Oberhäupter der Verschwörung, die er voraussetzte, zu bestrafen gedroht. Bei der Unruhe, in welche, wie man denken kann, viele bedeutende Männer über eine so allgemeine Bedrohung geriethen, ließ sich eine abschließende Maßregel nicht länger verschieben. Man schritt dazu, nicht allein 19 Männer, die zu den schwersten Klagen Anlaß gegeben, sofort einem Kriegsgericht zu unterwerfen; 38 andere entfernte man von Paris, obwohl man die letzte Entscheidung über sie den Kammern vorbehielt[1]).

Waren aber diese Männer alle gleich verdammungswürdig? Gab es nicht viele andere, die eben so große Schuld auf sich geladen

---

colportirt. Sie erschienen zuerst in dem Morning Chronicle und gingen darauf fast in alle nicht französischen Blätter über. An ihrer Authenticität kann kein Zweifel sein; in den Briefen Fouché's wird sie ausdrücklich bestätigt.

1) Der Verfasser der Histoire de la restauration p. u. h. d'ét. führt III, S. 37 ein Memoire von der Hand Fouché's an, worin es heißen soll, daß la liste lui fut imposée par les étrangers: elle contenait 300 personnes, dont ils demandaient l'exil. Staatsmänner, welche an den damaligen Unterhandlungen Theil hatten, versichern uns, daß dies, wie man freilich auch voraussetzen konnte, eine reine Erfindung sei. — Es fragt sich, weshalb

hatten? Ja, Fouché selbst, der die Ordonnanz unterzeichnete, gehörte er nicht mit zu ihrer Zahl? Gewiß ist ein öffentliches Leben ein enge zusammenhangendes Ganze, in welchem ein Glied das andere, ein Moment den andern bedingt, und nach dem Verlauf einer gewissen Zeit können die Grundsätze nicht mehr verlassen werden, ohne die Personen ins Verderben zu stürzen. So klug sich Fouché benommen, so hatte er doch sein Spiel ganz und gar verloren, als er sich in einen Fall bringen ließ, wo er, nach dem allgemeinen Dafürhalten, gleichsam sich selber das Urtheil sprach.

Oder war diese Stellung den Verbündeten gegenüber zu behaupten? Waren sie es nicht, in deren Siegen der Zustand, in dem man sich befand, die Rückkehr des Königs ihren vornehmsten Grund hatte? Indem man sich ihnen widersetzen zu wollen schien, brachte man die höchste Gewalt in allzu großen Widerspruch mit sich selbst; allzu schneidend war dieser Gegensatz zwischen Ursache und Wirkung. Waren sie nicht überdies bei weitem die Mächtigsten? Geziemte es ihnen, vor Drohungen zu erschrecken? So gemäßigt sie sich zeigten, so sehr sie das seltsame Verhältniß anerkannten, in welchem sie zu der Nation standen, welche ihren Vertrag gebrochen und sie wieder in die Waffen gebracht, und zu dem König, der seine Wiederherstellung ihren Siegen verdankte, so wäre doch auf diesem Wege niemals an den Abschluß eines Friedens zu denken gewesen. Wie konnte man auch Frieden erwarten, im Angesicht einer Armee, in welcher der Geist des Krieges und der Eroberung verkörpert zu sein schien? Die Legionen Roms, um ihren Imperator her, beherrschten das Reich; die Heere der Kalifen trugen ihren Glauben fanatisch durch die Welt; der Geist der Einen und der Andern schien auf die große Armee übergegangen, die, in den Waffen ergraut, des Sieges gewohnt, trunken von ihrem Ruhm, die Grundsätze der Revolution so lange Zeit über Europa ausgebreitet und den Franzosen den letzten entscheidenden Antrieb gegeben hatte. Der Geist Napoleons, hat man im englischen Parlament gesagt, sei im Vergleich mit dem Geiste der Armee nur ein Tropfen Wasser gegen das Meer[1]). Was half es, jenen entfernt zu

---

man die Zusammenkunft der Kammern nicht erwartete. Ganz gut scheint mir Maisonfort bei den Debatten über die Amnestie 3. Januar 1816 den Grund mit den Worten angegeben zu haben: parceque le gouvernement devait se hâter de séparer la cause de ceux, auxquels il voulait pardonner, de celle des factieux qu'il était pressé d'atteindre. Diese Maßregel war daher auch auf die Beruhigung des Landes berechnet.

1) Rede von Castlereagh im Unterhause den 19. Februar 1816.

haben, wenn man diese bestehen ließ? Die Verbündeten drangen darauf; endlich entschloß sich das französische Ministerium dazu. Die Armee, auf die es eben noch getrotzt hatte, ward aufgelöst. Ein Marschall, St. Cyr, Kriegsminister, faßte den Beschluß; ein anderer Marschall, Macdonald, führte ihn aus. Sie entwickelten hiebei alle Geschicklichkeit, die ein Vorhaben erfordert, dessen Mißlingen Frankreich noch einmal mit Blut bedecken konnte. General Drouot, von der Ordonnanz des 24. Juli selbst getroffen, gab das erste Beispiel der Unterwerfung, nach ihm die Abtheilung der Garde, die er befehligte; ihr folgte die ganze Armee nach[1]). Der Kern dieser Kriegsgewalt, welche Europa so lange bedrohte, löste sich auf. Ein Jeder begab sich in seine Heimath.

So konnte denn das Ministerium eine Stellung nicht behaupten, die es auf die Begünstigung der Revolution und die Erhaltung der Armee gründete. Die Gewalt der Dinge riß es fort.

Wie stark diese war, zeigte sich nirgends entscheidender als bei den Wahlen. Die Minister hatten sie veranlaßt und die Wahlversammlungen zusammengesetzt; die Präfecten übten bei Ergänzung der Collegien, die allerdings nicht mehr vollzählig waren, durch den Zusatz, den sie ihnen zu geben ermächtigt wurden, eine unmittelbare Einwirkung aus. Dennoch war der Erfolg ganz anders, als man jemals hätte erwarten sollen.

Man hat gesagt, daß sich die royalistischen Comités allenthalben einen großen Einfluß zu verschaffen gewußt, und es ist unleugbar. Mehrere von jenen Commissären selbst wurden ernannt. Das Auffallende ist aber, daß ihre Meinung nicht allein hie und da, nein, daß sie fast allenthalben das Uebergewicht bekam.

Vielleicht in jeder Nation, gewiß aber in der französischen, giebt es eine Masse, die immer von den jüngsten Ereignissen und von dem Geiste, der sich in denselben ausgesprochen und die Oberhand bekommen hat, ihre Richtung empfangen wird. Nicht anders als die Wogen des Meeres, die, wie sie von dem Nordwind oder von dem Südwind bewegt werden, mit unwiderstehlicher Gewalt bald nach der einen, bald nach der andern Richtung strömen.

---

1) Zeugniß Macdonald's in dem Prozeß von Drouot: Premier conseil de guerre, Séance du 6 avril. „C'est à cet exemple, sagte Macdonald, donné par la garde sous l'influence du général Drouot, qu'est due la résignation de l'armée, à subir le licenciement général, que j'ai été chargé d'opérer.“ Moniteur 7 avril 1816.

Aus den nämlichen Wahlcollegien, welche nach der Ankunft Bonaparte's eine entschieden liberale, dem Kaiserthum, aber der Revolution noch mehr als dem Kaiserthum, ergebene Kammer hervorgebracht, ging jetzt, nachdem ihr ein anderer Zusatz gegeben worden, eine Kammer von ganz entgegengesetztem Sinne hervor. Man vermied alles, was eine Hinneigung zu Bonaparte verrathen mochte; man nahm die entschiedenen Royalisten. Nie hatte der König dies erwartet. Er bezeugte, daß er nicht geglaubt, eine solche Kammer jemals finden zu können[1]).

Dieser Erfolg war für die Haltung des Ministeriums der gefährlichste Schlag. Talleyrand dachte einen Augenblick, die ausgezeichnetsten unter den neuen Deputirten durch die Errichtung eines geheimen Rathes, in den er sie aufnehmen wollte, zu gewinnen. Er versuchte, den König durch ein besonderes Memoire zu überzeugen, daß nur eine unverbrüchliche Anhänglichkeit an die Constitution in einem System, wie er es angegeben, den Thron erhalten könne; allein es war alles vergebens.

Der Einfluß der Prinzen und vor allen des Thronfolgers, des Grafen von Artois, welcher diesem Ministerium bei dem Könige schon immer entgegengewirkt, machte sich nun erst vollkommen geltend. Der Erfolg der Wahlen gab ihm Grund und Nachdruck.

Mit sich selber im Widerspruch, im Kampf mit der Gewalt der Dinge, unfähig, den Frieden auf eine erwünschte Weise zu Stande zu bringen, mußten diese Minister zurücktreten. Der König entließ sie. Mit jener schneidenden Kälte, die ihn charakterisirte, fügte er hinzu, „er verwehre ihnen nicht, in Paris zu bleiben“[2]).

Es fragte sich nur, welche Maßregeln er nun ergreifen würde.

Royalistische Richtung.

Ich finde das Geständniß, daß am Ende jede Partei vorgezogen hätte, von einer unbeschränkten Gewalt regiert zu werden, wenn es

---

1) Auch nach Chateaubriand: la monarchie selon la charte, bezeichnete er sie als „députés introuvables“, was der Kammer dann den Namen der unauffindlichen zugezogen.

2) Histoire de la restauration III, 118.

nur nach ihrer Ansicht, in ihrem Sinne, zum Nachtheil ihrer Gegner geschehen wäre [1]).

Niemals aber konnte es dem Könige beikommen, eine solche auszuüben und ohne die Charte zu regieren. Vor den Augen von Europa hatte er sich wiederholt verpflichtet, sie zu halten. Es war diese Versicherung, welche die Unterwerfung von Frankreich so wesentlich erleichterte. Die Verbündeten billigten sie, oder hatten sie sogar gefordert; wie hätte er übrigens hoffen können, sich ohne die Charte allen ihm unbequemen Ansprüchen zu entziehen!

Nein! er hielt sich innerhalb der Schranken, die er sich selber vorgeschrieben, und von diesem Augenblick kam Alles auf den Gang an, welchen die constitutionellen Gewalten nehmen würden.

Ich weiß nicht, ob es schon bemerkt worden ist, daß Ludwig XVIII. eben damals die Stellung derselben wesentlich verändert hatte.

Zuerst die des Ministeriums. Von den Fehlern, welche er 1814 begangen zu haben anerkannte, war der wichtigste und vornehmste, daß seine Verwaltung, aus verschiedenartigen Theilen zusammengesetzt, ohne einen festen harmonischen Gang gewesen sei. Sie hatte den Dingen und ihrem Gegensatz selber allzusehr freien Lauf gelassen; die Entzweiung der Parteien, die bei ihrer freien Wirkung und Gegenwirkung unvermeidlich, hatte dann das Unglück hauptsächlich herbeigeführt. Hievon durchdrungen, bezeichnete der König seinen Wiedereintritt damit, daß er die Einheit des Ministeriums proclamirte; alle Schritte desselben sollten auf Ein Ziel berechnet, alle seine Maßregeln gemeinschaftlich sein.

Es war vielleicht die Frage, in wiefern man hiemit dem Uebel vorbeugte, das man vermeiden wollte. Um desto gewisser und unfehlbarer war eine andere Wirkung. Offenbar ist, daß die Stellung des Ministeriums hiedurch viel freier und von dem königlichen Einfluß unabhängiger wurde. In den offiziellen Zeitungen selbst ist darauf hingewiesen worden. Man glaubte damit der königlichen Gewalt erst ihre wahre Stellung zu geben. Wie der König Antheil habe an Legislation und richterlicher Gewalt, aber von ihnen unterschieden sei, so übe er alsdann auch die executive Gewalt aus, aber ohne sich mit ihr zu vermischen. „Der König ernennt die Minister“, sagt das

---

1) Bei Montgaillard. Montlosier (La monarchie française depuis la seconde restauration, p. 38) ist eher der Meinung, daß eine Versammlung von Notabeln erforderlich gewesen wäre.

Journal général de France; „indem diese aber ein Conseil bilden, in welchem Einer aus ihrer Mitte den Vorsitz führt, empfangen sie ein eigenes Dasein und genießen alle erforderliche Unabhängigkeit. Alsdann erst befindet sich der König in der ihm angemessenen Sphäre; er erscheint als der höchste Lenker: zu ihm empor, niemals gegen ihn erheben sich die Klagen" [1]). So verstand man die Anordnungen der englischen Verfassung.

Nicht geringer war die Veränderung, welche die Pairskammer erfuhr. Erst damals erklärte sie der König für erblich. Nicht als hätte er die Beweggründe vergessen, welche ihn früher abgehalten, dies zu thun. Auch jetzt sagte er wohl, alle Möglichkeit des Einflusses werde ihm genommen, der Ehrgeiz entschlüpfe ihm. Da man ihm aber vorstellte, man müsse feste Einrichtungen schaffen, man müsse für eine lange Zukunft bauen, da die Überzeugung constitutioneller Staatsweisheit sich dafür entschieden und auch Napoleon es gethan hatte, so ließ es sich Ludwig XVIII. in der Hoffnung gefallen, eine seinem Hause ergebene Corporation zu gründen.

Endlich die Deputirten. Nicht allein durch die Vermehrung ihrer Anzahl, die Herabsetzung des erforderlichen Alters ward ihre Stellung verändert, sondern besonders dadurch, daß man ihre Besoldungen abschaffte. Wie weit entfernte man sich da von jenen dem Senate präsentirten und durch denselben ernannten Gesetzgebern, bei denen Napoleon auch deshalb stummen Gehorsam fand, weil er sie bezahlte! „Wird man nun noch, ruft Fievée aus, nach Paris kommen und sein Geld ausgeben, um die Beredtsamkeit dieses oder jenes Herrn zu bewundern?" Ludwig XVIII., welcher der Kammer zuerst die Zunge gelöst und sie vom Senat unabhängig gemacht, darauf sie durch frische Wahlen erneuert und die Bedingungen derselben erweitert hatte, glaubte sein Werk zu krönen, indem er ihr nicht allein größere Unabhängigkeit, sondern gleichsam auch noch einen Sporn gab, sich dieser zu bedienen [2]).

Höchst wichtige Concessionen, durch welche der König von der unmittelbaren Wirkung der Krone neuerdings nicht wenig fahren ließ und die man dennoch kaum bemerkte.

---

1) Moniteur 17 juillet, aus dem Journal général de France.

2) Man bemerkte bald, daß die unbezahlten Deputirten viel fleißiger in den Büreaus waren, als die bezahlten etwa 1814 gewesen, obwohl diese für sehr leichte Functionen jährlich 10000 Franken erhielten. S. die Anmerkung des französischen Uebersetzers der bekannten Relation von Miß Williams S. 311.

Freilich schien es nicht, als könne das jetzt im mindesten bedenklich werden.

Alle diese constitutionellen Gewalten waren von royalistischer Gesinnung.

Wir bemerkten schon, wie sehr die Kammer der Deputirten.

Aus der Pairskammer waren alle die entfernt worden, welche unter den Pairs der hundert Tage Platz genommen. Man hatte den Grund angeführt, daß sie hiedurch auf ihre Rechte freiwillig Verzicht geleistet; ihre Stellen wurden durch andere Männer von anderer Richtung und anderem Namen besetzt[1]). Wenn Talleyrand und Pasquier, so hatten doch auch Artois und Angoulême, es hatten die persönlichen Neigungen des Königs entscheidenden Einfluß auf ihre Wahl.

Endlich setzte man ein neues Ministerium zusammen. Das frühere schien von der Revolution zu stammen und den König, nur durch die Nothwendigkeit gezwungen, anzuerkennen; jetzt waren es Männer von freiwillig royalistischem und zugleich constitutionellem Ansehen, Richelieu, Corvetto, Decazes, Vaublanc, welche ihren Platz einnahmen[2]).

Es schien eine neue Epoche für Frankreich aufzugehen. Schon so lange war es nun, daß alle Meinungen, die an den alten Institutionen des Landes hingen, unterdrückt waren, daß jene linke Seite der Constituante und die Gesinnung der Republik und des Kaiserthums, die sich aus ihr entwickelt hatten, allein das Wort führten und die Gewalt ausübten. Endlich nach so langen Jahren kam auch die royalistische Richtung wieder empor; sie beherrschte wieder alle öffentlichen und gesetzmäßigen Gewalten. Es ist wahr, daß die Meinungen, welche man unter dieser allgemeinen Bezeichnung zusammenfaßte, noch keine ausgesprochene Übereinstimmung hatten; aber gerade bei dem Zusammentreffen verschiedenartiger Talente und Erfahrungen konnte man die Bedürfnisse des Landes um so vorurtheilsfreier erwägen. Auch wurde man ohne Zweifel von der Charte beschränkt, und die Sitzung begann mit einem neuen Eid auf dieselbe. Selbst hier aber blieb der Kammer eine gewisse Freiheit, jene Revision einiger Artikel, die von allem Anfang, obwohl in einem ganz andern Sinne, angeordnet worden, konnte sie nun in dem ihren voll-

1) Ordonnanzen vom 14. Juli und vom 17. August.

2) So bezeichnete sie damals die allgemeine Meinung. S. u. a. Schreiben aus Paris von 9. October im Morning Chronicle vom 24. October.

ziehen: man sagte ihr, sie sei berufen, die Charte zu vollenden[1]). Und war es nicht vielleicht eher ein Glück, wenn sie auf das Bestehende und Ausführbare angewiesen blieb? Auch in diesen Schranken war die Aufgabe groß und herrlich. Die Royalisten hatten immer gerühmt, daß sie allein fähig seien, Frankreich zu leiten und zu beruhigen. Jetzt war ihnen Raum dazu gegeben; jetzt konnten sie zeigen, ob sie es vermöchten.

Besitzergreifung der Royalisten.

Jedwede Macht, welche, wo es und wie es auch immer sein mag, emporkommt, wird zunächst darauf denken, sich ihrer Feinde zu erwehren.

Man wird es in der Ordnung finden, wenn auch diese neu constituirten royalistischen Gewalten zunächst hierauf Bedacht nahmen.

Noch waren die föderirten Vorstädte nicht entwaffnet. Täglich hörte man den Ruf Napoleon II; immer an neuen Zeichen — der Nelke, dem Strohhalm im Munde, dem Zuknöpfen des Rockes auf der linken Seite — erkannten sich seine Anhänger; bald kam man einer Art von Freimaurerei, welche die Jakobiner unter den Arbeitern und Handwerkern gestiftet, bald einem Complotte die Tuilerien in die Luft zu sprengen auf die Spur. Die alten Leidenschaften der Republik und des Kaiserthums zeigten sich Tag für Tag, und es war eine unläugbare Notwendigkeit, darauf zu denken, sie im Zaum zu halten.

Man hat wohl später von einer Seite her geltend gemacht, daß die Minister hiebei den Deputirten nachgegeben; man hat von der andern die Bereitwilligkeit der Kammer, auf diese Vorschläge einzugehen, als einen Zug ihrer Fügsamkeit gerühmt: die Wahrheit ist, daß man sich in dem nämlichen Interesse einverstand. Die Minister kamen mit den Häuptern der Deputirten über drei Gesetzentwürfe, durch die man das wiederhergestellte Königthum sicherzustellen dachte, förmlich überein.

Sollte man nicht glauben, die Gesetze, deren sich eine bestehende Gewalt gegen ihre Widersacher bedienen kann, hätten unter so vielen

---

1) Moniteur 10 Août: „Le roi les appelle (les députés) à achever avec lui cette charte, dont sa haute raison lui fit sentir l'avantage".

Revolutionen, bei allen den Usurpationen, die es gegeben, nothwendig schon zu dem höchsten Grad durchgreifender Wirksamkeit gebracht sein müssen?

„Unsere Gesetzgebung", sagte Pasquier, „ist scharf und streng gegen den Aufruhr; nur eins fehlte ihr bisher: man hatte noch nicht jenen Anfang einer Bewegung ins Auge gefaßt, der ein Complot, das noch verborgen ist, begleitet" [1]).

Diese erste Bewegung ist es, welcher die neuen Gesetze galten. Man unterwarf in dem ersten Gesetze Drohungen, Affichen, Schriften und Drucke der strengen Ahndung der Deportation. In dem zweiten ermächtigte man den Polizeiminister, jeden, der eines Anschlags gegen den König verdächtig sei, zu verhaften, auch in dem Falle, daß die Gerechtigkeit nicht im Stande wäre, ihn zu überführen. Alle weiter und bis zu einem Attentat vorschreitenden Versuche unterwarf ein drittes der inappellablen unverzüglichen Ahndung der Prévôtalgerichtshöfe, die man in Uebereinstimmung mit der Charte, ungefähr wie sie unter der alten Monarchie nach Vorgang der Militärgerichte während der Religionskriege bestanden, wiederherstellte [2]).

Man fand, die Kühnheit der Widersacher sei gefährlicher als ihre Anzahl: die höchste Gewalt müsse ihnen gegenüber stark erscheinen; mit dem Verbrechen selbst gleichsam müsse die Züchtigung eintreten [3]).

Es ist nicht zu leugnen, daß sich schon hiebei eine sehr heftige Sprache hören ließ, daß man auch für geringere Verbrechen den Tod stimmte: „denn ein Attentat gegen die Sicherheit des Staates", sagt selbst Desèze, „werde von allen Gesetzgebungen der Welt mit dem Tode bestraft". Indessen verfuhr man doch keineswegs in dem Sinne einer Gegenrevolution; auch diejenigen wurden mit Strafen bedroht, welche die den Erwerbern der Nationalgüter zugestandene Sicherheit durch falsche Gerüchte zu erschüttern versuchen würden [4]).

Alle Gewalten stimmten bei diesen Gesetzen zusammen: die

---

1) Opinion de Mr. Pasquier, Séance du 28 Octobre.

2) Clarke stellte die alten Prévôtalgerichtshöfe zum Muster auf: L'instruction y était prompte, le jugement souverain, l'appareil imposant.

3) Man höre, wie sich Mr. Bellart bei seinem Rapport am 2. October ausdrückte: C'est un sacrifice imposé à la liberté individuelle, en profit de la liberté publique. Wer that es den Franzosen je an schönen Worten gleich?

4) Ceux qui répandraient ou accréditeraient soit des alarmes touchant l'inviolabilité des propriétés qu'on appelle nationales, soit des bruits d'un prétendu rétablissement des dîmes ou des droits féodaux. Art. 7. Vergebens setzte sich Chateaubriand mit elegischen Phrasen dagegen.

Minister hatten sie entworfen; eher geschärft als gemildert, nur das zweite ganz wie es war, wurden sie von den Kammern angenommen.

„Es ist ein Krieg wider den Krieg", sagte Cüvier; und man könnte sich nicht treffender ausdrücken. Die royalistische Staatsgewalt empfing alle Mittel, die Erhebung ihrer Feinde zu hintertreiben.

Welch ein schneidender Gegensatz aber! Eben waren die Royalisten unterdrückt und im Aufstand begriffen gewesen; jetzt waren sie die Meister. Als öffentliche Feinde waren sie verfolgt worden und hatten nun ihrerseits die Macht, zu verfolgen.

Vor allen bedarf es die höchste Gewalt, daß sie über die Parteien erhaben sei; sie bedarf das Ansehen einer von ihr ausgehenden, nicht zu eigenen Gunsten verwalteten Gerechtigkeit. Wie wäre es ihr möglich, ein solches zu erwerben, sobald sie die, welche sie regieren soll, wenigstens großentheils als ihre Gegner zu behandeln hat!

Und doch konnte man damit noch nicht einmal zufrieden sein. Die Royalisten suchten nicht allein die oberen Gewalten, sondern auch die untergeordneten Stellen in ihren Händen zu vereinigen. Lebhaft hatten selbst einige Städte auf die Entfernung, wie sie sagten, jener grausamen Urheber aller Unglücksfälle, die noch in den Reihen der Magistrate, der Administration, in den Wahlversammlungen und allen Theilen des öffentlichen Dienstes vorhanden seien, gedrungen[1]).

In den letzten Monaten von 1815 wurde die ganze Administration umgeändert. Endlich ward auch der letzte Präfect, der an das Kaiserthum erinnerte, der Düc de Massa, abgesetzt.

Vielleicht nicht ganz so gewaltsam, aber streng genug verfuhr man mit der Magistratur. Fast alle Präsidenten wurden verändert; aus den königlichen Gerichtshöfen ward ein Drittheil ausgeschlossen, man strich die verdächtigen Advocaten aus ihren Registern.

In keinem andern Zweige jedoch war die Veränderung der Personen so durchgreifend als in der Armee.

Es ward eine Commission zur Untersuchung des Betragens der Offiziere eingerichtet, in deren Instruction 14 Kategorien von größerer oder geringerer Schuld angegeben waren, Abstufungen, von denen eine wieder sieben Unterabtheilungen hatte[2]). Mit militärischem Gehorsam kam man diesen Anordnungen nach. Selbst aus den Kriegsbüreaus sind mehr als vierhundert Mitglieder entfernt worden. Dagegen

---

1) Adresse von Dijon, Journal des débats vom 9. August.

2) In der histoire de la restauration III, 229 ist diese Instruction mitgetheilt.

stellte man die 1814 eingetretenen Offiziere, die Napoleon ausgestoßen, wieder an. Eine Menge junger Edelleute aus der Provinz fanden Stellen bei der Cavallerie. Mit der königlichen Garde ging man so vorsichtig um, daß man die Präfecten für die Gesinnung derjenigen verantwortlich machte, welche sie für dieselbe auswählen würden. Detachements aus dem Süden, royalistische Bataillone bildeten die Infanterie. Zwar wurden die Linien hiedurch nicht ganz erfüllt; indessen kam es mehr auf ein ergebenes als auf ein zahlreiches Heer an.

In diesem Sinne war es, daß man die Nationalgarde umzugestalten anfing. Welchen Erfolg mußte es haben, daß dieselbe dem Minsterium des Innern entzogen und unmittelbar in die Hände des Grafen Artois, nachher Karl X., gelegt wurde! Artois ward ihr Generalobrist; unter seinem Einfluß besetzte ein Inspectionsausschuß sämmtliche Grade und entfernte alle die, welche nicht Royalisten waren.

Und so nahmen die Royalisten nicht allein die constitutionellen Gewalten des Staates ein und concentrirten die Herrschaft, welche die Revolution hervorgebracht, in ihren Händen; — sie verschärften dieselbe überdies mit neuen nachdrücklichen Gesetzen; sie besetzten die Stellen der Justiz und der Verwaltung; sie erfüllten die Armee und die Nationalgarde mit ihren Anhängern. Täglich — so schien es — wurden sie mächtiger.

Hatte aber nicht eben dies auch seine Gefahr?

Es waren nicht immer die geschicktesten Männer, welche auf diese Weise in die Geschäfte gelangten. Es geschahen unzählige Mißgriffe, und die neuen Wahlen verstärkten keineswegs alle Mal die Gewalt, von der sie stammten. Es kamen Anstellungen vor, die Jedermann ableugnete. In die Armee drängten sich gewandte Betrüger ein, welche etwa auch mit unter den Truppen Condés gedient zu haben vorgaben, und die man späterhin Mühe hatte los zu werden. Den Ehrgeiz zu befriedigen, ist übrigens niemals möglich [1]).

Allein es ergab sich hiebei noch ein anderes Uebel. Alle die, welche ihre Stellen verloren, Militär oder Civil, schlossen sich an einander

---

1) Noch am 16. März 1816 beklagte sich Mr. Brenet: Les fonctionnaires infidèles que l'on persiste a maintenir en place continuent à abuser le peuple, à égarer l'opinion, à rendre la masse incertaine. — — Les grands artisans de nos maux ne sont que dispersés. Leurs subalternes remplissent en foule les administrations publiques. — —

und bildeten um so mehr einen enge zusammenhaltenden Körper der Opposition, da ihre Meinungen im Ganzen übereinkamen.

Es ist ein Zustand, der an die Jahrhunderte des italienischen Mittelalters erinnert, in denen immer die eine Partei die andere von der Staatsverwaltung verdrängte. Damals glaubte man nicht regieren zu können, solange die Gegner innerhalb der Mauern waren; man exilirte sie in Masse und suchte den innern Krieg sofort in einen auswärtigen zu verwandeln. Eben dies geschah im Anfang der französischen Revolution und hat den Fortgang derselben so wesentlich befördert. Jetzt aber erneuete es sich nicht wieder. Die besiegten Gegner blieben im Lande und erwarteten nur den Augenblick, in welchem auch sie ihrerseits durch innere Bewegungen wieder emporkommen könnten.

Im December 1818 gab einer meiner Freunde einem ausgezeichneten Liberalen seine Verwunderung zu erkennen, daß man auch einem gemäßigten Minister wie Lainé einen so hartnäckigen Widerstand leiste. „Die Ursache liegt“, antwortete dieser, „in den Absetzungen von 1815“. — „„Wie? will man an Lainé rächen, was Vaublanc verbrochen hat?““ — „Und doch, so sind wir Franzosen, so ist unsere Gesinnung“!

Indessen war die Schwierigkeit hiemit zwar stark, aber noch lange nicht unüberwindlich geworden.

Es hatte zweierlei Wege gegeben. Entweder konnten die Interessen der Revolution herrschend bleiben, dann mußte man die entgegengesetzten ihnen unterordnen, und dies war der Sinn des ersten Ministeriums gewesen; oder die royalistischen Interessen und Meinungen behielten die Oberhand, dann mußten jene, die nun einmal schlechthin nicht zu vertilgen waren, sich diesen allgemach unterordnen und anschließen.

Auf diesen Weg war man nunmehr eingetreten. Allerdings mußte man die Gewalt erst haben; alsdann aber durfte man sie nicht anders als mit der größten Mäßigung gebrauchen, wäre es auch nur aus dem Grunde gewesen, um seine Feinde nicht stärker zu machen, als man selber war.

Diese Versammlung hatte alle Aufforderung, mit umsichtiger Weisheit zu Werke zu gehen. Hätte sie gemäßigten royalistischen Principien in Frankreich das Uebergewicht verschafft, so würden dieselben in Europa überhaupt einen neuen Anhalt gehabt haben. Wäre es ihr gelungen, die Revolution auszusöhnen mit der Monarchie, die neueste Zeit mit dem Ergebniß der alten Jahrhunderte, so hätte ganz

Europa von ihr Beispiel genommen. Es war ein großer Moment, den das Schicksal noch einmal diesen Interessen gewährte.

Indem man erwarten mochte, daß sie ihn benutzen würden, hatten sich Ereignisse zugetragen, welche die Schwierigkeiten aufs neue außerordentlich vermehrten.

Reactionen.

Wäre es möglich, die politischen Parteien durch eine geistige Anatomie bis in ihre geheimsten Bestandtheile zu zerlegen, so würde man, glaube ich, zuletzt auf ein irrationales Element stoßen.

Wenn Sièyes einmal gesagt hat: „Die Revolution war im Anfang eine schöne Sache, aber schlechte Menschen haben sich hineingemischt", so drückt er damit zwar den Gegensatz, der zwischen einem minder bedenklichen Anfang und einer so furchtbaren Entwickelung stattfindet, im Allgemeinen aus. Aber er leugnet vergebens, daß diese Momente innerlich zusammenhangen. Gewiß war in den revolutionären Bestrebungen gleich von Anfang etwas, das mit allgemeiner Zerstörung drohte, eine destructives Princip, dem man seinen Lauf ließ, so daß es emporkam und einen furchtbaren Brand in Frankreich und ganz Europa ausbrachte. Eben hiedurch unterscheiden sich die modernen Umwälzungen von allem, was man früher Revolution genannt hat. Sie betreffen nicht allein Dynastien und Regierungsformen; sie greifen alles Bestehende an, sie bedrohen jede Existenz; sie kennen kein Ziel, nirgends halten sie ein; und in unaufhörlicher Bewegung greifen sie immer fort ihre eigenen Hervorbringungen an.

Man kann aber wohl behaupten, daß auch in dem Royalismus, wie er sich während der letzten Zeiten in dem südlichen Europa ausgebildet hat, eine ähnliche nicht minder verderbliche Richtung liegt. Wie die Gräuel der Revolution hauptsächlich von der irreligiösen Tendenz derselben herrühren, so gesellt sich jenem Royalismus ein fanatischer Aberglaube zu, der sich für Religion hält. Unter eben so viel Raub und Mord, wie der Freiheitsbaum, ist das Kreuz wieder aufgepflanzt worden; die christlichen Armeen, wie sie sich nannten, haben sich so gut mit Blut besudelt wie die republikanischen.

Auch Frankreich gab hievon 1815 und 1816 ein unglückseliges Beispiel. Als das Kaiserthum zusammenstürzte, erhob sich alles, was zur Opposition desselben gehört hatte. Es waren nicht allein jene

verständigen und wohlgesinnten Männer, welche offen oder geheim die Rückkehr des Königs vorzubereiten gesucht, sich in Ausschüssen zusammengethan und über den ganzen Boden hin verbunden hatten, Royalisten von Ueberzeugung und Mäßigung; es waren auch jene widerspenstigen Conscribirten, die vor Napoleon in die Gebirge geflohen, die Priester und ihre Gläubigen, welche von den Präfecten des Kaisers in ihrem Gottesdienst gestört worden, jene Seeleute, die in den Meeresstürmen das Bild der Jungfrau anzubeten gelernt hatten, und die den Ruin zugleich dieses ihres Glaubens und ihres Gewerbes der Revolution und Napoleon zuschrieben. Die Vendée verbarg ihre Waffen; aber mit ihrer ganzen Organisation, den Signalen von Pfarre zu Pfarre, erwartete sie den Ruf des Königs; denn man hatte ihr gesagt, noch sei die Revolution nicht besiegt.

Ein Glück, wo man noch wartete! Nicht so in den Städten des Südens.

Als die erste Nachricht von der Schlacht von Waterloo und ihren Erfolgen nach Marseille gelangte, erhoben sich die royalistischen Freicompagnien. Als hätten sie die Stadt erobert, verfolgten sie ihre Feinde — alle Anhänger der neuen Ordnung der Dinge, alles, was zum Militär gehörte, selbst die Officiere auf Halbsold, ja die Reste der Mamlucken — und weideten sich daran, sie niederzumetzeln.

Als hierauf auch die ganze bewaffnete Macht des Südens, nachdem die Ereignisse völlig entschieden waren, sich für den König erklärt hatte, ward der Marschall Brune, der sich soeben unterworfen, bei seiner Ankunft in Avignon entsetzlich hingewürgt; wer auf irgend eine Weise dem Kaiserthum oder der Revolution angehört hatte, war den bewaffneten Banden verfallen, welche die Stadt und ihr Gebiet Rache schnaubend durchzogen.

Im August kam es zu den Wahlen. St. Aulaire hat später einmal auf der Tribune geschildert, wie sie vollzogen wurden. Am 21sten, sagte er, sollten die Wahlen im Gard stattfinden. Am 17ten wurden dreizehn Wähler ermordet, und die übrigen entwichen voll Entsetzen in ihre Berge[1]).

Diese Bewegung konnte ihrer Natur nach doch nur wider den Atheismus der Revolution gehen; allein sie nahm — und es wäre nicht zu erklären, wofern nicht allem ein dunkler vernunftloser Antrieb zu Grunde gelegen hätte — eine entsetzliche Richtung wider die

1) Séance du 20 mars 1819. Lesur Annuaire II, 71.

Reste der Protestanten im südlichen Frankreich. Gleich als hätten diese an den Gräueln der Revolution besonderen Antheil genommen, gleich als wären nicht vielmehr unter 130 Schlachtopfern Robespierre's im Gard hundert Protestanten gewesen. Jene Wähler, die man im Gard mordete, waren Protestanten. In Nimes wurden die alten Verfolgungen erneuert, man brachte — wer sollte es glauben — der Bartholomäusnacht ein Lebehoch. Sei es immer, wie ein im englischen Parlament in der Absicht, eine Verwendung zu Gunsten der Protestanten zu verhindern, vorgetragener Brief versichert[1]), daß in Nimes nicht mehr als 300, in den Departements nicht mehr als 1000 Menschen ermordet worden; schon dies, wie entsetzlich ist es! der blutige Trestaillons erwarb hier jene furchtbare Celebrität, die ihn, man kann es voraussagen, durch alle Jahrhunderte begleiten wird.

Einen Augenblick that wohl die Verwendung der großen Mächte und das Einschreiten ihrer Armee diesen Gräueln Einhalt; aber noch im November wurden die Protestanten an dem nämlichen Tage zur nämlichen Stunde in Alaix, St. Amboise und Nimes in ihren Kirchen überfallen, noch im Dezember erlebte man Ermordungen; das Jahr darauf erneuerten sie sich.

Mußte die Rückkehr des legitimen Königs, welcher Frieden und Gesetz zurückzubringen kam, mit so entsetzlichen Gräuelthaten seiner Anhänger verbunden sein!

Für den Gang der Ereignisse war es leider nur von allzu großer Bedeutung.

Es ist nicht zu berechnen, welchen Einfluß auf alle europäischen Angelegenheiten die öffentliche Meinung ausübt. Zwar würde man fehlen, wenn man ihr den Besitz der Wahrheit zuschriebe; allein solange sie ungeirrt ist, entwickelt sie doch jenes sittliche Gemeingefühl, das schon in kleineren Gesellschaften das Verbrechen ausstößt. Sie ist eine Macht: zwar soll man sie nicht scheuen, wenn man Recht hat; aber furchtbar ist es, sie durch Excesse zu reizen.

Unter den Umständen, welche die öffentliche Meinung in ganz Europa der königlichen Sache entfremdeten, standen diese Ereignisse ohne Zweifel oben an. Leider wurden in der Deputirtenkammer Gesinnungen ausgesprochen, welche mit jenen Gräueln eine geheime Analogie zu haben schienen[2]).

---

1) Castlereagh trug ihn am 23. Mai 1816 vor. M. s. überhaupt Sir Sam. Romilly's Motion und die darauf erfolgten Debatten.

2) Diesen Eindruck machte wenigstens die bekannte Scene, bei der Mr.

Verhandlungen über die Amnestie.

Kein Unbefangener wird die Hinrichtung Ney's und Labedoyère's zu den Reactionen rechnen wollen. Wenn die Capitulation sie nicht rettete, so waren sie nicht zu retten. Selbst Napoleon auf St. Helena fand die Vertheidigung Ney's unzureichend, ja erbärmlich.

Auf ganz andere Dinge als auf die Bestrafung einiger Oberhäupter des Abfalls kam man bei dem Gesetz über die Amnestie zu sprechen.

Als der König in seiner ersten Proclamation der künftigen Kammer überließ, die Schuldigen zu bezeichnen, glaubte er dem liberalen Princip eine Concession zu machen. Der Erfolg war, daß das entgegengesetzte die Initiative in dieser Sache ergriff.

Zuerst nahm Labourdonnaye, nicht ohne sich, wie man versichert, vorläufig mit den leitenden Mitgliedern der Kammer einverstanden zu haben, hierüber das Wort. Er erklärte die Proscriptions-Listen vom 24sten Juli für unzureichend und nur gemacht, um die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Schuldigen abzulenken. Wie viel weiter reichten die Aussichten, die er eröffnete! „Die Verschwörung, durch welche Napoleon zurückgekommen, sagte er, sei nicht allein, wie man glauben machen wolle, das Werk der Soldaten, sondern noch mehr der höheren Civilbeamten, die man nicht nenne, gewesen, jener Menschen, die, nahe dem Thron, Minister der Gewalt, im Vertrauen des Usurpators, die Leitung verrätherischer Anschläge während seiner Abwesenheit in Händen behalten. An diesen Veteranen der Revolution müsse man ein Exempel statuiren, an diesen Verschworenen, die, mit Reichthum, Macht und Ehre gesättigt, so viel ehrgeizige Nacheiferung erweckt; diese müsse man von der Höhe stürzen, auf welche sie durch ihre Verbrechen gehoben worden. Es sei eine und dieselbe mit Verbrechen bedeckte Genossenschaft, welche 1792 den Thron gestürzt und das Jahr darauf den Schrecken organisirt habe; durch die nämliche sei die Gewalt in die Hände von fünf unfähigen Directoren gegeben,

---

Levoyer d'Argenson zur Ordnung gerufen wurde. Er hatte nur gesagt: „Les autres (rapports) ont déchiré mon âme en annonçant que des protestans ont été massacrés dans le midi.“ Lacretelle (Histoire de France depuis la restauration I, 394) führt einige hierauf erfolgte Aeußerungen an, die wenigstens der Moniteur (24. October) nicht hat.

ihnen wieder genommen und auf das Haupt des Tyrannen gelegt worden; mit dem sei sie gefallen, aber im letzten März wieder mit ihm aufgestanden; jetzt aufs neue in seinen Sturz verwickelt, bewege sie sich noch, um die Gewalt wieder zu ergreifen und sie auf ein vielleicht noch schuldigeres Haupt zu übertragen" [1]).

Nicht allein die unmittelbaren Anhänger Napoleons, sehen wir, will er angreifen, sondern die Theilnehmer an der Revolution überhaupt, alle ihre Häupter. Ausdrücklich schlug er vor, drei Classen von Menschen (es sind die Kategorieen) von der allgemeinen Verzeihung auszunehmen: die Inhaber der großen Würden im Militär und in der Verwaltung, welche die Regierung des Usurpators ausgemacht, — die Generale, Kriegsbefehlshaber und Präfecten, die noch vor einer gewissen Zeit sich auf dessen Seite geschlagen, — endlich jene Regiciden: „kaum wage er sie Menschen zu nennen, welche die Existenz, die nur eine Wohlthat des Fürsten gewesen, gegen diesen ihren Wohlthäter mißbraucht, dem Usurpator gedient und seine Acte unterzeichnet". In der That, eine Proscription von größtem Umfange. Auch nachdem diese Vorschläge von der Commission etwas ermäßigt worden, hätte sie doch, wie man berechnet hat, bei 900 Personen umfaßt.

Nicht Alle aber waren dieser Meinung, — weder alle Mitglieder der Kammer, noch auch der König oder sein Ministerium. Der heftigen Majorität gegenüber trug Richelieu auf eine Bestätigung der Verordnung vom 24sten Juli und die Entfernung der Napoleoniden, auf nichts weiter trug er an.

Von so entgegengesetzten Puncten begannen die Discussionen. Natürlich gingen sie weit auseinander.

Die Einen empfahlen Milde, die Andern forderten Strenge; die Einen riefen die Gnade Heinrichs IV., die Andern die unnachsichtigen Maßregeln des Cardinals Richelieu ins Gedächtniß.

In Bezug auf die Regiciden bezogen sich jene auf die ursprüngliche Vergebung, die der König-Märtyrer ausgesprochen: „ein späteres Verbrechen könne schwerlich eine frühere Verzeihung ungültig machen". Die Andern glaubten sich nicht hieran kehren zu müssen, sie warfen die Frage auf, ob man strenger sein dürfe als der König. „Allerdings", antwortete Bethisy, „man darf es, ja zuweilen muß man es.

---

1) In dem Moniteur findet sich diese Rede nicht. Die histoire de la restauration giebt nur einen schwachen Auszug, der lange nicht hinreicht. Ich habe mich des Journal des Débats bedient, 1815, 19. November.

Die Kammer ist verpflichtet, die alten Bollwerke der Monarchie unaufhörlich zu vertheidigen; so gebietet die Ehre, selbst auf den Fall, daß der König mißvergnügt seine gütigen Blicke von ihr abwenden sollte; man wird rufen wie die Einwohner des Westens: es lebe der König! wenn gleich —" [1]).

Nicht allein aber auf Gnade und Erbarmen kam es hier an. Die Majorität der Kammer beabsichtigte eine Vernichtung der in der Revolution emporgekommenen Principien in ihren Urhebern und in den Oberhäuptern ihrer Bekenner. „Solle man nur die Bösen sicherstellen, niemals die Guten? Nein, noch heute wie zur Zeit der Massillon und Bossuet halte es Frankreich für ein strafwürdiges Verbrechen, seinen König zu verrathen. Die göttliche Vorsehung überliefere ihren Händen die Anstifter des Unglücks und der Verbrechen; solle man dieselben im Genuß ihrer Ehre und ihrer Reichthümer, von ihren Sclaven umgeben, immerfort neue und gefährliche Anschläge schmieden lassen?"

Und hier kamen sie auf einen Punct, der von allen leicht der wichtigste sein mochte.

Schon Labourdonnaye hatte auf eine Sequestration der Güter der Schuldigen angetragen; die Commission ging noch einen Schritt weiter: sie wollte diese Güter unter dem Titel einer Entschädigung einziehen und sie zur Bezahlung der Contributionen verwenden [2]).

„Wie?" versetzten die Gegner, „ist dies nicht eine neue, nur wenig versteckte Confiscation? Man sagt wohl, die Revolutionäre haben confiscirt und würden es heute nochmals thun, wenn sie die Gewalt hätten. Aber eben darum! Ihrem verhaßten Beispiele soll man nicht nachfolgen; man soll alles vermeiden, was auch nur den Schein hätte, als könne man das thun."

---

1) Discours de Mr. de Bethisy, séance du 6 janvier. Er ist dafür berühmt. Aber schon hatten viele Andere sich ähnlich ausgedrückt. Ce que le roi n'a pu vouloir (par sa clémence), sagte Piet 27. Oct., c'est à vous à le vouloir: c'est à vous à garantir ce roi.

2) Artikel 5 in dem Entwurfe der Commission: Dans les poursuites qui pourront avoir lieu en vertu des articles précédens, le trésor public se portera partie civile par ses agens pour requérir contre les accusés, s'ils sont jugés coupables l'indemnité du préjudice causé à l'état. Le produit de ces condemnations pécuniaires sera appliqué au paiement des contributions extraordinaires de guerre. Corbière motivirte dies im Namen der Commission 27. December mit den kurzen Worten: Une demande, qui vous est parvenue de toutes parts, est celle, de soumettre à une indemnité pécuniaire ceux qui seront reconnus pour les principaux auteurs de la rebellion.

Gewiß von allen Garantien, welche die Charte dem bestehenden Zustande gab, war die Abschaffung der Confiscation die nachdrücklichste. Die königliche Staatsgewalt verzichtete dadurch auf das Recht, vermöge dessen ihre revolutionären Vorgänger die alte Ordnung der Dinge und den ganzen Besitz umgewandelt hatten.

Diese Garantie aufheben oder nur antasten und zugleich über eine so große Anzahl ausgezeichneter Männer das Schuldig aussprechen, hätte einer Reaction Thür und Thor eröffnet, von der nicht abzusehen war, wohin sie führen konnte. Es galt nicht allein Begnadigung oder Verdammung von ein paar Einzelnen: es galt die Sicherheit des Bestehenden, aller Hervorbringungen der letzten Jahre überhaupt.

Nicht leicht war es, diesen Sturm zu beschwören. Richelieu mußte mit den Oberhäuptern dieser Majorität wie mit einer Macht unterhandeln. Endlich wurden die Kategorien, obwohl nur mit einer schwachen Ueberzahl, mit einer stärkeren wurden die Schadloshaltungen verworfen. In dem dritten Puncte aber gab das Ministerium nach. Beinahe einstimmig hatte die Kammer das Exil der Regiciden, die sich wieder zu Napoleon geschlagen hatten, das immerwährende Exil derselben votirt. Nach langer Weigerung und nur aus dem Grunde, weil es der Wunsch des Landes sein müsse, was die Deputirten, die so besonders verpflichtet, die Wünsche desselben dem Könige vorzutragen, fast einmüthig beschlossen hätten, gab dies der König zu.

Schon dies allein aber machte eine sehr aufregende Wirkung. Hatte nicht Richelieu gesagt, das königliche Wort, in Einem Puncte festgehalten, gebe Sicherheit für alle andern? Und nun ließ er gerade diesen einen Punct fallen. Alle, welche die Zusatzacte unterzeichnet, alle Käufer der Nationalgüter fingen an sich zu fürchten. „Der erste Schritt ist geschehen," sagten sie, „und nur der erste Schritt ist schwer."

Diese Befürchtungen verstärkten (um es zusammenzufassen) die Opposition, welche die abgesetzten Beamten, die entlassenen Soldaten ganz von selber bildeten; sie vermehrten die Aufregung, welche durch die Reaction im Süden und die ihr analog scheinenden Aeußerungen in der Deputirten-Kammer hervorgebracht war.

Wahlgesetz. Budget.

Und doch war diese Wirkung weder die einzige, noch vielleicht die gefährlichste.

Wenn wir bemerkt haben, daß alle Staatsgewalten royalistisch constituirt worden, so fehlt doch viel, daß bei sämmtlichen Mitgliedern derselben die nämliche Meinung geherrscht hätte.

Nicht als wäre ein Jeder mit einer ihm eigenen, voraus bedachten angekommen. Erst im Laufe der Verhandlungen setzten sich zwei Abstufungen auseinander, die man im Allgemeinen als die der Heftigen und der Gemäßigten bezeichnen kann.

Bezeichnungen jedoch, die, wie man sieht, nur durch ihr Verhältniß etwas bedeuten.

In der That finden wir das merkwürdige Geständniß der Gemäßigten, daß auch sie nicht ohne Aufregung gegen die Revolution und die Urheber der hundert Tage angekommen, aber durch die Richtung, welche sie einschlagen sahen, erschreckt worden und einen Schritt zurückgetreten seien[1]).

Den Heftigen bedeutete die weiße Fahne eine so viel möglich vollkommene Restauration. Es waren die Edelleute der Provinz, die Hofleute des Pavillon Marsan, von der Gesellschaft des Grafen Artois. Mehr mit dem Geiste der Chevalerie als strenger Unterthanspflicht widmeten sie ihre Verehrung dem König und ihre Neigung der Verfassung der alten Monarchie, vornehmlich jenen Instituten derselben, die eine gewisse Selbständigkeit der zweiten Gewalten in sich geschlossen hatten. Lebhaft von Natur, muthig durch ihre Anzahl, gehoben durch den Gang der Ereignisse, nicht ohne entschiedene, wiewohl etwas ausschweifende Talente, gingen sie von Schritt zu Schritt weiter. Ihre Salons entwickelten die Leidenschaften der Clubs.

Wenn man sagen kann, daß sie die Principien der Revolution vernichten wollten, so war es die Absicht ihrer Gegner, eben diese Principien nur zu unterwerfen ohne sie zu vernichten, sei es, durch eine Versöhnung mit dem Institut so vieler Jahrhunderte der Legitimität, sei es durch eine Gründung neuer Einrichtungen, in denen die Principien der Freiheit, wie sie das Jahrhundert verstand, und des Königthums vereinigt wären. Jene faßten eine unbestimmte Zukunft, diese die Gegenwart und ihre Forderungen ins Auge.

Es ist in der Regel das Schicksal der zum Siege gelangten

---

1) Lacretelle Histoire de France depuis la restauration I, 412: J'ai ouï quelques-uns de ceux qui marchaient au premier rang de cette opposition (der Minorität) avouer qu'eux-mêmes auraient été disposés à quelque irritation, si les principes de la majorité ne les eussent frappés d'une salutaire épouvante.

Parteien, über den Sieg zu zerfallen. Diese Entzweiung umfaßte die drei constituirten Gewalten und alles, was von ihnen abhing. Mitten hindurch schnitt sie. Die Majorität in dem Ministerium und unter den Pairs war so gemäßigt wie die Minorität der Deputirten. Die Majorität der Deputirten dagegen fand in der Minorität der beiden andern Gewalten Anhänger und Freunde. Wie es aber die Natur constitutioneller Verfassungen ist, alle Fragen in einen Streit zwischen Ministerium und Deputirten zu verwandeln, so stellte sich auch diese Spaltung gar bald als ein Kampf der Minister und der Kammer dar. Schon in der Verhandlung über das Amnestiegesetz sprach sich dies aus.

Noch mehr mußte es hervortreten, sobald man auf Fragen kam, welche die Rechte der Gewalt und der Abgeordneten unmittelbar berührten, zumal in so wichtigen Sachen, wie Budget und Wahlgesetz sind, zu denen die Entwürfe noch im December vorgelegt wurden.

Was kann es für eine repräsentative Monarchie wichtigeres geben als ein Wahlgesetz? Da die in diesem System entscheidende Gewalt der Deputirten von den Wählern ausgeht, so werden erst diese als die eigentlichen Bürger mit dem vollen Bürgerrecht angesehen werden können. Alles kommt darauf an, die Wähler richtig zu bezeichnen. Hierin liegt der Nerv des ganzen Organismus, es ist die Grundlage jeder möglichen Entwickelung.

Wenn man gesagt hat, es könne hundert gleich gute Entwürfe eines Wahlgesetzes geben, wenn man damals hat bemerken wollen, daß so zu sagen jeder Deputirte seinen eigenen gehabt, daß die Reden in der Regel nicht mit der Formel „ich stimme für oder wider", sondern mit einem abweichenden Vorschlage geschlossen worden seien, so waren es doch in der That im Ganzen nur zwei Ansichten, die einander entschieden entgegenliefen. Es ist wichtig, ihren Unterschied zu bemerken.

Die Regierung wünschte zwei Grade der Wahl einzurichten: einen unteren der Cantone, in welchem sie den 60 meist Besteuerten einige Angestellte, Friedensrichter, Pfarrer, Präsidenten von Rathscollegien und Gerichtshöfen hinzufügen wollte, den oberen der Departements, in welchem den 60 meist besteuerten Grundbesitzern einmal die Candidaten der ersten Wahl, sodann die zehn reichsten Negotianten, endlich aber wieder Präsidenten der Collegien und Consistorien, Generalprocuratoren und ähnliche Beamte zur Seite treten sollten.

Es ist offenbar, daß eine solche Einrichtung die Wahl großentheils der Regierung in die Hände bringen mußte; es konnte Niemand

beikommen, dies zu leugnen oder zu verheimlichen. Vaublanc eröffnete seine Erörterung mit dem Satze Montesquieu's, daß in der Monarchie jede andere Gewalt der höchsten untergeordnet sein müsse. Da es nun, sagte er, keine wichtigere Gewalt gebe als die der Wähler und keine der Krone gefährlicher werden könne, so habe man dieselbe unfehlbar in Abhängigkeit zu halten[1]). Die Commissäre des Königs bemühten sich, die Befürchtungen, die dies erregen konnte, zu zerstreuen. Auch jene Beamten, bemerkten sie, seien doch freie Männer: der Maire werde zwar von dem Könige gewählt, aber immer unter denen, die der Wunsch der Einwohner bezeichne. Könne man irgendwo eine größere Freiheit der Meinungen voraussetzen als bei dem Richter, welcher unabsetzbar sei, bei dem gewissenhaften, ehrwürdigen Pfarrer[2])? Auch sei ja der Einfluß der legitimen Gewalt auf die Wahlen mit nichten eine Gefahr. Wolle man daraus, daß der Usurpator ein eisernes Joch so gut auf den legislativen Körper als auf die ganze Nation gelegt habe, einen Schluß gegen die väterliche Regierung des Königs ziehen?

Jedoch was man auch sagen und vorbringen mochte, so votirten alle Büreaus der Kammer einstimmig gegen diesen Entwurf. Man hat die Majorität der Deputirten ultraroyalistisch genannt; sie war das jedoch nur, insofern die Ausdehnung der königlichen Macht zu ihren Gunsten, zu ihrem eigenen Vortheil gereichte. Niemals hat eine Versammlung die Rechte von Abgeordneten auf Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Widerstand gegen die höchste Gewalt unumwundener in Anspruch genommen. Mit unbeschreiblichem Eifer drang sie auf das Axiom, daß eine Kammer die Meinung des Volkes auszudrücken habe. Werde es aber dann nicht nothwendig, alle Bürger so unabhängig wie möglich concurriren zu lassen, um die Deputirten zu ernennen, deren Wahl eben das Ergebniß jener Meinung sein solle? — Auch die Kammer nahm zwei Grade der Wahl an. Der untere sollte ohne weiteres Alle umfassen, deren directe Steuer 50 Franken betrage, der obere die Candidaten dieser Wahl und alle die, deren directe Steuer sich wenigstens auf 300 Franken belaufe; um Deputirter zu werden, würde ein Steuerquantum von 1000 Franken erforderlich sein.

---

1) Discours prononcé à la tribune par S. Exc. M. le comte de Vaublanc, ministre de l'intérieur. Moniteur 20 Décembre 1815. Wir können nicht annehmen, daß er sich dasjenige habe entschlüpfen lassen, worauf sein ganzes Räsonnement beruhte.

2) Becquey (l'un des commissaires du roi) 22 Févr. 1816.

Hier ist denn von keiner Gegenwart eines Beamten, von keinem Zusatz eines Präfecten die Rede, und die Regierung würde keinerlei Einfluß auszuüben im Stande sein. „Wie sollte sie das auch?“ sagte Labourdonnaye; „sollen die Deputirten durch eine Dazwischenkunft des Fürsten gewählt werden, dem sie die Steuern zu bewilligen haben, oder durch die Wahl des Volkes, welches dieselben bezahlen muß? durch den Einfluß der Minister, deren Betragen sie beaufsichtigen sollen, oder durch das Volk, dessen Interessen sie verfechten [1])?“

Wir erstaunen. Den nämlichen Labourdonnaye, der so eben die Revolution in allen ihren Wirkungen mit so lebhafter Heftigkeit angegriffen hat, sehen wir mit nicht minderem Eifer die Principien vertheidigen, auf welche jene ihre Anmaßungen am meisten gründete. Auf der einen Seite bekämpft er sie; auf der anderen schlägt er sich selber zu ihr.

Täuschten sich etwa diese Wortführer wirklich über die Natur der Dinge? War es vielleicht nur Haß gegen die Minister, die ihnen Widerstand leisteten, was sie hiezu antrieb? Oder hätten sie sich in der That mit Grunde schmeicheln dürfen, daß sie kraft der Natur der Einrichtungen, die sie vorschlugen, den Platz behaupten würden?

Betrachten wir die Sache genauer, so hätte ihr System doch keineswegs gedient, die Kammer zum Ausdruck jener öffentlichen Meinung zu machen, welche sich in den Städten bildet und die Salons beherrscht; es hatte ein ganz anderes Ziel. Man muß, sagte Villèle, die untersten Stufen der Gesellschaft in ihrem innigen Verhältniß zur Aristokratie wieder auferwecken. Darauf war die Annahme eines so geringen Census, um an der Wahl Theil nehmen, und die Beibehaltung eines ziemlich bedeutenden, um gewählt werden zu können, berechnet; daher kam es auch, daß Corbière jenen noch auf die Hälfte herabzusetzen, Labourdonnaye diesen noch zu erhöhen vorschlug: Entwürfe, die einander zuwiderzulaufen scheinen und doch sehr gut übereinstimmen. Eine Kammer, auf diese Art zusammengesetzt, hätte nicht sowohl die öffentliche Meinung als das Uebergewicht des großen Eigenthums über das kleine repräsentirt.

Eben dahin aber zielten sie; in diesem Verhältniß hatten sie ihre Wurzel.

---

1) M. de la Bourdonnaye 23 Février 1815, Auszug im Moniteur 25: Le plus important lui semble être de constituer véritablement et nécessairement une chambre des députés, l'organe principal de l'opinion et des intérêts du peuple, et de faire des membres qui composent cette chambre autant des mandataires dévolus à la nation.

Sie setzten dies freilich nicht durch; die Pairskammer verwarf ihr Project; aber nicht minder mußte dieselbe auch das Project der Minister, das von den Deputirten so ganz und gar umgewandelt worden, verwerfen; und schon hierin liegt, wenn ich nicht irre, ein sehr wichtiger Erfolg.

Nicht als ob der ministerielle Entwurf besonders glücklich combinirt gewesen wäre; man kann es nicht sagen; allein er sprach eine Idee aus, deren Annahme in diesem Wendepuncte der europäischen Dinge die größte Bedeutung gehabt hätte.

Noch war der Versuch einer eigentlich repräsentativen Monarchie niemals ernstlich gemacht worden; man weiß, daß die englische Verfassung wenigstens bisher auf ganz andern Grundlagen beruhte. Im Jahre 1815 war Jedermann der Meinung, daß es in unsern Staaten verschiedene von einander abgesonderte Gewalten geben müsse; nicht so entschieden war man, ob eine von ihnen so geradezu auf das Princip der Repräsentation gegründet werden solle.

Ich finde doch merkwürdig, daß vorzugsweise Männer, welche den Formen des Staates das tiefste Studium gewidmet hatten, ohne Umschweif leugneten, daß die französische Deputirtenkammer eine Repräsentation sei. Dazu, sagte Royer-Collard, sei die Wahl derselben nicht angethan: es wähle hier weder die ganze Bevölkerung, noch wähle sie zu einem bestimmten Zweck mit ausgesprochenem Auftrag. Ja, wäre es so, so würde darin die größte Gefahr liegen. Sei nicht diese magische Lehre von der Repräsentation das unwiderstehliche Werkzeug, durch welches schon einmal alle Barrieren umgestürzt, der Thron zerstört, die Gesellschaft aufgelöst worden? „Nein," fährt er fort, „die Kammer ist keine Repräsentation, sie ist eine Gewalt; sie ist nicht durch ein der Charte vorausgegangenes, sondern durch ein von dieser begründetes Recht bedingt; sie hat nichts auszudrücken als ihre eigene Meinung; das Mandat ist ihr verboten. Auch ist sie es nicht, welche die nationalen Freiheiten sichert. Deren Garantie liegt in dem König so gut wie in den Kammern, in der erblichen Kammer so gut wie in der gewählten; aus der Gemeinschaftlichkeit der Gewalten geht sie hervor. Will man etwa die Doctrinen, durch deren Explosion man zu Grunde gegangen ist, aus den Trümmern des gesellschaftlichen Gebäudes sorgfältig hervorziehen, um sie in die Grundlage des neuen aufzunehmen? [1])

---

1) Opinion de Mr. Royer-Collard 24 Février. Ich bemerke noch folgende Stelle. La dénomination de gouvernement représentatif —

Der ministerielle Entwurf eines Wahlgesetzes war dadurch bedeutend, daß er diese Idee aussprach und ins Leben geführt hätte. Indem er die Möglichkeit freier Formen gewährte, beugte er doch den verderblichen Schlußfolgen, die von der Unabhängigkeit der Repräsentation auf die Unumschränktheit der Majorität und auf das höchste Ansehen der souveränen Nation führen, glücklich vor. Allein es war, als ob Europa dem Geschick nicht entgehen sollte, alle diese gefährlichen Versuche noch einmal durchzumachen. Eine Kammer trug dazu bei, welche ähnlichen Ideen, wie man sie befestigen wollte, ihren eigenen Ursprung verdankte; jetzt aber, trunken von ihrem Bestehen, wollte sie auf dieselben nicht weiter zurückkommen und keinerlei Abhängigkeit anerkennen. Mit Verwunderung bemerken wir, wie sie sich immer wieder auf die Natur der repräsentativen Verfassung, auf die Meinung des Landes, diese Königin der Welt, und auf die Herrschaft beruft, die derselben gebühre. Sie beruft sich darauf, sie, die von der Meinung zurückgestoßen, von der großen Menge verabscheut war!

Während man hier um die Principien, um die Grundlagen zukünftiger Entwickelung stritt, hatte sich der Kampf bereits an einem andern Puncte über die realsten und gegenwärtigsten Forderungen, über das Budget, eröffnet.

Ohne Zweifel forderte die Lage des Landes außerordentliche Hülfsmittel: es war ein Rückstand der vorigen Jahre zu decken, der sich auf beinahe dritthalb hundert Millionen belief; es war eine außerordentliche Contribution von hundert Millionen zu regularisiren, die im August war erhoben worden; überdies hatte man die Bedürfnisse des laufenden Jahres, des Credits, der wieder emporzubringen war, endlich die Verpflichtungen gegen die Verbündeten vor sich[1]).

Wohl sah die Kammer ein, daß diese Bedürfnisse gedeckt werden müßten. Allein über die Art wie es zu thun, war sie einer ganz anderen Meinung als die Minister.

Wenn diese die Grundsteuer noch einmal erhöhen wollten, so schien ihr das eine Fortsetzung der Maßregeln Napoleon's. Schon

visiblement importée quand elle conviendrait plus ou moins ailleurs — est donc fausse et trompeuse chez nous: à moins qu'il ne soit bien convenu, que par là on n'entend rien de plus qu'un système de gouvernement dans lequel la puissance législative est divisée en trois branches dont une élective.

1) Ausführlicher Bericht Corvetto's an den König, welcher die Grundlagen der gesammten Discussionen. Supplément au Moniteur 24 Décembre 1815.

Bonaparte, klagte sie, habe die Eigenthümer zu wahren, an die Scholle gebundenen Sklaven gemacht; jetzt aber werde er weit übertroffen. Sie wollte berechnen, der Minister fordere in einem Jahre 550 Millionen von dem Landeigenthum.

Fast noch bedenklicher war es ihr, daß auf den Verkauf von 400,000 Hectaren Waldung, den allerdings die Kammer von 1814 schon zu drei Viertheilen genehmigt hatte, angetragen wurde. Diese Waldungen hatten der Geistlichkeit gehört; die noch nicht verkauften Communalgüter sollten dazu geschlagen werden. Schien dies nicht eine offenbare Fortsetzung des während der Revolution so gewaltsam durchgeführten Verkaufs der Nationalgüter zu sein[1])?

Die beiden Gewalten befanden sich, wie wir sehen, in dem entschiedensten Gegensatz. Durch alle Zweige der öffentlichen Verwaltung griff er hindurch. Man sah zwei Systeme einander gegenüber, von denen es sich bald entscheiden mußte, welches das stärkere sei.

Noch hielten sie einander die Wage; doch brachte die Natur der Verfassung mit sich, daß die Kammer im Vortheil war.

Man hatte ihr das Exil der Regiciden nachgegeben. Sie setzte durch, daß die Minister vom Verkauf der Waldungen abstanden, ja die Rückgabe der noch nicht verkauften Güter an die Communen genehmigten. Als der Wahlentwurf zurückgewiesen worden, gelang es ihr doch, die Bestimmung festzusetzen, daß die Deputirtenkammer alle fünf Jahre, wie die Charte andeutete, aber nur im Ganzen und auf einmal erneuert werden solle.

Allgemeine Vorschläge.

Welche Aussichten eröffnete allein diese letzte Bestimmung!

Als einmal von der Unabsetzbarkeit der Gerichtsbehörden die Rede war, genehmigte wohl die Kammer die Annahme dieses Grundsatzes; aber mit schlauer Gewandtheit fügte sie hinzu: „erst nach dem

1) Rapport fait au nom d'une commission spéciale par Mr. de Corbière dans la Séance du 9 Mars. Man bemerke seine geschickte Vertheidigung der Communen: Les communes ont le privilége de la minorité et c'est l'état qui est spécialement chargé de veiller sur leurs intérêts, de conserver leurs droits, d'exercer envers elles l'autorité protectrice de tuteur. Et ce serait le tuteur qui pour acquitter ses dettes vendrait les biens du mineur. Wie denn dieser ganze Bericht voll Geist und Klarheit ist. Moniteur 13 Mars.

Verlauf eines Jahres". Natürlich hoffte sie während dieses Jahres die Justiz mit Männern ihrer Partei erfüllen zu können.

Wie viel wichtiger aber war es, wenn sie ohne Erneuerung, ohne einen Zusatz, der die Majorität gefährdet hätte, fünf Jahre lang die Rechte einer Deputirtenkammer ausüben durfte, Rechte, die sie so ungeschmälert in Anspruch nahm, wie irgend eine revolutionäre Theorie es jemals beliebt hatte! Was sie bis jetzt vorgeschlagen, war keineswegs ihr letztes Wort. „Erst mit der Zeit", sagte Villèle, „könne man Institutionen wiederherstellen". Wie oft ist gesagt worden, an die nächsten Jahre ihrer Sitzungen knüpfe sich die ganze Zukunft von Frankreich!

Es ist wohl der Mühe werth, daß wir uns das Ziel, das sie verfolgt, deutlicher vor Augen zu legen suchen.

Man darf sich nicht wundern, daß sie sich bei Gelegenheit des Budgets so unerschütterlich bewies. Gerade ihre entschiedensten Richtungen kamen dabei ins Spiel.

Hauptsächlich ihre Absicht, die Geistlichkeit wieder emporzubringen.

Mirabeau hat gesagt: „wollt ihr die Revolution machen, so müßt ihr Frankreich dekatholisiren". Und gewiß, eines der wesentlichsten Elemente der Revolution ist ihre Feindseligkeit gegen die Geistlichen, einer ihrer wichtigsten Erfolge der Ruin derselben gewesen.

Nunmehr drückte man sich anders aus. „Es giebt kein Heil für den Staat", sagte St. Romain, „ohne die völlige Vernichtung von allem, schlechthin von alledem, was die Revolution im Widerspruch mit der Kirche hervorgebracht hat. Ohne dies wird weder Religion noch gute Sitte jemals wieder die Oberhand bekommen" [1]). Ein Anderer, Roux de Laborie, ergoß sich in Lobeserhebungen des alten Instituts der französischen Kirche. „Die Meisten von uns", rief er aus, „haben jenes prächtige Gebäude noch stehen sehen, das Werk des Himmels, der Zeit, der Könige und unserer Väter, — diesen schönen Theil der Größe der Nation, welchen Frankreich stolz war Europen zu zeigen, dies Denkmal zugleich von Reichthum, Macht, Ansehen, Ruhm und Genie" [2]).

---

1) Discours de M. Murald de St. Romain sur l'instruction publique et l'éducation. 31 Janvier 1816.

2) Rapport fait au nom de la commission centrale par M. Roux de Laborie sur la proposition de M. de Blangy tendante à améliorer le sort des ecclésiastiques: Comité secret du 1 Février. „Votre commission a cru, que malgré la timide expression de M. Mangy — — les besoins étaient si urgens —, le péril si imminent, qu'il fallait vous proposer des mesures promptes, actuelles, efficaces."

Kein Wunder, daß die Kammer sich die Herstellung eines solchen Baues oder wenigstens die Rettung seiner Trümmer angelegen sein ließ. Im Januar 1816 beschäftigte sich auf einmal eine ganze Anzahl von Commissionen mit geistlichen Sachen.

Zuerst hatte Castel Bajac darauf angetragen, Bischöfe und Pfarrer wieder zu ermächtigen, Schenkungen zum Besten geistlicher Institute anzunehmen.

Sollte man aber Alles von Schenkungen erwarten? Den Tag nachher schlug Blangy vor, die Lage der Geistlichkeit unverzüglich zu verbessern.

Es dauerte nicht lange, so machten die Minister selbst ein paar Anträge in Bezug auf eine solche Verbesserung[1]).

Welcher Meinung man auch übrigens sein mag, man muß gestehen, daß diese ein dringendes Bedürfniß war. Von den 50,000 geistlichen Stellen, welche das Concordat in Frankreich überhaupt forderte, waren 17,000 unbesetzt. Man berechnete, daß in 12 Jahren leicht drei Viertel aller Stellen vacant sein würden. Wie konnte es auch gut anders sein! Das Jahrhundert hatte eine so ganz ungeistliche Richtung eingeschlagen; die Besoldungen waren äußerst dürftig. Von dem jährlichen Einkommen, das die Nationalversammlung dem Klerus zugesichert hatte, ward nicht viel mehr als der achte Theil dafür verwendet. Nur wenige konnten Neigung haben, sich einem Stande zu widmen, der nichts als die Aussicht gleichsam auf ein fortwährendes Märtyrerthum darbot! Diesem Uebel abzuhelfen, war ohne Zweifel das dringendste Bedürfniß.

Hätte nur ein guter Genius der Versammlung eingegeben, sich damit allein zu beschäftigen! Wer hätte ihr nicht beistimmen sollen, wenn sie auf das geistige Elend so vieler tausend ohne Gottesdienst hinlebender Gemeinden aufmerksam machte, wenn sie das Loos der Dorfpfarrer zu verbessern suchte — einer Classe, die es vor allen verdient, da ihr ein so großer Theil der moralischen Erziehung des Volkes übertragen ist. Allein die Kammer verband damit Entwürfe von zweifelhafterem Vortheil, nur allzu geeignet, die alten Parteiungen wieder aufzuwecken.

Sie fand, daß die Geistlichkeit eine gewisse Unabhängigkeit genießen müsse; nicht allein sie schlecht zu besolden, es sei herabwürdigend, sie überhaupt zu besolden. Wenn die Regierung die ganze

1) „Du moins le bénéfice sera commencé“, sagte Vaublanc, als er sein Project tendant à améliorer autant qu'il est possible dans les circonstances où la France se trouve, le sort du clergé, am 2. Januar vortrug.

physische Existenz der Geistlichen in ihren Händen habe, könne es ihr nicht in Sinn kommen, menschliche Launen an die Stelle der ewigen Wahrheiten zu setzen? In Frankreich, einem wesentlich ackerbauenden Lande, beruhe übrigens aller Einfluß auf Grundbesitz; ohne solchen werde auch die Geistlichkeit nie zu Einfluß gelangen[1]).

Es ist leicht zu sehen, daß der Vorschlag Castel Bajacs dahin zielte. Indem die Versammlung denselben annahm, erklärte sie sich zugleich für das Princip; sie gab den geistlichen Instituten das Recht eigenthümlichen Besitzes zurück.

Es war dies aber nur der erste Schritt. Hatte der Klerus einmal diese Fähigkeit, wie sollte man ihm nicht wenigstens diejenigen von seinen Gütern wieder erstatten, welche noch unverkauft in den Händen des Staates waren? Besaß er nicht dasselbe Recht, kraft dessen die Emigranten die ihrigen erhalten hatten?

Siehe da den Grund, weshalb man jenen Verkauf der Waldungen so hartnäckig verweigerte! Sie sollten vielmehr ihren alten Besitzern zurückgegeben werden. „So fordere die strenge Pflicht. Wenigstens das Princip müsse man augenblicklich anerkennen, wenn man auch die Ausführung zu verschieben gerathen finde.“

Die Kammer war überzeugt, hiemit dem Gemeinwesen einen großen Dienst zu leisten. Ihr Schluß war, ohne Unabhängigkeit gebe es keine Geistlichen, ohne Geistliche keine Religion, ohne Religion keine Moral.

Und nicht allein Unabhängigkeit, auch viele andere Möglichkeiten eines dauernden Einflusses suchte sie der Geistlichkeit zurückzugeben, vor allem die Führung der Civilregister: denn der Pfarrer müsse zugleich eine Art von Magistratsperson sein. Es war leicht gesagt, man brauche dabei nur auf die frühere, genau abgegrenzte Einrichtung zurückzukommen; es sei ein Attribut, das sich nie anders als vortheilhaft erwiesen habe. Die Veränderung wäre ungeheuer und ihre Wirkung nicht zu berechnen gewesen[2]). Wenn jener Vorschlag, an den Bonald seinen

1) Chifflet: Dans une nation essentiellement propriétaire le clergé doit être propriétaire et ne doit pas être salarié.

2) Vorschlag von Lacheze-Murel, 8. Januar. Im Moniteur finde ich gar keine, im J. d. Débats schwache Notiz hievon; etwas bessere bei Fievée Session de 1815 p. 376. Erst nach der Revolution von 1830 hat man aus einer Rede von Lainé erfahren, daß hiegegen der persönliche Einfluß der Herzogin von Angoulême auf die Oberhäupter der Kammer in Anspruch genommen ward. M. Theodore Anne: Mémoires, souvenirs et anecdotes sur l'intérieur du palais de Charles X, T. II, p. 53, macht dies Verdienst nach Würden geltend.

Namen geknüpft hat, die Heiligkeit der Ehe wiederherzustellen — ein Vorschlag, der wirklich zur Abschaffung der Ehescheidungen führte —, dazu dienen sollte, wie er sagte, die Familie zu reconstituiren, so trug er doch auch bei, die Geistlichkeit in ihre verlorene Stellung zurückzubringen[1]).

Dann aber konnte man kein Bedenken tragen, auch die Erziehung den alten Zuständen wieder anzunähern. Allerdings hatten jene Schulmeister, die man unter dem Einfluß der Revolutionscomités nach Stimmenmehrheit erwählt und hernach bestehen lassen, nicht eben getaugt, die Grundsätze des Katholicismus zu verbreiten. Nirgend, sagte St. Romain, habe Bonaparte entschiedenere Anhänger gehabt als in den Lyceen; es seien Institute des Atheismus und der Immoralität[2]). Er trug darauf an, wenigstens Collegien und Pensionen sowie die Seminarien unter die Aufsicht der Bischöfe zu stellen.

Es ist, wie man sieht, in diesen Entwürfen ein durchgreifender Zusammenhang. Familien und Gemeinden, Jugend und Alter wollte man wieder einem Einflusse unterwerfen, dem sie durch den Gang und Geist der Revolution entzogen worden waren; welch ein neues Ansehen mußte dies der Geistlichkeit verschaffen, zumal wenn sie, wieder mit Eigenthum ausgestattet, eine unabhängige Grundlage der Existenz, eine freie und sichere Stellung erlangen sollte!

Und dies schloß sich ferner an ein anderes, noch allgemeineres Bestreben der Deputirten. „Die vorgeschlagene Maßregel", sagt Bonald, „beabsichtigt, Frankreich auf einem wichtigen Puncte zu dem Territorialsystem zurückzuführen, das es unglückseliger Weise mit dem Fiscalsystem vertauscht hat". Es war die große Tendenz dieser Kammer, dem Landbesitz wieder eine eigene Bedeutung zu geben. Während der revolutionäre Staat alle Bedürfnisse des königlichen Hauses, der Gerechtigkeit und der Religion, des Unterrichts und der öffentlichen Wohlthätigkeit dem Einzelnen zur Last fallen lasse, hob sie den Vortheil der großen Domänen und der Begründung der öffent-

1) Rapport fait au nom d'une commission centrale par M. de Trinquelague sur la proposition de M. de Bonald relative au divorce 19 Février. Untern anderm: „Si la religion n' est pas un vain nom dans l'état, si le trône doit essentiellement s'appuyer sur cette base sacrée —, la France — ne doit pas admettre le divorce."

2) Zum Beweise führt er an: révolte des lycées de Dijon, de Nancy, d'Amiens, de Versailles, de Nantes en 1814: mouvemens séditieux de mirmidons à Bordeaux, Moulins, Lyon etc.; en 1815: de faibles étudians furent tout-à-coup transformés en canonniers redoutables.

lichen Institute auf Landbesitz hervor. Der Centralisation setzte sie sich aus allen Kräften entgegen.

So brachte sie denn auch das Bedürfniß einer gewissen Unabhängigkeit der localen und der provinziellen Administration wieder zur Sprache. Villèle hat ausführlich dargethan, wie man nun schon lange Zeit und Jahr für Jahr immer mehr den Räthen der Departements, Bezirke und Gemeinden die Verwaltung ihrer eigenen Sachen entrissen habe, wie man 1814 unter dem König weiter gegangen sei, als jemals unter Napoleon. „Was ist", sagte er, „aus einer so großen Centralisation der Gelder und ihrer Gewalt erfolgt? Die laufenden Geschäfte nehmen die ganze Zeit der Minister dergestalt in Anspruch, daß sie keine übrig haben, um auf irgend eine Verbesserung zu denken. Der Strom reißt sie fort, ihre Büreaus sind mächtiger als sie selber, die Autorität, die man den Localbehörden genommen hat, wird von untergeordneten Schreibern ausgeübt[1])".

Hierin wohl mehr, als in ein paar persönlichen Reibungen liegt der Grund, weshalb sich die Abgeordneten einer neuen Einrichtung der Rechenkammer widersetzten. Wie könne man die Rechnungen einer Commune, welche 100 Lieues von Paris entfernt sei, von den Beamten der Hauptstadt beurtheilen lassen? Man führe an, jene Behörde habe in einem Jahre 8 Millionen Rechnungen zu verifiziren; eben dies sei es, weshalb man sie verwerfen müsse. Es gehörte ganz zu ihrem System.

Denn gewiß, es war ein System, das sie verfolgten, wenngleich nicht jenes, das man vorauszusetzen gewohnt ist.

Wie die Vorstellungen der Menschen nur allzuleicht von Namen abhängen, so hat der Name Ultraroyalisten bewirkt, daß man diese entschlossene Majorität für eine Anhängerin absoluter Gewalt erklärt hat. Auch verständige und einsichtsvolle Leute bezeichnen sie wohl so.

Nichts kann falscher sein. Selbst wenn es sich so verhielte, wie eine gewisse Meinung annimmt, daß es nur dort Freiheit gebe, wo in dem Mittelpuncte des Staates Kammern und Verwaltung, eine Regierung durch Ernennung und eine Regierung durch Wahl einander

---

1) Discours de M. de Villèle sur le projet de loi relatif à la levée des quatre premiers douzièmes des contributions. 13 déc. Uebrigens weiß man, daß die Initiative in dieser großen Angelegenheit schon von Fievée ergriffen war. Sie ist dessen vornehmstes Verdienst. Auch nahm er die Rede Villèles vollständig in seine Geschichte der Session von 1815 auf. Später, im Besitz der Gewalt, hat Villèle freilich diese Ideen zur Seite liegen lassen.

gegenüberstehen, selbst dann hätte man Unrecht; nie gab es eine Kammer, die eine unabhängigere Stellung angenommen hätte.

Damit war sie jedoch noch nicht zufrieden. Wir sahen, wie sie alle intermediären Selbständigkeiten begünstigte. Sie wollte in der Geistlichkeit eine unabhängige, auf Grundbesitz basirte Corporation, nicht ohne ihren alten Einfluß auf Staat und Familie; sie nahm eine größere Berechtigung der Localverwaltungen, der Communen in Anspruch; sie wünschte eine zwar mit Bedacht und in ihrem Sinne zu Stande gebrachte, aber alsdann unveränderliche Gerichtsverfassung: „denn von dieser hange alles, was echt französisch, König und Königthum, innere Ruhe und äußeres Ansehen ab“; wenn sie hiebei auf eine Revision der gesammten Gesetzgebung drang, „nicht als ob dieselbe in allen ihren Theilen fehlerhaft sei, allein weil sie in allen Principien enthalte, die man vertilgen müsse“, so ist es noch merkwürdiger, daß sie sogar den Verlust der Parlamente bedauerte, „dieser Wächter der Grundgesetze der Monarchie[1])“.

Nein! Knechtisch kann man das nicht nennen. Alle alten Institutionen der Monarchie, die wahrhaftig nicht zur Knechtschaft eingeführt worden, sah die Majorität in einem idealen Lichte und dachte sie wiederherzustellen. Ganz etwas anderes hätten diese Vorschläge befördert als die absolute Gewalt, von der man träumte.

Hofften die Deputirten aber, wird man fragen, in der That diese Dinge ins Werk zu setzen? Hatten sie nicht allein Wünsche, sondern Plane? Dachten sie auf eine baldige geregelte Ausführung derselben?

Soviel ich weiß, ist der Plan noch niemals bekannt geworden, welchen die Majorität dieser Kammer und alles, was ihrer Gesinnung anhing, eigentlich im Auge hatte. Man nimmt ihre Richtung wahr, man kennt ihre einzelnen Entschließungen; unbekannt ist, welche Möglichkeit der Ausführung derselben im Zusammenhange sie vor sich sahen.

Es ist mir eine vertrauliche Mittheilung eines der ältesten und einflußreichsten Diener Ludwigs XVIII. an einen deutschen Staatsmann zu Handen gekommen, welche diese Absichten deutlich eröffnet. Man wäre davon ausgegangen, die Eintheilung in Departements

---

1) Kergorlay, Séance du 28 Oct.: Il existait parmi nous certaines lois fondamentales qui ne pouvant être enfreintes par le législateur, temperaient les écarts de sa puissance. Ces lois fondamentales les parlements ne s'en considéraient-ils pas comme les gardiens? Ne s'attribuaient-ils pas le pouvoir et l'obligation d'examiner si les nouvelles lois n'étaient pas en quelque opposition avec les lois fondamentales? Er beklagt den Ruin dieses ehrwürdigen Gebäudes.

aufzuheben, die Grenzen der alten Provinzen, deren Auflösung die Revolution so unwiderstehlich gemacht hatte, so viel möglich wiederherzustellen. Hiedurch hätte man die durchgreifende Gewalt der Minister und der Präfecten unmittelbar gebrochen.

Sollte man aber zugleich die alten Stände, wie sie gewesen waren, die Eintheilungen in pays d'état und pays d'élection und die Vorrechte, welche die ersten genossen, wieder einführen? Allzu viel Schwierigkeiten hätte es dargeboten, allzu gerechten Widerspruch veranlaßt; man faßte die Absicht, den gesammten Provinzen gleichmäßige Berechtigungen zu gewähren.

Es entstand die Frage, wie diese Sonderung einzurichten, wie sie mit der Nationalrepräsentation in Einklang zu bringen sei. Der Plan war, die Mitglieder der zweiten Kammer für lebenslänglich zu erklären und beide Kammern zugleich zum Parlamente des Reichs zu constituiren. Sie hätten noch ferner in Paris gesessen; in der Zwischenzeit aber würden die Deputirten nach den Provinzen, aus denen sie abstammten, zurückgekehrt sein; sie würden daselbst, vereinigt mit den Mitgliedern der königlichen Gerichtshöfe, Provinzialparlamente gebildet haben. Klerus und Adel wären die unmittelbaren Stützen dieser Einrichtungen geworden; jener würde sofort in den Besitz der nicht verkauften Waldungen getreten sein; die Emigrirten wären ermächtigt worden, ihre Güter von den Erwerbern derselben um den Preis, welcher der Nation bezahlt worden war, zurückzukaufen.

Ein Plan, der mit allem, was die Versammlung gesagt oder gethan hat, ganz wohl übereinstimmt. So wie in dem Jahre 1789 auf einmal alle revolutionären Einrichtungen, Municipalitäten, Nationalgarden und mit ihnen auf der einen Seite einverstandene Deputirte, auf der andern die Empörung des Pöbels erscheinen, so wären nunmehr alle alten Gewalten, die damals hatten weichen müssen, zurückgekehrt, es hätte das ganze Gerüste des alten Staates im Momente wieder aufgerichtet dagestanden.

Die Kammer, welche eine so große Veränderung hervorgebracht, welche dieselbe in dem Mittelpunct zu leiten und in den Provinzen auszuführen gehabt hätte, würde hiedurch eine unversiegbare Quelle der Gewalt auf immer erworben haben.

Ordonnanz vom 5. September.

Nun erst übersehen wir die Lage der Dinge und ihre ganze Schwierigkeit.

Gleich bei der Eröffnung der Wahlversammlungen hat Chateaubriand gesagt, die populäre Macht, welche gedient, um die Monarchie zu erschüttern, müsse man nunmehr anwenden, um sie herzustellen. Und wenigstens war die constituirende Versammlung nicht viel feuriger zu Werke gegangen als diese Kammer. Es schien, als wäre die rechte Seite der Constituante, die damals in der Minorität, endlich auch ihrerseits zur Gewalt gekommen, um dem Werke ihrer Gegner ein anderes entgegenzusetzen. Sonderbarer Wechsel! Die Gedanken, welche damals hätten erhalten können, würden jetzt zerstörend geworden sein. Es ist wahr, man beabsichtigte wiederherzustellen; aber dieser Wiederherstellung mußte Zerstörung vorangehen. Was man auch sagen mag, auf dem Wege, den man betreten, konnte man nicht anders als zur Contrerevolution kommen. Ist aber eine Contrerevolution nicht auch eine Revolution? Mit ihrer Theorie erfüllt, mit den Abstractionen des alten Staates gerüstet, stieß diese Majorität gegen alles, was zum Leben gekommen, an; sie setzte dem bestehenden Staate die Idee eines andern entgegen; jenen wollte sie zerstören, diesen wollte sie verwirklichen; sie befand sich offenbar im Angriff.

Wir untersuchen nicht den Werth oder Unwerth ihrer Theorien, die Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit ihrer Ansprüche; wir fragen nur, ob sie Stärke genug besaß, um einen solchen Angriff zu wagen, ob sie hoffen durfte, ihn durchzuführen.

Es konnte nicht fehlen, sie mußte einen ungeheuren Widerstand finden.

Und zwar zunächst in der Masse der Bevölkerung von Frankreich.

Wenn die Richtung der Kammer vielleicht in einigen Provinzen des Südens das Uebergewicht hatte, so war dies bei der Unfügsamkeit ihrer Anhänger, bei den Gräueln, mit denen sich dieselben befleckt hatten, nicht viel weniger eine Schwierigkeit für sie als ein Vortheil.

In zehn andern Departements mochten sich die Parteien die Wage halten; es hätte schon hier eines entschiedenen und glücklichen Kampfes bedurft, um den rückwirkenden Maßregeln Raum zu verschaffen.

In allen andern würden sie dagegen niemals durchzusetzen gewesen sein[1]).

1) Ich beziehe mich auf die in dem zweiten Berichte Fouché's enthaltene Statistik der Gesinnung. Nichts anderes ist es, was Bourrienne mit so vieler Verwunderung von ihm hörte. Fouché rechnete, daß sich die Royalisten etwa in dem achten Theil der Departements behaupten könnten; in den andern insgesammt würde man sie zum Schweigen bringen. Er nimmt an, nur ein

In den mittleren und nördlichen Provinzen wünschte man, wenn nichts anderes, doch Ordnung und eine liberale Handhabung der Constitution. Wie hätte die Kammer hoffen können, in Paris die Oberhand zu erhalten, wo alle entgegengesetzten Meinungen des Jahrhunderts aufgezogen, genährt waren und sich noch in den stärksten Trieben befanden? Ueberdies liefen ihre decentralisirenden Bestrebungen den Interessen der Hauptstadt zuwider.

Noch entschiedener waren die östlichen Provinzen: Dauphiné, wo Niemand bei dem Einrücken der Verbündeten dem König hatte ein Lebehoch bringen wollen, Lothringen, Champagne, Ardennen, Bourgogne, wo die Bauern ihrer Freiheit sich erst bewußt geworden und die festeste revolutionäre Phalanx bildeten. Hier waren die großen Nationaldomänen gewesen, und ihr Verkauf hatte unzählige natürliche Widersacher der alten Regierung geschaffen; der Continentalhandel, der durch das System Napoleons in diesen Gegenden emporgekommen, hatte dessen Anhänger, wie es nicht fehlen konnte, verstärkt. In dem Elsaß kamen noch die Protestanten hinzu, die sich durch das katholische Element des Royalismus bedroht glaubten.

Und nicht allein in diesen provinziellen Interessen lag der Widerstand, den die Kammer zu erwarten hatte. Wir haben gesehen, wie ihr die abgesetzten Beamten gleichsam einen Kern von Gegnern bildeten, wie sich an diesen die Offiziere und Gemeinen der entlassenen Armee, die Käufer der Nationalgüter, die Unterzeichner der Zusatzacte über den ganzen Boden von Frankreich hin anreihten. Diesem großen Körper gesellten sich nicht allein die Jakobiner und Bonapartisten auf der einen Seite, sondern auch die gemäßigten Leute, welche der Revolution nur darum anhingen, weil sie nun einmal vollzogen war, auf der anderen hinzu: jene, denn sie hätten ihre völlige Vernichtung, diese, sie hätten die Wiederkehr der alten kaum überstandenen Unordnungen zu fürchten gehabt[1]). Sie vergaßen der Schattirungen ihrer Meinung, welche sie so oft entzweit, und vereinigten sich nur in dem gemeinschaftlichen Haß. Es war eine eben so heftige, als weit verbreitete und starke Opposition. In allen Interessen, Meinungen und Gewohnheiten der letzten Jahre war sie gegründet.

Sechstheil der Nation wolle die alte Regierung. Bourrienne Mémoires T. X ch. 20.

1) Diese Coalition bemerkte gleichsam im Entstehen ein ganz wohlgerathener Bericht aus Paris, in den europäischen Annalen 1815, 10. St.

Allein noch ganz andere Feinde hatte sich diese Kammer erweckt. Wir sahen, wie die royalistischen Gewalten zerfielen. Nur der eine Theil warf sich in den Angriff; der mächtigere, welcher die Ausübung der Staatsgewalt in Händen hatte, war durch denselben sogar mitbedroht und gerieth in die Nothwendigkeit, sich nur selbst zu vertheidigen.

Denn allerdings war auch die königliche Macht, wie sie nunmehr bestand, ein Product der Revolution.

Wenn die alte Monarchie auf allen Seiten von den Freiheiten der Corporationen, Gemeinden, Provinzen, den persönlichen und ständischen Bevorrechtungen eingeschränkt gewesen, so hatte sich das völlig geändert. Es gab nur Einen Willen, nur Eine Unabhängigkeit. Man redete wohl von der Souveränetät des Volkes; doch fügte man sogleich hinzu, es habe derselben entsagt und alle seine Rechte der höchsten Gewalt delegirt. Die Verwendung des Budgets und der Civilliste, die Anführung der bewaffneten Macht, das Recht über Krieg und Frieden, die Befugniß, nicht allein die Minister nach Gutdünken aus allen Ständen, sondern auch 5 bis 6000 Richter, 12 bis 13000 Beamte anzustellen, gaben der Krone eine durchgreifendere Macht, als sie je früher besessen[1]). Besonders lag dieselbe in der Administration, diesem großen Körper von Beamten, welche — absetzbar, sobald man es für gut hielt, zu vollkommenem Gehorsam verpflichtet und dabei durch eine eigene administrative Justiz jeder weitern Rechenschaft überhoben — nirgend einen unabhängigen Widerstand fanden. Napoleon hatte sie so strenge eingerichtet, daß man gesagt hat, kein Handelsgeschäft habe wider seinen Willen unternommen, kein Thaler seinem Fiscus entzogen, kein Leben vor seinen Kriegen gerettet, kein Gedanke, den er nicht billigte, ausgesprochen werden können. Diese Herrschaft mochte vielleicht väterlicher und milder ausgeübt werden können; sie aufzugeben war die königliche Regierung so wenig geneigt, daß sie unter anderem die Verwaltung der Städte noch mehr unter Aufsicht nahm, die Berathschlagungen der Departementsräthe durch die Anwesenheit der Präfecten noch abhängiger machte.

Eben diese Gewalt aber war es, welche von allen Entschließungen, Schritten und Planen der Kammer angegriffen und gefährdet

1) Man erinnere sich des Capitels: état positif de la royauté et de la liberté en France in dem XIV. Theile der correspondance politique et administrative par Fievée 1818, welches diese Dinge belehrend, aber nicht ohne Ironie auseinandersetzt.

wurde[1]). Die Wiederherstellung der intermediären Selbständigkeiten hätte dieselbe aufgelöst und wesentlich vernichtet. Es konnte nicht anders sein, als daß sich das Ministerium eifrig bei dem, was es einmal besaß, zu behaupten suchte, zumal da es nur so fähig wurde, die Parteiungen, welche Frankreich theilten, im Zaum zu halten.

Und waren etwa die verbündeten Mächte geneigt, eine solche Richtung zu unterstützen?

Das kriegermüdete Europa sehnte sich nach Ruhe. Die Mächte, welche bei dem Friedensschluß allein deshalb nicht auf ihre ursprünglichen Bedingungen bestanden, weil sie das königliche Ansehen schonen wollten, das man doch im Lande für jeden Verlust verantwortlich gemacht hätte, — die sich demnach durch den Zustand von Frankreich in ihren eigenen Ansprüchen hatten beschränken lassen, wie sollten sie nicht jeder Bewegung zuwider sein, welche die revolutionären Kräfte, die man eben besiegt hatte, so leicht wieder emporbringen konnte? Ausdrücklich legten sie es an Tag. Bei dem Schlusse der pariser Verhandlungen erklärten die vier Mächte dem französischen Cabinet, ihr einziger Wunsch sei die Erhaltung der bestehenden Ordnung der Dinge, die innere Ruhe von Frankreich. Die beste Garantie dafür liege in der Einsicht, Großherzigkeit und Tugend des Königs; man habe nicht zu fürchten, daß er jemals unklugen oder leidenschaftlichen Rathschlägen, welche doch nur Haß erwecken und die Unruhen erneuern könnten, sein Ohr leihen werde; dafür bürge seine Anhänglichkeit an die constitutionellen Gesetze, die er selbst gegeben, und der Wille, den er so oft ausgesprochen, der Vater seiner Unterthanen zu sein, ohne Unterschied einer Classe oder der Religion, seine Zusage, das Gute aufzubehalten, das die Vorsehung aus dem öffentlichen Unglück selbst habe hervorgehen lassen[2]). Man kann sich nicht unzweideutiger ausdrücken. Mehr als einmal haben die Mächte die nämlichen Gesinnungen wiederholt.

Und so stand die Kammer mit ihrer einseitigen Richtung der Meinung und dem Interesse bei weitem des größten Theiles von Frankreich, dem Sinne der Regierung, dem Willen des verbündeten Europa gegenüber.

---

1) Leroux du Chatelet sagte unter anderm am 29. März, noch seien viele Uebel übrig: „Je parle de la multiplicité des emplois, de leur cumulation et de leurs énormes traitemens.“ Er nennt diese Besoldungen une vraie loi agraire mise en exécution.

2) Bei Schoell histoire des traités de paix XI, 564.

Welches war die Macht, mit der sie diesen Gegnern die Stirn bieten konnte?

Sie beruhte allein auf dem Willen Ludwigs XVIII. Wenn der König sie auflöste, war es mit allen ihren Planen und ihrem ganzen Dasein vorbei. Die Meinung, aus der sie hervorgegangen, war bereits verloren: aus einigermaßen freien Wahlen konnte eine ähnliche Majorität nicht zum zweiten Male entspringen.

Wie nun? sollte es Ludwig XVIII. wohl mit ihr wagen?

Er konnte nicht zweifeln, wohin ihre Richtung führen würde. Die Kammer, deren Sitzung am 29. April geschlossen worden, durch den Beifall, den sie besonders in den südlichen Provinzen gefunden, um so stärker an die Meinungen gefesselt, welche sie einmal bekannte, mußte nur noch entschlossener zurückkommen. In den Salons, welche einen so unbezweifelten Einfluß auf dieselbe ausgeübt, sprach man von dem Aufgeben der Charte, von der Herstellung der Emigranten in ihre Güter und andern Neuerungen, welche die gewaltigsten aller Interessen wider sich hatten[1]).

Sollte der König die Bewegung erwarten, die dies nothwendig hervorbringen mußte?

Noch waren die Leidenschaften, welche die hundert Tage erzeugt, keineswegs unterdrückt. Immerfort hörte man aufrührerisches Geschrei, man erfuhr mehr oder minder offenen Widerstand, es erfolgten Volksbewegungen, wie in Lyon, Einkerkerungen, Gewaltsamkeiten. In dem Mai kam es wieder so weit, daß eine Depesche von Grenoble die furchtbare Nachricht brachte, die Straßen umher seien mit den Leichen der Feinde des Königs bedeckt. Es ist wahr, so stark war die Bewegung, die man erdrückt hatte, nicht, als dies hätte vermuthen lassen[2]); allein immer waren es jene Bauern wieder, welche sich rühmten, die Revolution angefangen zu haben, denen Napoleon seine Rückkehr zu verdanken bekannte; sie waren neuerdings in stürmischer Gährung.

Wenn auch die Conspiration der Patrioten von 1816 nicht alle

---

1) Denkschriften, dem Könige eingereicht: Auszüge in der Histoire de la restauration IV, p. 342 fg.

2) Tableau historique et raisonné des événemens qui ont précédé et suivi le rétablissement des Bourbons en France; par Charles Riccati ch. 16, T. III, p. 132. Decazes gab diese Bewegungen der Kammer Schuld. Claussel de Coussergues in dem projet de la proposition d'accusation contre M. le Duc Decazes 1820 gab ihm diese Anklage zurück. Er hat über diese Unruhen einen weitläufigen Artikel.

die Absichten hatte, die man ihr Schuld gab — mit Hülfe der Vorstädte die Tuilerien anzugreifen, die königliche Familie zu ermorden und ein neues Maifeld zu berufen —, so mußte doch jene Vereinigung von Arbeitern, die durch eine jakobinische Freimauerei verbunden wurden, von Soldaten auf Halbsold und enthusiasmirten Studenten, auf welcher sie beruhte, überaus gefährlich werden, sobald die öffentliche Meinung sich wider die Regierung entschied. Wie ließ sich dies aber vermeiden, wenn der König eine verhaßte Sache zu seiner eigenen machte?

Und dieser Gefahr gegenüber, was war es doch, was die Kammer zu ihren Gunsten in die Wagschale legte?

Versprach sie etwa, die königliche Macht zu verstärken? Wir sahen, daß sie dieselbe mit den Beschränkungen zugleich des neuen und des alten Staates zu umgeben dachte. Schon verwandelte sich das Recht, die Gesetzvorschläge zu verbessern, in ihren Händen in eine neue Art von Initiative[1]). Sie befestigte die Meinung, daß die Souveränetät mehr in den Deputirten ruhe als in dem König.

Oder unterstützte sie diesen in seinen damaligen Bedrängnissen? Sie hatte sich in allen Stücken widerspenstig, indisciplinabel gezeigt. Sie regte eine Menge Fragen an, über die es klüger war zu schweigen. Mit ihren langen Debatten hatte sie kein befriedigendes Budget zu Stande gebracht. Indem sie Verpflichtungen, welche die Kammer von 1814 eingegangen, nicht für bindend erklärte, löste sie die Grundlage des Credits auf. Es war nicht abzusehen, wie man die Verpflichtungen gegen die Verbündeten erfüllen, wie man sich der Anwesenheit ihrer Armeen entledigen wollte.

So bot sie dem König für die Gefahr eines Bürgerkrieges nichts an, als widerwärtige Streitigkeiten für den Augenblick und eine schwächere Macht für die Zukunft.

Aber war es nicht möglich, sie wenigstens durch eine theilweise Wahl zu modifiziren?

Jener Beschluß einer Gesammterneuerung im fünften Jahre, auf welchen die Kammer so große Hoffnungen gebaut hatte, verhinderte auch diese Möglichkeit. Es war kein Mittel. Man mußte sie ent-

---

1) Der Moniteur hat die Beschwerden der Regierung ausführlich entwickelt. Besonders vom 14. September: „On ne peut se dissimuler, que la chambre — n'ait tendu à attirer dans son sein le gouvernement tout entier.“

weder auflösen und eine neue Wahl anordnen, oder sich auf Leben und Tod mit ihr verbinden und sein Glück mit ihr wagen.

Die Minister konnten nicht lange zweifeln, was für sie zu wählen sei. Sie hatten sich seit dem Ende der Sitzung nur noch mehr in ihrer Gesinnung befestigt; sie hatten eines der bedeutendsten Mitglieder der Minorität, Lainé, einen Mann, in welchem der constitutionelle Royalismus personifizirt schien, an die Stelle Vaublanc's, der sich nicht sehr sicher erwiesen, in ihre Mitte aufgenommen; sie mußten Alles daransetzen, um die Rückkehr so verhaßter und gefährlicher Widersacher zu verhindern.

Wir haben die Auszüge der Memoires, durch welche sie die persönliche Ueberzeugung des Königs zu gewinnen suchten. Sie versichern ihn, es sei unmöglich, weder jetzt mit der Kammer weiter zu regieren, noch überhaupt das System derselben länger zu befolgen. In neuen Stürmen werde diese Partei wieder zu gewinnen suchen, was sie in den alten verloren habe. Man sagt uns auch, die Meinung der Höfe sei erforscht worden und ein entschieden günstiges Gutachten von Kaiser Alexander eingelaufen.

Und bedurfte es mehr, den König zu bestimmen? War er nicht immer ein abgesagter Feind jener Anmaßungen des hohen Adels und des Klerus gewesen? In schweigendem Mißbehagen fühlte er das Uebergewicht, das sein Bruder, der sich als den Verfechter der entschiedenen Meinungen darstellte, eben hiedurch in gewissen Kreisen, ja ganzen Provinzen, dem königlichen Ansehen gegenüber erlangt hatte. Er entschloß sich. Während des Augustes wurden die Unterhandlungen gepflogen und alle Vorbereitungen auf das geheimste getroffen. Schon machten sich jene Deputirten fertig, zu der nächsten Sitzung wieder einzutreffen, welche mit dem October beginnen sollte, schon dachten sie an eine Veränderung des Ministeriums, als die königliche Ordonnanz vom 5. September erschien.

„Kein Artikel der Charte, heißt es darin, soll revidirt werden. Die Kammer der Deputirten ist aufgelöst."

Welch ein Schlag durch ganz Frankreich! Die eine Partei hatte ihn nicht gehofft, die andere hatte ihn nicht gefürchtet [1]). Eben so

1) Guizot du gouvernement de la France depuis la restauration p. 19: „Le ministère avait été si faible, qu'une telle résolution semblait inabordable pour lui. C'est quelque chose dans la vie d'un homme que d'avoir entrepris et exécuté ce que la veille nul au dehors ne jugeait probable." Chateaubriand: la monarchie selon la charte, findet darin den Erfolg einer Verschwörung aller Illegitimitäten gegen die Legitimität. —

viel Jubel nun bei der einen, wie Erbitterung bei der andern. Der König war in einem Gefühl wie seine Vorfahren, wenn sie einen großen Vasallen gedemüthigt oder den Widerstand des Parlaments gezüchtigt hatten. Er zeigte eine freudige Selbstzufriedenheit.

Wer aber diese Sachen aus der Ferne betrachtete und in ihrer ganzen Verflechtung übersah, konnte sich schwerlich anderer Befürchtungen überheben.

So war es denn neuerdings offenbar geworden: die Royalisten waren unfähig, Frankreich zu regeneriren. Indem sie sich nicht mit dem Möglichen und Ausführbaren begnügten, sondern heftig jene Abstractionen des alten Staates verfolgten, welche eben so wenig zum Ziele führen konnten, wie die Ideen der Revolution; indem sie Alles auf einmal angriffen, Meinungen, Interessen, Existenzen, und den Staat selber bedrohten, so geschah ihnen, daß sie auch das Erreichbare nicht durchsetzten. Wie viele große und einleuchtende Wahrheiten haben sie zum ersten Mal wieder ausgesprochen! Aber sie gaben ihnen die Farbe der Partei und des persönlichen Interesse: sie vermischten sie mit den unhaltbarsten Ansprüchen; die Doctrinen der Revolution nahmen sie selber an, wo sie ihnen nützlich waren. Ihre Aufgabe, das neue Frankreich mit den Ideen, die ihm in den früheren Jahrhunderten Leben gegeben hatten, auszusöhnen, verfehlten sie damit gänzlich; sie machten die Trennung nur noch offenbarer, den Bruch noch schneidender.

Und wenn nun die königliche Gewalt diejenigen entfernen mußte, die sich nach ihrem Namen nannten, welche Stütze blieb ihr übrig?

Richelieu schärfte bei der Anordnung der neuen Wahlen vor allem ein, daß man die Revolutionäre entfernt halten sollte. Aber war dies auch möglich? Und wenn das erste, das zweite Mal, wie lange blieb es dies? Wenn man den bisherigen Anhängern entgehen wollte, mußte man nicht den plebejischen Geist des Jahrhunderts zu Hülfe rufen und alle seine Ausschweifungen gewärtigen?

Schon in dem Puncte, von dem man ausging, lag die Richtung, die man nehmen mußte.

Man wollte die Administration in ihrer ganzen durchgreifenden Macht behaupten. Offenbar war auch sie ein Product der Revolution

---

Uebrigens ist auffallend, wie gut der Morning Chronicle und die Times, namentlich die Times (m. s. das Blatt vom 28. August), über die Plane schon im voraus unterrichtet waren. Man sollte fast versucht sein, den Details, die sie über die geheimen Verhandlungen gaben, Glauben beizumessen.

und hatte eine Verwandtschaft mit ihren Ideen. Man wollte das Bestehende vor einer neuen Erschütterung sichern; aber der ganze Zustand, in dem man war, schrieb sich von den letzten Umwälzungen her; man sah sich genöthigt, die demselben inwohnenden Kräfte gegen die Drohungen der eigenen Freunde aufzurufen. Die königliche Gewalt hatte, so zu sagen, eine doppelte Wurzel. In ihrem Ursprunge knüpfte sie sich an die alten Berechtigungen, an die Institutionen der früheren Jahrhunderte, in ihrer Ausübung an die durch die Revolution hervorgebrachten Veränderungen.

Das Ereigniß des 5. Septembers ist, daß man sich von den ersten trennte, um sich zu den zweiten zu schlagen.

Ein Schritt von der größten Bedeutung, aus dem sich mit einer Art von Nothwendigkeit die Erfolge der späteren Jahre entwickelten.

Schlußbetrachtung.

Die Lage Ludwigs XVIII. erinnert an die Zeit, welche dem Ausbruch der Revolution von 1789 unmittelbar vorherging.

Nicht ohne schmerzliche Mißbilligung, zumal da man weiß, was alles daraus erfolgt ist, kann man sich des halsstarrigen Widerstandes erinnern, welchen die bevorrechteten Stände vor 1789 jeder Verbesserung, jeder kleinen Neuerung, wenn sie auch von dem Bedürfniß gebieterisch gefordert wurde, dennoch entgegensetzten. Schon damals lag es am Tage, daß die Dinge nicht bleiben konnten, wie sie waren. Aber wollte man Ersparnisse, so widersetzte sich der Adel am Hofe. Drang man auf eine Erhöhung der Abgaben, oder auf eine Abschaffung hemmender Vorrechte, so erhoben sich die Provinzialstände dagegen; neue Anleihen, so unumgänglich nothwendig sie auch waren, weigerte sich das Parlament zu registriren. Statt des freiwilligen Geschenkes, um das man die Geistlichkeit ersuchte, reichte sie eine Remonstranz ein. Allesammt, es ist wahr, wünschten sie eine Einberufung der allgemeinen Stände; jedoch was sie wollten, waren Stände wie 1614, in denen sie selbst ein entschiedenes Uebergewicht gehabt hätten.

Eben dadurch ward die Regierung gezwungen, an den dritten Stand zu appelliren und ihm die doppelte Repräsentation zuzugestehen. In Gefahr, von dem Widerstande der Bevorrechteten mehr als je eingeschränkt zu werden, um sich zu retten, griff sie zu dieser Maßregel. Leider wußte sie dieselbe danach nicht zu beherrschen, so daß sich daraus eine Kraft der Zerstörung entwickelte, welche Alles umstürzte,— die Privilegirten und die Rechte der Provinzen — Regierung, König und Hof — und den dritten Stand mit allen seinen Cahiers selber.

Auf eine ähnliche Art ging es unter Ludwig XVIII. Es wäre nunmehr darauf angekommen, den niemals rastenden Principien revolutionärer Bewegung durch einen andern Einfluß ein einhaltendes Gegengewicht zu geben, den damals Beeinträchtigten nach und nach wieder eine Existenz in ihrem Vaterlande zu verschaffen; aber die royalistische Kammer wollte mit der Constituante wetteifern: sie schien die Zustände, welche aus der ersten Verwirrung hervorgegangen, mit einem neuen Umsturz zu bedrohen; was die Bevorrechteten von 1789 durch hartnäckige Weigerung, that sie 1815 durch stürmische Leidenschaft; sie setzte den König in die Unmöglichkeit, mit ihr zu

regieren. Welch ein Zustand! Die Royalisten bedrängen den König, hauptsächlich gestützt auf constitutionelle Berechtigungen, die allein aus der Revolution hervorgegangen. Der König sieht sich genöthigt, sich seiner natürlichen Anhänger zu entledigen. Er vermag es nur, indem er die lebendigen Interessen der Revolution wider sie zu Hülfe ruft. Wollte man die Revolution auf diese Art überwinden? —

Indem wir dies überlegen, dringt sich uns eine andere Frage auf.

Es wird schwerlich einen nachdenkenden Mann geben, welcher den Gegensatz, mit dem sich die gewöhnlichen Tagesblätter brüsten, zwischen absoluter Gewalt und constitutionellen Formen, der, wie sie sagen, mit dem Gegensatz zwischen Knechtschaft und Freiheit, alter Regierung und den Fortschritten des Jahrhunderts zusammenfällt, zugeben sollte.

Wie? war nicht auch die Kammer von 1815 constitutionell? Die Wahlen wurden nicht mehr als ein ander Mal von oben her geleitet: denn in der That, mit Ausnahme der letzten — die wahrhaftig zu keinem befriedigenden Ergebniß geführt — hat es in Frankreich seit 1815 niemals Wahlen gegeben, welche ohne allen directen Einfluß der Regierung von statten gegangen wären. Nahm nicht die Kammer überdies alle constitutionellen Rechte auf das lebhafteste in Anspruch? Hielt sie sich nicht in jener entschiedenen Opposition wider die Gewalt, die man so sehr billigt? Wie nun, wenn diese, wozu sie doch auch ein Interesse haben konnte, ihr nachgab und sie nach ihrem Belieben verfahren ließ? Welches neugebildete Recht, welche Einrichtung der letzten Jahre war dann noch geschützt? welche Garantie gewährte alsdann die Constitution? Ihr zum Trotz wäre eine vollkommene Umkehr aller Dinge erfolgt. — In dem Willen des Königs, von dem man sogar zweifeln konnte, ob er das Recht habe, das Wahlgesetz so oft eigenmächtig zu ändern, lag die ganze Sicherheit. Nein, auf eine Form, die überdies so gefährlich ist, kann es nicht ankommen; es scheint doch, als verwechsele man hiebei auf eine auffallende Weise den Zweck und die Mittel.

Um uns die eigentliche Frage deutlicher zu machen, sei es uns erlaubt, von einer bekannten Stelle des Aristoteles auszugehen.

Dort, wo Aristoteles auseinandersetzt, daß entweder Einer, oder Wenige, oder Viele herrschen können, giebt er bekanntlich keiner dieser Formen den Vorzug. Er findet, jede könne sowohl recht als auch unrecht sein. Es kommt ihm nicht sowohl darauf an, wer es ist, der da

regiert, als darauf, ob man zum gemeinen Besten regiert. „Eine Monarchie“, sagt er, „wird zur Tyrannei, wo zum Vortheil des Alleinherrschers, man hat eine Oligarchie, wo zum Vortheil der Vornehmen, es ist eine verderbte Demokratie, wo zum Vortheil der Armen oder der Meisten regiert wird. In keinem von diesen Fällen hat man das gemeine Beste im Auge.“

Mit den Ausartungen dieser drei Formen haben sich die Alten, Philosophen und Historiker, viel beschäftigt.

Auch Polybius wiederholt, wiewohl in etwas weiterem, so zu sagen, geräumigerem Ausdruck, die Meinung des Aristoteles. Auch er findet, daß von den guten Formen eine jede gar leicht in die ihr verwandte falsche ausarten könne: das Königthum, sobald es mit Gewalt und Schrecken über gezwungene Leute ausgeübt werde, die Aristokratie, so oft nicht wirklich eine Auswahl der Gerechtesten und Weisesten verwalte, die Demokratie, wenn etwa die gesammte Menge thun wolle, was ihr in Sinn komme.

Schon waren jedoch die Erscheinungen zusammengesetzter geworden, der Gesichtskreis hatte sich erweitert. In dem römischen Staate bereits erkannte Polybius eine Vereinigung der drei Formen, und er erwägt, wie die Gewalten, die denselben entsprechen, auf einander wirken und eine die andere beschränken.

Hievon können wir ausgehen. Jene Vereinigung war in dem römischen Staat doch nur sehr uneigentlich vollzogen. Erst die germanischen, die germanisch-romanischen Staaten haben sie zur Erscheinung gebracht. Hier sind die drei Elemente von allem Anfang an wirksam gewesen; sie sind es, bald auf die eine, bald auf die andere Weise gemischt, die Jahrhunderte herab geblieben; sie sind es noch am heutigen Tage.

War nun aber in jenen reinen Formen des Alterthums die Ausartung so leicht, wie sollte sie es nicht ebenso in den zusammengesetzteren unserer Zeit sein, wie sollte nicht auch in diesen jeder Theil seine guten und seine mangelhaften Seiten zu entwickeln vermögen?

Gerade hierin liegt, wie mir scheint, eine der vornehmsten Schwierigkeiten, die wir überhaupt haben.

Die Monarchie, väterlich und leitend, das Ganze mit starker Hand zusammenhaltend, wie eine erhabene Schutzwehr der Gesammtheit und der Einzelnen, welche große Garantie der öffentlichen Freiheit, der allgemeinen Fortschritte bildet sie nicht! Allein unsern von ihren schönsten Vorrechten steht ein widerwärtiges Vielregieren, die

durchfahrende Gewaltsamkeit beschränkter Beamten, der militärische Despotismus, der mit eisernem Stab jede selbständige Regung des Lebens in ihrem Keime niederdrückt.

Unsere Staaten haben noch immer einen aristokratischen Bestandtheil. Er schließt Sicherheit, Beharren, Bestehen für Jahrhunderte in sich ein; selbst überwiegend kann er das allgemeine Wohl befördern, wie es mehrere Menschenalter hindurch in England geschehen ist. Welch ein Unglück aber, sobald eine exclusive aristokratische Kaste in die Mitte der Regierung dringt und sie nach ihren einseitigen Gesichtspuncten und Interessen leitet, sobald sie sich den Opfern entzieht, welche die gemeinschaftlichen Bedürfnisse erheischen, oder sich gar, wie es wohl im südlichen Europa geschehen, mit den Ansprüchen eines fanatischen Priesterthums verbindet!

Endlich haben unsere Staaten von jeher ein starkes demokratisches Element in sich. Gewiß nicht anders als vortheilhaft, wenn es die inneren Kräfte in allgemeiner Regung erhält, dem Talente seine Bahn freimacht, wenn es einem Jeden seinen Antheil an der allgemeinen Freiheit sichert. Aber wie so ganz verderblich, wenn sich die Menge zum Inhaber der Souveränetät aufwirft, in unaufhörlich willkürlicher Constituirung die Gewalt vernichtet, die Stetigkeit der Lebensentwickelung unterbricht und den Leidenschaften ihre Rennbahn eröffnet!

Erinnern wir uns nur, wir haben alles dies erlebt. Wir haben den militärischen Despotismus in der entwickeltsten Gestalt, die er vielleicht jemals gehabt hat, in der napoleonischen Monarchie, vor Augen gesehen. Die falschen Ansprüche der Aristokratie sind uns im frischen Gedächtniß, und wir betrachteten soeben, wie man sie im Jahre 1815 wieder erneuern wollte. Doch sind das für jetzt gleichsam abgethane Dinge. Unsere gegenwärtige Gefahr kommt — wer wollte es leugnen — von den Bewegungen des demokratischen Elementes, das aus allen Kräften das Uebergewicht sucht.

Ist es nicht nach langer Zeit wieder einmal in Paris zu einer Volksbewegung zu Gunsten der Republik gekommen? Jedermann erinnert sich, was eine Republik in Frankreich sagen will. Wohl war noch niemals in Deutschland ausgesprochen worden, was man in Hambach vorgetragen hat; man hat einen förmlichen Plan angekündigt, die Fürstenthümer aufzulösen, den Bund, wie er ist, zu vernichten und Deutschland in eine Föderativrepublik zu verwandeln. Aber auch an manchen Orten, wo man noch nicht so weit gegangen, hat man doch Wege eingeschlagen, welche leicht dahin führen können.

Die Kammern der Abgeordneten sollen der herrschenden Meinung zufolge nun schlechterdings demokratisch eingerichtet werden, und sie suchen nach dem Beispiel der Nachbarn sich den Nerv der Staatsgewalt anzueignen. Wie ist man so bereit, sich Neuerungen zu ergeben und die bewährten Hervorbringungen der Vergangenheit den Hirngespinnsten des Augenblicks zu opfern! Uneingedenk dessen, was man war, überdrüssig dessen, was man ist, nähert man sich dem Zuge der unbekannten dämonischen Gewalten. So setzt uns der Schiffer unfern des Rheinfalls von einem Ufer zum andern über; er hat sich aber wohl in Acht zu nehmen: unmittelbar vor ihm beginnt der Strom der Gewässer, der ihn, sowie er ihn ergreifen sollte, in seinen Sturz hinunterreißen und vernichten würde.

Und so kann jedes gesunde Element des Staates in ein verderbliches umschlagen. Eben darauf kommt es an, daß dies nicht geschehe. Die Gesundheit des Ganzen besteht in der Gesundheit und in der Harmonie der Glieder.

Man wird uns sagen, die modernen Verfassungen seien eben bestimmt, diese hervorzubringen. Gerade die Verschiedenheit der drei Elemente werde in ihnen anerkannt und man suche ausdrücklich das Gleichgewicht derselben zu bewirken.

Ein Glück wenigstens, wo man dies ernstlich vor Augen hat, wo nicht das demokratische Princip eine Verfassung nur in Besitz nimmt, wie ein Armeecorps eine Höhe, um von ihr aus die Landschaft zu beherrschen; da wird man sich auch die Gefahr nicht verbergen, der man sich aussetzt.

Denn ist es nicht so, daß erst durch ihre Nebeneinanderstellung diese Gewalten sich dessen recht bewußt werden, was sie von einander zu fürchten haben? Sie gerathen nur allzuleicht in Contestationen und Feindseligkeiten; sie überlassen sich dem Irrthume, den Staat, der einen so bestimmten Anfangspunct hat, auf ein allgemeingültiges, ihnen analoges Princip gründen zu können: eine oder die andere behält den Platz und wird zum Tyrannen der übrigen. Die Ausgleichung wird eben darum schwerer, die Bewegung heftiger und leidenschaftlicher.

Nicht als ob es nun unmöglich sei, mit diesen Formen zu regieren. Wohlverstanden und mit Vernunft gehandhabt, in freier Haltung, können sie gewiß zu dem erwünschten Ziele führen. Allein man überrede sich nicht, daß man mit der Form viel weiter gekommen; die Schwierigkeit bleibt die nämliche und wird vielleicht noch größer; man sage nicht immer, daß sie allein im Stande sei, den For-

derungen der Dinge zu genügen; gewisse kleinliche Einrichtungen — daß ich so sage, Phrasen der Existenz — man dringe sie nicht Jedermann auf!

Die Aufgabe ist, daß eine starke, gesetzmäßige, die Freiheit duldende und beschützende Gewalt vorhanden sei, welche die Extreme von sich ausstoße und die aus ihrer Bahn schweifenden Kräfte in ihre Schranken zurückzuweisen vermöge. Darauf kommt es an, daß dies geschehe. Auf welche Art es geschieht, kann nicht so viel bedeuten.

So weit wir rückwärts sehen, haben sich die Staaten in tausendfältigen und immer ursprünglichen Formen entwickelt. Die Zusammensetzung jener Grundbestandtheile ist auf die verschiedenste Weise vollzogen worden. Bald in dem einen, bald in dem andern, doch bei uns in der Regel in der Monarchie, ist die zusammenhaltende, maßgebende Kraft erschienen. Auch hat sich die Ausartung bald in dem einen, bald in dem andern wahrnehmen lassen, und nicht immer in dem nämlichen hat die Garantie der Freiheit gelegen. Wir wiederholen, eben um der verschiedenen Abwandelung des Principes willen giebt es verschiedene Staaten. Wie wenig würde ein solcher werth sein, der nicht in sich selber das Correctiv seiner Fehler trüge und, um diese zu verbessern, das Geheimniß seines Lebens antasten müßte!

In einem jeden wohnt jener innere Antrieb, der ihn gebildet: dieser muß ihn, in immer lebendiger Regsamkeit, in fortgehender Metamorphose der einzelnen Erscheinungen, auch erhalten und zu der Stufe der Ausbildung führen, die ihm überhaupt möglich ist.

8.

Reflexionen.

(1832.)

Belgien.

Jener Kampf, der das ganze romanische Europa bewegt, zwischen dem liberalen und dem geistlichen Princip, fand auch während der Jahre der oranischen Herrschaft in Belgien statt. In Frankreich waren die geistlichen Tendenzen mit der königlichen Gewalt verbündet; in Belgien standen sie in Opposition gegen die Regierung.

Was man in anderen Ländern wohl auch dann und wann für möglich gehalten, ohne daß es doch dazu gekommen wäre, geschah im Jahre 1830 in Belgien: Liberale und Katholische vereinigten sich; begünstigt von der großen französischen Bewegung, stürzten sie das Haus Oranien.

Anfangs hofften die Liberalen die Oberhand zu bekommen. Sie haben Lafayette, wie wenigstens dessen Adjutant behauptet, die Präsidentenwürde oder sogar die Krone angetragen [1]).

Allein es hat sich anders ergeben. Während aller der Bewegungen, welche die Aufmerksamkeit von Europa gefesselt haben, ist das geistliche Princip in Belgien zur Herrschaft gekommen. Man weiß, in welchen Händen die Wahlen sind, welche Majorität die Kammer darstellt, aus welchen Kreisen die Ministerien hervorgehen. Der König selbst, obwohl von protestantischem Bekenntniß, aber von dieser Partei überflügelt und in der Meinung, daß seine Aristokratie eher oranische Farben trage, schließt sich an sie an und gründet seine Schritte auf ihre Beistimmung.

Gewiß ein sonderbarer Erfolg! Die französische Revolution, die

---

1) Sarrans Lafayette et la révolution de 1830, ch. 13. II, 3.

aus einer antigeistlichen Richtung entsprungen — die meisten Feinde machte Karl X. ohne Zweifel die Meinung, daß er die Jesuiten begünstige —, hat in Belgien das Uebergewicht der Priesterpartei bewirkt. Unter dem Schutze der Franzosen ist das neue Königreich gegründet worden. Die aus dem Juli hervorgegangene Macht hat es sich viel kosten lassen, einer Gewalt von so entgegengesetztem Princip Unabhängigkeit und ein freies Gebiet zu verschaffen.

Holland.

Wollte man dies Niederland, wie es sich nach langer Zeit in unseren Tagen wieder einmal so glänzend hervorthut, in seinem Ursprunge aufsuchen, so müßte man, dünkt mich, bis zu jenen Schiffen der Wassergeusen zurückgehen, auf welche die im Anfange der Unruhen des 16. Jahrhunderts vom Herzog Alba Vertriebenen ihre Personen und Güter gerettet hatten. Es waren die entschiedenen Protestanten aus allen Provinzen. Vom Lande verjagt, bildeten sie eine Macht zur See. Sie umschwärmten lange die Küsten; endlich griffen sie dieselben an. Als es ihnen erst gelungen, Fuß zu fassen, Brielle zu nehmen, erhob sich im nördlichen Lande eine Stadt nach der andern für sie; alle verwandten Elemente sammelten sich zu ihnen. Ein paar Jahre schien es selbst, als würden auch die südlichen Provinzen zu ihnen treten. Allein ein Bund, den hier zuerst die Wallonen für die Behauptung der katholischen Religion schlossen, bewirkte, daß man ihnen dort zu Utrecht einen andern für den Protestantismus entgegensetzte. Beide Theile trennten sich auf immer.

Seitdem entwickelte die Republik der Niederlande in fortwährender Opposition mit dem Nachbar, häufig im Kriege mit ihm, ihren protestantischen, mercantilen und politischen Charakter.

„Nie hat ein Staat," sagt Temple, „eine so rauhe Erziehung in seiner Kindheit, in seinen Jünglingsjahren so viel Gewöhnung an Gefahr und Arbeit gehabt; doch sind dies Dinge, welche die Leibesconstitution zu befestigen und zur Gesundheit beizutragen pflegen."

Mit den zunehmenden Lebenskräften selbst wuchs in den Holländern die Feindseligkeit wider Belgien auf, die ihnen dieses, das sich in eine völlig abweichende Sinnesweise einlebte, reichlich wieder vergalt.

Von militärischem und allgemein europäischem Standpuncte aus erschien es dennoch auf dem Congreß von Wien als eine glückliche Combination, Länder, die geographisch so sehr zusammengehören, in

Einen Staat zu verbinden. Man machte den Versuch; doch sei nun eine Vereinigung, wie sie sofort beabsichtigt wurde, an und für sich unmöglich, oder vergriff man sich in den Maßregeln: genug, er ist gescheitert.

Wenn Belgien sich empörte, so wünschte doch auch Holland die Trennung. Es ist so wahr, wenn die Holländer sich beklagen, daß ihre Nation, die von jeher einen ehrenwerthen Ruf freier und guter Gesinnung behauptet, bei dieser Vereinigung das schlechte Gerücht auf sich geladen habe, als unterdrücke sie andere; sie erklären es für ein Glück, von demselben befreit zu werden.

So enge sich auch seitdem Holland an das ruhmvolle Geschlecht angeschlossen hat, das ihm so manches Jahrhundert vorangegangen ist, so gäbe es doch eine Möglichkeit des Mißverständnisses. Die Holländer fürchten zuweilen, ihr König wolle sich doch wohl zuletzt Belgiens wieder bemächtigen. Ein solches Unternehmen würde der freiwilligen, starken, zu so vielen Opfern entschlossenen Vereinigung der Nation um ihren Thron her, wie wir sie bis jetzt gesehen, nicht förderlich sein. Glücklicherweise ist es nicht zu besorgen.

Antwerpen.

Und so wurde die Trennung ausgesprochen; die europäischen Mächte haben sie genehmigt.

Nur kann man sich nicht verbergen, daß, sowie man hier Elementen, die einander von Ursprung feindselig sind, eine freie Entwickelung gestattet, die alten Bewegungen, die das frühere Europa von diesem Puncte aus so oft erschütterten, sich wiederholen werden, und daß es von nun an eine der Hauptaufgaben der europäischen Politik sein wird, den Ausbruch des Krieges an dieser Stelle zu vermeiden.

Vielleicht wäre von Anfang an, wenn starker Wille und selbstbewußte Einsicht diese Dinge einzurichten übernommen hätten, der Gefahr vorzubeugen gewesen. Jedoch hat man es gehen lassen, wie es gehen wollen.

Auf der Stelle hat man dann die Aufgabe, den Krieg zu verhindern, in aller ihrer Schwierigkeit und Bedeutung vor sich bekommen.

Immer am größten ist die Gefahr alsdann gewesen, wenn England und Frankreich sich in einem antiholländischen Interesse ver-

einigten, wie dies wohl zuweilen durch innere Combinationen englischer Politik geschehen ist.

Was wir erlebt haben, erinnert an die Allianz von England und Frankreich von 1672. Nur sonderbar, daß der Erfolg, welchen damals die Absicht Karls II. und des Cabal-Ministeriums, zu einer so vollkommenen Gewalt zu gelangen, wie sie Ludwig XIV. besaß, herbeiführte, jetzt durch die Reformfrage, die einen entgegengesetzten Charakter zu haben scheint, bewirkt wurde. Doch ist ihnen dies gemein, daß sich England beide Mal der auswärtigen französischen Politik in demselben Maße anschloß, wie es sich der innern näherte.

Diese auswärtige französische Politik, so friedlich sie auch gegenwärtig ihrer Natur nach ist, ward aber selbst wieder durch eine innere politische Nothwendigkeit bestimmt, unverweilt, und ohne länger auf den Abschluß des Friedens zu warten, zu einer Auseinandersetzung der Territorien zu schreiten.

So ist es zu jener sonderbaren Expedition gegen Antwerpen gekommen, die ihres Gleichen in der Welt nicht gehabt hat.

Neunzehn Tage lang bestürmte eine französische Armee, bei der die Prinzen von Frankreich waren, eine holländische Besatzung aus aller Macht, ohne mit Holland in Krieg zu sein. Ihr gegenüber hielt eine holländische Armee, gerüstet wie nie, sich lehnend auf eine zum Kriege entschlossene Nation; doch that sie keinen Schritt und machte keine Bewegung. Ganz Europa stand zu beiden Seiten, die Waffen in der Hand, und ließ es geschehen.

Es erschien wie ein Manöver, wie eins jener Turniere des Mittelalters, die auch oft Belagerungen waren; da der Erfolg nicht zweifelhaft sein konnte, so blieb das einzige Interesse, wer die meiste Geschicklichkeit und Tapferkeit zeigen, wie lange es dauern werde.

Denn darüber war man von allen Seiten einverstanden, daß man den Frieden behaupten wolle.

Die Franzosen erboten sich zu allen erforderlichen Garantien; und wenn die französische Thronrede die Nothwendigkeit neuer Anstrengungen beklagte, so kündigte sie doch eine allgemeine Ausgleichung der europäischen Angelegenheiten als nahe bevorstehend an. Der Vertrag vom 22. October hatte den ausgesprochenen Zweck, die Unternehmung der Franzosen auf die Citadelle von Antwerpen zu beschränken, und ein englischer Commissär begleitete die französische Armee.

Jedermann weiß, daß auch die Aufstellung preußischer Mannschaften an der Maas keine andere Absicht hat, als friedestörenden

Ereignissen vorzubeugen, die sich unerwarteter Weise aus der Anwesenheit französischer Truppen in Belgien ergeben könnten.

Kriegsfrage.

Ob dies aber möglich sein wird?

Ist es nicht, sagt man, im Ganzen doch wieder wie 1792? Sind nicht die nämlichen Principien nochmals im Kampfe? Das Schwert ist gezogen, die ersten Schüsse sind geschehen; und einer einmal angefangenen Bewegung wird es schwer sein Einhalt zu thun. Auch damals, fährt man fort, waren es einige nicht allzubedeutende Fragen, die den Ausbruch veranlaßten: mit der Einnahme von Antwerpen wird die belgische Sache nicht erledigt; wie leicht kann sie zu weiteren Entzweiungen führen!

Eine Möglichkeit, die Jedermann in Bewegung setzt und wohl Niemand ohne Furcht läßt.

Wer den Gang, den der Kampf in jenen Jahren nahm, und die Folgen betrachtet, die er herbeigeführt hat, kann ähnlichen Ereignissen nicht ohne äußerste Bekümmerniß entgegensehen.

Und so viel ist wohl gewiß, daß auch damals Niemand eigentlich den Krieg wünschte. Jene angeblichen Tractate vom Jahre 1791 über eine Invasion und Theilung von Frankreich, mit denen die Franzosen sich noch immerfort in ihrer Feindseligkeit wider die Verbündeten aufreizen, sind, wie man weiß, ohne Zweifel erdichtet [1]).

Obwohl man, bewogen durch die persönliche Gefahr Ludwigs XVI. und von ihm aufgefordert, Zusammenkünfte gehalten, Maßregeln berathschlagt hatte, so war doch Jedermann zufrieden, als dieser König die Constitution von 1791 annahm. Der Kaiser erklärte, er betrachte denselben als frei; König Friedrich Wilhelm II. ergriff pacificatorische Maßregeln und erklärte, er werde Frankreich nicht bekriegen, wenn es Kaiser und Reich nicht angreife.

Man darf es sich nicht verbergen: noch im Dezember 1791 hätte Jedermann den Frieden zu erhalten gewünscht und hofften die Meisten ihn erhalten zu sehen. England hielt sich neutral, und Pitt hatte die Bemühungen der Franzosen, sich eine freiere Verfassung zu geben, öfter ausdrücklich gebilligt.

Daß es aber dennoch sofort zum Kriege kam und zu welchem

---

1) Soll man sich nicht wundern, den Tractat von Pavia mit allen seinen Artikeln noch 1832 bei Herrn Cabet (Révolution de 1830 p. 14) paradiren zu sehen?

Kriege! eben dies könnte trotz der friedlichen Absichten aller Mächte auch im gegenwärtigen Augenblick in Besorgniß setzen.

Es ist wohl der Mühe werth, sich zu vergegenwärtigen, wie es damals dahin kam.

Man erinnert sich jener Rede des Brissot, vom 29. Dezember 1791, in der er auseinandersetzt, daß die Fürsten von Europa entweder nicht die Macht oder doch nicht den Willen hätten, Frankreich anzugreifen. Er geht sie alle durch; er zeigt es auf seine Weise von einem jeden. Was schließt er aber daraus? daß man sich auch ruhig halten, daß man die etwanigen Mißverständnisse vollends beilegen müsse? Mit nichten. Der Krieg ist nothwendig, ruft er aus, er ist eine Wohlthat der Nation; das einzige Unglück, das wir zu fürchten haben, ist, ohne den Krieg zu bleiben.

Und weshalb fordert er den Krieg so entschieden?

Es hat damit folgende Bewandtniß:

Girondisten und Jacobiner waren noch vereinigt und in offener Fehde mit den Constitutionellen der damaligen Zeit begriffen. Schon hatten sie in der legislativen Versammlung einige Beschlüsse zu ihrem Vortheil durchgesetzt, doch ohne die Sanction des Königs zu erlangen. Um so heftiger, mit um so größerer Anstrengung warfen sie sich auf die auswärtigen Angelegenheiten, und der arme König, ausdrücklich um die Wirkung seines Veto in den geistlichen Dingen zu schwächen, ließ ihnen in den auswärtigen freieren Spielraum. Die große europäische Lebensfrage ward ein Mittel innerer Parteiung. Wollten die Constitutionellen den Frieden, auch darum, weil ihr eigenes Bestehen an eine ruhige Entwicklung, an das Beharren auf dem gewonnenen Standpunct gebunden war, so wollten die Jacobiner den Krieg, weil nur Bewegung und Unruhe ihnen eine Erhebung ihrer Partei, ein Gelingen ihrer Pläne und die Gewalt selbst verhieß. Bald waren sie die Stärkeren: es gelang ihnen, das constitutionelle Ministerium erst mit sich fortzureißen — schon am 14. Januar 1792 war Alles entschieden —, dann zu stürzen; es konnte nicht fehlen: auch von der anderen Seite schonte man ihrer nicht; selber zur Gewalt gelangt, brachten sie es zur Kriegserklärung.

Genug, es war eine innere Entwickelung französischer Verhältnisse, welche den Krieg unmittelbar hervorrief. Die Constitutionellen in dem Lande waren damals gewissermaßen mit den Mächten verbündet. Frau von Stael erzählt, daß entscheidende Noten, welche Kaunitz einsandte, von einigen leitenden Mitgliedern der Constituante abgefaßt

worden seien[1]). Der Umsturz dieser Constitution und der auswärtige Krieg hingen genau zusammen.

Vergleichen wir nun hiemit die heutige Lage der Dinge, so hat es menschlicher Weise wohl wenig Anschein, daß es sobald zu einem ähnlichen Ergebniß kommen möchte.

Die Regierung von Frankreich hat in ihrer Kammer eine Majorität gefunden, die sie selbst nicht erwartet hatte; sie ist mit den lebendigen Interessen der Mehrzahl unter den Wählern und der Nationalgarde verbündet; so schwach ihre Doctrinen sein mögen, so wird sie stark durch diesen Anhalt; die Gesetze, die sie vorgeschlagen, schreiten auf dem Wege, den sie genommen, sich eine durchgreifende Gewalt zu verschaffen, folgerichtig weiter: ihr Interesse ist der Friede, schon darum, weil ihre Gegner immer den Krieg gefordert haben.

Wie sehr unterschied sich 1830 von 1789! Ganz so verschieden sind die Folgen dieser Jahre.

Steht es nun so viel anders in Frankreich, so ist man auch außerhalb desselben in einer sehr verschiedenen Lage.

Es ist nicht wieder eine verjagte Bevölkerung über Europa verbreitet, welche alle Mittel des persönlichen Einflusses anzuwenden vermöchte, um ihre Sache zur Sache aller Fürsten zu machen. Auch ist kein König jeden Augenblick in Lebensgefahr, wie sie damals alle Gefühle der Menschlichkeit unaufhörlich aufregte. Und was könnte man mit einem Angriffe auszurichten hoffen? 1814, als man den Sieg in Händen hatte, ließ man die Restauration mehr geschehen, als daß man sie mit selbständiger Absicht herbeigeführt hätte; wem sollte es beikommen, sie jetzt mit Gewalt bewirken zu wollen?

Uebrigens liegt in der engen Allianz der drei großen Continentalmächte, die von Jahr zu Jahr wahrer und vertraulicher geworden ist, eine besondere Bürgschaft des Friedens. Zur Vertheidigung werden sie immer fertig und gerüstet sein; wäre von einem Angriff die Rede, so würden ihre Interessen sich gar leicht trennen. Da jeder Schritt zwischen allen dreien berathen wird, so werden sie sich nur zu vorsichtigen und wohlerwogenen entschließen.

Man sagt wohl, es ist ein Krieg der Principien, allein die Ereignisse spotten dieser Behauptung. Frankreich und Belgien sind im Wesen ihres Principiums einander eher entgegengesetzt; dennoch ergreift das größere für das kleinere Land die Waffen. England und Holland

1) Considérations sur les principaux événements de la révolution, Part. III, ch. V.

sind einander durch Ursprung, Beschäftigung, Religion und Verfassung so nahe verwandt, wie nur irgend zwei Länder der Welt; dennoch hat England zu dem schlechten Erfolg der holländischen Unterhandlungen das Meiste beigetragen und wenigstens bisher in die Maßregeln der Gewalt eingewilligt. Und worin wäre wohl die französische Regierung den anderen so sehr entgegengesetzt? Sie will, wie die anderen, die Monarchie mit einer gesetzlichen, aber so viel möglich starken und durchgreifenden Macht ausgerüstet. Das Princip der Volkssouveränetät läßt sie wie billig derweile auf sich beruhen.

In der That hätte ein allgemeiner Krieg in der Lage, in der wir uns befinden, weder Sinn noch Zweck.

Hat man schon einmal Vorkehrungen getroffen, um jeden Anlaß zu einer größeren Bewegung zu vermeiden, so wird man auch ferner Alles anwenden, um einer solchen zuvorzukommen.

Sichere Folge des Krieges.

Dazu muß schon eine andere Betrachtung antreiben. Die Entscheidung des Schlachtfeldes kann Niemand im voraus wissen. Obgleich es ganz wahrscheinlich ist, daß zuletzt Alles ziemlich bleiben würde, wie es jetzt steht, so kann doch von allen möglichen Erfolgen nur einer als gewiß bezeichnet werden.

Die Kriege werden nicht ohne Anleihen geführt werden können.

Nun wird aber Jedermann gestehen, daß, wenn unsere Gesellschaft sich unbehaglich fühlt, wenn wir einen unbequemen Druck empfinden und die Kräfte mehr, als wir wünschten, anspannen müssen, dazu nichts so sehr die Veranlassung gegeben und den Grund gelegt hat, als die Masse der Staatsschulden. Wie schwer trägt jedes Land an seinen vergangenen Jahren, vor allem an den Folgen der Revolutionskriege, welche diesem Schuldenwesen eine so ungemeine Ausdehnung gegeben haben! Wie gern würde England den ganzen Zuwachs seiner Colonien entbehren, wenn es des Zuwachses seiner Schuld dafür erledigt werden könnte!

Ist aber wohl im Fall eines Krieges etwas anderes abzusehen, als daß noch neue Hunderte von Millionen angeliehen, aufgebraucht würden und den künftigen Jahren zur Last fielen? Entweder würde man einen Bankerott zu erklären haben, was einen Umsturz aller Glücksgüter und des gesammten Privatvermögens herbeiführen müßte, oder man würde sich unter noch schwerere Anstrengungen fügen müssen.

Täusche sich doch Niemand hierüber! Es ist in dieser Rücksicht fast gleichgültig, wer gewönne oder verlöre; nur so viel ist augenscheinlich, daß alle Länder neue Schulden machen, alle Steuerpflichtigen neue Lasten bekommen und die Unbehaglichkeiten unseres Zustandes sich überaus vermehren müßten.

Wir in Preußen können bereits davon ein Wort sagen. In den letzten zehn Friedensjahren war es gelungen, nicht allein das Schuldenwesen überhaupt in Ordnung zu bringen, sondern neben den Zinsen zugleich 40 Millionen Thaler vom Capital abzutragen und überdies ein nicht unbedeutendes Ersparniß zurückzulegen. Im Jahre 1830 waren die Finanzen des Staates so weit gediehen, daß man daran denken durfte, ein paar Millionen an den Steuern zu erlassen. Es war alles beschlossen und vorbereitet, um zunächst den unteren Classen wesentliche Erleichterungen zu verschaffen. Einmal auf diesen Weg eingetreten, würde man gar bald zu weiteren Maßregeln gelangt sein. Allein die Unruhen von 1830, welche sich von Augenblick zu Augenblick drohender entwickelten, die Gefahr der polnischen Ereignisse und eine verderbliche Krankheit, die sich hinzugesellte, machten einen so großen Aufwand nöthig, daß Alles unterbleiben und sogar das Ersparniß jener früheren Jahre angegriffen werden mußte.

Deutschland.

Wie kostspielig aber auch die Maßregeln gewesen sein mögen, die man zur allgemeinen Sicherheit ergriff, so wird Niemand sie tadeln wollen.

Denn sollte man wohl der inneren Entwicklung von Frankreich allein das künftige Geschick der Welt überlassen?

Nachdem einmal die Bewegungen der Revolution sich wieder entbunden haben, ist es unerläßlich, sich ihnen gegenüber in starke Verfassung zu setzen.

Glücklicherweise sieht Jedermann in Deutschland diese Nothwendigkeit ein.

Einmal haben wir doch alle zu fühlen bekommen, daß das äußerste Uebel die Herrschaft der Fremden ist. Welches auch der Unterschied unserer politischen Ueberzeugungen sein mag — obwohl ich dafür halte, daß er nicht so groß ist, als man glaubt, wofern man nur dasjenige abrechnet, was entweder als Stoff oder in unmittelbarer Nachahmung von den Ausländern herübergenommen wird —,

so sind wir über die Nothwendigkeit einer angestrengten gemeinschaftlichen Vertheidigung einig. Als ein gutes Zeichen hiefür kann man die Erklärung der darmstädter Kammer bewillkommnen. Wiewohl diese Kammer sich sonst nicht eben gefügig zeigt, so erklärt sie doch in einem Paragraph ihrer Adresse, „die eifersüchtige Bewachung der Natianalehre sei das Recht und die Pflicht des kleinsten so gut wie des größten Bundesstaates;“ indem sie für die Vervollständigung der Ausrüstung der Bundestruppen besonders dankt, spricht sie ihre Hoffnung aus, daß das Bundesgebiet unversehrt bleiben werde. Wie die Pflicht uns dahin weist, so geht unfehlbar die allgemeine Meinung eben dahin.

Halten wir aber zu einander, was könnte uns anfechten? Gewiß würde uns Frankreich auch ganz anders gerüstet finden, als früherhin.

Ich kann denen nicht beistimmen, welche noch immer von einem Verfall der deutschen Macht reden. Wenn ich betrachte, wie gewaltig Deutschland innerhalb seiner Grenzen ist, wie weit es auch außerhalb derselben herrscht, wie es in dem großen europäischen Rathe zwei Stimmen hat, wie starke und wohlgerüstete Heere es im Süden und Norden aufweist, so vermag ich in vielen Jahrhunderten keinen Zeitpunct zu finden, in welchem es so mächtig gewesen wäre wie jetzt.

Wie über allen Vergleich mit dem ehemaligen Reichsheere in dem ganzen achtzehnten Jahrhundert sind die süddeutschen Armeen erhaben!

In dem siebzehnten beraubten uns Schweden und Franzosen und rissen Theile unseres Vaterlandes an sich; so stark wir auch in dem sechzehnten Jahrhundert waren, so ließ es doch die religiöse Entzweiung niemals wieder zu einer eigentlichen Vereinigung kommen, und wir litten Verluste an unseren Grenzen.

Die Zeiten Friedrichs III., die Periode der Gegenkönige seit dem Interregnum, wird man nicht anführen. So wohlgerüstet man im Einzelnen sein mochte, so war man doch zu einer allgemeinen Vertheidigung des Vaterlandes wenig in Bereitschaft.

Nie aber hatte man eine stärkere Defensivverfassung, als in diesem Augenblick, nachdem zumal die Militärconferenzen ein Resultat zu allgemeiner Genugthuung geliefert haben.

Es gab wohl früher eine größere formale Einheit. Die reale Einheit und Macht war niemals größer als jetzt.

Und immer stärker verspricht sie zu werden, wofern sich zumal noch einige innere Fragen erledigen, das Verhältniß der Stände —

die doch endlich von der Nachahmung fremder Kammern ablassen sollten — zu der rechten Nutzbarkeit entwickelt wird, die Talente, die unter unsern Schriftstellern sind, statt mit dem Ausland zu buhlen, oder einem falschen Separatismus zu huldigen, sich die Beförderung der nationalen Interessen zu ihrer Aufgabe machen, auch einige andere Einrichtungen endlich zu einem befriedigenden Ziele gelangen.

Weitere Uebersicht.

Und so können wir allerdings hoffen, das allgemeine Geschick nicht sofort wieder auf der Spitze des Schwertes schwanken, oder, wenn es ja zu einem Angriff kommen sollte, solchem einen starken Widerstand entgegengesetzt zu sehen.

Wer wollte sich aber überreden, daß damit die Welt beruhigt sein werde?

Man braucht nur die Augen zu erheben, allenthalben vom Aufgang bis zum Niedergang sieht man die Staaten in Gährung.

Nur ist dieselbe auf keine Weise mit Krieg und Gewalt beizulegen; überall beruht die Spaltung auf einheimischen, inneren Verhältnissen.

Selbst in dem osmanischen Reiche ist es eine Frage über die inneren Reformen, was der großen Bewegung, die sich dort ereignet, Raum gemacht hat. Der geistlich-weltlichen Macht des Großherrn unterlagen bisher alle Paschas. Seine Neuerungen scheinen die Wirkung seines geistlichen Charakters geschwächt zu haben; und die Altgesinnten sämmtlich in Europa und Asien sehen in den Aegyptiern ihre Verbündeten.

In Griechenland kommt es darauf an, die barbarisirte Natur der Einwohner mit Europa, dem sie sich angeschlossen haben, dem sie ihre Freiheit verdanken, in Uebereinstimmung zu setzen. Einem Griechen, der dazu geschaffen schien, ist es mißlungen; er hat seinen Versuch mit dem Leben bezahlt. Ein deutscher Fürstensohn ist gegangen, es zu vollbringen. Finde er so viel Unterstützung bei seinen Verbündeten, so viel Hülfsquellen in seinen Dienern, daß ihm diese schwere Unternehmung gelingen möge! Es ist wahr, daß Deutschland damit eine Schuld bezahlen würde. So tief ist die Wirkung griechischer Bildung in uns eingedrungen, so viel verdanken wir den erhabenen Werken, die jener Boden in glücklichen Tagen hervor-

gehen sah. Diesem jungen Fürsten ist es aufgetragen, sein Vaterland zu vertreten.

Nicht minder bedenkliche Aufgaben bietet, wie wir sahen, Italien dar[1]).

Eine unerwartete Verwickelung hat so eben die Gegensätze in Spanien aufgeweckt. Die Schwester jener neapolitanischen Fürstin, um deren Gefängniß sich die Trümmer der royalistischen Partei in Frankreich sammeln, war bestimmt, die Ueberreste der Liberalen in Spanien wieder zu beleben. Schon ist das ganze Land darüber in neuer Gährung, und Complot auf Complot wird uns gemeldet. Noch ist die Partei, an deren Auferbauung die letzten Jahre gearbeitet, ohne Zweifel die stärkere; aber bald könnte die andere mächtig genug werden, sich mit ihr messen. Die Formen des Staats und der Kirche, alle inneren und äußeren Verhältnisse würden dann neuerdings in Frage kommen.

Schon ist es in Portugal dahin gediehen. Es ist nicht wie ein anderer Successionskrieg. Der Sache seiner Tochter möchte Don Pedro eher geschadet haben, indem er sie so unwiderruflich an die Constitution knüpfte, welche zwar eine Partei für sich, aber, wie es doch ausgemacht scheint, den größten Theil der Nation wider sich hat. Genug, es bekämpfen sich hier zwei entgegengesetzte Systeme des Lebens und Denkens, welche die geistlichen Fragen wesentlich einschließen. Eine mittlere Meinung durchzusetzen, wie es Einigen möglich scheint, dürfte wohl nur einer großen und beherrschenden Persönlichkeit, die sich aber nirgends zeigt, gelingen können.

Frankreich, das den andern romanischen Ländern und aller Welt so gern zum Vorbilde dienen möchte, gewährt doch selbst einen sehr eigenen Anblick. Die Regierung, die sich in der That auf die stärksten Interessen zu gründen scheint, ist in den Händen einer Aristokratie, wie sie wohl noch nie bestanden, nicht der Geburt, noch des Besitzes, selbst nicht schlechthin des Talentes, sondern des Talentes, das sich der zum Siege gelangten Meinung gewidmet hat. Es ist die Meinung, die ihrer Natur nach jenen Interessen am meisten entspricht. Doch kann sie darum ihre Gegner nicht unterdrücken. Vielmehr sind in diesem Lande alle Möglichkeiten politischer Denkungsart, von einem Aeußersten zum andern, zu Wirklichkeiten geworden, im Besitz besonderer Organe und in Parteien fixirt. Diese Parteien, möchte man sagen, behaupten der Regierung gegenüber eine Freiheit, wie sie sonst zur Seite des alten Regimentes die Provinzen besaßen. Die Charte und einige gesetzliche Bestimmungen enthalten ihre Privi-

1) Vgl.: Ueber die Irrungen im Kirchenstaate (1832). S. W. XL/XLI 156 ff.

legien. An die Stelle der localen Unabhängigkeiten ist die Freiheit der Meinung und der Parteiung, die doch ziemlich weit gehen kann, getreten. Nur ist der Unterschied, daß die alten Provinzen sich unterworfen hielten, bis man ihnen zu nahe trat, jetzt aber die zur Herrschaft gelangte Meinung von den entgegengesetzten fortwährend einen heftigen, wilden Krieg erfährt.

In England sind endlich die Whigs nach so langer Unterbrechung wieder zur Gewalt gelangt. Nicht ohne große innere Veränderungen haben sie es dahin gebracht. Es fragt sich nun, ob sie vermögen werden, die Bewegung, zu der sie den Anstoß gegeben, wieder einzuhalten und die alte Verfassung, so weit sie noch besteht, zu behaupten. Der Angriff auf das Kircheneigenthum, der so unvermeidlich scheint, wird es ergeben. Es ist zwar etwas viel gesagt, wenn einige englische Blätter behaupten, man stehe wie 1640; es war bisher hauptsächlich ein Streit zwischen den beiden Parteien der Aristokratie; allein man ist in Bezug auf die inneren Fragen, auf welche sich derselbe warf, doch bis auf einen sehr gefährlichen Punct gekommen. Ginge man weiter, wer will sagen, wohin man gelangen könnte?

Wie scharf sind indeß in der Schweiz die bei den alten Verfassungen verbliebenen und die durch die neueren Ereignisse umgewälzten Cantone einander gegenübergetreten! Schon hat sich, wie natürlich, ihre Entzweiung auf das erstreckt, was ihnen gemeinschaftlich ist, auf die Bundesverfassung. Der Vertrag von 1815 ließ die centrale Gewalt in ziemlicher Beschränkung und gewährte den einzelnen Cantonen ein sehr selbständiges Dasein. Die neue Verfassung, deren Entwurf im Dezember 1832 erschienen ist, würde das Gegentheil bewirken und, ohne gerade die Selbständigkeit der Cantone völlig aufzulösen, doch der Bundesgewalt ein bedeutendes Uebergewicht verschaffen.

Nicht sowohl dem König, als der dänischen Regierung gegenüber suchen die beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein, ihrer alten Verbindungen und Gerechtsame eingedenk, sich Garantien zu erwerben.

Selbst die großen Monarchien sind von diesen Regungen, wenn auch in geringerem Maße betroffen, doch keineswegs freigeblieben. Dem ungarischen Reichstage legt Kaiser Franz in diesem Augenblick wichtigere Gesetze vor, als in den wechselvollen vierzig Jahren seiner Regierung bisher vorgekommen. Sie betreffen das Verhältniß der Grundherren zu den Unterthanen und eine definitive Festsetzung ihrer wechselseitigen Verbindlichkeiten und Gerechtsame, eine Verbesserung der gesammten Justizverfassung, namentlich die Einführung eines neuen

Strafgesetzbuches, die gerechtere Vertheilung der Lasten, genug die wichtigsten Momente der inneren Verfassung. In Rußland fühlt man die Nachwehen der polnischen Empörung.

Im Allgemeinsten gefaßt, scheint es wohl, als hätten alle diese Irrungen und Schwierigkeiten ein gemeinschaftliches Element, und darauf mag es beruhen, daß die französische Bewegung im Juli 1830 eine so plötzliche und gewaltige Wirkung hervorbrachte. Näher betrachtet, zeigt sich aber, daß sie doch allenthalben einen besonderen Ursprung haben und ihre Beruhigung an jedem Orte auf eine andere Weise suchen müssen. Sie sind verschieden, wie die alten Einrichtungen der Länder selbst. Was hat z. B. diese Freiheit der politischen Meinung, wie sie in Frankreich besteht, mit dem Verhältniß der Schweizer Cantone zu der Tagsatzung, — oder die Erhebung einer aristokratischen Partei in England, zu welchen Neuerungen sie sich auch verstehen mag, mit der Frage über die geistliche und weltliche Gewalt, über Ernennung und Wahl im Kirchenstaate an sich zu schaffen? Ich weiß wohl, daß eine Verbindung zwischen den Tendenzen stattfindet. Allein für eine gründliche Erledigung der wahren Schwierigkeiten kann eine solche wenig helfen; und oft beruht sie auf einem Mißverständnisse. Allmählig sieht dies Jedermann ein. Die wilden Bewegungen halten mehr und mehr inne. Man heftet sein Augenmerk auf die vielen Bedürfnisse des inneren Zustandes einzelner Länder. Es ist zu hoffen, daß allmählig praktische Einsicht den Sieg über die heftigen Factionen davontragen werde.

Giebt es aber nicht, wird man fragen, allgemeine Forderungen der Theorie, die nun, was es auch kosten möge, überall durchzusetzen sind?

Ich will mich nicht scheuen, hierauf einzugehen. Jede Gedankenreihe fordert doch zuletzt eine Art von Vollendung und Abschluß; und wir müssen es schon wagen, uns von dem bestimmtesten Anfangspunct zu der allgemeinsten Betrachtung zu erheben.

Vom Einflusse der Theorie.

Selbst wenn es glücklicher Speculation gelänge, die allgemeinen Forderungen der Theorie über jeden Zweifel zu erheben, so wäre erst von neuem zu erörtern, welches vernünftigerweise ihr Einfluß auf das Leben und die praktischen Elemente sein könnte.

Vielleicht wirft es ein gewisses Licht auf diese Frage, wenn wir verwandte Disciplinen mit der Politik vergleichen.

Betrachten wir aber, daß in den Kreis der großen menschlichen Hervorbringungen mit dem Staate zunächst die Sprache und die Kunst gehören, so erscheinen philosophische Grammatik und Aesthetik in der nächsten Verwandtschaft mit der Politik.

Sprache und Kunst beruhen wie der Staat auf den ursprünglichen Gesetzen des menschlichen Geistes, welche dann die Wissenschaft zu erkennen und mit dem Product zu vergleichen hat.

Schon oft ist indessen ein naheliegender Abweg bemerkt worden. Diese Disciplinen haben ein speculatives Element; doch gehören sie zugleich einer geistigen Naturforschung an. Wenn die philosophische Sprachlehre untersucht, in wiefern sich die Regel des menschlichen Denkens in den feinen und leisen, aber wesentlichen Abwandlungen des Wortes offenbart, so ist sie unmittelbar auf ein Gegebenes angewiesen. Indem die Aesthetik die Gesetze poetischer und künstlerischer Hervorbringung aus der Natur des Geistes entwickelt und die Bedingungen der verschiedenen Gattungen unterscheidet, würde sie doch in ihrem Urtheil fehlgreifen, wofern sie nichts als ihre Regeln in die Augen faßte. Sind doch diese, man wird es nicht leugnen, häufig nur Abstracta von dem bereits Geleisteten. Aber ewig neu und unerschöpflich ist der Genius, und die Aufgabe wird allemal sein, sich in den Gegenstand zu vertiefen, sei es eine Sprache oder ein Kunstwerk, und seine innere Nothwendigkeit aufzufassen; denn in sich selber trägt er sein Gesetz.

So bemüht sich Aristoteles, wie er sagt, das Göttliche seines Gegenstandes zu begreifen; es ist das demselben inwohnende Wort, das er zu entdecken und auszusprechen sucht.

Auch die Staaten aber sind Producte eines schöpferischen Genius, nicht einzelner Menschen, noch einer einzigen Generation, so wenig wie die Sprache, sondern einer Gesammtheit und vieler Geschlechter; wie groß auch der Einfluß sein möge, den ausgezeichnete und hochgestellte Männer darauf ausüben können: sie sind der Ausdruck des nationalen Charakters; und wie sie aus einer ursprünglichen Energie des menschlichen Geistes kommen, so haben sie ihre eigenen Gesetze innerer Bildung.

Für Politik giebt man uns oft das trockene Schema weniger Begriffe, die aus einem angeblichen Naturstand und den Forderungen des Augenblicks abgezogen sind. Wie weit wäre davon eine Politik entfernt, die sich auf die großen Anschauungen des realen Lebens der Gegenwart und der Vergangenheit in aller seiner Fülle gründete!

In diesem Sinne hat Montesquieu den Geist der Gesetze unter-

nommen, den man völlig verkennt, wenn man ihm einen theoretischen Ursprung in dem unechten Sinne zuschreibt. Dieses Werk hat einen historischen Grund und ging aus den ausgebreiteten Wahrnehmungen hervor, welche tiefe und für jene Zeit höchst außerordentliche Studien an die Hand gaben.

Allein in der Politik ist man nicht zufrieden, die Realitäten nach ein paar willkürlichen Begriffen zu beurtheilen; man thut einen Schritt weiter, vor dem man sich in den verwandten Wissenschaften hütet.

Es fällt Niemand mehr ein, nach speculativen Ergebnissen eine allgemeine und beste Sprache formiren, oder eine vorhandene nach angeblichen Forderungen der Vernunft umgestalten zu wollen. Jedoch in der Politik scheint etwas Aehnliches sehr ausführbar. Sonderbar, daß ein Neuerer, wie Wolke, der in Lexikographie und Grammatik wenig Nachfolger erwerben können, deren unzählige in der Politik gefunden hat; tausend Anleits werden geschrieben, alle Welt arbeitet daran mit.

Die Aesthetik ruft zuletzt aus: der Poet wird geboren, und sie bezieht sich wie billig auf eine Kraft, die außer ihrem Wirkungskreise liegt; aber wie Viele bilden sich ein, man dürfe ihnen nur einen Staat anvertrauen, leicht würden sie der Werkmeister sein und ihn trefflich einrichten!

Gerade an dem, was das allerwichtigste, was die Grundlage des gesammten Daseins bildet, versucht man sich mit unberufenen Händen.

Insofern aber diese Bemühungen nicht etwa zerstörend wirken, sind sie ganz vergeblich. Mit dem besten Discurs ist es nicht ausgerichtet. Die Grammatik kann nie eine Sprache, die Aesthetik nicht einmal ein Gedicht, die Politik aber nimmermehr einen Staat hervorbringen. Euer Vaterland werdet ihr euch nicht erklügeln.

Einen andern Ursprung hat die lebendige Hervorbringung: sie kommt von der Kraft und dem Genius. Genius heißt der Erzeuger, und die Etrusker nannten ihn den Sohn ihres höchsten Gottes. Auf ihre Götter führten die Alten die Stiftung ihrer Staaten zurück.

Und keinesweges ist hiemit einer wohlverstandenen Theorie ihr Nutzen abgesprochen.

Man hat oft die historische und die philosophische Schule unterschieden; doch werden wahre Historie und wahre Philosophie mit einander nie in Widerstreit sein.

Deutlicher tritt ein anderer Gegensatz hervor, zwischen den

mechanischen Lehrmeinungen, die das Heil allein in gewissen Formen erblicken, welche sie ohne alle Rücksicht allgemein angenommen zu sehen wünschen, und der lebendigen Ansicht, welche die geistigen Realitäten der Dinge zu durchdringen und die Forderung derselben zu begreifen sucht.

Denn so viel ist gewiß: nicht außerhalb des Staates liegt seine Idee; in ihm selber wird sie gefunden. Sie giebt seiner Bewegung den Antrieb, ohne den er erstarren, stillstehen oder absterben würde; sie ist sein geistiges Leben; aus verborgenem Grunde entsprungen, hält sie das gegenwärtige Geschlecht zusammen und verbindet die Reihen der Generationen mit einander.

Die echte Theorie nun — Anschauung, wie das Wort sagt —, die lebendige Ansicht sucht dies innere Wesen des Daseins und seine Gesetze zu begreifen. Mit weiter Umsicht, denn ein Staat bildet doch nur einen Theil der Gesammtheit, in dem Lichte der tieferen Gründe der Speculation wird sie die Idee auffassen. Ihrer Natur nach ist sie nicht auf das Praktische angewiesen. Wäre sie dies, so würde der Philosoph als solcher zugleich der Poet sein; er würde die Sprache machen, und in dem Genius gäbe es nichts Unbewußtes.

Praktisch lebt die Idee in den wahren Staatsmännern: sie ist die Regel ihres Verhaltens. In ihrem Denken, in ihrem Geiste concentrirt sich das geistige Dasein des Staates. Die materiellen Bedingungen, welche sie zu beschränken scheinen, geben ihnen vielmehr, da sie die Vergangenheit in sich fassen, Maßstab und Anhalt. Etwas Neues zu machen, werden sie an sich nicht beabsichtigen. Sie sind nicht der Staat, obwohl der Staat in ihnen ist. Deutlich liegt ihre Aufgabe vor ihnen: es ist die Fortleitung des schon begonnenen Lebens, seine Erhöhung von Moment zu Moment, die Befestigung seiner Gesundheit, die in dem frischen Umlauf, ich möchte sagen, des geistigen Blutes durch alle Adern besteht.

Die echte Theorie, weit entfernt, den Staatsmann zu stören, wird ihn vielmehr fördern. Den Inhalt des Lebens vergegenwärtigt sie dem Gedanken. Der Zug der Dinge und die große Anschauung unterstützen sich dann wechselseitig. Die vollere Klarheit kann die Entwickelung nicht anders als begünstigen und das Dasein in sich kräftiger machen.

Darauf aber kommt Alles an. Es liegt Alles daran, daß man Etwas leiste, etwas Haltbares darstelle, selber Etwas sei.

Den Bau der Staaten hält ein moralisches Cäment zusammen. Unser Leiden ist, daß es an so vielen Stellen lose und locker geworden.

Nicht dadurch wird man es herstellen, daß man nach allen Seiten hinhört, bald einem, bald einem andern Principium folgt, bald diese, bald jene Neuerung macht und den Parteien nachgiebt, sondern dadurch, daß man stark ist, Vertrauen einflößt, sich selber treu bleibt und, indem man das Neue mit dem Alten, den Widerstand mit dem Fortgang verbindet, auf der Bahn der Entwickelung sicher und groß einhergeht. Vor einem in sich selber gegründeten Dasein verbleichen die Nachahmungen und falschen Forderungen; die Parteien werden ihm nichts anhaben.

Den Sand der Wüste treibt der Sturmwind dahin und dorthin; das Gebirge läßt er wohl stehen.

9.

Zur Geschichte der deutschen, insbesondere der preußischen Handelspolitik.

Von 1818 bis 1828.

(1833.)

Vorbemerkung.

In Deutschland haben einander die beiden entgegengesetzten Principien einer Absonderung der verschiedenen Staaten und einer Einheit der Nation wohl niemals in solcher Kraft gegenübergestanden wie nach den letzten Kriegsjahren.

Die Souveränetät, welche eine fremde Gewalt den deutschen Fürsten eingeräumt, wurde nun erst bedeutend, als diese Gewalt selber wieder gefallen war; nach so vielen Jahrhunderten zum ersten Male hatte man keine Autorität mehr über sich: weder eine rechtmäßige und beschränkte, wie früher, noch eine unrechtmäßige und unbeschränkte, wie zuletzt. Um die Einheit von Deutschland, die sich mühselig erhalten hatte, so lange Kaiser und Reich bestand, schien es nunmehr völlig gethan zu sein.

Auf der anderen Seite war aber auch das Gefühl der Nationalität und das Bedürfniß nationaler Einrichtungen niemals lebendiger gewesen. Eben hatte das Bewußtsein des deutschen Namens soviel zur Befreiung des gemeinschaftlichen Vaterlandes beigetragen; und dem gewaltigen Nachbar in seiner Geschlossenheit gegenüber fiel die Gefahr einer nochmaligen Ueberwältigung der Getrennten in die Augen.

Wer erinnert sich nicht, wie lebhaft diese beiden Principien einander bekämpften! Je entschiedener die meisten Regierungen an der Absonderung festhielten, desto rücksichtsloser und lauter verfochten die öffentlichen Stimmen die Einheit.

Sonderbar, wie sehr sich dies geändert hat!

Das Princip der Nationalität ist doch nicht von so geringem Werth oder von so flüchtiger Idealität, daß es sich nicht auch von der praktischen und realen Seite her den Staaten empfohlen hätte, daß diese nicht durch innere Nothwendigkeit selber wären angetrieben worden, auf eine Vereinigung untereinander, auf einigen Ersatz der alten Reichsverfassung Bedacht zu nehmen.

Ich halte es nicht für ein Unglück, daß man es darauf hat ankommen lassen. Unsere Tage leiden an dem Irrthum, alles Heil von der Weisheit berathender Versammlungen, von der Aufstellung eines Grundgesetzes zu erwarten. Wir möchten der ganzen Zukunft in dem heutigen Momente Maß geben und die Aufgaben langer Zeiträume in ein paar Sitzungen erledigen. Ein Irrthum, dessen Folgen um so bedenklicher werden können, je neuer und zweifelhafter die Zustände sind, in denen man sich befindet. Es kommt doch Alles auf den Fortgang einer wirklich eintretenden Entwickelung an, in der sich die Nothwendigkeit ausweist und geltend macht, in der die Dinge, die Ereignisse selbst eine Verfassung hervorbringen, die von Jahrzehenden für Jahrhunderte gegründet wird.

So müssen wir wohl ohne Bedenken gestehen, daß wir viel weiter gekommen sind, als man 1815 hoffen konnte. Wer hätte damals nur den Austrag der obschwebenden Streitigkeiten, denen gar bald neuer Stoff hinzukam, die Herstellung des gegenseitigen Vertrauens, wer hätte die glückliche Vollziehung der Militärverfassung oder gar die Bestimmungen der Schlußacte voraussagen mögen? Wie Vieles auch noch übrig ist, so hat man doch einen Weg eingeschlagen, welcher zur Erledigung der wesentlichen Bedürfnisse zu führen verspricht.

Völlig eine andere Gestalt hatte indeß die Meinung des Tages angenommen.

In ihren Wortführern ist, wenn wir nicht irren, schon die zweite Generation eingetreten. Die erste, hauptsächlich norddeutsch, ging von den Principien der Deutschheit aus und setzte den Krieg gleichsam noch während des Friedens fort; sie suchte sich der Erziehung zu bemächtigen und eine innere Reform der Gesinnung zu ursprünglicher Einfachheit durchzuführen. Die zweite, vornehmlich süddeutsch, hält sich dem Wesen nach zu dem französischen Liberalismus; sie sucht sich der Zeitungen so gut wie dieser zu bemeistern, die Majorität in den Kammern an sich zu bringen und so fort, wenn nicht die Zustände, doch die Gesetze umzugestalten. Von Augenblick zu Augenblick schließt

sie sich der weiteren Ausbildung der Tagesmeinungen bei dem Nachbar an.

Diese zweite Generation deutscher Wortführer nun, welche bis jetzt den Platz behauptet hat, kommt in den Fall, sich den Momenten der Vereinigung, wie sie sich factisch herausgestellt haben, sogar entgegensetzen zu müssen. Denn da dieselben wesentlich auf dem Grundsatz der Legitimität beruhen, so rufen sie die nämliche Abneigung hervor, die man dieser widmet; gerade die Einwirkungen des Bundes werden ein Gegenstand des lebhaftesten Widerwillens; man sieht sich dahin gebracht, auf den Begriff der Souveränetät der einzelnen Staaten zurückzukommen, den man früherhin verschmähte, und Rechte zu vertheidigen, von denen man nur eben selber nichts wissen wollte. Wir haben erlebt, daß die nämlichen Männer, welche noch vor kurzem die Absonderung ihres Vaterlandes vor sich verschwinden ließen, wie ein Nebel vergeht, darnach auf eine der Natur der Sache zuwiderlaufende unzulässige Ausdehnung derselben Absonderung angetragen haben. Eine Stellung, die weder in sich haltbar ist, noch den großen Interessen der Nation jemals förderlich werden kann. Allerdings giebt es noch immer Einige, die, den Tendenzen der Volkssouveränetät ergeben, dennoch von einer Einheit Deutschlands reden; allein ihre Pläne sind ganz ausschweifend und würden eine Revolution voraussetzen, so gewaltsam und durchgreifend, als die französische immer gewesen sein mag.

Indessen schreiten die Staaten auf ihrem Wege einer engeren Verbindung auf den Grund der bestehenden Verhältnisse allmählig weiter. In diesem Augenblicke sehen wir sie mit einer Unterhandlung beinahe ganz zum Schluß gelangt, welche, wie man vermuthen darf, eine Epoche der deutschen Geschichte bezeichnen wird. Wenn die Zollvereinigung wirklich zu Stande kommt, so wird damit, es läßt sich nicht zweifeln, eins der größten Bedürfnisse der Nation erledigt und ein bedeutender Fortschritt zu einer echten Ausbildung der Nationalität geschehen sein.

Es ist gewiß der Mühe werth, den Gang der Ereignisse und Verhandlungen, die zu einem so außerordentlichen Resultat geführt haben und ein noch größeres verheißen, bei Zeiten in Betracht zu ziehen. Ich unternehme dies, obwohl ich gleich von vornherein bekenne, daß die Quellen, denen ich folge, zwar durchaus zuverlässig, aber nicht ganz ausreichend sind und noch vielfältiger Erweiterung fähig wären. Die Wichtigkeit der Sache entschuldige auch diesmal die Unvollkommenheit des Versuches, sie darzustellen!

I.

Zustand des deutschen Handels nach den Befreiungskriegen.

Von dem Continentalsystem hatten die Franzosen unermeßliche Wirkungen erwartet. Dem Handel und der Industrie der Engländer glaubten sie einen tödtlichen Streich zu versetzen, als sie, im Besitz der Ausflüsse der Ems, Weser und Elbe, die Producte und Waaren dieser Nation von Deutschland ausschlossen. „Damit verliert England, sagt der Finanzminister Gaudin in einem Bericht an Napoleon vom 17. September 1807, die Bürgschaft seiner Zukunft; augenscheinlich stürzt sein Finanzsystem mit dem Haltpuncte, an den es sich lehnte, bereits zusammen; das Schicksal dieses Landes ist leicht vorauszusehen.“

Und hat sich nicht in der That Napoleon vermessen, England müsse auf die letzt ein Anhang zu Frankreich werden, es sei eine französische Insel wie Oleron oder Corsica?

Man sieht, wie weit ihre Erwartungen, ihre Plane reichten. Allein es ging ihnen, wie einige Jahrzehnde früher. Auch damals hatten sie es sich viel kosten lassen, um die Befreiung der amerikanischen Kolonien erkämpfen zu helfen; niemals aber trat die Rückwirkung auf das Mutterland ein, die sie davon erwarteten. So setzten sie nunmehr das Continentalsystem mit gewaltsamer Anstrengung durch; der Handel von England aber, den sie damit vernichtet glaubten, erhob sich sogar. Mit Erstaunen bemerkte man, daß die Ausfuhr der englischen Erzeugnisse und Manufacturen, die nach der offiziellen Durchschnittssumme bis im Jahre 1804 21 bis 22 Millionen Pfund Sterling betragen hatte, sich, den Maßregeln des Continentalsystems zum Trotz, bis 1808 auf 26, bis 1812 auf 32 Millionen Pfund erhob. Wenn ja durch die plötzliche Unterbrechung des gewöhnlichen Verkehrs Capitalien frei wurden, so wandte man sie auf den Landbau. Die Petitionen, um Gemeindefelder einzuzäunen und urbar zu machen, stiegen im Jahre 1808 bis über anderthalbhundert, so hoch sich auch der erste Aufwand belaufen mochte, den solche Unternehmungen erfordern[1]). Gerade die Trennung vom Continent beförderte die innere Regsamkeit. Im Juli 1814 gab Colquhoun sein Werk über den

---

1) Ivernois Effets du blocus continental sur le commerce, les finances, le crédit et la prospérité des îles britanniques. Londr. 1809.

Wohlstand des britischen Reiches heraus. Indem er das Product der Arbeit des Volkes in allen Zweigen der Industrie überschlägt, ruft er aus: durch diese Forschung werde die Seele mit Bewunderung und stolzem Frohlocken erfüllt.

Jedoch hatte dies auch eine andere Seite.

Indem nun England nach dem Frieden sich auf den ionischen Inseln zur Beherrschung des Mittelmeeres und zur Leitung der in dem Orient leicht zu erwartenden Veränderungen einrichtete, den ostindischen Verkehr ohne Nebenbuhler behauptete, sich der Opposition der südamerikanischen Kolonien gegen die Mutterländer sofort mercantilisch bediente, trat es zugleich dem europäischen Continent in kolossaler Uebermacht entgegen. Alle Quellen, alle Wege, alle Kräfte des Handels hatte es in seinen Händen.

Ich will keineswegs in die unnützen Klagen über die Macht und Größe von England einstimmen. Zur Befreiung von Europa war sie nothwendig; nie hat ein anderes Volk die Herrschaft des menschlichen Geistes über alle Elemente so glänzend ausgebildet. Aber darum ist doch wahr, daß eben diese mercantile und industrielle Ausbildung, wie sie in dem Lande selbst Mißverhältnisse genug zur Folge hat, so durch ihr Uebergewicht für die benachbarten Länder, namentlich aber für Deutschland, außerordentlich drückend geworden ist.

Bei der Eröffnung des Continents athmeten wir auf; allein es erfolgte auf der Stelle eine gewaltsame Reaction.

Die englischen Vorräthe ergossen sich über den Continent. Man kann ermessen, in welch ungeheuren Quantitäten, wenn man weiß, daß die Engländer im Jahre 1814 für 10,831,000 Pf. St. verarbeitete Baumwolle in das übrige Europa einführten, wovon für 3,248,000 Pf. St. allein nach Deutschland gingen. Man hat berechnet, daß dieser deutsche Absatz englischer Baumwollenwaaren mehr betrug als die ganze Ausfuhr Englands nach Ostindien.

So war es in jeder Hinsicht. Was man eben zu seinem Schaden ganz entbehrt hatte, bekam man jetzt in einem verderblichen Ueberfluß. Der Fluth militärischer Kräfte, mit der uns Frankreich im Kriege heimgesucht, folgte im Frieden eine Fluth mercantilischer von England her. Alle Märkte waren mit englischen Waaren überschwemmt. Man konnte ihnen keinen Widerstand leisten.

Die Fabriken und Manufacturen, die während der künstlichen Trennung emporgekommen waren, mußten dieser gewaltigen Concurrenz unterliegen. Es war dies um so weniger zu vermeiden, da die eintretende Theurung der nächsten Jahre den einzigen Vortheil vernichtete,

den die einheimische Fabrication durch den wohlfeileren Arbeitslohn der ausländischen gegenüber besitzt[1]).

England war aber hiemit noch nicht zufrieden. In demselben Augenblick, daß es mit seinen Manufacturwaaren auf allen europäischen Märkten die einheimischen Verkäufer erdrückte, schloß es unsere beste Urproduction definitiv von seinen Märkten aus[2]). Schon 1813, gleich sowie das Festland geöffnet ward, hatte man daselbst eine Untersuchung der Korngesetze im Interesse der Landeigenthümer begonnen. Am 20. März 1815 passirten die Resolutionen des Mr. Robinson im Oberhause, kraft deren alle Korneinfuhr des Auslandes in England verboten ward, bis der Quarter Weizen den hohen Preis von 80 Sh. erreicht habe; eine Resolution, die, außer im Fall einer entschiedenen Mißernte, einem Verbote gleichkommt, und von der auch die spätere englische Gesetzgebung über diesen Gegenstand nur wenig abgewichen ist.

So stellte sich denn England nicht allein als Inhaber des Welthandels, sondern zugleich für unsere vornehmste Production verschlossen, alle andere aber mit dem Uebergewicht der seinigen erdrückend, dem Continent gegenüber.

Es war keine Frage, daß dies auf die Maßregeln aller continentalen Staaten den größten Einfluß haben mußte.

Frankreich war so gut wie Deutschland in Gefahr, seine während der Kriege durch künstliche Begünstigung entstandenen industriellen Institute wieder untergehen zu sehen; es verschärfte wo möglich noch sein strenges Prohibitivsystem. Man hat den Scherz über die damaligen französischen Einrichtungen: das Kameel könne eher durch das Nadelöhr passiren, als die Nadel selber über die französische Grenze.

Indessen griffen auch die Holländer zu ihren alten prohibitiven Maßregeln. Allen Bestimmungen des Wiener Congresses zuwider legten sie dem Transito durch ihr Gebiet nicht allein zu Lande, sondern auch zu Wasser die lästigsten Fesseln an.

Für Deutschland waren dies nur neue Nachtheile. Die französischen Waaren und Producte konnten eben so wenig entbehrt werden als die englischen. Indem beide Länder die deutsche Production von

---

1) In Nebenius: Bemerkungen über den Zustand Großbritanniens in staatswirthschaftlicher Hinsicht 1818, findet man einen noch heute lesenswerthen unterrichtenden Aufsatz über Deutschlands commerzielle und industrielle Verhältnisse, in Rücksicht auf fremde Prohibitivmaßregeln.

2) Memoirs of the Earl of Liverpool 494.

ihren Grenzen abhielten, wetteiferten sie zugleich, dieselbe im Innern zu zertrümmern. Während wir freiließen, was die Holländer den Rhein aufwärts schickten, fiel alles, was wir den Rhein hinunter sandten, ihren Douaniers in die Hände. „Von allen Märkten Europa's", klagten die niederrheinischen Fabrikherren noch im Jahre 1818, „sind unsere Gewerbe durch Zolllinien ausgeschlossen, indeß alle Gewerbe von Europa in Deutschland einen offenen Markt halten[1])."

Unter diesen Umständen, was that die deutsche Nation? Sie war leider wie immer getrennt und nicht sehr einig. Sie ließ sich Alles gefallen. Sie griff zu keinerlei Repressalien; Reciprocität wußte sie nicht zu bewirken. Man hat bemerkt, daß einige kleine Staaten nicht ohne Eifersucht einer dem andern den Vortheil von dem Vertriebe der englischen Waaren abzugewinnen suchten; hie und da fanden selbst die holländischen Maßregeln auf deutschem Boden geheime Unterstützung; die Messen dienten zum Verkauf auch des schlechten und verdorbenen fremden Gutes[2]).

Da konnte es denn nicht anders sein, als daß der allgemeine deutsche Verkehr mit dem Auslande vollends verfiel. Selbst diejenigen Waaren, die den ausländischen den Rang hätten ablaufen können, fanden den alten Markt nicht mehr; Sachsen, so fleißig, so voller Gewerbe, mußte nur froh sein, seine Wolle an die Engländer zu verkaufen; denn seine Waaren ließ man nicht zu.

Allein nicht genug, daß sich Deutschland in ein so drückendes Mißverhältniß gegen das Ausland gestellt sah, so war es auch durch seine eigene Verfassung, jene mannichfaltige Trennung, die allenthalben von neuen Zollstätten angekündigt wurde, in seiner Production gehemmt.

Wie oft durchschneiden diese Grenzen gerade das Zusammengehörende, so daß die Industrie, die sich bald im Ankauf ihrer Materialien, bald im Absatze ihrer Producte gehindert sieht, die ihr wohlgelegenen Stätten nicht ergreifen kann! Wie hinderlich müssen

---

1) Adresse der Fabrikinhaber von Rheid, Suchteln, Gladbach, Vierßen und Kaldenkirchen an Se. Maj. den König von Preußen, 27. April 1818.

2) Wenigstens klagt die zweite Adresse derselben Fabrikherren an den Staatskanzler über den großen Andrang von Waaren, „welche jährlich aus den anderen Ländern nach den Messen von Frankfurt und Leipzig auf den Trödel gesandt werden, da alle andern Länder ihre Zolllinien haben und Deutschland das einzige Land ist, wo Alles frei eingeht und jede schlechte und jede verdorbene Waare ihren Markt findet."

ihr überdies alle die divergirenden, nur in ihrer Lästigkeit übereinstimmenden Einrichtungen des Zolles und der Accise werden!

Genug, indem Deutschland dem Auslande wehrlos gegenüberstand, löste es sich in seinem Innern in einzelne Theile auf, von denen jeder ein besonderes kleines Interesse hatte, das gar oft sowohl dem allgemeinen als dem Interesse des Nachbars entgegenlief.

Eine Lage, die wenig tröstliche Aussichten darbot. Es war Niemand, der es nicht gefühlt hätte. Hie und da regte sich in Privatleuten ein Gedanke, ein Plan zu einer allgemeinen Vereinigung; aber ihre Entwürfe waren weder in sich selbst zur Reife gediehen, noch waren sie im mindesten im Stande, die unermeßlichen Schwierigkeiten, die sich jeder Aenderung entgegenstellten, zu überwinden.

Ueberlegen wir nur auch, was dazu gehörte, um etwas Gemeinsames durchzusetzen!

Es war nicht genug, handelspolitische Ansichten aufzustellen, ideale Möglichkeiten eines gemeinschaftlichen Widerstandes gegen das Ausland zu eröffnen. Da sich das System der indirecten Abgaben mit dem Zollwesen auf das engste vereinigt und vermischt hatte, so wurde die Frage finanziell und berührte den Nerv des gesammten Staateshaushaltes. Wenn der Handel größere Freiheiten in Anspruch nahm, als er früher genossen, so waren dagegen die Bedürfnisse der Staaten ihrerseits auch gestiegen und machten eine größere Summe indirecter, nicht ohne Belästigung des Handels aufzubringender Abgaben erforderlich.

Schon jeder einzelne Staat hatte mit diesem Widerstreit zu kämpfen. Wie weit größer aber wurde die Schwierigkeit, wenn etwas Gemeinschaftliches geschehen und die Interessen verschiedener Länder sowohl in mercantiler als in finanzieller Hinsicht ausgeglichen werden sollten!

Dennoch kam Alles eben darauf an.

Die Lage der Sachen machte dreierlei erforderlich:

1) die Befreiung des inneren Verkehrs deutscher Länder unter einander, um die Deutschen doch auch in dieser Hinsicht fühlen zu machen, daß sie ein Volk sind, und die einheimische Industrie in die Möglichkeit zu setzen, sich auf eine dem ausländischen Gewerbe entsprechende Stufe zu erheben;

2) eine Stellung gegen das Ausland, welche dies zu einer gewissen Reciprocität zu nöthigen und die allgemeinen deutschen Interessen zu beschützen vermöchte;

3) bei alledem die Berücksichtigung der finanziellen Bedürfnisse der einzelnen Länder, so daß ihr innerer Haushalt eher gefördert als gehemmt würde.

Eine für die Gesammtheit der Nation, ihre Blüthe und ihr inneres Gedeihen unendlich wichtige Aufgabe.

War es wohl möglich, sie durch gemeinschaftliche Berathung von vornherein zu erledigen? Ich will es nicht geradezu in Abrede stellen; doch ist dies nicht der Weg, auf dem sich die menschlichen Angelegenheiten zu entwickeln pflegen.

Es hat sich gefunden, daß sich die Lösung derselben, in wiefern sie bisher versucht, dem Ziele nahe gebracht worden, vornehmlich an die Maßregeln angeschlossen hat, welche Preußen, zunächst für sich selber, ergriff. Es ist nothwendig, von diesen auszugehen.

II.

Das preußische Zollsystem von 1818.

Als man aus den Bewegungen und Kämpfen der Jahre der Revolution und des Krieges wieder hervortrat, befand sich vielleicht kein anderer Staat in einer so schwierigen Lage wie der preußische.

Mit damals wenig über 10 Mill. Menschen auf einer unverhältnißmäßig langen, hie und da nur fragmentarisch zusammenhangenden, in der Mitte geradezu durchschnittenen Oberfläche, auf der einen Seite an Rußland, auf der andern an Frankreich und Holland grenzend, zusammengesetzt aus Provinzen der verschiedenartigsten Geschichte und Bildung, sollte dieser Staat die ihm vom Schicksal auferlegte Stellung unter den großen Mächten von Europa würdig behaupten. Dazu bedurfte er innerer Eintracht, blühender Finanzen und eines wohlorganisirten Heeres.

Dem Finanzwesen war hiebei wohl die schwerste Aufgabe geworden. Bei aller Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit der inneren, namentlich auch der militärischen Einrichtungen blieb zur Bestreitung der Kosten derselben und zur Verzinsung der Staatsschuld eine Summe erforderlich, unverhältnißmäßig groß für Areal und Seelenzahl des Reiches, wenn sie auf bisherigem Wege erhoben werden sollte. Die bestehenden directen Abgaben schienen einer bedeutenden Erhöhung um so weniger fähig, als die alten Provinzen jetzt erst ihre Erschöpfung

von alle den Leiden und Anstrengungen inne wurden, die sie in den Jahren 1806 bis 1814 erdulden müssen, die neuen aber mit den Nachwehen einer von ihrer politischen Veränderung unzertrennlichen Auflösung bisheriger Verhältnisse schwer zu kämpfen hatten. Es kam mithin alles auf die indirecten Abgaben an. Allein das bestehende System derselben war weder günstig für Gewerbe und Handel, noch der nothwendigen Verschmelzung so vieler divergirender Provinzialinteressen förderlich, noch endlich ergiebig genug für den nothwendigsten Bedarf.

Es war schlechterdings eine Reform erforderlich; nur fragte sich, auf welche Weise, nach welchen Grundsätzen man dieselbe unternehmen wolle.

Wollte man die Zügel noch einmal straffer anziehen?

Als Friedrich der Große nach dem siebenjährigen Kriege in einer ähnlichen Lage war, hatte er im Sinne seiner Zeit die strengste aller Zoll- und Acciseadministrationen, die Regie, erschaffen. Er hatte, wie er selbst sagt, dabei die doppelte Absicht, den Schleichhandel zu unterdrücken und seine Manufacturen emporzubringen[1]). Es verdiente wohl noch einer genaueren Untersuchung, in wiefern ihm wenigstens das Letzte dadurch gelungen ist oder nicht. So viel weiß man wohl, daß ihm an seiner Einrichtung zuletzt selbst Vieles nicht mehr behagte, und daß man sich nach seinem Tode genöthigt sah, sie wieder fallen zu lassen. Gar zu lästig und drückend hatte sie sich erwiesen.

Sollte man jetzt zu ähnlichen Verschärfungen greifen, wie sie Friedrich versucht hatte?

Von dem Bedürfniß gedrängt, in einer Lage voller Bedenklichkeiten faßte man den Entschluß, sein Heil nicht in neuen Zwangsmaßregeln, sondern in Gewährung größerer Freiheit zu suchen. Den Grundsatz, den Zweck Friedrichs des Großen hatte man, wie sich versteht, auch jetzt im Auge. Man beabsichtigte, wie er, nicht allein das Gleichgewicht der Finanzen herzustellen und das unbezweifelte Landesbedürfniß zu decken, sondern damit zugleich das innere Gewerbe zu befördern und die Defraudation zu verhindern. Aber die Umstände, in denen man war, die Erfahrungen, die man gemacht, erheischten andere Mittel.

Nach langer und reiflicher Berathung, nachdem auch einige vor-

1) Mémoires de 1763 jusqu'à 1773. Oeuvres posthumes V, p. 136.

bereitende Anordnungen getroffen worden waren[1]), trat man am 26. Mai 1818 mit einem neuen Zoll- und Steuersystem hervor.

Ich würde etwas beschreiben, was Jedermann kennt, wenn ich mich auf eine ausführliche Analyse dieses Gesetzes einlassen wollte; doch ist es nothwendig, das Unterscheidende desselben hervorzuheben.

So wie es zugleich ein Zoll- und Verbrauchssteuersystem enthielt, so trafen dabei die beiden Gesichtspuncte des Gewerbes und der Accise zusammen.

Man erinnert sich nicht immer des alten Zustandes, wo man zwar die Grenzen ohne besondere Schwierigkeiten passiren konnte, dafür aber in jeder Stadt, die man berührte, eine neue Zollstätte antraf und neue Visitationen und Beaufsichtigungen zu erwarten hatte. Wie oft gelangte man dann an innere Zölle, deren Zweck man nicht mehr einsah, deren Ursprung man nicht mehr kannte; nur durch das Herkommen waren sie gültig, nicht selten gehörten sie Communen oder Privatpersonen an. Zuweilen waren die Provinzen von einander geschieden. Der Eingang der eigenen westphälischen Fabricate war mit 25 Procent vom Werth belegt.

---

1) Es sind dahin zu rechnen folgende seit Anfang 1816 publicirte Verordnungen:

vom 17. Januar 1816 zur Aufhebung des seit 1779 bestehenden Verbots aller Ausfuhr geprägten Goldes und Courants „als den gegenwärtigen Handelsverhältnissen nicht mehr angemessen;" nur für die Scheidemünze blieb das Ausfuhrverbot vorläufig in Kraft;

vom 7. Februar, zur transitorischen Modification der bestehenden Abgaben von fremdem Zucker, mit Hindeutung auf künftige zweckmäßigere Regulirung des Verhältnisses der Fabrications- und Consumtionsbesteuerung dieses wichtigen Gegenstandes;

vom 9. Mai und 10. Juni, zur vorläufigen Aufstellung einer gleich bestimmten Regel für Ausübung des Salzregals;

vom 16. Mai, zur Einführung eines übereinstimmenden Systems der preußischen Maße und Gewichte;

vom 11. Juni, zur Aufhebung der Wasser-, Binnen- und Provinzialzölle, zunächst in den alten Provinzen der Monarchie.

In diesem letzten und wichtigsten präparatorischen Gesetze ward zum ersten Male mit offizieller Bestimmtheit öffentlich ausgesprochen, „daß die Regierung beabsichtige, den Verkehr der Unterthanen durch ein allgemeines und einfaches Grenzzollsystem von den Hindernissen zu befreien, welchen derselbe bei der bisherigen, in ältern Zeiten gebildeten verwickelten Zoll-, Durchgangs- und Handelsabgaben-Verfassung unterworfen gewesen."

Endlich datirte vom 3. November 1817 wenigstens der Anfang einer dem preußischen Credit- und Handelswesen unentbehrlichen Umgestaltung der öffentlichen Geldinstitute.

Unmöglich konnten hiebei die Gewerbe recht gedeihen. In den alten Provinzen waren sie auf einen Grad der Bedeutung gestiegen, daß sie zu weiterem Emporkommen einer größeren Freiheit nicht länger entbehren konnten; am Rhein sahen sie sich, da sie plötzlich von dem großen Markte, den sie in Frankreich gehabt, ausgeschlossen waren und weder, wie wir sahen, in Deutschland, noch auch wegen jener Einrichtungen selbst in Preußen einen nur von fern zu vergleichenden fanden, außerordentlich bedrängt. Für dies gewerbliche Interesse mußte man sorgen.

Nun war aber mit den Zöllen die Hebung der indirecten Abgaben, der Accise verbunden. Um ihretwillen vielleicht am meisten hatte man die Städte geschlossen und denselben das Land dadurch unterworfen, daß es seinen Bedarf aus der Stadt zu beziehen genöthigt war.

Allein auch die Accise an sich schloß große Uebelstände ein. Wenn es schon Friedrich dem II. nicht gelingen wollen, dem Schleichhandel ein Ende zu machen, so vermochte es die spätere Verwaltung noch weniger durchzusetzen. Die Staatszeitung hat es mit Recht unglaublich gefunden, daß, wie die Register angaben, auf 7 Pfund Reis oder 5 Pfund Rosinen nur 10 Pfund Caffee eingegangen sein sollten, und sich auf die Erfahrung jedes Hausvaters über seinen eigenen Verbrauch berufen, um die Größe des Schleichhandels abnehmen zu lassen, der mit Caffee getrieben worden sein mußte. Ueberdies war diese Abgabe selbst in den alten Provinzen sehr verschieden; in Brandenburg betrug sie auf den Kopf über dreimal mehr als in Schlesien[1]). Endlich fand man in den neuen Provinzen andere Einrichtungen, ähnliche in Sachsen, ganz verschiedene in den westphälisch gewesenen Ländern und am Rhein. Es war ohne Zweifel zu wünschen, daß dies aus heterogenen Theilen reconstruirte Reich, um sich nach und nach als ein zusammenhängendes Ganze fühlen zu lernen, wenigstens in solchen Puncten, wo es für die tiefer liegenden Eigenthümlichkeiten nichts austrug, gleichmäßige Einrichtungen bekäme. Hätte man auch gewollt, so wäre es doch entweder unmöglich oder mit unleidlichen Gewaltsamkeiten verknüpft gewesen, die Accise auf die westlichen Provinzen auszudehnen, wo sich das Gewerbe bereits auf das Land zu zerstreuen angefangen hatte.

Es gab nur Ein Mittel, um so vielen Uebelständen abzuhelfen. Man mußte die Zolllinien an die Grenzen des Staates verlegen. Die

1) Dort 69 gr., hier 22 gr.

gesammte Accise von den aus dem Auslande eingehenden Artikeln des Verbrauchs konnte viel besser an den Grenzen als durch die Thorcontrole so vieler Städte gehoben werden. Sobald man dann den Zoll, wie er bereits dazu gehörte, damit vereinigt ließ, war man sofort im Stande, allen jenen tausendfältigen Hemmungen in dem Innern ein Ende zu machen. Man konnte dem Lande eine übereinstimmende Steuerverfassung geben, welche viele weitere Verbesserungen zuließ, und zugleich dem ganzen innern Verkehr seine natürliche, nur zu lange beschränkte Freiheit vergönnen. Hiezu entschloß man sich dann. Das Gesetz hob alle Binnenzölle sammt und sonders auf; es entschädigte die Privaten für ihre Berechtigungen; es vereinigte Land und Stadt, Provinzen und Provinzen.

Indem man dergestalt den Forderungen der inneren Bedürfnisse genügte, bekam man nun zugleich eine ganz andere Stellung gegen das Ausland. Man konnte Zolllinie der Zolllinie entgegensetzen und sich gegen die Länder, welche uns bisher von ihrem Markte ausschlossen und den unseren überschwemmten, doch einigermaßen schützen.

Es ist keine Frage, daß die neuen Einrichtungen hierauf besonders berechnet waren. Den niederrheinischen Fabrikherren erklärte der Staatskanzler in seiner Antwort auf ihre Adresse ausdrücklich: „die Zolllinie, welche die äußere Grenze der drei westlichen Provinzen umschließen werde, sei dazu bestimmt, dem inländischen Gewerbfleiß durch verhältnißmäßige Besteuerung der gleichartigen fremden Erzeugnisse einen billigen Vorzug zu sichern und die Freiheit des Verkehrs mit den östlichen Provinzen durch Aufsicht gegen die Einmischung fremder Fabrication möglich zu machen und zu schützen.“

Sollte man aber hiemit in jenen allgemeinen Handelskrieg einstimmen, den bisher ein Staat gegen den anderen geführt? Sollte man das Mercantilsystem, von dem man in den inneren Einrichtungen abwich, an den Grenzen behaupten und die Zahl der mit Prohibitivgesetzen ummauerten Handelsmächte um eine neue vermehren? War dies der einzige Weg, den eigenen Gewerben aufzuhelfen?

Das neue Gesetz konnte unmöglich, in der Mitte von lauter geschlossenen Staaten, vollkommene Handelsfreiheit mit dem Ausland proclamiren; allein, wenn man das preußische System zu den Prohibitivsystemen gerechnet hat, so hat man seine Natur durchaus verkannt; gerade dadurch unterschied es sich, daß es die Intention einschloß, den allgemeinen Handel nicht noch mehr zu fesseln und zu beschränken, sondern ihn vielmehr zu erleichtern und zu befördern.

Deshalb war hier von jenen Verboten der Ausfuhr roher, der Einfuhr verarbeiteter Stoffe, von denen fast alle bisherige Handelspolitik ausgegangen, nicht mehr die Rede. „Alle fremden Erzeugnisse der Natur und Kunst," heißt es im Anfang dieses Gesetzes, „können im ganzen Umfange des Staats eingebracht, verbraucht und durchgeführt werden; allen inländischen Erzeugnissen der Natur und Kunst wird die Ausfuhr verstattet[1]".

Es reichte indeß noch nicht hin, die Einfuhr mit keinem Verbote, man durfte sie auch nur mit einem leicht zu erhebenden mäßigen Zolle belegen. Es war schon bedeutend, daß man einen mittleren Durchschnittstarif nach dem Gewichte festsetzte. Die Tarife waren bisher Register der Technologie und Naturgeschichte, gleichsam Lexika aller Gegenstände des menschlichen Gebrauchs, die man nach dem verschiedenen Werthe verschieden angelegt hatte. Man hat sich gewundert, daß der preußische Tarif von dem Werthe völlig abstrahirt und nur entweder Maß und Zahl oder hauptsächlich das Gewicht in Anschlag bringt. Allein es ist dies lediglich zur Erleichterung des Verkehrs geschehen. Sonst, welch ein Aufenthalt bei der Ankunft der mit den verschiedensten Waaren beladenen Frachtwagen! So viel Gegenstände, so viel verschiedene Regeln. Welche Gelegenheit zu Unterschleif und Betrügerei! Der niederländische Tarif hat, wenn ich recht unterrichtet bin, den Zollbedienten ermächtigt, jede Waare, von der er glaubt, ihr Werth sei zu niedrig angegeben, selbst zu übernehmen, in dem Fall, daß er sich getraut, sie 10 Procent über die Angabe zu bezahlen. Aller dieser Mißbeliebigkeiten, aus denen den Finanzen überdies kein besonderer Vortheil entsteht, entübrigte man den Handel durch die neue Einrichtung. Die Hauptsache bleibt jedoch, daß dieser Tarif nun auch sehr mäßig war. In der Regel beträgt der Zoll einen halben Thaler vom preußischen Centner.

Allerdings aber mußte es hievon, wenn es anders im Plane war, dem Uebergewichte des Auslandes einigermaßen entgegenzutreten, nicht wenig Ausnahmen geben. Einige ausländische Fabricate belegte man über den Normalsatz, um die inländische Industrie mit der ausländischen concurrenzfähig zu machen. Diese Schutzzölle waren indessen bei weitem weniger zahlreich als sonst gewöhnlich, und bei ihrer Veranlagung hütete man sich, über den, dem Zwecke entsprechenden Satz hinauszugehen; es war nicht die Meinung, sie so hoch zu stellen,

---

1) Nur die beiden Regalien, Salz und Spielkarten, sind, wie sich versteht, hiebei nicht inbegriffen.

daß ihre Wirkung einem Verbote gleichkommen und bei dem inländischen Producenten oder Fabricanten Neigung zum Monopol, Faulheit oder Unwissenheit begünstigen könnte; nur bei Aufbietung aller eigenen Kräfte sollten sie denselben gegen solche Vorzüge des ausländischen Concurrenten, die durch keine Anstrengung auszugleichen wären, vertheidigen. Es liegt in der Natur der Sache, daß in diesem Puncte im Anfang einige Irrthümer und Verrechnungen vorkamen; bei der gesetzlich alle drei Jahr eintretenden Tarifrevision stand solchen indessen leicht abzuhelfen. Für die Ausfuhr galt Zollfreiheit als die Regel; einige Ausnahmen hatten größtentheils die Natur der Schutzzölle. Die Durchfuhr ward möglichst erleichtert; unter angemessener Controle gestattete man Umladung und Lagerung; als Durchgangszoll ward anfangs der Gesammtbetrag des Ein- und Ausfuhrzolles für jeden Artikel festgesetzt; er hat seitdem zuerst in den östlichen, später in den westlichen Provinzen mancherlei Ermäßigungen erfahren. Die meisten im Lande verbleibenden fremden Artikel wurden außer dem Eingangszolle einer Verbrauchssteuer unterworfen, in der Regel mit 10 Procent vom Werth, welchen Satz sie jedoch bei weitem nicht immer erreichten. Bei dieser Auflage blieb der finanzielle Charakter vorherrschend; doch ward bei derselben ausnahmsweise auch auf eine etwa nöthige Completirung des Schutzzollsystems Rücksicht genommen.

Es ist wahr, es ist auch über die Höhe des preußischen Tarifs geklagt worden. Allein man braucht sich nur zu erinnern, daß er an den französischen und niederländischen Grenzen anfangs sogar als ein Zeichen politischer Schwäche angesehen werden wollte. Wer Rede und Gegenrede zwischen England und Preußen einfach erwägt, wird, denke ich, an der Billigkeit der diesseitigen Maßregeln nicht zweifeln. Den Engländern brauchte man im Grunde nur das Urtheil Huskissons „one of the earth's great spirits", wie sie diesen praktischen Staatsmann selber nannten, ins Gedächtniß zu rufen. Die falschen Vorstellungen von preußischen Einfuhrverboten und hohen Zöllen hat er in der Sitzung des Unterhauses vom 7. Mai 1827 schlagend widerlegt. Die Durchgangszölle findet er sehr mäßig (very moderate), die Consumtionssteuern von britischen Gütern sogar niedrig (very low); es setzt ihn in freudiges Erstaunen, daß er kein einziges Einfuhrverbot entdecken kann! „Ich hoffe," ruft er aus, „die Zeit wird kommen, wo wir das nämliche von unserm englischen Tarif werden sagen können[1])."

---

1) Speech of the state of the British commercial shipping interest (Speeches of the right honourable William Huskisson, III, 131): „We are

Und in der That, was konnte einem so unterrichteten Verfechter des freien Handels erwünschter sein, als ein System, das er, so hoch er auch stand und so überlegen seine Einsichten in diesem Fache dem Meinen und dem Geschwätze der Menge auch waren, in dem eigenen Lande nur an wenigen Puncten beginnen, bei weitem nicht durchführen konnte, in einem fremden Staate zur Basis einer neuen Gesetzgebung gemacht zu sehen?

Denn, wie gedacht, noch viel weiter als auf eine bloße Erleichterung des inneren Verkehrs zielte das preußische Gesetz. In jener seiner Erklärung an die Rheider Fabrikherren setzte der Staatskanzler sogleich hinzu, es liege in dem Geiste dieses Planes, nicht allein auswärtige Beschränkungen des Handels zu erwidern, sondern auch Willfährigkeit zu vergelten und nachbarliches Anschließen an ein gemeinsames Interesse zu befördern [1])". Ausdrücklich spricht dies das Gesetz selbst aus. Handelsfreiheit, sagt es, soll bei den Verhandlungen mit anderen Staaten in der Regel zur Grundlage dienen, — Erleichterungen, welche der preußische Handel in fremden Staaten findet, sollen erwiedert, sowie Beschränkungen, von denen er wesentlich leidet, vergolten werden.

Wie großartige Erfolge müßte es haben, wenn sich jemals fremde Staaten diesen Ansichten anschließen wollten, wenn z. B. England auf die Grundsätze eines freien Handels und wahrer Reciprocität ernstlich einginge! Allerdings könnte man in diesem Fall einen Austausch preußischer und englischer Manufacturwaaren allein nicht annehmen; es müßte zugleich ein Austausch aller Landeserzeugnisse sein, und die Abschaffung der Kornbill möchte in England nicht unbedeutende Veränderungen nach sich ziehen. Man sagt wohl, die Kornbill hänge mit der ganzen Maschinerie der Finanzen, des Schuldenwesens, des Handels dieses Reiches unauflöslich zusammen; aber hat nicht Eng-

---

told of the Prussian prohibitions against, and high duties upon, British merchandize. What are the facts? First, the transit duties in Prussia are very moderate, not exceeding one-half per cent; secondly, the duties on the internal consumption of British goods are what we should consider very low — upon most articles fluctuating from five to ten per cent — upon no one article, I believe, exceeding fifteen per cent; and, thirdly, there is not, in the whole Prussian Tariff, a single prohibition. I trust, that the time will come when we shall be able to say as much for the Tariff of this country.

1) Schreiben vom 3. Juni 1818. Man findet die Adressen und diese Antwort bei Benzenberg: über Preußens Geldhaushalt und neues Steuersystem. 1820 p. 333. Ein Buch, das ich auch sonst noch hie und da benutzt habe.

land, trotz seiner Schulden, mit seinem ganzen System, lange genug ohne Kornbill geblüht? Durch eine Zurücknahme dieser Maßregel würde aber der gefährlichste aller innern Uebelstände, das Mißverhältniß der unteren so gedrückten Classen gegen das Uebermaß des Reichthums in den oberen, noch am leichtesten ermäßigt werden. Erst bei voller Reciprocität wenigstens läßt sich erreichen, was jene treffliche Petition der City von London im Jahre 1820 aussprach, „daß der Handel der Welt ein Austausch wechselseitigen Gewinnes werden und eine Zunahme an Wohlstand und Genuß unter den Einwohnern jedes Staates verbreiten solle[1])".

So weit kann es aber, wie natürlich, ein einzelner Staat nicht bringen. Indeß ist es genug, wenn er es wenigstens an seinem Theile möglich macht.

Kehren wir zu unserm Gesetze zurück und ziehen die Resultate!

Es ist die Absicht aller vernünftigen Staatswirthschaft, zugleich das Wohl des Landes emporzubringen und das öffentliche Einkommen zu vermehren: wie Adam Smith sagt, zugleich das Land und seinen Regenten zu bereichern. Unser Gesetz machte sich die Aufgabe, das Einkommen des Staates in ein besseres Verhältniß zur unentbehrlichen Ausgabe desselben zu bringen. Es glaubte aber diese Absicht nur dadurch erreichen zu können, daß es den inneren Verkehr von seinen bisherigen Fesseln befreite und auch für den auswärtigen Handel die Möglichkeit einer allgemeinen Reciprocität, d. i. in letzter Instanz einer allgemeinen Freiheit eröffnete. In sofern wich es von den bisher seit Colbert geltend gebliebenen Staatsmaximen ab. Es basirte die Staatseinkünfte nicht auf eine Beschränkung und Beaufsichtigung, sondern auf die freie Bewegung der allgemeinen Gewerbsamkeit und deren Beförderung. Eine so große Zuversicht auf den commerziellen Geist und die natürlichen Fortschritte der Nation schloß es in sich ein.

III.

Wirkungen des Zollsystems.

Oft genug hat es Steuern auf das Gewerbe und den Verkehr gegeben, welche dieselben völlig zu Grunde gerichtet haben. Man kann

---

1) That a policy, founded on these principles, would render the commerce of the world an interchange of mutual advantages, and diffuse an increase of wealth and enjoyments among the inhabitants of each state. Huskisson machte diese Adresse zur Grundlage seiner Rede, 24. Febr. 1826. Exposition of the effects of the free trade system on the silk manufacture. Speeches of Huskisson, II, 465.

nicht zweifeln, daß die Lustralcontribution im römischen Reiche, welche die Gewerbtreibenden der Willkürlichkeit der Beamten preisgab, zu dem Verfall desselben, daß die Alcavala, besonders seitdem sie in dem ganzen Umfange ihrer ursprünglichen Bedeutung auf den kleinen Verkehr ausgedehnt wurde, zu dem Verfall der spanischen Monarchie sehr viel beigetragen hat. Indessen ist das, wie man weiß, keineswegs allemal der Erfolg einer solchen Besteuerung gewesen; selbst auf die Größe der Sätze ist es hiebei nicht immer angekommen. Die italienischen Republiken haben auch bei sehr bedeutenden indirecten Steuern lange mit glücklichem Fortgang Haus gehalten; zur Zeit der größten Blüthe von Holland sagte man, man könne daselbst kein Gericht Fische essen, ohne dreißigerlei Abgaben erlegt zu haben. Es liegt alles daran, ob die Steuern das Gewerbe auf eine verderbliche oder auf eine förderliche Weise berühren.

Die ausgesprochene Absicht unseres Gesetzes war es nun, das Gewerbe zu befördern, und es fragt sich, ob ihm dies gelungen ist.

Mit einer nicht gewöhnlichen Sicherheit können wir dies ermitteln, da uns über den Fortgang der preußischen Gewerbe in den seit der Einführung dieses Gesetzes verflossenen Jahren sehr genaue, aus amtlichen Quellen gezogene Nachrichten vorliegen [1]). Sie sind für die Frage über die Zulässigkeit des freien Handels und seine Vortheile überhaupt von Bedeutung.

Denn allerdings konnte es anfangs bedenklich scheinen, die einheimischen Fabriken, ohne den alten Schutz des Verbots, den ausländischen gegenüberzusetzen. Wie durfte man unter anderm hoffen, rohe Stoffe, die erst aus dem Auslande zu beziehen waren, z. B. Baumwolle und Seide, auf eine Weise zu verarbeiten, um ohne alle Prohibitivgesetze mit den geübten Werkstätten eben jenes Auslandes concurriren zu können? Vor allen glaubten sich die Baumwollenfabriken bedroht. Selbst die Regierung war nicht ganz ohne Bedenken. Indem sie sich aber bestimmen ließ, zur Unterstützung der Baumwollenarbeiter, welche durch das neue System leiden würden, 50,000 Rthlr. auszusetzen, hielt sie doch an ihrem Princip fest; weder ein Verbot der Waare, noch auch nur ein Verbot der englischen Printers ließ sie sich abgewinnen. Der Erfolg war, daß nicht allein

---

1) Ferber, Beiträge und Neue Beiträge zur Kenntniß des gewerblichen und commerziellen Zustandes der Preußischen Monarchie. Aus amtlichen Quellen. Berlin, 1829. 1832. Zwei Bücher, denen man vorzüglichen Dank schuldig ist. Obwohl ich eigentlich nur bis zu dem Jahr 1828 gehen wollte, so habe ich doch, weil Alles Eine Sache ist, zugleich die späteren eingeschlossen.

niemals an die Unterstützung einer, durch diese Maßregel verarmten Weberfamilie gedacht zu werden brauchte, sondern daß die Stühle, die in Baumwolle und Halbbaumwolle arbeiteten, sich in den Jahren 1819 bis 1825 um 60 Procent vermehrten, daß die Einfuhr des baumwollenen Garnes, das man im Lande verarbeitet, welche 1823 bereits über 51,000 Centner betrug, sich bis zum Jahr 1829 mehr als verdoppelte und bis über 111,000 Centner erhob, daß man der fremden Printers nicht mehr bedurfte. Nicht viel mindere Besorgnisse hatte die Seidenfabrication gehegt. Eine freie Concurrenz mit der französischen Waare, die den Weltmarkt schon so lange beherrscht, hatte sie sich selbst nicht zugetraut. Dennoch hielt sie dieselbe aus. Die Einfuhr der rohen Seide, gefärbter und ungefärbter, stieg um mehr als tausend Centner; dafür erhob sich aber die Ausfuhr der bearbeiteten sowohl in halbseidenen als in ganz seidenen Zeugen in nicht geringerer Progression. Man hat berechnet, daß der Werth der verarbeiteten Stoffe, die man ausführte, den Werth der gesammten rohen, die man einführte, obwohl von diesen doch der größte Theil dem eigenen Verbrauche anheimgefallen war, noch um vieles überstieg. Die Zahl der Stühle vermehrte sich in wenigen Jahren fast um die Hälfte.

Welch ein Verhältniß zu Frankreich, wo die entschiedensten Prohibitionisten, welche die Prohibitivmaßregeln ihrer Regierung selber hervorgerufen, nach Verlauf einiger Jahre klagten, „aus Gesetzen, wie dasjenige, wodurch im Jahre 1816 fremde Baumwollenwaaren ausgeschlossen worden, sei nicht alle das Gute entsprungen, das man davon erwartet habe! Es habe den einheimischen Manufacturen eine zu große Sicherheit verliehen und sie der Nothwendigkeit überhoben, nach Vollkommenheit und Schönheit zu trachten[1])." Darüber verfiel denn gar bald die Ausfuhr. Auch die Ausfuhr französischer Seidenzeuge, die im Jahre 1815 1,103,716 Kilogramme betragen, war im Jahre 1826 auf 761,757 gesunken.

Gelang es nun dagegen den preußischen Fabriken, in Zweigen von ausländischem Ursprung sich so wacker zu behaupten und so gute Fortschritte zu machen, so mußte dies in noch höherem Grade der Fall sein, wo man einheimische Stoffe, z. B. Wolle und Lein, zu verarbeiten hatte. In der That stieg die Ausfuhr der wollenen Waaren im Jahr 1823 bis auf mehr als 68,000 Centner; die auf

1) The foreign quarterly review. 1830. October p. 411, 414. Ein Aufsatz, der über die Wirkungen des französischen Systems sehr gute Betrachtungen anstellt.

Nebenbeschäftigung gehenden Leinweberstühle vermehrten sich von 1819 bis 1822 um mehr als 45,000, von da bis 1825 noch beinahe um 10,000. Diesen Fabricationen setzten sich jedoch noch andere Schwierigkeiten entgegen. Der arme Leinweber, der sein Brot so mühsam und kärglich verdient und in der Regel sammt seiner Nachkommenschaft zu einem andern Geschäfte wenig taugt, hat unmittelbar mit allen großen Conjuncturen des Weltverkehrs zu kämpfen. Man erinnert sich, welche glänzende Epoche die schlesische Leinwand einmal gehabt, und welchen weltbeherrschenden Verhältnissen sie erlegen ist, so daß es Mühe kosten wird, sie jemals wieder auf jene Stufe zu erheben. Dem ermländischen Handgespinnst setzte sich jetzt die irische Maschinenspinnerei gewaltig entgegen. Das feine Leinengarn, das die westlichen Provinzen so musterhaft bereiten, ward von der französischen Regierung, die sich dem monopolistischen Verlangen der kleinen Spinnanstalten des nördlichen Frankreichs fügte, mit unerschwinglichen Lasten belegt. Für die Wollarbeiten ward Rußland und Polen, es ward damit zugleich der große Markt von Kiachta geschlossen. Es hat nicht wenig Anstrengung gekostet, die Ungunst dieser Umstände einigermaßen zu überwinden. Nach den großen Verlusten, welche die russischen Maßregeln und der neue Tractat, zu dem man sich entschließen mußte, zur Folge hatten, erhob sich doch allmählig die Ausfuhr wieder; auf andern Straßen fand man den Weg nach Asien; man sah armenische Handelsleute in Cottbus. Für die Leinenwaaren eröffnete Südamerika einen ungeheuren Markt. Von 1822 bis 1827 sind deren für mehr als sechstehalb Millionen Thaler dahin geführt worden, obwohl vielleicht gerade diese Fabrication noch einer größeren Vollkommenheit bedürftig wäre, um mit dem Ausland durchaus Schritt zu halten.

Auch andern unserer Erzeugnisse setzte Frankreich unglaubliche Einfuhrabgaben entgegen. Eisenwaaren hat es mit 133 Procent belastet. Dessenungeachtet hat sich vielleicht in keinem andern Zweige das Gewerbe dergestalt gehoben wie in diesem. Noch im Jahre 1827, obwohl bereits nach vielen augenscheinlichen Fortschritten, führte man über 12,000 Centner Stahl- und Eisenerze mehr aus, als ein; denn da die Provinzen getrennt liegen, so stehen sie oft mit dem benachbarten Ausland in näherem Verkehr als mit dem entfernten Inland; im Jahre 1831 sind dagegen über 36,000 Centner Stahl- und Eisenerze mehr eingeführt, als ausgeführt worden; den ganzen innern Reichthum und eine so bedeutende Zufuhr vom Ausland haben kunstfertige Hände verarbeitet.

Nun will ich nicht alle die Zunahme in den andern Artikeln ver-

zeichnen. Es läßt sich doch nicht alles in Zahlen fassen, und der innere Verkehr, in wiefern er nicht auf den Messen vollzogen wird, entgeht der Berechnung der Statistik. Es ist schon genug, wenn man bemerkt, daß trotz der begünstigten Concurrenz des Auslandes die Einfuhr aus demselben, die wir ganz wohl angeben können, in verarbeiteten Waaren fortwährend abgenommen hat, in Fabrikmaterialien dagegen außerordentlich gewachsen ist.

Man dürfte mir vielleicht entgegnen, daß bei der Vermehrung der Production auch die Preise herabgegangen seien und der Nationalreichthum, in Geld fixirt, sich nur wenig werde vermehrt haben. Ich will diesen Einwurf nicht untersuchen; er beruht auf der falschen Vorstellung, daß der Reichthum in Geld bestehe; doch sei mir erlaubt, an eine Stelle von Adam Smith zu erinnern, die ganz für uns geschrieben zu sein scheint. Dort, wo er empfiehlt, das Zollwesen bloß als ein Mittel anzusehen, dem Staate Einkünfte zu verschaffen, nicht als ein Mittel, dem Kaufmann den Alleinhandel zu sichern, bemerkt er auch, welche Folgen ein solcher Schritt haben müßte. „Zu den zollfreien Waaren, sagt er, würden die Nothwendigkeiten des Lebens und die Materialien der Manufacturen gehören. Die freie Einfuhr der ersteren würde den Geldpreis der Lebensmittel herabbringen, ohne ihren wirklichen Preis zu vermindern. Denn der Werth des Geldes hängt immer von der Quantität der Lebensmittel ab, die man dafür kaufen kann; der Werth der Lebensmittel aber hängt nicht von der Quantität des Geldes ab, die dafür zu erhalten steht. Der verminderte Geldpreis der Arbeit würde alle einheimischen Manufacturen wohlfeiler machen; von einigen würde der Preis durch die freie Einfuhr der rohen Materialien vermindert werden. Dies müßte ihm dann das Uebergewicht auf den ausländischen Märkten verschaffen.“ — Maximen, denen die Maßregeln, die man in England ergriffen hat, schnurstracks entgegenlaufen, die aber bei uns durchaus ins Leben getreten sind.

Dies führt uns zu einer andern Bemerkung.

In England und Frankreich finden wir die Industrie im Gegensatz gegen den Landbau. Nur durch das gewaltsame Mittel der Kornbill glaubte sich der englische Ackerbau erhalten zu können. Der französische ist von der Unterdrückung, in die ihn das Mercantilsystem versetzt hat, nie wieder erlöst worden. Bei uns hält die Freiheit des Verkehrs diese verschiedenen Interessen in ihrem natürlichen Gleichgewicht.

Auch wirkt das Gewerbe in einigen Zweigen unmittelbar auf

den Landbau zurück. Die Ausdehnung der Wollfabrication z. B. hat der Schafzucht einen außerordentlichen Schwung gegeben. Von 1816 bis 1825 war die Zahl der Schafe von 8,261,000 Stück bis über zwölftehalb Millionen gestiegen; seitdem hat die Veredelung zugenommen. Man hat nichts versäumt, um sie zu befördern. Die besten englischen Racen hat man in der Ukermark, in Westpreußen und in andern Landschaften fortzupflanzen versucht; man zählte im Jahre 1831 1,260,000 veredelte Schafe mehr als 1825.

Ebenfalls läßt sich wohl nicht leugnen, daß die Branntweinfabrication, die in so außerordentlichen Fortgang gekommen, ihrerseits wieder den Ackerbau befördert hat. Man producirt jährlich über anderthalb hundert Millionen Quart. Welch eine Consumtion der Landeserzeugnisse schließt dies ein! Ein nicht unbedeutender Theil, im Jahre 1831 gegen 100,000 Centner, wird davon ausgeführt.

Noch deutlicher aber tritt uns diese Wechselwirkung vor die Augen, wenn wir die weitere Ausbildung unseres Steuersystems überhaupt in Betracht ziehen. Der Grundgedanke, aus dem die Errichtung der Zolllinien entsprungen war, mußte es nach und nach völlig umschaffen.

Von den Waaren des Verbrauchs, die der alten Accise unterlagen, erschienen doch nur diejenigen an den Grenzen, um die Verbrauchssteuer zu zahlen, die aus dem Ausland eingingen; für die übrigen, die in dem Lande selbst producirt wurden, bedurfte man einer andern Hebung, welche um so sorgfältiger eingerichtet werden mußte, da ein großer Theil des öffentlichen Einkommens von jeher auf ihnen beruhete.

Es sind besonders Getränke — Branntwein, Bier, Wein — und Tabak.

Man ergriff die Maßregel, sie nicht, wie auch noch die französischen droits réunis thun, bei dem Debit und der Consumtion, sondern bei der Fabrication zu besteuern. Das Gesetz vom 8. Februar 1819 unterwarf deshalb Braumalz, Weinmost und Tabaksblätter einer Steuer; den Branntwein besteuerte es nach dem Maischraum.

Es ist gewiß, daß zumal das Letzte eine sehr gute Rückwirkung auf die Fabrication gehabt hat. Gleich nach der Einführung des Gesetzes wurden alle Blasen geändert; und man traf Einrichtungen in den Brennereien, die sogleich eine bedeutende Ersparniß an Holz und Kohlen zur Folge hatten. Jener Branntweinbrenner, den Benzenberg mehreremal erwähnt, erklärte, man lerne bei der neuen Steuer in 6 Monat mehr, als man sonst in 6 Jahren gelernt habe. In

der That hat sich die preußische Industrie in diesem Zweig außerordentlich gehoben, wie sie denn den Vortheil, der aus den Kartoffeln zu ziehen ist, zuerst erkannt hat. Da die Regierung zugleich die kleinen ländlichen Brennereien begünstigt und ihnen eine Kleinigkeit an der Steuer nachläßt, so wird dem Landbau der günstige Einfluß dieses Gewerbes, dessen ich so eben gedachte, um so viel mehr gesichert.

Nur in Hinsicht der Mahl- und Schlachtsteuer verließ man das alte Princip nicht völlig. Man fand diese Steuer zugleich bequemer für die Unterthanen und einträglicher für den Staat als jede andere, die an ihrer Stelle vorgeschlagen werden mochte. Man fuhr fort, sie an den Thoren einzuziehen. Sie bot den Vortheil dar, daß sie durch einen wenig merklichen Beischlag zugleich für die Communallasten bedeutend wurde. Allein eben darum konnte man um so weniger daran denken, sie auf das Land auszudehnen, wo sie überdies nicht ohne gehässige Belästigungen hätte eingezogen werden können. Dies unterwarf man vielmehr einer Classensteuer, die dann auch wieder zu den ländlichen Communallasten beitragen mußte.

Diese Sonderung gehörte noch dazu, um die Auflösung des alten Verhältnisses zwischen Stadt und Land zu vollenden. In gewerblicher Hinsicht waren sie einander nunmehr durchaus gleich geworden. Die Art und Weise, die Tranksteuern einzuziehen, trug zu der Befreiung des allgemeinen innern Verkehrs auch an sich nicht wenig bei. Hiedurch erst wurde die Verlegung der Zölle an die Grenzen recht nützlich und konnte alle ihre Wirkungen äußern.

Es kam hinzu, daß die Gewerbefreiheit bereits eingeführt war. Wurde man nicht mehr von den Staatsanstalten beschränkt, so war auch die Fesselung der Genossenschaften weggefallen. Auf einer andern Seite mag das wieder einen gewissen Nachtheil haben. Schon hat man, um die Anarchie eines wilden Treibens zu vermeiden, einen Anfang gemacht, einige heilsame Einrichtungen der alten Zunftverfassung durch zweckmäßige Surrogate zu ersetzen, welche sich im Verhältniß zum wahrgenommenen Bedürfniß vervielfältigen und wohl noch mancher Erweiterung fähig sind. Doch ist von diesen näheren Bestimmungen nicht zu fürchten, daß sie das Wesen der Sache verletzen dürften.

So griff Alles in einander und ergänzte sich wechselseitig. Dem Gewerbfleiß war es möglich, sich die wohlgelegensten Stätten auszusuchen und sich alle die Vortheile zu eigen zu machen, die ihm die natürliche Beschaffenheit des Landes irgend darbot. In der That ist das Land in das Gewerbe gezogen worden. In der allgemeinen

Bewegung wußte sich der Landbau häufig nur noch durch industrielle Richtungen in Schwung zu erhalten.

Es ist sehr bedeutend, daß mehr als zwei Fünftel der gesammten Gewerbesteuern von den kleinen Städten und dem platten Lande eingehen; so vollkommen nimmt dieses an den großen gewerblichen Tendenzen der Gesammtheit Antheil[1]).

Ueberschlägt man die große commercielle Bewegung, die hieraus erfolgt ist, so muß man über ihre Kraft und Ausdauer selbst unter den ungünstigsten Verhältnissen erstaunen. Sie hat seit 1815 das gesammte Land und alle seine Verhältnisse erneuert, verbessert, umgestaltet.

Es wäre eine Thorheit, diese große Entfaltung der nationalen Kräfte der Regierung allein zuschreiben zu wollen. Directe Einmischungen in das Gewerbe hat sie ohnehin vermieden; Unterstützungen aus den Staatscassen hat sie dem Gewerbfleiße, wo es nothwendig war, mit vieler Liberalität, aber im Ganzen seltener angedeihen lassen, als es früher geschah; die Hauptsache war die Thätigkeit der Nation, die einen außerordentlichen Aufschwung nahm. Es kam mehr darauf an, die Hindernisse wegzuräumen, die derselben entgegenstanden, als mit selbstthätiger und, wenn fördernder, doch zugleich beschränkender Aufsicht einzuwirken.

Sehr wichtig aber war es, daß man dem Handel seine Wege und Straßen so vielfach erleichtert hat.

In welch ungemeiner Progression nahmen die Chausseen zu! Von 1817 bis 1828 allein hatte sich die Meilenzahl derselben verdoppelt; sie war bereits von 523 auf 1064$\frac{7}{8}$ gestiegen; seitdem ist sie wenigstens in ähnlichem Verhältniß gewachsen, wenn man mit Recht im Jahre 1832 bereits 1450 Meilen Chaussee im preußischen Staate angenommen hat. Nicht ohne große Anstrengung ist es dahin gekommen. Diese Straßen sind mit aller Sorgfalt fest und dauerhaft angelegt worden; ausgenommen einige schmalere Communalstraßen, 44 F. breit, mit Sommerwegen; das Gefälle darf 8″ auf die Ruthe nicht übersteigen. Welche Schwierigkeiten setzten Flüsse und Thalgelände, Localitäten, wie die Merseburger-Hallische, entgegen! Zuweilen hat eine Meile 100,000 Rthlr. gekostet. Communen und Kreise sind eifrig zu Hülfe gekommen; aus der Staatscasse hat man

1) An der Durchschnittssumme von 1824 bis 1828: 1,772,370 $^{33}/_{120}$ Rthlr., hatte das platte Land mit 725,380 $^{1}/_{120}$ Rthlrn. Antheil; von 1828 bis 1831 betrug jener 1,891,032 $^{103}/_{192}$ Rthlr., dieser 891,113 Rthlr., also nahe an die Hälfte.

jährlich eine Million Thaler zu verwenden gehabt. Pommern und Posen, wo es niemals Chausseen gab, sind allererst damit versehen worden. Nur unter diesen Umständen war es möglich, daß das Postwesen zu der ausgezeichneten Ordnung, Schnelligkeit und Sicherheit gedieh, die es unter geschickter und entschlossener Leitung ohne Zweifel gewonnen hat. Welche Bedeutung hat nicht diese Erleichterung der Communication, diese wahrhafte Verkürzung aller Entfernung für das gesammte Leben! — Dies ist jedoch hier nicht unser Augenmerk: wir betrachten nur die unmittelbare Erleichterung des Verkehrs, die daraus erwuchs. In der That ist die Landfracht dadurch außerordentlich im Preise gefallen und hie und da um mehrere hundert Procent herabgegangen. Aber eben durch geringere Preise gewinnt das Gewerbe im Ganzen. Die Zahl der Fracht- und Lohnfuhrleute ist seit 1822 um 1200 gewachsen[1]; es ist sehr bemerkenswerth, daß die Zahl der in dem Frachtfuhrwesen beschäftigten Pferde nicht in gleichem Verhältniß, nämlich nur ungefähr um 1300 Stück zugenommen hat[2]; eben dies zeigt, wie viel leichter durch die Straßenbaue die Fracht überhaupt geworden ist, wie viel Förderung diese dem Handel geleistet haben müssen.

Indessen erfreuten sich die Wasserstraßen einer nicht geringeren Sorgfalt; auch ihnen ward ein sehr bedeutender Aufwand gewidmet. Die allzu engen Schleusen des Clodnitzcanals, 18 an der Zahl, wurden umgebaut; die gesammte obere Oder ward auch für die Sommermonate schiffbar gemacht. Die umfangreichen Producte des schlesischen Gebirges: Steinkohlen, Eisengußwaaren, Zink, konnten nur auf diese Weise den Absatz finden, dessen sie bedurften. Für die trefflichen Steinbrüche von Nebra und die gesammten Producte thüringischer Berge und Thäler war die Schiffbarmachung der Saale, die Erbauung von sieben massiven Schleusen, durch welche man die Unstrut und obere Saale mit der unteren verband, von nicht geringem Vortheil. Es ist wenig minder, als eine halbe Million darauf verwendet worden. Weiter herab erfuhr nun die mittlere und untere Oder allmählig die Nachhülfe, deren sie so sehr bedarf; bei Magdeburg gab man der Elbe ihren alten Lauf und der Stadt ihren Hafen wieder, man befreite sie damit von den letzten Nachwehen der Franzosenherrschaft. Auf die Verbindung dieser beiden Ströme ward besonderer Bedacht genommen; die Havel ward oberhalb und unterhalb Oranien=

1) Von 4,400 (1822) auf 5,614 (1831).

2) Von 10,603 auf 11,994.

burgs mit bedeutenden Kosten regulirt. So sind diese beiden Stromgebiete bis in das Gebirge hinauf, bis zur See herab mit einander in Zusammenhang gebracht. Auch einen Seehafen gab man der Oder wieder. Eine eben so wohlüberlegte als glücklich ausgeführte Arbeit war der Bau des Hafens von Swinemünde. Durch zwei in die See hinausgeworfene Dämme — der östliche 370 R. lang —, welche den Ausfluß der Swine einengen, nöthigte man diesen Strom, die vor ihm hergelagerte Sandbank, die bisher kaum das Einlaufen eines flüchtigen Leichterfahrzeugs gestattet, durch eigene Kraft zu zerreißen und sich selber wieder ein Fahrwasser von 18 Fuß Tiefe zu bilden, durch welches bereits im Jahr 1830 über 1100 Kauffahrer mit mehr als 86,000 Schiffslast eingegangen sind.

Indessen wurden in den westlichen Provinzen Arbeiten von nicht minderer Schwierigkeit ausgeführt. Für die Verbindung zwischen Weser und Rhein und den gesammten westphälischen Verkehr war es von vielem Nutzen, daß es trotz der ungemeinen Schwierigkeiten dennoch gelang, die Lippe bis Neuhaus hinauf schiffbar zu machen. Zur Vollendung dieser Arbeiten durch eine Eisenbahn ist ein Entwurf gemacht und sind die Vorbereitungen getroffen. Auf dem Rheine selbst hat sich die Dampfschifffahrt um so glücklicher ausgebildet, da sie zu Ruhrort nicht allein mit Bauwerften, sondern auch mit einem guten Hafen zur Ueberwinterung versehen worden ist.

Man braucht nicht zu erörtern, zu wie viel größeren Combinationen der Handel, da er zumal aller früheren, so wenig im voraus zu berechnenden Hindernisse entledigt war, nunmehr fortgehen konnte. Wie wichtig wurde ihm allein die Erleichterung der Lagerung, vermöge deren es ihm freistand, die eingebrachten Waaren nach seinem Vortheil, ohne Verlust, entweder dem innern Verbrauche zu widmen, oder sie weiter auszuführen! Eine Anordnung, die schon Ad. Smith vorausbedacht und empfohlen hat. Genug, gefördert durch Institutionen, begünstigt durch großartige Unternehmungen des Staates, von dem Geiste des Jahrhunderts selbst hervorgerufen, machten Verkehr und Gewerbe ungemeine Fortschritte.

Wir haben vorhin einige Momente dieser Fortschritte in Bezug auf das Ausland betrachtet; das innere Getriebe entzieht sich seiner Natur nach einer Schätzung um so mehr, je weniger es beaufsichtigt wird; doch giebt es auch für dies wohl einige, den Verfall oder den Anwachs unzweifelhaft bezeichnende Notizen.

Ich will nur wenige anführen.

Eine dürfte der Ertrag der Gewerbesteuer sein. Im Jahre 1824

belief sich derselbe auf 1,632,551$\frac{1}{12}$ Thlr.; im Jahre 1827 war er schon bis auf 1,860,750 Thlr., nach neuen drei Jahren, in denen überdies bedeutende Erleichterungen zugestanden worden, im Jahre 1830, bis auf 2,121,967 Thlr. gestiegen.

Auch die Posten geben für den innern Verkehr einen nicht unwichtigen Maßstab. Der Bruttoertrag der preußischen Posten hat sich zwischen 1823 und 1830 von 2,924,239 Thlrn. 25 Sgr. 6 Pf. auf 4,061,406 Thlr. 8 Sgr. 4 Pf., genug um mehr als eine Million vermehrt. Die Personenfracht ist noch in bei weitem größerem Verhältniß gestiegen als das Porto; indeß hat auch dieses einen außerordentlichen Zuwachs erhalten.

Endlich vollzieht sich ein großer Theil des innern Verkehrs auf den Messen. In dem Jahre 1820 sind 11,487 Centner Waaren nach Naumburg gelangt, im Jahre 1830 28,223 Centner. Im Jahre 1820 hat man 79,307 Centner in Frankfurt a. d. O. zur Messe gebracht, im Jahre 1830 dagegen 162,839 Centner. Binnen des Jahrzehnds hatte sich der Verkehr an beiden Orten mehr als verdoppelt.

An diesem Verkehr nahmen nun alle Provinzen, westliche und östliche, Städte und Landschaften mehr oder minder, aber alle nahmen daran Theil. Wenn es anfangs geschienen, als würde der rheinische Gewerbfleiß durch seine plötzliche Trennung von Frankreich einen unersetzlichen Schaden erleiden, so hat er sich unter dem Schutze der neuen Einrichtungen wieder vollkommen erholt[1]). Zehn Jahre nach der Einführung des Zollsystems standen diese Gegenden wieder über der höchsten Stufe, die sie jemals unter Napoleon eingenommen. Aber was damals nur ein unnatürlicher Zwang und die gewaltige Kriegsbewegung des Continents herbeigeführt hatte, war jetzt unter dem Schutze der Freiheit und im Frieden gelungen.

Es ist wohl keine Frage, daß das Zollsystem auf diese ganze Entwickelung einen entscheidenden und unleugbaren Einfluß gehabt hat. Wenn es dazu gehört, daß eine neue Einrichtung sich praktisch bewähre, so war dies so vollkommen, als man wünschen kann, geschehen.

1) Gustav v. Gülich, Geschichtliche Darstellung des Handels, der Gewerbe und des Ackerbaues der bedeutendsten handeltreibenden Staaten unserer Zeit, enthält Thl. II, S. 419 hierüber noch einige eigene Notizen.

IV.

Enclaven. — Schifffahrtsverträge.

Es würde aber niemals dahin gekommen sein, wenn es nicht gelungen wäre einige Hindernisse wegzuräumen, welche sich der Ausführung dieser Gesetzgebung überhaupt entgegenstellten.

Wie wollte man die Zolllinie undurchbrochen behaupten, solange es hinter derselben enclavirte selbständige Länder gab, die ihr eigenes System befolgten und nothwendig der Schmuggelei Thür und Thor eröffneten?

Nicht eben leicht war es, diesem Uebelstande zu begegnen. Das eigene Interesse mochte die Wegräumung desselben noch so dringend fordern, so waren es doch deutsche unabhängige, freie Länder, mit denen man nur auf dem Wege einer Unterhandlung zum Ziele kommen konnte, die, wie sich versteht, allenthalben in den Gewohnheiten und Interessen jeder kleinen Landschaft ihre besonderen Schwierigkeiten fand.

Nur durch langsame und mühselige Negociationen ist man allmählig dahin gelangt, diese Hindernisse zu beseitigen. Bis zum Jahre 1828 haben sich Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Sachsen-Weimar, Anhalt-Bernburg, Dessau und Köthen, Lippe-Detmold und Mecklenburg-Schwerin bereit finden lassen, ihre von den preußischen Zolllinien umschlossenen Gebietstheile dem preußischen System anzuschließen.

Ueberlegen wir das gesammte Verhältniß, so leuchtet von selbst ein, daß es hiebei vor allem auf drei Stücke ankam: die Theilung der Revenüen, an denen den fürstlichen Cassen ein verhältnißmäßiger Antheil zuzugestehen war, die gehörige Berücksichtigung der fürstlichen Souveränetäts- und Hoheitsrechte, die Wahrnehmung etwaniger besonderer Landesinteressen.

Für die Theilung der Revenüen ward die Seelenzahl der enclavirten Länder und derjenigen preußischen Provinzen, der östlichen oder westlichen, in deren Linie sie fielen, zu Grunde gelegt. Durchaus nach dem Verhältniß dieser Zahl zu dem allgemeinen Ertrag sollte das den fürstlichen Cassen zu überweisende Einkommen bestimmt, von drei zu drei Jahren sollte die Summe in gemeinschaftlicher Uebereinkunft festgesetzt werden [1]).

1) Vertrag mit Schwarzburg-Sondershausen, Art. 1.

Indem nun hiedurch die Territorien in dieser Hinsicht in eines verschmolzen und den beiderseitigen Unterthanen ein völlig freier Verkehr gewährt ward, mußte allerdings den preußischen Zollämtern verstattet sein, die Spuren begangener Unterschleife auch auf den enclavirten Gebieten zu verfolgen. Als Theilhaber preußischer Zolleinkünfte konnte dies der Fürst nicht versagen. Es ward aber dafür gesorgt, daß alle Visitationen, Beschlagnahmen und Verhaftungen nur durch die fürstlichen Behörden vorgenommen, die vorkommenden Vergehen nur durch die fürstlichen Gerichte untersucht und bestraft würden, auch die zu verhängenden Geldstrafen mit Abzug des Denunziantenantheils nur dem fürstlichen Fiscus zu gute kämen [1]). Für die Hofhaltung und Residenz wurden auch noch einige besondere Vergünstigungen verabredet.

Alle diese Bestimmungen finden sich bereits in dem ersten dieser Verträge, der den 25. October 1819 mit Schwarzburg-Sondershausen abgeschlossen wurde. Sie liegen auch bei den übrigen zum Grunde.

Nur, wie bereits angedeutet, hatte man bei den übrigen noch einige besondere Landesinteressen zu berücksichtigen. Schwarzburg-Rudolstadt erlangte für die Erzeugnisse von Rudolstadt — grobe Eisen- und Stahlwaaren, Glas, Töpferwaaren und Leinenzeug —, obwohl diese Residenz nicht enclavirt und in dem Vertrage nicht mit begriffen war, freien Eingang in Preußen bis auf eine Quantität von 400 Thalern Abgabenwerthes. Die großherzoglich weimarische Regierung behielt sich unter anderem vor, um den Branntweinvertrieb ihrer beiden enclavirten Aemter, Oldisleben und Allstädt, nicht zu benachtheiligen, für die aus denselben nach dem Auslande transitirenden Branntweine den Exportanten eine ihr angemessen scheinende Steuervergütung zu bewilligen. Mit Lippe-Detmold kam man überein, unter die zu theilenden Einkünfte auch die der Maisch- und Braumalzsteuer zu begreifen, und die in seinen Enclaven fungirenden Steuerbeamten wurden beiden Landesherren verpflichtet. Das Nämliche erlangte Mecklenburg-Schwerin; sehr stabiler Natur, wie es ist, bedang es sich überdies aus, daß der Eingang solcher Gegenstände, die gegenwärtig nach dem Tarif abgabenfrei sind, dies für den Verkehr des Großherzogthums mit den Enclaven auch in dem Falle bleiben sollte, daß der Tarif künftig hierin eine Abänderung erführe.

Wollte man nun fragen, ob sich diese Verträge für die beiden Theile auch wirklich nützlich erwiesen haben, so dürfte man, wenn ich nicht irre, ein entscheidendes Moment, um sie zu bejahen, darin sehen,

1) ibid. Art. 5.

daß Anhalt-Bernburg sich bewogen fand, sogar noch einen Schritt weiter zu gehen und zuerst für sein oberes, dann auch für sein unteres Herzogthum, welche keinesweges enclavirt sind, dem preußischen System beizutreten. Die Einleitung zu dem zuletzt geschlossenen, das untere Herzogthum anbetreffenden Vertrage[1]) führt ausdrücklich die von beiden Theilen gewonnene Ueberzeugung, daß durch den früheren Anschluß die beabsichtigten Zwecke, Belebung des gegenseitigen Verkehrs und festere Begründung freundnachbarlicher Verhältnisse, erreicht worden seien, als Motiv zu einer neuen Verbindung an. Bei dieser Erweiterung änderten sich denn natürlich die Bestimmungen. Da die Zolllinien nunmehr an die Grenzen des Herzogthums gerückt wurden, so erlangte dies auch einen Antheil an den Transitgefällen, den man ebenmäßig nach dem Verhältniß der Seelenzahl berechnete. Die Besetzung der Zolllinien ward an Preußen überlassen; die Ernennung der Zolleinnehmer blieb bei Anhalt-Bernburg; auch die übrigen von Preußen ernannten Beamten leisteten beiden Landesherren den Diensteid; an den Hebestellen sieht man die beiderseitigen Wappen[2]).

Auf diese Erweiterung der ursprünglichen Absicht wollen wir hier nicht weiter eingehen; es war schon genug, wenn durch die Verträge für die enclavirten Landestheile die ganze Masse der Gebiete, welche die preußische Grenze umschließt, mit wenig Ausnahmen zu einer wesentlichen Einheit gebracht war.

Es zeigte sich indeß noch ein anderes Bedenken. Hatte man die Landmarken geschlossen, so blieben doch die Flüsse offen. Eine völlig unbeaufsichtigte Elbschifffahrt hätte z. B. die anhaltinischen Unterthanen eingeladen, die preußischen Einrichtungen guten Theils illusorisch zu machen. Es würde sich bei ihnen eine höchst verderbliche Schmuggelei festgesetzt haben.

Schon in dieser Rücksicht war es nothwendig, mit den Flußschifffahrtsverträgen zu Ende zu kommen.

Die Elbverhandlung bot große Schwierigkeiten dar. Sie lagen in dem berührten Verhältnisse einiger fürstlich anhaltischer Landestheile, in den Ansprüchen Hannovers auf Beibehaltung des Brunshäuser Zolls und verschiedener Zunftprivilegien, endlich in einer befriedigenden Ermittelung der neuen Zollsätze. Wirklich konnten auch

1) Einleitung zum Vertrage vom 17. Juni 1826.
2) Vertrag für das obere Herzogthum, Art. 2—4. 8—11.

diese Schwierigkeiten weder durch den Dresdener Vertrag vom 23. Juni 1823, noch durch die Hamburger Revisionsacte vom 8. Juni 1825 sämmtlich überwunden werden. Im Allgemeinen und Ganzen ist jedoch den Bedürfnissen der Elbschifffahrt und den Grundsätzen der Wiener Congreßacte nach Möglichkeit, und wir dürfen hinzusetzen, zu allgemeinem Vortheil entsprochen werden. Es erfolgte ein ungemeines Steigen der östreichischen Elbschifffahrtsactien; ungeachtet des verlorenen Stapelrechts hob sich der magdeburgische Elbhandel von Tag zu Tage. Zuletzt war es, wiewohl nicht ohne Mühe, doch gelungen, das Zollsystem, das bei dieser Gelegenheit in manche Gefahr kam, zu wahren und zu befestigen.

Aehnliche Aufmerksamkeit widmete man der Weserschifffahrtsregulirung, obwohl dieser Strom an commerzieller Bedeutung der Elbe niemals gleichkommen kann. Die meiste Schwierigkeit verursachte hier eine alte, tief eingewurzelte Eifersucht der Nachbarstaaten Oldenburg und Bremen; doch ward am Ende manches abschließender als für die Elbe erledigt, zumal da im Schlußprotokolle der ersten Revisionscommission ein Jahr später noch einige unerläßliche Bestimmungen hinzukamen. Zu bedauern blieb hier, wie bei der Elbe, die Unmöglichkeit, in welcher man sich befand, die Verhältnisse der Nebenflüsse definitiv zu ordnen; sie mußten zur Separatunterhandlung verwiesen werden, von welcher vorauszusehen war, daß sie sich noch lange würde erwarten lassen. Manche nützliche Combination des Gebrauchs der großen Wasserstraßen mußte deshalb fürs erste verschoben bleiben.

Wie viel Mühe es gekostet hat und wie spät erst es einigermaßen geglückt ist, in 15jähriger Negociation über die Rheinschifffahrt, Frankreichs und vorzüglich Hollands Particularinteressen mit den Grundsätzen der Wiener Congreßacte in Einklang zu bringen, ruht noch in frischem Gedächtniß. Endlich aber ist es doch gelungen, durch den Vertrag vom 31. März 1831 für die Schiffe der Rheinuferstaaten die freie Fahrt bis in die See und aus der See unmittelbar bis zu den Rheinhäfen durchzusetzen.

Und dies führt uns von den beschränkteren Rücksichten der Flußschifffahrt unmittelbar auf das so unendlich viel weitere Gebiet der Seefahrt.

Die preußische Rhederei war nach jener glänzenden Periode, die sie der Neutralität des Staats während eines fast allgemeinen Krieges verdankte, in tiefen Verfall gerathen. Die Zahl der Schiffe war um

mehr als zwei Dritttheile heruntergegangen, und auch diese trugen weder die hinreichende Anzahl von Lasten, noch fanden sie eine angemessene Beschäftigung. Die fremden Seemächte versagten ihnen die günstige Aufnahme in ihren Häfen, welche man den fremden Fahrzeugen in den preußischen gewährte. Die preußischen Schiffe verdarben in den Häfen, in dem süßen Wasser. Wäre dies noch eine Weile so fortgegangen, so würde man mit dem ganzen Seeverkehr in die Hände der auswärtigen Nationen gerathen sein. „Die preußischen Schiffseigner," sagt der englische Consul Gibson in einem Schreiben vom Jahre 1822, „gehen in der That alle zu Grunde."

Wenn es nun nothwendig war, der preußischen Rhederei zu einer inneren Wiedergeburt zu verhelfen, was man auf dem langsamen, aber sicheren, diesem Staate so eigenthümlichen Wege des Unterrichts, durch die Errichtung von Schifffahrtselementarschulen und einer höheren Navigationsschule, durch die Anordnung einer strengen Prüfung für Steuermann und Schiffer, zu bewerkstelligen suchte —, so war es doch mindestens eben so unerläßlich, die fremden Staaten zu dem Verhältniß der Reciprocität zu nöthigen. Durch Vorstellungen aber war hier nichts zu erreichen. Es konnte nur geschehen, indem man die Fremden diesseits eben so zu behandeln anfing, wie man in ihren Häfen behandelt ward.

Dies war der Zweck der Flaggengelderabgabe, welche am 20. Juni 1822 für alle in preußische Häfen einlaufenden fremden Schiffe festgesetzt wurde. Auch ward dieser Zweck sofort erreicht.

Die Handelsverträge, welche mit den verschiedenen auswärtigen Staaten abgeschlossen worden, beziehen sich nicht auf einen freien Handel überhaupt. Oefters hat man, wie gesagt, ein solches Verhältniß angeboten; doch hat sich nie ein anderer Staat entschließen wollen, es anzunehmen. Es sind nur Schifffahrtsverträge. Nur für das Einlaufen der Schiffe setzten sie eine Reciprocität der Abgaben fest.

Aber auch schon dies war von außerordentlicher und sogar einer allgemeinen Bedeutung. Man weiß, mit welcher Hartnäckigkeit die Engländer seit mehr als anderthalb Jahrhunderten an den Vorrechten festhalten, welche sie sich selber zugetheilt und die anderen Nationen sich haben gefallen lassen. Die Männer der alten Schule sehen darin das Heil ihrer Seemacht. Erst nachdem es in der neuesten Zeit zu eigentlichen Repressalien gekommen war, hat man allmählig von denselben nachlassen müssen. Die Schritte, welche Nordamerika that, nöthigten zuerst zu einem billigen Abkommen mit diesem Staate; auch die Portugiesen erlangten einige Zugeständnisse; nur zu einer allgemeinen

Maßregel konnte man sich nicht entschließen. So standen die Sachen, als Preußen, indem es jene Flaggengelderabgabe forderte, das Interesse der englischen Schifffahrt in die lebhafteste Bewegung brachte. Es erklärte überdies, es werde genöthigt sein, zu noch stärkeren Repressalien zu schreiten, wofern man in den englischen Gesetzen keine Abänderung treffe. Zugleich aber eröffnete der Gesandte, „die Meinung Sr. Majestät des Königs von Preußen gehe dahin, gegenseitige Handelsbeschränkungen seien gegenseitige Beeinträchtigungen; die Politik Sr. Majestät sei aber vielmehr, gegenseitige Erleichterungen an deren Stelle zu setzen“. Diese Erklärungen brachten die Sache zur Enscheidung[1]).

Huskisson setzte am 6. Juni 1823 seine Resolution durch, kraft deren die fremden Schiffe in englischen Häfen ganz auf denselben Fuß behandelt werden sollten, wie die englischen Schiffe in fremden Häfen behandelt würden. Welche Bedeutung hat dies bei dem unermeßlichen Verkehr der Engländer in allen Welttheilen und kann es noch erhalten! Es ist eine große Reaction gegen die Bestimmungen der Navigationsacte, hervorgerufen durch das Bedürfniß und Selbstgefühl anderer Nationen. Auf den Grund dieser Resolutionen oder vielmehr der daraus hervorgegangen Bill[2]) ward dann der Vertrag vom 2. April 1824 zwischen England und Preußen abgeschlossen, durch welchen jedweder, aus der Nationalität der beiderseitigen Schiffe in Hinsicht der Abgaben bisher geflossene Unterschied aufgehoben wurde; eine Bestimmung, die zwei Jahre später auch auf die indirecte Schifffahrt ausgedehnt worden ist. Aehnliche Verträge sind hierauf mit den nächsten Nachbarn, Schweden und den Hansestädten, und mit so entfernten Staaten wie Brasilien und Nordamerika, mit diesen sogar noch unter Verstärkung der freundschaftlichen Verhältnisse[3]) zu Stande

1) Die preußischen Erklärungen sind in den Reden von Huskisson mitgetheilt, 1823, 6. Juni; 1826, 12. Mai; 1827, 7. Mai. Speeches of Huskisson II, 207. III, 39, 128.

2) Reciprocity of duties bill.

3) Der Vertrag mit Nordamerika enthält nämlich noch eine Ausdehnung der Consularbefugnisse und zweckmäßige Dispositionen über Vermögensbesitz und Vermögensveräußerung der Preußen in Nordamerika und der Nordamerikaner in Preußen. Eigenthümlich ist im Traktate von Brasilien, vom 9. Juli 1827, die von Seiten dieses Staates bedungene Reservation commerzieller Bevorrechtung seines alten Mutterlandes. Nach hergestellter öffentlicher Ordnung in Portugal und vervollständigter Aussöhnung desselben mit Brasilien kann diese Clausel für Portugal eben so wichtig als für den brasilianischen Handel anderer Nationen nachtheilig werden. In den Ver-

gekommen. England seinerseits hat späterhin auch mit einigen anderen Staaten Verträge des nämlichen Inhalts abgeschlossen.

Es war indessen unmöglich, diese Reciprocität allenthalben durchzusetzen. Das volubile Frankreich hält doch mit einem unglaublichen Starrsinn an seinen Prohibitivgesetzen fest. Man schloß einen Vertrag mit Dänemark; aber was konnte man ihm anbieten, um eine Erleichterung in Hinsicht des Sundzolles auszuwirken? Der Sundzoll gehört zu den äußerst wenigen Zöllen, welche ein Land haben kann, ohne seine eigenen Unterthanen zu belästigen. Man wirkte allerdings die durchgängige Behandlung preußischer Schiffe und Waaren auf dem Fuß der begünstigtsten Nationen aus; indeß hat das nicht viel zu bedeuten, solange der Tarif von 1645 Norm und Grundlage der Sundzollerhebung bleibt.

Und doch wäre hierin eine Erleichterung so wichtig, da der größere Seeverkehr hauptsächlich durch den Sund geht; im Jahr 1828 haben ihn 2240 preußische Schiffe passirt, mehr als von irgend einer anderen Nation, — ausgenommen die englische, die freilich gerade noch einmal so viel Fahrzeuge durch den Sund geschickt hat.

Aber schon aus diesem Verhältniß sieht man, daß die preußische Seefahrt übrigens in guter Zunahme begriffen war. Die Anzahl der Schiffe ist zwar langsam, aber sie ist doch wieder gewachsen, und ihre Beschaffenheit ist um vieles verbessert. Die Engländer klagen bereits über den Fortgang derselben, und obwohl ihre Klagen ungerecht sind, so setzen sie doch diesen Fortgang außer Zweifel. Die Summe der in preußischen Häfen aus- und eingegangenen Lasten betrug früher, auch unter günstigen Umständen, durchschnittlich nicht über 500,000; sie hat sich bis auf mehr als siebenthalbhundert Tausend vermehrt. Das durch die inneren Einrichtungen emporgekommene Gewerbe hat der Schifffahrt einen Wirkungskreis gegeben, der nicht wie früher auf der Combination höchst außerordentlicher politischer Verhältnisse beruht. Auch auf anderen Wegen suchte die preußische Production die entferntesten Gegenden auf. Der brasilianische Neger führt preußische Bockholzmesser. Die indische Baumwolle wird in Manchester gesponnen, in Elberfeld gefärbt und kehrt als rothes Garn nach Calcutta zurück. Ihren Vertrieb nach China suchen sich die Wollarbeiten über Sincapore wieder zu eröffnen. Auf allen europäischen und amerikanischen

---

trägen, welche die vormals spanischen Colonien mit so vielen anderen Staaten abgeschlossen, findet sich eine solche Reservationsclausel zu Gunsten des alten Mutterlandes nicht.

freien Märkten hält man den Engländern nicht allein die Wage, an einigen Plätzen haben sie dem preußischen Gewerbe weichen müssen.

V.

Opposition in Deutschland.

Erinnern wir uns wieder des Zustandes, von dem wir ausgingen, jener unglückseligen Lage des deutschen Handels zunächst nach dem Frieden, so müssen wir bekennen, daß sich Preußen demselben glücklich entzogen hatte. Unter dem Schutze seiner Einrichtungen nahm es sich, wie wir sehen, von Tag zu Tage auf und hielt durch die starke Stellung, die es behauptete, das Uebergewicht des Auslandes an seinem Theile ab.

War aber, können wir fragen, hiemit die mißliche Lage des übrigen Deutschlands nicht vielmehr noch verschlimmert worden?

Man hätte es glauben sollen, wenn man auf die öffentlichen Stimmen hörte. Da das neue Zollsystem die preußischen Provinzen eben so sehr gegen das übrige Deutschland wie gegen die auswärtigen europäischen Staaten abschnitt, so wollte es den Nachbarn nur als ein geschärftes Prohibitivsystem erscheinen. Allerdings traten viele Unbequemlichkeiten ein; einige Interessen wurden verletzt. Kein Wunder, wenn sich gleichsam eine allgemeine Opposition erhob.

Und nicht allein von Privatpersonen ging dieselbe aus, auch einige Staaten nahmen daran Theil. Kur-Hessen ließ sich unverweilt zu den entschiedensten Maßregeln fortreißen.

Am 17. September 1819 erschien zu Cassel ein Gesetz, das, indem es sich nicht ohne Leidenschaftlichkeit über die neuen preußischen Einrichtungen äußert, das Bedürfniß von Retorsionsmaßregeln, den Entschluß und das Recht dazu unverhohlen geltend macht und diese sofort verordnet.

Alle preußischen Baumwollenwaaren, Branntweine, Filzhüte, Leder-, Seiden- und Halbseidenwaaren, Eisen- und Stahlwaaren sollten, bloß wegen ihres Ursprungs, einer Erhöhung der gewöhnlichen Transitabgaben von 2 bis 6 Thalern für Centner und Ohm, wenn sie aber im Lande blieben, mit Ausnahme des Branntweins einer Verbrauchssteuer unterliegen, welche unverhältnißmäßig hoch angesetzt ward und z. B. für Sohlleder 8 Thaler vom Centner, für feine Leder-, Seiden- oder Halbseidenwaaren 23 Albus 2 Hlr. vom Pfund, für Eisen- und Stahlwaaren 50 Procent vom Werthe betrug.

Auf hessischen Pfeifenthon — ein schwer zu entbehrendes Material für einige Fabriken benachbarter preußischer Provinzen — wurde dagegen ein Ausgangszoll von 16 Albus vom Centner gelegt; preußische Flanelle, Boye, Frieße und gemeine Rasche wurden zur Einfuhr gänzlich verboten.

Die oben erwähnte erhöhte Abgabe von preußischem Sohlleder dehnte man, um sicherer zu gehen, auch auf niederländisches und überhaupt fremdes aus, wenn es von Preußen eingebracht werde.

Der Nettoertrag der erhöhten Abgaben sollte zur Unterstützung hessischer, durch das preußische Zollsystem verarmender Fabrikanten angelegt werden.

Einige preußische Fabrikplätze, z. B. Malmedy und Erfurt — letzteres vollends so unschuldig als möglich, da es außerhalb der Zolllinie gelassen war — litten anfangs allerdings unter diesen heftigen Anordnungen. Man schien selbst zu Berlin einen Augenblick ungewiß, ob es nicht rathsam sei, Repressalien zu brauchen. Doch kam es nicht dazu; vielleicht schritt man nicht einmal zu eigentlich offizieller Remonstration. Indessen mag die königliche Gesandtschaft in Cassel Auftrag erhalten haben, sich am gehörigen Orte über die Zwecklosigkeit und selbst die Gefahr solchen Beginnens vertraulich zu äußern. Einsichtsvolle hessische Staatsdiener haben später selbst gestanden, daß man sich damals übereilt hatte. Eine Zeit lang war man nur verlegen, wie man mit Anstand wieder einlenken könne. Bei Gelegenheit einer schon 1820 für nothwendig erklärten allgemeinen Revision des Zolltarifs geschah dies endlich. Für jenen Zweck ward in Cassel eine Commission niedergesetzt, welche, sich in der schwierigen Ausgleichung der Differenzen zwischen dem althessischen Tarif und denen von Hanau und Fulda langsam abmühend, erst im April 1824 ihre Arbeit vollendete. Das auf dieselbe basirte Gesetz vom 21. dieses Monats ward im nächsten Juni publicirt. Die meisten der früheren Retorsionsmaßregeln gegen Preußen waren allerdings daraus verschwunden; eine erhöhte Besteuerung preußischen Sohlleders hatte man jedoch noch immer beibehalten. —

War denn aber, müssen wir fragen, das preußische Zollsystem den übrigen deutschen Staaten in der That nachtheilig?

Es läßt sich darüber am besten urtheilen, wenn man die Klagen, welche in Sachsen, wo die neue Zolleinrichtung natürlich am schärfsten eingreifen mußte, erhoben wurden, erwägt und ihre Erledigung nicht außer Acht läßt.

Im 15. Artikel des Wiener Friedens hatte Preußen die Zusage gegeben, alles, was das Eigenthum und Interesse der beiderseitigen Unterthanen betreffe, nach den liberalsten Grundsätzen zu bestimmen; auch auf den Handel von Leipzig sollten diese anwendbar sein. Sachsen beschwerte sich, daß die neue Organisation des Zollwesens sich mit dieser Zusage nicht vereinigen lasse; „Preußens ehemaliges Prohibitivsystem, sagte es, sei so milde gewesen, daß die sächsischen Fabriken ganz wohl dabei hätten bestehen können; den Transit nach Sachsen habe man fast ganz unbelästigt gelassen. Das werde jetzt alles anders werden. Den sächsischen Fabriken werde keine Concurrenz mehr mit den preußischen möglich sein; selbst den Handwerkern werde man ihren bisherigen gewinnreichen Absatz auf preußischen Messen und Märkten verkümmern; welchen nachtheiligen Einfluß müsse ein solches System besonders auch auf den zwischen dem Königreich und dem preußischen Herzogthum Sachsen nicht zu entbehrenden Grenzverkehr ausüben! Sachsens Zwischenhandel und der Leipziger Meßverkehr werde durch die neuen Durchgangszölle und Controlmaßregeln die größte Störung erleiden; und es sei vorauszusehen, daß einige Stapelartikel, z. B. Wolle, Leder, grobe Leinwand 2c., allmählig ganz aus demselben verschwinden, überhaupt aber manche vortheilhafte Zweige des sächsischen Handels auf Preußen übergehen würden."

Man kann nicht leugnen, daß diese Klagen einigen Schein hatten; es zeigte sich jedoch gar bald, daß sie wenigstens großentheils auf Mißverständniß beruhten.

Die neuen Einfuhrsätze von Naturerzeugnissen (worunter Colonialwaaren, Weine, Branntweine, Biere 2c., überhaupt also die unter dem finanziellen Gesichtspuncte wichtigsten Artikel) waren sogar niedriger als die bisherigen; nach dem neuen Tarif würde die alte Accise um 1/8 weniger aufgebracht haben, als sie wirklich eintrug. Die Einfuhr fremder Fabricate war nach dem alten System, direct oder indirect, ganz verboten oder unmöglich gemacht; jetzt war sie, mit einziger Ausnahme der Spielkarten, allgemein gestattet, und die Abgabe überstieg nirgends 10 p. c. vom Werthe. Wenn demnach die sächsischen Fabriken beim alten Systeme sich besser befanden, so konnte die Ursache nur in schwacher, dem Schmuggelwesen günstiger Handhabung desselben gelegen haben. Hatte sich aber Preußen die Verbindlichkeit aufgelegt, die Mängel seiner Einrichtungen im Interesse Sachsens bei sich zu verewigen? In der That ließ sich auch bald erkennen, daß die Bilanz des Fabrikverkehrs selbst unter der Herrschaft des neuen preußischen Zollsystems günstiger für Sachsen als für

Preußen bleiben werde; für das Jahr 1823 ist nachgewiesen worden, daß der Werth der aus Sachsen nach Preußen gegangenen Fabricate den Werth der aus Preußen nach Sachsen gegangenen um 2,185,930 Thaler überstiegen hatte. Die Ausfuhr war jetzt, mit Ausnahme von Wolle, rohem Garn, Häuten, Hanf und einigen unbedeutenderen Artikeln, welche einem mäßigen Zoll unterlagen, ganz frei geworden, während ehedem viele für Sachsen wichtige Artikel, z. B. Wolle, zur Ausfuhr ganz verboten waren. Die Transitabgaben endlich fanden sich im allgemeinen gegen ehemals keineswegs erhöht, auf einigen Straßen bedeutend erleichtert; auch auf der großen Straße nach Leipzig waren sie nicht schwerer geworden; einige in Form und Art der Erhebung vorgenommene Aenderungen konnten dem Großhandel ziemlich gleichgültig sein. Reiner Gewinn für diese Straße war die Aufhebung aller der Beschwerlichkeiten von Binnenzöllen und Stadtaccisen, welche dieselbe ehedem belästigten. Endlich war der Durchgang aus Sachsen durch Preußen nach Polen und Rußland niemals so wohlfeil gewesen, als eben jetzt.

Und so kann man wohl nicht sagen, daß das preußische Gesetz dem sächsischen Handel wesentlichen Nachtheil gebracht, geschweige, daß es eine übernommene Verpflichtung verletzt habe. Die Erfahrung erwies, daß man sich dort einer unbegründeten, wenngleich zu entschuldigenden Furcht überlassen hatte. Durch kleine Erleichterungen suchte Sachsen gleich damals sich den Weg zu einem künftigen näheren Verständniß zu eröffnen.

Im Ganzen mußte es sogar als ein Vortheil für das gemeinschaftliche Vaterland angesehen werden, daß die Reaction gegen das Ausland, ohne welche sich schlechthin keine Verbesserung erwarten ließ, von Einem deutschen Staate übernommen worden war. Es wäre dies aber gar nicht möglich geworden, hätte derselbe die Maßregeln, die er ergriff, nicht von vornherein als allgemeine aufgestellt. Jeder auswärtige Staat würde sonst nichts als eine besonders gegen ihn beabsichtigte Feindseligkeit darin gesehen haben.

VI.

Der Zollvertrag mit dem Großherzogthum Hessen.

Bei alledem ließ sich nicht verkennen, daß Deutschland doch noch ganz andere Bedürfnisse hatte.

Es blieb noch immer bei jener Zerschneidung des Gebiets durch mannigfaltige Zolllinien, dem kleinen Kriege der Schmuggelei an den Grenzen, der Erschwerung des Verkehrs im Innern und an vielen Stellen einem übermäßigen Einfluß des Auslandes, — alles Uebelständen, die von jeher den Deutschen so viel Schaden gethan haben.

Die Unbehaglichkeit, in die man hiedurch gerieth, hatte sich auf mannigfaltige Weise zu erkennen gegeben; sie hatte schon manchen Versuch zu Uebereinkunft und gemeinschaftlicher Abhülfe hervorgerufen.

Und hier müssen wir die Unvollständigkeit unserer Darstellung von neuem bekennen.

Jene Versuche und Unterhandlungen, die vornehmlich dort, wo die Uebelstände am größten waren, in Süddeutschland, vollzogen wurden, wären ohne Zweifel einer genaueren Auseinandersetzung werth. Einen so ungemein guten und vaterländischen Sinn beurkunden sie. Auch sind sie darum wichtig, weil sie die Hindernisse, die einer einseitigen Verbindung entgegenstanden, und damit die Nothwendigkeit einer Vereinigung des Nordens und Südens, die einander erst alsdann wechselseitig ergänzen, hervortreten lassen. Unsere Materialien reichen indessen hierüber bei weitem nicht aus; und so sei es genug, zu bemerken, daß Hessen-Darmstadt, das an jenen Unterhandlungen lebhaften Antheil genommen, sich allmählig von ihnen abwandte.

Es ist nicht schwer, die Ursache davon auszumitteln. Die vorzüglichsten Erzeugnisse des Großherzogthums, Wein, Getreide und Vieh, wären bei einer einseitigen Verbindung mit süddeutschen Staaten in ihrem Absatze nur durch stärkere Concurrenz belästigt, das Land wäre von den Fabricaten des Südens ohne irgend eine Compensation überschwemmt worden; bei alledem wäre es noch fast nach allen Richtungen hin Grenzland geblieben, wie bisher, mit allen dieser Lage eigenthümlichen Uebeln.

Dessenungeachtet war auch nicht in dem bisherigen Zustand zu verharren. Wenn man mit den süddeutschen Staaten nicht abschloß, so mußte man eine andere Vereinigung suchen.

Vielleicht war es zunächst eine Eingabe des Mainzer Handelsstandes, welcher dringend darauf antrug, daß seinen Rheinweinen durch eine Verinbarung mit Preußen, etwa gegen Eingangserleichterung preußischer Fabricate, die Möglichkeit eines ausgedehnteren Absatzes verschafft werden möge, was die Regierung bewog, im März 1826 zu Berlin vertraulich anfragen zu lassen, „ob Preußen geneigt sei, mit Hessen-Darmstadt über Erweiterung und Begünstigung des gegenseitigen Verkehrs in Unterhandlung zu treten, oder ob in dem Falle,

daß zwischen Hessen-Darmstadt, Baiern und Würtemberg ein Zollverein zu Stande kommen möchte, Preußen Bedenken tragen werde, sich diesem Vereine durch einen Handelsvertrag zu nähern."

Diese Anfragen waren nun freilich noch sehr unbestimmt. Preußen erwiederte auf die erste, „es glaube kaum, daß von einer solchen Unterhandlung Erfolg zu erwarten sein dürfte, wolle jedoch etwanige bestimmtere Anträge gern entgegennehmen; was das zweite anbelange, so müsse man vor allen Dingen erst wissen, unter welchen Bedingungen der erwähnte Verein zu Stande kommen und welche Anerbietungen derselbe demnächst an Preußen etwa machen werde." Die Antworten konnten nicht bestimmter ausfallen, als die Anfragen lauteten. Hiemit blieb dann die Sache fürs erste auf sich beruhen.

Es erfolgten von süddeutscher Seite noch einmal, besonders als der bairisch-würtembergische Verein wirklich zu Stande gekommen war, Anträge, Verhandlungen, Ablehnungen. Hessen-Darmstadt fand doch dort sein Interesse nicht; bei weitem entschiedener wies dies auf eine Verbindung mit Preußen hin. Nur fragte sich, auf welche Basis eine solche zu gründen sei.

Im Anfang Septembers 1827 eröffnete die großherzoglich hessische Regierung der preußischen, „sie halte zwar ein völliges Anschließen an das preußische System einstweilen noch für unthunlich; jedoch werde dies vielleicht nicht hindern, über gewisse gegenseitige Zollerleichterungen in Unterhandlung zu treten. Man wünsche zu wissen, ob ein für diesen Zweck nach Berlin zu sendender Abgeordneter wohlwollende Aufnahme erwarten dürfe."

Die Antwort war bejahend; es wurde hinzugefügt, „auch preußischerseits besorge man wohl, daß die Schwierigkeiten einer vollständigen Verschmelzung der beiden Zollsysteme unbesiegbar sein möchten."

Diese Antwort gab eine Bürgschaft, daß die Negociation nicht an etwanigen vorgefaßten Meinungen scheitern, daß sie immer ein wohlthätiges Resultat haben werde, wenn auch etwa nicht das vollkommenste. Ein ausgezeichneter großherzoglich hessischer Staatsmann ward für die Unterhandlung bevollmächtigt und instruirt. Zufälligkeiten verzögerten seine Abreise bis gegen Ende des Jahres. Erst im Januar 1828 erschien er zu Berlin, und die vorläufigen Conferenzen nahmen sogleich ihren Anfang. Seine Anwesenheit war durch ein zwischen beiden Staaten in Bezug auf eine Domanialparzelle seit längerer Zeit schwebendes Tausch- oder Kaufproject noch besonders motivirt.

Die ersten Anträge des großherzoglichen Bevollmächtigten hatten gegenseitige Zollbegünstigungen zum Gegenstande und weiter nichts. Man wünschte deren von Preußen für darmstädtische Landeserzeugnisse bewilligt zu erhalten, namentlich für Getreide, Hülsenfrüchte, Mühlenfabricate, Wein, Branntwein, Oel und Oelsamen, Talg, Vieh, Eisen (Stab-, Stangen- und Gußeisen), Leder und Lederwaaren, Leinwand, baumwollene und halbbaumwollene, wollene und halbwollene und kurze Waaren. Dagegen bot man Herabsetzung der hessischen Eingangszölle für folgende preußische Producte und Fabricate an: rheinpreußische Seidenwaaren mit wesentlicher Begünstigung gegen französische und schweizerische; malmedysche Leder, mit Begünstigung gegen die niederländischen von Stablo; Steinkohlen, Eisen- und Stahlwaaren, rheinpreußische feine Tücher und Casimire, Messingdraht, Eisendraht, Nadeln; seidene, leinene, wollene und gemischte Bänder, welche Artikel sämmtlich gegen die entsprechenden bairischen, thüringischen, sächsischen, niederländischen, französischen und schweizerischen Fabricate begünstigt werden sollten; endlich für Alaun, Vitriolöl, Erz, Glas, Fayence, Küchengeschirr und noch einige andere unbedeutende Artikel.

Diesen allgemeinen Anträgen fügte der Bevollmächtigte hinzu, „man wünsche die Uebereinkunft vorläufig auf 6 Jahre, es werde genügen, wenn sie nur in Bezug auf Preußens westliche Provinzen stattfinde; zu jeder Art von Sicherstellung gegen Mißbräuche und Unterschleife sei man erbötig; auf den außerhalb der preußischen Zolllinie liegenden Kreis Wetzlar werde der Vertrag nicht anwendbar sein, jedoch eine etwa zweckmäßig zu erachtende Anschließung dieses Kreises an das großherzogliche Zollsystem keine Schwierigkeit finden; übrigens wünsche man reelle Erleichterung und bringe demnach für die benannten Artikel eine gegenseitige Ermäßigung der Tarifsätze auf $\frac{1}{10}$ ihres gegenwärtigen Betrages in Vorschlag.“

Preußischerseits wurden für eine Verständigung auf dieser Basis große Schwierigkeiten bemerkt. Die angetragene Begünstigung gewisser darmstädtischer Landeserzeugnisse, namentlich des Weins, Branntweins, Getreides, Viehes, Tabaks und Eisens, war für Preußen mit wirklichen und wesentlichen Nachtheilen verknüpft; die angebotene Begünstigung gewisser preußischer Fabrikartikel hätte dafür nur eine nominelle Compensation gewährt, da diese Fabricate schon von Hause aus mit den gleichnamigen von andern Ländern auch ohne besondere Begünstigung vollkommen concurrenzfähig waren. Außerdem konnte die angebotene Beschränkung der Uebereinkunft auf den preußischen

Westen hinsichtich der zahlreichen Artikel, bei welchen keine Steuerdifferenz zwischen den westlichen und östlichen Provinzen stattfindet, nicht anders als zwecklos erscheinen. Die verlangte Ausschließung des Kreises Wetzlar vom künftigen Handelsvertrage konnte dem preußischen Interesse eben so wenig zusagen, als dessen alternativ vorgeschlagene Einverleibung in das großherzogliche Steuersystem. Eine Herabsetzung der fraglichen preußischen Tarifsätze auf $\frac{1}{10}$ wurde für ganz unthunlich und selbst auf die Hälfte ward sie für bedenklich erachtet. Jedenfalls glaubte man noch die Forderung stellen zu müssen, daß alles aus den westlichen in die östlichen Provinzen und umgekehrt ohne Umladung gehende preußische Fuhrwerk beim Durchgange durch das Großherzogthum aller Transitabgaben und aller Belästigung der Waaren enthoben sein solle. Man verhehlte sich dabei aber nicht, daß dieses großherzoglicherseits vielleicht für sehr bedeutend zu erachtende Zugeständniß dennoch für Preußen nur von geringer Bedeutung sei: nur die drei Straßen von Bingen über Mainz, von Saarbrück über Mainz und von Koblenz über Wetzlar und Kassel, letztere auf der kurzen Strecke bei Gießen, wären dadurch betroffen worden.

Die Unterhandlung schien demnach anfangs nicht eben ein gedeihliches Resultat zu versprechen. Aber man wollte von beiden Seiten redlich und ernstlich das Gute und das Beste; man suchte nicht geflissentlich Schwierigkeiten zu häufen, sondern bemühte sich, diejenigen zu beseitigen, die sich ohnehin aus der Natur der Sache ergaben; man war nicht allein von der Wichtigkeit des Gegenstandes für das gegenwärtige eigenthümliche Interesse beider Staaten durchdrungen, sondern man sah eben so gut voraus, welchen Einfluß eine entscheidende Maßregel auf die Zukunft von ganz Deutschland haben dürfte; auch erkannte man wohl, daß der günstige Augenblick, einmal unbenutzt entlassen, sich schwerlich sobald gleich vortheilhaft wieder darbieten dürfte. So geschah es denn, daß die von beiden Regierungen mit der Unterhandlung beauftragten Staatsmänner in vertraulicher Erörterung der wichtigen Puncte binnen wenigen Tagen schon zu der gemeinsamen Ueberzeugung gelangten, man müsse die bisher zu Grunde gelegte beschränkte Basis eines Handelsvertrages verlassen und die breitere eines Zollvertrages an ihre Stelle setzen. Gleich beim Anfange der Hauptconferenzen wurde diese Ansicht die leitende; sie erhielt fast augenblicklich die vorläufige Billigung beider Souveräne; und aus ihr ging mit einer überraschenden Schnelligkeit der am 14. Februar 1828 unterzeichnete Vertrag hervor, welcher eine

Epoche in der Geschichte deutscher Handelspolitik für immer zu begründen bestimmt scheint. Nach rascher und freundlicher Verständigung über einige bei minder wesentlichen Nebenpuncten in letzter Instanz noch hervorgetretene Schwierigkeiten erfolgte die Auswechselung der Ratificationsurkunden um die Mitte März, und in den ersten Tagen des Maimonats in beiden Staaten die amtliche Publication des Vertrages.

Es enthielt aber dieser Vertrag folgende wesentliche Bestimmungen.

1. Die preußische Gesetzgebung über die Abgaben vom Eingang, Ausgang und Durchgang — Zoll und Verbrauchssteuer — ward auch für das Großherzogthum Hessen gültig. Hiemit bekamen alle Erzeugnisse des einen Staates freien Eingang in den andern. Eine einzige Zolllinie umschloß sie.

2. Damit verschmolz aber der Verkehr der beiden Staaten nicht ganz. Da sie in Hinsicht der inneren Consumtionssteuern verschiedene Gesetzgebungen behielten, so folgte von selbst, daß alles, was diesen unterworfen ist, Wein, Branntwein, Bier, Essig und Tabak — mahl- und schlachtsteuerpflichtige Gegenstände —, bei seinem Eingang in den andern Staat einer besonderen Steuer unterworfen ward [1]). Nur kam

---

1) Es erhielten demnach alle Erzeugnisse des einen Staates völlig freien Eingang in den andern, mit Ausnahme

A. von Hessen-Darmstadt nach Preußen:

1) des Salzes und der Spielkarten, die völlig zur Einfuhr verboten bleiben,
2) des Branntweins, der mit 6¼ Thaler pro Ohm,
3) des Bieres und Essig, welche mit 25 Sgr. pro Ohm,
4) der rohen und fabricirten Tabake, welche mit 1 Thaler pro Centner,
5) der Weine, welche mit 4 Thaler 20 Sgr. pro Ohm zu versteuern sind und, wenn nach den östlichen Provinzen bestimmt, außerdem noch den Steuersatz der eigenen von Westen nach Osten übergehenden Weine zu tragen haben. Möchte Obstwein künftig in Preußen besteuert werden, so würde der aus Hessen-Darmstadt eingehende derselben Abgabe unterliegen;
6) der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Gegenstände beim Eingang in die dieser Steuer unterworfenen Städte;

B. von Preußen nach Hessen-Darmstadt:

1) des zur Einfuhr in die Provinzen Starkenburg und Rheinhessen verbotenen Salzes, wenn nicht Regiesalz;
2) des Schlachtviehes, welches der großherzoglichen Schlachtaccise unterliegt;
3) des Bieres, welches eine Abgabe von 40 Kreuzer pro Ohm,
4) des Branntweins, welcher eine solche mit 5 Fl. 20 Kreuzer pro Ohm,

man überein, die Zahl dieser Artikel nicht ohne gegenseitige Uebereinkunft zu vermehren. Auch versprach Preußen, bei Verträgen mit andern weinbauenden Staaten die Weine derselben niemals mehr zu begünstigen als die hessischen.

3. Wenn nun hiefür noch eine gewisse Controle nöthig blieb, so fiel doch die Grenzbewachung völlig weg, und Alles kam auf die Regulirung der Gefälle der eigentlichen Zolllinie an. Die Bedeutung eines größeren deutschen Staates machte hier ganz andere Bestimmungen nothwendig, als in kleineren Verhältnissen getroffen worden waren. Das Großherzogthum trat in eine vollkommene Gleichheit mit Preußen. Jede Regierung erhebt seitdem den Zoll nach einem gleichmäßigen Tarif[1]) an ihren Zollstätten; sie bestreitet daraus die Zollverwaltungskosten, die auf gleiche Weise bestimmt sind — ausgenommen die Baulichkeiten —, auf gemeinschaftliche Rechnung; der Ueberschuß des Ertrages in Hessen-Darmstadt und den westlichen preußischen Provinzen wird nach Maßgabe der Seelenzahl zwischen beiden Staaten getheilt. Künftige Aenderungen des Tarifs oder andere Bestimmungen über das Zollwesen überhaupt sind nur in gegenseitigem Einverständniß zuläßig; künftige Handelsverträge in Bezug auf die westlichen Provinzen wird Preußen nur mit Zustimmung von Darmstadt schließen und dabei den großherzoglichen Unterthanen dieselben Vortheile wie den preußischen sichern. Es wird seine Häfen jenen so gut wie diesen öffnen. Wenn Hinterhessen dem westphälischen Provinzialbezirke, so ward Wetzlar dagegen der hessischen Zollverwaltung beigelegt.

Gewiß einer der wichtigsten Verträge, nicht viel minder wichtig als das Zollgesetz selbst, für die Zukunft um so fruchtbarer, da er den bisherigen Bestrebungen, lediglich Handelstractate zu Stande zu bringen, definitiv ein Ende machte und die Nothwendigkeit von Zollvereinen deutlich hervortreten ließ. Eine gemischte Commission, noch im März ernannt, vollzog die neue Organisation; am 1sten Juli kam der gesammte Vertrag bereits zur Ausführung.

Natürlich rief er die verschiedenartigsten Urtheile hervor.

---

5) des Obstweins, welcher eine solche mit 2 Fl. pro Ohm,
6) des Weines, der die großherzogliche Tranksteuer und Zapfgebühr zu entrichten hat, und
7) aller in octroi-berechtigte Städte eingehenden Artikel, welche daselbst die sie etwa treffenden Abgaben gleich inländischen zu zahlen haben.

1) Der Thaler war auf 105 Kr. angeschlagen, das Goldagio auf $13\frac{1}{2}$ Procent bestimmt.

In Preußen wurden die Moseldistricte unangenehm berührt; sie besorgten Nachtheile für ihren Weinbau, welcher, seit 1818 ungemein ergiebig geworden, jetzt mit hessischen Weinen eine vielleicht schwierige Concurrenz zu bestehen haben würde. Um so mehr freuten sich dagegen die niederrheinischen Fabrikdistricte der Aussicht, die sie zur Erweiterung ihres Absatzes bekamen; die Handelskammern zu Malmedy und Montjoie erließen förmliche Dankadressen an die Regierung. Unter den Staatsbeamten und Gelehrten gab es Männer der alten Schule, welche über die Uneigennützigkeit des Vertrages den Kopf schüttelten und der Regierung vorwarfen, ihr Finanzinteresse dabei schlecht berücksichtigt zu haben; ein Vorwurf, der in der That in so weit gegründet war, als die unmittelbaren Cassenvortheile der Vereinigung sich ohne Zweifel zu Gunsten des Großherzogthums Hessen herausstellten. Am lautesten erhoben sich die Mißurtheile einer starken ausländischen Opposition, welche, nachdem sie lange gegen Preußens egoistische Isolirung gepredigt hatte, jetzt in jeder geschlossenen Vereinigung dieses Staats mit anderen, und namentlich in dieser neuesten, gefährliche politische Tendenzen zu erblicken sich das Ansehen gab. Jener Vorwurf war so ungerecht gewesen, als diese Besorgniß unbegründet.

Im Großherzogthum Hessen zeigte sich die Ueberzeugung der Regierung, das Rechte ergriffen und gethan zu haben, in der aufrichtigen Beflissenheit, mit der sie die eingegangenen Stipulationen rasch und vollständig zur Ausführung brachte. Sie hatte um so mehr Verdienst dabei, als eine durch fremden Einfluß und einheimische Leidenschaften zusammengebrachte Oppositionspartei ihr anfangs sehr beschwerlich fiel. Bei der Neuheit der Sache, den mancherlei Vorurtheilen des großen Haufens, endlich einigen partiellen Mißverständnissen und Ungeschicklichkeiten in der ersten Ausführung mißlang es derselben auch vorzüglich deshalb nicht, einen gewissen Eindruck zu machen, weil sie in der Provinz Starkenburg und namentlich in der Residenz, wo der Handelsstand seine vorherrschende Verbindung mit Frankfurt durch das neue System allerdings beengt sah, eine natürliche Beistimmung fand, die auf materiellen Interessen beruhte. Allmählig aber sprach sich doch die große Mehrheit der öffentlichen Stimmen entschieden für den Vertrag aus; zu einleuchtend waren die Vortheile, die er verschaffte. Die Ausfuhr des Landes erhob sich sofort zu einer nicht geringen Bedeutung. Tabak stieg von 4 auf 11 Fl. der Centner, Wein um 30—40 p. C., Getreide, Samen, Oel, Hülsenfrüchte, Branntwein um 10—15 p. C., andere Producte verhältnißmäßig. Auch in der Fabrication von Leder, Tuch und grober Leinwand zeigte sich

neue Thätigkeit, und der daraus fließende Gewinn ward keineswegs durch den vielleicht noch größeren absorbirt, welchen der Vertrag den preußischen Fabriken verschaffte; denn diesen letzteren stand nicht eine Belästigung der darmstädter Consumenten gegenüber, welche vielmehr ihre Bedürfnisse zum Theil wohlfeiler als bisher beziehen, sondern nur ein Verlust der schweizer Fabriken, aus welchen das Großherzogthum bisher versehen worden war. Zusehends hob sich der Handel von Mainz nach Offenbach, welche Orte beide ihren Dank in förmlichen Adressen ausdrückten. Ueberhaupt aber konnte schon im September 1828, im dritten Monate der Herrschaft des Systems, ein allenthalben wohlthätiger Einfluß der dadurch für das Großherzogthum bewirkten Markterweiterung überzeugend nachgewiesen werden; schon damals waren viele Verbindungen mit preußischen Handelsplätzen angeknüpft, viele preußische Capitale in hessischen Producten angelegt; die seit Jahren lagernden Weine hatten bereits fast bis auf das letzte Fuder ihre Abnehmer gefunden. Auch der Transitverkehr hatte sich eher vermehrt als vermindert. Wie unbedeutend erschienen gegen alles dieses einige, den Kleinhandel und den Verkehr im Grenzbezirk etwa treffende Nachtheile oder Unbequemlichkeiten! Auch ergab sich schon damals ein bedeutender finanzieller Gewinn. Die auf das Großherzogthum fallende Zolleinnahme betrug für den October 1828 65,000 Fl. statt der 50,000 Fl., welche in demselben Monate des nächst vorhergehenden Jahres durch das damalige isolirte System aufgebracht worden waren. Und daß diese günstigeren Verhältnisse aller Art sich dauernd begründeten, zum Theil selbst progressiv entwickelten, bewies die in der ständischen Sitzung vom 4. November 1829 durch die Regierung amtlich abgelegte Rechenschaft. Ihr zufolge beliefen sich die vom 1. Juli 1828 bis dahin 1829 aus dem Großherzogthum nach Preußen exportirten Landesproducte und Fabricate auf einen Werth von 3,198,431 Fl. Davon wäre vor dem Vertrage eine Einfuhrabgabe von 871,429 Fl. in Preußen zu entrichten gewesen; die Verkäufer hatten diese nicht allein erspart, sondern ein großer Theil der Ausfuhr hätte dabei gar nicht stattfinden können. Die Preise aller Ausfuhrartikel waren im Durchschnitt um 20 p. C. gestiegen, einzelne, z. B. Wein, um mehrere hundert Procent. Außerdem hatte sich nun vollkommen gezeigt, daß die hessischen Fabriken wegen wohlfeileren Arbeitslohns nicht nur im eigenen Lande mit den preußischen concurriren, sondern sich selbst nach Preußen hin vortheilhaften Absatz verschaffen konnten; daher sich auch die Arbeiterzahl bedeutend mehrte. Aus anderen, wenn nicht officiellen, doch glaubwürdigen

Quellen ist bekannt geworden, daß in den ersteren 16 Monaten des neuen Systems die großherzoglichen Zollcassen etwa 400,000 Fl. mehr als früherhin eingenommen hatten.

Schluß.

Und hier sind wir auf einen Punct gekommen, von dem sich eine große Aussicht vor uns ausbreitet.

In welch eine unselige Nichtigkeit und Abhängigkeit von dem Auslande war der deutsche Verkehr durch die zusammenwirkenden Erfolge des napoleonischen Systems, der Kriege und des Friedens gerathen! So thätig und gewerbsam die Nation sein mag, so war doch ohne eine festere Stellung gegen das Ausland, ohne befreiende innere Maßregeln eine wahrhafte Ermannung nicht möglich und alle Bemühung zur Hälfte vergeblich.

Von allgemeinen Unterhandlungen unter den verschiedenen deutschen Staaten, von gemeinschaftlichen Verabredungen im voraus ließ sich indeß hiefür nichts erwarten, da der Gegenstand allzutief mit dem Haushalte jedes einzelnen zusammenhing.

Durch seine Lage darauf angewiesen, durch seine Bedürfnisse genöthigt, griff endlich Preußen auf eigene Hand, für sich allein, zu rettenden Maßregeln. Was die tiefsten Geister, die sich je mit Staatswirthschaft beschäftigt, in reiner Anschauung der Realität der Dinge, gefunden und gelehrt, hatte Preußen unter allen Staaten zuerst den Muth zur Ausführung zu bringen. Solange sich die fremden Staaten nicht zur Reciprocität verstanden, mußte es sich ihnen freilich noch immer entgegensetzen; aber wesentlich adoptirte es die Grundsätze eines freien inneren Verkehrs, eines freien Handels nach außen. Diese Grundsätze erprobten sich in ihrem Erfolge über alle Erwartung.

Allerdings trennte es sich hiemit zugleich von dem übrigen Deutschland, es sonderte sich selbst von seinen Nachbarn mit Entschiedenheit ab; und die innere Trennung von Deutschland schien damit eher zu wachsen. Aber gerade in dieser Stellung lag die Möglichkeit einer Abhülfe des vornehmsten Uebels. Es gab ein Mittel, durch welches man sich mit Einem Male sowohl der inneren Trennung entledigen als in eine respectable Verfassung gegen das Ausland setzen konnte: man brauchte sich nur dem preußischen System anzuschließen; dazu bot Preußen die Hand.

Oder wäre dies System darum nicht anzunehmen, weil es nicht

durch gemeinschaftlichen Beschluß zu Stande gekommen, sondern von einem einzelnen Staate ausgegangen war?

Ich sollte nicht denken, wenn es sich nur gut und nützlich erwies; hatte es doch jetzt sogar den Vortheil, schon erprobt zu sein.

Zu einer solchen Vereinigung geschah der erste entscheidende Schritt von dem Großherzogthum Hessen; bald ist ein zweiter gefolgt, von dem Kurfürstenthum Hessen; der Kreis der Unterhandlungen hat sich immer mehr erweitert; der größere Theil der deutschen Staaten steht auf dem Punct, demselben System beizutreten.

Wir sahen früher, für den gewerblichen Zustand Deutschlands war dreierlei erforderlich: die Befreiung des inneren Verkehrs, — eine feste Stellung gegen das Ausland, — die Berücksichtigung der finanziellen Bedürfnisse der verschiedenen Länder. Wir dürfen sagen, durch eine Vereinigung, wie sie nahe zum Ziel gediehen ist, würden diese Forderungen sämmtlich erledigt werden. Die Schlagbäume, die ein Gebiet von dem andern trennen, würden fallen; für das einheimische Gewerbe würde sich ein Markt eröffnen, wie ihn Deutschland niemals gekannt hat; alle mit dem Handel zusammenhangenden Lebenszweige würden durch ihre eigene Regsamkeit, ihre eigene Kraft emporkommen. Die gewerbliche Intelligenz von Deutschland könnte erst in Zukunft recht zeigen, was sie vermag, wessen sie fähig ist. Wenn nun hiedurch die Concurrenz mit dem Auslande zu einer noch ganz andern Bedeutung steigen müßte, als die sie bisher erreicht hat, so würde man jetzt erst vollkommen frei von demselben; man würde seine Willfährigkeiten und seine Verletzungen gemeinschaftlich zu erwidern im Stande sein. Was vor 15 Jahren kaum wenige Privatleute in flüchtiger Hoffnung in Gedanken zu fassen, aber nicht einmal zu einem Umriß der Ausführbarkeit, zu einer haltbaren Aussicht zu bringen vermochten, würde man ruhig, ohne Erschütterung, zu allgemeinem Nutzen ausgeführt sehen. Wer wollte sich an kleine Unbequemlichkeiten stoßen; durch große, nationale Vortheile würden sie aufgewogen werden. Es sind dies so klare Sachen, daß sie Niemand bezweifeln sollte.

Eher könnte man fragen, wie es möglich sein werde, dem finanziellen Bedürfniß zu genügen, da doch so viele innere Grenzen und mit ihnen die Erträge der daselbst befindlichen Zölle wegfallen.

Auch dies aber macht keine wesentliche Schwierigkeit. Der vornehmste Ertrag der Zölle kommt von ausländischen, nicht-deutschen Producten her. Die Eingangsabgaben von Zucker, Caffee, Gewürzen, Südfrüchten, Tabaksblättern, nicht-deutschen Weinen und geistigen Getränken liefern allein fünf Sechstheile alles Einkommens der preußi-

schen Eingangszölle. Da diese Artikel für sämmtliche Staaten fremd sind und der Verbrauch derselben der nämliche bleiben, oder vielmehr mit der zunehmenden Einwohnerzahl steigen muß, so wird das Einkommen, das sie liefern, gleichviel an welcher Stelle es gehoben werde, dasselbe bleiben, und keiner wird etwas an ihnen verlieren. Was ja an Eingangszöllen anderer Waaren an den inneren Grenzen verloren ginge, würde man nicht vermissen. Schon die Kosten, welche die Bewachung dieser Grenzen verursacht, würden wegfallen; wie viel überwiegende Vortheile aber lassen sich nicht von dem Aufschwung der Gewerbe erwarten!

Und wollte doch auch Niemand sagen, daß der mächtigste Staat hiedurch zu einem ungebührlichen politischen Einfluß gelangen werde! Wie derselbe die Vereinigung niemals angetragen, sondern sie sich allemal hat antragen lassen, so ist wohl selten eine Verhandlung so rein von politischen Nebenzwecken geblieben wie diese. Die Staaten werden einander völlig gleichstehen. Darmstädtische Bevollmächtigte beaufsichtigen die preußischen Einrichtungen, so gut wie preußische die darmstädtischen. Alle Schwierigkeiten wird man in gemeinschaftlicher Berathung erledigen. Allerdings wird dadurch die Vertraulichkeit und Vereinigung zwischen den verschiedenen Staaten — durch die nothwendige Verschmelzung des Verkehrs zwischen den Völkerschaften und vor allem zwischen den Regierungen — um vieles größer werden. Aber wäre dies ein Unglück? Ist es nicht vielmehr immer das Bedürfniß der Nation, der Wunsch ihrer besten Männer gewesen? Gäbe es eine solche Möglichkeit nicht, so müßte man darauf denken, sie herbeizuführen. Wie viel weniger darf man diejenige verschmähen, die man ungesucht in Händen hat!

Es kann keine Frage sein, daß man eben hiedurch den falschen Richtungen, die sich an so manchen Orten kundthun, am besten entgegenwirken würde. Wenn diese hie und da eine gewisse Beistimmung finden, so geschieht es nur, weil sie sich an einige wirklich vorhandene Bedürfnisse anschließen, obwohl sie ihres Ortes niemals im Stande sein würden, dieselben zu erledigen. Gelingt es noch, dies auf einem so ganz anderen Wege, auf eine so vernünftige und heilsame Weise durchzusetzen, so wird man ihnen ihre besten Hoffnungen entreißen.

10.

Ueber die Paroles d'un croyant.

(1835.)

Die Zeiten der Restauration in Frankreich boten ein großartiges Schauspiel dar. Die beiden Principe, auf denen das heutige Europa beruht, deren Gegensatz Mischung oder alle inneren Verhältnisse unserer Staaten bestimmt, sah man Angesicht gegen Angesicht mit einander im Kampf. In der lebendigsten Spannung blieben die Kämpfer und ihre Zuschauer: die Zeitungen waren oft wirklich interessant.

Mit dem Siege der liberalen Partei ist dies große Interesse verschwunden: die Besiegten sind zwar nicht vernichtet, aber doch bei weitem zu schwach, um sich eine gespannte Aufmerksamkeit zu erwecken; der Streit der Regierung mit dem, was man ihre Opposition nennen kann, bewegt sich in Fragen, die eine so allgemeine Bedeutung lange nicht haben; es sind mehr abweichende Meinungen als Gegensätze, es ist mehr Persönlichkeit dabei als Idee.

Aber noch eine andere Erscheinung nehmen wir wahr. In den lebendigen Geistern der Nation thut sich ein Mißbehagen, eine Unbefriedigung und bei aller nationalen Selbstgefälligkeit das Gefühl eines geistigen Mangels kund, das uns in Erstaunen setzt.

Einer unserer Landsleute hat vor kurzem eine Art von Chrestomathie französischer Meinungen neuester Zeit zusammengestellt; wir hören darin die verschiedensten Stimmen reden: auffallend, wie sich von allen Seiten das nämliche Gefühl ausspricht[1]).

„Niemals", beginnt der Eine, „war die Tafel der Welt leerer,

1) Carové: der Messianismus, die neuen Templer u. s. w. 1834.

als jetzt; niemals bot dieser Erdball, auf welchen die Hand Gottes schreibt, ein allgemeineres Weiß dar[1])".

„Heutzutage", versetzt ein Anderer, „ist der Boden fast allenthalben nivellirt: Alles ist flach, glatt, gleichförmig; Alles ist zertrümmert, nichts ist wiederhergestellt. Die politische Wissenschaft hat keine Gewißheit mehr; der Compaß ist verloren, die Gesellschaft treibt vor Anker[2])".

Es tritt ein Anderer hinzu und forscht nach dem Grunde. Er findet ihn — wer hätte es vor 10 Jahren glauben sollen? — in dem constitutionellen System. „Die unmittelbare Folge einer Constitution ist die Verflachung der Geister; Kunst und Wissenschaft selbst werden von einem ungeheuren Egoismus verschlungen. Unsere Gesellschaft ist an den Marken der Cultur angelangt, bei den Kräften, die man Gewerbthätigkeit, Gedanken, Geld, Rede nennt. — — Ist das Buch so viel werth wie das Schwert? die Discussion so viel wie die That? Die Nation langweilt sich in ihrem Triumphe wie ein englischer Millionär; die unbedingte Freiheit führt die Völker zum Selbstmord[3])". — —

Von diesen Aeußerungen nimmt ein übrigens liberales Journal[4]) Gelegenheit, das Wesen unserer Zeit zu schildern: „unserer Civilisation", wie es sich ausdrückt, „die vor langer Weile und Luxus thöricht geworden, die ein Gelüste nach Religion und Wissenschaft fühlt und sich indessen an Bonmots ergötzt, die so viel Prätension auf Größe und Energie, Genie und Dauer macht, und die doch nur Fehlgeburten hervorbringt, an der man nur ein wesentliches Nichts wahrnimmt, ein tiefes inwendiges Uebel, Leerheit, Abgelebtheit."

Denn wie in Staat und Literatur, so ist es — und eben dies ist das Grundübel — auch in der Religion.

„Wir haben", sagt Guizot, „so wenig eine religiöse wie eine politische Ueberzeugung; wir haben keinerlei Glauben mehr".

„Nennt mir doch den Gott", fügt Leon Gozlan hinzu, „nennt mir ein einziges moralisches oder politisches Dogma, an das die Gesellschaft heutzutage noch glaubt! Man hat den Himmel nivellirt, wie die Erde".

---

1) Champagny.
2) Victor Hugo: über Mirabeau.
3) Balzac.
4) Der Messager.

„Ah“, ruft Stendhal aus, „wenn es eine wahre Religion gäbe!“ „Alles ist wahr“, antwortet Balzac, „Alles ist falsch!“

Es giebt wohl Leute, die doch einen Anhalt, einen Trost gefunden zu haben meinen. Aus den Schulen des achtzehnten Jahrhunderts haben sie den Begriff von Mensch im Allgemeinen, Weltbürger, oder wie man sich sonst ausdrückt, mit herübergebracht; sie überreden sich, daß man heutzutage diesem Begriffe näher komme. „Wir sind, rufen sie aus, weder Mosis noch Christi, sondern der Menschheit Söhne“. Genesis und Zendavest, die Gesetze des Menu und die Gesetze Mosis fallen ihnen zusammen; in dieser Bewegung zur Allumfassung denken sie sich das Christenthum begriffen. Aber welch ein unstatthafter Trost! Fragt man nach der Summe ihrer Ueberzeugung, so wird man darin keinen positiven Moment entdecken; was sie begeistert, ist noch immer die unendliche Ausbreitung einer allgemeinen Negation. Fügen sie doch gleich selber hinzu: das Christenthum sei in der Gewalt der Zeit, die es habe wachsen lassen, die es hinsterben lassen werde[1])“.

Andere bemühen sich auf eine andere Weise festen Boden zu gewinnen. Sie suchen die Perioden der Vergangenheit auf eine Stufenfolge von Begriffen zurückzubringen: aus der Consequenz des Vergangenen unternehmen sie die Nothwendigkeit der Zukunft zu ermessen und zwischen beiden den Punct zu entdecken, auf welchem die Gegenwart angekommen; so in der Mitte der Weltgeschichte glauben sie mit Sicherheit die Bahn bezeichnen zu können, welche zu verfolgen[2]). Einmal aber, wenn sie es erreichten, würde ihr Gott doch nur das Schicksal sein: einer unbedingten Nothwendigkeit würden sie dienen. Sodann ist ihre Absicht wahrhaftig nicht so leicht ausgeführt wie gefaßt. Besitzen sie etwa, oder besitzt Jemand die Kenntniß, die zu einer solchen Combination hinreicht, berechtigt? Indem man sie versucht, pflegt man viel mehr von einem Gefühl seiner selbst, von einer Forderung, die man an die Welt macht, auszugehen als von objectiver Einsicht; das Bedürfniß der Persönlichkeit und des Augenblicks trägt man über auf die Folge der Aeonen. Es ist eine Einbildung, ein

---

1) Lerminier.

2) Es ist das Ziel, welches die S. Simonisten in ihrer Science de l'histoire verfolgen, das sich der Sehelianismus des Hoëné Wronski gesetzt hat und gar manche Andere erreicht zu haben glauben.

scholastisches Gedicht, ein recht systematischer Irrthum, aber darum nicht minder phantastisch, und man muß sich nur wundern, mit welcher Sicherheit sie so ohne weiteres dazu schreiten, die vermeinte Forderung der Weltgeschicke an sich selbst ins Werk zu setzen. Es läßt sich das nur daher erklären, weil sie bei diesem Verfahren eben immer auf ihrem persönlichen Standpuncte beharren geblieben.

Auch fühlt sich das wohl durch, und Männer, die im Ganzen dieser Richtung anhangen, stecken sich das Ziel doch noch weiter. Nodier z. B. wendet sich ab, wie er sagt, von den Täuschungen, mit denen ein Ameisenhaufe irrender Geschöpfe behaftet sei; er findet sie so stark, daß er eine ursprüngliche Unfähigkeit des menschlichen Geistes annehmen zu müssen glaubt, und so meint er denn, von dem Urheber der Welt Geschöpfe von höherer Begabung fordern zu dürfen, sonst würde er an der Harmonie der Welt verzweifeln; es ist merkwürdig, zu sehen, auf welche Gründe gestützt er sich überredet, daß die mystische Woche der Schöpfung noch nicht vollendet sei.

Irre ich nicht, so liegt doch dem allen der nämliche Sinn zu Grunde. Alle fühlen den Mangel an innerer Haltung und fester Ueberzeugung, an dem sie leiden: sie möchten sich wenigstens als ein Mittelglied, als im Uebergange begriffen denken, sei es, um eine vollkommenere Zukunft für die Welt, oder die Nothwendigkeit eines ewigen Gesetzes ins Auge fassen zu können. Es sind das aber Versuche mehr einer vorübergehenden Stimmung als einer ernsten Forschung; es fehlt ihnen an überzeugender Kraft, selbst an der logischen Begründung: zu einem allgemeingültigen Satze können sie es nicht bringen.

Ueberblicken wir die Mannigfaltigkeit dieser und so vieler ähnlicher Meinungen, ihre auseinander strebenden Tendenzen, die doch einen gemeinschaftlichen Ursprung haben, so ist es, als sähe man die Nation im Selbstgespräche begriffen. In so vielen Jahren gewaltsamer Anstrengung und wilden Kampfes, indem sie einem undeutlich gedachten chimärischen Ideal nachtrachtete und zugleich von heftigen Leidenschaften entflammt war, hat sie ihre eigenen Werke, die Hervorbringungen ihrer verflossenen Jahrhunderte, zum großen Theil von Grund aus zerstört. Das Ideal ist immer vor ihr zurückgewichen, und in diesem Augenblick sieht sie sich so weit wie jemals von demselben entfernt. Mitten unter den Trümmern wird ihr bange vor dem Werke ihrer Hände. War denn wirklich das, was man zerstört

hat, so vollkommen untauglich? Nicht, daß man sich nach den alten Zuständen sehnte; aber sie gaben das Gefühl einer festen religiösen Grundlage, sie schlossen einen geistigen Besitz, einen Inhalt von unerschöpflicher Lebensfähigkeit ein; diesen Besitz hat man zerstört, ohne dafür einen neuen zu erwerben. Die französische Nation in ihren denkenden Geistern beginnt sich des Mangels bewußt zu werden. In jener Tiefe, wo die Menschen und die Völker mit dem Göttlichen zusammenhangen, wo die geistige Lebenskraft ruht, welche allein Gewähr und Sicherheit der Zukunft darbietet, fühlt sie Verlassenheit, Oede und unerfüllbares Verlangen. Gedanken steigen ihr auf und fallen wieder; die festen Ueberzeugungen, die das Leben gründen und beschirmen, bleiben verloren; nachdem sie einen Sieg erfochten hat, hören wir sie klagen; eine tiefe Wahrheit und Nothwendigkeit hat die Verzweiflung, die sich in dieser gesammten Literatur ausspricht und ihr ihren Namen giebt.

Indem dies nun so steht, die alten Lehren nicht herzustellen sind und neue nicht Platz fassen, — die Oberflächlichen zwar sich noch immer zufrieden bezeigen, ja sich brüsten und die Welt zur Nachahmung auffordern, aber alle Tieferen und Ernsteren das Bewußtsein des Mangels, der Leerheit und Entbehrung theilen, indem dann auch die Versuche, welche man etwa macht, zu festerer Ansicht, einer sicheren Richtschnur zu gelangen, wenig bedeuten wollen, ein leises Gemurmel erregen oder zwischen vier Wänden verhallen, — hört man die Stimme eines Priesters. In einem Tone, dem Jedermann seine Verehrung widmet, in den Accenten des Evangeliums läßt er sich vernehmen. Mit Gebet und heilverkündenden Segensworten hebt er an. Ohne Zweifel wird er die ewigen Lehren erneuern, aus denen der innere persönliche Friede quillt; mit dem positiven geistigen Inhalt der Welt, den sie verloren haben, den der Glaube in sich schließt, wird er sie wieder zu durchdringen suchen; er wird den Durst nach Religion stillen, den sie endlich kundgeben.

Wie sehr irren wir! Er hat sich erhoben, um ganz das Entgegengesetzte vorzutragen.

„Ihr habt einige Tyrannen vernichtet", beginnt er; „aber es sind andere gekommen, schlimmer als die ersten. Gesetze der Knechtschaft habt ihr zerstört; andere sind Euch aufgeladen worden".

Noch einmal weist er sie zurück auf jenes chimärische Ideal, das ihre Bewegungen, wenn nicht hervorgebracht, doch von Anfang an

begleitet hat; — er fordert sie auf, nicht abzulassen, ihm aufs neue nachzutrachten.

„Und wäre Eure Hoffnung betrogen, nicht siebenmal, sondern siebenzig siebenmal, so müßtet Ihr sie nimmermehr aufgeben".

Hat man aber nicht bereits Alles versucht? den Kreislauf einer jeden Form vollendet? Ist man nicht schon wieder auf einer Stelle angelangt, wo die geringste neue Bewegung, ein Schritt weiter einen unabsehlichen Abgrund eröffnen würde?

Er erschrickt nicht davor. Er ermahnt, den Schritt zu thun. „Nicht darin besteht die Freiheit, daß der Eine herrsche an der Stelle des Anderen, sondern darin, daß gar Keiner herrsche." — „Junger Soldat, wohin gehst du?" „„Ich gehe, die Ketten meiner Brüder und die Ketten der Welt zu zerbrechen."" Er giebt ihm dazu seinen Segen.

Der Priester des Friedens ermahnt zur Gewaltthat. Die Anderen sind der Zerstörung müde, ihm ist daran noch nicht genug. Wenn sich ja etwas wieder aus dem allgemeinen Nivellement erheben sollte, so ermahnt er, das aufs neue zu vernichten.

Es schien bereits, als würde das Interesse der lebendigen Geister sich von dem Treiben und den Feindseligkeiten des Tages entfernen; er sucht sie dahin zurückzuführen. Seine Worte haben die Form des Segens und den Inhalt des Fluches.

In jenen inneren Bewegungen ist dies ein neues Moment. Wir sehen, noch sind nicht alle Leidenschaften erschöpft: es tritt eine neue von der unerwartetsten Gestalt auf. Noch sind wir nicht am Ziele.

Betrachten wir Ursprung, Inhalt und Bedeutung dieses Buches ein wenig genauer!

Höchst auffallend ist es doch, daß ein Religiose von Profession, ein Priester, der vorzugsweise als gläubig angesehen worden und sich noch selbst gleich auf dem Titel so bezeichnet, daß Lamennais zu den Doctrinen der Zerstörung gelangt.

Es forderte wohl eine genauere Auseinandersetzung, um den Gang der Gedanken und die Art von Consequenz zu fassen, durch welche er dazu gekommen ist: es hängen die wichtigsten Momente der Bewegungen des Katholilismus damit zusammen; für einen fragmentarischen Journalartikel reicht wohl eine kurze Andeutung hin.

Als sich unter der Herrschaft Napoleons die Ideen einer politi-

schen Wiedergeburt zwar zurückgedrängt und insgeheim, aber um so tiefer und wahrer gemeint, regten — es giebt keine Epoche, wo eine innerlichere und allgemeinere Ideologie über den Continent verbreitet gewesen wäre —, lebten auch alte religiös-politische Tendenzen wieder auf. Schon damals leitete Lamennais das Uebel, welches die Welt heimsuche, von dem Abfall von der Kirche her, von der Empörung des Stolzes gegen die Autorität und mithin gegen Gott, welcher die Quelle der Autorität ist.

Kaum war Napoleon gestürzt, so kamen, schon in sich selbst erstarkt, allenthalben Bestrebungen und Richtungen hervor, deren Dasein man übersehen oder kaum bemerkt hatte.

Jene religiös-politische Gesinnung gelangte sogleich zu einer großen Bedeutung. In der Kammer von 1815, welche sich zu einer Wiederaufrichtung des alten Frankreichs berufen glaubte, beherrschte sie die Majorität. Diese Majorität faßte die Absicht, der Geistlichkeit auf der einen Seite eine größere Unabhängigkeit von dem Staate, auf der anderen einen neuen fortwährenden, gesetzlichen Einfluß auf denselben zu verschaffen. Der Clerus sollte mit Eigenthum ausgestattet werden; er sollte die Aufsicht über die Erziehung und die Möglichkeit einer regelmäßigen Einwirkung auf Familien und Gemeinden wieder erlangen. Es waren die Tage einer allgemeinen Erwartung für die Gleichgesinnten.

Jedoch nicht lange hielten sie an.

Die restaurirte Staatsgewalt fand es unmöglich, diese Richtung, man kann nicht sagen zu behaupten, sondern nur entschieden einzuschlagen. Die Kammer von 1815 ward aufgelöst, alle ihre Pläne scheiterten. Eine andere Kammer, nach andern Principien versammelt, gab den entgegengesetzten Gesinnungen das Uebergewicht. Das Concordat, das im Sinne der Majorität von 1815 entworfen worden, in welchem man die gallicanischen Freiheiten mit Stillschweigen übergangen hatte, ward beseitigt; die gesammte Staatsgewalt warf sich eher in eine anti-geistliche Stellung. Die religiös-politische Gesinnung sah sich wieder zur Opposition genöthigt.

In dieser Opposition, getäuscht in ihren Hoffnungen, vom Staate zurückgewiesen, nahm auch sie eine entschiedenere Wendung: sie bildete sich immer mehr im ultramontanen Sinne aus. Von dem göttlichen Rechte der Fürsten redete sie nur noch mit besonderen Beschränkungen. Sie lehrte, die Fülle der Gewalt, die Christus vom Vater empfangen, sei auf den Statthalter Christi übergegangen; diesem allein schrieb sie eine ursprüngliche Autorität zu, wenigstens ein coercitives Recht, wie Bellarmin, über den Staat. Bereits fing sie an, die Empörung der

Unterthanen gegen den Fürsten als eine Folge der Empörung der Fürsten gegen die geistliche Autorität anzusehen. Und schon in den gallicanischen Freiheiten sah sie eine solche Empörung.

Dergestalt entwickelte sich ein geheimer Kampf zwischen den Gewalten der Restauration und dieser kirchlichen Partei, obwohl es ursprünglich geschienen hatte, als würden sie sich vereinigen, obwohl es unfehlbar innere Berührungen zwischen beiden gab. Lehren, wie die bezeichneten, sind allen Regierungen nothwendigerweise ein Stein des Anstoßes, und auch die französische der Restauration wollte sie nicht dulden. Sie sah es eine Zeit lang mit an; in einem Moment, in welchem sie sich dem liberalen Princip mehr als gewöhnlich genähert hatte, entschied sie sich zum völligen Bruch. Sie beschloß, die Schulen, in denen jene ultramontanen Lehren besonders gehegt wurden, geradezu aufzuheben. Daß dieselben in den Händen von Jesuiten waren, während diese Gesellschaft in Frankreich nicht gesetzlich anerkannt wurde, gab ihr einigen legalen Grund.

Karl X. schritt sehr ungern dazu. Er soll gesagt haben, es sei ihm schwerer, diese Verordnung zu unterzeichnen, als irgend eine andere in seinem ganzen Leben: er fühle, daß er mit seinen besten Freunden, die er liebe und schätze, in Gegensatz gerathe[1]).

Auf das tiefste aber empfanden diese den Bruch einer Freundschaft, die sie für natürlich hielten: von einer Staatsgewalt, mit der sie sich verbündet achten konnten, sahen sie sich nicht allein zurückgewiesen, sondern verletzt und in ihrer Wirksamkeit gehindert. Was sollten sie von einem andern Fürsten erwarten, wenn dies unter Karl X. geschah? Sie suchten Schutz, Sicherheit, wie alles, was lebt: nur in den liberalen Principien fanden sie, was sie suchten. Sie fingen an, die Freiheit des Gewissens, die Freiheit der Erziehung so gut in Anspruch zu nehmen, wie die übrigen Dissentirenden. Die Beschränkung, die sie erfahren, war ihnen ans Leben gegangen. Sie bildeten den Gedanken, daß sich die Kirche lieber von dem Staate ganz zu trennen habe, immer mehr aus. Auch übrigens ward ihre Opposition von Tag zu Tage weitaussehender; schon fanden sie es unmöglich, daß ein christliches Volk sich einer Regierung unterwerfe, die nur auf menschliche Autorität gegründet sei und keine andere Regel habe, als ihren Willen. Es blickte die Meinung hervor, daß

1) Histoire de la restauration X, 101. Carné, Vues sur l'histoire contemporaine T. II, 104, führt dann die Folgen aus, welche die Ordonnanz gehabt habe.

die Empörung gleichsam auf einer geistlichen Befugniß der Menge beruhe.

So weit kamen sie bereits unter Karl X. Man hat es diesem Fürsten zum Vorwurf gemacht, daß er zu bekehren suche, und die allgemeine Abneigung, die er erfuhr, mag großentheils mit aus dieser Meinung entsprungen sein. Wir sehen jedoch, wie wenig er den strengen Kirchlichgesinnten genügte, und wie diese ihm in einer unzweifelhaften Feindseligkeit gegenüberstanden.

Es erfolgte die Julirevolution: eine Gewalt wurde gebildet, welche sich diesen Vorwurf nicht auch verdienen mochte, die allen alten Entrüstungen, selbst denen des Pöbels, gegen geistliche Institute ihren Lauf ließ und die Hoheit des Staates über die Kirche gewaltig festhielt.

Sollten da nicht auch die, welche sich gläubig nannten, einen Schritt weiter gehen?

Bald faßten sie ihren Entschluß, und ihre bisherigen Tendenzen kamen zur Reife. Hätten sie auch die Neigung gehabt, sich den Legitimisten anzuschließen, so würden sie es doch nicht gethan haben, weil ihnen diese zu schwach und unentschlossen waren. Aber dahin ging nicht einmal ihre Neigung. Längst hatten sie sich den populären Doctrinen genähert. Denn in diesen war jetzt die gesammte Kraft der Opposition: gewaltig regten sie sich; die Zukunft schien ihnen zu gehören. Ihnen gesellte sich nun auch die kirchlichgesinnte Partei zu. Sie machte die Entdeckung, daß die Volkssouveränetät eine Lehre der katholischen Canonisten und Theologen sei, was, wie wir sahen[1]), so falsch nicht ist. Bald von der einen, bald von der andern Seite ward der Papst ermahnt, sich für die Freiheit zu erklären. „Rom," sagte einer von den Anhängern des Lamennais, „das ist die Freiheit!" Dieser selbst erklärte, daß er noch etwas zu sagen habe: er werde noch einmal im Kampfe erscheinen; es sei die Zeit gekommen, Alles auszusprechen; die Kirche sinne für die Welt auf neue Geschicke, auf eine umfassende Regeneration.

Endlich ist er mit diesem Buche hervorgetreten.

Es ist ohne Zweifel das Wort, das er noch sagen wollte; es ist der letzte große Trumpf, den er ausspielt.

Wer seinen Gang und die Richtung begleitet hatte, die er in neuester Zeit genommen, konnte von vornherein vermuthen, daß es

1) Vgl. Ueber die Volkssouveränetät bei den Jesuiten. S. W. XXIV 225 ff.

nichts anderes als die rücksichtsloseste Opposition gegen die Regierung enthalten würde.

Daher kann es uns nicht Wunder nehmen, daß wir hier die Theorie der Volkssouveränetät in mehr als Einer Gestalt wiederfinden. Zuweilen wiederholt sie der Autor ungefähr auf die nämliche Art, wie wir sie bei Mariana lesen: „in dem allgemeinen Kampfe der Menschen unter einander sei Einer gewählt worden, oder Mehrere, um die Guten gegen die Bösen zu beschützen und den Schwachen Sicherheit zu verschaffen.“ Oefter aber und mit größerem Nachdruck leitet er das Fürstenthum lediglich von der Gewalt ab. Er beschreibt pathetisch, wie es im Anfang gewesen: denn Gott habe weder Kleine noch Große, weder Herren noch Sklaven, weder Arme noch Reiche gemacht: er habe Alle gleich geschaffen, — wie dann in diesem allgemeinen Glück sich Einige zu Herren aufgeworfen und das Schwert ergriffen, — wie die Furcht von Hütte zu Hütte gegangen und die Gewalt der Fürsten unter unbeschreiblichen Qualen und Gräueln gegründet worden sei. „Sie haben die Erde nach der Schnur getheilt; sie haben die Menschen gezählt, wie man das Vieh zählt.“ Von Herzen stimmt er in das Feldgeschrei der wildesten Radicalen ein, welche jede Herrschaft für Tyrannei erklären und sie bloß um ihres Daseins willen der Vernichtung weihen. Zu dieser Vernichtung fordert er mit dem ganzen Eifer seiner fanatischen Beredtsamkeit auf.

Wie gesagt, etwas Aehnliches mußte man erwarten. Die Frage ist nur, wie er nun die Religion mit diesen wilden Ideen in Verbindung bringt.

Schon war der Weg gebahnt. Die kirchlichen Tendenzen sahen sich in die Reihen der Opposition verwiesen und riefen die allgemeinen Freiheiten für sich selber an. Schon leiteten sie die revolutionären Bewegungen überhaupt aus dem Abfall des Staates von der Kirche her. Sie nahmen bereits eine Art von Berechtigung zur Empörung an.

Bei alledem ist die Wendung, welche Lamennais nunmehr einschlägt, doch noch höchst überraschend. Durch einen kühnen Wurf, ohne Begründung noch Vermittelung, durch eine jener phantastischen Voraussetzungen, welche einen Augenblick blenden, aber, sowie der Gedanke sie zu ergreifen sucht, sich in Dunst und Nebel auflösen, kommt er so weit, die Sache der Religion und die Sache, welche das empörte Volk verficht, geradezu als einerlei zu betrachten: er canonisirt das Volk.

Er sagt, „Christi Herz schlage am Herzen des Volkes; — wohl

könne es durch einen Judas verrathen werden und in das Grab steigen müssen; aber am dritten Tage werde es wieder auferstehen, Sieger über den Tod. Die Jungfrau Maria trägt das Volk auf ihren Armen aus dem Kampfe. Es wird verkauft um dreißig Silberlinge. Sechs Tage kämpft es, am siebenten ruht es aus. Er nennt es Sohn Gottes, Christi Bruder."

Hat er nun dergestalt Volk, Kirche, Gott in einen mystischen Bezug gebracht, wem kann er das Fürstenthum zuschreiben? Er trägt kein Bedenken: er satanisicirt es. Nach den Worten der alten Schlange wird es gestiftet, nach deren Rathschlägen sind die Herrschaften gebildet. Wollte Jemand die Obrigkeit eine Ordnung Gottes nennen, so wird ihm geantwortet: der Gott sei Satan, der Feind des menschlichen Geschlechtes. Er führt die Könige auf, sitzend und Rath pflegend, wie sie die Religion vernichten, Wissenschaft und Gedanken in Bande schlagen, die Zwietracht säen wollen, um zu herrschen.

Das Princip des Staates ist das Böse: das Volk, indem es den Staat bekämpft, streitet wie der Erzengel Michael gegen Satan.

Es ist das wohl die tollste Politik, die jemals vorgekommen.

Vielleicht könnte man Lamennais mit Thomas Münzer vergleichen, der auch eine große Volksbewegung vorfand und mit seiner eingebildeten Religion in Verbindung setzte, — der, wie er sich an der Spitze zahlreicher Haufen sah, eine Lehre vortrug, die auch dahin zielte, „alle Fürsten und Gottlosen zu erwürgen und eine neue Christenheit aufzurichten, um unter lauter Heiligen zu leben." Allein selbst Münzer erklärte doch nicht das Fürstenthum von vornherein geradezu für satanisch: erst durch den Widerstand gegen seine Lehre hätte es diesen Charakter angenommen.

Noch eine andere sonderbare Aehnlichkeit fällt mir auf. In den Zeiten der schwersten Unterdrückung und Verfolgung haben die Juden den Haß, mit dem sie sich erfüllten, in der Form einer allgemeinen Weltansicht ausgesprochen. Die Rabbinen des Talmud nahmen an, daß die Welt regiert werde von Sammael, dem obersten der Teufel, dem König der Könige über alle Fürsten des Verderbens, dessen Ausfließung sich über sie alle verbreite, so lange, bis der Messias erscheinen, das Heer des Sammael schlagen werde, bis das Licht Jacobs aufgehe und der Herr Jacobs sich den übrigen Völkern der

Welt mittheile. Sie identificiren das Volk der Gläubigen, ihre Nation, mit dem göttlichen Princip; jede weltliche Gewalt erklären sie für satanisch [1]). Man sieht, wie sehr sich ihnen Lamennais nähert. Auch er stellt den Sieg des Messias, das goldene Zeitalter auf Erden, wie die Rabbinen, am Ende der Dinge auf. Aber es ist doch dabei ein wesentlicher Unterschied. Die Rabbinen halten sich in einer gewissen idealen Höhe; die Fürsten, von denen sie reden, sind geistige Potenzen, auf denen die Staaten beruhen; den Umsturz der weltlichen Mächte lassen sie durch eine Art von göttlicher Combination erfolgen und bezeichnen dafür weder Tag noch Stunde. Lamennais dagegen spricht von dem gegenwärtigen Augenblick, von den jetzt bestehenden Gewalten; den Umsturz, den er weissagt, will er durch unmittelbare Anstrengung des Volkes hervorrufen, durch einen nicht zu verzögernden, augenblicklichen Kampf.

Denn darin zeigt sich Lamennais als ein rechter Franzose, daß er Alles auf den vorhandenen Moment bezieht. Er scheint den Anfang und das Ende der Dinge zu verknüpfen, Ideen auszusprechen, welche die gesammte Menschheit anbetreffen, und die dichterische Farbe seiner Rede verleiht ihr einen noch größeren Anschein von allgemeiner Bedeutung; dabei aber schwebt ihm doch nur die politische Lage vor, wie sie sich gerade in dem Augenblicke, wo er schreibt, gestaltet hat. Die hohen Häupter, deren Namen der Staatskalender verzeichnet, Ereignisse, deren die letzten Zeitungen gedachten, treten hier in geistlicher Caricatur auf; es mischt sich wohl die Erinnerung an ein neu erschienenes Buch ein [2]). Frankreich bleibt immer die Mitte der Welt; Louis Philipp tritt in seiner eigenthümlichen Stellung hervor. Die Beschränkung der religiösen Erziehung wird neuerdings zur Sprache gebracht; ein sonst nicht sehr bedeutendes Gesetz, das aber in jenem Augenblicke die Gemüther beschäftigte, das Gesetz über die Vereine, darf nicht unerwähnt bleiben. Da ist nun besonders zu bemerken, daß die Theorie selbst, so allgemein gültig sie sich auch anstellt, doch von den Verhältnissen des Tages sehr abhängig ist. Fragen wir nämlich, auf welche Classen diese Lehren Einfluß zu gewinnen trachten, so sind es ohne Zweifel die, welche in Frankreich noch immer in Bewegung sind, die tiefer gestellten, die nichtbesitzenden. Schon empören sich diese nicht mehr wider die eine oder die andere Gewalt; die ge=

1) Das Buch Tufhaarez und andere rabbinische Schriften.
2) Seine „prison dure“ z. B. bezieht sich doch ohne Zweifel auf Pellico.

sammten Einrichtungen des Staates fühlen sie als einen persönlichen Zwang, als eine auf ihnen lastende Tyrannei. So stellt ihnen Lamennais die Sache vor. Von einem imaginären goldenen Zeitalter am Anfange der Dinge geht er aus, um am Ende derselben zu einem zweiten zu führen. Die ursprüngliche Gleichheit stellt er mit den Farben des Idylls dar, — jene Zeiten, wo es weder Armuth noch Reichthum gab, Alle glücklich lebten — denn sie lebten als Brüder —, die Erde fruchtbar und schön war. Die Aenderungen dieses Zustandes, alle Nothwendigkeiten des Staates fallen ihm mit dem satanischen Fürstenthum, das er schildert, zusammen und sind nicht minder verdammungswürdig. Daß die Erde getheilt ist und sich kein freies Eigenthum mehr findet, daß man nicht einmal die Gewässer des Landes oder die See benutzen kann, wie man will, daß es Rechte giebt, die man nicht beeinträchtigen darf, daß der Staat Zölle fordert, alles dies unterliegt dem Fluche, den er über das Fürstenthum ausspricht. Indem er sich hiemit zunächst den Regungen der nichtbesitzenden Classe überhaupt anschließt, hat er doch vor allem die Bewegungen der Arbeiter im Auge, die zur Zeit die Hauptstädte von Frankreich so oft mit ihrem Getümmel erfüllen. Er tritt dem Echo de la Fabrique und jenen anderen Blättern bei, die den Arbeitern täglich den Fabrikanten als ihren natürlichen und geschworenen Feind darstellen; er geht noch einen Schritt weiter und knüpft eine neue Theorie über den Ursprung des Fürstenthums daran, die von allen, welche jemals vorgetragen worden, wohl die seltsamste sein mag. Alle Menschen, sagt er, müssen arbeiten; einem Bösen aber gefällt es nicht: er nöthigt die Anderen, für ihn zu arbeiten; — doch noch nicht genug! — dieser Mensch verleitet die Armen durch höheren Lohn, mehr zu arbeiten, als sie gewohnt waren; bald übertrifft das Product die Nachfrage; er nimmt daher Anlaß, den Lohn zu verringern: täglich vermehrt er die Arbeit und vermindert den Lohn; schon hat er die Arbeiter in seiner Gewalt; er läßt sie nach Belieben Hungers sterben. — Und dieser Fabrikherr — wer sollte es glauben — das ist der Fürst. Wie früher den Staat und seine ersten Bedingungen, z. B. die Anerkennung des Eigenthums, so vermischt er hier das Interesse des Fabrikanten mit dem Fürstenthum. Der Einführung des Fürstenthums bürdet er alles auf, was in der Welt an Ungleichheiten existirt. Allen Haß will er auf diesen Einen Punct sammeln.

Wohl nicht, als glaubte er daran; aber seine Theorien richten sich nach seiner Absicht; seine Lehren modificiren sich nach dem augenblicklichen Eindruck, den er zu machen beabsichtigt. Müssen doch selbst

die Sprüche der Schrift sich dazu verwenden lassen. Wenn Christus z. B. gesagt hat: liebet Euch unter einander, so heißt das: haltet zusammen, steht für Einen Mann und macht alles nieder, was sich über die Menge erheben will. Wer kann es lesen ohne Indignation! Die Religion des Friedens wird in ihr Gegentheil verkehrt und muß den Aufruhr predigen helfen. Christus wird wieder ein weltlicher Messias: sein Reich ist von dieser Welt; er ist gleichsam in seine Gläubigen incarnirt, um ihnen das Paradies des zur Vollendung gebrachten Nivellements zu erstreiten.

Würden diese Ideen methodisch vorgetragen, so würde sie Jedermann auf den ersten Blick durchschauen, die Achseln zucken und seine Straße gehen. Allein der Autor verhüllt sie in apokalyptisches Gewölke. Die abenteuerlichsten Phantasmagorien umgiebt er mit dem Ernst und Pomp der Predigt. Was der Welt abgeschmackt vorkommen würde, wenn er es in Prosa sagte, spricht er aus als Orakel. Aber Orakel, ganz verständlich, ganz entsprechend der Leidenschaft der Menge, nichts als eine Wiederholung der Doctrinen des Tages, denen nur das geistliche Colorit eine Art von Neuheit verleiht. Wohl fühlt sich die innerliche Falschheit durch. Da ist so viel erheuchelte Sentimentalität; was sind das doch zuweilen für Gleichnisse! Der Bienenkorb muß trotz seiner Königin zur Versinnlichung der allgemeinen Gleichheit dienen; Sperlinge verjagen den Geier, um zu beweisen, daß viele Schwächere dem Mächtigen überlegen sind: widerliche Caricaturen der erhabensten Einfalt! Während das Ganze Zerstörung und Auflösung athmet, wird auch eine Ermahnung zur Gelassenheit eingeflochten. Es finden sich ein paar tiefere Gedanken, Erinnerungen einer religiösen Regung von ehedem; aber sie haben hier keine Bedeutung mehr; sie sollen nur den Ton, die Farbe erhalten; sie dienen als ein Hülfsmittel der Form; in ihrem Inhalt sind sie als ein Widerspruch da. Alle Religion verdampft wie ein Tropfen Wassers, sowie sie diese Gluth der Leidenschaft berührt. Eine in ihrer Art ohne Zweifel einzige literarische Production. So viel Talent, als man nur haben kann: stylistisch, dialektisch, der Amplification, wie sie in den französischen Schulen gelehrt wird; Fleiß und äußerste Sorgfalt der Ausarbeitung, aber dabei doch eine innerliche Trockenheit; kein Fortgang der Gedanken, lauter Antithesen, diesmal nicht von Worten, sondern von Bildern und Phantasien; keine Spur, keine Ahnung von Wahrheit, —

wie könnte man da von wahrem schöpferischem Genius reden? — Gewiß ein Meisterstück, aber, sagen wir es heraus, ein Meisterstück der Lüge, eine Apokalypse, welche Politik des Tages macht, ein Evangelium, das den Krieg predigt, ein Koran der empörten Fabriken.

Ob dies Buch nun aber wohl eine seiner Absicht entsprechende Wirkung haben wird?

Die Dinge, wie sie liegen, betrachtet, sollte man das nicht glauben.

Einmal: dem Bedürfniß des lebendig fortstrebenden Geistes widersetzt es sich vielmehr, als daß es ihm entgegenkäme. Ganz nach einer anderen Seite geht dieses Bedürfniß. Der Zerstörung, wie gesagt, ist man müde: man sehnt sich nach neuen Quellen für das geistige Leben, nach einer unweltlichen, die Anschauung der ewigen Harmonie herstellenden Religion. Hier aber wird die zerstörende Politik nur weiter getrieben: sie wird mit der Religion und dem Ideal vollends vermischt; die Revolution wird heiliggesprochen. Niemals hat etwas eine wahrhafte Wirkung gehabt, als was das Bedürfniß und das Verlangen einer Epoche, wenn nicht befriedigte, doch zu befriedigen, zu erfüllen schien. Unmöglich kann sich die Bewegung der literarischen Meinung dieser lügnerischen Schwärmerei überlassen.

Aber es giebt andere Regionen, auf welche dies Buch auch am meisten berechnet ist, deren Leidenschaften es mit einer religiösen Tendenz versetzen und dergestalt aufs neue entflammen soll. Sollte es nicht in diesen seinen Zweck erreichen?

Es steht doch auch das sehr dahin. Der Erste, der sich, soviel ich weiß, über das Buch ausführlich hat vernehmen lassen, ist Marrast gewesen, dem es in dem Gefängniß zugekommen war. Er ist in Entzücken darüber, übersetzt es auf seine Weise in eigene Worte und begrüßt den Autor als einen neuen Esaias. Daß es aber eine große Wirkung haben werde, denkt auch er nicht. Er meint, das Grab gebe seine Todten nicht wieder her und Institutionen so wenig, wie andere; er will an eine Auferstehung des Katholicismus nicht glauben: die Religion könne die Initiative nicht noch einmal ergreifen; ihre Zeit sei vorüber[1]).

1) Armand Marrast: Vingt jours de secret, Juin 1834. p. 57.

Schwer möchte es in der That halten, die Revolutionäre zu bekehren; eher könnte es möglich sein, daß Bekehrte durch das Buch revolutionär würden.

In diesem Moment liegt wohl auch die wesentliche Bedeutung desselben.

Lamennais gehört der Schule des französischen Clerus an, die schon in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts aus dem Ueberhandnehmen einer materialistischen Philosophie den Untergang des Staates wie der Kirche weissagte. In den Vorstellungen, die der Clerus jezuweilen an den Hof richtete, sieht man, welch ein bestimmtes Gefühl er von der Gefahr hatte, die ihn bedrohte. Aber alle sein Widerstand war fruchtlos. Die Geschicke hatten ihre Erfüllung. Er ward überwältigt, unterdrückt und zertreten.

Wer hätte sich wundern können, wenn sich nun die, welche aus dem allgemeinen Ruin sich noch gerettet, in Widerspruch mit der Revolution erhielten? Eben dies war ihre Mission, ihr Beruf. Eifrig genug erfüllten sie ihn. Lamennais konnte lange Zeit als der Wortführer in diesem geistlichen Gegensatz gegen die Revolution angesehen werden: er war der Beredteste von allen.

Mit dem neuen Buche aber giebt er und die Partei, die er repräsentirt, diesen Kampf auf. Er bekennt, die Revolution habe Recht, er unterwirft sich ihr. Alle Welt betet den revolutionären Geist an: die, welche sich vorzugsweise gläubig nannten, leisteten ihm bisher Widerstand; jetzt knieen auch sie nieder und leisten ihm ihre Huldigung.

Die seltsamen Formen dieses Buches können uns nicht täuschen: es ist die Abdication einer clericalischen Richtung, die bisher noch immer bedeutend war, es ist ein Fortschritt der allgemeinen Gleichmachung, es ist ein neuer Sieg der Revolution über ihre wahrsten Feinde.

Dahin muß es aber führen, wenn die Religion sich weltlichen Bestrebungen ergiebt. Es ist leicht gesagt, sie müsse sich von dem Staate trennen; wollte sie dies ernstlich, so würde sie zuerst alle Ansprüche auf Herrschaft und politischen Einfluß fahren lassen und sich ganz ihren ursprünglichen Zwecken widmen. Dadurch, daß sie dies nicht thut, daß sie indirect doch die alten Absichten verfolgt, geräth sie in ein Labyrinth, in dessen verwirrtesten Irrgängen wir sie hier antreffen.

Wohl hatten die jesuitischen Lehren des sechszehnten Jahrhunderts eine gewisse Aehnlichkeit mit denen, welche hier vorgetragen werden;

aber wie groß ist der Unterschied! Die jesuitischen Doctrinen entstanden aus dem Gefühle der Macht, die in ihrer Erweiterung begriffen war. Die Phantasien und Lehren des Gläubigen sind der Ausdruck der Niederlage. Er hat den Schein, sich zu empören; in der That aber gesellt er sich nur der Empörung zu, die er selber bisher bekämpfte.

11.

Politisches Gespräch.

(1836.)

Friedrich. So glänzend kommst du zu mir, in der Staatsrathsuniform, sogar mit deinen ausländischen Orden?

Carl. Ich wette, du hast nicht einmal die Wagen vorbeirollen hören; wolltest du aber zwei Schritte mit mir gehen, so würde ich dir die hellerleuchteten Fenster zeigen, von denen ich herkomme. Sie strahlen über die ganze Straße daher.

Fr. Und aus alle dem Glanze stiehlst du dich in die Einsamkeit dieser Studierstube?

C. Um meinem benedictinischen Bruder guten Abend zu wünschen. Nachdem man Welt gesehen, sucht man auch einen Menschen auf; nachdem man Conversation geführt, will man auch eines Gespräches genießen.

Fr. Ich kann mir den Unterschied, den du da machst, schon gefallen lassen; sei mir desto herzlicher willkommen!

C. Du glaubst ja ohnehin nicht, daß es mich befriedigen könnte, mich unter alle den Herrschaften zu bewegen, die mancherlei Meinungen und Notizen, die einen Salon beherrschen, mit der Nüance der meinigen zu versetzen.

Fr. Du redest, wie die meisten Weltkinder reden, von Byron an; du fühlst dich ermüdet, abgespannt.

C. Welt und Conversation geben doch nur eine Berührung im Elemente des Allgemeinen, an der Oberfläche des Geistes: man sieht Menschen, welche die Gunst der Umstände oder die Geburt auf die Höhe der Gesellschaft gehoben; man hört von den Dingen, auf welche

der Augenblick die Aufmerksamkeit gelenkt hat; es ist eine Gemeinschaft der flüchtigsten Art, die sich unaufhörlich verwandelt und dabei doch Jahr aus Jahr ein die nämliche bleibt. Es giebt Leute, die darin ihre Befriedigung sehen; mir ist dieses abwechselnde Einerlei etwas drückend.

Fr. Gleichwohl wirst du es nicht völlig entbehren wollen. Es müssen in der vornehmen Gesellschaft doch zugleich die Interessen der Welt, durch welche sie wirklich in Bewegung gesetzt wird, wäre es auch nur flüchtig und, wie du sagst, an der Oberfläche, zu Tage kommen. Es muß euch interessant sein, sie hervortauchen, immer stärker werden, zur Herrschaft gelangen, wieder verschwinden zu sehen. Wovon sprach man heute vorzüglich?

C. Mein Gott, es wiederholt sich die Zeitung, wie ein Jeder sie auffaßt: Spannung zwischen England und Rußland; Portfolio; Rückgabe von Silistria; die Reise der französischen Prinzen; Alibaud; die geringe Aufmerksamkeit, welche man heutzutage den Kammerverhandlungen widmet; Eisenbahnen und Percussionsgewehre; Krieg und Friede: mit einem Worte alles, was du willst.

Fr. Aber einige Gesichtspuncte, einige Meinungen walteten vor?

C. Nach den verschiedenen Ständen. Den jungen Officieren leuchten die Augen bei dem bloßen Gedanken an Krieg, ohne daß sie viel danach fragen sollten, gegen wen es gehe; — sie ergreifen die Feindseligkeiten des Portfolio; — sie glauben, man wolle es in England ernstlich zum Bruche bringen; — sie zweifeln nicht, daß das Feuer dann unverzüglich das übrige Europa und die Welt ergreifen werde.

Fr. Was wäre es auch für eine Armee, die den Krieg nicht von Herzen herbeiwünschte: Thätigkeit, Geltung, Avancement? Ich verdenke es Keinem.

C. Es ist nur sonderbar, daß man niemals gewaltiger und allgemeiner gerüstet war als jetzt, und daß man niemals längeren Frieden hatte.

Fr. Das bedingt sich nun wohl. Der Krieg wurde sonst mit dem Ueberschuß der Kräfte geführt, mit den Leuten, die man entbehren konnte, mit dem Gelde, das sich entweder im Schatze fand oder doch ohne allzu große Anstrengung aufzubringen war; jetzt schlagen die Nationen, bewaffnet wie sie sind, beinahe Mann bei Mann, mit aller ihrer Kraft; die Kosten der ersten Ausrüstung schon sind unerschwinglich; zu einem Kampfe auf Leben und Tod müßte man sich gefaßt machen; kein Wunder, daß man sich

ein wenig besinnt. — Aber Du wolltest noch von einer anderen Meinung reden.

C. Die Administration dagegen sieht mit Vergnügen den langen Frieden kommen. Man hört auf, den Gegensatz der absoluten und constitutionellen Monarchien zu fürchten, der die Aussicht alle die Jahre daher bewölkte und so gefährlich schien. Justemilieu, das sich so lange ruhig halten mußte, schöpft wieder Athem. Man hofft, Alles werde die Unmöglichkeit einsehen, in den Extremen zu regieren.

Fr. Und zu dieser Meinung, dünkt mich, wirst auch du dich halten.

C. Wie könnte ich anders? Darf sich die Politik der unaufhörlichen Bewegung der popularen oder den retardirenden Principien der aristokratischen Tendenzen ergeben? Und muß man nicht in ihrem Kampfe eine Stellung zwischen ihnen ergreifen, schon darum, um ihnen nicht dienstbar zu werden und sich nicht durch ihren Impuls von dem, was man will, zu dem, was man nicht will, fortreißen zu lassen?

Fr. Sehr weise.

C. Und sehr nothwendig. Wo wäre auch ein Staat, der sich nicht in der Nothwendigkeit sähe, diesen Ausweg zu ergreifen? Man hätte glauben sollen, nach der letzten französischen Revolution würden Bewegung und Liberalismus ein unwiderstehliches Uebergewicht davontragen; aber die aus dem Unsturz hervorgegangene Regierung selbst sah sich nach wenig Tagen gezwungen, sich in den Widerstand zu werfen, und es liegt vor Augen, welche Rückwirkung dies, wie auf das gesammte Europa, so besonders auf unser constitutionelles Deutschland ausgeübt hat. Die Whigs schiffen zwischen Radicalismus und conservativen Principien: sie mögen jenen noch so sehr zu begünstigen scheinen, so haben sie diese nicht aufgegeben.

Fr. Glaubst du in der That, daß sich auf solche Weise regieren läßt?

C. Wärst du nicht dieser Meinung?

Fr. Ich befinde mich in dem besonderen Falle, dir im Ganzen beizustimmen und dabei doch widersprechen zu müssen.

C. Was kannst du aber dagegen sagen? Erkläre mir deine Meinung!

Fr. Hast du auch Neigung, indem du aus einer heiteren Gesellschaft kommst, geduldig auf die Erörterung einer sehr ernsten Frage einzugehen? Denn tiefer, als du denkst, möchten wir fortgezogen werden.

C. Wie sollte ich nicht: auf diese Weise gelangen wir ja allein

von der Conversation zum Gespräch, von dem Abgemachten zu dem Suchen und Finden.

Fr. Antworte mir denn zunächst auf eine Frage: hast du wohl je bestätigt gefunden, was so häufig ausgesprochen wird, die Wahrheit liege in der Mitte?

C. Ich habe wenigstens immer bemerkt, daß sie nicht in den Extremen zu suchen ist.

Fr. Aus den Extremen aber wirst du nicht auf die Wahrheit schließen können. Die Wahrheit liegt überhaupt außer dem Bereiche des Irrthums. Aus allen Gestalten des Irrthums zusammengenommen könntest du sie nicht abstrahiren: sie will gefunden sein, angeschaut, an und für sich, in ihrem eigenen Kreise. Aus allen Ketzereien der Welt könntest du nicht entnehmen, was das Christenthum ist; du mußt das Evangelium lesen, um es kennen zu lernen. Ja, wir dürfen behaupten, aus allem Lob und Tadel der Welt wird sich noch kein gesundes Urtheil bilden lassen, so gewissenhaft du auch die Mitte zwischen beiden aufsuchen magst.

C. Ich will deinen Satz fürs erste gelten lassen; was hat das aber mit dem Justemilieu zu schaffen?

Fr. Auch in dem Staat nimmst du Extreme der Meinung wahr. Ich gebe dir zu, daß sie die rechte nicht enthalten mögen; wer sagt dir aber, daß diese in der Mitte liegt?

C. Der Staat ist keine Doctrin. Die Parteien vertheidigen nicht bloß Meinungen: sie selbst sind Kräfte, Gewalten, die einander gegenüberstehen, einander bekämpfen, sich aus der Stelle treiben, wie wir ja täglich wahrnehmen.

Fr. Und zwischen denen nun, meinst du, soll die Regierung das Gleichgewicht erhalten?

C. Ja wohl. Regieren ist Führen, Lenken.

Fr. Ich frage dich aber, wie sie das vermag? Wo nimmt sie die Kraft dazu her?

C. Es giebt in unserer Zeit keine Verfassung, welche der Regierung, auch einer beschränkten, nicht ein bedeutendes Maß von Macht zugestünde.

Fr. Erlaub mir! Macht an sich thut es nicht; sie ist ein Instrument, bei dem es erst darauf ankommt, wozu man es braucht, ob man es überhaupt zu brauchen versteht. Deine Regierung würde keine Bedeutung in sich selbst haben.

C. Wie so das? Hat es keine Bedeutung, den Kampf zu verhüten, das allgemeine Beste zu befördern? — Höre mich an! —

Wie wir auch Staat und Gesellschaft definiren mögen, so bleibt immer ein Gegensatz zwischen Obrigkeit und Unterthan, zwischen der Masse der Regierten und der kleinen Zahl der Regierenden. Die Dinge mögen nun stehen, wie sie wollen, so wird sich allemal finden, daß zuletzt das Interesse der großen Zahl überwiegt, der Regierende sich auf eine oder die andere Weise unterordnet. In der Masse aber wird es immer Entzweiungen geben, verschiedene Parteien, was wir nicht eben allemal als Desorganisation betrachten dürfen; es ist häufig nur eine Lebensform, bei welcher das allgemeine Wohl recht gut gedeiht. Was kann da die Regierung Besseres thun, als daß sie die Uebermacht der einen und der anderen oder ein gefährliches Zusammentreffen beider vermeidet?

Fr. Du entschlüpfst mir damit nicht. Auf diese Weise wird die Welt den Parteien gehören; in ihnen wird das Leben liegen, die Regierung wird nur der Punct der Indifferenz sein; eben dies kann ich dir nicht zugeben.

C. Und warum nicht?

Fr. Du wirst mir zugestehen, und es liegt in deinen Worten, daß die Parteien, von denen du redest, geistige Kräfte repräsentiren, nicht allein ein gewisses Maß von Macht.

C. Ohne Zweifel Kräfte und Tendenzen.

Fr. Muß nicht die Regierung, um diese Kräfte zu bekämpfen, in Zaum zu halten, selber eine stärkere geistige Kraft sein? Du schreibst ihr eine Handlung zu: was ist das Agens, das Wirksame? Mit dem bloßen guten Willen der Vermittelung wirst du es nicht ausrichten. Eine Wesenheit, ein Selbst mußt du haben.

C. Wie dem auch sei, so viel bleibt immer wahr, daß die Regierung die Mitte zwischen den Parteien wird behaupten müssen.

Fr. Eben hier liegt unsere Uebereinstimmung und unsere Differenz. Es giebt, däucht mich, eine doppelte Vorstellung von Justemilieu. Nach der einen ist es eigentlich negativer Art: da machen die Parteien den Staat aus; die herrschende Gewalt ist nur beflissen, keiner Unrecht zu thun, sich zwischen ihnen zu halten. Das schien mir deine Vorstellung zu sein. Nach der anderen aber ist es vielmehr positiv: es stößt allerdings die Parteien, die Extreme von sich aus, aber nur darum, weil es seinen eigenen positiven Inhalt hat, seine natürliche eigenthümliche Tendenz, die es vor allem durchsetzen muß.

C. In sofern hast Du freilich Recht, daß diese Frage uns tiefer führen wird. Es ist das Wesen des Staates überhaupt, zu dem unser

Gespräch — und ich gestehe, zu meiner Genugthuung — sich wendet. Schon öfter habe ich empfunden, daß du dir darüber eine von der meinen abweichende Vorstellung gebildet hast. Wenn dich nichts abhält, so stehe mir heute ausführlicher Rede. Was verstehst du unter dem positiven geistigen Inhalt des Staates? Gehen sie nicht alle von demselben Anfang aus? Haben sie nicht alle die nämlichen Pflichten? Ist ihre Verschiedenheit nicht zufälliger Art?

Fr. In der That, alle diese Fragen, die du zu bejahen scheinst, beantworte ich mit einem entschlossenen Nein. Wenn wir uns verstehen wollen, müssen wir allerdings einen Schritt weiter gehen.

Kennst du das kleine Buch, das da auf dem Tische liegt?

C. Les deux derniers chapitres de ma philosophie de la guerre. Von wem?

Fr. Lies auch den innern Titel.

C. Ah! von Chambray, dem fleißigen und einsichtsvollen Geschichtschreiber des Feldzuges in Rußland. Auch den Inhalt giebt sogleich der Titel an: Chap. IX. Des institutions militaires dans leurs rapports avec les constitutions politiques et avec les institutions civiles. Schon ein glücklicher Gedanke! — Ich wäre begierig, zu erfahren, wohin seine Meinung geht.

Fr. Er findet, daß die militärischen Einrichtungen mit innerer Nothwendigkeit dem Zustande der Gesellschaft, der bürgerlichen Verfassung entsprechen.

C. Führe mir ein Beispiel an.

Fr. Die englische Armee entspricht dem unreformirten Parlament. Die Aristokratie, welche beide Häuser erfüllte, votirte jährlich die Existenz derselben; wie es das Interesse der Aristokratie war — denn sie machte ja im Grunde den Staat aus —, die bestehende Ordnung der Dinge zu erhalten, so hatte sie in Folge einiger eigenthümlicher Einrichtungen die Officierstellen eingenommen und hat sie noch behauptet. Unterofficiere und Gemeine dagegen werden angeworben; durch bessere Löhnung und sorgfältigere Pflege, als irgend eine andere europäische Truppe genießt, wie sie aber der Zustand der Nation fordert und möglich macht, werden sie bei gutem Willen und zugleich durch die strengste Zucht, durch die härtesten Strafen in Unterordnung gehalten.

C. Daraus scheint sich zu ergeben, daß, wenn die Verfassung fernere Abänderungen erfährt, solche auch in der Armee nicht ausbleiben werden.

Fr. Ich zweifle nicht, sowie die Abänderungen nur noch tiefer eingreifen.

C. Auch leitet sich der Gegensatz daher ab, in welchem die englische mit der preußischen Armee steht.

Fr. Auch in Preußen findet der Autor militärische und bürgerliche Institutionen in vollkommener Uebereinstimmung; die allgemeine Dienstpflicht mit der individuellen Freiheit und der Theilung des Eigenthums; die Einrichtung der Landwehr mit den municipalen Berechtigungen; die Bevorzugung der gebildeten Classen beim einjährigen Dienst mit der Stellung, welche diese überhaupt einnehmen. Daß der Unterofficier Aussicht auf Versorgung habe, knüpfe ihn um so enger an den Staat. „Ein Land“, ruft er aus, „welches eine Miliz hat, wie die Landwehr, und Institutionen, wie die Städteordnung, besitzt die Freiheit in der That“.

C. Wie waren es zwei so durchaus verschiedene Armeen, welche Napoleon bei Waterloo überwanden, von nahe verwandten Nationen, aber nach verschiedenen inneren Motiven gebildet, die eine angeworben, wohlverpflegt, ausharrend, aristokratisch, die andere national, beweglich, bereit, auch allenfalls Mangel zu leiden, unermüdlich. Es ist recht bedeutend, daß die Vereinigung zwei so entgegengesetzter Waffenbrüderschaften, von denen die eine den alten, die andere den neuen Zustand des germanischen Europa in sich schloß, den letzten entscheidenden Sieg erfocht. Man begreift es, daß Wellington damals die Verfolgung ablehnte und daß er auch seitdem keine Lust bezeigt, die Institutionen seiner Armee zu verändern. Er ist eben auch hier ein Antireformer. Von seinen Mitstreitern vermochte er sich nicht einmal einen Begriff zu verschaffen. — Spricht Chambray auch von der französischen Armee nach Napoleon?

Fr. Er ist nicht gerade ihr Bewunderer. Er kann es nicht vertragen, daß ein General, der zwanzig Schlachten gewonnen, nicht so viel politische Rechte ausüben soll, als ein Krämer, welcher ein paar hundert Franken Steuer zahlt. Das Avancement findet er bei weitem mehr von der Empfehlung eines Deputirten abhängig, der doch nur ein persönliches Interesse an dem Empfohlenen nimmt, als von dem Oberbefehlshaber, der denselben in den verschiedensten Lagen neben seinen Mitbewerbern geprüft hat. Die Officiere scheinen zum Theil sogar ein Interesse bei einer Staatsveränderung zu haben, weil sich voraussehen läßt, daß viele dann nicht weiter dienen, sondern sich zurückziehen und mithin zahlreiche Avancements eintreten werden.

C. Sonderbar, wie der Zustand der Gesellschaft mit den Elementen, die in ihr vorherrschen, jedes einzelne Institut erfüllt. Es ist das doppelt merkwürdig bei der bewaffneten Macht, die einen so unbedingten und von dem Gange der inneren Staatsverwaltung un=

abhängigen Zweck hat, wo man von jeher sich alles anzueignen befleißigte, was sich bei dem Nachbar oder dem Feinde brauchbar erwies. —

Fr. Eben das ist meine Bemerkung. Die das Ganze belebende, beherrschende Idee, der vorwaltende Zug des Geistes, der allgemeine Zustand bedingen Bildung und Wesen jedes Institutes. Man könnte freilich sagen, das Institut habe ganz für sich eine unabhängige Bedeutung. Insofern aber, in der That, sehe ich darin wenig mehr als eine Forderung, eine Möglichkeit; erst in der Ausführung erhält es geistige Realität; dann aber treten auch sofort die Unterschiede hervor.

C. Ich gestehe, ich habe schon öfter etwas Aehnliches wahrzunehmen geglaubt. Man räth uns oft an, eine oder die andere Einrichtung aus einem anderen Lande aufzunehmen; aber wer steht uns dafür, daß sie bei uns nicht in etwas Anderes umschlägt? Die Franzosen wünschten, sich das deutsche Unterrichtssystem anzueignen. Dies System beruht jedoch so sehr auf den Bedürfnissen, Gedanken und der Entwickelung der deutschen protestantischen Kirche, es ist so ganz vom Geiste derselben durchdrungen und getränkt, daß sie wohl nur die äußersten Umrisse, nur die Anschauung der zur Erscheinung gebrachten Idee an sich bringen können. Welch einen Unterschied nehmen wir zwischen den Universitäten der verschiedenen Länder wahr, obwohl sie in allen auf derselben historischen Grundlage beruhen!

Fr. Nun wohl! mit Vergnügen sehe ich, daß du hierin mit mir übereinstimmst. Es ist ein wesentliches Stück der Vorstellung, die wir zur Klarheit zu bringen haben. Dieselben Institute, mit demselben Zwecke, die auf den nämlichen historischen Grundlagen beruhen, sehen wir doch in den verschiedenen Ländern die abweichendsten Gestalten annehmen. — Woher, meinst du, daß dies abzuleiten ist?

C. Ich zweifle nicht, von den verschiedenen Verfassungen. — Die englische Kirche bringt die englischen Universitäten hervor, die Verfassung des Parlaments bestimmt die militärischen Institute; — mit unserer Kirche und unserem Staate hängen alle Einrichtungen unseres Landes auf das genaueste zusammen.

Fr. Zugestanden: aber ich frage weiter, wovon hängt die Verfassung ab?

C. Du wirst nicht fragen, wie sich eine jede im Laufe der Zeit entwickelt hat. Nur darauf, dächt' ich, käme es an, worin sie besteht. Der Gegensatz der Staatskörper, das Verhältniß der Gewalten, das Uebergewicht der einen oder der andern, die ganze innere

Oekonomie eines Landes, endlich die Bildungsstufe, auf der sich die Nation befindet.

Fr. Wäre dem so, so müßtest du ja Constitutionen copiren und nach einiger Vorbereitung und Heranbildung auf einen andern Boden übertragen können. Ist es aber, wie du zugestehst und dir praktisch einleuchtet, schon so schwierig, einzelne Einrichtungen zu verpflanzen, wird es nicht in Hinsicht der allgemeinen Verfassung geradezu unmöglich sein? Selbst wenn dir das besser gelänge, als es gelingen kann, so würde doch etwas Anderes, Verschiedenes entstehen.

C. Nach den verschiedenen Modificationen der Zustände, wie ja auch eine lebendige Verfassung in dem eigenen Lande unaufhörliche Abwandlungen erfährt.

Fr. Täuschen wir uns nicht mit Möglichkeiten, an die wir doch eigentlich nicht glauben. Die Formen lassen sich verpflanzen; das aber, woher dieselben ihren Ursprung haben, nicht allein historische Grundlagen, sondern der Geist, welcher Vergangenheit und Gegenwart verbindet, und der auch die Zukunft beleben muß, wie wollt ihr den copiren? Oder vielmehr — denn das würde nicht einmal etwas helfen — ihr müßtet euch seiner bemächtigen und ihn selbst eurer neuen Schöpfung einhauchen.

C. Ich sollte doch glauben, es wäre ohnehin eine innere Verwandtschaft da. Allenthalben sehe ich die drei Stände, ähnliche Formen, correspondirende Parteien, die den wärmsten Antheil an Interessen nehmen, von denen sie unmittelbar gar nicht berührt werden. Es giebt einen Geist der Aristokratie, der Demokratie, der gemischten oder der reinen Monarchie. Ich will nicht sagen, daß Alles gleich sein müsse, ich bin weit davon entfernt. Aber eine Verfassung hat an der einen, eine andere an der andern Stelle eine vollkommenere Ausbildung: warum soll man nicht dieses Vollkommenere nachahmen, sich aneignen können?

Fr. Du scheinst mir diese Verfassungsarten zu hoch anzuschlagen. Es sind Classificationen, wie in der Botanik; aber glaubst du, daß ein Liebhaber seine Blumen an den Staubfäden erkennt? Man machte jene Unterscheidungen im Alterthum, und so haben sie sich in Geltung erhalten. Jedoch noch etwas Anderes lebte in Athen, als der demokratische Geist. Die Demokratie hat die Ideale der schönen Kunst nicht hervorgebracht: Plato war ein schlechter Demokrat. Denke dir die Aristokratie nach allen ihren Prädicaten, niemals könntest du Sparta ahnen, ich will nicht sagen, seine Thaten und Sitten, sondern

nur die Art und Weise seiner Verfassung, nur das Verhältniß zwischen Spartiaten, Lacedämoniern und Heloten.

C. Doch wirst du diese Unterscheidungen nicht für unwichtig erklären. Du wirst nicht leugnen, daß die verschiedenen Staaten etwas Gemeinschaftliches haben.

Fr. Mich däucht aber, wir müssen das Formelle und das Reale unterscheiden. Das Formelle ist das Allgemeine, das Reale ist das Besondere, Lebendige. Gewisse Formen der Verfassung, — namentlich die, welche eine Beschränkung der persönlichen Willkür bezwecken, — Festsetzungen der Standesverhältnisse mögen allen Staaten nothwendig sein. Aber sie sind nicht das ursprüngliche Leben, durch welches vielmehr alle Formen erst ihren Inhalt bekommen. Es giebt etwas, wodurch jeder Staat nicht eine Abtheilung des Allgemeinen, sondern wodurch er Leben ist, Individuum, er selber.

C. Verstehe ich dich recht, so weicht deine Ansicht dadurch von andern ab, daß man gewöhnlich von den Verschiedenheiten der Form ausgeht und aus den Gattungen, die man annimmt, das Individuelle hervortreten läßt; du dagegen betrachtest die Formen mehr als ein zweites, untergeordnetes Element: als ursprünglich setzest du das eigenthümlich geistige Dasein des individuellen Staates, sein Princip.

Fr. Wir können es uns an dem Beispiele der Sprache deutlich machen. Die Formen, in denen sich die Grammatik bewegt, haben eine allgemeine Uebereinstimmung: sie kehren immer und überall auf gewisse Weise wieder. Aber der Geist jeder besonderen Sprache bringt eine unendliche Mannigfaltigkeit von Modificationen hervor. Unter dem Princip des Staates haben wir nicht eine Abstraction der Meinung, sondern sein inneres Leben zu verstehen; dies Princip verleiht jenen Formen der menschlichen Gesellschaft, die, ich leugne es nicht, ihr unentbehrlich sind, erst ihre bestimmende Modification, die Erfüllung der Realität.

C. Du setzest demnach gleichsam verschiedene geistige Substanzen, welche alle Modalitäten der Verfassung und der Gesellschaft erst beleben. Aber sprichst du damit nicht aller allgemeinen Politik Hohn? Du scheinst mir die ersten Grundfragen, von denen die Doctrin über den Staat auszugehen pflegt, zu übersehen.

Fr. Du meinst die Fragen über die ursprüngliche Bildung der Staaten, das Pactum unionis et subjectionis.

C. Welches der Anfang des Staates überhaupt war, Gewalt

oder Vertrag, ob die Regierung eine ihr delegirte oder ursprünglich inhärirende Befugniß ausübt.

Fr. Verzeih mir, es ist ein Gebiet, das ich ungern berühre. Es liegt jenseit unserer Wahrnehmung. Hast du wohl vor kurzem die Sternwarte besucht und unsern neuen Frauenhofer erprobt?

C. Wie kommst du darauf?

Fr. Wenn man den ganzen Himmel betrachtet hat, selbst die unermeßlichen Sterngruppen, die die Milchstraße ausmachen, und den Blick immer tiefer in den unendlichen Raum versenkt, so begegnet uns in letzter Entfernung gleichsam eine zweite Nacht, noch tiefer und dunkler, auf deren Boden wir eine neue Welt, wunderbarere Gebilde wahrnehmen.

C. Die Nebelflecke meinst du.

Fr. Schwachleuchtende flüssige Meteore, bald Scheiben, bald Bogen, bald Ringe, und doch eine Sternenwelt, von der man glauben möchte, sie wäre noch in ihrer Bildung begriffen. Ich frage dich, soll man wohl die Astronomie auf die unsichern Beobachtungen gründen, die wir in jenem Gebiete machen können?

C. Und scheinen dir die Theorien über den Staat, die sich in so strenger Form darstellen, wirklich mit einem so chimärischen Beginnen verglichen werden zu können?

Fr. Man übersieht das, was man zunächst hat, und aus der dunkelsten Ferne sucht man zerstreute Thatsachen auf, um sie doch auf das Nächste anzuwenden. Aber Keppler entdeckte die Gesetze, die nach ihm den Namen führen, nur nach den genauesten, sorgfältigsten Beobachtungen eines wirklich zu erreichenden, zu berechnenden Himmelskörpers.

C. Wolltest du der allgemeinen Politik, wie wir sie jetzt haben, ihre Gültigkeit überhaupt ableugnen?

Fr. Sie ist mir so problematisch wie der Werth der sogenannten philosophischen Grammatik. Auch diese führt mit der logischen Erörterung allgemeiner Sprachformen niemals zum Ziele. Jede Sprache stellt tausend besondere Modificationen derselben dar. Erst durch umfassende historische Untersuchung und Combination wird man sich zu ahnender Erkenntniß der in der Tiefe waltenden, alle beherrschenden geistigen Gesetze erheben. Wie mit jener Grammatik, so steht es mit der Politik, die von der leeren Idee des Staates ausgeht. Erinnere dich an Fichte. „Da die Oberfläche der Erde zerschnitten ist,“ sagte er, „durch Meere, Flüsse, Gebirge, und durch sie die Menschen getrennt, so ward es auch dadurch nothwendig, daß verschiedene

Staaten entstunden." Glaubst du, daß man von einem solchen Anfang aus wirklich zur Anschauung und Würdigung des Ursprünglichen und in dem Geiste Verschiedenen gelangen kann?

C. Unerläßlich aber bleibt immer die allgemeine Erörterung. Der Mensch muß doch wissen, warum er im Staate ist, warum er gehorcht.

Fr. Du hast Recht, daß die Theorie von diesem Bedürfniß ausgeht. Sie ist eine Vermittelung zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht. Jenes sucht in diesem seinen Schutz, seine letzte Gewährleistung; dieses nimmt die Elemente des ersten in sich auf.

C. Und kommt es nicht in der That auf diese Vermittelung an? Ist nicht die allgemeine Sicherheit eines der vorzüglichsten Resultate moderner Staatsverwaltung?

Fr. Ich leugne das nicht. Aber es wird sich aus dieser allgemeinen Forderung, die doch nur eine Rücksicht des Privatlebens ausmacht, höchstens auf die Nothwendigkeit gewisser Formen und Bildungen schließen lassen, so wie dort in jenem Nebelmeere die ätherischen, flüssigen Gestalten sich auch hie und da wieder compacter zeigen, sich um einen Kern gruppiren. Die frühesten Anfänge der Bildung kann man auf diese Weise erläutern, nicht aber zur Anschauung und Beurtheilung der vollendeten Wesenheiten gelangen.

C. Und so leugnest du, daß sich mit dem Begriffe des Staates im Allgemeinen viel anfangen lasse.

Fr. Ich halte dafür, die echte Politik muß eine historische Grundlage haben, auf Beobachtung der mächtigen und in sich selbst zu namhafter Entwickelung gediehenen Staaten beruhen.

C. Wird man nicht aus dem Allgemeinen zu dem Besonderen fortgehen können?

Fr. Ohne Sprung, ohne neuen Anfang kann man aus dem Allgemeinen gar nicht in das Besondere gelangen. Das Real-Geistige, welches in ungeahnter Originalität dir plötzlich vor den Augen steht, läßt sich von keinem höheren Princip ableiten. Aus dem Besonderen kannst du wohl bedachtsam und kühn zu dem Allgemeinen aufsteigen; aus der allgemeinen Theorie giebt es keinen Weg zur Anschauung des Besonderen.

C. Worin setzest du aber dies Besondere?

Fr. Laß uns von dem Allergeringsten anfangen. Sieh da unsern Jacques, eine Art von dienendem Cosmopoliten, der sein Talent der Dienstbarkeit schon in Italien, in Constantinopel und

Petersburg versucht hat und durch ungünstige Winde endlich in diese Einsiedelei eines deutschen Gelehrten verschlagen worden, — ist er nicht in jeder seiner Bewegungen ein alter Franzos?

C. So bewegt er die Arme, wenn er auf der Straße geht, so faßt er die Lampe an; so gebehrdet er sich, wenn ihm etwas Unerwartetes begegnet; so sind seine Gefühle, vielleicht seine Gedanken.

Fr. Nicht dort ist unser Vaterland, wo es uns endlich einmal wohl ergeht. Unser Vaterland ist vielmehr mit uns, in uns. Deutschland lebt in uns; wir stellen es dar, mögen wir wollen oder nicht, in jedem Lande, dahin wir uns verfügen, unter jeder Zone. Wir beruhen darauf von Anfang an und können uns nicht emancipiren. Dieses geheime Etwas, das den Geringsten erfüllt, wie den Vornehmsten, — diese geistige Luft, die wir aus- und einathmen, — geht aller Verfassung vorher, belebt und erfüllt alle ihre Formen.

C. Es scheint, als fielen dir Nationalität und Staat zusammen.

Fr. Das ist doch weniger der Fall, als man glauben sollte. Die Nationen haben eine Tendenz, Staat zu sein; doch wüßte ich keine einzige, die es wirklich wäre. Frankreich, das diesem Ziele vielleicht am nächsten kommt, umfaßt lange nicht alle Franzosen, weder jene Canadier, welche in ihrer Entfernung und Absonderung, wie man sagt, das alte feudale Frankreich zu repräsentiren fortfahren, noch auch seine nächsten Nachbarn in Savoyen und der Schweiz. Noch weiter entfernt davon ist England. Seine Colonien haben sich in Masse von ihm abgesondert und in einer dem Mutterlande entgegengesetzten Bewegung entwickelt. Von Deutschland braucht man gar nicht zu reden. Wollte man selbst den deutschen Bund als eine Art von Staat betrachten, was sich doch nur in einem sehr uneigentlichen Sinne vertheidigen ließe, so wären doch lange nicht alle Deutsche darunter begriffen.

C. Woher leitest du diese Erscheinung ab? Auf Nationalität müßte doch, deiner Idee zufolge, der Staat sich gründen.

Fr. Der Staat ist seiner Natur nach bei weitem enger geschlossen als die Nation; er ist eine Modification wie des menschlichen so auch des nationalen Daseins.

C. Und wodurch kommt diese Modification zu Stande?

Fr. In die Zeiten der Urwelt können wir nicht hinabsteigen. Unsere Geschichte umfaßt eine kurze Spanne Zeit, und auch diese wie unvollständig und zweifelhaft! Was wollte es uns auch helfen, zu

Epochen zurückzukehren, wo andere Vorstellungen von Erde und Himmel, andere Religionen die Welt beherrschten, wo dann andere Bedürfnisse, Fehler und Tugenden auf Einrichtungen führten, welche ihnen entsprachen. Wir finden die Welt von bürgerlichen Verfassungen eingenommen. Aber darum hört die Production keinen Augenblick auf. Aus dem Unscheinbaren erhebt sich durch eine neue Belebung das Gewaltige; aus der Zerstörung selbst erwachsen, es ist wahr, unter Zuckungen, aber doch haltbar neue Formen. Dies zu beobachten, die Regel des Werdens zu finden, halte ich für wichtiger und ist mir wenigstens interessanter als alle von ihrem Gegenstande getrennte Reflexion.

C. Du wirst schon angefangen haben, Beobachtungen anzustellen. Ich will sie dir heute nicht abverlangen. Aber im Allgemeinen, wie findest du, daß diese neuen Gestaltungen entspringen?

Fr. Natur der Dinge und Gelegenheit, Genius und Glück wirken zusammen.

C. Das Glück? Du meinst den Ausschlag der Begebenheit, den Sieg.

Fr. Den Moment, in welchem die Unabhängigkeit erkämpft und in Besitz gebracht ist.

C. In deiner Politik, scheint es, werden die auswärtigen Verhältnisse eine große Rolle spielen.

Fr. Die Welt, wie gesagt, ist eingenommen. Um etwas zu sein, muß man sich erheben aus eigener Kraft, freie Selbständigkeit entwickeln, und das Recht, das uns nicht zugestanden wird, müssen wir uns erkämpfen.

C. Würde dann nicht Alles auf die rohe Gewalt ankommen?

Fr. Nicht so viel, als das Wort Kampf anzudeuten scheint. Die Grundlage ist vorhanden, eine Gemeinschaft geschlossen; soll sie sich aber zu universaler Bedeutung erheben, so ist vor allem moralische Energie vonnöthen. Durch diese allein können die Nebenbuhler, die Feinde im Wettstreit überwunden werden.

C. Du betrachtest das blutige Kriegshandwerk als einen Wettstreit der moralischen Energie. Hüte dich, daß du nicht zu sublim wirst!

Fr. Du weißt recht wohl, daß ihn unsere Altvordern, die wahrhaftig nicht sublim waren, auch so faßten. So boten jene Tencterer, jene Amsivarier den Römern Wettstreit um das leerstehende Land an. Aber in der That, du wirst mir wenig wichtige Kriege nennen können, von denen sich nicht nachweisen ließe, daß die wahre moralische Energie den Sieg behauptete.

C. Und von dem Kampfe, dem Siege willst du nun auch die Formen der inneren Organisation herleiten.

Fr. Nicht durchaus, nicht ursprünglich, aber wohl die Modification derselben. Das Maß der Unabhängigkeit giebt einem Staate seine Stellung in der Welt; es legt ihm zugleich die Nothwendigkeit auf, alle inneren Verhältnisse zu dem Zwecke einzurichten, sich zu behaupten. Dies ist sein oberstes Gesetz.

C. Du scheinst eine militärische Tyrannei zu begünstigen.

Fr. Wie wäre es möglich, daß jemals eine großartige Stellung erworben würde ohne freiwilliges und vollkommenes Zusammenschließen aller Glieder! Durch die geheime Wirksamkeit zusammenhaltender Ideen bilden sich allmählig die großen Gemeinschaften. Glücklich, wenn Einer den Genius hat, sie zu leiten! Die Kraft, sie zu zwingen, würde er niemals besitzen.

C. Und so wäre es höchstens ein freiwilliger Militärstaat, den du gründest.

Fr. Du scheinst mir vorzuwerfen, was Aristoteles an einigen alten Gesetzgebern tadelt: ich denke mehr darauf, den Staat groß und mächtig zu machen, als die Bürger weise und gut, und mehr auf Kampf und Bewegung gehe mein Absehen als auf Frieden und Muße. Für den Anfang des Daseins, für die Epoche, wo es die Erkämpfung der Unabhängigkeit gilt, hast du nicht Unrecht. Allmählig aber werden alle friedlichen Bedürfnisse der menschlichen Natur sich geltend machen; dann muß sich Alles ausgleichen. Wir sprechen wohl hernach noch davon. Jetzt laß uns nur bei unserm bisherigen Ergebniß stehen bleiben, um es nur erst einmal zusammenzufassen. Nicht die entfernten Ursprünge so sehr, als das Gewordene, was wir vor Augen haben, fesselt unsere Aufmerksamkeit.

C. Und wie siehst du dies an?

Fr. Alle die Staaten, die in der Welt zählen und etwas bedeuten, sind erfüllt von besonderen, ihnen eigenen Tendenzen. Es würde lächerlich sein, sie für eben so viele Sicherheitsanstalten für die Individuen, die sich zusammengethan, etwa für ihr Privateigenthum, zu erklären. Vielmehr sind jene Tendenzen geistiger Art, und der Charakter aller Mitbürger wird dadurch bestimmt, ihnen unauslöschlich aufgeprägt. Durch die Verschiedenheiten, welche hieraus entspringen, werden die Formen der Verfassung, die allerdings eine gemeinschaftliche Nothwendigkeit haben, allenthalben anders modificirt. Von der obersten Idee hängt Alles ab. Das will es sagen, wenn auch die Staaten ihren Ursprung von Gott herleiten. Denn die Idee ist göttlichen

Ursprungs. — Jeder selbständige Staat hat sein eigenes ursprüngliches Leben, das auch seine Stadien hat und zu Grunde gehen kann, wie alles, was lebt, aber zunächst seinen ganzen Umkreis erfüllt und beherrscht und mit keinem anderen gleich ist.

C. In diesem Sinne verstehst du es, daß die Staaten Individuen seien.

Fr. Individualitäten, eine der anderen analog, — aber wesentlich unabhängig von einander. Statt jener flüchtigen Conglomerate, die sich dir aus der Lehre vom Vertrag erheben wie Wolkengebilde, sehe ich geistige Wesenheiten, originale Schöpfungen des Menschengeistes, — man darf sagen, Gedanken Gottes.

C. Ich will dir nicht widersprechen: zu fest scheint mir deine Ansicht, und ich bekenne, ich fühle mich von ihr angesprochen. Aber steigen wir ein wenig herab aus der allgemeinen Betrachtung. Sage mir, hältst du dafür, daß auch die heutigen Staaten diesen Ursprung und Inhalt haben?

Fr. Eben von ihnen nehme ich meine Behauptung her. Sie ließe sich, däucht mich, auf das vollkommenste nachweisen; doch würde die Abendstunde nicht ausreichen.

C. Eine Frage aber muß ich dir vorlegen. Wäre dem so, wie du sagst, so würde ein jeder Staat seine Bahn gehen, wir würden nicht die europäischen Reiche hauptsächlich im Kampfe über innere Einrichtungen in zwei feindselige, einander unaufhörlich bedrohende Hälften zerfallen sehen.

Fr. Allerdings giebt es eine europäische Gemeinschaftlichkeit. Nichtsdestominder war jeder Staat in seiner besonderen Entwickelung begriffen, und ein jeder wird, ich zweifle nicht, in dieselbe zurücktreten, sowie die Nachwirkungen der Revolutionskriege aufhören.

C. Eben diese aber sind es, welche deinen Satz zu erschüttern scheinen. Hat nicht das gesammte Europa gegen die Revolution Krieg erhoben? Wie würde es sich verständigt haben, wenn es nicht gemeinschaftliche Interessen wider dieselbe genährt hätte?

Fr. Du erinnerst dich recht wohl, wie schwer die Verständigung von statten gegangen ist. Auch war, wenn du in der Erinnerung weiter zurückgehen willst, der Fall nicht eigentlich, wie du ihn bezeichnest. Einmal, man war angegriffen; sodann, wie lange dauerte es, ehe man sich vereinigte! Es gehörte die ganze Gefahr dazu, mit welcher eine neuentstandene Gewalt jede Unabhängigkeit bedrohte, um endlich, gleichsam im Angesichte der Vernichtung, eine gemeinschaftliche Vertheidigung hervorzurufen.

C. Aber noch in diesem Augenblick, welch eine Animosität zwischen den Verfechtern des liberalen und des absoluten Principes! Man sprach auch heute wieder von den neuesten Nummern des Portfolio. Kennst du es?

Fr. Hier liegt es; aber wenn wir nun einmal nach so universalen Betrachtungen auf das vor uns liegende Concrete eingehen und beide verknüpfen wollen, ich schließe daraus auf das Gegentheil von dem, was die Zeitungen gemeinhin darin wahrnehmen.

C. Findest du es so friedfertig?

Fr. Es ist ohne Zweifel die gehässigste, feindseligste Schrift, die seit langer Zeit publicirt worden ist; aber daß die großen Continentalmächte dadurch gravirt würden, kann ich nicht einsehen.

C. Was sagst du von den Depeschen von Pozzo di Borgo?

Fr. Wahre Meisterstücke sind es. Ich hätte nicht geglaubt, daß die moderne Diplomatie so ausgezeichnete Arbeiten hervorbrächte.

C. Billigst du auch ihren Inhalt?

Fr. Wir kommen damit wenigstens über manchen Irrthum hinweg. Wie oft hat man die drei Continentalmächte angeklagt, an den Uebertreibungen und dem einseitigen Verfahren der Anhänger des monarchischen Principes in Frankreich oder in Spanien Antheil genommen, ja es angerathen, provocirt zu haben! Ich wüßte nichts, wodurch diese Behauptungen so schlagend widerlegt würden, wie die Depeschen Pozzo di Borgos vom Jahr 1826, die hier mitgetheilt werden.

C. Hältst du sie für echt?

Fr. Man kann darüber noch nicht entscheidend aburtheilen; ein gutes Gepräge wenigstens haben sie, und selbst ihr vernünftiger Inhalt spricht für ihre Echtheit.

C. Du hast, wie es scheint, besonders die Depesche über Ferdinand VII. im Sinne, in welcher allerdings der Ursprung der portugiesisch-spanischen Irrungen recht klar hervortritt, in der endlich zugestanden wird, daß jene Expedition des Marquis von Chaves nach Portugal, welche die Quelle so vielen Unheils geworden ist, von einer Faction herrührte, welche Ferdinand den VII. beherrschte.

Fr. Sei gerecht. Nicht allein dies, sondern auch daß sie wider den ausdrücklichen Rath der großen Mächte, ja wider das ihnen gegebene Wort geschah.

C. Du wirst nicht behaupten, daß man der Constitution Don Pedros sehr günstig gewesen sei.

Fr. Gewiß nicht; aber hat sich diese Constitution wohl seitdem so geeignet gezeigt, das Glück von Portugal zu machen? Uebrigens wollte man, wie es hier heißt, ihr Zeit lassen, ihre Natur zu entwickeln: ich gebe zu, in der Meinung, sie müsse durch ihre Fehler zu Grunde gehen. Eine solche Feindseligkeit jedoch finde ich so gefährlich nicht. Eben diese Zeit mußte ja auch ihre Vorzüge entwickeln, wenn sie deren hatte. Auf keinen Fall hieß man die überdies schlecht berechnete Gewaltsamkeit gut, zu welcher sich Ferdinand verleiten ließ.

C. Auch Frankreich erwähntest du.

Fr. Mit wahrhafter Ueberlegenheit und durchdringender Einsicht werden die Fehler geschildert, welche Carl X. allen Anmahnungen zum Trotz beging. Es sind die nämlichen, denen wir noch heutzutage das Unglück dieses Fürsten zuschreiben müssen: daß er sich in einen engen Kreis exaltirter Congregationisten einschloß, daß er Frankreich behandelte, als wäre es ins Heidenthum zurückgefallen, daß er sich so wenig bemühte, die Tribunale, besonders die obersten Gerichtshöfe zu Paris für sich zu gewinnen, daß die Kammer nur noch als ein willenloses Instrument erschien, daß Villele kein Talent neben sich leiden konnte.

C. Sollten nicht die Uebelstände noch etwas tiefer liegen? in der starken Stellung, zu der man die revolutionären Interessen gedeihen ließ, und ihrer natürlichen Opposition gegen die alte Monarchie?

Fr. Es kam alles zusammen. Nachdem man seinen Feinden Raum gegeben und Macht verliehen, bemühte man sich recht, ihren Ingrimm zu reizen und sich selbst zu isoliren. Wörtlich ging deshalb in Erfüllung, was hier vorausgesagt worden, daß man sich bei der ersten wahrhaften Krisis, in die man gerathe, ohne alle moralische Stütze befinden werde, machtlos, ungeachtet so unermeßlicher Hülfsmittel der Macht, wie man sie in Händen hatte.

C. Ein recht glücklicher Advocat bist du heute!

Fr. Andere Denkmale, die hier bekannt gemacht werden, bedürfen keiner weiteren Erläuterung. Kann man sich vernünftiger ausdrücken, als es in der Denkschrift des Grafen Bernstorf geschieht, mit der die in ihrem Eifer fehlgreifende Feindseligkeit diese Hefte eröffnet hat? Es heißt daselbst, die Regierung müsse die Mehrzahl der Gebildeten für sich gewinnen; der freiwillige und gern geleistete Gehorsam fordere die Ueberzeugung, daß eine Regierung nicht nach den Rücksichten einer Partei, sondern zum allgemeinen Besten handle. Wie ist man von jenem Haß gegen constitutionelle Verfassungen, den die Welt sich hat

zufrieden lassen, so weit entfernt! Jeder Gedanke daran, daß man in Deutschland irgendwo anders als mit gesetzlichen Mitteln zu Werke gehen könne, wird von der Hand gewiesen.

C. Und hierauf gründest du nun, wie es scheint, deine Lehre, daß jener Gegensatz zweier feindseliger Parteien in Europa eigentlich gar nicht bestehe.

Fr. Neigungen und Abneigungen sind da; sie sind durch den Gang der Begebenheiten hervorgerufen worden. Aber die angeblich zu den Waffen fertige und gerüstete Feindseligkeit jenes Gegensatzes ist eine Chimäre.

C. Und was urtheilst du von der Animosität zwischen Oestreich und Rußland, wie sie sich hier zu Tage legt.

Fr. Ich muß selbst lächeln: heute muß mir Alles dienen und zu Hülfe kommen. Man muß sehr unbekannt mit der Lage der Dinge im Jahre 1828 sein, wenn man über den lebhaften Ausdruck dieses Mißverständnisses so gewaltig erstaunt. Wer hätte damals nicht davon gehört und es sich ungefähr so gedacht, wie man jetzt liest, daß es gestanden? Es beweist nur eben, daß der Bund der großen Continentalmächte, der Bund zunächst zwischen Rußland und Oestreich, nicht stärker ist als die Interessen. Es giebt keine so entschieden herrschende Tendenz der Meinung, daß die Interessen vor ihr zurückträten. In dieser Hinsicht ist sogar das Portfolio eine besonders merkwürdige Erscheinung. Es ist die erste, ein europäisches Aufsehen erregende Schrift, welche von den Gegensätzen der inneren Regierung wenigstens unbewußt abstrahirt und die Politik wieder auf das Gebiet der Macht und der auswärtigen Verhältnisse führt, wohin sie gehört.

C. Wahrhaftig, du scheinst mir Recht zu behalten! Lächle nicht, ich befinde mich fast in dem Falle des guten jungen Mannes, der in den letzten Jahren um Goethe war und so eben seine Conversationen mit ihm herausgegeben hat. Auch ich kann sagen: ich freue mich deiner Wahrnehmung, daß in jedem unserer großen Staaten ein lebendiges, individuelles, ihnen inwohnendes Princip sei, von dem seine Thätigkeit nach außen, seine innere Gestaltung abhange, und werde sie mir merken, sie im Stillen prüfen. Jetzt laß uns vorläufig noch einmal zu jenen allgemeinen Fragen zurückkehren. Noch einige Einwendungen, wenn du erlaubst, will ich dir vorbringen.

Fr. Ich werde suchen, sie zu heben.

C. Du nimmst einen so ungemeinen Theil der Lebenskräfte der

Einzelnen für den Staat in Anspruch; womit vergütest du dies, was giebst du ihnen dafür?

Fr. Ich glaube mich nicht so ausgedrückt zu haben, als schilderte ich den besten Staat; ich suchte nur den zu begreifen, den wir vor Augen haben. Und nimmt der nicht in der That einen großen Theil der Kräfte eines Jeden in Anspruch? Die Auflagen absorbiren eine so bedeutende Summe des Ertrages der gesammten Thätigkeit; wie viele setzen ihr Vermögen, ihre Jugendjahre daran, um sich zum Dienste des Staates vorzubereiten; in unsern Gegenden ist Niemand der Erfüllung der militärischen Pflicht überhoben; das reine Privatleben ist schon nicht mehr vorhanden. Unsere Thätigkeit gehört an und für sich hauptsächlich dem Gemeinwesen an.

C. Was empfängt aber der Privatmann hinwieder für alle seine Theilnahme?

Fr. In dem rechten Staat ist sie selbst seine Belohnung; er denkt nicht daran, sich ihr zu entziehen: er sieht die Nothwendigkeit ein; es giebt für ihn keine rein private Existenz; er würde nicht sein, der er ist, wenn er nicht diesem bestimmten Staate, als seinem geistigen Vaterlande, zugehörte.

C. Ist aber, frage ich dich, diese Freiwilligkeit der Hingebung wohl auch in demselben Grade in der Welt vorhanden wie jene Forderung?

Fr. Ich bin weit entfernt, das zu behaupten. Ich sehe Länder, wo man seine Pflicht ungern, widerstrebend erfüllt, — z. B. Italien. Der Staat macht auch da den europäischen Nothwendigkeiten gemäß starke Anforderungen persönlicher und realer Leistung; unglücklicherweise aber kann er es nicht dahin bringen, daß man ihm eine freiwillige Thätigkeit widmet. Der Bürger fühlt die Verpflichtungen, die ihm aufgelegt sind, als eine Last; er sieht sich als überwältigt und bezwungen an: dem Dienste entzieht er sich so viel wie möglich; eben darum kann es zu jener Einheit privater und öffentlicher Bestrebungen nicht kommen, die den wahren Staat charakterisirt; — ich fürchte, dadurch tritt zuletzt selbst in der moralischen Energie eine Hemmung ein; auch die private Thätigkeit entwickelt sich nicht, wie sie könnte und sollte. Ich gestehe alles das ein; aber es ist ein Mangel, es ist ein abnormer Zustand.

C. Vermagst du ihn aber, sei es dort oder anderswo, zu vermeiden?

Fr. Wenigstens ist nichts dringender, nothwendiger, als darauf zu denken, Alles dafür zu thun. Hierin liegt das Geheimniß einer

fortschreitenden Macht. Was ihr im Herzen widersteht, besitzt sie noch nicht vollkommen. Das vornehmste Bestreben ihrer inneren Politik muß dahin gerichtet sein, alle Theile in freiwilliger Einheit zusammenzufassen.

C. Wird ihr dies aber möglich sein?

Fr. Es kommt eben darauf an, das Eigenthümliche einer Provinz, einer Landesart nicht zu zerstören, — und sie doch mit unauflöslichen Banden an das Ganze zu knüpfen.

C. Und worauf scheint dir diese Verbindung der Provinzen und jedes Einzelnen mit dem Ganzen zu beruhen?

Fr. Am Ende doch darauf, daß die Idee des Staates einen Jeden ergreife, daß er von dem geistigen Leben desselben etwas in sich fühle, daß er sich als ein Mitglied des Ganzen betrachte und Liebe dazu habe, daß das Gefühl der Gemeinschaftlichkeit stärker sei als das Gefühl provinzieller, localer oder individueller Absonderungen.

C. Welche Mittel hat ein Staat in Händen, dies zu erreichen?

Fr. Jede Staatsgewalt muß heutzutage wohlwollend sein; auf der allgemeinen Wohlfahrt, darin kommen Alle überein, beruht ohnehin ihre Macht. Sie muß aber auch zeigen, daß sie das auf die rechte Art ist. Sie muß dafür sorgen, daß man sie kenne, daß man wisse, was sie thut, daß jeder Einzelne erfahre, seine Geschäfte, insofern sie mit dem Allgemeinen zusammenhangen, werden so gut besorgt als immer möglich. Ist nur erst das Widerstreben besiegt, so wird jener geheime, von Innen wirkende und zusammenhaltende Antrieb in kurzem Alle ergriffen haben. Die Zwangspflicht wird sich zu Selbstthätigkeit, das Gebot zur Freiheit erheben.

C. Auch in gewöhnlichen Tagen würdest du Patriotismus fordern.

Fr. Da muß er gepflegt werden, damit er in den ungewöhnlichen nicht fehle; in gewissem Sinne muß er das Princip der Thätigkeit überhaupt sein.

C. Du machst den ganzen Menschen zu einem politischen Geschöpf.

Fr. Ich bin überzeugt, von der Wahrheit des Antheils, den man, ich sage nicht an den Formen der Verfassung, aber an dem Fortgange der öffentlichen Wohlfahrt, an dem gemeinen Wesen nimmt, hängt die Entwickelung auch der persönlichen Eigenschaften ab.

C. Also unmittelbare, formelle Theilnahme, Mitberathung, Mitbeschluß, würdest du nicht einmal verlangen?

Fr. Ich leugne nicht, daß sie förderlich sein könne; aber wenn wir unsere Erfahrungen befragen, so wirst du mir eingestehen, daß sie es darum nicht auch überall ist. Ich fürchte selbst, sie würde nicht allenthalben anwendbar sein. In dem Geiste unserer Monarchien ist etwas, dem sie widerstrebt.

C. Ich bin begierig, worin du den Geist unserer Monarchien findest.

Fr. Wir wollen nicht zu tief eingehen; allzu viele Beziehungen der Politik, des Rechtes, der Geschichte müßten wir erörtern. Aber um bei der Verwaltung stehen zu bleiben und dir doch eine Antwort zu geben, sage ich, der Sinn der monarchischen Formen ist, daß der rechte Mann an die rechte Stelle komme.

C. Wirst Du nicht gestehen müssen, daß das nicht eben allemal der Fall ist?

Fr. Die Ausführung hängt von mancherlei Umständen ab. Sinn und Tendenz aber ist es immer.

C. Ich fürchte aufs neue, du begünstigst den Despotismus. Warum soll nicht ein Jeder, soweit sich thun läßt, zur Mitberathung gezogen werden? Warum soll man verdammt sein, zu gehorchen?

Fr. Nicht Alle, wie du dich aus Plato erinnerst, müssen Alles treiben. Es giebt unzählige Zweige menschlicher Thätigkeit, und das wunderbare Geheimniß der Natur ist, daß sie für eine jede ihre Talente immer wieder erschafft. Der allgemeine Nutzen erheischt, daß ein Jeder das Seine thue; den Poeten wird man vernichten, wenn man ihn bei Zehntablösungen zu Rathe zieht, die darum um kein Titelchen besser vollzogen werden. Es ist der Vortheil des gemeinen Wesens, daß es private Thätigkeiten giebt, die zwar erfüllt sind von dem Geiste des Staates, aber sich nicht damit aufhalten, ihn auch regieren zu wollen.

C. Du vermeidest, den Punct vom Gehorsam zu berühren.

Fr. Man spricht zuweilen gerade, als ob ein fremdes Geschlecht sich zur Regierung eingedrängt hätte. Aber ich frage dich, wer sind sie denn, die Regierer, die Verwaltenden? Steigen sie nicht unmittelbar aus der Nation auf? Ich begreife nicht, wie es das Selbstgefühl verletzen kann, wenn, ich will sagen, von einer Anzahl Geschwister und Verwandten sich der eine industrieller, der andere mercantiler Thätigkeit widmet, ein dritter der Gelehrsamkeit, ein vierter dem Ackerbau, u. s. w., und wenn dann auch einer von ihnen sich zur Fähigkeit erhebt, an der Regierung Theil zu haben, wo er ja doch am Ende die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Andern besorgt. Es kostet

ihm Mühe genug, dahin zu gelangen. Regieren besteht nicht im Befehlen, in der Genugthuung, die eine kleinliche Eitelkeit darin finden könnte: es ist die schwere Kunst, die allgemeinen Angelegenheiten gut zu besorgen; ohne angeborenes Talent, Vorbildung und lange Praxis wird es Niemand dahin bringen; mit den übrigen Thätigkeiten des Lebens verglichen, ist diese vielleicht die schwerste von allen; sie fordert zugleich die tiefste Einsicht in das Vorhandene und eine vollkommene Freiheit des Geistes, um das noch nicht Vorhandene in das Leben zu führen. Daß man dies Denen überläßt, die es allein verstehen, hältst du das für ein Unglück? Es ist eine Auswahl der Geschicktesten aus der ganzen Nation, welche die Fähigkeit dazu in sich ausgebildet haben.

C. Wirst du aber immer Männer besitzen, die es auch verdienen, daß man ihnen gehorche?

Fr. Daß sie da sein werden, dafür bürgt die Natur, welche immer vollständig ist. Es kommt nur darauf an, daß man sie finde.

C. Aber eine Beschränkung wird doch bei der Neigung der Menschen, sich ihrer Macht zu überheben, auch hier nothwendig sein.

Fr. Einmal hat man von der höchsten Stelle aus nicht Alles zu reguliren. Es giebt so viel tiefere Kreise, in denen nichts erwünschter ist als Spontaneität der Lebensregungen. Auch sage ich nicht, daß diese Form an und für sich vollkommen sei; auf tausendfache Weise kann sie ausarten. Nur so viel scheint mir am Tage zu liegen, daß dies Institut in der Natur der Sache begründet, von der Idee unserer Monarchien gefordert und der großartigsten Entwickelung fähig ist.

C. Von dem Privatmann würdest du dann eine auf gutem Willen beruhende, auf die Ueberzeugung, daß es so das Beste ist, gegründete Unterordnung fordern.

Fr. Diese Freiwilligkeit vergütet jede Leistung. Ueberhaupt fallen private und öffentliche Bestrebungen von höherer Ansicht aus wieder zusammen. Die privaten bekommen Schwung und Antrieb durch den Fortgang der öffentlichen; das öffentliche Glück entspringt aus dem privaten. In Allen muß das geistige Selbst des Staates leben.

C. Du sagst, es muß. Jedoch findet sich, daß es in Vielen nicht lebt.

Fr. Je nachdem ein Staat seine Mitglieder lebendig ergriffen hat. Es giebt auch hier Grade und Stufen.

C. Du berührst hier selbst eine andere Frage, die ich dir vor-

legen wollte. — Wie kannst du Grade annehmen? — Müßten nicht nach deiner Ansicht alle Staaten gleich vortrefflich sein?

Fr. Insofern wohl, als wir die Idee allein ins Auge fassen, der wir ja einen göttlichen Ursprung zuschreiben, aber nicht in der Ausführung derselben, ihrer Darstellung in der Welt.

C. Welche Gradation giebt es zwischen Leben und Leben?

Fr. Die Analogie führt uns darauf. Ich finde nur den Unterschied zwischen Gesundheit und Krankheit. Ein gesunder Körper ist in Besitz aller seiner Kräfte, aller seiner Glieder; er fühlt nichts von den Einwirkungen der Elemente, oder er widersteht ihnen doch ohne Mühe; ein kränklicher oder schwacher wird davon afficirt, oder muß ihnen erliegen: er ist seiner selber nicht Herr. Ein gesundes politisches Dasein erfüllt alle Mitglieder des Staates. Es ruht sicher in seinem Princip; von den Parteiungen der übrigen, in sich zerfallenen Welt wird es zwar natürlich an seinen Grenzen, aber deshalb nicht in seinem Innern berührt. Man ist schon angegriffen und gehört sich nicht mehr durchaus selbst an, wenn man sich allzu lebhaft darum bekümmert, was bei dem Nachbar vorgeht.

C. Insofern wäre es möglich, daß der Staat auch immer vollkommener würde. Er würde einen Fortschritt zulassen.

Fr. Zulassen nur? Er ist ein lebendiges Dasein, das seiner Natur nach in unaufhörlicher Entwickelung, unaufhaltsamem Fortschritt begriffen ist.

C. Nach welchem Vorbild, welchem Ideal?

Fr. Alles Leben trägt sein Ideal in sich: der innerste Trieb des geistigen Lebens ist die Bewegung nach der Idee, nach einer größeren Vortrefflichkeit. Dieser Trieb ist ihm angeboren, bei seinem Ursprung eingepflanzt.

C. Du wirst nicht leugnen, daß oftmals Hemmungen, Mißgriffe, sagen wir selbst Rückschritte eintreten.

Fr. Wie wollte es in menschlichen Dingen daran fehlen? Aber man muß darum den Muth nicht verlieren; wenn man nur sonst gesund ist, sind es vorübergehende Anflüge.

C. Ich kann doch nicht sehen, wodurch sie unschädlich gemacht werden können, da deine Regierung kein formelles Gegengewicht hat.

Fr. Nichtsdestominder giebt es einen Geist des gemeinen Wesens, der nicht so leicht zu beseitigen ist. Er kann verdunkelt werden; sowie aber noch einige Energie der Lebenskraft vorhanden ist, wird er sich wieder hervorthun, die Oberhand behalten, am Ende Alle beherrschen und mit sich fortreißen. Uebrigens ist es etwas

Großes, daß das allgemeine Interesse persönlich fixirt ist und sich in dem Selbstbewußtsein des Fürsten nothwendig als seine eigene Sache darstellt.

C. Warum bringst du aber den Geist des gemeinen Wesens nicht auch zu vollkommenem Bewußtsein, zu Darstellung und Ausdruck? Warum fliehst du die deliberativen Formen?

Fr. Die verborgene Harmonie, sagt Heraklit, ist besser als die offenbare. Auch mußt du mich nicht mißverstehen. Ich verdamme jene Formen nicht; ich wünsche, daß sie, wo sie sind, sich so heilbringend, so glänzend als möglich entwickeln mögen; aber ich halte sie nicht für durchaus unentbehrlich. Ich lebe der Meinung, daß der öffentliche Geist noch andere Organe hat, die ihm oft sogar besser dienen.

C. Du meinst, das innerliche Zusammenhalten sei besser als alle Form des Vertrages.

Fr. Was von Natur zusammengehört, braucht dessen nicht. Zwischen Eltern und Kindern, zwischen Brüdern und den Gliedern der Familie ist keine Confarreation vonnöthen.

C. Noch Eins habe ich auf dem Herzen. Du giebst deinem Staate so viel Attribute geistiger Einheit, die Hingebung, die du forderst, ist so vollständig, daß ich fürchte, du greifst damit in das Gebiet der Kirche über.

Fr. Ich sollte nicht denken. Staat und Kirche sind ewig geschieden. Die Kirche knüpft den Menschen an die höchste, oberste Gemeinschaft. Sie setzt für die Handlungen allerdings eine unwandelbare Regel fest, die Regel dieser geheimnißvollen Gemeinschaft, der Religion. Sie bemüht sich, alles entfernt zu halten, was dieselbe verletzen könnte. Aber hier ist auch die Grenze ihrer Wirksamkeit. Positiver Weise hat sie keinen Einfluß auf menschliche Dinge; was sie von weltlicher Wirksamkeit in Anspruch nimmt, verliert sie an der geistlichen; mit der Einrichtung des Staates hat sie, wie gesagt, unmittelbar nichts zu schaffen.

C. Sie sind aber doch beide geistiger Natur. Wo wirfst du die Grenze zwischen ihnen setzen?

Fr. Der Geist der Kirche ist unbedingt gültig für das ganze Menschengeschlecht, der allgemeine. Ihrer Natur nach will wenigstens eine jede die allgemeine sein. Die Idee des Staates würde dagegen vernichtet werden, wenn er die Welt umfassen wollte: Staaten sind viele. Der Geist des Staates ist zwar göttlicher Anhauch, aber zugleich menschlicher Antrieb. Es ist eine Gemeinschaft beschränkterer

Natur, über der jene höhere, von Bedingungen freiere Gemeinschaft schwebt.

C. Ich glaube jetzt, deine Gedanken im Allgemeinen zu fassen. Die Staaten geistige Wesenheiten, nothwendig und in der Idee von einander verschieden. Die Formen der Verfassung, die einzelnen Institute allgemeine Nothwendigkeiten des menschlichen Daseins, aber durch jene Idee modificirt, erst durch sie bis zur Realität erfüllt und deshalb nothwendig auch verschieden. Das private und öffentliche Leben bis auf einen gewissen Punct identisch; auch das Privatleben von der Idee, die den Staat belebt, abhängig. Diese mannigfaltigen Schöpfungen geistigen Lebens untergeordnet der höchsten Gemeinschaft der Kirche.

Fr. Fasse aber auch diese Wesenheiten in ihrer vollen Bedeutung ins Auge! So viel gesonderte, irdisch-geistige Gemeinschaften, von Genius und moralischer Energie hervorgerufen, in unaufhaltsamer Entwickelung begriffen, mitten in den Verwirrungen der Welt durch innern Trieb nach dem Ideal fortschreitend, eine jede auf ihre Weise. Schaue sie an, diese Gestirne, in ihren Bahnen, ihrer Wechselwirkung, ihrem Systeme!

C. Genug für heute. Schon höre ich die Wagen, die von dem Feste nach Hause fahren. Von den Zweifeln, die mir aufstoßen, reden wir weiter.

Fr. Denn noch bei weitem deutlicher und vollständiger hätte ich mich aussprechen sollen. Indessen habe Dank, daß du meine Ideen aufgenommen, nicht von vornherein verworfen hast. Es ist so beruhigend und befestigt uns in uns selbst, in dem verwandten Geiste eine gleichartige Ueberzeugung hervorzurufen.

II.

Aus dem Briefwechsel

Friedrich Wilhelms IV.

mit Bunsen.

(1873.)

Vorwort.

Ich fühle mich glücklich, dem Vaterlande und der Welt eine Gabe von hohem Werthe darbringen zu können — Briefe des Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen.

Zeitgenossen pflegen einander doch nur äußerlich zu kennen. Die wirksamen Männer folgen allezeit ihren eigenen Impulsen und suchen dieselben so viel möglich zur Geltung zu bringen. Von den inneren Antrieben Anderer, besonders derer, mit denen man in Gegensatz geräth, bildet man sich gewöhnlich nur einen sehr oberflächlichen Begriff. Und die Mißverständnisse, die hieraus entstehen, hören nicht mit dem Leben auf; sie gestalten sich vielmehr nicht selten zu einer Tradition, welche in die historische Auffassung eindringt und dieselbe so lange beherrscht, bis der Forscher auf Documente stößt, welche ihm in dem Gewirre der einander widersprechenden Ueberlieferungen ein sicheres Urtheil an die Hand geben.

Noch ist die Zeit nicht gekommen, eine kritische Geschichte Friedrich Wilhelms IV. zu schreiben; aber man darf mit Mittheilungen hervortreten, welche das Andenken dieses Fürsten, das von den Antipathien, die er bei seinen Lebzeiten erweckte, vielfach verdunkelt ist, in ein helleres Licht stellen und sein Thun und Lassen verständlich machen. Die Briefe, die von ihm bereits bekannt geworden sind, haben immer große Aufmerksamkeit erweckt; es sind ihrer jedoch nur wenige, und sie genügen bei weitem nicht, um ihn in den verschiedenen Phasen seines Lebens kennen und sein Wesen würdigen zu lernen. Aber es giebt einen Briefwechsel von ihm, der sich über einen großen Theil seines Lebens erstreckt — von 1830 bis 1857 —, mit einem Manne, welcher sich seines intimen

Vertrauens und seiner herzlichsten Zuneigung erfreute. Es war Christian Karl Josias Bunsen, den der König zu seinem Gesandten in England erkor und dann in den Freiherrnstand erhoben hat. Von diesem Briefwechsel ist in jüngster Zeit öfter die Rede gewesen, namentlich in der ausführlichen Lebensbeschreibung Bunsens von vertrautester Hand. Eine umfassende und gleichmäßige Bearbeitung des gesammten schriftlichen Verkehrs, der zwischen ihnen stattfand, würde manche Schwierigkeit haben. Denn sehr umfangreich sind die Eingaben, Schreiben und Berichte Bunsens, die unmittelbar an den König gingen: die meisten Jahrgänge machen ansehnliche Hefte aus; man würde sie mit der ministeriellen Correspondenz verbinden und dabei auf die einzelnen Geschäfte eingehen müssen. Dagegen bilden die Briefe des Königs an Bunsen, fast ohne Ausnahme eigenhändig und jeder charakteristisch, einen anziehenden und würdigen Stoff des Studiums und der Mittheilung. Daß diese nicht vollständig sein kann, versteht sich bei der Nähe der Zeiten von selbst, zumal da von den Persönlichkeiten, die darin berührt werden, noch so viele leben. Es sind nicht diplomatische Aktenstücke, welche mit allseitiger Umsicht erwogen werden; es sind Briefe, d. h. momentane Ergüsse der Stimmungen und der Anschauungen, wie sie einem Freunde gegenüber aus vollem Herzen hervorquollen. Nicht jede Aeußerung würde man als definitives Urtheil betrachten dürfen: man darf das Wort, so zu sagen, nicht allezeit beim Worte nehmen. Es wird kaum Briefe geben, welche unumwundener und beweglicher den innersten Gedanken ausdrücken, als die vorliegenden Friedrich Wilhelms IV.; allenthalben tragen sie das Gepräge seines Geistes, seiner Gesinnung und zugleich der Eindrücke des Momentes; sie verbinden Tiefe und Humor; sie zeugen von einer unvergleichlichen Gabe des Ausdrucks und der Sprache. Es würde ein Verlust für die Literatur sein, wenn sie unbekannt blieben; noch einen größeren aber würde damit die Geschichte erleiden.

Bei der ersten Lectüre der Briefe des Königs fühlt man sich durch den inneren Zusammenhang seiner Gedanken und durch das Hervortreten von Ansichten und Tendenzen, die man bei ihm nicht voraussetzt, überrascht. Je mehr man sich in dieselben vertieft, um so deutlicher erhebt sich vor dem geistigen Auge die historische Gestalt dieses Fürsten; sie vergegenwärtigen die Ziele, die er verfolgte, die Gegensätze, mit denen er zu kämpfen hatte, das Eigenthümliche seiner Stellung in der Geschichte überhaupt; man lernt den Umfang seiner Ideen und die darauf gegründeten Intentionen kennen; er

spricht sie in dem Momente der Handlung mit einer Wahrheitsliebe aus, die nichts verhehlt. Unschätzbar sind hiefür die Beziehungen zu Bunsen und viele von dessen eigenen Briefen, nicht allein, weil er dem Könige nahe stand, vielmehr weil er ihm oft mit lebhaftem Widerspruch entgegentritt. Denn nicht so sehr in den Gegensätzen der Extreme tritt das Charakteristische der Sinnesweise hervor, als in der Sonderung des Nahestehenden und Verwandten.

Dem Herausgeber lag es ob, den jedesmaligen Standpunct des Königs, dem Gange und dem Wechsel der Ereignisse gemäß, nach bestem Wissen zur Anschauung zu bringen.

I.

Anfänge der Bekanntschaft und der Correspondenz.

Die ersten revolutionären Bewegungen, welche sich gegen das System der Restauration erhoben, waren niedergeschlagen; es konnte als eine Art von Besiegelung desselben gelten, als der mächtigste protestantische Fürst auf dem Continent, der König von Preußen, nach dem Congreß von Verona im Spätjahr 1822 dem Papste, welcher die Herstellung seiner weltlichen Gewalt in vollem Umfang vornehmlich einer Einwirkung der nichtkatholischen Potenzen zu danken hatte, einen Besuch machte. Streitigkeiten von Bedeutung gab es zwischen ihnen in diesem Augenblicke nicht. Der große Gegensatz gegen die auf eine allgemeine Weltherrschaft zielenden Unternehmungen Napoleons I., von welchen Protestanten wie Katholiken, Preußen sowohl wie Rom heimgesucht worden waren, hatte zu einer Gemeinschaft der Interessen geführt, vor welcher die Differenz des religiösen Bekenntnisses zunächst in den Hintergrund trat. Im Jahre 1821 war nach langen Verhandlungen jene Bulle ergangen, durch welche die kirchlichen Verhältnisse der katholisch gläubigen Bevölkerung im preußischen Staate geregelt wurden. Die kirchlichen Diöcesen werden darin auf eine der nunmehrigen Stellung des Staates angemessene Weise umschrieben und abgegrenzt, die Gegenleistungen desselben festgesetzt und die Formen der bischöflichen Wahlen mit Rücksicht auf die Rechte des Staates und der Kirche bestimmt. Der König hatte der Bulle seine landesherrliche Sanction ertheilt — unbeschadet seiner Majestätsrechte und der Rechte der Evangelischen. Nicht eigentlich ein Concordat war geschlossen worden, aber eine Uebereinkunft getroffen, auf deren Grundlage sich eine friedliche Entwickelung hoffen ließ. Eine allgemeine Beruhigung war damit eingetreten: der König durfte eine gute Aufnahme erwarten.

Noch war der Gesandte in Rom, dessen Umsicht und Geschicklichkeit nicht wenig dazu beigetragen hatte, das schwierige Werk so weit zu fördern. Es war Barthold Georg Niebuhr, ein Gelehrter ersten Ranges, der Begründer einer neuen Epoche in der Behandlung der altrömischen Geschichte. Er setzte auch während seiner Gesandtschaft in Rom diese Arbeiten fort, wie sich denn in jenen Jahren Politik und Wissenschaft auf die eigenthümlichste Weise berührten. Nach den Zeiten des napoleonischen Völkersturmes war man auf die nationalen Grundlagen der Staaten zurückgekommen. Historische Studien gewannen dadurch einen verdoppelten Antrieb, weil die alte Entwickelung der Dinge noch einmal zum Uebergewicht gekommen war: sie erstreckten sich in das entfernteste Alterthum und umfaßten die Welt. Bei Männern wie Niebuhr durchdrangen sich Untersuchungen über das Alterthum, die eine geistige Aneignung des Längstvergangenen bezweckten, mit der Theilnahme an der Gegenwart: das Eine wirkte auf das Andere.

Zu Niebuhrs Seite befand sich ein jüngerer Mann, der durch den Trieb gelehrter Erforschung des Alterthums, die er über den Orient und die Kirche ausdehnte, nach Italien geführt und dort durch eine glückliche Vermählung zu einer größeren Selbständigkeit in seinem Privatleben gelangt war, als sie sonst einem jungen deutschen Gelehrten zu Theil wird, und der sich mit der Hingebung, welche Verdienst und Charakter älterer Männer in jüngeren nacheifernden wohl hervorrufen, an Niebuhr anschloß, Christian Karl Josias Bunsen, im Jahre 1791 zu Corbach im Waldeckischen geboren, — ein Zögling der philologischen Schule in Göttingen. Er hat Niebuhr bis an seinen Tod als seinen Meister und Lehrer verehrt. Dem Thun und Treiben des Tages stand er durch seine Jugend und mannigfaltige Empfänglichkeit noch einen Schritt näher, als Niebuhr. Er unterstützte denselben in seinen gesandtschaftlichen Geschäften, wobei er jedoch immer an der Absicht festhielt, sich durch kirchliche, namentlich liturgische Studien, denen er sich mit Eifer hingab, für eine Professur an einer deutschen Universität auszubilden.

Wenn der römische Hof gewohnt war, fürstlichen Personen, welche die Stadt besuchten, römische Antiquare beizugeben, um sie in den merkwürdigen Localitäten herumzuführen, so fiel dies bei dem Besuche des Königs von Preußen weg. Niebuhr und Bunsen, kundiger als die einheimischen Gelehrten, machten sich dies selbst zur Pflicht. Bunsen übernahm besonders die Führung der beiden Söhne des Königs, die ihn begleiteten, der Prinzen Wilhelm und Carl: er

hatte sich wohl vorbereitet und erwies sich als ein überaus nützlicher und angenehmer Cicerone. Bei dem König, der in dieser Zeit mit der Einführung verbesserter Formen für den evangelischen Gottesdienst umging, erwarb er sich durch seine liturgischen Kenntnisse und Ansichten, die er ungezwungen und anregend mittheilte, Beachtung und Aufmerksamkeit. Er wurde damals zum Legationsrath ernannt und erschien, als Niebuhr kurz darauf Rom verließ, als dessen natürlicher Nachfolger.

Mit dem zweiten und dritten Sohne des Königs, dem Prinzen Wilhelm, Seiner jetzt regierenden Kaiserlichen Majestät, und Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Carl, war Bunsen während ihres Aufenthaltes in Rom in nahe und befreundete Beziehungen getreten. Hiedurch veranlaßt ließ ihn der älteste der Brüder, der Kronprinz, nachmalige König Friedrich Wilhelm IV., wissen, daß auch er von ihm in Rom herumgeführt zu werden wünsche, wenn seine Absicht, dahin zu reisen, sich erfülle. Noch bestand jedoch zwischen ihnen keine unmittelbare Beziehung. Diese hatte einen kunsthistorischen Ursprung.

Eines der früheren Madonnabilder Raphaels, wahrscheinlich im Jahre 1506 in Florenz gemalt, wo damals die Salviati Macht und Reichthum besaßen, war nach deren Sturz an das Haus Colonna gelangt, so daß es den Namen der Madonna Colonna erhielt. Seitdem war es in den Besitz der Herzogin von Lante übergegangen, die es zu verkaufen wünschte. Es erschien als eine treffliche Erwerbung für das Museum, das soeben in Berlin gegründet wurde. Der Kronprinz erwarb sich das Verdienst, die erforderliche Geldsumme flüssig zu machen; Bunsen wußte die Schwierigkeiten zu beseitigen, die in Rom, wo man jedoch weit entfernt war, die Besitzerin zu entschädigen, von Seiten des Camerlengo der Ausführung entgegengesetzt wurden. Er konnte sich, da auch die Geschäfte der Gesandtschaft eine Reise nach Berlin rathsam erscheinen ließen, im Jahre 1827 aufmachen, um das schöne Kunstwerk selbst dorthin zu überbringen. Er wünschte es dem Kronprinzen an dem Geburtstage desselben, den 15. October, zu überreichen.

Bunsen war in blühenden Jahren, wohlgestaltet, sehr wohl unterrichtet und zwar eben im Besitz solcher Kenntnisse, die auch Andere zu erwerben wünschen, von communicativer Natur und anziehender Conversation, von einer angeborenen, keineswegs servilen, aber rücksichtsvollen Gewandtheit des Betragens; er erfreute sich der besten Aufnahme in Berlin. Der sonst an sich haltende König Friedrich Wilhelm III. lobte ihn öffentlich und lud ihn bald nach

seiner Ankunft nach dem kleinen Landaufenthalte, der sonst nur für die Mitglieder der Familie bestimmt war, Paretz, ein. Bunsen war in seiner Uniform erschienen, wurde aber bedeutet, daß man hier, wo man ohne alle Ceremonie beisammen sei, besser gewöhnliche Kleidung trüge. Als er umgekleidet wieder in das Zimmer trat, kam der Kronprinz, den er noch nicht kannte, auf ihn zu und begrüßte ihn als den, der er war: er müsse Bunsen sein; — es war am 15. October 1827. Bunsen hatte das Raphaelsche Bild nicht mit dahin gebracht, wohl aber eine gelungene Abzeichnung davon, an welcher der Kronprinz seine Augen weidete.

In den folgenden Tagen in Berlin sah der Kronprinz Bunsen so oft wie möglich. Im Gespräch bildete sich ein Verhältniß des Vertrauens und der Hochachtung aus. Bunsen bewunderte, wie er sagte, die Genialität und Besonnenheit des Prinzen.

Im Spätjahr 1828 machte nun auch der Kronprinz eine Reise nach Rom; für seinen Aufenthalt daselbst war ihm Bunsen, der den für die bestimmte Zeit berechneten Plan der Besichtigungen ausgearbeitet hatte, unschätzbar. Wobei aber könnte man einander näher treten, als in diesen Regionen des geistigen Lebens, wo Anschauungen der Natur, die großartigsten Erinnerungen der Geschichte alter und neuer Zeit und der Genuß des Besten, was die bildende Kunst hervorgebracht hat, in einander greifen? Der Geist berührt den Geist in dem Eindruck, den ein jeder empfängt, und dem Urtheil, das in ihnen entspringt, unmittelbar. Und wie sehr wird man dem, der früher am Platze war, verpflichtet, wenn er die eigene Kenntnißnahme unterstützt und erleichtert! — Auf der Rückreise begleitete Bunsen den Prinzen bis nach Verona; er ist hoch erfreut über alles, was er von ihm auch in Bezug auf die kirchlichen Verhältnisse und die Grundsätze der Regierung vernahm.

Mehr als einmal hat er an denselben geschrieben; doch kam es noch nicht zu einer eigentlichen Correspondenz. Erst im Jahre 1830 wurde eine solche durch ein Schreiben des Kronprinzen begonnen.

Berlin, 22. April 1830.

Mein vielgetreuer Bunsen!

So muß ich Sie nothwendig nennen im Gegensatz zu mir, da ich Ihnen gegenüber diesen Namen am wenigsten verdiene. Sie haben so treulich ausgehalten, mir zu schreiben, und welche Briefe! Einer immer interessanter als der andere, — und nun sind bald 1 1/2 Jahre verflossen, seitdem ich alle due Torri presso Sta

Anastasia zu Verona Abschied von Ihnen nahm und wahrlich mit recht gepreßtem Herzen —, und ich habe doch auch nicht die Feder angesetzt, um Ihnen ein liebes Wort zukommen zu lassen, und doch ist Herz und Mund voll von dergleichen für Sie, lieber Bunsen. Lachen Sie in Gottes Namen, wenn ich heut noch Ihnen sage, daß ich so recht von Herzen dankbar bin für alles, was Sie im Ew'gen ROM und sonst im Land Italia an mir gethan; — aber ich muß es sagen, es erstickt mich sonst. — Nun falle ich aber gleich wieder in die Rolle des großen Herrn und gestehe Ihnen offen, daß der hauptsächlichste Zweck dieser Zeilen sein soll, Sie zum ferneren und öfteren Schreiben an mich aufzufordern. — Sie sehen den Pferdefuß. — Aber bedenken Sie, ich zeige ihn so ehrlich hin, und Sie glauben gewiß nicht, daß er dem höllischen Pfuhl entstiegen ist.

In einem ein paar Wochen später hinzugefügten Postscriptum gedenkt der Kronprinz des Ankaufs des Palastes Caffarelli, für welchen der König günstig gestimmt sei: er treibe den säumigen Cabinetsrath dafür an; Bunsen möge nur den klugen Duca Caffarelli festhalten.

„Welche Wonne, wenn mich ein günstiges Geschick einst wieder nach Rom führt, einen eigenen Herd und Freunde in maximis zu finden, und anzubeten in S. Salvatore sopra Giove. O göttlicher Sommernachtstraum!!!!!!“

Es dauerte lange, ehe Bunsen diesen Brief empfing, und noch länger, ehe er ihn beantwortete; seine Antwort ist vom 18. Februar 1831. Ein Intervall vom schwersten Inhalt. Indessen war die Julirevolution erfolgt, die Welt war aus dem Traume einer friedlichen Durchführung der Ideen der Restauration, in der sich die Machthaber wiegten, aufgeschreckt; die gesammte Grundlage der bestehenden Zustände war erschüttert; Rom selbst, wohin sich die Blicke des Prinzen mit schwärmerischer Sehnsucht richteten, war von den Stürmen bedroht und nur noch eben gerettet worden.

Bunsens Schreiben zeichnet den Standpunct, den er in diesem Augenblick einnahm.

„Eine halbe Welt in Aufruhr — Rom von abtrünnigen Provinzen umgeben, das Blut kochend über der Insolenz der ruchlosen Söhne der Revolution, und in England Brougham auf dem Wollsacke und die gemeinsten Ansichten am Throne!“

Bunsen berichtet, man bereue in Rom, daß man nicht dem Beispiel Preußens gefolgt sei und von unten auf zu reformiren ange-

fangen habe; die Herstellung der Municipalitäten würde der Errichtung der Provinzialstände entsprechen; auch dies jedoch würde Oesterreich nicht geschehen lassen. Gleich von Anfang an durchsetzt sich der Briefwechsel — und wie hätte es bei der Aufregung der Zeit anders sein können — mit politischen Betrachtungen.

Vom Jahre 1831 liegt nur ein einziger Brief des Kronprinzen vor, in welchem er kein Bedenken trägt, sich in dieser Beziehung auszusprechen. Er sieht in den Ereignissen vor allem religiösen Abfall und ein göttliches Gericht.

„Frankreichs Zustand scheint mir nicht tenable. Die Regierung steht eigentlich gar nicht. Gott giebt der Welt Lehren, wie nie zuvor seit Menschen Gedenken; aber wie waren die Menschen so taub, so auf sich selbst beschränkt! Die Seuche rüttelt an den Herzen. Gott gebe seinen Segen und öffne recht viele Herzen, Augen und Ohren! Der politische Wahnsinn, das Ziehen am Joch der Ungläubigen von so viel wirklich gläubigen Protestanten in Frankreich bricht mir das Herz."

Einmal geht er auch näher auf Vorfälle des Tages ein, die damals die allgemeine Aufmerksamkeit beschäftigten.

„Wie qualificiren Sie Graf de Celles's Charakter? Seine Sprache zu Rom, zu Brüssel, vor König Wilhelm, bei Oranien, im Palais Royal? Was ist darin Wahrheit? Was Jesuitismus? Was Revolutionaires? Ist bei dieser babylonischen Zungen-Verschiedenheit irgendwo ein Herz dabei? oder eines irren Geistes wetterwendische Kraft auf einem geistreichen, aber schwachen Kopf ohne Herz?"

Sonst athmet in jedem Worte des Kronprinzen die lebendigste Theilnahme an den römischen Zuständen. Es erfüllt ihn mit Grauen, wenn er sich die Cholera in der Campagna und den Maremmen denkt.

Damals schloß sich Bunsen den politischen Anschauungen des Prinzen nahe an. Beim Eintritt des Jahres 1832 bemerkt er, daß er sich bescheide, nur bei einer der kleinsten Verwickelungen zur Lösung derselben mitgewirkt, überhaupt wenig gethan zu haben.

„Ich preise mich jedoch glücklich, daß mein Name nicht unter den Londoner Protokollen steht. Im alten Rom ist Trübe: eine schwüle Luft drückt uns seit zwei Monaten danieder, und die Influenza gesellt sich zu dem bleiernen Sirocco. Die Arbeiten auf dem Forum gehen deshalb nicht schneller; doch sind wir am Vorabend großer Entdeckungen, wenn nicht Alles täuscht."

Wie hier über Belgien, so drückt sich Bunsen in einem Schreiben von den Ideen des März 1833 über die englische Reform sehr ungünstig aus.

„Wohl hatte ich gezittert vor den Folgen der Treulosigkeit der Ultra's, die ihren Retter und Helden verfolgten und verließen, der doch nicht den Muth hatte, sich nach der anderen Seite, wo die Stärke der besseren öffentlichen Meinung saß, durch die Reste der parlamentarischen Größe einer früheren Zeit zu verstärken; ja, es überlief mich, als ich die unbesonnenen, so theuer gebüßten Worte des Herzogs las, durch die er mit der Gegenwart brach. Von der neuen Verwaltung hoffte ich nie etwas, da ich die Seichtigkeit der Menschen und ihren Haß gegen alle erhaltenden Grundsätze kannte; aber wer konnte etwas so Erbärmliches fürchten, als ihre Reform? wer konnte glauben, daß sie sich und ihre eigenen Helden vergessen und verleugnen würden, das Princip der Gleichförmigkeit — diese Organisation des Todes — und das der Volksmenge an die Spitze des neuen Wahlrechtes zu stellen."

Zu der Gleichartigkeit der politischen und religiösen Ansichten kam die Theilnahme, die der Kronprinz den persönlichen Angelegenheiten Bunsens und seinen Arbeiten, die hauptsächlich liturgischer Art waren, widmete.

Bunsen spricht die Hingebung, die er empfand, mit einer Wärme aus, die kaum stärker sein könnte.

„Die Dankbarkeit, die mich durch so viele Wohlthaten auf das ganze Leben an das gottgesegnete Königshaus und Ew. Königliche Hoheit fesselt, ist so ganz eins mit der Liebe, durch die ich mich im Innersten meines Herzens und im Tiefsten meines Geistes und Gemüths zu der Persönlichkeit hingezogen fühle, die, von Hoheit und Krone unabhängig, zu unserem und, wills Gott, zu späterer Nachwelt Segen mit beiden verbunden ist, daß die beiden Gefühle bei mir unzertrennlich sind und ich mit dem einen auch das andere ausspreche."

Liturgie und Kirche, Alterthum und Kunst bilden die Atmosphäre, in der sich das Verständniß zwischen dem Prinzen und Bunsen immer lebendig erhielt.

Die Sehnsucht, wieder nach Rom zu kommen, ergriff den Kronprinzen mit doppelter Stärke, als er im December 1833 sich in der Nähe der Pässe befand, die nach Italien führen. Er begnügt sich damit, sie auszusprechen; doch steht es in einer gewissen Beziehung damit, wenn er Bunsen, der bereits seinerseits angekündigt

hatte, nach Berlin kommen zu wollen, anempfiehlt, seinen Weg über München zu nehmen.

„Sollten Sie durch München gehen, welches ich Ihnen auf alle Weise rathe, denn die Zeit der Medicäer ist hier erstanden, so versäumen Sie nicht, den Kronprinzen zu besuchen. Er hält viel von Ihnen. Seien Sie recht verknüpft mit ihm. Er hat Jemand in den Klöstern Italiens herumreisen lassen, um alte Kirchen-Mosaik zu sammeln, und soll wahre Schätze haben, die er mir versprochen hat Ihnen mittheilen zu wollen."

Für Friedrich Wilhelm bedurfte es nicht des Anblickes der Alpen, um in ihm die Sehnsucht nach Rom zu erwecken. Auch bei dem Aufenthalt in dem treuen Pommerlande in der Nähe von Swinemünde versetzte ihn der Anblick eines armseligen Kirchleins nach der ostiensischen und liberianischen Basilika, „wie man bei einer Schilderung der Hölle sich den Himmel um so lebhafter denke." Er erklärte sich von dorther zum Ankauf zweier Bildwerke bereit, den ihm Bunsen vorgeschlagen hatte.

Im Jahre 1834 war Bunsen nun wirklich nach Berlin gekommen, in einer Angelegenheit, deren wir sogleich ausführlich gedenken werden. Sein Verhältniß zu dem Kronprinzen gewann dadurch an Innigkeit, daß Beide nicht allein über diese Sache, sondern über die allgemeine Lage verwandte Ideen hegten. Auf seiner Rückreise meinte Bunsen überall in Deutschland analogen Anschauungen zu begegnen; er glaubte zu bemerken, daß ein gemeinschaftlicher Grundgedanke in Bezug auf die Emancipation der Kirche und lebendige Wiederbegründung einer kirchlichen Gemeinschaft vorwalte: im Verkehr mit den leitenden Männern, wie mit den praktischen Geistern sei ihm derselbe in den verschiedenartigsten Gestalten entgegengetreten [1]).

Von Rom aus unterhält er den Kronprinzen mit seinen Entdeckungen der wahren Gestalt des römischen Forums, Arbeiten, zu denen er eben von ihm besonders aufgefordert sei [2]).

Der Kronprinz nimmt davon Anlaß, sich nochmals in die römische Topographie zu vertiefen. Er fragt, „ob und in welcher Gegend ein Uebergang oder Verbindung des Römischen und des Caesarischen Forums anzunehmen ist, wie sich das forum Trajanum

1) Schreiben vom 1. Oktober 1834.
2) Schreiben vom 20. Mai d. J.

hinter der Säule gestaltete, ob die drei Tempel in dem Labyrinth von Portiken lagen, die die Säule umgaben[1])". Er vertiefte sich in diese Studien, wie er sagt, auch deshalb, „weil es ihm in Berlin ganz ängstlich und miserable werde". Und warum das? Er hörte so eben, daß die Prinzen von Orleans zu den Frühlingsmanövern nach Berlin kommen würden; auch in Wien erwarte man sie mit offenen Armen. „Das ist so schwer für mich, daß ich weinen möchte."

Er sah damals in den Orleans die Repräsentanten der revolutionären und illegitimen Gewalt.

Bunsen, fortwährend mit seinen Forschungen über das Forum, wo er immer neue Entdeckungen zu machen meinte, beschäftigt, verfehlte nicht, dem Prinzen auch in Bezug auf jene Zweifel Bericht zu erstatten. Er beginnt mit dem Forum Cäsars, welches der Ausgangspunct für alle kaiserlichen Fora geworden sei, deren Zusammenhang er nun historisch erläutert[2]). Da die Reise des Kronprinzen im Jahre 1836 unmöglich war, so nahm er dafür das folgende Jahr in Aussicht. Da aber wurde Bunsen durch eine neue Phase der Verhandlungen, die ihn amtlich am meisten beschäftigten, wieder nach Berlin geführt.

Die Innigkeit und Idealität seiner Beziehungen zu dem Prinzen, wie sie sich nunmehr gestalteten, erscheint in einem Gedicht, das er ihm am 9. August 1837 in Sanssouci überreichte. Es verdient wohl, daß wir das Wesentliche seines Inhalts mit einem Worte berühren.

„Asträa hat sich von der Welt entfernt, wo Alle Rechte wollen, Niemand jedoch will das Recht. Die Rechte haben sie sich selbst erdacht; sie wollen Freiheit haben, aber ohne Gott; sie halten das für Leben, was wurzellos und todt ist. Asträa wendet sich dagegen zu dem Königssohne, der die Neuerung haßt, weil sie die Freiheit und wahre Gestaltung des Lebens hemmt, der das Alte liebt, weil es ihm Steine zu einem Baue bietet, in dem sich die Freiheit zu einem heiligen Dome gestalten soll; unter dessen Händen werde sich das Vaterland zu dem erheben, wonach es seit Jahrtausenden strebe." Auch der Fürstin an der Seite des Prinzen gedenkt er, die das zu

---

1) Schreiben vom 30. April 1836.
2) Schreiben vom 9. Juli 1836.

versöhnen trachte, was sich jetzt hasse, vor deren Anblick Schmeichelei und Trug fliehe[1]).

Welche Hoffnungen, welche Ideale! Die Regeneration der Welt in conservativem Sinne, der aber die wahrhaft freie Entwickelung begünstigen und fördern soll, scheint unter der bevorstehenden Regierung auf friedlichem Wege, wie durch ein höheres Geschick erreichbar.

Aber schon waren Verwickelungen eingetreten, welche Widerstand und Kampf ankündigten.

---

1) Das Gedicht ist mitgetheilt in dem Memoir of Baron Bunsen, by his Widow Frances Baroness Bunsen, II. S. 588 ff.

II.

Die Cölner Irrungen.

Gleich bei dem Tode des Papstes, der die Zeiten der Revolution und der Restauration durchgelebt, ihre Stürme an sich erfahren hatte, nahm man die Vorboten einer Veränderung der Politik des römischen Stuhles wahr.

Man durfte erwarten, und auch Bunsen hegte diese Hoffnung, daß der Eifer des erstarkten Papstthums sich hauptsächlich gegen die Widersacher aller Religion in den katholischen Ländern richten und die protestantischen Staaten, die ihm vielfach nützlich geworden waren, unbehelligt lassen werde. Dagegen aber stritt, daß der Orden der Jesuiten wiederhergestellt worden war, der einst dem Gegensatz mit dem Protestantismus entsprungen war und in dem Ankämpfen gegen denselben sowie in dem unnachgiebigen Festhalten der Satzungen der katholischen Kirche und der Prärogative des Papstthums seinen Beruf sah. Auch der Orden vergaß, daß er seine Erhaltung der Protection verdankte, die er dem römischen Stuhle gegenüber bei den nichtkatholischen Gewalten des nördlichen Europa gefunden hatte. Er widmete sich der Restauration der kirchlichen Autorität, wie sie vor den Abweichungen des achtzehnten Jahrhunderts, denen auch er erlegen war, bestanden hatte: er identificirte sich mit den Ansprüchen und Rechten des römischen Stuhles und der exclusiven Katholicität.

Nun gab es einen alten, aber jeden Augenblick neu auftauchenden Streitpunct zwischen der katholischen Kirche und den nichtkatholischen Staatsgewalten, der bei einer Wiederbelebung der einheitlichen Tendenzen des Papstthums nothwendig hervortreten mußte, — die Frage über die aus beiden Bekenntnissen gemischten Ehen.

Denn das natürliche Bestreben des Staates ist es, Eheschließungen zu erleichtern und seine legislative Gewalt auch über dies Verhältniß auszudehnen; — die katholische Kirche hielt an der Regel fest, daß die Kinder aus den gemischten Ehen in dem katholischen Bekenntnisse erzogen werden sollten. An sich von dem Inhalt der Bekenntnisse wenig berührt, hatte Friedrich der Große hiegegen eingewandt, daß die Forderung eines vorläufigen Versprechens dieser Art dem Wesen des Staates, der auf Toleranz basirt sei, widerspreche, indem darin ein Druck auf die Gewissen liege. Er bewirkte, daß in Schlesien von jener Forderung abgesehen wurde. Die Regel wurde nicht aufgehoben; aber sie wurde ignorirt. Die Gewohnheit führte sich ein, daß in den Familien, die sich aus gemischten Ehen bildeten, die Söhne dem Bekenntniß des Vaters, die Töchter dem der Mutter zu folgen hatten[1]); — eine Gewohnheit, die dann durch das Landrecht sanctionirt und zum Landesgesetz erhoben wurde.

Da nun aber hiebei der Uebelstand hervortrat, daß der Hader der Bekenntnisse sich in das Innere der Familien versetzte, so fand sich der Staat veranlaßt und hielt sich für befugt dazu, durch eine Declaration des Landrechtes zu verordnen, daß das Bekenntniß des Vaters für alle Kinder maßgebend sein solle. Man zweifelte nicht, daß sich die legislative Gewalt des Landesherrn so weit erstrecke, wenn nur die Gleichheit zwischen beiden Bekenntnissen gewahrt werde. Eine nennenswerthe Widerrede hat sich nicht dagegen erhoben.

Einen anderen, bei weitem mehr controversen Charakter bekam die Frage in den Rheinlanden nach der Vereinigung derselben mit der Krone Preußen. Hier herrschten andere Gewohnheiten und selbst Gesinnungen, als in Schlesien. Man hatte von dem legislativen Rechte und der freien Befugniß des Staates keineswegs einen so hohen Begriff. Dieser stand von der Einführung des Landrechts in der Rheinprovinz ab und erkannte die französische Gesetzgebung an, deren Fortbestehen dem particularen Selbstgefühl der Provinz entsprach und es nährte. Und wie nun der Katholicismus hier die stärksten Wurzeln hatte, so hielt auch der Clerus in Beziehung auf die gemischten Ehen an der strengen Regel fest; er versagte Aufgebot und Trauung, wofern von den Verlobten nicht das Versprechen gegeben wurde, alle Kinder im katholischen Glauben aufzuziehen. Um den unaufhörlichen und immer steigenden Klagen hierüber mit einem

1) Klöber, Schlesien vor und nach 1740. II. S. 628.

Mal abzuhelfen, entschloß sich König Friedrich Wilhelm III. im August 1825, die in den östlichen Provinzen geltende Verordnung, nach welcher alle Kinder aus gemischten Ehen der Religion des Vaters folgen sollten, auch auf die westlichen Provinzen auszudehnen; den Eltern sollte es freistehen, darüber auch etwas Anderes zu vereinbaren; doch sollte ihnen kein entgegengesetztes Versprechen abgenommen werden dürfen. Es fehlte aber viel, daß die Verordnung in dem Westen eigentlichen Gehorsam gefunden hätte. Um mit der königlichen Ordre nicht in offenen Widerspruch zu gerathen, forderten zwar die Priester nicht geradezu ein vorgängiges Versprechen; aber sie hielten die Trauung hintan, wenn ein solches nicht freiwillig erfolgte. Daraus entsprangen neue Mißverhältnisse mancherlei Art. In dem altpreußischen Bestandtheile derselben Diöcese hielt man ein anderes Verfahren ein, als in dem neu erworbenen. Und man erlebte wohl auch, daß ein vorgängiges Versprechen unverhohlen gebrochen wurde.

Hinter den einzelnen Vorfällen erschien dann allezeit die principielle Frage, inwiefern der Priester in dieser Angelegenheit dem Staate einen unbedingten Gehorsam schuldig sei. Denn ein kirchliches Moment hatte sie doch ohne Zweifel; die Staatsverwaltung, welche die kirchliche Trauung bei der protestantischen Bevölkerung zum Gesetz machte, wollte dieselbe auch bei der katholischen nicht fallen lassen.

Niemand könnte an sich den Wunsch tadeln, durch eine Vereinbarung mit der kirchlichen Gewalt den widerwärtigen Zwiespalt zu heben. Bunsen vertraute — denn noch waltete ein gutes Verhältniß mit dem römischen Stuhle ob —, eine Abkunft, die dem Bedürfniß des Staates genüge, erreichen zu können.

Die zugleich ideale und reale Bedeutung der Sache, an welcher auch der Kronprinz, der für die Gedanken der Selbständigkeit der Kirche sehr empfänglich war, den lebendigsten Antheil nahm, obwohl er zunächst nicht in dieselbe eingriff, wird es rechtfertigen, wenn wir den Gang der Angelegenheit, die auf alles Folgende einen entscheidenden Einfluß ausgeübt hat, namentlich auch auf das Verhältniß zwischen dem Kronprinzen und Bunsen, weiter begleiten.

Bunsen hatte die Verhandlung eingeleitet, und die Regierung forderte dringend eine definitive Erklärung des römischen Stuhles, von der sie hoffte, daß sie in ihrem Sinne ausfallen und alle Schwierigkeiten heben würde. Der römische Hof, der die Regierung nicht verletzen, aber auch seine alte Regel behaupten wollte, zögerte

lange. Endlich, nachdem ihm ein Termin gesetzt worden, ließ er durch das Breve vom 25. März 1830 sich dahin vernehmen, daß die Clausel der Kindererziehung eine unerläßliche Bedingung der kirchlichen Einsegnung sei und bleibe, den Geistlichen aber die passive Assistenz auch ohne dies Versprechen gestattet werden solle, — wobei denn immer ein Examen der Braut und eine starke priesterliche Einwirkung vorbehalten blieb, aber man jenem königlichen Verbot, das Versprechen zu fordern, nicht geradezu entgegengehandelt hätte. In Rom ist wohl nicht erwartet worden, daß sich die preußische Regierung hiebei einfach beruhigen würde. Eine weitere Auskunft hielt man jedoch dadurch, ich denke, mit vollem Bewußtsein offen, daß man die Dispensationsfacultäten auch auf die gemischten Ehen ausdehnte.

Im Jahre 1834 begab sich Bunsen, um eine solche zu Stande zu bringen, nach Berlin. Es war nicht ganz im Sinne des damaligen Staatsministeriums, das sich von einer formellen Verhandlung mit den Bischöfen wenig versprach und eine Belehrung der Pfarrer, daß die Trauung nicht von dem förmlichen Versprechen der Kindererziehung, welches sie nicht fordern dürften, sondern von der Gesinnung des katholischen Theiles überhaupt abhänge, für hinreichend hielt.

In dem Cabinet aber zog man doch eine förmliche Verhandlung mit den Bischöfen vor. Erzbischof Spiegel von Cöln, einer der gemäßigtsten Prälaten, die jemals auf diesem Stuhle gesessen, wurde als Mitglied des Staatsrathes, um den Sitzungen desselben beizuwohnen, herbeibeschieden; und Bunsen, der in ein freundschaftliches Verhältniß zu demselben trat, zur Verhandlung mit ihm bevollmächtigt. Spiegel hatte einen gelehrten Canonisten bei sich, der nichts mehr wünschte, als eine Uebereinkunft zwischen Staat und Kirche in diesem Puncte zu Stande zu bringen.

Irren wir nicht, so entspricht dies Bestreben der ursprünglichen Bestimmung der Landesbischöfe überhaupt. Es ist eine Herabwürdigung ihrer natürlichen Autorität, daß sie von dem absoluten Willen des Papstes durchaus abhängig sein sollen: denn um bloße Organe einer höhern Gewalt zu bilden, würden reich ausgestattete Großwürdenträger der Kirche nicht erforderlich sein. Man wurde dabei an den großen Moment des Kirchenstreites im eilften und zwölften Jahrhundert erinnert, dem eben diese Frage zu Grunde lag. Indem die revolutionäre Epoche die locale Selbständigkeit der Kirchenfürsten schwächte, hat sie zugleich die durchgreifende Macht der

geistlichen Centralgewalt verstärkt; es muß als eine noch zu lösende Aufgabe betrachtet werden, daß nun doch der landesfürstlichen Gewalt ein Weg offen bleibe, um den durch ihre Lage gebotenen Gesichtspuncten Eingang und Geltung zu verschaffen.

Bunsen hatte in seinen Conferenzen mit dem Erzbischof einen hiefür hoch anzuschlagenden Erfolg: durch eine Uebereinkunft vom 19. Juni 1834 verwies man die Lösung aller Schwierigkeiten in eine Instruction des Generalvicariats, welche jedoch geheim bleiben sollte.

Kraft derselben sollten die Pfarrer angewiesen werden, von der Abnahme eines förmlichen Versprechens der katholischen Kindererziehung abzusehen, in einer Anzahl von Fällen die Trauung zu vollziehen, in anderen die passive Assistenz zu leisten. Man hielt das alles für vereinbar mit dem päpstlichen Breve; die geistliche Gewalt im Lande fügte sich in die aus der Vereinigung gemischter Bevölkerungen in ein politisches Gemeinwesen entspringenden Forderungen der weltlichen; der Widerstreit derselben mit allen seinen beunruhigenden Folgen schien noch einmal vermieden zu sein.

Wie der Kronprinz, so war auch der König davon durchdrungen, daß ein friedlicher Ausgleich nothwendig sei. Darauf beruht es, daß er dem in kirchlichen Dingen bewanderten Gesandten eine unmittelbare Vollmacht verlieh. Wie viel Bunsen gewonnen zu haben glaubte, ergiebt sich aus einem seiner Schreiben an den Kronprinzen, worin er den von ihm an den König erstatteten Bericht kurz erwähnt:

„Die Bischöfe werden auf den Grund des Breve in Zukunft (mit allen Förmlichkeiten) trauen lassen, ohne daß der Pfarrer irgend ein Versprechen abfordert. Nur wenn die Braut einen muthwilligen sträflichen Leichtsinn bei der Erinnerung an ihre Mutterpflichten zeigt, also vernünftigerweise niemals, wird die Trauung des katholischen Pfarrers nicht stattfinden. Dann ist derselbe aber verpflichtet, die Erklärung beider, daß sie Mann und Frau seien, gratis in der Sacristei anzunehmen und ihnen zu erklären, sie seien dies wirklich, und er werde sie eintragen in's Kirchenbuch."

In dem getroffenen Uebereinkommen meinte er auch die Anerkennung der Gültigkeit der evangelischen Trauungen von katholischer Seite zu sehen. Er verglich wohl seine Abkunft mit dem Connubium zwischen Patriciern und Plebejern, das in der Geschichte Roms von Niebuhr eine so große Rolle spielt. Und nicht wenig trug es zu seinem Selbstgefühl bei, daß ihm die Sache ohne das Zuthun, eigent-

lich wider die Erwartung des Ministeriums gelungen war. In Zukunft, sagte er, werde man ihm mehr auf sein Wort glauben.

Wenn aber Bunsen meinte, den Streit zwischen der katholisch-kirchlichen und der landesherrlichen Autorität ausgeglichen zu haben, so sollte er nur allzubald inne werden, wie sehr er sich getäuscht hatte.

Unter dem Einfluß der immer mächtiger werdenden Jesuiten und in Folge der revolutionären Ereignisse, vor allem in Belgien, wo das klerikale Element zu einer wirksamen Repräsentation gelangte, hatte sich das Machtbewußtsein der römischen Kirche gewaltig gehoben. Und mit geheimen Transactionen war in der Epoche der allgemeinen Oeffentlichkeit nicht mehr fortzukommen. Die zwischen Bunsen und dem Erzbischof verabredeten Maßregeln waren noch nicht in das Leben getreten, als sich die katholische Presse in einem allgemeinen Sturm dagegen erhob. Man gab dem preußischen Staat die Absicht Schuld, die Rheinlande zu entkatholisiren; die Katholiken sollten zu Heloten des Protestantismus werden. Einem belgischen Blatt wurde die geheime Instruction, wenngleich nicht ohne Entstellung, aber doch im Ganzen richtig, mitgetheilt.

Bunsen hatte sie, weil sie doch geheim bleiben sollte, nicht in Rom vorgelegt und wollte sie der Entstellung wegen auch jetzt nicht anerkennen; welchen Verdacht aber mußte die unleugbare Thatsache und die Geheimhaltung derselben erwecken!

Die allgemeine Bewegung des katholischen Geistes flammte in dem Mittelpunct der Kirche mit verdoppeltem Feuer auf; die früher gute Beziehung zu der preußischen Regierung verkehrte sich in das Gegentheil. Am 15. März 1836 erließ der Staatssecretär Lambruschini eine Note an den Gesandten, welche die ganze Feindseligkeit der Standpuncte enthüllte. Darin wird der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie die Bischöfe hindere, ausschließlich katholisch zu verfahren, und zugleich wird auf Zulassung eines päpstlichen Nuntius am preußischen Hofe in Berlin gedrungen. Es leuchtet ein, daß man damit nach jenen Vordersätzen wenig Eingang finden konnte. Der damalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Ancillon, antwortete: kein Fürst könne zugeben, daß ein Repräsentant der Rechte seiner Unterthanen, der einem fremden Fürsten zu gehorchen habe, an seinem Hofe residire; — ein solcher sei der Papst, welcher sowohl als weltlicher Fürst, wie als Oberhaupt der katholischen Kirche immer nur ein fremder Souverän sei und bleibe.

Traten dergestalt Rom und Preußen auseinander, so konnte sich das letztere bereits nicht mehr auf das Episkopat stützen.

Erzbischof Spiegel war im August 1836 gestorben; an seine Stelle war ein Mann von entschieden klerikaler Gesinnung, Droste v. Vischering, getreten, über dessen Wahl man selbst in Rom aus diesem Grunde Erstaunen bezeigte. Wohl hatte Droste das Versprechen gegeben, die mit seinem Vorgänger vereinbarte Instruction zu beobachten; wie aber dann, als der römische Stuhl, dem dieselbe jetzt in aller Authenticität bekannt geworden war, die Erklärung gab, daß sie mit dem Sinne des Breve nicht vereinbar sei?

Wenn man in Berlin gemeint hatte, das Einverständniß zwischen Staat und Kirche durch jene Uebereinkunft herzustellen, so lag dagegen in dieser Erklärung des römischen Stuhles die Aufhebung derselben und der Keim zu einem weit aussehenden Zerwürfniß.

Der preußische Staat konnte dabei nicht ruhig bleiben, da die Entzweiung in seinem Innern um sich griff. Der Urheber der Convention wurde herbeigerufen, um sie in Geltung zu halten. Und auch jetzt hegte Bunsen die Hoffnung, daß ihm das gelingen werde: er glaubte, durch Monsignore Capacini, einen Prälaten von friedlicher Gesinnung, der, auf einer Reise nach Brüssel begriffen, nach Berlin kam, auf den Erzbischof zu wirken und, wenn er bei demselben nichts ausrichten sollte, durch die Gefahr, die in einem offenen Bruch mit Preußen liege, auf die römische Curie selbst.

Alle Bemühungen aber, welche Bunsen und andere preußische Staatsmänner anwandten, schlugen fehl bei dem Erzbischof. Er blieb dabei, daß er die Instruction nur insoweit beobachten könne, als sie mit dem Breve vereinbar sei, wodurch dann die Erklärung, die man in der Instruction dem Breve gegeben hatte, aufgehoben wurde. Denn dem Sinne des Erzbischofs widersprach es, eine Modification anzunehmen, gegen die der römische Stuhl sich selbst erklärt hatte. Er ließ vernehmen, er wolle nicht auch in den Fall kommen, wie der vor kurzem verstorbene Bischof von Trier, auf dem Todbette bereuen zu müssen, was er im Leben gethan habe. Man ersuchte ihn, die Instruction nur so lange zu beobachten, bis er aufs neue in Rom angefragt und einen Entscheid empfangen habe; aber er wies auch das von der Hand. Monsignore Capacini hatte keinen Auftrag zu einer Weisung an denselben in Betreff der gemischten Ehen gehabt. Die Bischöfe gehören, so zu sagen, zwei verschiedenen Welten an: dem besonderen Staate als Unterthanen, der katholischen Kirche als Großwürdenträger derselben. In dem Conflict zwischen beiden

trug Erzbischof Droste kein Bedenken, der Kirche unbedingt den Vorzug zu geben. Man hörte ihn sagen, er werde vor der Staatsgewalt nicht zurückweichen, und sollte er das Leben darüber verlieren. Ihm schien das Beispiel Thomas Beckets vorzuleuchten, und wenn er um sich her sah, so fand er nicht allein in jenem Erwachen des Gemeingefühles der katholischen Kirche einen Rückhalt, sondern auch in dem Particularismus der Provinzialen, welche in der Behauptung des strengkatholischen Gesichtspunctes zugleich eine Wahrung ihrer berechtigten Besonderheit erblickten. Es kam zu einer Agitation, die nicht ganz auf die klerikalen Kreise beschränkt blieb; in einem Maueranschlage war von einer Abschüttelung des protestantischen Joches unverblümt die Rede.

Dem gegenüber erwachte nun aber auch das Selbstgefühl des Staates. König Friedrich Wilhelm III. hatte sich zu Nachgiebigkeiten, unter Anderem in Bezug auf den militärischen Dienst verstanden, die man von ihm nimmermehr erwartet hätte. In der Frage, welche damals die katholischen Katheder auf den Universitäten beschäftigte, war auch die Regierung vor den streng-römischen Satzungen so weit zurückgewichen, wie nur irgend möglich. Auf diese Concessionen antwortete nun der Erzbischof in einer Angelegenheit, bei der das ganze bürgerliche Leben betheiligt war, mit provocatorischer Hartnäckigkeit. In einer großen Conseilssitzung in Gegenwart des Königs, die deshalb gehalten wurde, theilte der Minister des Innern, welcher die in den Rheinlanden hervortretende Opposition als einen Versuch des Abfalls ansah, die neuesten von dorther eingegangenen Berichte mit und forderte die strengste Behandlung des Erzbischofs. Bunsen, der daran Antheil nahm, versicherte, bei der jetzigen Lage der Sache werde er auch in Rom nichts ausrichten können; denn dort sei man überzeugt, daß die Regierung zu viel Rücksicht nehmen werde, um zu handeln; erst dann lasse sich etwas erreichen, wenn gehandelt sei. Es ist zu viel gesagt, wenn man behauptet, er habe sich anheischig gemacht, in diesem Falle zum Zwecke zu kommen; aber einen entschiedenen Schritt stellte er in der That als die Bedingung jeden Erfolges dar. Nur ungern und zögernd, weil nun einmal der Rath und die Meinung seiner Minister dahin gehe, gab der König nach. Der Erzbischof wurde nach Minden abgeführt und das Domcapitel mit der Verwaltung der Diöcese beauftragt.

Und unverzüglich trat nun Bunsen die Rückreise nach Rom an, um daselbst das Geschehene zu rechtfertigen. Er nahm seinen Weg über Wien, wo es ihm auch gelang, den mächtigen Staatskanzler

Fürsten Metternich von der Unvermeidlichkeit des Schrittes, den man in Berlin gethan hatte, zu überzeugen und sich seiner Fürsprache am römischen Hofe für die Folge zu versichern. Da aber hatten indeß die feindseligen Stimmungen, die durch keine diplomatische Gegenwirkung gedämpft wurden, die Oberhand bekommen. Der Papst bezeichnete in einer feierlichen Allocution das Verhalten des Erzbischofs als pflichtmäßig und das des preußischen Staates als einen systematischen Angriff auf die geistliche Autorität überhaupt. Die Erwartung Bunsens, den römischen Stuhl durch eine starke Handlung einzuschüchtern und fügsamer zu machen, war vollkommen gescheitert; dieser machte vielmehr die Befreiung des Erzbischofs zur Bedingung jeder weiteren Verhandlung. Bunsen, der sich als Depositär der königlichen Gedanken bezeichnete, erklärte, daß die Verhaftung des Erzbischofs nur eine vorläufige, durch dessen zur Empörung neigendes Verhalten hervorgerufene sei. Er rieth jetzt seiner Regierung selbst die Wiederherstellung des Erzbischofs an, allerdings mit Wahrung ihrer Anordnungen in Bezug auf die gemischten Ehen, über die er nach erfolgter Befreiung des Verhafteten in Rom dennoch zu einem erträglichen Resultate zu gelangen nicht verzweifelte.

Dazu aber konnte man sich in Berlin nicht entschließen. Man würde die Autorität der Krone, vielleicht die Erhaltung der Ruhe in den Rheinlanden auf das Spiel gesetzt haben.

Die historische Bedeutung dieses Ereignisses liegt darin, daß sich eine Vereinbarung der Staatsgewalt eines protestantischen Königs mit den Tendenzen der Hierarchie unmöglich zeigte. Das Princip des Staates, wie es von Friedrich dem Großen am einleuchtendsten ausgesprochen war, und das Princip der Kirche traten einander in unversöhnlichem Widerspruch entgegen.

Wenn man den Blick über die momentanen Beziehungen hinaus auf das Vorangegangene und die späteren Ereignisse richtet, so wird man inne, wie viel in diesem Wiederausbruch des Gegensatzes zwischen Staat und Kirche lag, der an sich durch keine Theorie auszugleichen, sondern nur durch gegenseitige Anerkennung und praktische Nachgiebigkeit zurückzuhalten ist. Indem der römische Stuhl die Rücksichten von sich warf, welche ihm die Erinnerung an die Epoche der Restauration auflegen konnte, und sein Princip einseitig und starr hervorkehrte, lenkte er in eine Bahn ein, die ihn Schritt für Schritt in schneidenden Widerspruch mit den vorwaltenden Ueberzeugungen gebracht und ihm die Sympathien der Staaten entrissen hat. Das klerikale Selbstgefühl ist zwar dadurch bis zu einer schwindelnden

Höhe erhoben, aber eben auf diesem Wege auch die weltliche Gewalt des Papstthums zu Grunde gerichtet worden und der Kirchenstaat verloren gegangen.

Für Preußen entstand eine nicht geringe Verlegenheit. Die preußischen Staatsmänner leisteten auf den Versuch einer Vereinbarung Verzicht.

Die legislative Gewalt des absoluten Königsthums in Preußen blieb im Nachtheil. Nicht allein konnten die für die westlichen Provinzen getroffenen Anordnungen nicht durchgeführt werden, sondern sie wurden auch für die östlichen unhaltbar. Die katholische Kirche behauptete, im Gegensatz zu den natürlichen Tendenzen des preußischen Staates, die aus seiner Lage und Zusammensetzung entsprangen, die unabhängige Geltung ihrer Satzungen über das ganze Gebiet des Königreiches hin.

Unter diesen Umständen konnte sich Bunsen in Rom nicht behaupten. Schon genug, daß der König besondere Sorge dafür trug, ihn nicht compromittiren zu lassen; die vornehmste Genugthuung aber, die ihm zu Theil wurde, lag darin, daß der Erbe des Thrones, der Kronprinz, mit ihm zufrieden war und eifrig seine Partei ergriff.

Eben darin sah er die große Aufgabe seiner künftigen Regierung, seine katholischen und protestantischen Unterthanen in friedlichem Gehorsam zu vereinigen. Ueberzeugt davon, daß der Staat die kirchlichen Angelegenheiten nicht allein zu regeln habe, und zurückgestoßen von den Bestrebungen der Bureaukratie, die Kirche zu bemeistern, hatte er den Versuchen Bunsens, die kirchliche Gewalt zu einer Verständigung mit dem Staate zu vermögen, seinen vollen Beifall geschenkt. Nach der Vorstellung, die er aus den freilich nicht vollständigen Mittheilungen, die er erhielt, sich bildete, war es keineswegs die Schuld Bunsens, wenn er nicht zum Ziele kam, sondern großentheils der Bureaukratie selbst. Der Kronprinz war von der Abführung des Erzbischofs schmerzlich berührt worden, nicht etwa aus Connivenz gegen den römischen Stuhl, welche ferne von ihm war, sondern weil er den Bruch zwischen Staat und Kirche für verderblich hielt. Er vertraute, daß es Bunsen, wenn man ihm freie Hand lasse, gelingen werde, das gegenseitige Verständniß wiederherzustellen. Höchlich zuwider war ihm das Verfahren der preußischen Staatsbeamten, welche die Thatsache der Entzweiung annahmen und von keiner weiteren Vermittelung hören wollten; wie er meinte, auch deshalb, weil sie dem Gesandten die Vollmachten mißgönnten, die er

von dem König erhalten habe. In den Briefen, die er an Bunsen richtete, erscheint keine präcise Vorstellung darüber, wie das Mißverhältniß auszugleichen sei, aber eine starke Irritation über den Gang, den die Sache genommen hatte, und die lebhafteste Theilnahme für Bunsen, von dem er glaubte, daß man ihm wegen persönlichen Widerwillens und aus Mißverständniß Unrecht thue. Auf den absoluten Standpunct des Staates wäre er wohl nie getreten, aber auch nicht auf den der Kirche; er wünschte eine Versöhnung beider. An dem Freunde war es ihm unendlich werth, obwohl er auch an dessen Verhalten Einiges zu tadeln fand, daß er die Hoffnung auf Vermittelung auch in der gefährlichsten Lage festgehalten hatte.

„Ich brauche nicht zu sagen, daß diese Zeilen im engsten Vertrauen und daher mit rücksichtsloser Offenheit geschrieben, daher eigentlich je eher je lieber zum Ketzertod in Flammen geeignet sind. — Nach meiner Ansicht ist die hiesige Führung der römisch-cölnischen Angelegenheit so schlecht, so elend, so rathlos, so ohne Verständniß, als es nur irgend zu denken ist. Ach! und wär' es nur das, so könnte ich mich insofern (obgleich mit einer starken Zuthat von Leichtsinn) trösten, daß ich das ja von unsern faiseurs gar nicht anders erwarten konnte und auch wirklich nicht erwartete. Aber Ihnen, theurer Freund, war ja Vollmacht gegeben; der König hatte, weil er das fühlte, durch dieses Vollmachtgeben uns zu Hoffnungen berechtigt. Aber da liegt nun das Trostlose. Wie ich es Ihnen hier auf dem rothen Sofa vorhersagte, so ist es geschehen. Daß der König Ihnen diese Bevollmächtigung gegeben hat, das ist Ihnen nimmer zu verzeihen von unseren Rath- und Einsichtslosen faiseurs. Daher war es nothwendig, aus jedem Ihrer Worte Gift zu saugen, um Sie los zu werden aus der für ihre Incapacität so bedrohlichen Stellung. Das alles sagte ich Ihnen auf dem rothen Sofa voraus, und so ist's denn auch gekommen. Da ich nun rücksichtslos das hiesige Verfahren beurtheile, so will ich auch das Ihrige, theuerster Bunsen, beurtheilen. Mein Tadel besteht darin, daß Sie diese Lage der Sache hier, die Unversöhnlichkeit, welche des Königs Vertrauen hier gegen Sie nothwendig anfachen mußte, nicht genug erwogen und danach die Ausdrücke Ihrer Berichte und Noten nicht genug abgewogen haben. Das und sonst Nichts habe ich an Ihnen zu tadeln. Ihr Sieg in k. k. Staats-Canzley hatte den Grimm und die Besorgnisse hier vermehrt. Sie waren in gewissen Augen ein Eroberer, wie Friedrich vor der Schlacht von Collin. Collin aber

mußte gegen Sie geschlagen werden. Nur Ihre eigenen Fehler konnten dazu benutzt werden; das haben Sie nicht tief und lebendig genug gefühlt, que les absens ont tort. Was ich aber als Fehler rechne, sind 1) daß Sie in der Note aus Ancona die Maßregeln gegen den Erzbischof provisoire nannten. So richtig diplomatisch das gegen Rom war und ich die innere Wahrheit der Bezeichnung weit entfernt bin anzugreifen, so undiplomatisch war es für Berlin. Und Sie konnten dasselbe sagen, ohne diesen verwünschten Ausdruck zu gebrauchen. Der üble Wille derer, die die diplomatischen Exigencen kennen, und die Unbekanntschaft sehr edler Männer mit denselben, beides machte Ihnen Tadler.

„Damit genug für No. 1. Ihr Fehler No. 2 war, daß Sie, als der Papst definitiv erklärt hatte, vor Droste's Rückkehr nicht unterhandeln zu wollen, unter Ihren herrlichen und admirablen Vorschlägen der Idee Erwähnung thaten, Droste könne nach Cöln zurück, wenn die legislativen Maßregeln getroffen waren, welche die Basis Ihrer Vorschläge ausmachten. Das ist hier nach meiner Ansicht total mißverstanden worden, wird beständig als ein integrirender Haupttheil Ihrer Vorschläge angesehen und beständig verwechselt und durch einander geworfen mit den früheren, unter ganz wesentlich verschiedenen Umständen gemachten Vorschlägen an Lambruschini, welche ich wegen ihrer Weisheit und Gerechtigkeit gleich anerkennungswürdig finde, welche aber natürlich die Geschicklichkeit unserer faiseurs für Thorheit erkennen mußte. — Was nun aber jene Idee der Rückkehr Droste's kraft der zu nehmenden legislativen Maßregeln betrifft, so bin ich zwar weit entfernt, Sie darüber angreifen zu wollen, wie das hier geschieht; aber munden thut sie mir auch nicht. Eine spätere dépêche von Ihnen beweist, daß Sie selbst dagegen Bedenken bekommen haben. — Aussprechen durften Sie diese Idee nicht eher, als bis Sie ruhig in Berlin waren, und dann wohl erst nach geraumer Zeit. Frugen Sie mich dann, so hätt' ich's Ihnen höchst wahrscheinlich ganz abgerathen.

„Kurz und gut, ich table den Ausdruck provisoire und ich table das Aussprechen dieser Rückkehr-Idee als Fehler, welche dem üblen Willen einerseits und der Nicht-Kenntniß des diplomatisch Erlaubten andrerseits zu einer Art Bündniß gegen Sie verholfen haben. So steht's in der That jetzt hier. Ihre Freunde, mit aller Liebe und Treue gegen Sie, verstehen Sie nicht, weil sie nicht diplomatisch verstehen; dahin gehören Groeben, Rochow, Eichhorn, Stolberg rc. Ihre Feinde haben sich an diese Fehler geklammert, um

Sie zu verderben, und haben es vielleicht durchgesetzt, daß Sie desavouirt, compromittirt werden. Daß der König selbst dadurch zuerst compromittirt wird, verbergen sie sich wohl selbst. Ich allein habe den Muth gehabt, Sie zu vertheidigen, oder vielmehr die Sache zu vertheidigen. Alles, was ich davon getragen habe, ist der Ruf eines Mannes, der die Interessen des Ganzen denen eines Freundes opfern möchte. — Und wahrlich, das Unmögliche ist möglich geworden; ich habe Augenblicke, wo es mir leid thut, daß ich Ihr Freund bin; denn mit meiner Freundschaft für Sie allein sind meine Gründe für die Sache, die ich so gern retten wollte, entkräftet worden!!!!!! Sonst hat ihr Verfahren im Ganzen und im détail, Ihre Note aus Ancona (die ich nur etwas zu lang finde), Ihre zweite aus Rom, Ihre Verhandlung mit Lützow, welches alles zusammen den ersten Act des Dramas bildet (mit Ihren Berichten nach Berlin und dann Ihrem Vorschlage, als nicht mehr unterhandelt werden konnte, sondern gehandelt werden mußte), nicht bloß meinen Beifall, sondern ich scheue mich nicht zu sagen, daß ich Sie bitter getadelt hätte, wenn Sie anders verfahren wären, und daß ich Ihre Vorschläge idealisch finde. Es ist mir ein theures Bedürfniß, Ihnen das zu sagen. Aber jetzt hören Sie meinen Rath für die nächste Zukunft und lassen wir augenblicklich das Vergangene, nicht zu Aendernde — denn ich kann die Mohren nicht weiß waschen und unseren erleuchteten Staatsmännern ebenso wenig Geschmack für edles, kluges Wirken geben, als ihnen die Todes-Angst für energisches Sprechen und Handeln nehmen.

„Reisen Sie über Berlin.

„Geben Sie nicht Ihren Urlaub nach England auf; aber nehmen Sie nicht den directen Weg, sondern den über hier, und ich bitte, bleiben Sie dann eine kurze Zeit, etwa 14 Tage oder 4 Wochen hier. Sie müssen mit dem König selbst sprechen und wieder Terrain gewinnen. Sie müssen schnell kommen und in Ihrer eigenthümlichen Bescheidenheit und Offenheit sich zeigen, anhören und antworten. Der König allein hält Sie noch. Er hat verbothen, Sie zu compromittiren. Geschieht's doch, so ist das gegen seinen Willen und durch Vorspiegelungen, als wenn die gewählten Ausdrücke nicht compromettant für Sie seyen, escamotirt worden. Das sag' ich wohl überlegt. Nun leben Sie wohl! Gott geleite Sie **zu uns** und wieder und dann wieder zu uns.

„Der HErr sei mit All Ihrem Thun! Mit treuem Herzen.

Friedrich Wilhelm."

Bei dem letzten Aufenthalte Bunsens in Berlin, ehe er die Rückreise nach Rom antrat, die für ihn so verhängnißvoll werden sollte, war wohl die Rede davon gewesen, ihn an die Spitze des Museums zu stellen, was seinen Neigungen entsprochen hätte und dem Kronprinzen, der ihn in seiner Nähe zu haben wünschte, zu größter Genugthuung gereicht haben würde. Aber die Sache verzögerte sich und zerschlug sich endlich. Bunsen war von Rom mit Urlaub nach England gegangen und sagte einem Jeden, mit dem er in Verbindung stand, daß er entweder nach Berlin kommen oder in England bleiben müsse, einen diplomatischen Posten aber überhaupt nicht annehmen werde. Da wurde er jedoch zum Gesandten in der Schweiz ernannt, worin er keine Gnade sah und der Kronprinz, in dem Gedankengange, den wir kennen, begriffen, eine Art von Feindseligkeit. Einem ersten zweifelhaften und eher abmahnenden Briefe ließ er jedoch bald einen zweiten folgen, in welchem er dem Freunde die Annahme der neuen Stellung anrieth.

„Hier, mein theurer Freund, sende ich Ihnen einen Brief Lottums, worin er mir Ihre Ernennung nach der Schweiz beibringt. Sie müssen ihn lesen. Die alte Güte des Königs für Sie strahlt wohlthuend aus der Feder eines Mannes, der Ihnen nicht hold ist und dieses alte Wohlwollen vielleicht mißleitet hat, wie die Sonne aus trüben Wolken. Verschmähen Sie die Strahlen nicht. Ich beschwöre Sie: können Sie nicht anders, so schreiben Sie offen Ihre Bedenken Sr. Maj., fügen Sie aber hinzu, daß, falls der König sie nicht theile, Sie ganz bereit seien, dem Ruf mit Aufopferung Ihrer Affectionen zu folgen; schreiben Sie das mit Hand und Herz zugleich. Können Sie die Schweiz nicht evitiren, so werden Sie dort an dem Gen.-Lieut. von Pfuel, Gouverneur von Welsch-Neuenburg, eine Stütze und gewiß einen Freund erwerben. Er kennt durch mich die Geschichte Ihrer letzten zwei Jahre mit allen Einzelheiten, wie ich sie kenne. Leben Sie wohl, lieber, theurer Bunsen! Gott seegne Sie! F. W."

Bunsen ist diesem Rathe gefolgt. Nach einiger Zeit finden wir ihn auf dem Hubel bei Bern angesiedelt.

III.

Kirchliche Ideale des Kronprinzen.

Noch ganz andere Dinge, als die Veränderung der Stellung, beschäftigten den Kronprinzen und Bunsen in der Zeit, als dieser sich in England befand.

Aus London berichtet Bunsen [1]), er habe den Süden und Südwesten Englands in der Absicht durchreist, um seine „guten Freunde unter den Tories über die päpstlichen Wirren zu belehren und ihre Thätigkeit wohlwollend auf diesen Punct zu richten". — Sein in den letzten Irrungen oft genannter Name, sein im Aufsteigen begriffener literarischer Ruf und die persönlichen Verbindungen, in denen er stand, verschafften ihm allenthalben leichten Eingang. Die gesellschaftlichen Kreise, die sich ihm eröffneten, belebte er durch geistvolle Conversation, und sogleich trat er mit dem, was dort die Geister beschäftigte, in lebendige Beziehung. Auch in England erregten die kirchlichen Fragen eine nicht geringe Agitation. Die Whigregierung, die seit der Reformbill eingetreten war, brachte eine Reaction in der anglikanischen Kirche hervor, von der selbst die Königin leiden mußte. Wenn sich dagegen innerhalb derselben eine katholisirende Tendenz, vor allem in Oxford kundgab, so fand doch auch diese in dem Gemeingefühl der anglikanischen Bischöfe ernstlichen Widerstand. Indem dieser Zwiespalt sich regte, erschien das Buch Gladstone's über Kirche und Staat [2]), das der Discussion des Tages eine allgemein

1) Schreiben vom 9. December 1838.

2) „Gestern ist das merkwürdigste Buch der Welt erschienen, Gladstone's vielerwartetes: On the relation of the church with the state. Es ist das einzige gute, das ich je gelesen, und erhebt den Verfasser zu Burke. Ich habe diese Nacht und heut Morgen es durchgelesen und meine Gefühle und Gedanken dabei für Ew. Königl. Hoheit angemerkt. Denn dieses Buch ist gerade,

wissenschaftliche kirchlich-politische Bedeutung verlieh. Alles, was in demselben vorgetragen wird, beruht auf dem Grundsatz, daß der Staat ohne Religion nicht sein könne. Das active Organ der nationalen Persönlichkeit bedürfe desselben um der öffentlichen Sache willen; es bedürfe also auch der Kirche und zwar in aller Selbständigkeit, welche ihr Princip nöthig mache. Dieser Anerkennung der Unentbehrlichkeit der Kirche für den Staat fügt Gladstone den andern Grundsatz hinzu, welcher die Selbständigkeit der Staatsgewalt rettet, daß derselben ein Veto gegen die Kirchengewalt zustehen müsse. Bunsen urtheilte mit Recht, daß das Buch das Studium und das Nachdenken des Kronprinzen beschäftigen werde. Gerade die Anerkennung der Nothwendigkeit der Religion und ihres Principes für den Staat mußte Eindruck auf ihn machen. Er liebte Erwägungen über die englische Verfassung und las mit Vergnügen, was ihm Bunsen über das englische Episkopat, das anglikanische System überhaupt und die Gespräche, die er mit Gladstone darüber gepflogen hatte, schrieb, sowie die über sein Verhalten in den römischen Angelegenheiten handelnden Artikel, die er in englischen Zeitschriften mitzutheilen Gelegenheit fand[1]). Bunsen war mit einer ausführlichen Arbeit über die Ehescheidung beschäftigt, die er dann nicht verfehlte mitzutheilen. Der Kronprinz nahm an alledem den lebendigsten Antheil; für das, was ihm Bunsen sagte, hatte er ein offenes Ohr; aber wenn er ihm beistimmte, so widersprach er ihm auch. Und seine Ideen gingen noch weit über die angeregten Gesichtspuncte hinaus. Auch in Preußen waren verwandte Fragen, jedoch in eigenthümlichen Formen aufgetaucht: einmal über das liturgische Recht der Krone, sodann über die Union der beiden protestantischen Confessionen zu Einer Landeskirche. Der Kronprinz glaubte zu bemerken, daß es mehr äußerliche Rücksichten seien, wodurch die Menschen für und wider angeregt würden, als die in der Sache liegenden Gründe. Von den tiefsten und stärksten religiösen Gefühlen wie von Natur durchdrungen, widmete er diesen Fragen die vollste Aufmerksamkeit seines Geistes und die innigste Theilnahme seines

---

was Ew. Königl. Hoheit mit größerer Begierde lesen und besser verstehen werden, als vielleicht irgend jemand. Das Buch ist ein Ereigniß." (Schreiben Bunsens, London 13. December 1838.)

1) Ein Artikel in der Quarterly Review, der damals erschien, entstand dadurch, daß Lord Ashley die erforderlichen Informationen von Bunsen empfing; unter dessen Aufsicht wurde der Artikel geschrieben. Directen Antheil hatte Bunsen daran nicht.

Gemüthes, wie sich versteht, in Voraussicht des hohen Berufes, der ihm bevorstand, aber keineswegs beschränkt oder bestimmt dadurch. Seine Gedanken theilt er an Bunsen mit, mit welchem ihn religiös kirchliche Sympathien von Anfang an in enge Verbindung gebracht hatten. Von allen Productionen, die aus seiner Feder geflossen sind, vielleicht die außerordentlichste und in sich bedeutendste ist der „lange Brief und ein kurzer für Freund Bunsen", den er ihm kurz vor seiner Thronbesteigung nach Bern schickte[1]).

Schreiben des Kronprinzen vom 24. März 1840.

Wagen wir den Sprung mitten in Ihre Divorciana[1]). Manches werde ich stark widersprechen, um Sie, theuerster Freund, zur Erwiderung anzufeuern. Der erste Band hat bei mir das höchste Gegentheil von Widerspruch erzeugt, die freudigste, ja eine egoistische Zustimmung. Ihre Entwickelung des Historischen jener Ehescheidungs-Gesetzgebung von Seiten der Kirche oder unter der Herrschaft derselben entspricht vollkommen meiner Annahme. Ich habe das Recht nie studirt, hatte mir es aber construirt aus der Kirchen- und Weltgeschichte und aus der heiligen Schrift. Mir war lange klar, daß das, was Sie documentirt nachgewiesen haben, die Meinung der primitiven Kirche seyn mußte. Von dem Augenblick an, daß mir das klar wurde, war es mir auch evangelisches Kirchenrecht (wenn ich es auch leider nirgends geltend finde); denn der Einklang der heiligen Schrift, der Gebote des Herrn und der Apostel mit der Urpraxis scheint mir nothwendig und von selbst gesetzliche Geltung bey den Evangelischen zu fordern. Ich las den ersten Band wie man einen frischen Trunk bey Durst und Hitze schlürft, und noch heut sag' ich Ihnen herzlichen Dank für die Erquickung. Den zweiten Band las ich selbfünft, Strauß, Röder, Voß und Usedom. Letzterer und ich nahmen aus besten Kräften Ihre Parthey;

1) Die beiden Aufsätze, die in der Schrift Richters „König Friedrich Wilhelm IV. und die Verfassung der evangelischen Kirche" großentheils mitgetheilt sind, der eine von 1845, der andere, eigentlich eine Rede, von 1852, beruhen auf den Grundanschauungen, die in unserem Briefe frischer und jugendlicher vorliegen. Der Ausdruck ist später noch kirchlicher und devoter.

2) Bunsen hatte ihm zwei Bände über die Ehescheidungsfrage zugeschickt, die wir jedoch in der Sammlung der Correspondenz nicht vorgefunden haben.

die drei Anderen aber mißverstanden fast beständig Ihre Schellingischen Ausdrücke und Wendungen in der ersten Abtheilung des 2. Bandes. Das hat viel Mühe, Controversen und Zeitverlust gekostet. Ich gestehe, daß ich selbst leicht in jene Mißverständnisse gefallen wäre, hätte nicht vor zwei Jahren mein Neffe Max (Kronprinz von Bayern) mir viel von Schellings Theorien und Vorträgen gesprochen. Und dennoch wollen einzelne Ausdrücke mir nicht munden.

Mariä Verkündigung.

Das Wort Vergottung ist nach meiner Ueberzeugung eine falsche Bezeichnung eines wahren, tiefen, göttlichen, schriftgemäßen Gedankens. Das Richtige scheint mir Verchristung. — Ich meine nämlich, Sie haben dabei das große Geheimniß, von welchem der Seher Joh. 6. und St. Paul an verschiedenen Stellen in Bildern reden, in Bildern, bei denen fast immer der Leib des Herrn die Hauptsache ist. Ich verstehe es so, daß damit der Zustand des gläubigen Theiles der Menschheit verkündet wird, der eintritt, wenn der Zweck der Menschwerdung des Ewigen Logos vollendet sein wird, wie Seine Menschheit, die zweite sündlose und unsterbliche Schöpfung derselben durchgedrungen seyn und den Tod verschlungen haben wird, so daß die ganze gläubige Menschheit in ihrer Wiederherstellung wahrnehmbar, zum göttlichen Herrn in dem Verhältniß eines reinen, unsündlichen und unsterblichen Menschlichen Leibes, zum göttlichen Haupt stehen wird. Ich halte hier aber streng geschieden den Begriff menschlich für die Menschheit und göttlich für ihr Haupt; denn das Geschöpf kann in aller Ewigkeit nicht Gott werden.

Noch andere Ausdrücke rechtfertigen die Besorgniß der drei Freunde. Am schwersten zu widerlegen sind mir solche, die ihnen zu Folge zu bezeichnen scheinen, als nähmen Sie vor der Schöpfung die Menschheit als von Ewigkeit im Logos verborgen an. Hätten jene Recht, dann freilich wäre die Menschheit nicht mehr ein Geschöpf Gottes, sondern eine Ausströmung aus seinem Wesen, folglich ein Theil der Gottheit selbst, welches ich, und sagte es Schelling selbst, für eine unlogische Ketzerei erklären müßte. — Ich muß hier eine Wahrnehmung berichten. Fast bei Keinem von denen, mit welchen ich über die höchsten Dinge rede, und in keiner der alten und neuen Schriften, die ich gelesen (was allerdings nichts beweist), habe ich die lebendige, scharfe, logische Erkenntniß des unaussprechlichen Unterschiedes des Schöpfers und des Geschöpfes gefunden, daher auch der

Wahnsinn, die Gottheit aus dem eigenen Wesen und einem Analogon der Gottheit!!! zu construiren. Allein in L. VII. C. X. der augustinischen Confession ist eine Stelle, der ich diese Auffassung verdanke und die Epoche in meinem Leben machte, wo er von dem Ringen nach der Erkenntniß des unwandelbaren Lichtes der Gottheit redet und sagt, daß der Beistand des Herrn ihn endlich erkennen ließ, daß Sein Licht über dem Lichte des eigenen Geistes sey: nicht wie das Oel über dem Wasser, nicht wie der Himmel über der Erde, sondern, sagt er: es war über mir, weil es mir das Daseyn gegeben, und ich war unter ihm, weil es mich erschaffen hat. — Doch genug hievon. Ich habe, so gut ich vermochte, für Sie gestritten, weil ich überzeugt war, daß auch nicht der feinste, versteckteste Pantheismus (auch nicht, wenn er in dem edlen Schelling spuken sollte) Sie, theuerster Freund, berücken könnte. Ich habe übrigens mit Wonne in dem philosophischen Theil des zweiten Bandes wahrhaft Großartiges, Gewaltiges und mir Neues gesehen und gefühlt. — Der zweite Theil, der von der Kirche handelt, unter welcher ein wahrhaft evangelisches Eherecht erblühen konnte, hat mich auf's Unsäglichste interessirt. Jedoch waren wir fünf, wahrlich aus sehr verschiedenen Gründen, doch in dem einig, was wir daran aussetzen. Leider ist meine Zeit beschränkt, und Sie, lieber Bunsen, eigentlich widerlegen zu wollen, hab' ich nie Zeit, weil mir's rein an Muth gebricht. Da ist's am besten, daß ich statt einer Widerlegung mein eigenes Bekenntniß hinsetze. Sie haben dann die Verschiedenheiten zwischen unseren Idealen und können mich bekämpfen, wozu ich Sie auffordere.

Mein Ideal von Kirchen=Verfassung ist wie ein Strom aus vielen Brunnen zusammengeflossen. Bei Vereinigung der beiden Confessionen wurde ich zuerst auf dergleichen als auf etwas Nothwendiges aufmerksam. Weiterhin, als die edlen Absichten des Königs, eine liturgische Vereinigung zu schaffen, so höchst unerbaulich aufgenommen wurden, ließ mir die sich so oft manifestirende Niederträchtigkeit bei Annahme sowohl als bei Zurückstoßen der Liturgie tiefe Blicke in den Zustand unserer äußerlichen Kirche thun. Es fing an in mir einzugehen der Gedanke, die Vereinigung der zwei Confessionen in einer Verfassung zu suchen, die als eine dritte die Eigenthümlichkeiten der zwei alten vereinige. Sie wissen, lieber Bunsen, daß es meinem Geist nicht an Muth gebricht, mich auf solchen Wassern einzuschiffen. Ich las Milner und Neander's Kirchengeschichte, die Apostelgeschichte, die heiligen Briefe, und vieles

Andere schlug ich nach oder erforschte ich mündlich, namentlich über Englands und Schwedens und der Brüdergemeinde Kirchen = Verfassung. Alles dies nun durchwühlte ich, um Steine zu dem dritten neuen Bau, der die zwei alten protestantischen Kirchen fassen sollte, zu finden. Was ich beinahe wie ein Spiel der Phantasie begonnen, wurde in vielen Jahren unter der Arbeit zu einem ernsten Lebenszweck, und ich rief nun fleißig um die göttliche Hülfe und den Seegen des Herrn, daß Er mir das Rechte zeigen wolle. Ich war vollkommen muthlos geworden und erkannte es endlich als unthunlich und thöricht, etwas drittes Neues zu suchen. — Dann, wie die Sonne ging's in mir auf. Das einzig Mögliche und das wahrhaft Nothwendige sey seit 1800 Jahren da, als Vermächtniß der Apostel. Es sey nur gerade so, wie damals gebaut worden, wieder zu bauen, zu bauen, aber nie einzuführen, dabei nur der eine Unterschied zu bewahren, der sich daraus ergiebt, daß nicht heidnische Cäsaren und Stammfürsten die Welt beherrschen, sondern christliche Fürsten und Oberhäupter über Völker stehen, die unter der christlichen Kirche und mit ihrer Verfassung alt geworden sind. Da gestaltete sich denn in kurzer Zeit das große Bild vor meiner Seele, das ich fast unablässig betrachten muß. Gott gebe, nicht zu meiner Befriedigung, sondern zum wahren Frommen unserer Tage und späterer!!! Also sey es. Was thaten die Apostel für die äußere Ordnung der durch sie dem Verderben entrissenen Seelen? Sie stifteten Kirchen. — Und noch lebten einige Apostel, als schon von Persien und Arabien bis Spanien und Britannien die Welt mit einem Netze solcher Kirchen überzogen ist, eine jede Kirche ein selbständiges Ganzes, eine Einheit, keine einer andern untergeordnet, aber keine, die gezweifelt hätte, daß sie alle eins seyen in ihrem Haupte Christus. In einem Jeden eine heilige Pflege (Hierarchie), von zwei unter sich geschiedenen Aemtern geführt, beide Aemter von den Aposteln eingesetzt, ein jedes mit seiner Handauflegung — sie selbst, die Apostel, dazu bemächtigt am Auferstehungs-Abend, wo der Auferstandene das Seelenhirten-Amt durch Anhauchen mit dem heiligen Geiste einsetzte, welches da ist das Ministerium der Gemeinde, welches erst 49 Tage später am Pfingst-Morgen gestiftet wurde. Die beiden Gemeinde-Aemter nun sind das der Seelenhirten, der Aeltesten, einen ihres Gleichen an der Spitze, der nur dadurch sich von seinen Gesellen, Mitältesten unterschied, daß er das Amt durch Handauflegung der Apostel oder ihrer Jünger erhalten hatte und es allein wieder verlieh, wie er es erhalten hatte, und

dadurch die Einheit der Gemeinde repräsentirte. Zweitens das der Helfer, Diener, Diaconen, dazu bestimmt, die Früchte der Wirksamkeit des Aeltesten oder Bischofsamtes für's Gemeindeleben, nämlich die guten Werke, die Werke der Barmherzigkeit, zu verwalten in ihrer Ordnung, ebenfalls als treue Haushalter Christi. Diese zwei Ordnungen nun, den Erstgeweihten und Weihenden an ihrer Spitze, bildeten die geistliche Obrigkeit dem gläubigen Volke gegenüber. Beide Theile der Gemeinde sollten zu einander stehen, wie ein älterer Freund zu einem jüngeren Freunde steht, Jeder dem Andern unterthänig, dienstwillig, gehorsam, treu, hold und gewärtig seyn, ein Verhältniß, das nur denkbar ist und dem augenscheinlichen Widerspruch ungeachtet sich wirklich darstellt, wo Gottes Geist das Band der Liebe geweiht und wo das göttliche Haupt menschliche Glieder ansetzt. — Als kurze Episode bemerke ich, wie mir seit Kurzem das Problem der frühesten Bezeichnung der Aeltesten als Bischöfe und gleich darauf die des Erstgeweihten als Bischof völlig gelöst ist durch Strauß. — Denn die Gewohnheitsbezeichnung des Vorstehers der Judenschulen (die das Vorbild der Kirchen sind) war Oberster. Keiner der Aeltesten wurde Oberster genannt; dagegen die Ordnung der Aeltesten im Ganzen inclusive ihres Obersten wurden die Obersten genannt. — Und da haben wir denn, was wir haben wollen. Der Hauptunterschied zwischen der erwähnten, der apostolischen Verfassung der Christenheit, und den gegenwärtigen, durch die Weltläufe gegründeten oder entstellten oder gewählten Kirchen-Verfassungen ist, daß bei jener nicht die sogenannte Kirchengewalt, wie bei dieser, in einem geistlichen Statthalter oder bei weltlichen Landesherren oder im Lehrstand oder in Consistorien oder in der Gemeinde zu suchen ist, sondern in jeder einzelnen Kirche (natürlich nach der antiken Bedeutung des Wortes). — Nun erkenne ich in einer jeden bestehenden oder zukünftigen Kirche, die die drei alten Symbole bekennt, eine katholische Kirche an — in jeder, welche die apostolische Verfassung bewahrt hat, sie annimmt oder in der die Hauptzüge, wenn auch unter großer Entstellung, noch nachzuweisen sind, eine apostolische Kirche, in jeder, welche über den Symbolen gleichsam die Rechtfertigung allein durch den Glauben als heiliges Banner voranstellt, eine evangelische Kirche und endlich nur in der Kirche, deren Lebenselement gläubige Liebe ist, eine christliche Kirche. Die Gesammtheit der bezeichneten Kirchen auf Erden bilden die heilige katholische und apostolische streitende Kirche des Herrn, die wir im Symbol bekennen. Der Beruf der evangelischen Abtheilung

derselben ist, die rechtgläubige Liebe zu pflegen und zu offenbaren. Gebe nun der Herr der Kirche, daß eine Zeit und ein Land vorhanden sey, von Ihm erkoren, in Ihm und durch Ihn und mit Ihm den neuen Lauf nach langem Stillstehen getrost zu beginnen! —

Jetzt will ich Ihnen, lieber Bunsen, mein Ideal entwickeln, nämlich die Anwendung der apostolischen Verfassung auf ein Land und Kirche unserer Zeit. Ich nenne es sehr überlegt ein Ideal; denn ich stelle es mir vor als Etwas, wonach die Gesammtheit der Gläubigen eines Landes streben möge, damit, sollte auch die vollendete Erreichung des Ideals unmöglich seyn, doch unter Gottes Beistand etwas Gutes und Heilvolles zu Stande komme. Zuvor noch ein Bekenntniß. Ich glaube, wie ich mein Credo glaube, daß jede, auch die corrupteste Kirchenverfassung von segensreicher Wirkung seyn muß, wenn Gottesfurcht und Erkenntniß allgemein sind. Anders zeigt's sich, wenn das heilige Feuer nachläßt. Ich glaube zwar oder weiß vielmehr, daß eine ideale Verfassung nicht schützt vor solchem Erkalten. Kommt aber nur ein neues Zuströmen von Lebenswassern, dann zeigt sich der Unterschied zwischen schlechteren und besseren Verfassungen. Beim Bestehen der letzteren finden die Wasser ein schönes Bett, marmorne Canäle, Berieselungs- und Bewässerungs-Anstalten gleichsam, die sogleich ihre Operationen wieder beginnen können. Bei ersteren hingegen fließen die Regen in wilden Betten oder sammeln sich in stehenden Lachen. Das ist unser Zustand!!! Doch zur Sache: Auf unsere Länder angewendet, denke ich mir das erwähnte, wichtige Kriterion der apostolischen Verfassung, dann Unabhängigkeit der evangelischen Kirchen vor allem nothwendig. Unsere Eintheilung in Superintendenturen (Synodalbezirke, Ephorien) bereitet wie zufällig den Weg. Denn im Großen und Ganzen entsprechen diese ganz dem Umfange der alten apostolischen Kirchen. Die alten Kirchen (später Bisthümer) von Klein-Asien, Syrien, Mauritanien, ja des ganzen römischen Reiches, nehmen auf Karten verzeichnet ganz den Umfang einer unserer Ephorien ein. Statt daß nun gegenwärtig ein Königlicher Superintendent unter Königlichen General-Superintendenten, Königlichen Consistorien und dem Königlichen Ministerium im königlichen Auftrag dem Bezirk vorsteht, würde dann der zu einer Kirche umgestaltete Bezirk von einem Bischof, von Aeltesten und Diaconen im Namen und Auftrag des Herrn und Seiner Kirche auf Erden gepflegt werden. Die Kirchen-Gewalt würde, vom Bischof, Presbytern und Diaconen und unter Zustimmung der gläubigen Gemeinden verwaltet, nicht

mehr hier oder dort oder da im Lande aus Büchern gesucht und am Ende nirgend gefunden werden. Unter den Bischöfen denke ich mir nur solche, welche von der ganzen Christenheit auf Erden anerkannt werden müssen. Sogar die römische Kirche darf die Rechtmäßigkeit unserer Bischöfe nicht bestreiten, mag sie sie dann immer für Rebellen halten, wie die anglikanischen, deren legitime Consecration sie ja, durch die eigene Theorie gezwungen, anerkennen muß. Das ist aber auch die einzige Aehnlichkeit, welche ich unsern Bischöfen mit denen der übrigen alten und neuen Kirche zugestehe oder vielmehr für sie fordere. Die Bischöfe alle, lateinische, griechische, protestantische &c., sind durch ihre Stellung zur Welt und den einzelnen Staaten zu Fratzen des ursprünglichen apostolischen Kirchenamtes geworden. Man denkt sich jetzt allgemein unter einem Bischof eine Gattung Hoch-Adliger der Kirche, einen großen Herrn, einen Oberpriester, Doctor — bewahre uns Gott in Gnaden! Ich will nichts von bischöflicher Würde, von Bisthümern wissen. Darum halte ich pedantisch am Ausdruck Kirche. Die erwähnte Ausdehnung des Bezirkes einer solchen Kirche läßt es ganz zu, daß der Bischof wirklich Bischof im Sinne der Urkirche sei, nämlich wirklicher Seelenhirt und Seelsorger aller Einwohner seiner Confession. Hat er heiligen Eifer, so kann er bequem ein, ja mehrere Male jedes Haus des Sprengels besuchen und sich so als wahren pastor primarius (wie ihn ja auch die lutherische Kirche kennt) beweisen. Es versteht sich von selbst, daß an der Pfarr-Eintheilung des Sprengels nichts geändert wird. Durch seinen geringen Umfang wird der stete persönliche Verkehr des Bischofs und der Pfarrer möglich, wird es ausführbar, daß der Pfarrer mit dem Bischof ein Consistorium bilden und daß so Bischof und Aelteste im wahren und nicht im imaginären Sinne im Verein die Kirche regieren. Bekanntlich gehört die Pfarr-Eintheilung nicht der Urkirche an; es ist aber ein schönes, wohl zu pflegendes, neues Element. Nach meinem Plane sind aber die Pfarr-Geistlichen, die gelehrten, studirten Aeltesten der Kirche, nicht die einzigen Aeltesten. Ich wünsche und hoffe, daß nach dem Vorbilde der reformirten Kirche aus dem Schooße der Gemeinde sich Männer finden werden, Männer gesucht werden, welche die Zahl der Aeltesten vermehren, aber gerade wie die Pfarrer vom Bischof ordinirt werden und so mit ihm das Presbyterium bilden und das Collegium der Presbyter in der Urkirche wieder aufleben lassen. — Das Diaconat ist gegen die Urkirche wohl noch mehr als das Episkopat entstellt. Am ähnlichsten sieht noch das der reformirten Kirche; nur fehlt ihm da das heilige

Siegel der in der apostolischen Geschichte und den heiligen Briefen vorgeschriebenen Handauflegung. In der heutigen Episkopal-Kirche ist das Diaconat ein Grad geworden, durch welchen Jeder, der Seelsorger werden will, hindurch muß. Eine an sich gewiß weise und schöne Ordnung, die wir in unserer Kirche wieder aufstellen wollen und die der Candidatur tausendmal vorzuziehen ist, da sie dem Aspiranten gleich eine heilige, kirchliche Beschäftigung zur Uebung und Prüfung seiner Kräfte an die Hand giebt. Gleich die sieben ersten Diaconen der Kirche zu Jerusalem erscheinen recht eigentlich als Diaconen der Gemeinde, von Amtswegen dienend bei Vertheilung der milden Gaben und zugleich dienend am heiligen Tische. Und so erscheinen sie bekanntlich durch die ganze primitive Kirche. Eine der apostolischen nachgebildete Kirche ohne sie wäre für mich wie ein Mensch ohne Hände, — ohne Episkopat aber wie ein Mensch ohne Vater. — Doch weiter! Eine Haupthoffnung vom Diaconat ist mir die, dadurch die leidigen Armen-Commissionen ganz oder großentheils los zu werden und so die göttliche Idee des Christenthums, die Armenpflege (im ausgedehnten leiblichen und geistlichen Sinne) von einem eigens dazu geheiligten Kirchenamte verwalten zu lassen, wieder realisirt zu sehen. Der Kern des Diaconats müßte nun zwar immer aus gottesfürchtigen, erfahrenen Männern aus der Gemeinde bestehen, die sich ganz dem Berufe weihten und dazu vom Bischof und den Aeltesten ordinirt werden. Jedoch müßten Alle, die man jetzt Candidaten nennt, durch dieses Amt hindurch, wo sie dann den stetigen Diaconen bei der Almosen-Vertheilung, der Spital-Aufsicht, der Krankenpflege rc. rc. rc. zur Hand gingen. Beiden Gattungen der Diaconen gebührt zugleich die Ehre des Dienstes am heiligen Tische, nämlich die Hülfe bei Austheilung der Communion, und die der zweiten Art würden entweder predigen und den Bischof und die Pfarrer bei ihren anderweiten Amtsverrichtungen begleiten und unterstützen. Auch die ungelehrten Aeltesten müßten zuvor durch den Dienst des Diaconats gegangen sein. — Unser Bischof, ist die neue Ordnung einmal im Gange, muß Diacon und Presbyter gewesen sein und überkommt erst sein Amt durch Handauflegung, Consecration eines oder mehrerer anderer Bischöfe nach sogenannter apostolischer Succession, womit keine neue Ordination, wie das Wort es auch sagt, gemeint, sondern eine hergebrachte Weihe zu dem heiligen Amte des Oberhirten einer Kirche bezeichnet wird. Die Attributionen, die ihn von den übrigen Aeltesten unterscheiden, sind: 1) das alleinige Ordiniren von

bytern und Diaconen und das Recht der Consecration anderer Bischöfe; 2) die Confirmation (wobei das bisherige Einsegnen der Confirmanden von ihrem Pfarrer ungestört besteht); 3) sein Verhältniß als ordentlicher Seelsorger der gesammten Kirchen-Gemeinde, wobei wiederum das des Pfarrers als Seelsorger eines bestimmten Theiles unangetastet besteht, nur so, daß, wenn ein Mensch Gewissensrath, Taufe oder Communion ꝛc. vom Bischof begehrt, er dadurch nicht gegen die Ordnung fehlt, sondern dem eigenen Rechte, sowie dem des Bischofs entspricht; 4) das Recht, alle Beschlüsse der Gemeinde oder seines Consistorii zu bestätigen und zu publiciren; 5) seine wichtigste Pflicht: bei neuen Anstellungen von Pfarrern und Diaconen bei seiner Verantwortlichkeit am jüngsten Tage dafür zu sorgen, daß kein Wolf in den Schafstall, kein Irrlehrer, kein Anrüchiger in die heiligen Aemter komme, und zu dem Zweck das absolute Veto bei Wahlen, Zusendungen ꝛc. — Bei den Pfarrern wird nichts in ihrem gegenwärtigen Verhältniß zu den Pfarrgemeinden geändert, übrigens aber sehr viel; denn befreit von Behörden, die ohne kirchlichen Charakter oder kirchlichen Sinn in rein geistlichen Angelegenheiten einzugreifen berechtigt waren, führen sie künftig die Seelen- und Gewissenspflege mit dem Bischof, Einer unter der Controle Aller, und üben sie die Kirchengewalt mit der Ordnung der Diaconen und mit Zustimmen der Gemeinde. — Nun zur Gemeinde. Sie erscheint, ihre Rechte zu üben und zu wahren, in allen Familien-Häuptern, jedoch so, daß die Manifestation von Gleichgültigkeit, vornehmlich das Sichfernhalten vom Gottesdienst und dem heiligen Tische, eo ipso vom Erscheinen in der Gemeinde ausschließt. Nur eine gläubige Gemeinde darf in der Kirche mitsprechen. Die Wahl des Bischofs durch die zwei Ordnungen der Geistlichkeit wird der Kirch-Gemeinde, die herkömmliche Wahl der Pfarrer sowie auch die der ungelehrten Aeltesten und der Diaconen wird der Pfarrgemeinde zur Zustimmung vorgelegt. Die Ablehnung muß motivirt sein und wird im ersten Fall etwa zweien fremden Presbyterien, im letzten Falle zweien anderen Pfarrgemeinden der Kirche vorgelegt. Das Diaconat legt jährlich der Gemeinde Rechnung ab; auch darf sie Nachricht von allem, was sie interessirt, vom Bischof oder dem ganzen Consistorio begehren. — Verlangt ein großes Aergerniß die Sühne des Bannes, so wird er vom Bischof in der Kirche publicirt, wenn 1) die zwei Ordnungen des Klerus darüber einig sind, 2) wenn die Gemeinde auf dem Kirchentage (oder Synode), mit der ganzen Geistlichkeit vereint, ihre Zustimmung gegeben hat.

Doch ich gerathe in Details, die meinem Zweck fremd sind, und überlasse es Ihrer geschichtlich und kirchlich gebildeten Einbildungskraft, theuerster Freund, das Fehlende und Einzelne meines Ideals selbst zu construiren. Jedoch muß ich etwas berühren von dem Bande, welches meine Kirche zur Landeskirche vereint, sowie auch von dem, welches diese Landeskirche mit Fürst und Staat vereinigt. Die Beschaffenheit des ersteren ist sehr wichtig und muß consequent in einem Geiste mit der Kirch-Verfassung gedacht und ausgeführt seyn. Die Beschaffenheit des letzteren kann sehr verschieden gedacht und ausgeführt werden, und mir scheint bei diesem Bande die Hauptsache, daß es bestehe und fest sey. Die Form ist gleichgültiger.

Zur Landeskirche vereinen unsere Kirchen Synoden, und zwar Provinzial- und Generalsynoden. Auf denselben kommen allein rein geistliche Sachen zur Sprache, oder solche, die der Fürst an sie weiset. Klagen über Mißbrauch der bischöflichen Gewalt werden auf der Provinzialsynode abgemacht. Bekenntniß-Angelegenheiten wichtiger Art, Festsetzung schwankender Doctrinen, wie z. B. über Verwandtschaftsgrade, über die Lehre vom Ehebruche rc., gehören allein vor die Generalsynode. Ich glaube hier genug angedeutet zu haben für Ihre Auffassung, lieber Bunsen. Das Resumé der Bedeutung der Synoden, die aus allen Bischöfen und vielen Aeltesten, Diaconen und Laien bestehen, ist Uebung höherer Kirchengewalt und Richten über Mißbrauch derselben.

Was nun den Staat betrifft und das Band, was Kirche und Staat vereint, so folgt aus dem Gesagten, daß ich demselben und auch dem Fürsten keine Uebung der Kirchengewalt zugestehen kann. Dagegen hat der Fürst die Gewalt über die Kirche. Er gehört der Kirche, ist ihr Sohn; aber alle Glieder derselben sind seine Unterthanen. Diese Wahrheit ignoriren zu wollen, führt zu schmählichen Comödien. Er also, der evangelische Landesfürst, das gekrönte Mitglied der Kirche, muß eben, weil er beides ist, selbst das Band sein, welches Staat und Kirche einet. Er soll mit all der Macht, die ihm Gott verliehen, das Steuer am Schiff der Landeskirche halten und sie den Weg mit[1]) und durch die anderen Segel mit dem Kreuzes-Pannier und die andern steuernden Brüder, die guten, die falschen, die feindlichen, führen, deren Gesammtheit in die-

---

1) Schwerverständlich; wahrscheinlich soll es heißen: „mit den und durch die".

ser Zeitlichkeit Gottes Geschwader bildet. Er muß, weil er nicht anders darf, der Schutzherr, Schirmvoigt, Friedensrichter der Landeskirche seyn. Er muß sich im Gehorsam, wie im Befehlen, als ihr Erstgeborener zeigen. — Die Aufgabe ist also, die Behörden zu bestimmen, durch welche er die Zügel der äußeren Ordnung handhabt. Ich meine, die Aufgabe ist nicht gar schwer; ihre gleichgute Lösung kann aber auf mannigfaltige Weise bewerkstelligt werden. Man kann u. A. bei uns Alles lassen, wie es ist, mit Ausnahme des von selbst hinwegfallenden, also das Regiment mit einem Ministerium und mit den Consistorien und Regierungen, vielleicht auch nur mit letzteren oder durch ein Ober-Consistorium und den Oberpräsidenten oder auf hunderterlei Art führen, die eine so gut wie die andere. Ich habe nun zwar ein Lieblingsproject. Es erscheint mir als das Würdigste und Anständigste. Sie müssen, liebster Bunsen, es mir auf mein ehrliches Wort glauben, daß ich ihm unter allem anderen Zweckmäßigen keinen andern Vorzug gebe, als z. B. den zwischen zwei gleichtüchtigen Richtern, wovon der eine die Amtstracht des Kanzlers von England und der andere den Rock des Justizministers von Kamptz trägt. — Da ist mir denn der erste um seines Gewandes willen lieber. Ich darf sagen, daß ich allen möglichen Formen der Handhabung der Fürsten-Gewalt über die Kirche im Vergleich zu den so schamvoll schlecht auseinandergesetzten der eigentlichen Kirchen-Verfassung gar keinen Werth beilege. Dennoch will ich Ihnen meinen Sommernachtstraum erzählen, nicht bloß, weil er Sie gewiß interessiren wird, sondern besonders, weil auch in ihm die Verschiedenartigkeit unserer Ansichten scharf heraustritt. — Hier ist er: Ich finde es würdig und anständig, daß die Königlichen Behörden, durch welche der König die Bande der äußeren Ordnung um die Kirche schlingt, selbst einen kirchlichen Charakter haben. Ich nehme also Consistorialbehörden, deren Mitglieder zum Theil aus ordentlichen Seelsorgern, zum Theil aus gottesfürchtigen Laien bestehen, denen aber Anstands halber das Diaconat ertheilt wird. Ich bilde sie in Domcapitel und geselle sie den alten Bischofssitzen zu, die jetzt in evangelischen Händen sind. Die nunmehrigen Bischöfe an dem Ort und der Kirche der alten Sitze (welche, wohl zu merken, durchaus nichts Anderes, sondern ganz und gar und durch und durch dasselbe sind und bleiben, wie jeder andere Bischof jeder anderen Kirche) erhalten als Bezeichnung des durch sie zu übernehmenden königlichen Amtes den Namen von Metropolitanen, die Consistorien den von Metropolitan-Capiteln. Letztere

würden besoldet nach wie vor, nur da, wo noch Capitel bestehen oder erst kürzlich aufgehoben worden sind, aus diesen, wodurch eine Ersparniß entsteht und durch dieselbe Fonds zu kirchlichen Zwecken sich finden würden. Der Metropolitan präsidirt dem Consistorium, und so würde die Hauptmasse der jetzigen Consistorial-Geschäfte fortgeführt, wovon ich weiter nichts berühre, als daß Streitigkeiten im Schooße einzelner Kirchen, wenn sie nicht zum Ressort der Kirchengewalt gehören, an ihr Forum gelangen. Die Eintheilung unserer Landeskirche in dieser Hinsicht, ich möchte sagen, in königlichen Angelegenheiten, würde demnach folgende seyn: 1) der Bischof von Königsberg ist Metropolitan von Samland (alter Name des Sitzes) und von ganz Ostpreußen, bildet mit dem Capitel am Dom zu Königsberg das Ostpreußische Consistorium; 2) das Bisthum von Marienwerder, Metropole vom Pomesanien (alter Name) und ganz Westpreußen, bildet mit dem Capitel am Dom zu Marienwerder das Westpreußische Consistorium; 3) der Bischof von Camin, Metropolitan von Pommern, bildet mit dem Caminer Domcapitel das Consistorium von Pommern; 4) der Bischof von Havelberg, Metropolitan der Alt-, Ucker-Mark und Priegnitz, bildet mit dem Capitel von Havelberg das Consistorium der nördlichen Marken; 5) der Bischof von Brandenburg, Metropolitan der Mittel-Mark, bildet mit dem bestehenden Brandenburger Capitel das Consistorium der Mittel-Mark; 6) der Bischof von Lebus (alter Name) und Frankfurt bildet mit dem dortigen Capitel das Consistorium der Neu-Mark und Nieder-Lausitz; 7) der Bischof von Halberstadt, Metropolitan von Preußisch Nieder-Sachsen, mit dem Halberstädter Capitel das Consistorium desselben Landestheiles; 8) der Bischof von Merseburg, Metropolitan durch Preußisch Ober-Sachsen, mit dem dortigen Capitel das Consistorium des genannten Landestheiles; 9) der Bischof von Naumburg, Metropolitan durch Preußisch Thüringen, mit dem Naumburgischen Capitel das Consistorium jenes Landstrichs; 10) der Bischof von Minden, Metropolitan von Westphalen, mit dem dasigen Capitel das Consistorium der Provinz Westphalen. — Das sind die Consistorien. An Stelle aber des geistlichen Ministers und Ministerii treten der Fürst-Erzbischof von Magdeburg, Primas Germaniae, und das Primatial-Consistorium oder Capitel daselbst. Aehnlich ist für Schlesien, die Rheinlande und Posen zu sorgen, wenn letzteres nicht unter die Westpreußische und Schlesische Metropole zu theilen ist. Diese dreizehn oder vierzehn Bischöfe wären die einzigen unter vielleicht 350 der Monarchie, denen ein Rang ver-

liehen würde, nicht als Bischöfen, wie schon oben bemerkt, sondern als hohen Dienern und Ausübern der Kron-Gewalt über die Kirche. Consequent meiner oben angeführten Ansicht über die allgemeine Kirche auf Erden gebe ich ihnen diesen Grad nach dem Alter und früheren Rang ihrer Sitze, womit ich vor Allem jeder Verlegenheit über den Vortritt der evangelischen und katholischen Bischöfe ein Ende mache. Im Begegnungsfalle gingen also Magdeburg hinter Cöln und vor Gnesen, Minden vor Breslau, Culm und Ermeland und hinter Trier 2c. 2c. 2c. Es leuchtet ein, daß damit auch jeder zu großen Höflichkeit und Starrheit beim Begegnen fremder evangelischer Bischöfe vorgebeugt ist, daß mit einem Wort alle Rang- und Hoffragen, die sonst durchaus unvermeidlich sind, im voraus abgethan und sogenannte Prätensionen, der erste Nagel zum Grabe einer Kirche, unmöglich werden. Magdeburg geht hinter Canterbury und vor Upsala, Oxford hinter alle unsere historischen Sitze 2c. Folgen Sie nun, lieber Bunsen, dem Gedankengange meines Sommernachts-Traumes: der König wählt zu Wahrern der Kron-Rechte und seines Ordner- und Friedensrichter-Amtes über die Kirche statt der Oberpräsidenten die Bischöfe der historischen Sitze; wie all seinen Dienern, auch diesen verpflichtet einen dem Amt entsprechenden Titel zu geben, nennt er sie mit dem hergebrachten kirchlichen Namen Metropoliten und sichert ihnen den Rang des alten Sitzes, den sie einnehmen und den sie der Welt und dem Staate gegenüber zu behaupten haben.

Der Kirche gegenüber aber haben sie gar keinen Rang. Der Primas und die Metropolitanen berufen und eröffnen im Namen des Königs die Central- und Provinzial-Synoden. Sobald dieses königliche Amt aber erfüllt und die rein kirchlichen Verhandlungen der Synode beginnen sollen, steigen sie vom Präsidentenstuhl, und der Vorsitzende der Synode wird in freier Wahl gewählt. Königlicher Commissar dabei muß immer ein Weltlicher, ich meine, etwa der Minister des Innern und die Oberpräsidenten sein. Schließlich bemerke ich noch, wie ich glaube, daß der Adel für die verloren gehenden Präbenden in Naumburg, Brandenburg und Merseburg durch noch zu restituirende Comthureien der Johanniter des deutschen Ordens zu entschädigen wäre. Uebrigens steht dem Adel jeder geistliche Stand offen, und ich glaube, es muß ein Hauptbestreben der regenerirten Kirche sein, die Gottesfürchtigen und Gebildeten aller, auch der höchsten Stände als ihre Diener zu gewinnen. Welche Zeit wäre das, bester Bunsen, wenn wir es er-

lebten, das Streben des Mittelalters nach dem Klosterwesen bei uns ersetzt zu sehen durch ein Streben wohlhabender Bürger und Edelleute nach den Pfarren in Cassuben und Wenden, die 50 Thlr. jährlich abwerfen? Dann ständen wir über dem Mittelalter, wie die Rechtfertigungslehre über der Lehre des Peter von Amiens steht. Wie wohl wäre mir, wüßt' ich, daß ich das erste Frühroth nur der Zeit sehen würde!!! Jedoch haben Sie das Recht zu fragen, wie ich's mir denke, mein Ideal zu erstreben. Darauf bin ich ganz bereit zu antworten. Das Ganze des Ganges steht unerschütterlich fest bei mir. In Einzelheiten wünsche ich Belehrung und erwarte ich Widerlegung. Der Fürst, zum Bewußtseyn des Zustandes der Kirche und ihres Verhältnisses zu ihr gelangt, würde feierlich erklären: Sein oberbischöfliches Verhältniß, dermalen unbezweifelt Rechtens, drücke sein Gewissen, weil es noch unbezweifelter unkirchlich und unchristlich sey. Noch mehr aber würde es sein Gewissen, seine Durchdrungenheit von den Pflichten des Königlichen Amtes verletzen, wenn er den immer bedenklichen Weg der Neuerung, des Rüttelns am Bestehenden betrete, ehe er wisse, an welches Machwerk er seine juristisch-legitime Kirchen-Gewalt abtreten könne. Er sey fest entschlossen, nach reiflicher Ueberlegung, Rücksprache und Erwägen sie allein an eine Kirche abzutreten, die sich gleichsam auf kirchenhistorischem Wege regenerire, d. h., die reine Verfassung der primitiven Kirche auf die Zustände des christlichen Staates des XIX. Jahrhunderts anwendend, sich wie die Urkirche Stein für Stein baue. Er fordere demzufolge alle Väter und Vertreter der Landeskirche, alle Gottesfürchtigen, tüchtigen, frischen Theologen und Gelehrten, alle wissenschaftlich gebildeten, frommen evangelischen Christen hiermit auf, der großen Sache nachzudenken und ihre Bedenken einzureichen, von denen er genaue Kenntniß nehmen und dann überlegen wolle, ob und wann es einst Zeit sei, eine Convocazion der Kirche darüber zu befragen. Nun würde die Sache Gott anheimgestellt, vor der Hand ruhen bleiben. Der Fürst aber ergriffe jetzt wie Wang-Tschi den Pflug, d. h. er bereitete nach bestem Willen und Gewissen das Terrain. Er besetzt die General-Superintendenturen, Consistorien, theologischen Facultäten und das Cultus-Ministerium mit dem Besten, Gelehrtesten und Edelsten, was Teutschland und seine Lande bieten: er stiftet Anstalten, ähnlich der Wittenberger, in welchen die jungen Pfarr-Aspiranten nach dem oft wüsten Treiben der Universität zum ernsten Nachdenken und Entschluß über ihren Lebenszweck gelangen und sich zum heiligen Amte

durch Stille, Studium und das Beispiel ihres, mit Seelsorge bekleideten Directors vorbereiten können. Auf unsere Verhältnisse angewendet, würde das Bedürfniß durch 4 solcher Anstalten wohl befriedigt seyn, je eine für zwei Provinzen. Hätte ich Vollmacht und Gold zur Einrichtung, so ließe ich meiner Liebe zum Historischen die Zügel schießen und stellte ein paar alte Abtei-Gebäude (vielleicht wie in beyden Braunschweiger Ländern mit den abteilichen Namen) her, z. B. Lenin oder Chorin für Marken und Pommern, Altenberge für Rhein- und Westphalen. — Zu den Vorbereitungsmaßregeln zähle ich noch die Stiftung von Emeriten- und Demeriten-Häusern für die evangelische Geistlichkeit (zu welchen wiederum einige alte Klöster herhalten könnten, wie z. B. Kolbacz in Pommern, Zinna in der Mark, Grüssau in Schlesien, Petersberg bei Halle, Memleben in Thüringen ꝛc.); ferner die Einrichtung von Congregazionen junger Prediger bei den großen Zuchthäusern (über deren Amerikanische Einrichtung ich seit Jahren schwärme), welche unter Anleitung des eigentlichen Pfarrers der Anstalt zu tüchtigen Seelsorgern heranreifen könnten, namentlich für den Dienst in den Pflanzschulen der Zuchthäusler, in den großen Städten. Sind nun diese und ähnliche Dinge angeregt, eingerichtet und im Gange, so warte man in Geduld, daß sie anfangen, Früchte zu tragen. Nach einer Reihe von Jahren, hat Gott den Frieden erhalten, fangen die unvermeidlich in Ströhmen erschienenen Schriften an, verdaut zu werden, und zeigen sich die Einrichtungen als seegensreich, so ist der Zeitpunct gekommen, den ersten Schritt zu thun. Eine Generalsynode, wie königliche Edicte sie bereits jetzt vorhersehen und bestimmen, wird convocirt. Zuvörderst läßt man die Herren sich aussprechen, hört und prüft und bildet danach den bereits vorhandenen Entwurf hie und da um und legt ihn dann zur Discussion vor. Die darf aber nur kurz seyn; denn der Zweck dieser ersten Synode ist: die Arbeit auf feyerlichem loyalem Wege in alle Pfarren des Landes gelangen zu lassen. Mit dieser Weisung wird die Synode entlassen und mit der dringenden Bitte, den Entwurf der reiflichsten und vielseitigsten Prüfung zu unterwerfen. Zugleich wird nach Jahr und Tag das Wiederzusammentreten der Synode angekündigt. Die Zwischenzeit muß auf das emsigste und eifrigste benutzt werden, um auf alle Weise durch Wort und Schrift für den großen Plan in Bezug auf den vorgelegten Entwurf zu wirken. Unterdeß bespricht und beräth sich derselbe durch alle Stufen der jetzt etablirten Kirchen-Organe, durch die Provinzial- und Kreissynoden bis in die einzelnen

Pfarren hinab. Ueberall muß die Wirksamkeit und Wachsamkeit für das Vorhaben ihm folgen. Nach 2 oder 3 Jahren erscheint nun die vorgelegte Generalsynode wieder, und jetzt beginnt das entscheidende Treffen, das kann lange, jahrelang währen. Fällt es ungünstig für den Plan aus, so macht man sein Buch zu. Alles bleibt, wie es war. Wird es, was Gott wolle, durchgekämpft, so erläßt die Synode eine feyerliche Erklärung, eine Art Bekenntniß solennester Form, worin sie dem evangelischen Volk das zum Anstreben aufgestellte Ideal auseinandersetzt und seine Annahme motivirt und declarirt. In der Bibliothek, die Sie, bester Bunsen, in Kopf und Herzen tragen, steht diese Synodal=Schluß=Erklärung gewiß ganz fertig gedruckt; suchen Sie nur, Sie finden sie gewiß. Ein Hauptheil derselben muß der Annahme der bischöflichen apostolischen Succession gewidmet seyn, worin eine feyerliche Protestation enthalten seyn muß, daß es nicht geschehe, weil unsere Ordinazion im Mindesten ungültig oder weil man damit irgend einen mystischen oder abergläubischen Begriff verkünde. Die Landeskirche nehme sie vielmehr an, weil sie davon durchdrungen sey, einen welthistorischen, kirchengeschichtlichen Act zu begehen. Dieser sey die Herstellung der apostolischen Verfassung in ihrer ursprünglichen Reinheit und des heiligen Hirtenamtes in ihr und mit ihr, so wesentlich verschieden in der Erscheinung von dem, was man seit nun fast 1000 Jahren Episcopat in allen Abtheilungen der christlichen Kirche auf Erden nenne. Unsere apostolischen Bischöfe müßten Geltung bei ihren Brüdern haben. Vor den presbyterianischen Calvinisten und Lutheranern sey die Sache gültig, wenn auch gleichgültig. Bei den Episcopalen Evangelischen aber sey es eine Hauptsache und nach ihren Grundsätzen (die wir zwar nie theilen wollten) unsere Ordinazion ungültig, was in Missionsangelegenheiten (diesem Lebenssymptom der evangelischen Kirchen) täglich sich schmerzlich geltend mache. Jene könnten, wie sie jetzt stünden, sich nicht zur Freyheit unserer Ansicht erheben. Es sey aber eine That echt christlicher Bruderliebe, Brüdern auf einem Wege entgegenzukommen, der uns in keiner Weise verbothen sey, ja welcher geheiligt sey durch apostolisches Alterthum, an sich eine schönere und bessere Ordnung b e z e i c h n e, als die ist, welcher die Landeskirche nun enthoben werde. Dann ist der Blick auf die alten Kirchen um uns her zu leiten und anzudeuten, wie wir, keiner Wahrheit abschwörend, keinen Irrthum annehmend, mit einem Male in ein anderes Verhältniß treten — zuvörderst in das der nothwendigen Anerkennung von ihrer Seite und von der unsri=

gen, in die Möglichkeit einer Wirksamkeit eines Einflusses, welchem bisher unübersteigliche Hindernisse im Wege standen ꝛc. ꝛc. ꝛc. Zugleich wird dem Fürsten und einem halb von ihm, halb von der Synode zu erwählenden großen Kirchenrathe von etwa 24 Mitgliedern die Ausführung, **nicht** die Einführung übertragen. Fürst und Rath sieht sich nun zuerst nach Superintendenturbezirken um, in welchen ein christliches Leben vorherrschend ist. Solche kann man gleich einen Bischof vorschlagen und wählen lassen, oder ihren Superintendenten zum Bischof consecriren, und diesem wird es dann nicht schwer seyn, ein Diaconat zu beschaffen. Völlig frey aber muß es ihm stehen, alle, einige oder keine seiner Pfarrer als solche anzuerkennen, die sein Consistorium bilden. Neue darf er nur annehmen, wenn er die Ueberzeugung hat, daß sie zum Consistorium passen.

Ich denke mir, daß seit Ausstoßung des Vorhabens Listen über Geistliche angelegt und fortgeführt werden, die sich zum Episcopat eignen. Die lange Zeit wird reichlich Gelegenheit zur Prüfung derselben biethen. Von diesen Männern nimmt man nun zu Bischöfen und läßt sie in England und Schweden oder bey uns von Prälaten beyder Länder, vielleicht auch von Brüder-Bischöfen consecriren und sendet sie dann hierhin, dorthin, wie Bedürfniß und Weisheit es geben. Die meisten werden genöthigt seyn, in heiliger Geduld und Liebe sich ihre Kirche von Grund aufzubauen, erst ihre Pfarrer sich allmählich zu beschaffen und durch sie ihre Consistorien und mit denselben die Gemeinden zu christlichen heranzubilden, und aus ihnen dann ihr Diaconat, die ungelehrten Presbyter und durch sie alle zusammen ihre Synode. *Fürst und Rath bauen also im wahren Sinne das apostolische Kirchengebäude Stein für Stein* auf, sehr langsam, sehr bedächtig und vorsichtig und, soll der Bau gelingen, unter unaufhörlichem Anrufen des HErren, den wir hier wohl in besserem Sinne „unseren Baumeister" nennen dürfen, als die Herren Freimaurer, die unter Anderen jetzt zu Magdeburg den Pastor Sintenis vergöttern, der in Schrift und Rede, ja in der Zeitung erklärt hat, diese Anrufung des HErren sey ein Götzendienst. — Dabei fällt mir eine Hauptsache ein, ohne die die aufsprießende Saat wohl sehr dem Ersticken durch Unkraut ausgesetzt seyn dürfte: eine gesetzliche Bestimmung, die der Fürst nicht als Ordner der Kirche, sondern als Staats-Oberhaupt zu erlassen hätte. Ein Gesetz also würde anordnen, daß ein jeder mündiger Unterthan, dessen Ueberzeugung es nicht gestatte, als Mitglied einer Kirche auf-

zutreten, aus welcher Rationalismus und Pantheismus feyerlichst verbannt, volle Freiheit habe, ohne Kränkung seiner bürgerlichen Ehre und ohne Schaden für Amt, Aussichten und Auszeichnungen aus der Landeskirche auszutreten und mit Gleichgesinnten sich in Kirchen-Gesellschaften zu vereinigen, wie das Allgemeine Landrecht solche schon erlaubt, und sich officiell Rationalisten, Pantheisten, Denkgläubige, Philister, oder wie sie wollen, zu nennen und sich Statuten, Symbole, Gesetze zu geben, die der Bestätigung des Ministers des Innern unterliegen. Jedoch muß der Unterschied von anderen geduldeten Secten festgehalten werden, daß ihre Kinder nicht eo ipso diesen Gesellschaften gehören, sondern erst mündig freyeste Wahl haben. Zu dem Ende müssen die Kinder Taufe und Confirmazions-Unterricht in der Landeskirche nothwendig empfangen, was bescheinig werden muß, wenn sie als Unterthanen gelten wollen. Unmittelbar vor der Confirmazion wird ihnen demnach vom Catecheten die feyerliche Frage vorgelegt, ob sie im Stande seyen, ohne Gewissensbeschwerde Confirmazion und heiliges Abendmahl zu empfangen. Nach ihrem: Nein! werden sie freundlich entlassen und dem Gebete der Gemeinde öffentlich und herzlich empfohlen. — Als Gegenstück denke ich mir den ersten Act der ersten Generalsynode der regenerirten Kirche: eine Ansprache an die gesammte Christenheit, ein Bekenntniß der brennendsten Liebe gegen alle Menschen nach Vorbild und Willen des göttlichen Hauptes, eine förmliche Erklärung, daß **nur der Unglaube** von ihr scheide, daß, wo aber der Glaube an das Menschgewordene ewige Wort sey, sie eitel Brüder erkennen und in ihnen sogar Genossen ihres heiligen Tisches, wenn sie es wollten, eine Einladung an alle gläubige evangelische Secten, sich ihrer Ordinazion und Communion anzuschließen, ohne im Mindesten ihre Eigenthümlichkeit in Disciplin und Liturgie aufzugeben. Es muß deutlich der Christenheit zugerufen werden, daß nur das eiserne Band fremder Kirchen und der Secten-Eigensinn, Beschränktheit und Thorheit von ihr fernhalten könne, daß sie aber unabläßig die treue Bruderhand allen Kindern Gottes, ja ihnen Sitz und Stimme in ihren Synoden biete rc. rc. rc. Dieses, als Polyglotte gedruckt, würde sofort in alle Welt gesendet. — Diese erste Zeit der erneuerten Kirche, scheint mir, muß auch benutzt werden, um zwei fühlbaren Bedürfnissen abzuhelfen: 1) durch Abfassung eines Unions-Bekenntnisses für beide, in Eine Landeskirche vereinigten Confessionen; 2) durch Vollendung der Liturgie und Agende. Das Unions-Bekenntniß sehe ich vor Augen und höre es vorlesen. Es erfordert große Sorgsamkeit und

Gelehrsamkeit, ist aber gewiß ohne eigentliche Schwierigkeit ausführbar. Es muß die Form unserer Symbole vermeiden und darf den Umfang der 39 Artikel nicht übersteigen. Eine Commission bereitet es, der Kirchenrath der 24 spricht es, der Fürst genehmigt die Vorlage in der Generalsynode, und diese hat es, nachdem sie es durchdiscutirt, als Kirchengesetz, nach geschehener Staatssanction des Fürsten, einzuführen. Es wird dabei ausdrücklich bestimmt, daß es Geltung neben dem Augsburgischen und Pfälzischen Bekenntniß in den ursprünglichen lutherischen oder calvinischen Gemeinden habe, so daß, was durch die zwei alten Bekenntnisse **jetzt wie früher** seine Eigenthümlichkeit (nicht mehr seine Geschiedenheit) bewahre, in dem neuen Bekenntniß das Siegel seiner Einheit bekomme. Dies wird gesetzlich, die alleinige Annahme des neuen Symbols nur erlaubt. — Schwieriger und langwieriger erscheint mir die liturgische Arbeit. Die Aufgabe muß seyn, unsere gesetzliche Liturgie zu vollenden, d. h. sie zu vervollständigen und ihr die fehlende Elasticität zur Anwendung auf die verschiedensten Verhältnisse zu geben. Ich meine, das ist nicht anders zu lösen, als durch drei Ausarbeitungen, alle drei streng aus demselben Kern sprießend, und zwar: 1) Eine sehr feyerliche, sehr ausgearbeitete für's ganze Kirchenjahr, auf den Raum unserer prächtigen alten Dome und eine zahlreiche Geistlichkeit berechnet, um Gottes Willen „nicht prächtige“, aber durch innewohnende Majestät sich hervorthuende für die Provinzial- und Metropolitan-Kirchen; 2) eine minder ausführliche, für die wohl viertehalb hundert kleinen Cathedralen berechnet, und 3) ein Gerüst gleichsam, der bloße Kern, geeignet, um nach Wunsch mehr oder weniger bekleidet oder ganz kahl gelassen zu werden, für die übrigen Stadt- und Dorfkirchen. Dabei die Bestimmung, daß dem frommen Wunsche, auch unter diesem Gerüst herunter, Herkömmliches (auch das Einfachste) ausnahmsweise zu gewähren sey. Zugleich wird mit unwesentlichen Modificationen das tägliche Morgen- und Abend-Amt der Englischen Kirche in alle bischöflichen Stift- und Seminar-Kirchen und in solche eingeführt, zu welchen Schulen gehören, und ihre Annahme allen Kirchen auf Verlangen erlaubt. — Die Stellung der Ehescheidungs-Angelegenheiten bey der neuen Kirche ergiebt sich fast von selbst. Zuerst aber müssen bei Revision des Allgemeinen Landrechts die Fälle der Ehescheidung gänzlich gestrichen werden, und nur die Anordnungen im Vermögen, wegen der Kinder ꝛc. ꝛc. ꝛc. bleiben stehen. Sonst kann mit Ausnahme einiges zu rohen Scandales Alles bleiben, wie es ist. Nur

wird alles, was jetzt Auflösung der Ehe ist, künftig allein Trennung auf Wiederversöhnung.

Die Generalsynode bestimmt, gebe Gott, die Bibel vor Augen und im Gewissen, die Fälle der Auflösung des Ehebandes, und das Consistorium der Kirche, zu welcher ein auseinanderwollendes Paar gehört, entscheidet über Recht oder Unrecht des vorliegenden Falles. Beruhigen sich die Liebenden nicht, so können sie ihre Sache noch vor das Metropolitan= und in dritter Instanz vor das Primazial=Consistorium bringen (sollte solche beliebt werden). Auf Trennung des Bandes darf aber nur nach 3 Jahren angetragen werden. Wenn ein Theil Lust zur anderweiten Ehe hat oder vorgiebt, so wird die Frage über die neue Ehe zugleich entschieden.

Mein alter Wunsch ist noch immer rege, daß das bürgerliche Gesetz Fürsorge treffe, daß ein Paar, welches nach Durchgehen aller Instanzen beim Scheidungs=Begehr beharrt, dann, aber **erst dann** bürgerlich geschieden und bürgerlich anderweit zur Ehe zusammen=gegeben werden könne. — Ein Provisorium oder vielmehr eine Ueber=gangs=Behandlung der Sache, die, wenn ich Sie recht verstehe, von Ihnen bekämpft wird, erscheint mir unvermeidlich. Die beregte Operation mit dem Landrecht scheint mir dazu ein Haupt=Erforder=niß. An die Stelle der späteren Consistorien der einzelnen Kirchen treten jene feyerlichen Sitzungen der jetzigen Consistorien und an die Stelle der fehlenden kirchlichen Norm als Surrogat jener quasi liturgische Act, welche Sie freundschaftlich gegen Kamptz vertheidigt haben, ob=gleich sie Ihnen nicht genügen, und statt der Verweisung auf den Richter, um von ihm zusammengegeben zu werden, die Weisung, einen Pfaffen zu suchen, der trauen will. Ich gestehe jedoch, daß ich fühle, diese Materie noch recht reiflich durchdenken zu müssen. Ach! könnte ich sie mit Ihnen durchsprechen! Das Schreiben über so Etwas ist doch verzweifelt platt im Vergleich zum Sprechen! — Ich eile nun mit meinem unermeßlich dick gewordenen Kirchen=Capitel zu Ende. Sonst schreibe ich noch 12 Bogen voll. So erwähne ich nicht meine Ansicht von den Diaconissinnen, dieser uralten quasi Geistlichkeit der Weiber, obgleich ich daran die schön=sten Hoffnungen der Regeneration nicht allein der Kranken=Pflege, sondern auch der Jungfrauen= und Fräulein=Stifter hege — so schweige ich von der Einladung der Kirche an die Brüdergemeinde, die Taufgesinnten, die Altlutheraner 2c. 2c., der Kirche beizutreten als Ecclesiole, ohne ein Titelchen ihrer Verfassung oder Meinung aufzugeben, hauptsächlich weil wir Beyde darüber ganz gleich denken.

Das nur führe ich noch zum Ueberfluß an, daß, während die einzelnen Kirchen gebaut werden, der ungebaute Theil der Landeskirche unverändert in seinem gegenwärtigen Verhältnisse verbleibt. Und ich meine, daß, wenn ich auch dreimal länger lebte, als ich es hoffen darf, ich kaum die Hälfte des Baues vollendet sehen würde; denn es wird an Arbeitern und an Entgegenkommen fehlen. Geduld und Vertrauen auf den HErren der Kirche ist die Losung des Unternehmens. Gedenke ich daran, so schließe ich die Augen und spreche bittend und bekennend: Vita tua via nostra, et per sanctam patientiam ambulamus ad Te.

28. April.

Der Haupt-Unterschied meiner Idee von der Ihrigen ist, 1) daß ich dem Souverain keine Kirchengewalt einräume, nur die Bestätigung der Acte derselben von Seiten der Generalsynode, 2) daß ich in der Landeskirche als Ganzes gedacht keine Hierarchie statuire und daß diese Gesammtkirche sich nur durch die Acte der Generalsynode manifestirt, 3) daß ich dagegen in jeder einzelnen Kirche, dem Umfange der jetzigen Superintendentur-Bezirke entsprechend, eine Art Hierarchie annehme, insofern einmal das Neben- und Miteinanderwirken der kirchlichen Consistorien (aus Bischof, Aeltesten und Diaconen bestehend) und der Kirchensynode (aus dem genannten Consistorio und den gläubigen Familienhäuptern bestehend), in welcher letzten die eigentliche Kirchengewalt geübt wird, den Nahmen Hierarchie rechtfertigt, 4) daß in divorciana zwischen dem jetzigen himmelschreyenden Zustand und dem, der sich nur unter der angedeuteten Verfassung der Kirche feststellen kann, eine planmäßig zu verfolgende Uebergangs-Periode eintreten muß, während welcher vor allem das auch nur temporäre Sanctioniren aller Aergerniß durch neue Gesetze zu vermeiden ist."

Dieses Schreiben, welches der Autor selbst als einen Sommernachtstraum bezeichnet, zeugt doch zugleich von einer durch ernstes Bemühen erworbenen Kunde der Sache und genialem Nachdenken darüber; es hat einen tiefen inneren Zusammenhang. Der Kronprinz wagt es, einen der schwierigsten Puncte der philosophisch-theologischen Weltauffassung, vor dem die Forschung in der Regel zurückgetreten ist, ergründen zu wollen: das Verhältniß des mensch-

lichen Geistes zu dem göttlichen. Er schlägt darüber manche theologische Bücher nach, ohne Belehrung zu finden, bis er auf jene universalhistorisch-wichtigen Capitel der Confessionen des Augustinus stößt, in welchen derselbe seinen Uebergang von den Doctrinen der Platoniker zu den Anschauungen des Johanneischen Evangeliums darstellt: „Der menschliche Geist zeugt von dem Licht, ist aber nicht das Licht. Das wahre Licht ist das Wort, welches Gott ist und Alles geschaffen hat“ [1]). Dem trat nun Friedrich Wilhelm mit voller Seele bei; die Auseinandersetzung hat, wie er sagt, in seinem Leben Epoche gemacht. An der Lehre von dem Geschaffen-Sein des menschlichen Geistes der göttlichen Wahrheit gegenüber, die derselbe nur zu erkennen habe, hielt er seitdem fest. Indem er sich aber so entschied, brach in seiner unmittelbaren Nähe die Lehre sich Bahn, daß die absolute Substanz die Menschheit durchdringe und ihrer selbst dadurch bewußt werde. Auf diesem Gegensatz, der das Reich der Ideen umspannt, beruht zu einem nicht geringen Theile der Widerstreit überhaupt, in welchem Friedrich Wilhelm zu den unter den Zeitgenossen herrschenden Ansichten stand. Denn wenn aus dem angegebenen Grundsatz folgte, wie denn die Consequenz auf der Stelle gezogen wurde: daß die Kirche nur eine Seite des gesellschaftlichen Daseins darstelle, die nach und nach in der Gesammtheit desselben, im Staate, verschwinden müsse, so wurde bei der anderen die Idee der Kirche, welche das jenseitige und diesseitige Leben verbindet und diesseit das Vorbild des göttlichen Stifters in dem einzelnen Menschen zu realisiren sucht, unwandelbar festgehalten: der Staat ist hienach eine nach Umständen und Volksthümlichkeiten beschränkte Gemeinschaft, mit der Kirche verbunden, aber nicht mit ihr identisch; denn in dieser erscheint der Begriff der Menschheit und ihrer allgemeinen Vereinigung in dem Glauben an den Gott-Menschen. Dem Gegensatz dieser Ansichten dürfte selbst eine politische Tragweite zuzuschreiben sein. Denn der einen nach besteht der Staat in der freien Vereinigung der Individuen; nach der anderen bleibt der Wille des außerweltlichen Gottes auch für die Staatsbildungen vorbehalten. Und ebenso groß ist die Differenz in Beziehung auf die Auffassung des geschichtlichen Lebens überhaupt. Bei der einen liegt der ganze Nachdruck in der allmähligen Fortentwicke-

1) Conf. VII, 9: hominis anima, quamvis testimonium perhibeat de lumine, non est tamen ipsa lumen; sed Verbum Dei; Deus est lumen verum, quod illuminat omnem hominem venientem in hunc mundum.

lung der Zeiten, in deren gleichsam systematischer Aufeinanderfolge die Verwirklichung des Weltgeistes vollbracht wird: das Vergangene hat nur Bedeutung, in wiefern es das Gegenwärtige hervorbringt. Der anderen zufolge haben die historischen Erscheinungen jeder Zeit ihre eigene Beziehung zu den göttlichen Dingen; sie haben einen unmittelbaren Werth, ihr Zusammenhang ist zugleich providentieller Natur.

Fassen wir aber die Organisation der Kirche ins Auge! Selbst innerhalb des evangelischen Theiles, von welchem allein die Rede sein konnte, trat ihr der Widerstreit der verschiedenen Bekenntnisse in den Weg. Wenn sich nun Friedrich Wilhelm viel mit dem Gedanken beschäftigte, ein Drittes zu finden, was die beiden Parteien vereinigen könnte, so wurde er über die unmittelbaren Differenzen hinaus durch die Beschäftigung mit dem christlichen Alterthum zu den umfassendsten Ideen geführt. Er durchdrang sich mit der Ueberzeugung, daß es nur darauf ankomme, die ursprünglichen Formen der apostolischen Kirchen herzustellen, was ihn um so mehr anzog, weil er auf diesem Wege zu einer Gleichstellung der Confessionen und Kirchen gelangte, welche die Welt erfüllen könnten, ohne sich in stetem Hader zu bekämpfen. Er hatte den weitesten Begriff von dem, was Christlich, was Apostolisch, was Katholisch sei; der evangelischen Kirche vindicirte er Ebenbürtigkeit und Gleichberechtigung mit den übrigen Confessionen. Wenn er für dieselbe auf die Einführung von Bischöfen dachte, so vermied er doch den Ausdruck Bisthum; er wollte nur von Kirchen und dem Amte ohne Hierarchie und weltliche Bevorzugung hören.

Andere Erwägungen traten ein, sobald nun das Recht des Staates dieser Organisation gegenüber in einer besonderen Landeskirche näher bestimmt werden sollte; denn in den apostolischen Zeiten fand sich dafür kein Muster. Damals waren die Staatsgewalten heidnisch gewesen; jetzt waren sie christlich. Friedrich Wilhelm lehnte jede eigentliche Kirchengewalt ab; aber er hielt dafür, daß dem Fürsten als dem gekrönten Mitgliede der Kirche eine obere Leitung ihrer Angelegenheiten zustehe; er nahm nicht Ein Schiff Petri an, sondern verschiedene, gleichsam ein Geschwader Gottes in dieser Zeitlichkeit. Er faßt das Fürstenthum, wie Gladstone das englische Königthum, als die Vereinigung beider Elemente, der Kirche und des Staates; in Beziehung auf die Kirche fordert er für den Fürsten das Recht der Aufsicht und der Abwehr der Mißbräuche. Folgen wir ihm noch einen Schritt weiter, so ist es besonders bemerkenswerth, wie

nahe er sich in seinen Entwürfen dem Bestehenden anschließt. Seine Bischöfe entsprechen den Superintendenten in dem Umfange ihres Wirkungskreises; die Consistorien denkt er sich als eine Metropolitangewalt; er verschmäht selbst nicht das alte Primat, dem er einen kirchlichen Beruf anweist. Dadurch gewinnt er dann eine Beziehung zu der alten deutschen Kirche, die ihn besonders anmuthet — denn eben an die altberühmten Sitze möchte er seine Metropolen anknüpfen —, überdies aber die Möglichkeit einer Gleichstellung derselben mit den Erzbischöfen und Bischöfen der römischen und der englischen Kirche, wohlverstanden unter dem Vorbehalt des nicht eigentlich hierarchischen Charakters seiner Stiftungen. Mit den Abstractionen aus den apostolischen Zeiten verbinden sich Erinnerungen an die Großartigkeit der kirchlichen Einrichtungen des Mittelalters, zugleich aber das Bestreben, die Abweichungen der reformatorischen Epoche in Bezug auf Leben und Lehre zu wahren.

Noch hatte er mit den Geschäften wenig zu thun; und er bescheidet sich selbst, daß, was er vorschlägt, ein Traum sei. Ein Programm für die künftige Regierung dürfte man darin nicht sehen. In ihrem vollen Umfang lernt man seine Gedanken erst durch das vorgelegte Schreiben kennen. Aber unleugbar ist doch auch, daß die Ueberzeugungen, die ihn erfüllten, auf die künftige Regierung vielen Einfluß haben mußten. Dann aber stellen sich sogleich auch die ungeheuren Schwierigkeiten vor Augen, die einem Regenten von dieser Gesinnung entgegentreten mußten. Die wichtigste von allen liegt darin, daß die christlichen Ueberzeugungen keineswegs in dem Grade die allgemeinen waren, wie dabei vorausgesetzt wurde. Martin Luther hatte die Kirche als eine Institution zur Lehre und Erhaltung des Glaubens angesehen; auf eine Organisation der Gläubigen, die er ja nicht vor sich sehe, hat er Verzicht geleistet. Calvin hatte dies dennoch versucht; und auf diesem Boden bewegt sich denn auch Friedrich Wilhelm. Er wollte die Kirche wenigstens zum Theil presbyterianisch organisiren und die Laien herbeiziehen. Eine Umwandlung wollte er auf Grund allgemeiner Uebereinstimmung und mit Hülfe derselben ins Leben rufen. Damit aber traf er in eine Zeit, in welcher nicht allein wachsende Unkirchlichkeit ein Charakterzug der Bevölkerung, sondern auch die Annahme der Offenbarung überhaupt, auf die sich doch Alles gründen muß, mit Heftigkeit bekämpft und in den Streit des Tages gezogen wurde. Und auch bei denen, welche an dem Glauben festhielten, mußte er Widerstreben erwarten. Er erwartete es auch, und zwar schon bei dem nächsten,

vielleicht dringendsten Schritte. Er dachte ein Gesammtbekenntniß der beiden evangelischen Confessionen aufzustellen und zur Annahme zu bringen; aber gleich von vornherein behielt er dabei doch das Bestehen der alten Confessionen vor. Die Annahme des Gesammtbekenntnisses sollte nur erlaubt, nicht geboten werden. Denn mit seinem Wunsch der Einheit vereinigt sich die lebendigste Vorstellung von der Berechtigung der Besonderheiten; und an die Freiheit der Gewissen hätte er um keinen Preis gerührt.

Wenn man den Zusammenhang dieser Gedanken in sich und den Gegensatz erwägt, in dem sie zu den vorherrschenden Tendenzen standen, ihre Unausführbarkeit und das Mißtrauen, das sie bei der gerade in diesem Puncte sehr reizbaren öffentlichen Meinung finden mußten, so konnte man vielleicht eine friedliche, aber keine ruhige Regierung voraussehen.

Den ganzen Umfang der Ansichten des Fürsten hat sich Bunsen nie angeeignet. Doch bewegte er sich noch in verwandten Directionen der Thätigkeit und des Lebens; und noch einmal wurden Handlungen möglich, in welchen er mit demselben von ganzem Herzen zusammen arbeitete.

IV.

Bisthum Jerusalem.

Besuch Friedrich Wilhelms IV. in England.

Am 7. Juni 1840 bestieg Friedrich Wilhelm IV. den preußischen Thron. Seine Regententhätigkeit zu schildern in Bezug auf äußere und innere Politik, auf kriegerische und friedliche Einrichtungen, auf Förderung der Literatur und Kunst, kann hier nicht entfernt die Absicht sein. Wenn der Herausgeber bisher gewohnt war, bei seinen Darstellungen die originalen Correspondenzen nur zu Grunde zu legen, so bilden diese hier die Hauptsache; er darf nicht weiter gehen, als die Briefe an Bunsen an die Hand geben. Bunsen stand nie in dem Mittelpunct der Geschäfte. Nur zu dem einen oder zu dem andern, das dem König besonders am Herzen lag, wurde er herbeigezogen. Auch das ist jedoch bedeutend genug, um die Aufmerksamkeit zu fesseln. Zur Erläuterung wird es hinreichen, die Standpuncte, die der König unter den allgemeinen Bewegungen der Zeit ergreift, objectiv hervorzuheben. Seine subjective Gesinnung in jedem Momente tritt in den Briefen von selbst in wahrheitsvoller Energie zu Tage.

Einen Beweis hohen Vertrauens erhielt Bunsen von ihm noch vor dem Regierungsantritt durch eine Anfrage über die Besetzung des soeben durch Altensteins Tod erledigten Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten. Man hat wohl damals gesagt und wie oft wiederholt, er habe diesen Verlust wenig bedauert; er habe Altenstein selbst für untauglich zu seinem hohen Amte gehalten. Ganz anders aber lauten seine Worte[1]).

---

1) Postscriptum zu dem bereits mitgetheilten Briefe, Potsdam, 12. Mai 1840.

„Heut früh um 1 Uhr ist Minister Altenstein verschieden. Der Verlust geht mir sehr nahe. Ich war nie blind über seine Fehler und habe ihm redlich widerstanden, wo ich glaubte, es thun zu müssen. Er war aber ein sehr edler Mensch und kenntnißreich, wie Wenige. Sein Verlust ist unersetzlich. Denn Sie, theuerster Freund, sind eine Unmöglichkeit, und sonst giebt's Niemand, der wie der Seelige in allen Fächern seines zusammengesetzten Amtes zu Hause ist! Kennen Sie einen Möglichen? Hier nennt man Bodelschwingh, Anton Stolberg, Ladenberg II., Bischof Neander, Eichhorn. Bodelschwingh würde die Kirche mit dem Kantschu, das Uebrige tüchtig und strenge führen; unter Stolberg würde die Kirche herrlich erblühen, das Uebrige von Anderen geleitet werden. Ladenberg würde Alles gleich mittelmäßig, aber ordentlich führen. Neander ist unmöglich für die römische Kirche; Eichhorn würde für die Hochschulen glänzend sein, die römische Kirche aber mit Nadeln zur Verzweiflung kitzeln. Unter den Unzureichenden ist mir am Ende Anton noch der liebste; aber er nimmt es nicht an. Eben fällt mir Savigny ein. Was halten Sie davon? Sagen Sie mir Ihre Meinung — ich bitte!"

In seiner Antwort entscheidet sich Bunsen nach vielem Hin- und Hererwägen für den Grafen Anton: denn auch zu Eichhorn oder Savigny könne er nicht rathen. Den ersteren stellt er unendlich hoch; er will ihn aus seinem Wirkungskreise in dem auswärtigen Amte nicht entfernt wissen; vielmehr solle ihm daselbst nur eine unabhängigere Stellung geschaffen werden. Savigny würde als Präsident einer Gesetzcommission, namentlich in der Ehescheidungsfrage, an seinem Platze sein. Er spricht sich mit Einsicht über die Mannigfaltigkeit der Geschäfte aus, die in dem geistlichen Ministerium vereinigt sind; doch dringt er nicht geradezu auf eine Trennung der Unterrichtsangelegenheiten von den übrigen.

Bunsen verweilte, in seine besonderen Arbeiten vertieft, auf seinem Hubel bei Bern, als ihn plötzlich im April 1841 die Aufforderung erreichte, demnächst nach Berlin zu kommen, um eine außerordentliche Mission zu übernehmen. Erst unterwegs wurde seine Ahnung, daß sich sein Auftrag auf die Angelegenheiten der Christen im Orient beziehen werde, anfangs indirect, dann auch direct bestätigt. —

Die Sache hing mit der großen orientalischen Krisis, die den Sommer vorher die Welt beschäftigt hatte, zusammen und war eine

Folge derselben. An und für sich könnte man zweifeln, ob es nicht das Rathsamste gewesen wäre, den Kampf zwischen Constantinopel und Aegypten ohne fremde Einmischung vor sich gehen zu lassen. Syrien wenigstens und Vorderasien würden in den Händen Mehemed Ali's mit einer geordneten Regierung versorgt worden sein. Allein die Verwickelung der europäischen Angelegenheiten bewirkte, daß die großen Mächte Partei für den Sultan gegen Mehemed nahmen, anfangs selbst mit Einschluß Frankreichs, wiewohl dies Mehemed als seinen Schützling ansah. Im Juli 1840 war man in Constantinopel bereits dahin gebracht, dem Pascha die Zugeständnisse zu machen, die er forderte, als die Collectivnote der großen Mächte eintraf, welche dem Sultan den Schutz derselben versprach und ihn zum Widerstande ermuthigte. Friedrich Wilhelm IV. war sehr thätig dafür, daß die von England in Vorschlag gebrachte Convention von Rußland und Oesterreich angenommen wurde. Er sah darin die Erneuerung der großen Allianz, welcher die Macht des revolutionären und imperialistischen Frankreichs erlegen war, — eine Macht, die, durch die Revolution des Jahres 1830 wieder belebt, durch die Erfolge des Pascha von Aegypten, mit dem sie einverstanden war, ein allgemeines Uebergewicht erlangen konnte. Noch ein anderer Gedanke aber schwebte dem König dabei vor. In der Entscheidung der abendländischen Mächte in einer inneren orientalischen Frage erblickte er den Ausdruck des Uebergewichts, das die Christenheit über den Islam davongetragen habe, und einen günstigen Moment, in welchem nun auch in Bezug auf die durch die irdische Erscheinung des Erlösers geheiligten Stätten, die nach den großen Kämpfen des Mittelalters in den Händen der Muhamedaner geblieben waren, ein Vortheil für die Christen erreicht werden könne. An der Oberherrschaft der Türken sollte nicht gerüttelt werden; aber sie sollten dem christlichen Europa den Besitz der heiligen Stätten auf immer einräumen, ohne irgend eine factische Autorität darüber auszuüben. Diese Concession betrachtete er als den Preis der Unterstützung, durch welche der Sultan noch einmal gerettet worden war. Der ursprüngliche Entwurf hiezu umfaßte alle christlichen Bekenntnisse. Drei verschiedene Residenten sollten die Angelegenheiten der großen Confessionen, der griechischen, der römisch-katholischen und der protestantischen, wahrnehmen. Eine kleine Garnison, von jeder der fünf großen Mächte gemeinschaftlich aufgestellt, sollte die Obhut über die heiligen Stätten die Residenten und die christlichen Bevölkerungen überhaupt übernehmen und ihnen Schutz verleihen.

Der König säumte nicht, seine Idee den Mächten vorzulegen und sie zur Annahme derselben aufzufordern. Bei dem ersten Schritte aber zeigte sich, daß er sie nicht durchführen würde.

Denn mit der Herrschaft des Islam war auch der Hader der griechischen und lateinischen Christen, durch welchen jene zum großen Theil herbeigeführt worden war, auf die späteren Zeiten vererbt. Es ließ sich nimmermehr hoffen, daß zwischen den griechischen und lateinischen Mönchen ein Einverständniß getroffen werden könne. Aber die Idee des Königs hatte noch eine andere Seite, die hievon nicht berührt wurde. Er hielt es für eine Schmach der evangelischen Christen, daß sie im Orient mit den beiden anderen großen Confessionen nicht als ebenbürtig betrachtet wurden: eine Gleichstellung derselben gehöre zu einer Vertretung der gesammten Christenheit. Es war gleichsam ein confessioneller Ehrgeiz, wenn er eine solche in diesem Augenblick durchzuführen suchte. Das Princip selbst brachte es so mit sich, daß er dabei seine Augen auf die Verbindung mit England richtete. Bei den englischen Staatsmännern fand er anfangs wenig Anklang: sie würden sich mit dem der christlichen Bevölkerung ihre Rechte sichernden Hattischerif begnügt haben. Allein in dem Parlament erhoben sich Stimmen im Sinne des Königs von Preußen, was eine gute Aufnahme seiner Vorschläge erwarten ließ. Der Gedanke wurde gefaßt, trotz der Verschiedenheiten der anglikanischen Kirchenform von der deutschen ein preußisch-englisches Bisthum in Jerusalem zu begründen: denn eine Repräsentation in den gewohnten kirchlichen Formen gehöre dazu, um bei den Türken die erforderliche Aufmerksamkeit und Achtung zu erwirken; die Verschiedenartigkeit werde dabei vor der Gleichartigkeit in den Hintergrund treten.

Um das Werk durchzuführen, wurde Bunsen berufen. Es erhellt nicht, daß er an dem Gedanken selbst ursprünglich Antheil gehabt habe; aber es war einer von denen, in welchen er ganz mit dem König zusammentraf. Er war der einzig geeignete Mann, um seine Ausführung zu unternehmen; und unverzüglich machte er sich hiezu auf. Sein Auftrag war, die englische Regierung zu einer mit der preußischen gemeinschaftlichen Unterhandlung zu bewegen, um den protestantischen Genossenschaften eine anerkannte Existenz im türkischen Reiche zu verschaffen, und sodann die Häupter der englischen Kirche zur Stiftung eines Bisthums Jerusalem zu vermögen, an

welche sich andere Protestanten anschließen könnten[1]). Die Unterhandlung wurde ihm leichter, als man hätte denken sollen. Lord Palmerston war überrascht, bot aber die Hand dazu, weil ihm selbst an einer engeren Verbindung mit einer großen Continentalmacht gelegen war. Bei der anglikanischen Kirche hätte man Schwierigkeiten erwarten sollen. Aber auf das leichteste fügten sich sowohl der Erzbischof von Canterbury, als der Bischof von London in den Antrag einer Verbindung, die dadurch etwas Auffallendes, für Viele selbst Anstößiges hatte, daß sie zwischen dem anglikanischen Klerus und den Bekennern der Augsburgischen Confession getroffen werden mußte[2]). Sie willigten in die Gründung eines Bisthums Jerusalem, das, wesentlich anglikanisch, doch auch die Protestanten der augsburgischen Confession in sich begreifen sollte. Bei dem Parlament fand die Sache bereitwillige Theilnahme. Ein Gelehrter israelitischer Herkunft, geboren in Breslau, wurde gefunden, der das allgemeine Vertrauen besaß, und den die Regierung auf ihre Kosten nach dem gelobten Lande überführen ließ.

Es war ein Moment in dem religiösen Leben Englands, das hiedurch berührt wurde. Bunsen führte die Sache mit Eifer und Geschicklichkeit. Seine Briefe aus dieser Zeit athmen einen dem Unternehmen homogenen religiösen Geist. Eigentlichen Widerspruch fand er nur an der Partei Pusey und Newman; gerade dieser Widerspruch aber kam ihm wieder zu statten. Denn da Pusey und Newman mit der Absicht umgingen, den Anglikanismus zu Rom zurückzuführen, so fühlten sich die englischen Prälaten vielmehr bewogen, dem

---

1) Brief Bunsen's an Perthes, 12. October 1841, in Bunsen's Leben II. S. 263.

2) Daß die angesehensten protestantischen Theologen damit einverstanden waren, sieht man aus dem folgenden Briefe Bunsen's (24. August 1841):

„Erlauben mir Ew. Majestät, zu erwähnen, daß Nitzsch die bischöfliche Verfassung als die rechte, wahre, wünschenswerthe anerkennt; daß er das Bedürfniß fühlt, das Missionswerk müsse kirchlich werden und in Verbrüderung geführt; daß er die Anerkennung deutscher Bischöfe von den englischen für nothwendig erachtet; daß ich ihn aber nicht dahin bringen konnte, einzusehen, daß diese Anerkennung Das ist, was man Consecration nennt; daß späterhin Bischöfe nur von Bischöfen gewählt werden können, sah er ein. Für die schwesterliche Stellung mit der englischen Kirche im Missionslande hielt er Ordination von dieser ganz zulässig, ja nothwendig, aber so, daß dabei die Augsburger Confession und die Königliche oder altlutherische Liturgie anerkannt würde vom Bischofe.“

continentalen Protestantismus die Hand zu reichen[1]). Eben das entsprach der Intention des Königs, welche dahin ging, die protestantischen Kirchen einander zu nähern, dem deutschen Protestantismus die Anerkennung des englischen zu verschaffen.

Durch den glücklichen und raschen Erfolg Bunsen's wurde der König in seiner tiefsten Seele erfreut. Wenn schon sonst der religiöse Gesichtspunct bei ihm vorzuwalten pflegte, um so mehr mußte das in dieser Angelegenheit der Fall sein. Doch ist die Stimmung, die sich in den Briefen an Bunsen kundgiebt, nicht allein eine freudig aufgeregte. Der König hatte bereits den Widerstand kennen gelernt, den die öffentliche Meinung in Deutschland auch in religiösen Angelegenheiten ihm entgegensetzte. Indem er an der Sache festhielt, wünschte er doch alles zu vermeiden, was das Mißverständniß und die Antipathien vermehren könne.

Sanssouci, 12. August 1841.

Indem ich Ihnen auf das allerinnigste für Ihren unsäglich merkwürdigen und erfreulichen Brief danke, mein lieber Bunsen, umarme ich Sie wie Einen, dessen Worte und Aufträge Gott seegnet.

Aber lassen Sie uns jetzt behutsam gehen und vermeiden wir sorgfältig alles, was einen Staub von Mißgunst und des Mißverständnisses aufrühren könnte. In Ihrer Note an Lord Palmerston hätte ich gern die vielleicht einst zu stiftende Kirche von Bethlehem *unerwähnt* gesehen. Sie ist eher unwahrscheinlich, als wahrscheinlich, um menschlich zu reden. Sie kann *nur dann* zu Stande kommen, wenn eine Masse von deutschen Protestanten sich in jener Gegend sammelt, oder eine christliche Judengemeinde auch dort entstehen sollte. Verhindern Sie um Gottes Willen jede Veröffent-

---

1) Die Verhandlungen Bunsen's sind in dem Buche „Das evangelische Bisthum in Jerusalem" gleich damals ausführlich und urkundlich dargelegt worden. Die zweite Urkunde enthält die Dotation mit einem Capital von 15,000 Pfund Sterling oder vielmehr der Zinsen dieses Capitals von 600 Pfund Sterling jährlich, zu welcher sich der König verpflichtete. Durch Parlamentsacte vom 5. October 1841 wird der Erzbischof von Canterbury ermächtigt, Unterthanen oder Bürger fremder Staaten zu Bischöfen zu machen, und zwar ohne daß dieselben den Suprematseid leisten.

lichung dieses so vagen Projectes, welches sonst ein Haken werden wird, an welchem der böse Wille (und der wird mächtig arbeiten) die heilige Sache selbst angreift, um sie vor dem entkirchlichten teutschen Publicum als eine Narrenspoſſe im Dreck herumzuziehen. Sprechen Sie sich so gegen die Bischöfe und Lord Palmerston aus. — Ein zweites großes Bedenken habe ich gegen die Bekanntmachung und Aufforderung zu Beyträgen für die Kirche zu Jerusalem, ehe der günstige Ausgang Englands und meiner Verhandlungen zu Constantinopel bekannt ist. Wägen Sie das recht. — Ist aber Alles geglückt und die Aufforderung kann erfolgen, dann darf die Kirche von Jerusalem nicht als Vereinigung der englischen und preußischen Kirche im heiligen Lande bezeichnet werden. Wir müssen in der Wahrheit bleiben. Die englische Kirche stiftet wirklich; denn sie tritt in Person auf. Die **preußische Kirche** weiß aber kein Wort davon und verhält sich ganz neutral. Nur meine Wenigkeit trägt zu den Spesen bey und nimmt dankbar an, daß dieselbe deßhalb in Ernennung des Bischofs alternirt mit England. Das ist allein Wahrheit, und Weiteres darf nicht gesagt werden. Ueberhaupt, bester Bunsen, effaciren wir **uns** so viel als es geht in dieser Sache. Ich will ganz nnd gar bescheiden auftreten und auch vor der Welt nur so weit dabey genannt werden, als es unumgänglich nothwendig ist. Unser Magen erträgt noch nicht starke Speise. Um Gottes Willen, um des Heyles, der heiligen Schrift Willen: gently!

Gott seegne Ihre Schritte und Ihre Worte, wie er seegnet mit dem Seegen des Gelingens für die Gegenwart und für die Zukunft! Amen. F. W.

Sanssouci, 26. August 1841.

Doch nun noch ein Wort über die Denkschrift. Aus den ersten Worten der Denkschrift könnte man schließen, ich bezwecke durch die vorgeschlagene Gründung der Kirche auf Zion 1) die Wiederherstellung des jüdisches Volkes, 2) die Vereinigung der Kirche im katholischen Apostolicat. Gott im Himmel weiß, daß solche Hoffnungen in tiefinnerster Seele mir vorschwebten; nachdem ich mich aber gewissenhaft geprüft und mich vor Gott gefragt: „Hast du wirklich die Zwecke gehabt, die Bunsen von dir schreibt"? hab' ich „Nein"

antworten müssen. Das ist nicht Bescheidenheit, das ist Drang, die Wahrheit zu sagen. Wenigstens verbiethet mir mein Gewissen, das so auszusprechen.

Meine Absicht war die: 1) durch Errichtung des Bisthums in Jerusalem die diplomatisch-politischen Bemühungen (um den Evangelischen im Orient eine anerkannte Existenz zu schaffen) zu krönen, indem der neu anerkannten Kirche das für die Türken unumgänglich sichtbare Oberhaupt derselben innerhalb der Reichsgrenzen gegeben wird und sie so in den Augen der Türken gleichebenbürtig unter die alten Schwestern des Orients gestellt werden könne; 2) durch Agglomeration einer teutsch-evangelischen Zunge, so viel an mir war, das gräßliche Aergerniß von Türken, Juden und Christen des Orients zu vermeiden, welches das gleichzeitige Auftreten vieler getrennten protestantischen Kirchen oder Secten den genannten geben mußte; 3) aber und gewiß hauptsächlich, um mir sagen zu können, ich hätte nichts versäumt, zur Stiftung einer Kirche beizutragen, die so liegen wird, daß sie wohl einst das Centrum der Juden-Christen und einer größeren Vereinigung der evangelischen Bekenntnisse werden dürfte, wenn das im Willen des HErrn liegen sollte, das aber in Geduld und Demuth abzuwarten. Die Absicht muß Gottes seyn, nicht der Menschen. Die Könige müssen aber trachten, die rechte Zeit zu treffen für die Einrichtungen, die sie dann vor dem HErrn hinstellen und warten, ob er sich dazu bekennen wolle und sie brauchen, wie es uns ahndet. Was mir nur dunkel vorschwebte, haben Sie und die erleuchteten Prälaten mit Meisterschaft aufgefaßt, und Letztere legen die Hand ans Werk, um dem lieben Gott das Werkzeug so gut als menschenmöglich zu übergeben. In seeligem Erstaunen hab' ich ja erst gesehen, wie der Gedanke für Israel aufgefaßt und in dem Plan als Grund und Zweck verwebt ist. Ja, ich sage Ihnen, manchmal beim Lesen Ihrer Briefe war ich versucht, mich in den Staub zu werfen vor Gott, so providenziell und ungeahndet schien mir sich Alles zu fügen. Das giebt große Freudigkeit und Zerknirschung zugleich, und aus beyden entsteht mir unaufhörlich der Ruf: Stille! Keine Worte! — Es ist schlechte Zeit in Teutschland. Die Feinde aller Ordnung haben ein Schiboleth im Zeughaus, um Vornehme und Pöbel gegen das heilige, herrliche Werk aufzuhetzen, nämlich die Lüge: Sie intriguirten für mich in England, um die englische Kirchenverfassung in Preußen einzuführen!!! — Die Gefahr ist groß; denn die Lüge trachtet danach, mein Ansehen im Lande zu

untergraben; und wir haben grausam viel Narren, die eine jede Lüge, wenn sie auch dreist und schamlos ist, anbeißen. —

Auf das Vorhaben mit Alexander glaub' ich nicht eingehen zu können. Solche Stiftung muß (um nicht verderblich auf das Vaterland zurückzuwirken) von der Kirche gekannt seyn und anerkannt werden. Wo ist aber die Kirche? Mit Bethlehem, wenn das ja zu Stande kommen sollte, steht es ganz anders. Das ist im weiten Felde, und ist je daran zu denken, so ist es gewiß nicht vor sieben Jahren. Bis dahin wächst hoffentlich das Verständniß der Landeskirche, und soll nun einmal Hand ans Werk gelegt werden, so convocire ich eine Generalsynode, lege ihr den Plan vor, lasse ihn prüfen und bestätigen und führe ihn so aus. Denn da wird die Rückwirkung wahrscheinlich eine sehr seegensreiche sein.

Schloß Domanze bei Schweidnitz, 7. September 1841.

. . . Ich denke, daß die Urkunde wegen der Hälfte der Ausstattung der Zion-Kirche alle Formalität enthält, die noch erwartet wird. Ich habe angeordnet, daß darin die neue Kirche als von der Krone und Kirche von England gegründet genannt wird. Darin ist doch nichts Bedenkliches?

Ich meine, es entspricht ganz der Wahrheit. Eine officielle Zustimmung halte ich nicht für räthlich von meiner Seite, zu dem Unaussprechlichen, was sich von Old England aus bereitet. Mein ganzes Wesen jauchzt dem Beyfall. Dankt dem HErrn! — — Drücken Sie diese Zustimmung zu Allem da aus, wo es von Nöthen seyn sollte. F. W.

Sanssouci, 29. November 1841.

. . . Ich habe sehr wenig Zeit und fasse alles, was ich zu sagen habe, in die Form eines Auftrages, den ich, wär' ich Lord Aberdeen, an Lord Stratford Canning geben würde. Dieser Diplomat würde also damit anfangen, der Pforte recht schön und blumenreich zu danken, daß sie uns die gewisse Aussicht gegeben, die evangelische Confession in ihren Ländern wie die andern behandelt zu sehen. Bei den Unterhandlungen Lord Ponsonby's habe ein Mißverständniß obgewaltet, dessen Lösung leicht und nothwendig sei. Es solle und könne für die evangelische Kirche von keiner neuen Concession die Rede seyn. Nur völlige Gleichstellung mit der lateinischen Kirche sey die Forderung und selbstredend eine Forderung, welche

die Pforte ohne Ungerechtigkeit und ohne Intention, England und Preußen beleidigen zu wollen, nicht werde abschlagen können, die das englische Cabinet also im voraus als genehmigt ansehe. — Diese Gleichstellung besteht aber in Folgendem: 1) Ein geistliches Haupt der Confession wird der britischen Ambassade attachirt. In Parenthese ist das vorläufig der Bischof Alexander, der sich unterwegs als solches Haupt in Byzanz zu zeigen hat, alle 15—24 Monate einmal wieder hingehen kann, sonst aber seinen Sitz auf dem Zion nicht verläßt; — 2) wird die Pforte ersucht, ein weltliches Haupt der Confession, wie sie es mit den Lateinern thut, auch für die Evangelischen zu ernennen, vollkommen in demselben Verhältniß, wie jenes; — 3) sagt die Pforte dem schon erstandenen und seit Jahren mit einem kleinen Bethaus besetzten Raum auf Zion ganz dieselben Privilegien zu, oder spricht ihm denselben Schutz zu, wie dem Raum der Franciscaner zu Jerusalem. Wenn diese drei Puncte geschickt und warm und als Lohn für die Dienste von 1840 verlangt werden, **können** sie nicht abgeschlagen werden. Wer künftig von den evangelischen Franken ist, bleibt es; wer Radja ist, bleibt es. Das muß deutlich articulirt werden. Sagen Sie nun selbst, ist da ein Bedenken dabei oder nicht? In letzterem Falle bringen Sie die Sache geschickt bei Lord Aberdeen vor.

Bunsen träumte sich oft, als Professor, etwa in Bonn, alle seine Kräfte der Wissenschaft des Alterthums und der Kirche zu widmen. Aber dann hätte er nie nach England zurückkommen müssen, wo er einen diplomatischen Erfolg von hoher Bedeutung an sich und von der höchsten für den König erreichte. Er selbst konnte dann die Besorgniß nicht bergen, ein neu eintretender Gesandter — denn der damalige, Bülow, rüstete sich zu seinem Abgang — möchte das von ihm Begründete nicht recht pflegen. Der König urtheilte, daß sein Freund Bunsen, der doch schon ein paar diplomatische Posten bekleidet hatte, sich vortrefflich eigne, die Stellung eines Gesandten in England auszufüllen. Doch trug er noch Bedenken, ihn ohne weiteres zu ernennen. Ueberhaupt beflissen, mit den Engländern, sowohl dem Hofe wie dem Ministerium, gut zu stehen, nannte er dort neben Bunsen noch zwei andere Persönlichkeiten für den preußischen Gesandtschaftsposten, zwischen denen er die Wahl frei ließ[1]). Bunsen meint wohl, der König habe das auch deshalb gethan, um ihn, wenn

1) Aus Stockmars Denkwürdigkeiten I, S. 385 ersehen wir, daß gegen

ein anderer vorgezogen würde, nach Berlin nehmen zu können. Sei dem, wie ihm wolle, — König Friedrich Wilhelm war sehr zufrieden damit, daß die Engländer Bunsen wählten, der nun in London blieb und sich mit seiner Familie in Carlton-Terrace ansiedelte. Kein Anderer hätte so vollkommen wie Bunsen das Vertrauen der Königin und ihres Gemahls erwerben und ein freundschaftliches Verhältniß zwischen ihnen und dem König vermitteln können. Wie sehr der König ein solches wünschte, beweist die Bereitwilligkeit, mit der er sich entschloß, nach England zu kommen, um die Pathenstelle bei dem Prinzen von Wales persönlich anzunehmen. Bei seiner Einladung und bei der Annahme derselben war auf beiden Seiten der Wunsch einer politischen Annäherung wirksam, vor welchem die kleinen Schwierigkeiten, die sich auf beiden Seiten fanden, leicht in den Hintergrund traten [1]). Charakteristisch ist, wie Friedrich Wilhelm IV. die Fälle bezeichnet, die ihn von der Reise abhalten könnten, — eigene Erkrankung oder eine Krankheit seiner Gemahlin oder eine von den Franzosen drohende Gefahr an den Grenzen.

Charlottenburg, 3. December 1841.

„Lebe ich, bin ich nicht krank, erfordert meiner lieben Elise Gesundheit nicht meine Gegenwart, kommt Thiers nicht wieder ans Regiment oder sammelt sich kein feindliches Corps an unseren Grenzen, mit einem Wort, kommt nicht Etwas dazwischen, was mich wirklich abhalten muß, — so komm' ich Mitte Januar — vorausgesetzt, daß man in Windsor nicht Scrupel bekommt und daß ich, sey's officiell oder unter der Hand, aber direct, eine Einladung erhalte."

Durch die Reise des Königs wurde Bunsen viel beschäftigt. Allerlei persönliche Beziehungen zu der Königin-Wittwe, der Königin selbst und dem Prinzen Albert bewirkten, daß es ihm an kleinen Aufträgen niemals fehlte.

Neben diesen erscheint in den folgenden Briefen, die nicht sehr zahlreich sind, besonders auch die Sache des neuen Bisthums in Jerusalem, wo denn doch die Unterordnung der Geistlichen augsburgischer Confession unter den anglikanischen Bischof dann und wann Schwierigkeiten hervorrief.

---

die beiden Anderen, die der König genannt hatte, Einwendungen wegen früherer Vorgänge erhoben wurden; man wollte zugleich dem Könige etwas Angenehmes erzeigen, wovon man für sich selbst wenigstens keinen Nachtheil besorgte.

1) Auch hiefür sind die Aufzeichnungen von Stockmar (S. 376) erwünscht und zuverlässig.

Sehr lebhaft beschäftigte den König die Absicht, als Sitz des Bisthums eine Basilika zu errichten. Denn die von England an ihn gelangenden Vorschläge hatten seinen Beifall mit nichten. Selbst mit dem Namen Jacobus war er nicht zufrieden; er hätte den „schwunghafteren“ Messias oder Trost Israels gewünscht. Der englische Bauplan erschien ihm zu klein und doch zu anspruchsvoll; der seinige sollte Bescheidenheit und Alterthümlichkeit vereinigen.

„Mein Plan durch Stüler, der sehr modificationsfähig ist, trägt nach meinem Gefühl das Gepräge christlich evangelischer Demuth und hat die Form der urchristlichen, ich möchte sagen, der fast apostolischen Baue, will nichts verstecken, zeigt nichts in die Landschaft hinaus, gewährt aber herrlichen Raum im Vergleich zum englischen Plan“ [1]). — Ein ander Mal [2]) trägt er nach: „Der Hof kann, ja muß, so wie ich das Klima kenne, enger und schattiger sein, mit tiefen Hallen. So wird viel Platz für Gegenwart und Zukunft gewonnen. Ist es nicht möglich, aus der gothischen Kirche eine einfache Basilika (mit Apsis, sonst von gleicher Länge, nur breiter, die Säulen auf dem jetzigen Wandfundament) zu machen, so empfehle ich dringend, doch eine gothische Apsis zu machen, so daß der Bau statt so,  so  aussehe. Am allerbesten wäre zwar die Form = ; aber das ganz Gute geschieht nun einmal nicht. — Klären Sie mir doch auf, wo das Hospital anbringbar ist! Wie herrlich wär's, wenn die alte koptische Kirche auch in den Kreis des evangelischen Quartiers (denn das muß es werden) aufgenommen werden könnte! Lord Canning muß nur die Stimme so laut erheben, als der Franzos, der seinem ehrlosen [3]) Banner Satisfaction geschafft hat.“

Die Sache ging nicht so glatt und glücklich, wie man hätte erwarten können. Der Besitz des Platzes selbst bot einige Schwierigkeiten, da doch die ganze Anlage ursprünglich als ein Erwerb der Judenmissionsgesellschaft erscheint. Der König spricht den Wunsch

1) Undatirtes Schreiben v. J. 1842.

2) Schreiben vom 24. October 1843.

3) Der König meint das durch die Revolution entehrte; von militärischer Ehre ist hier nicht die Rede.

aus, daß derselbe durch eine Transaction mit den Türken englischer Consulatsboden werde; dann möge die britische Flagge aufgezogen werden, und, sagt er, „der Bau ginge unter dieser mächtigen Aegide getrost fort.“ Und keineswegs genügte die Wirksamkeit des Bischofs. Man schrieb ihm „unbegreifliche Mißgriffe“ zu. „Des Bischofs Reise,“ sagt der König unter Anderem, „tadle ich. Er mußte bei seiner Hauscapelle ruhig und seine herrliche Wirksamkeit freudig fortsetzend bleiben und das Rennen, Schaffen und Helfen in dieser Noth allein den weltlichen Behörden überlassen. Möchte er bald zur heiligen Stadt zurückkehren! — Die steinerne Kirche muß für ihn reine Nebensache seyn, Christi Kirche das All- und Alleinige“[1]). —

Einen anderen Gegenstand der Correspondenz bildet die an das Frühere anknüpfende Entwickelung der kirchenhistorischen Auffassung. Mit größerer Ausführlichkeit oder doch Bestimmtheit spricht sich der König im September 1845 über den Ursprung des Episcopats aus, von dem er bemerkt, daß Bunsen darüber nicht mit ihm übereinstimme; er will versuchen, seine Ansicht noch einmal und deutlicher zu geben.

„Zuvörderst versteht sich, daß ich weiß und anerkenne, wie die Ausdrücke Episcopos und Presbyter in den apostolischen Briefen stets eins und dasselbe bezeichnen; ferner aber ebenfalls, daß lange vor dem Ende des apostolischen Jahrhunderts beyde Ausdrücke etwas Verschiedenes bezeichnen. Sie, bester Bunsen, scheinen mir nun anzunehmen, daß die Bischofs-Idee die jüngere in der Kirche gewesen sey, so daß (will man eine Mücke zerlegen) danach die Presbyter-Ordnung nach dem spätheren Begriff eigentlich die ältere, ursprüngliche sey; oder, etwas anders gesagt, daß die Apostel und ihre Bevollmächtigten, wenn sie die Gemeinden mit Aeltesten besetzten, eher die Absicht hatten, Presbyter einzusetzen, als Bischöfe. —

„Ich hingegen habe die Ueberzeugung (um beim Beispiel zu bleiben), daß die Apostel und ihre Bevollmächtigten (Titus, Barnabas, Timotheus, Philemon ꝛc. ꝛc.), mit einem Wort, daß alle die, welche das Evangelium der Welt verkündigten und nicht **einer Gemeinde gesetzt waren**, wann dieselben nun besondere Gemeinden mit **Aeltesten besetzten**, jederzeit und immer allein im Sinne hatten, dieser Gemeinde einen Bischof zu geben. Ich nehme also an, daß im Großen und Ganzen alle Männer, welche zur apostolischen Zeit die Handauflegung als Aelteste erhalten haben, Bischöfe waren, weil sie es seyn sollten, und daß ferner die Einrichtung, kraft welcher diese „Bischöfe“ sich ihres Gleichen gesellten, mit denen sie

---

1) Schreiben vom 4. März 1843.

alle Kirchenpflichten theilten, mit Ausnahme des Oberhirtenamtes und der Vertretung bei etwaigen Concilien, daß, sage ich, diese Einrichtung und folglich die Einsetzung der Gesellen der Bischöfe, der Presbyter im späteren Sinne, eine jüngere Einsetzung als die (apostolische) der Bischöfe ist."

Besonders waren es liturgische Fragen, die der König brieflich anregte, zunächst auf die deutsche Liturgie für Zion bezüglich.

„Ich höre, daß Bedenken gegen das Opfer der Gemeinde obwalten; die theile ich an sich nicht. Wohl aber habe auch ich ein Bedenken wegen Zeit und Ort des Opferamtes, da nach meiner (miserablen) Doctrin dasselbe **nothwendig** in's Offertorium gehört, unter Darreichung auf dem heiligen Tisch von Almosen, Brod und Wein. Vertheidigen Sie sich. Gott befohlen! F. W.[1])"

Bunsen hat, wie man sieht, eine entgegengesetzte Meinung. Weder hier, noch auch sonst war der König recht mit ihm einverstanden.

„Ueber Ihre Kirche der Zukunft möchte ich so gern mit Ihnen zanken, aber ich habe keine Zeit. Vale[2])!"

Vielen Eindruck hatte dem König der Cherubimische Hymnus der griechischen Messe in Rußland gemacht, welcher unter dem Offertorium erschallt, wenn die Elemente zur Consecration in das Heiligthum getragen werden. Man sagte ihm: die Worte seien unübersetzbar; sie klingen wie ein Stammeln und seien ganz dunkel und mystisch, den Priestern unklar, was die ahnenden Russen entzückt und entzündet; der Hymnus werde auch bei Hof in Rußland mit einer zur Anbetung hinreißenden Melodie gesungen. Er war geneigt, ihn in den Abendmahlsritus aufzunehmen, wenn er nichts Unevangelisches enthalte. Aber die Uebersetzung, die man ihm gab, war ungenügend. Bunsen wurde ersucht, eine gründliche Erklärung einzusenden, und gab sich viel Mühe damit; doch scheint es nicht, als ob seine Erläuterungen befriedigend ausgefallen seien.

Fragen von viel größerer Bedeutung begannen in dieser Epoche die öffentliche Aufmerksamkeit zu beschäftigen und griffen in das Verhältniß zwischen Bunsen und dem König ein. Bunsen wurde aufgefordert, seine Meinung in den preußischen Angelegenheiten abzugeben, namentlich in der Verfassungsfrage, auf welche wir nunmehr zunächst kommen.

1) Schreiben vom 19. November 1843.
2) Schreiben vom 6. December 1845.

V.

Begründung einer ständischen Central=Verfassung.

Es ist ein unvermeidlicher Mangel dieser Mittheilungen, daß sie wichtige Fragen, auf welche der Briefwechsel führt, doch nur berühren, nicht erschöpfen können. Wie viel würde sonst hier über die preußische Verfassungsfrage zu sagen sein! Man müßte ausgehen von den Ständen der verschiedenen Landschaften, ihren Formen und ihrer Wirksamkeit, bis die Idee des Staates und die fürstliche Macht, in der sich diese repräsentirte, die Oberhand erlangten. Aber auch dann behielten die Stände immer einen anerkannten Wirkungskreis, namentlich in der Mark Brandenburg, Ostpreußen, der Grafschaft Mark. Sie nährten ein provinzielles Selbstbewußtsein, welches doch von allgemeinem Patriotismus durchdrungen war. Nach den großen schicksalsvollen Umwandlungen aber, die zwischen 1807 und 1813 fallen und zuletzt Alles erneuerten und umschufen, ließ sich an eine Wiederbelebung des alten Systems nicht denken. Es wurde einmal dadurch unmöglich, daß die neue Gesetzgebung über die Freiheit des Eigenthums die Aufnahme neuer Elemente in die provinzialständischen Institutionen nothwendig machte, noch mehr aber dadurch, daß der Staat durch die Verpflichtungen, die er eingegangen, und die Bedürfnisse des Credits veranlaßt wurde, auf umfassendere Institutionen, als die provinzialständischen waren, Bedacht zu nehmen. Die Absicht wurde gefaßt, wie es bereits in dem Edict von 1810 heißt, „der Nation eine zweckmäßige Repräsentation sowohl in den Provinzen, wie für das Ganze zu geben.“ In diesem Sinne wurden unter heftigen inneren Conflicten zuerst Landesdeputirte, dann eine interimistische Nationalrepräsentation berufen, in welcher nunmehr

auch der Bauernstand seine Vertreter hatte. Wie viel mehr Bedeutung aber gewannen diese Absichten und Versuche, nachdem der große Kampf siegreich bestanden war und der Staat, durch neue Provinzen verstärkt, unter den europäischen Mächten eine der ersten Stellen einnahm! Auch diese neuen Provinzen besaßen ihre landständischen Verfassungen, die bei der Besitznahme anerkannt wurden, von denen sich aber Niemand verbarg, daß sie einer Regeneration bedurften. Vor allem erschien ein ständisches Institut, welches den ganzen Staat umfaßte, höchst wünschenswürdig; es wurde von den Tendenzen des Jahrhunderts gefordert. Aus beiden Rücksichten ist die Verordnung vom 22. Mai 1815 entsprungen. Sie stellt zugleich die Neubildung der provinzialständischen Institutionen und die Einrichtung einer den ganzen Staat begreifenden Verfassung in Aussicht. Es war die Zeit, in der über all den Trümmern der vorangegangenen Bildungen, der älteren sowohl, wie der neueren, sich die constitutionelle Idee mit unwiderstehlicher Macht erhob: man sah in ihr die Rettung des Daseins und der Freiheit. In dem Edict vom 22. Mai erscheint dieselbe unzweifelhaft, aber nicht unbedingt, sondern unter beschränkenden Bestimmungen. Denn, wenn darin die Zusage gegeben wird, eine Repräsentation des Volkes zu bilden, so wird dieselbe dadurch limitirt, daß die Landesrepräsentanten aus den wiederhergestellten oder neu einzurichtenden Provinzialständen gewählt werden sollen. In dem Entwurf der Verordnung, welcher von Stein herrührt, ist mehr von Reichsständen, in der Verordnung selbst mehr von einer Landesrepräsentation die Rede, ohne daß man auf den Unterschied einen besonderen Werth gelegt hätte. Nicht ohne Absicht wird in dem Artikel der Verordnung über die Organisation der Provinzialstände die Bestimmung des Entwurfes, daß sie nach Landschaften geschehen solle, weggelassen. Bemerken wir noch eine andere Differenz zwischen dem Entwurf und der Verordnung. Beiden ist der Gedanke gemeinschaftlich, daß die Grundsätze der bisherigen Regierung, durch welche der wohlthätige Zustand bürgerlicher Freiheit herbeigeführt worden sei, auf diesem Wege erhalten und den Nachkommen überliefert werden sollen. Man erwartete von dem ständischen Element eine Verstärkung der höchsten Gewalt und der Regierung; der Staatskanzler Hardenberg, der das Edict zuletzt formulirte, ging hierin noch einen Schritt weiter, als der Freiherr von Stein. Dieser hatte nur von der Ueberlieferung und dauernden Bewahrung der Grundsätze der Regierung gesprochen; der Staatskanzler sprach zugleich von einer

festeren Begründung derselben, die ein Pfand des Vertrauens für das Volk sein werde[1]).

Es liegt auf der Hand, auf welche Schwierigkeiten die Ausführung eines so umfassenden und mit den inneren Kämpfen des Zeitgeistes zusammentreffenden Vorhabens stoßen mußte. Die vornehmste lag in der Verbindung der provinzialständischen Verfassung mit einer reichsständischen Organisation. Denn offenbar waren die Gesichtspuncte, von denen man bei der einen und der anderen dieser Institutionen ausging, verschiedener Natur. Bei der einen schloß man sich an das Gegebene an, bei der andern faßte man ein neues Ziel ins Auge. In den Berathungen, die dann folgten, erschien auf der einen Seite der Antrag, zuerst nur die Provinzialstände einzurichten und dann zur Bildung der Reichsstände aus denselben fortzuschreiten. Da das aber zu viel landschaftlich-particulare Elemente, zu viel Corporationsgeist in die Reichsstände zu bringen drohte, so wurde auf der andern Seite der Vorschlag gemacht, die beiden Institutionen überhaupt von einander zu sondern und die Reichsstände ohne besondere Rücksicht auf die Provinzialstände ins Leben zu rufen. Der Staatskanzler verwarf das Eine und das Andere: er blieb bei dem Vorhaben einer organischen Verbindung der beiden Institutionen. Der Gedanke, Reichsstände zu schaffen, wurde unverrückt festgehalten. In voller Stärke erscheint er in dem Edict vom 17. Januar 1820, welches die Staatsschuld schloß und die Contrahirung neuer Anleihen an die Mitgarantie und Zustimmung der Reichsstände knüpfte. Dadurch eigentlich ist eine reichsständische Verfassung für Preußen begründet worden. Die Zusage hat für die finanzielle Ordnung und Erstarkung die wichtigsten und heilsamsten Folgen gehabt. Aber wie viel fehlte daran, daß man sich über die Art und Weise der Ausführung geeinigt hätte! Der Verfassungsentwurf Hardenbergs umfaßte Communen und Kreise, wobei er dem freien Eigenthum die ihm gebührende Stellung zu verschaffen suchte. Aus den Deputirten der einen sollten die der andern und aus diesen wieder die Provinzialstände hervorgehen, aus denen dann die Reichsstände gewählt werden sollten. Noch lieber wäre es ihm gewesen, wenn die Reichsstände von den Provinzialständen, als daß sie nur aus denselben gewählt würden: denn in Folge dieser Bestimmung würde ihnen eine größere Selbständigkeit und freiere

---

1) Der Entwurf ist von Pertz [mit der Verordnung zusammengestellt im Leben Stein's, B. IV S. 428 ff.

Bewegung zu Theil werden. Doch war noch Alles unbestimmt, keine Form festgesetzt, über keine der zu erwartenden, constitutionellen Fragen Entscheidung getroffen; und als man dann zu der näheren Ausarbeitung des Entwurfes schritt, trat der lebhafteste Zwiespalt der Meinungen hervor. Die allgemeine Gährung der Geister in Europa, die wieder aufflammende Revolution und ihre Repression wirkten auf die preußischen Berathungen zurück. Man faßte endlich den Entschluß, zuerst nur die Provinzialstände ins Leben zu rufen. Schon dies war eine Arbeit, in der die Gegensätze der Meinungen Mühe hatten, sich auszugleichen. Doch kam es so weit, daß die vornehmsten Resultate der Hardenbergischen Verwaltung, die Einrichtung der Provinzen und die Theilnahme der freien Landeigenthümer an den ständischen Berathungen, behauptet wurden; die Idee, Reichsstände auf dieser Grundlage zu erschaffen, blieb allezeit vorbehalten. Aber man stand davon ab, sie unverzüglich zu bilden, und trug selbst Bedenken, das Versprechen in einer feierlichen und ausführlichen Urkunde zu wiederholen: — auch ohne eine solche würde eine allgemeine landständische Versammlung berufen werden können; gewiß würde sich deren Formation und Competenz zweckmäßiger vom Könige bestimmen lassen, wenn die Provinzialstände schon ins Leben getreten wären, als im voraus durch eine Urkunde.

Bei dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV., der als Kronprinz an der Einführung der Provinzialstände den lebendigsten Antheil genommen hatte, war es nun die vornehmste aller Fragen, wie er sich zur Berufung allgemeiner Stände verhalten würde. Gleich bei der Huldigung in Königsberg wurde er gebeten, seinem Volke das fortdauernde Bestehen der Provinzialstände zu sichern, überdies aber die verheißene Bildung einer Versammlung von Landesrepräsentanten auszuführen. Auf die Bildung einer allgemeinen Versammlung war auch ohne Zweifel die Absicht des Königs gerichtet; aber die Beschlußnahme über die Form derselben war indessen noch schwieriger zugleich und bedeutsamer geworden, als früher. Denn in Folge der Juli-Revolution war die Idee der Constitution auf dem Grund von Volksrepräsentation näher bestimmt und in Literatur und Leben zu allgemeiner Geltung gelangt. Der neue König fühlte keine Anwandlung, dem beizutreten; er versicherte, daß sein Vater, auf dessen Zusage man sich bezog, den herrschenden Begriffen einer sogenannten allgemeinen Volksvertretung fern geblieben sei, und zwar um des wahren Wohles seines Volkes willen. Indem Friedrich Wilhelm IV. keinen Zweifel darüber ließ, daß das auch seine Meinung sei, erklärte er sich doch

bereit, die fernere Entwickelung des Ständewesens auf dem bereits angebahnten Wege zu fördern.

Er ergriff die Aufgabe, wie sie aus den vorangegangenen, aber schon lange abgebrochenen Verhandlungen auf ihn kam, und wie sie sich ihm in den Kämpfen und Gegensätzen der Epoche darstellte. Insofern unter Volksvertretung zugleich eine umfassende ständische Gliederung verstanden wurde, hatte er nichts dagegen. Allein dem Begriff einer eigentlichen Repräsentation des Volkes nach der Kopfzahl widerstrebte seine ganze Seele. Den größten Eindruck machte es auf ihn, daß die Juli-Regierung die Rechte des Volkes unaufhörlich im Munde führte und doch niemals zu einer Repräsentation desselben im vollen, dem Wortlaut entsprechenden Umfang zu schreiten wagte. Was für Folgen es haben würde, wenn dies jemals geschah, wer konnte es voraussehen! Nur so viel hielt man für gewiß, daß die königliche Gewalt, wie sie damals war, sich alsdann nicht behaupten würde. In eine ähnliche Gefahr wollte nun Friedrich Wilhelm IV. seinen Staat nicht gerathen lassen. In der Idee sah er einen Widerspruch gegen das Wesen desselben. Dagegen war er bereit, die provinzialständischen Institutionen, wie er sie überkommen hatte, in sich zu verstärken und alsdann zu einer gewissen Einheit zu concentriren.

Im Jahre 1841 stattete er die Provinzialstände mit neuen Rechten aus, wie er ihnen denn regelmäßige periodische Berufung (alle zwei Jahre) zusicherte; für die Zeit, in der sie nicht beisammen wären, sollten Ausschüsse aus allen Provinzen einberufen werden, wenn die Interessen des Landes es nöthig erscheinen ließen. In dem folgenden Jahre traten die Ausschüsse zusammen. Der König erkannte die Wichtigkeit ständischer Rathschläge an, warnte aber die Versammlung davor, sich von dem Winde der öffentlichen Meinung ergreifen zu lassen. Allein wer könnte die Meinung regieren! Die dem Könige widerwärtige Bewegung derselben wurde durch die Doctrinen, welche auf den Kathedern vorwalteten, noch besonders gefördert; sie griff alle Tage mehr um sich. Während die ersten Ständeversammlungen sich auf den ihnen angewiesenen Wirkungskreis beschränkt hatten, zeigten sich die späteren von den Gedanken ergriffen, welche die Zeit beherrschten: sie forderten laut eine allgemeine Verfassung, die Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen sowie Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege.

Das war im Allgemeinen die Lage, als Bunsen zur Theilnahme an den für die Verfassungs-Angelegenheit in Gang gesetzten Berathungen berufen wurde (1844). Er fand in Deutschland allent-

halben eine Stimmung des Mißbehagens. Denn den Erwartungen gegenüber, die man hegte und die man für berechtigt hielt, glaubte man an der Stelle, auf die sich Aller Augen richteten, nichts als Unentschiedenheit wahrzunehmen, eine Stimmung, der Arndt in einem wohlbekannten Gedicht, in dem er sich nach einem Retter aus der allgemeinen Verwirrung umsieht, Ausdruck gab. Bunsen hielt an den Hoffnungen fest, die er in dem Gedicht Asträa sieben Jahre früher ausgesprochen hatte, und die sich alle auf die Persönlichkeit des Königs und dessen große conservative, aber auf Entwickelung der wahren Freiheit gerichtete Gesinnungen gründeten; er schickte es dem Könige zugleich mit den Arndt'schen Strophen bei seiner Ankunft in Berlin wieder zu[1]). Er erfuhr damals wieder so viele Beweise von Gnade, daß man ihm sagte, das werde Mißgunst gegen ihn erwecken und ihm Feinde machen. Bunsen feierte das Datum jenes großen kirchlichen Briefes Friedrich Wilhelms mit einem Schreiben, das sich auf die Restauration des Schwanenordens, die eben im Gange war, bezieht[2]). Wir bemerken nur die überschwänglichen Hoffnungen, die er in seinem Gegensatz gegen Rom an die Institution der Wohlthätigkeit knüpfte, mit der der König umging; er sagt: man dürfe sich nicht verhehlen, daß es das erste Mal sei, daß Rom durch eine geistige Central-Gewalt entgegengetreten werde, die ihm den Tod drohe, ohne ihm feindlich zu sein. „Die Idee, eine innere Lebensgemeinschaft über den Bekenntnissen in einer großen Nation zu gründen, vernichtet Rom, wenn sie in's Leben der Gegenwart eintritt."

In demselben Sinne förderte Bunsen auch sein liturgisches Werk, das auf echt historischer Basis den römischen Liturgien gegenübertreten sollte. In den Briefen ist zugleich von Pastoralconferenzen, der ägyptischen Unternehmung, der Aufführung einer Aeschyleischen Trilogie und dem Ritterschlage die Rede. Die Bemerkung drängt sich auf, daß man fast zu vielseitig war. Man verstand sich in dem, was sich auf Kirche und Alterthum bezog, jedoch nicht in dem, worauf das Meiste ankam, den ständischen Angelegenheiten.

Bunsen erklärte sich darin mit dem König einverstanden, daß man Alles, was auf eine eigentliche Repräsentation des Volkes hin-

1) Schreiben vom Gründonnerstag, 14. April 1844, Berlin, Hotel de Russie.

2) Schreiben vom 11. Mai 1844.

deute, vermeiden müsse; auch aus diesem Grunde drang er auf Eile. Nachdem der Landschaftlichkeit in den Provinzialständen ihr Recht geschehen sei, so müsse man jetzt auf analoge Institutionen der Gesammtheit denken, und zwar ohne Zeit zu verlieren: würde man eine Krisis abwarten, so würde das Repräsentativsystem unfehlbar Geltung erlangen. Er bleibt dabei, daß man von dem historischen Rechte ausgehen müsse, — demselben, mit dem man Napoleon bekämpft und den Jacobinern widerstanden habe. Sein Sinn geht nicht auf sehr ausgedehnte Berechtigungen der Stände; er denkt sich dieselben vielmehr beschränkt und knapp; aber indem er das Princip des Königs anerkannte, genügte ihm die Form, die derselbe einzuführen gedachte, doch nicht. Ihm schwebte vielmehr die englische Verfassung vor Augen. Und es ist wohl der Mühe werth, die Vorschläge, die er damals machte, in Erinnerung zu bringen.

„Im monarchischen und conservativen Sinne", sagt er, „werden wir zu der Annahme zweier ständischer Häuser geführt. Von diesen würde das eine aus einem Stamme ebenbürtiger deutscher Herren bestehen, die aus der Gesammtheit des preußischen Adels sich Genossen für Lebenszeit bildeten, das andere aus Abgeordneten der drei Stände, für welche jede Versammlung der Provinzalstände den Wahlkörper ausmachte"[1]).

Von dem Herrenstande in der einen und dem Ritterstande in der andern hoffte er, daß sie der „sich schrankenlos in Europa entwickelnden Demokratie" einen „Damm" entgegensetzen würden, und zwar einen „unzerstörbaren, weil auf Wirklichkeiten ruhenden". Durch gleichzeitige Verordnungen soll das Eigenthum der Krone, das von den Ständen unabhängige Recht der Kirche, das Verhältniß der Beamten festgesetzt und gesichert werden[2]). Er ergeht sich in

---

1) Schlußbetrachtungen über die ständische Frage. Frühjahr 1844.

2) In einem Sanssouci, 6. Juli 1844 datirten Schreiben Bunsens findet sich der nachfolgende Entwurf:

I. Es sollen Reichsstände einberufen werden, und zwar noch vor der nächsten Vereinigung der Provinzial-Landtage.

II. Die Reichsstände sollen ein Abschluß, die definitive Form der Verfassung jenseits der Provinzialstände sein.

III. Sie sollen durch die Provinzial-Landtage und zum großen Theile aus ihnen gebildet werden, mit gesichertem und würdigem Einflusse der Regierung, und dergestalt, daß man für ihre Berufung gar keine Volkswahlen nöthig hat.

Entwürfen über die Umgestaltung des Adels überhaupt, den er mit dem höheren Bürgerstand in eine Art Gentry zu verschmelzen nicht allein für wünschenswerth, sondern auch für möglich hält, — ebenfalls nach dem Muster von England. Er will sich mit dem Worte Landtag nicht begnügen; er verlangt Reichsstände, in zwei Häuser getheilt, ein Herrenhaus und ein Haus der Gemeinen. Noch eine andere Abweichung von den Plänen des Königs, bemerkenswerth, weil sie das Princip berührt — sie erinnert an eine Idee Hardenbergs —, findet sich in den Vorschlägen Bunsens: er will, daß die Provinzialstände die Wahlkörper bilden, nicht allein jedoch, um die Ausschüsse zu wählen, sondern auch noch andere Wahlen zu reichsständischer Thätigkeit zu vollziehen, bei denen sie nicht an ihre Körperschaft gebunden bleiben würden[1]).

IV. Die Bildung dieser Reichsstände soll als die einzige sich darbietende Gelegenheit benutzt werden, um die Stellung des königlichen Hauses hinsichtlich der Domänen besser und würdiger zu machen, und ebenso, um der Regierung, gegenüber dem höheren Beamtenstande, eine freiere Stellung zu geben, endlich um das conservative Element zu verstärken, einmal durch Bildung eines besonderen Herrenhauses, dann aber durch die Befestigung des ritterschaftlichen Besitzes in den Händen eines landsässigen Adels. Alles dies wird im Einberufungs-Patente als Grundgesetz festgestellt, über welches keine Berathung oder spätere Beschwerde zulässig ist.

V. Die Geistlichkeit bleibt gänzlich von den Ständen ausgeschieden, und ebenso werden die Stände von allen kirchlichen Angelegenheiten fern gehalten.

VI. Die Mitwirkung der Reichsstände soll beschränkt bleiben auf die Bewilligung neuer Steuern und die Anerkennung neuer Schulden, sowie auf die Gesetze, welche Personen und Eigenthum betreffen; endlich soll ihnen das Beschwerderecht zustehen.

VII. Die Regierung behält sich die Initiative für Gesetzesvorschläge vor.

VIII. Dagegen wird den Ständen das Recht der Vota, nicht bloß bei jenen finanziellen Verfügungen, sondern auch bei den Gesetzen gegeben, für welche (nach VI) ihre Mitwirkung stattfindet.

IX. Die Stände werden zum ersten Male zum 1. Mai 1845 und dann alle vier Jahre berufen. Wenn sie sitzen, fallen die Provinzial-Landtage weg, die also ins künftige immer zwischen zwei Sitzungen der Reichsstände zusammentreten.

1) In den „Schlußbetrachtungen“ heißt es: „Der Landtag wählt 12 Mitglieder in die Ausschüsse, was 96 Mitglieder giebt. Wir nehmen

Für die Abgeordneten forderte er unmittelbare Wahlen, weil das Volk diese nun einmal wünsche, jedoch nicht nach der Kopfzahl, noch nach einem Census, sondern in ständischer Gliederung; er denkt ein aristokratisches und zugleich volksthümliches Wahlsystem einzurichten, so daß Alles zugleich an Festigkeit und Freiheit gewinne[1]).

Indem Bunsen die Idee des Königs acceptirte, drängte er doch, erfüllt von der Anschauung des parlamentarischen Lebens in England, aus dem Gedankenkreise, in dem sich derselbe bewegte, wieder hinaus. Mit diesen Entwürfen aber machte er in Berlin kein Glück. Die letzten Vorschläge sandte er durch den mit der Verfassungs-Angelegenheit vorzugsweise betrauten Minister Bodelschwingh ein; der aber fügte die Bemerkung hinzu, daß er dieselben unpraktisch finde.

Es war in den Tagen der brennenden Erwägung über die größte Frage, die dem preußischen Staate vorgelegt werden konnte, daß der König (26. Juli 1844), indem er das Schloß zu Berlin verlassen wollte, von einem Mordanfalle heimgesucht wurde, der mehr aus persönlichen als aus politischen Motiven hervorging. Der Thäter dachte, sich zugleich durch den Mord des Fürsten, der seine hohe Stellung noch in ihrem vollen Glanze einnahm, aber schon nicht mehr beliebt genannt werden konnte, einen herostratischen Ruf zu gründen.

Man weiß, welche Wirkung einmal die Bomben Orsini's auf einen mächtigen Herrscher ausgeübt haben; an Friedrich Wilhelm glitt das Ereigniß ab, wie die Kugel selbst. Er sprach aus: Er werde nach wie vor seinen Kopf in den Schooß eines jeden seiner Unterthanen legen.

„Nun merke ich", schrieb ihm Bunsen, der indeß nach England

---

an, daß diese Zahl für die Wahl aus dem eigenen Schooße gelte, nur so, daß die Ersatzmänner mitgewählt werden können. Diese Wahlen erfolgen von dem gesammten Landtage, nach dem verfassungsmäßigen Verhältnisse der Vertretung der drei Stände. Man lasse jeden Landtag außerdem noch sechs Abgeordnete wählen, frei aus der Provinz, ohne Rücksicht auf Besitz und Besteuerung, aber aus den Beamteten, dem Ritter- und Bürgerstande nach freieren Verhältnissen."

1) Die Zusammensetzung des ständischen Hauses der Abgeordneten. Nachtrag zu der Denkschrift vom Junius 1844, London, Januar 1845.

zurückgekehrt war, mit den Worten des Psalters, „daß der HErr seinem Gesalbten hilft."

Der König antwortet:

Erdmannsdorf, 20. August 1844.

„Ueber das Attentat reden Sie wie ein Freund und ein Christ. Das lohne Ihnen Gott. Er wendet, so scheint es, was menschlicher Fluch erdacht, zu reichem himmlischen Seegen. Also sey es! — Die Rettung würde ich für ein Wunder halten, würdig, denen der heiligen Schrift an die Seite gestellt zu werden, wäre ich nicht der Gegenstand desselben. Die Kugel, auf kaum ein Fuß weit abgeschossen, zerriß alle Kleidungsstücke. Ich aber habe auch nicht das Allerleiseste gefühlt, und die Kugel ist machtlos von dem Brustbein in den Wagen gerollt!!! Verstummen und anbeten ist meine Loosung."

Wie vertrauensvoll das Verhältniß zu Bunsen noch war, erkennt man aus den Worten, mit denen der König ihm in demselben Briefe empfiehlt, mit dem Prinzen von Preußen, der sich damals in England aufhielt, in innigen geistigen Verkehr zu treten.

„Tausend Liebes und Herzliches an Wilhelm. Sprechen Sie doch recht viel mit ihm. Politik, Kirche, Kunst — Jerusalem in Sonderheit. Ich habe ihn gebeten, auch seinerseits sich recht mit Ihnen auszusprechen. Es ist so gut und nothwendig"[1]).

Bunsen war glücklich, daß der Prinz das alte Verhältniß von 1822 wieder erneuerte.

An seinen Ideen über die Verfassung hielt der König unerschütterlich fest, obwohl er wußte, daß sein Verfahren mit den allgemeinen Wünschen nicht im Einklang stand.

Bezeichnend in dieser Hinsicht ist ein Gespräch, das er im

---

1) Der Brief ist aus einer von Bunsen an seine Gemahlin geschickten Abschrift in dem Leben Bunsens von Nippold Bd. II. S. 272 bereits abgedruckt.

August 1845 in Brühl mit Lord Aberdeen hatte[1]). Er sprach von seinem Vorhaben, die Provinzialstände zu einer allgemeinen Versammlung zu vereinigen, ohne deren Genehmigung weder die Steuern erhöht, noch Anleihen gemacht werden sollten. Aberdeen fragte ihn, ob das Volk dadurch befriedigt werden würde. Der König sagte: gewiß nicht; aber das lasse sich in dieser Zeit überhaupt nicht erreichen. Er betonte den Gegensatz, in dem er zu den Ideen von 1789 sei und bleibe, äußerte aber die Hoffnung, daß sich auf der Grundlage, die er gebe, in Zukunft eine Verfassung ähnlich der englischen entwickeln werde.

Bunsen hat der damaligen Zusammenkunft beigewohnt. Bei dieser Gelegenheit ist er auf seinen Wunsch zum wirklichen Geheimrath ernannt worden. Der König behandelte ihn fortwährend mit der gewohnten Gnade; über die wichtigste Angelegenheit, die der Verfassung, hat er aber nicht mit ihm gesprochen. Auch in Sanssouci, wohin Bunsen beschieden worden war, redete man nur von kirchlichen Dingen, nicht von der Verfassung. In dem Briefwechsel findet sich darüber weniger, als man erwarten sollte, dann aber doch die eine oder die andere Aeußerung, in welcher die Idee des Königs deutlicher als sonstwo ausgesprochen ist. Als Bunsen in einem seiner Briefe der Verfassungs-Angelegenheit nochmals gedachte, nicht ohne einige Bedenken zu äußern, antwortete ihm der König:

„Ihre beredten Worte des Bedenkens in den ständischen Angelegenheiten sind einer doppelten Deutung fähig; und Sie müssen mir sagen, welche die richtige ist. Ich habe bei erster Lesung derselben sie so gedeutet, als warnten Sie mich davor, meinen Plan auszuführen, der da besteht 1) in der großen, **nicht periodischen** Versammlung der Landtage mit einem kräftigen Herrenstande, ausgestattet mit den wichtigsten Vorrechten **teutscher Stände**, namentlich **Bewilligung** der directen Steuern (über den status quo hinaus) und neuer Anleihen ꝛc., und 2) in der periodisch gewissen Einberufung der Ausschußtage mit berathender Stimme und so, daß der **Große Landtag** nur die wichtigsten Epochen des Staatslebens bezeichnen soll, während die **Ausschuß**-

1) Die Aufzeichnung Bunsens, aus der wir es kennen, findet sich in der deutschen Ausgabe seines Lebens II, S. 387 ff.

tage ruhig ihres Weges (alle zwei Jahre mit den Provinzial-Landtagen abwechselnd) gehen und sich mit den gewöhnlichen **allgemeinen Gegenständen** beschäftigen sollen, wozu speciell vierjährige Budgets gehören. — Also warnen Sie mich davor, weil Sie meinen, dies würde keine Parthey befriedigen, während Sie mich, beredt schweigend, darauf aufmerksam machen, daß eine Verfassungs-Urkunde, zwei Kammern, periodische Sitzungen, Votum decisivum, mehr oder weniger alle Partheyen vereinigen werden. Das ist die erste und zwar meine Auslegung jener Stellen Ihres Briefes. Ein sehr sicherer und lieber Freund (Einer von dreien, die Ihren Brief sehen werden)[1]) versteht die Stelle anders. Er meint, Sie fürchten, Metternichs und Aberdeens Ansicht habe bey mir gesiegt, und ich wollte jetzt gar Nichts thun, und Sie finden das nun höchst beklagenswerth. Das wäre es wahrlich auch im höchsten Grade[2]). Wer hat Recht? Sagen Sie mir! Mit treuer Freundschaft F. W."

Um den Entschluß des Königs zu würdigen, muß man sich die verschiedenen Rücksichten vergegenwärtigen, die ihm seine Stellung auflegte. Er hielt daran fest, daß die Macht der Krone ungeschmälert bleiben müsse. So forderten seine Brüder, seine Minister. Und dennoch sollten die Institutionen, die er geben wollte, wahre ständische Rechte ins Leben zurückrufen. Die beiden nächsten continentalen Verbündeten waren mit seinem Vorhaben nicht einverstanden, — Oesterreich, weil auch dann, wenn die beabsichtigten Beschränkungen angeordnet würden, beinahe unmöglich sei, sie festzuhalten: Preußen würde sich doch zuletzt den constitutionellen Bewegungen anschließen. Noch entschiedener war der Kaiser von Rußland dagegen. Vollkommen in dem System der alten Allianz lebend, hätte Friedrich Wilhelm IV. der Besorgniß Raum geben können, sie selbst durch seine dem Zeitgeist, wie er wußte, gleichwohl nicht entsprechenden Institutionen zu erschüttern. Aber er rechnete darauf, daß Rußland in kurzem und Oesterreich nach einiger Zeit sich beruhigen werde. Eben

---

1) Wahrscheinlich sollten die beiden Anderen ihn erst zu Gesicht bekommen.

2) Dieser Satz ist nachträglich von dem König zugeschrieben worden.

deshalb sprach er mit Lord Aberdeen, um ihn zu überzeugen, daß durch sein Vorhaben das alte System der Allianz nicht gefährdet werde, und um ihn von einer weiteren Annäherung an Frankreich abzuhalten. Europa beschäftigte sich bereits mit der Frage, was in Frankreich geschehen könne, wenn Louis Philipp nicht mehr sei. In England, wo man damals im Allgemeinen noch für diesen Fürsten war, meinte man die dann zu erwartende Regentschaft im voraus unterstützen zu müssen und hätte auch Preußen dafür zu gewinnen gewünscht. Auch Bunsen hielt für Preußen eine Annäherung an das Haus Orleans für rathsam[1]). Der König war jedoch nicht dahin zu bringen; er wollte sich weder in seiner äußeren, noch in seiner inneren Politik dem Julikönigthum zugesellen. Es war dergestalt ein Act politischer Selbständigkeit nach allen Seiten hin, als der König dazu schritt, seine Idee von einer ständischen Centralverfassung durch die Berufung eines allgemeinen Landtages zu realisiren. Dem definitiven Beschluß gingen noch mannigfaltige und specielle Erwägungen voran. Man erinnerte: wenn es jemals zu einer Auflösung des vereinigten Landtages kommen sollte, so würde dies eine allgemeine Zerrüttung der ständischen Verhältnisse zur Folge haben. Andere zweifelten, ob den Ständen ein Steuerbewilligungsrecht zuzuerkennen sei, da das die Sphäre der monarchischen Gewalt höchlich beeinträchtigen würde. Und sei es nicht sehr möglich, daß sich in den vereinigten Ständen ein Widerspruch gegen die preußische Wehrverfassung entwickele, auf der doch die Machtstellung des Staates beruhe? Könne nicht die Verfassung, die man ihnen gebe, auch von ihnen wieder zertrümmert werden? Wie solle das Verhältniß des Herrenstandes, der in einer besonderen Curie auftrat, zu der Gesammtheit der übrigen Stände sich gestalten? Alledem trat die Ueberzeugung entgegen, daß etwas geschehen müsse, daß die gefaßten Entwürfe gesetzlich, natürlich und einer ferneren Entwickelung fähig seien. Vor der Autorität des Königs, der es wollte, verstummten allmählig alle Widersprüche. Das Patent vom 3. Februar 1847 wurde erlassen und die Versammlung zwei Monate später mit jener Rede eröffnet, die als die letzte große Manifestation des mit dem Ständewesen verbundenen Königthums betrachtet werden kann. Friedrich Wilhelm IV. erklärt darin, daß er den Herren eine dem deutschen Begriffe von dem Herrenstande entsprechende Stellung zurück-

1) Schreiben vom 28. Juli 1846.

gebe; er fordert den Ritterstand auf, sich wie von jeher um das Banner der Hohenzollern zu schaaren, — die Bürger, die Intelligenz, deren sie sich rühmen, in Verbindung mit Religion und Sittlichkeit zu entwickeln, — die Landgemeinden, im Kriege wie im Frieden mit Gott für König und Vaterland zu streiten; ihre Rechte sollen sie wahrnehmen, aber keinen Schulmeinungen folgen; das natürliche Verhältniß zwischen Fürst und Volk will er herstellen, aber keine Constitution geben im Sinne der Zeit: denn wechselnden Majoritäten könne sich das preußische Königthum nicht unterwerfen. Friedrich Wilhelm IV. meinte in der Mitte zwischen bureaukratischem Imperatorenthum und demokratischen Volksrepräsentationen den altgermanischen monarchisch-ständischen Staat wiederherzustellen, in welchem die wahre Freiheit sei — zur Ehre Gottes, dem allein Er und sein Haus diene; des Guten, das aus seinem Vorhaben entspringe, werde sich das gesammte Deutschland zu erfreuen haben. In der Rede erscheint die Summe der Ideen Friedrich Wilhelms IV. Man darf ihm vielleicht den Vorwurf machen, daß er den aus der Revolution entsprungenen Tendenzen, denen doch auch vermöge ihrer ungeheuren Wiksamkeit eine historische Geltung zukommt, zu wenig Rechnung trug; aber eben dieser Wirksamkeit und ihrem Fortschritt wollte er begegnen. Wenn einst die Verordnung von 1815 als ein Moment in dem Kriege gegen Napoleon I., dem man Constitutionen entgegensetzte, erschienen war, so hatte sich seitdem mit diesem Worte die vornehmste Feindseligkeit verbunden, welche die legitime Gewalt in den damals errungenen Stellungen bedrohte. An der Legitimität festhaltend, faßte Friedrich Wilhelm IV. doch den Entschluß, von der ihm zustehenden unbeschränkten Gewalt einen Theil aufzugeben, jedoch nicht im Sinne der revolutionären Tendenzen, die er von Grund seiner Seele haßte. Er wollte den Repräsentativ-Verfassungen eine andere von ständischer Natur zur Seite stellen, auf Grundlagen, die er als schon vorhanden betrachtete, so daß nur eine Zusammenfassung und Vollendung derselben erforderlich sei. In dem Königthum sah er eine göttliche Institution: von Gott trage er seine Krone zu Lehen; nur Dem sei er verantwortlich. Im Namen der göttlichen Ordnung forderte er Gehorsam und Unterordnung. Die ständischen Rechte wollte er herstellen, jedoch nur insoweit, als sie die höchste Autorität nicht verletzten. Denn man möge nur um sich sehen in der Welt: von allen mächtigen Staaten sei der preußische derjenige, der am meisten auf die Führung durch Einen Willen angewiesen sei. Die höchste Gewalt ließ er auch in Beziehung auf die

Kirche nicht fallen: denn durch die Ereignisse selbst seien die kirchlichen Rechte seiner Krone zugewachsen. Aber er dachte sie nach dem Vorbilde der ältesten Zeit zu organisiren; von den Ständen unabhängig sollte der kirchliche Organismus ihn umgeben, wie die ständische Verfassung selbst. Seine letzte Absicht war immer, Recht und Gerechtigkeit zu wahren und zugleich Christenthum und Religion zu fördern. Darauf beruhte sein Gedanke von dem christlich-germanischen Staat: denn auf die Religion und ihre die ganze Menschheit umfassenden Lehren seien alle Staaten gegründet, besonders die germanischen. Deren Einrichtungen wurden ihm vornehmlich dadurch werth, weil sie die Idee gegenseitiger Treue und Verpflichtung zwischen Fürst und Volk in sich trugen; er erblickte darin eine öffentliche Ordnung moralischen und religiösen Inhalts, in der Freiheit und Monarchie, Kirche und Staat vereinigt seien.

Mit diesen Ueberzeugungen, Gefühlen und Ansichten stand Friedrich Wilhelm IV. einer Welt gegenüber, in der eine ganz andere Sinnesweise in beiderlei Direction, der geistlichen wie der weltlichen, die Oberhand hatte.

Bunsen war mit dem Patent vom 3. Februar sehr einverstanden. In einem seiner Briefe[1]) heißt es darüber:

„Ew. Majestät haben durch die große That vom 3. Februar vieler treuen Diener und Unterthanen, auch vieler Verehrer in anderen Ländern heißes Gebet zur Erfüllung gebracht. Niemand aber gewiß dankt Gott inbrünstiger dafür, als ich, und schwerlich wünscht irgend Jemand aufrichtiger Ew. Majestät Glück zu dem großen Schritt. Ich freue mich der That an sich unbedingt, des Gethanen großentheils."

Vor allem erschien Bunsen eine weitere Ausbildung der dem Herrenstande gegebenen Stellung zu einem förmlichen Oberhause wünschenswerth. Auch die Rede des Königs begrüßte er mit hoher Freude. Er sagt[2]), er habe sie nicht bloß gelesen, sondern auch gehört:

„Ich habe Friedrich Wilhelm den Vierten dabei gesehen, mit Bewunderung und mit Rührung. Welch ein Augenblick in der Geschichte, und welch eine Rede!"

Der König schrieb ihm über dieselbe:

---

1) Schreiben London, 29. Februar 1847.
2) Schreiben London, 20. April 1847.

„Ich habe den vereinigten Landtag eröffnet. Meine Rede wird im Auslande von Freund und Feind mißverstanden werden. Ich fühle das. Ich konnte aber nicht anders — denn ich weiß, daß die Sechshundert vor mir mich verstanden haben, und das ist die Hauptsache. Jetzt müssen sich Freund und Feind scheiden, und nur so ist zu regieren. Sie werden bei Lesung der Rede es verstehen, daß ich Muth habe und daß ich Muth zeigen wollte und mußte unter so exceptionellen Umständen als die unsrigen. Ich freue mich im voraus auf Punch. Denen, die mich etwa als Verfassungshasser antasten, sagen Sie die lautere Wahrheit [1])."

Nicht eigentlich auf das, was diese Worte andeuten, bezogen sich die Einwendungen, die man in England machte; sie betrafen das Verhältniß, in das sich der bisher so gut wie absolute König zu einer großen deliberirenden Landesversammlung gesetzt hatte; er werde sich, sagte man, schwerlich den unausbleiblichen Folgen einer freien Verfassung unterwerfen und namentlich es einmal bereuen, der Versammlung seine Minister nicht gleichsam als Schanzkörbe entgegengestellt zu haben. Man faßte dort den Uebergang von einer unumschränkten Monarchie zu einer parlamentarischen Verfassung ins Auge, ohne die besonderen Bestimmungen, unter denen das geschah, hoch anzuschlagen. Diese aber bildeten nun in dem vereinigten Landtag den nächsten Gegenstand der Erörterung. Die königliche Verordnung, auf deren Grund die Versammlung zusammentrat, erfuhr in derselben lebhafte Anfechtungen. Man wandte ein, daß sie mit dem Gesetz von 1820 doch nicht vollkommen übereinstimme. Man verlangte eine Declaration über das Verhältniß des Landtages zu den ständischen Ausschüssen und drang vor allem auf die Zusage einer periodisch wiederkehrenden Einberufung. In der Discussion wurden Meinungen geäußert, die dem Grundbegriff, von dem der König ausgegangen war, zuwiderliefen. Der König bemerkte jedoch, daß das nur von einer Fraction geschehe, nicht von der Majorität. Er zeigte sich geneigt zu weiteren ergänzenden Declarationen: denn für abgeschlossen halte er die neue Einrichtung keineswegs; sie sei bildungsfähig, nur ihre Grundlagen unantastbar. Er hielt sich überzeugt, daß er dieselbe behaupten und sein Verfassungswerk auf dem von ihm eingeschlagenen Wege vollenden werde. Ob ihm dies so, wie er es meinte, gelungen sein würde, wird immer streitig bleiben. Er hatte dem öffentlichen Geiste in Preußen eine neue

1) Schreiben vom 13. April 1847.

Arena eröffnet, in der der Liberalismus bereits zu Worte kam. Eine so zahlreiche Versammlung konnte es nicht geben, ohne daß die entgegengesetzten Tendenzen, welche die Welt beherrschten, darin auf einander getroffen wären. Alles aber hätte sich auf einer von der höchsten legitimen Gewalt durch freie Entschließung gegebenen Grundlage fortentwickelt. In diesem Augenblick wandte der König seine Aufmerksamkeit auch den allgemeinen deutschen Angelegenheiten zu. Wie in der Eröffnungsrede angedeutet wird, erwartete er, daß die große Neuerung, zu der er sich entschloß, auf dieselben eine vortheilhafte Rückwirkung ausüben werde.

Noch war alles, was in dieser Richtung versucht worden war, ohne nachhaltigen Erfolg geblieben.

Unmittelbar nach seiner Thronbesteigung war Friedrich Wilhelm durch die drohende Stellung, welche Frankreich bei Gelegenheit des orientalischen Streites nahm, auf eine kräftigere Gestaltung der deutschen Wehrverfassung zu dringen veranlaßt worden. Die Verhandlung wurde verschoben; als die Gefahr vorüber war, blieb Alles bei dem Alten. Im Jahre 1845 wurde die Sache in Stolzenfels zwischen Metternich und dem König auf's neue besprochen. Ein österreichischer Bevollmächtigter erschien in Berlin; aber die Berathungen hatten auch diesmal keinen Erfolg.

Einen anderen Gegenstand fortwährender Verhandlungen bildete die Emancipation der Presse. König Friedrich Wilhelm IV. war ganz dafür, in der Ueberzeugung, daß die öffentliche Stimme in der Presse gehört werde und, wenn man ihr freien Lauf lasse, sich seinen Tendenzen eher günstig erweisen dürfte als feindselig, Ein ernster Schritt zu einer systematischen Behandlung des Gegenstandes wurde im Januar 1843 dadurch behindert, daß man Bedenken trug, sich mit der Bundesgesetzgebung in Widerspruch zu setzen. Da Oesterreich nicht zu bewegen war, dafür mitzuwirken, so fand sich Friedrich Wilhelm im Juli 1846 veranlaßt, auf eigene Hand, was hiebei zum ersten Male geschah, hervorzutreten. Der Entwurf, den er vorlegte, schwankte noch zwischen Repressivsystem und Censur; denn diese zurücknehmen zu wollen, würde zu viel Anstand bei den kleinen Regierungen gefunden haben. Auch in dieser Beschränkung aber konnte die Sache nicht durchgeführt werden. Die Absicht wurde gefaßt, die große Frage dem vereinigten Landtage zur Berathung vorzulegen, das Nothwendige zunächst für Preußen allein festzusetzen und dann die anderen deutschen Staaten herbeizuziehen,

ein Schritt, der leicht zu einer Entzweiung mit Oesterreich hätte führen können.

Und was in einer Hinsicht geschehen wäre, würde auch für alles andere maßgebend geworden sein.

Im Spätjahr 1847 wurden dem Könige und zwar von England und durch Bunsens Vermittelung ein paar Entwürfe zugeschickt, die auf eine Umbildung der deutschen Verfassung unter der Führung Preußens zielten. Den Eindruck, den sie auf den König machten, die Schwierigkeit seiner Lage und seine Ansicht darüber erkennt man aus einem Schreiben vom 11. November 1847, das er an Bunsen richtete.

Mit dem einen der Entwürfe, dem von Prinz Albert stammenden, war der König nicht unzufrieden. Der Prinz ließ darin dem Bestreben, in gutem Vernehmen mit Oesterreich zu stehen, die Gerechtigkeit widerfahren, daß er es als ein gebotenes anerkannte. Er rieth nur dem Könige, sich darum nicht von selbständigem Handeln und Wirken abhalten zu lassen.

„Das hab' ich", sagt der König, „öfter im Kleinen und Großen bewiesen. Im Großen namentlich anno 40 und 47, und werde es, so Gott will, noch stärker anno 48. Seine Wünsche kommen im Wesentlichen ganz mit meinen Absichten überein. Nur nicht in zwei Dingen. Das Aufgeben von gewissen Souveränetäts-Rechten der teutschen Könige, Groß- und Klein-Herzoge, Fürsten und Fürstchen und Städten ist rein Erzeugniß des Sitzens am Tisch fern von Teutschland. Das thun nun die Herren einmal nicht. Für den Bund **sollten** sie es allerdings, für Preußen sollen sie es aber so wenig und noch weniger als für Oesterreich. Enfin c'est une Utopie inréalisable. Das andere Ding ist mein Anziehen des modernen Constitutionalismus. Als ächter Freund teutscher Freyheit und der Freyheit Teutschlands ist das aber unmöglich. In Preußen muß der König Feldhauptmann in Krieg und Frieden seyn, er wolle oder wolle nicht, oder er hört auf König von Preußen zu seyn."

Und wenn er in dem zweiten ihm mitgetheilten Rathschlag und Gutachten unter anderem aufgefordert wurde, sich an die Spitze des Fortschritts zu stellen, so ruft er aus: „Wahrlich, das will ich im Sinne Teutschlands, das Banner teutscher Unabhängigkeit, Ehre und Macht, das Banner der alten Rechts-Institutionen unseres teutschen Volkes, das Banner teutscher Freyheit, aber nicht das der liberalen Dummheiten, die gar nichts, nichts und noch

einmal **nichts** als ein kurzer Uebergangszustand in den Radicalismus sind."

Man sieht wohl, wie Alles aneinander schließt und miteinander innerlich zusammenhängt. Der König bietet zu den erforderlichen Umbildungen der Verfassung die Hand; aber er will sich dabei von der Vergangenheit und der Idee, die den preußischen Staat zu dem, was er war, gemacht hatte, nicht losreißen. So will er die alte Allianz mit den großen Mächten, namentlich mit Oesterreich, und das Bundesverhältniß mit den deutschen Staaten bewahren, aber doch aus dem alten einen neuen Zustand entwickeln. Er will dabei die conservative Idee, welche die Vergangenheit belebte, retten und den destructiven Tendenzen, welche Europa agitiren, nachhaltigen Widerstand entgegensetzen. Er ist zugleich in Opposition gegen das Verrottete im Alten und gegen die Neuerung, die sich gewaltsam und zerstörend durchzusetzen trachtet.

Da begegnete es ihm aber, daß die destructiven Elemente an einer Stelle, die ihn unmittelbar berührte, die Oberhand gewannen und selbst Unterstützung bei der großen Macht fanden, auf deren Bündniß er damals hauptsächlich zählte.

VI.

Neuenburger Verwickelung.

Es war an sich eine Anomalie in dem europäischen Gemeinwesen, daß das aus dem oranischen Erbe an Preußen gekommene und nach dem Sturz Napoleons ihm zurückgegebene Fürstenthum Neuenburg einen Canton der republikanischen Genossenschaft der Schweiz bildete. Das vornehmste Motiv für diese Festsetzung lag darin, daß Neuenburg, an sich eine wichtige militärische Position, durch eine enge Verbindung mit der Schweiz eine größere Sicherheit gegen einen Anfall von Frankreich her erlangen sollte; die Verbindung mit der Schweiz flößte keinerlei Besorgniß ein, da der Bundesvertrag von 1815, welcher im Gegensatz mit den von Napoleon als Mediator dictirten Verfassungen zu Stande kam, die Selbständigkeit der Cantone sorgfältig wahrte. Mit der Zeit aber stellte sich nun doch heraus, daß die allgemeinen Bewegungen in der republikanischen Schweiz auch auf den Canton, der ein Fürstenthum war, Einfluß gewannen. Die Julirevolution von 1830 brachte die inneren Gährungen in der Eidgenossenschaft zum Ausbruch. Die aristokratischen Regierungen wurden allenthalben gestürzt, bis die Umsturzbewegung auch Neuenburg erreichte; hier aber scheiterte sie. Die Veränderungen, die alsdann allerdings in der Bundesverfassung vorgenommen wurden, waren doch nicht so bedeutend, daß sie das Verhältniß Neuenburgs wesentlich umgewandelt hätten. Neuenburg, wo die altherkömmlichen Verfassungszustände in eigenthümlicher Gestaltung conservirt waren, blieb auch fortan, was es war, ohne darum jedoch einen eigentlichen Gegensatz gegen den liberalen Geist zu bilden, der in der Schweiz vorwaltete. Als Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1842 Neuenburg besuchte, wurde er mit Enthusiasmus daselbst begrüßt. Obgleich das Land keine besondere Bedeutung für

den preußischen Staat hatte, so freute sich doch der König dieses fernen Besitzes, der durch Erbe auf ihn gekommen war: er zeigte dem Lande die lebendigsten Sympathien. In der Schweiz erregte sein Erscheinen kein Mißtrauen; es machte nicht einmal viel Aufsehen.

Nun aber waren in der Eidgenossenschaft neue Veränderungen im Gange, welche die Cantone noch einen Schritt weiter führten, als der Liberalismus, durch welchen die Aristokratien gestürzt und ersetzt worden waren. Denn da man einmal die Volkssouveränetät auf die Fahne geschrieben hatte, unter der man die frühere Revolution durchführte, diese aber doch noch immer die Prärogativen der höheren Stände bestehen ließ, so folgte aus den Unzuständigkeiten der Verwaltungen wie von selbst, daß sich eine Partei erhob, die den Begriff des Volkes als des Souveräns zur vollen Geltung zu bringen den Anlauf nahm. Der Radicalismus verdrängte den Liberalismus; er nahm aber durch die religiöse Entzweiung, die zu Tage kommen mußte, sobald man von dem Herkömmlichen und Gesetzlichen absah, in den verschiedenen Cantonen einen sehr abweichenden Charakter an. Im Wallis und in Luzern wurde, weil die Gesammtheit der Bevölkerung eine katholische sei, die Sache des Katholicismus mit jenem Eifer ergriffen, der gewöhnlich dann entsteht, wenn das Gefühl des besonderen Selbst sich mit Glaubensmeinungen durchdringt. Die Jesuiten wurden berufen, die benachbarten katholischen Cantone schlossen sich an.

Dagegen gelangte eine dem entgegengesetzte Richtung im Aargau, wo die Katholiken zwar zahlreich, aber doch in der Minderheit waren, nach und nach zur Herrschaft. Man darf Anstand nehmen, sie protestantisch zu nennen; — nicht als ob der positive Protestantismus in der Schweiz bereits entwurzelt gewesen wäre: man weiß, daß er in Zürich bei der Berufung eines heterodoxen Professors zu ungewöhnlich starkem Ausdruck gekommen war, zugleich im Gegensatz gegen den Liberalismus, der als ungläubig galt. Allein die Bewegung konnte auch in Zürich ihre Farbe nicht behaupten. Im Aargau trat alles Andere hinter der Frage über das Bestehen der in dem Canton befindlichen klösterlichen Institute zurück: die Cantonalgewalt entschloß sich, zur Aufhebung derselben zu schreiten, ohne Rücksicht auf die entgegenstehenden, sehr ausdrücklichen Bestimmungen des zwölften Artikels der Bundesverfassung. Und bereits im Jahre 1843 kam es so weit, daß die Tagsatzung, statt diesem Verfahren mit Entschiedenheit entgegenzutreten, sich durch die Zu-

geständnisse befriedigen ließ, die Aargau, besonders in Bezug auf die Frauenklöster, bewilligte. Dem aber setzten sich Luzern und die mit ihm vereinigten katholischen Cantone eifrig entgegen. Sie bestritten der Tagsatzung die Befugniß, über eine so tiefgreifende, Recht und Religion betreffende Frage in Folge einer zufälligen und unbedeutenden Mehrheit entscheidende Beschlüsse zu fassen. Es blieb nicht lange bei dem Hader der Flugschriften und Zeitungen, der hierüber entbrannte. Zweimal nach einander wurde die Regierung von Luzern durch offenen Aufstand und durch den Zuzug von Freischaaren aus anderen Cantonen angegriffen, jedoch ohne Erfolg: die katholischen Regierungen wußten sich in ihren Cantonen zu behaupten. Um so heftiger wogte dann von der anderen Seite die Agitation gegen sie an. Zwei sehr verschiedene Fragen fielen dabei ineinander: die confessionelle und die constitutionelle. Denn der Radicalismus, der aus den inneren Zerwürfnissen der Cantone hervorgegangen war, suchte, um seiner Gegner auch anderwärts Meister zu werden, die Bundesgewalt zum Einschreiten gegen dieselben fortzureißen. An sich gerieth Neuenburg durch den Streit in nicht geringe Verlegenheit, da es weder katholisch, noch auch radical war. Von Berlin aus wurde die dortige Regierung ermahnt, alle Parteinahme zu vermeiden, — weder die Katholiken noch auch die Radicalen zu verletzen. Aber die Sache hatte jetzt noch eine andere Seite, an der man durch kein gemäßigtes Verhalten vorüberkommen konnte, — in wiefern sie das Verhältniß der Bundesgewalt zu den einzelnen Cantonen betraf. Ob ein Bund im Bunde gestattet sei, wie der Sonderbund, der sich um Luzern gruppirte, wurde nun die wichtigste Frage, um so mehr, da auf der Tagsatzung die radicale Partei beständig anwuchs. Jede in einem einzelnen Canton durchgeführte Revolution verstärkte sie; und schon war die Hälfte der Cantone, ihrer eilf, für den Radicalismus gewonnen, als eine Revolution, die in St. Gallen ausbrach, auch die zwölfte Stimme hinzufügte, so daß das Uebergewicht in der Tagsatzung der radicalen Partei zufiel. Ein durch energische Theilnahme an den bisherigen Bewegungen zu Ansehen gekommener Rechtsanwalt in Bern, Ochsenbein, einer der Führer der zurückgeschlagenen Freischaaren, gelangte zur Stelle des Präsidenten der Regierung in Bern, die ihm, sobald diese Stadt der Vorort wurde, was im Sommer 1847 geschah, das Präsidium auch in der Tagsatzung verschaffte. Jedermann sah eine Umwandlung in der Schweiz voraus.

Schon geriethen die europäischen Mächte darüber in Bewegung. In Oesterreich hielt man selbst aus religiöser Sympathie an der

Sache des Sonderbundes fest. Dahin neigte auch der protestantische Minister in Frankreich, Guizot. Er erinnerte daran, daß die Verfassung der Schweiz, welche die Cantonalsouveränetät zur Grundlage habe, von den großen Mächten garantirt worden sei; eine Veränderung derselben würde den allgemeinen Zustand von Europa alteriren und könne schon deshalb nicht ohne weiteres angenommen werden. Eben dies war der Standpunkt des Königs von Preußen, welcher nur unter Voraussetzung der Cantonalsouveränetät ein Mitglied des schweizerischen Bundes sein konnte. Aber der neue Präsident, der nur Rache gegen Luzern zu athmen schien, war nicht geneigt, Rücksicht auf die den Cantonen zugesicherte Souveränetät zu nehmen. Er sagte dies dem französischen Gesandten unumwunden: er bestand auf die Unabhängigkeit der Schweiz und ließ vernehmen, die Schweizer würden sie mit ihrem Herzblut vertheidigen[1]). Nur darauf kam es an, wie weit die radicale Mehrheit ihre Autorität über die Regierungen der einzelnen Cantone ausdehnen werde. Die Radicalen meinten: was die zwölf Stimmen, die ihnen gehörten, beschlössen, das sei Gesetz in der Schweiz. Und nicht lange trugen sie Bedenken, diesen Grundsatz auf die vorliegende Angelegenheit anzuwenden. In einem ersten Beschlusse verlangte die Tagsatzung die Auflösung des Sonderbundes, im zweiten die Entfernung der Jesuiten, welche die Natter seien, die, an den Busen der Eidgenossengeschaft gelegt, dieselbe zerstöre. Hiedurch ward den sieben Cantonen des Sonderbundes nur die Wahl zwischen Krieg und Unterwerfung gelassen. Vergeblich provocirten sie auf ihre cantonale Souveränetät und bezogen sich auf den Papst, der vielleicht bewogen werden könne, den Orden zurückzuziehen. Die Zwölfer-Majorität verwarf jede Auskunft. Noch mehr verwickelte sich hiedurch das Verhältniß von Neuenburg und der zwei Cantone Basel-Stadt und Inner-Rhoden, die sich ihm anschlossen, ohne Antheil an der religiösen Frage zu nehmen, wie denn Neuenburg seinen Protestantismus in den Vordergrund stellte; sie drangen darauf, daß die Cantonalsouveränetät aufrecht erhalten werden müsse. Da nun die sieben Cantone des Sonderbundes die Unterwerfung unter die Beschlüsse der Tagsatzung verweigerten und der Krieg unvermeidlich schien, so wurde auch Neuenburg aufgefordert, an demselben Theil zu nehmen; aber dort meinte man das ablehnen zu müssen: denn es würde abenteuerlich

---

1) Vergl. den Bericht des französischen Gesandten Monsieur de Boislecomte vom 4. Juli 1847 (Guizot Mém. VIII, S. 440.

sein, eine Meinung zu bekämpfen, von der man so oft und nachdrücklich erklärt habe, daß man sie theile. In die schwierigste Lage gerieth aber der König von Preußen als Fürst von Neuenburg. Man muthete dem Cantone Mitwirkung an einem Kriege an, den derselbe kraft seines eigensten territorialen Interesses mißbilligte. Die Autorität der Mehrheit, welche er nicht anerkannte, wurde gegen ihn geltend gemacht.

Von großer Bedeutung für die Sache erwies sich die so eben in dem Verhältniß der europäischen Mächte eintretende Abwandlung: das bisherige gute Vernehmen zwischen Frankreich und England, auf welchem das damalige politische System beruhte, löste sich um einer ganz anderen Sache willen, die wir aber doch berühren müssen, nach und nach auf.

Alle Jahrhunderte daher haben die Beziehungen zu Spanien auf das Verhältniß zwischen Frankreich und England entscheidend eingewirkt. Durch die Vereinigung beider Mächte war es zuletzt geschehen, daß das salische Gesetz, eine späte Introduction in Spanien, daselbst nicht zur Ausführung gelangte: die weibliche Erbfolge war nach dem älteren Gebrauch der Monarchie wiederhergestellt worden. Daraus entsprangen nun aber neue Schwierigkeiten. Denn wenn es darauf ankam, der jungen Königin Isabella II. einen Gemahl zu geben, so trat dabei wieder eine Differenz zwischen den beiden Mächten hervor. König Louis Philipp, zu dessen Grundsätzen es gehörte, keinen fremden Einfluß weder in Spanien, noch auch in der Schweiz zur Geltung kommen zu lassen, meinte doch auch nicht die Eifersucht Englands durch ein unzweifelhaftes Uebergewicht Frankreichs erregen zu dürfen. Er selbst war dagegen, einen seiner Söhne der jungen Königin zum Gemahl zu geben; aber noch weniger wäre es in seinem Sinne gewesen, wenn ein jüngerer Prinz aus dem Hause Coburg, wovon die Rede war, zum Gemahl Isabellas bestimmt worden wäre. Er hielt den Gedanken fest, daß ein Prinz aus dem Hause Bourbon, ein Nachkomme Philipps V., aus einer der Nebenlinien zum Gemahl der Königin bestimmt werden müsse. Bei einer Zusammenkunft zwischen der Königin von England und dem Könige von Frankreich in Eu im Jahre 1845 ging die englische Regierung darauf ein. Sie wollte es selbst geschehen lassen, daß der jüngste Sohn des Königs von Frankreich mit der jüngeren Schwester Isabellas vermählt wurde, vorausgesetzt, daß es erst geschehe oder auch definitiv beschlossen werde, wenn aus der ersten Ehe Nachkommenschaft entsprungen sei. Nicht allein die dynastischen Verhältnisse, son-

dern auch die constitutionellen Gegensätze in Spanien, der Streit zwischen den Moderados und den Progressisten, spielten hiebei eine Rolle. Die Königin-Mutter Maria Christine, auf die bei der Ausführung der Heirathspläne das Meiste ankam, führte die Regierung im Sinne der Moderados. Als nun aber im Sommer 1846 Lord Palmerston in das englische Ministerium trat, begann man in Spanien den Einfluß desselben zu Gunsten der Progressisten zu fürchten. Man hielt den Lord überdies für einen Gegner der Vermählungen, und da zugleich von der coburgischen Combination wiederholt die Rede war, so meinte man auch in Frankreich an die Verabredung von Eu nicht unbedingt gebunden zu sein. Durch ein Zusammentreffen der französischen Einwirkungen mit den eigenen, fast noch mehr politischen als dynastischen Besorgnissen wurde Maria Christine bewogen, von allem Verzug abzusehen und die simultane Verlobung der älteren ihrer Töchter, der Königin, mit dem französischen Candidaten, Don Francisco, Herzog von Cadix, und der jüngeren Infantin Luisa Ferdinanda mit dem jüngsten Sohne Louis Philipps, Herzog von Montpensier, auszusprechen. Die Vermählungen sind dann einige Wochen darauf zugleich vollzogen worden. Ein verhängnißvoller Act für Louis Philipp und ganz Europa. Der mächtige Lord, der den Scheinconstitutionalismus in Spanien wie in aller Welt zu verfolgen für seine eigenste Aufgabe hielt und in der rücksichtslosen Hast, mit welcher die Beschlüsse gefaßt wurden, eine persönliche Beleidigung sah, betrachtete fortan Louis Philipp und seine Minister als principielle Gegner. Er hatte dabei seine Königin und ihren Gemahl, die über den Bruch der ihnen gegebenen Versprechungen entrüstet waren, vollkommen auf seiner Seite; das nationale Selbstgefühl von England wurde dadurch gegen Louis Philipp aufgeregt, dem man eine unzulässige Fürsorge für seine Familie zum Vorwurf machte. Der Gegensatz der beiden großen Mächte des Westens entzündete sich wieder durch die Eifersucht einer jeden auf den überwiegenden Einfluß der anderen in der pyrenäischen Halbinsel, wie früher so oft. Das soviel gerühmte herzliche Einverständniß zwischen Frankreich und England verwandelte sich in Erkaltung und politischen Gegensatz.

Allenthalben machte sich dieser Wechsel fühlbar; am meisten bekam man ihn aber zunächst in der Schweiz zu empfinden[1]). Palmerston

1) Der achte Band der Memoiren von Guizot wird durch die darin mitgetheilten Auszüge aus der ministeriellen gesandtschaftlichen Correspondenz

erklärte sich entschieden für das Recht der Mehrheit der Tagsatzung, welches Frankreich mit ebenso großer Entschiedenheit verwarf. Die Gesinnung des englischen Ministers führte ihn dahin, daß er auch gegen Oesterreich, welches die Jesuiten schützte und jetzt mit Frankreich in gutem Vernehmen war, Partei nahm; er verfolgte die Einwirkungen der Metternich'schen Politik mit einer Art von Ingrimm. Wohl wurde nun, indem sich in der Schweiz Alles zu einem offenen Kampf anließ, noch einmal daran gedacht, den Ausbruch desselben durch eine formelle Dazwischenkunft der großen Mächte zu verhindern. Man sprach viel von der Berufung eines Congresses zu diesem Zwecke. Sollten aber die Höfe, das war die vorläufige Frage, überhaupt interveniren? In England war man gegen alle Intervention, weil eine solche das Princip der der Schweiz zugestandenen Neutralität verletzen würde. So aber verstand König Friedrich Wilhelm die Verträge von 1815 mit nichten; er wollte nicht zugeben, daß in der Schweiz vermöge der Neutralität das wohlerworbene Recht gebeugt werden dürfe. Er wollte Beschlüsse, die er ratificirt und durch sein Ansehen bestätigt hatte, in deren Gültigkeit er die Gewähr seines fortdauernden Ansehens sah, nicht durch den Sieg einer Partei, die er für grundverderblich hielt, außer Kraft setzen lassen. In der Hauptsache war er mit Guizot, der, wie er selbst, die in dem Aargau vorgegangenen Uebergriffe der Radicalen als Verletzungen des Eigenthums betrachtete und verwarf, einverstanden; aber er sträubte sich gegen eine Trennung von England; noch hoffte er, die Erklärung der Non-Intervention bei dieser Macht zu verhindern und durch die Autorität der großen Mächte eine friedliche Vermittelung der in der Schweiz streitenden Parteien mit Wahrung seines Rechtes hervorzurufen. Neuenburg schlug er zum Sitz des zu berufenden Congresses vor: denn dadurch werde der Canton gegen jede Gewaltthat gesichert sein; würde aber das Recht, zu interveniren, aufgegeben, so würde der Radicalismus der Schweiz vollkommen Herr und Meister werden.

Mit seinem natürlichen Feuer spricht er sich darüber in einem Schreiben an Bunsen aus, der die Unterhandlung zu führen hatte.

Dresden, 23. November 1847.

„Ich kann's Ihnen nicht schildern, theuerster Bunsen, welchen trüben Eindruck mir die letzten Englischen Anträge wegen der Schweiz

besonders werthvoll, namentlich für die Ereignisse in der Schweiz und in Spanien. Ueber die spanische Controverse vergl. Stockmar S. 412.

machen. Er entsteht aus dem Nachdenken über die zwei Punkte dieser Anträge:

1) Garantie der Non-Intervention.

2) Die Wahl von London zum Gesandten-Congreß.

Die völlige Nichtachtung meiner Lage zur und in der Schweitz durch mein heldenmüthiges, dem Gewissen, der Ehre und mir so treues Neuenburger Land ist vielleicht!?! natürlich. Tausendmal natürlicher ist es aber, daß ich das niemals vergesse. Ich darf es nicht vergessen. Neuenburg hat der Welt aus einem Sumpf von Schurkerey, Ehrlosigkeit, Feigheit und Terrorismus heraus eines der seltensten Schauspiele dargebothen. Wer Ehre im Leibe hat, athmet auf bei Neuenburgs Thun und Lassen, bei seiner Sprache auf der Tagsatzung, bei seinen hochherzigen Erklärungen. Ich habe meine Lage zu ihm reiflich und mit meinem Gewissen überlegt. Das Resultat davon war das Nachgeben an den einmüthigen Schrey des Landes. Ich habe meine unbestrittene und unbestreitbare Souveränetät wieder herausgekehrt als letztes Mittel, dem edlen Völkchen Schutz gegen die Gemeinschaft zu gewähren, zu der es leider!!! gehört. Fehlt mir aber die Hülfe der Großmächte, auf die ich und Neuenburg zählen, so ist mein feierlicher Bestätigungsact der herrlichen Neuenburger Beschlüsse und Erklärungen, meine Neutralitäts- und Inviolabilitäts-Erklärung des Landes ein Stich ins Wasser und ich bin compromittirt. Sagen Sie das Lord Palmerston und Lord John Russel im Vertrauen und setzen Sie hinzu: ich werde mich dahin wenden, **wo ich Schutz für Neuenburg fände**; denn ich sey auf keine meiner Unterthanen so stolz, als auf meine allertheuersten Neuenburger. Stimmen Oesterreich und Frankreich in die betrübenden Englischen Vorschläge ein, so thu' ich's natürlich auch. Dann aber erbitt' ich mir als einen Beweis persönlicher Achtung des Gouvernements der Königin für mich, daß sogleich erklärt werde, die spätheren Abmachungen (von denen in Ihrem Berichte die Rede ist) sollten in der Stadt Neuchatel Statt haben und zu dem Zweck werde schon jetzt meine Neutralitäts-Erklärung von Neuchatel von den Mächten bestätigt. Das fordere ich als Gerechtigkeit und als billige nothwendige Berücksichtigung meiner Lage. Oesterreich hat Neuchatel zum Congreßpunkt sehr zuvorkommend angenommen.

Erfahren die siegreichen Radicalen, daß die unbedingte Non-Intervention beschlossen, so wären sie rechte Esel, wenn sie sich nicht auf das hohe Pferd gegen die Mächte setzten. Lord Palmerston wird

die Satisfaction haben, sich ungestraft durch Ochsenbein insultiren zu lassen. Das Blut des Bürgerkrieges ist geflossen und man will in London??????! Conferenzen. Es erscheint mir als ein wirrer Traum. Dies ist der letzte Augenblick, den Radicalismus der Gottlosigkeit und Treulosigkeit zu behandeln, wie Gott und die Ehre es gebiethet. Kommt er jetzt siegreich durch in der Schweitz, so ergießt er sich langsam, aber sicher über Teutschland. Das ist so gewiß, als ich hier schreibe!!!

Sehen Sie zu, theuerster Bunsen, was Sie thun können für die gute Sache. Ich weiche nicht von dem Wege der Ehre und der Treue, davon Neuenburg ein so hochherziges Beyspiel giebt. Durch Freyburgs Fall und das Blutvergießen im Aargauer und Luzerner Lande stehen die Sachen so, daß ich nicht weiß, was ich denken soll, wenn England bei seinen Vorschlägen bleibt. Gott sei mit Ihren Worten und Ihrem Rath. Ich bin **tief betrübt**. Vale! F. W.

P. S. 23. Abends. Bellevue.

Hier, von Dresden zurückgekehrt, erfahre ich, daß Frankreich meinen Vorschlag wegen Neuchatel als Congreßpunkt genehmigt hat. Sie, bester Bunsen, wissen das natürlich auch schon in diesem Augenblick. Ich schreibe dieses Postscriptum nur, um Sie aufzufordern, dem Gouvernement der Königin Victoria begreiflich zu machen, daß ich diesen Augenblick als höchst wichtig und höchst erwünscht zugleich betrachte, um die Bande der Freundschaft und des herzlichen Einverständnisses mit England fester zu knüpfen. Das ist keine Redensart, sondern volle Wahrheit. Ich will mich zum Garant aufstellen, daß alle Ideen von Territorial-Zerstückelung der Schweitz, wie sie in Downing-Street gefürchtet worden sind, nichts Anderes als Seifenblasen sind. Aber ich bin bereit, mit England, sollte dasselbe es fordern, eine Convention einzugehen, kraft welcher alle solche Projecte bekämpft und erstickt, ja, besser gesagt, in ihrem Aussprechen unmöglich gemacht werden sollen. Mehr kann ich nicht thun. Ich glaube aber fest, daß es nicht Wenig ist; denn ich halte dafür, daß, wenn Großbritannien mit Preußen vereint so etwas ausspricht, jede Furcht davor ein Unding seyn muß."

Bei der Lage der europäischen Politik, die wir berührten, stand kaum zu erwarten, daß der König viel ausrichten würde. Dazu

kam aber noch eine andere Differenz in den allgemeinen Ansichten. Palmerston, der allenthalben den Liberalismus in der ganzen Schärfe seiner Ansprüche unterstützte, hatte doch keinen Begriff davon, daß neben demselben der Radicalismus auch eine Macht sei: die socialen Fragen, die emportauchten, hielt er für Annexe der politischen. Der König war von dem Gegentheil überzeugt; besonders machte ihm der bei den Socialisten und Radicalen herrschende Mangel an aller Religion, der sich sogar in positive Verwerfung derselben verwandelte, für die Zukunft der Welt bange, wenn sie irgendwo das Uebergewicht erlangen sollten. Es war nicht allein seine fürstliche und landesväterliche Beziehung zu Neuenburg, sondern die Besorgniß vor dem Ruin aller Ordnung, auf der die Welt beruhe, was seine Seele mit Schmerz erfüllte. Er sprach das gegen Bunsen auf das beredteste aus. Man wird seine starken Ausdrücke nicht mißdeuten; sie entstammen dem Gedanken, daß es hier einen Kampf zwischen dem bösen und dem guten Princip gelte.

Charlottenburg, 4. December 1847.

Wenn auch durch lastende Geschäfte in die Enge getrieben, ergreife ich einige freie Minuten, um Ihnen in wenigen Worten den Kern dessen auszusprechen, was mich in der schweitzer Angelegenheit so zu handeln, so zu sprechen bewegt, wie ich jetzt gehandelt und gesprochen habe und es thun werde, bis ich es deutlich erkenne, daß Gott der HErr die Machthaber von Europa einmal wieder in ihrer Thorheit dahingiebt oder bis ich — was Gott geben wolle! — das Gegentheil erkenne. In der Schweitz handelt's sich für uns, für die Großmächte, ganz und gar nicht um Recht oder Unrecht in der Eidgenossenschaft, gar nicht um Jesuiten und Protestanten, gar nicht um die Frage, ob die Verfassung von 15 von Diesen und Jenen gefährdet oder falsch interpretirt wird, gar nicht um Verhütung des Bürgerkrieges an sich —, sondern allein darum: ob die Seuche des Radicalismus, das heißt einer Secte, welche wissentlich vom Christenthum, von Gott, von jedem Rechte, das besteht, von göttlichen und menschlichen Gesetzen abgefallen, los und ledig ist, ob diese Secte die Herrschaft in der Schweitz durch Mord, Blut und Thränen erringen und **so ganz Europa gefährden soll** oder nicht. Dieser mein Gedanke muß der Ihrige, der „Aller meiner Organe bei den Großmächten" seyn, wenn Sie und diese wirksam

seyn sollen, für mich und nach meinem Willen handeln können [1]. Für mich ist es jedes Beweises entbehrlich, daß der Sieg der gott- und rechtlosen Secte, deren Anhang sich mit jedem Tage (wie der Koth auf der Gasse beim Regen) und namentlich in Teutschland und Teutschlands Städten mehrt, daß dieser Sieg — sag' ich — einen mächtigen Heerd des Verderbens für Teutschland, Italien, Frankreich abgeben wird, einen Heerd der Ansteckung, dessen Wirksamkeit unberechenbar und erschrecklich seyn wird; **darum** halte ich das feste Vorhaben und Bestehen auf der Non-Intervention für eine Quatschheit, ja geradezu für dasselbe, was das Seegelstreichen vor dem Seetreffen, das Capituliren vor der Berennung ist. Es ist nichts Anderes, als das Gefaßtseynwollen auf eine Ohrfeige bei einer Einmischung in einen Streit ist. Daß das Englische Cabinet die Lage der Dinge nicht von der Seite der Gefährdung des Rechts-Bestandes von Europa auffaßt, ist klar; — ob Sie, theuerster Bunsen, es auffassen, wie ich es auffasse, ist mir **nicht klar.** Darum schreibe ich Ihnen. Denn so wie ich müssen Sie es auffassen und demgemäß mit heiligem Feuer handeln, reden, rathen und nicht ruhen, so lang' es noch geht. Ich will die Rechenschaft des Verderbens, welches aus dem eingeschlagenen unklaren Wege entspringen muß, nicht auf **mein** Haupt laden. Von mir muß ich sagen können: Dixi et salvavi animam meam! Wie Eigennutz, Kleinherzigkeit, Blindheit die Mächte dahin trieb, vor sechzig Jahren die französische Revolution, vor fünfzig Jahren Napoleon wachsen zu lassen, so lassen sie jetzt die furchtbare Geburt Beider wieder wachsen. Alles, was ich thue und lasse in der Schweitzersache, hat seinen Ursprung aus dem Grund meiner Ueberzeugung, die ich Ihnen, wackerer Freund, jetzt aufgedeckt habe. Daß mein redliches Gefühl für mein geliebtes, heldenmüthig-treues und ehrenhaftes Neuenburg hier eine Rolle spielt, die in den Gang meiner Gedanken und Handlungen ganz vollkommen hineinpaßt und meine Stellung der schweitzer Frage gegenüber nicht um eines Haaresbreite verrücken, ja sie nur fördern kann, ist vollkommen klar. Die Verlegung der Conferenz in die Stadt Neuchatel rettet Stadt und Land von dem, durch den terroristischen Radicalismus ihr geschworenen Umsturz, rettet es allein gewiß vor Mord, Profanation und Schreckensherrschaft, welche das Freyburger und Luzerner Land jetzt erfüllen,

---

1) Die Construction würde vor den Worten „für mich" erfordern: „vorausgesetzt, daß sie" oder eine ähnliche Wendung.

Gräuel, die zum Himmel schreien! — Sagen Sie Lord Palmerston, Lord John Russel, dem herrlichen Peel, dem Prinzen, ja der Königinn, wenn sich's irgend schicken will, daß ich nicht zum Spott und Spaß Fürst von Neuenburg sey, daß der Muth seines Volkes und seiner Behörden mich in meinem Gewissen verpflichtet, für dies tugendhafte, fromme und treue Ländchen auch muthig und als sein Fürst und Schutzherr aufzutreten, daß aber nur das Zusammenwirken der Mächte für die ehrliebenden Schweitzer und wider die ehrlosen **mich vor Compromittirung** und mein Neuenburger Land vor dem Verderben der Gottlosigkeit retten könne. Darum werde ich alles, was in diesem Sinne von Her Majesty's Government geschehen wird, als mit aus **persönlicher Rücksicht für mich**, den treusten Alliirten Großbritanniens, geschehen, dankbar anerkennen. Sprechen Sie das mit der ganzen Wärme Ihres Gemüthes aus, theuerster Bunsen. Sie erwerben sich Gottes Lohn, und meine Bande mit England werden immer fester und inniger werden. Das ist gewiß, so gewiß, als Ihnen die Consequenzen des Gegentheils einleuchten.

Und nun Glück auf den Weg und Gott befohlen! Gott steht dem Muthigen bey. — Friedrich Wilhelm.

Indem der König dies schrieb, noch immer in der Hoffnung, daß die alte Ordnung der Dinge in der Schweiz aufrecht erhalten werden könne, war dort bereits Alles entschieden. Die an sich unbezweifelte Ueberlegenheit der Tagsatzung und ihrer Truppen wurde durch geschickte und umsichtige Führung verstärkt. In wenigen Wochen war der Sonderbund vollkommen niedergeworfen, ohne großen Aufwand von Kräften. Man hat die Schüsse gezählt, die aus den sieben Batterien, die zum Feuern gekommen, abgegangen waren; — es sind ihrer im Ganzen 378 gewesen. Aber die Regierungen der Cantone hatten selbst den Muth ihrer Sache nicht mehr. Sie unterwarfen die streitigen Fragen der Entscheidung der Tagsatzung. Weit über alles hinaus, was durch Verhandlung hätte festgesetzt werden können, stieg nun die Macht der Tagsatzung durch die Thatsachen empor. Nicht allein wurden die Jesuiten verjagt, sondern allenthalben die Verfassungen geändert, und zwar im Sinne der siegreichen Mehrheit der Tagsatzung, mit Unterstützung der Militärgewalt, im Widerspruch mit den Meinungen und den Wünschen des größten Theiles der Bevölkerung in den überwundenen Cantonen. Erst in dem Augenblicke, als die Hauptschläge gefallen waren, wurde die Neutralitätserklärung

für Neuenburg durch den preußischen Gesandten bei der Tagsatzung überreicht. Sie war unter ganz andern Umständen geschrieben, als die, unter denen sie ausgehändigt wurde; nothwendig betraf sie der Rückschlag, den vollendete Ereignisse ausüben, so daß sie einen ihrer Absicht entgegengesetzten Eindruck hervorbrachte. Die Tagsatzung hatte nun vollends keinen Zweifel daran, daß sie berechtigt gewesen sei, Neuenburg zur Theilnahme am Kriege gegen den Sonderbund aufzufordern, und legte dem Canton dafür eine ansehnliche Geldbuße auf.

Wie tief mußte dies den König verletzen und schmerzen! Er betrachtete sein Fürstenthum als ein ihm durch die gesammten europäischen Mächte garantirtes Erbtheil, dem die Souveränetät des Cantons erst Wesen und Wirklichkeit verleihe. Er fuhr fort, vor allem den Beistand Englands gegen die Ungebühr, welche ihm durch die Tagsatzung zugefügt wurde, in Anspruch zu nehmen.

Bunsen hatte sich bemüht, die eigenthümliche Lage von Neuenburg den englischen Ministern zur Anschauung zu bringen, und das Recht des Königs in dieser Sache betont; aber in dem allgemeinen Urtheil über die obwaltenden Schwierigkeiten schloß er sich doch mehr der englischen Ansicht an und war offenherzig genug, dies dem König nicht zu verhehlen. Friedrich Wilhelm IV. ließ sich darüber mit ihm in eine ausführliche Discussion ein, die, wie die Angelegenheit selbst, zwei verschiedene Seiten darbietet. Die eine ist die staatsrechtliche Beziehung des Landes zu der preußischen Krone und sein zu Recht bestehendes Verhältniß zu der schweizerischen Bundesverfassung. Die zweite betrifft die unmittelbar vorliegende Erhebung der Zwölfer-Majorität in der Tagsatzung und die Bedeutung, die der in derselben erscheinende Radicalismus überhaupt habe. Es sei uns gestattet, die beiden Seiten, obwohl sie genau zusammenhängen, zu trennen. Wir theilen zuerst die auf die staatsrechtlichen Verhältnisse bezüglichen Stellen mit.

„Sie geben“, schreibt der König an Bunsen[1]), „dem englischen Cabinet Recht, daß dasselbe unbedingt gegen jede bewaffnete Intervention in der Schweitz ist. Denn, sagen Sie, dies ist 1) der Schweitzer Eidgenossenschaft zugesichert, die Non-Intervention ist das droit acquis der Schweitz; 2) die Verletzung ihrer Jungferschaft (der neuen natürlich, der sich von den Besuchen der französischen Revolution, Napoleon's, Suwarof's ꝛc. erholt habenden Jungferschaft) würde

1) Schreiben vom 8. December 1847.

zum Polonisiren der Schweiz führen, 3) Frankreich zu ihrem siegreichen Nothzüchtiger machen. — — — Jetzt von Neuenburg. Sie, theuerster Bunsen, haben Neuenburgs Lage zur Eidgenossenschaft, sein Recht, eine Kriegs-Erklärung Kraft der Bundesacte nur bey dreiviertel der Stimmen anerkennen zu müssen, meisterhaft aufgefaßt. Dafür sag' ich Ihnen Lob und für die geistreiche Vertheidigung Lord Palmerston gegenüber meinen herzlichen Dank. Noch inniger aber für Sir Stratford Cannings Sendung über Neuchatel. Gott gebe seinen Seegen dazu! Mein persönliches Verhältniß scheint mir aber aus Ihrem Memoire und Ihrem Gespräch mit dem Ersten Staats-secretär nicht so klar hervorzugehen, nicht so verbindlich, so verpflichtend, als es wirklich ist. Wohl mag es auf einen Liberalen, einen Whig einen bestechenden Eindruck machen, wenn man erfährt, daß sich das Volk dieses Ländchens aus freyer Wahl an unser Haus gegeben hat. Die **Ursache** dieser Uebergabe aber möchte dem Whig nicht so wohlriechend seyn, als dem Tory und dem Manne des guten Rechtes. Neuenburg und Vallendis nahmen Friedrich I. zu ihrem Herrn an, weil das Land ein Lehen von Orange war. Der Tod der letzten Fürstin Madame de Nemours-Longueville hatte das Lehen eröffnet. Durch die Erbschaft von König Wilhelm III. von England, des letzten legitimen Prinzen von Oranien aus dem alten Hause Nassau, war aber Friedrich I. legitimer Prinz von Oranien geworden, gleichviel ob Ludwig XIV. Orange gewaltthätig weggenommen oder nicht. Neuenburg gab sich also dem legitimen Prinzen von Oranien, an welchen das Land als eröffnetes Lehen heimgefallen war. Cela sent le moyen âge à quarante lieues. Dennoch goûtirt Sir Robert Peel die Geschichte vielleicht, weil er den Sinn eines Herzogs und das Herz eines Bürgers hat. Doch das alles ist eine recht unnütze Digression. Reden wir von meinem Verhältniß. Als der hochseelige König sein Fürstenthum der Schweiz als Canton mit allen Rechten und Pflichten gesellte, als ich bey der Huldigung des Landes dies Verhältniß bestätigte, haben weder der König, noch ich damit gemeint, meinen können, ja meinen dürfen, unser Fürstenthum über das herrliche, treue Ländchen zu **abdiciren**, fortan uns zum Spaß, pro forma, pour rire „souverainer Fürst von Neuenburg und Vallendis" zu schreiben. Das durch die „Annahme unseres Hauses zu seinem Fürsten" gestiftete Verhältniß ist das ältere, das wahrere und tiefere im Lande, dem Rechte nach sowohl, als dem Gefühl des Herzens seines Völkchens nach. Das ist ein Factum, das Sir Stratford Canning in einer

Viertelstunde begründet finden wird. — Nun frag' ich Sie, frag' ich Lord John, Lord Palmerston, good old honest John Bull in Person, was wäre ich, wer wäre ich, wenn ich mein Verhältniß zum Land und Volk politisch vorsichtig bey Seite liegen ließe — in einem Augenblicke, wo alle Herzen und alle Organe des Ländchens in mir allein ihren Schutz und Schirm gegen grandiose Unterdrückung sehen, gegen eine Behandlung wie die Freyburgs, Luzerns rc. rc. rc., wo die Geistlichen ermordet und höhnisch verstümmelt, die Kirchen entweiht, die Orte geplündert und verbrannt und neue Regierungen von Pöbelhaufen (im strengsten Sinn des Wortes) eingesetzt werden, von Pöbelhaufen, die von den anerkannt gottlosesten Häuptern der Radical-Secte zusammengejagt worden sind? — Für mich war die Antwort nicht zweifelhaft. Es galt **vor der Welt zu bekennen,** daß ich ein Herz für meine gebundene Fürstenpflicht, ein Herz für so viel Liebe, Vertrauen und Treue, ein Herz für den Angst- und Hülferuf der **Meinigen** habe. Ich habe meine **Pflicht gethan**. Gott leit' es, wie Er will.

Was ich nun gethan (und was Ihnen bekannt ist), hab' ich mit voller Ueberlegung und Berechnung der Folgen gethan. Ich habe mir keineswegs verhehlt, wie ich durch die Bestätigung der Neuenburger Beschlüsse und der Neutralitäts-Erklärung mich einem Compromis aussetze, da ich nicht im Stande bin, auf den „Friedensbruch" so zu antworten, als jene Nichtswürdigen es verdienen. Das hat mich nicht abgehalten. Ich mußte für meine Getreuen das thun, **was ich vermochte,** um sie zu schützen. Eine Chance lag nun gewiß in meiner Maßregel, wenn man nicht annehmen wollte, daß die Radicalen, **Alle** in hundswüthigem Siegestaumel, kein Ohr für sehr ernste Mahnung haben. Ich fürchte zwar sehr, daß dem so ist. Dann aber spricht mich, das weiß ich, mein geliebtes Neuenburg von jeder Schuld an seinem Unglück frey und so auch mein Gewissen, und das ist in jeder Zeit sehr viel, nie aber mehr als heutzutage, wo man risquirt, durch Ansteckung sachte, sachte zum Schelm zu werden. Aber noch ein anderes Motiv hat mich den eingeschlagenen Weg getrost betreten lassen: die Hoffnung auf meine Bundesgenossen, vor allem auf England. Ich konnt' es mir nicht denken und kann und will es heut noch nicht, daß England, wenn überhaupt eine Wahl existirt, zwischen Ochsenbein und mir lange wählen und sich besinnen könnte, ob der — — Radicale oder Englands Allertreuester und Allersicherster Alliirter zu beleidigen wäre. Das sagen Sie getrost, wem Sie wollen.

Ich habe einen Coup de tête gethan, nach reifer Ueberlegung und kalter Berechnung aller Folgen: 1) aus fürstlicher Gewissenhaftigkeit; 2) in der Voraussicht oder Ahndung, daß die Neuenburger Angelegenheit in ihrer nunmehrigen Stellung beym Einstürzen des Sonderbundes vielleicht der einzige Henkel werden könnte, an welchem die Großmächte die Schweitzer Frage (zum Heyl Europas) noch heben möchten. Lassen mich und mein treues Ländchen das mächtige Großbritannien, das listige Frankreich, das alte Oesterreich, das ferne Rußland, das Werdelustathmende Teutschland fallen, so weiß ich, daß die Schmach der Geschichte **nicht mich und mein Neuenburg** trifft. 3) Daß meine Compromittirung meine Glorie seyn wird."

In den Nachrichten über das Leben Bunsens[1]) findet sich eine Notiz, die ein sonderbares Mißverständniß verräth. Bunsen war beauftragt, der Königin Victoria ein Schreiben des Königs zu überreichen, von welchem er annahm, angeblich nach einem Briefe des Königs an ihn selber, daß es ein politisches sei. Er traf dann mancherlei Anstalten, um die Ueberreichung eines politischen Schreibens an die Königin durch die Anwesenheit des ersten Staatssecretärs Lord Palmerston mit den Gewohnheiten und der Constitution von England zu vereinbaren. Der König spricht sich sehr erstaunt darüber aus, daß sein Brief als ein politischer angesehen werde.

„Eben lese ich Ihre dépêche vom 3., bester Bunsen, mit der Nachricht von der so huldvoll ertheilten Erlaubniß der Königinn, ihr in Osborne meinen Brief zu überreichen. Die ganze Transaction darüber, die ich im Waggon heut früh gelesen, hat mich ungemein bestürzt. Sollte ich jenen Brief etwa in meinem Anschreiben an Sie einen politischen Brief genannt haben? Ich traue mir selbst alle Dummheiten zu, zumal wenn ich Abends spät, nach langem Schreiben, noch flüchtige Zeilen an den Uebergeber oder „Uebermacher" richte. Wie ich diesen Brief, der ein Dank-Brief für das deliciöse Bild des kleinen Prinzen ist, habe „politischen Inhalts" nennen können, ist mir aber, trotz aller Bescheidenheit und Selbstkenntniß, doch ganz unbegreiflich, und doch muß ich es entweder Ihnen oder dem Minister v. Canitz geschrieben oder gesagt haben. Das wegen des Brieftitels. Daß der Hof auf der Insel war, habe ich total ignorirt. Ich glaubte ihn zu Windsor und meinte, es würde Ihnen leicht seyn, den Prin-

1) Deutsche Ausgabe II, S. 410.

zen dort zu sehen und durch ihn vielleicht die Königinn. Mein Dank für das vortreffliche Bild ist sehr lebhaft; und es schien mir schön, wenn Sie das auch mündlich sagen konnten. Die oberflächliche Erwähnung und Empfehlung Neuenburgs und meiner (jetzt **Gottlob in Wien geglückten**) Idee, den teutschen Bund in die schweitzer Transactionen eintreten zu lassen, konnten diesen Brief eben so wenig zu einem politischen machen, als die Anspielung auf ähnliche Gegenstände im Brief der Königinn, mit welchem sie mir das Meisterstück Winterhalters übersendet hat. Ich wünsche sehnlich, daß die Königinn erfahre, **wie sehr** mich die Ungelegenheit schmerzt, die ich ihr, ohne es zu ahnden und zu wollen, gemacht, wie ich sie zu Windsor geglaubt, und wie tief ich die Huld empfinde, Sie gegen alle Regeln in Osborne empfangen zu haben. Ich erwarte über Ihre Reise über's Meer und über die Lösung des Mißverständnisses bald einen Brief von Ihnen.

Gott mit Ihnen, alter Freund!

Friedrich Wilhelm.

Nichts Neues aus Jerusalem?"

VII.

Radicalismus und Liberalismus.

Ereignisse des Februar und März 1848.

In der Geschichte des Jahrhunderts nimmt das schweizerische Ereigniß, das hier freilich nur in leichtem Umriß an unseren Augen vorübergegangen ist, eine sehr bedeutende Stelle ein, vor allem, wie sich versteht, für die Schweiz selbst.

Die alte Eidgenossenschaft, eine Geburt des späteren Mittelalters, war in dem ersten Conflict mit den revolutionären Mächten im Jahre 1798 zu Grunde gegangen; ihre Wiederherstellung im Zusammenhang mit der Restauration war eine sehr unvollkommene, unhaltbar ohne die Unterstützung der großen Mächte; es bedurfte nur eines Rückschlages, wie er aus der Julirevolution hervorging, um sie in ihren tiefsten Grundlagen zu erschüttern. Dann kamen auch die Mediationsacte wieder zu Ehren. Eine starke Centralgewalt wurde gegründet, nicht jedoch, wie einst, in Abhängigkeit von Frankreich, vielmehr im Widerspruch mit dieser Macht und unter der Einwirkung und Aegide von England. Insofern hatte das Ereigniß eine universale Bedeutung: es bildet ein Moment in den Differenzen der großen Mächte und der Auflösung der Politik der Restauration. Wohl ward auch jetzt die allgemeine Bestimmung des Wiener Congresses über die Neutralität der Schweiz festgehalten; aber den damals zur Herrschaft gelangten Ideen widersprach es doch, wenn nunmehr die Selbständigkeit der Cantone, auf der bisher Alles beruhte, so gut wie beseitigt wurde; es war seit der Losreißung Belgiens von Holland wieder die erste große Contravention gegen die Tractate von 1815, jedoch von einer ganz anderen Richtung: wie jene

dem Katholicismus ihren vornehmsten Impuls verdankte, so diese dem Gegensatze gegen denselben.

Darin bestand der eigenthümliche Charakter des Ereignisses; in sich selbst gründete es sich auf die Erhebung des radicalen Elementes in dem Kampfe zwischen Aristokratie und Liberalismus, durch welches die Idee, auf die sich der letzte nur stützte, — von dem unmittelbaren und unveräußerlichen Rechte des Volkes, — rücksichtslos zur Anwendung gebracht wurde, und zwar im Widerspruch mit dem Wesen aller bestehenden kirchlichen und politischen Autorität. Es war der erste Triumph des Radicalismus, welcher dadurch die weiteste Aussicht auf fernere Erfolge in dem Innern der europäischen Staaten bekam.

Unter diesem Gesichtspunct nun sah Friedrich Wilhelm IV. das Ereigniß an. Er war durch die Ansprüche der Tagsatzung persönlich verletzt; aber fast noch tiefer regte ihn das Emporkommen eines Elementes auf, in welchem er die eigentliche Gefährdung der europäischen Gesellschaft und Cultur, vor allem auch der Religion erblickte. Es ist dies die zweite Seite der Discussion, welche in dem Briefwechsel über die Neuenburger Angelegenheit noch bedeutungsvoller als die erste hervortritt. Die Erörterung dehnt sich über das Bereich der politischen Ideen überhaupt aus, und sie verdient besonders, der Vergessenheit nicht überlassen zu werden.

Auch Bunsen hob einen religiösen Gesichtspunct hervor, der jedoch von dem des Königs wieder sehr veschieden war; er bezog sich hauptsächlich auf den Streit der Bekenntnisse. Bunsen wies darauf hin, daß die große Masse der Liberalen keine Radicalen, daß sie in der Schweiz erst durch die jesuitische Reaction in die Hände der Radicalen gerathen seien. Diese jesuitische Partei habe 1837 durch den Erzbischof Droste an die Krone des Königs gegriffen und die Unterdrückung des Protestantismus versucht. Was jetzt in der Schweiz geschehen sei, werde auch in zehn bis zwanzig Jahren unfehlbar in Oesterreich eintreten. So habe er schon in Rom gedacht, und so denke er jetzt.

„Ich schulde England und dem, was ich in England erlebt, eine noch festere Ueberzeugung, als ich vorher hatte, wenigstens eine besondere Erkenntniß, daß *die* auf einem Holzwege wandeln und unnützerweise sich den Kopf an der Mauer der Wirklichkeit zerschellen, welche von einer Definition des Staates ausgehen, bei der sie nie zum *Princip*e der Freiheit, sowie des göttlichen Rechtes des Staates gelangen, und welche an die Erklärung der Weltgeschichte

und der Gegenwart eine welthistorische Formel legen, wonach sie (von der alten Geschichte nicht zu reden) die Reformation nur als eine Einmal für immer stattgehabte mächtige Unordnung begreifen, Englands Verfassung als eine insularische Ausnahme ansehen und dem Mittelstande keine Stelle in der Entwickelung beilegen, d. h. die größten und positivsten Erscheinungen der neueren Geschichte zu erklären sich für unfähig geben und deren Princip negiren müssen."

Von dem ersten Satze dieser Behauptung nahm nun der König Anlaß, immer in Bezug auf die vorliegende Frage seine allgemeinen Ansichten mit einer gewissen Ausführlichkeit zu entwickeln. In dem schon zum Theil mitgetheilten Briefe vom 8. December 1847 heißt es:

„Sie, mein theuerster Bunsen, sehen nur übertriebenen Liberalismus und Katholizismus in den Schweizerhändeln. Die evidente Wahrheit, daß beides sehr schwer in den Schweizer Schicksalen seit 30 wiegt, deren Entwickelung den jetzigen Bürger- und Gräuel-Krieg herbeigeführt hat, werd' ich natürlich nicht einen Moment bestreiten. Sie müssen mir aber zugeben, daß es für die Nachbarn ein ander Ding um die Unreinlichkeit eines Ortes ist, wenn diese Unreinlichkeit in den Grenzen der Schweinerei bleibt, oder wenn die Gattung derselben so wird, daß Jedermann weiß, das Dulden des qualificirten Schmutzes müsse **nothwendiger** Weise die Pest erzeugen. Bei Ihrem Raisonnement, bester Bunsen, ist Ihnen ein Factum entgangen, schlimm entgangen, nämlich das Factum, daß, seitdem sich der kahle Radicalismus des Ganges der Dinge in der Schweiz bemächtigt hat, die Liberalen des vorigen Jahrzehnts, fast ohne alle Ausnahme, Conservative und Feinde der Zwölfer-Mehrheit geworden sind. Ein grandioses Beispiel ist mein geliebtes Neuenburger Land. Es stand jederzeit auf der liberalen Seite in der Schweiz, wie alle Ehrenmänner, und sein Widerstand gegen die katholischen Usurpationen, namentlich in Wallis, war fest und stark, wenn auch vergeblich. Denn dem heranwachsenden Radicalismus war die Cultus-Freyheit der Kirchen weit mehr wie gleichgiltig, und er beweist wohl jetzt in der Waadt seit mehr als drei Jahren, was er unter Cultus-Freyheit versteht. Lesen Sie Monod's Erklärung darüber nach und reden Sie, wenn Sie 'mal wieder zu uns kommen, mit den bey uns angestellten waadtländischen Auswanderern, die alle liberale Schweizer sind, was allerdings etwas anders als liberale Teutsche heißt, da Erstere freysinnige Ehrenmänner, Letztere meistens ohne

Ausnahme Constitutions- und Majoritäts-Anbetende Schöpse oder Intriguants sind. Sie werden nicht im Stande seyn, mir eine liberale Notabilität in der Schweitz zu nennen, die allmählig in den Radicalismus eingeschlagen ist. Diese Wahrnehmung aber ist ungeheuer wichtig; denn „mir" beweist sie überflüssig die Richtigkeit meiner Ansicht, nämlich der, daß die Radicalen eine eigene Schule oder Secte sind, und daß sie nicht allmählig (wie Sie meinen) aus der Uebertreibung liberaler und katholischer Extreme, sondern selbstständig entstanden ist, wie bey Milton die Sünde im Augenblick von Lucifers Abfall gewaffnet und mit dem Tode schwanger gebohren wurde. Ihre Ansicht über die Entstehung des Radicalismus entspricht der Ansicht, welche die überwiegende Masse der Schriftsteller über die französische Revolution (aus einer Art Sentimentalität) über den Ursprung der Gräuel und Gräulichen jener Revolution hegen oder zu hegen vorgeben. Daß jene Ungeheuer aber Alle bereits im Schooß des Friedens Gott und Christum verläugnet hatten und daß ihre Geschichte **nichts** als die Entwickelung **dieses** Factums ist, davon thun sie alle als wüßten sie kein Wort. Und das ist der Ursprung des schweitzer, teutschen, französischen und italienischen Radicalismus allein. Während die „Guten", geschwächt durch ihren Zank als Liberale und Conservative, blind darauf losleben und faseln, wächst das arge, von beyden völlig unabhängige, keineswegs verwandte Gräuel-Kind, und ist's erstarkt, so wirft's beyde Partheyen zu Boden und setzt den eisernen Fuß auf ihren Nacken. Diese furchtbare Operation ist in der Schweitz vollendet, und in Teutschland bereiten sich Tausende, sie zu wiederholen. — Und ich sag' es Ihnen heut auf's Neue und provozire auf die Erfahrung, daß es in Teutschland gelingen wird, wenn wir den Heerd des Abgrund-Verderbens, des zum Selbstbewußtseyn gekommenen Abfalls von Gott und Recht nicht zerstören. Ob es jetzt vielleicht schon zu spät dazu ist, weiß ich nicht. Gott weiß es. Soviel aber weiß ich, daß das Verderben aus seinem Heerde mit nicht geahndeter Schnelligkeit um sich greifen wird, wenn es dem englischen Cabinet gelingt, seine Schweitzer Majoritäts-Anbetung den anderen Mächten aufzudrängen. Dieses Cabinetes Führer sind moderne Liberale, nicht im schweitzer, sondern im übrigen europäischen Sinn (Italien allerdings ausgenommen), d. h. mit anderen Worten Männer, die **unter keiner Bedingung an Verschwörungen in Europa glauben wollen oder können** — **das wahre und eigenthümliche** Criterion der Liberalen!!! — — Diesen Guten zum Trotz ist aber

das radicale Wesen von einem Ende Europas bis zum anderen und ganz speciell von der Schweiz und Frankreich aus durch ganz Teutschland und Italien bis tief in Polen und Rußland hinein verbündelt und verschworen. Der Umsturz aller legitimen Regierungen in der Schweiz mit einiger Ausnahme Neuenburgs (Gott erhalt' es so) ist das lang vorher prämeditirte und vorbereitete Werk der großen gott- und rechtlosen Secte. Als ihr Sieg in der Schweiz wuchs und die Zwölfer-Majorität durchgesetzt war, wurde den Anhängern in Südteutschland das mot d'ordre gegeben, und die auf dem besten Wege begriffenen Wahlen in Baden und Darmstadt „schlugen um zum Nachtheil der Regierungen". Dies nur als Eines unter 100 Exempeln von der Macht dieser Secte, welche durch Robespierres en herbes, wie Hecker, die Heppenheimer und Mannheimer Demagogen, wie unser Reichenbach, Schlöffel, die 13 Juden aus Königsberg, ein Netz bildet, das mit fast telegraphengleicher Geschwindigkeit nach den empfangenen mots d'ordre operirt. Es versteht sich nun ganz und gar von selbst, daß die „Conferenz" (wenn sie noch zusammenkommt) es, so lang' es nur irgend geht, ohne hostile Absichten versuchen muß, mit Höflichkeit und strenger diplomatischer Haltung zu Werke zu gehen die Verpflichtung hat. Aber sie darf sich nichts bieten lassen von jenen elenden Buben. Darum wiederhol' ich, was ich in meinem letzten Briefe sagte: es ist Thorheit und Frevel, in die Conferenz einzugehen, wenn man im voraus entschlossen ist, unter keiner Bedingung bewaffnet zu interveniren, oder, mit anderen deutlichen Worten, sich ungestraft beleidigen lassen zu wollen. Mögen Andere so etwas dulden; als preußischer Offizier (und das bin ich durch und durch) kann ich so etwas weder rathen noch dulden. Lieber bleib' ich ganz heraus. — Gehen wir jetzt schleunig durch den zweiten Punkt hindurch, nämlich durch die Furcht, daß die entjungferte Schweiz von 1815 polonisirt (soll wohl heißen crakowisirt) werden könnte. Dieser Witz Ihres whigistischen Freundes schmeckt nach Uebergenuß von Austern und Champagner, d. h. er ist ein schlechter, weil er jeder Conviction ermangelt und weil der Witzreißer weiß, daß dem nicht also ist. Er ist das Kind des Guizot-Metternich-Hasses, das heißt der schlechtesten Erscheinung an dem diplomatischen Horizonte seit den Julitagen. Genug davon. Ich müßte sonst ein Buch über Spanien, Hellas und Bern schreiben.

Also zum dritten Punkt, daß das violirte Helvetien die Franzosen kriegen könnten. Ja, die Furcht ist gerechtfertigt, sobald sich

England sperrt gegen das, was der Selbsterhaltungs-Trieb, das Gesetz des gesunden Menschenverstandes, Frankreich, Teutschland und Oesterreich zu thun gebiethet. Die Furcht ist aber ebenso gewiß ungerechtfertigt, als die Jungfrau höher wie der Tempelhofer Berg ist, wenn England einmal wieder old England seyn will, and fairly proceeds auf dem Wege des höchsten Rechtes, des Edelmuthes und der gerechten Sachen. Wenn England, St. Georgs Schild (die Sonne zurückstrahlend) in der Hand, jedem guten Recht, jeder rechten Ordnung vorleuchtend, Europas Schutz und Seegen, dem alternden Oesterreich und dem Fuchs von Frankreich es zuvorthut, wenn England in der Schweitz die Rolle übernimmt, die Oesterreich in Italien hätte spielen sollen (**mit** und nicht gegen Pius IX.), wenn England das, was die Nachbarn fordern **müssen**, als bester Freund der Schweitz von ihr **vor** Beginn der Conferenz erringt oder zu erringen trachtet, indem es der Schweitz ins Gesicht die Nothwendigkeit dieser Forderungen und „ihrer Consequenzen" anerkennt, dann wird die Schweitz **nicht** des Fuchsen Beute, sondern Englands treue Freundin, die Schweitz gehorche nun gleich dem Freundes-Rathe oder fühle mit schwerer Erfahrung, daß der Rath treu und ehrlich und befolgungswürdig war. Das ist der Weg, auf dem England seine Freunde und seine Macht in Europa vermehren wird. Auf dem des crassen Guizot-Metternich-Hasses verringert sich Englands Einfluß und Freundschaft in Europa gewiß um ein Bedeutendes. Doch Sie werden mich fragen, theuerster Bunsen, was denn die gerechten und notorischen Forderungen der „Nachbarn" sind. Das will ich Ihnen sagen. Es sind zwei — Räumung der eroberten und unterworfenen Cantone und freye Wahl der Obrigkeiten derselben durch das Volk ohne radical-terroristischen Einfluß, versteht sich mit der Conditio sine qua non des Weggejagtbleibens der Jesuiten und der wirklichen Cultusfreyheit.

Resumiren wir das Gewäsch. Die Väter der jungfräulichen Schweitz von 1815 haben das Recht, zu fordern, daß sie sich auf den Basen ihrer Creation reconstituire, d. h. auf der völlig umgestürzten der Cantonal-Freyheit, welche durch die Radicalen-Secte in Pöbelfreyheit und Volks-Unterdrückung verwandelt worden ist, und die Mächte haben aus Selbsterhaltungs-Pflicht das Recht, die Schweitz dazu im Nothfall zu zwingen. Es giebt kein droit acquis, wenn es himmelschreyend gemißbraucht, wenn die Freyheit „Deckel der Bosheit und des Pest-Gräuels wird."

Man bemerkt den Unterschied der Ansichten: der König erklärt die Radicalen für eine Secte, die auf den Ruin des Staates und der Religion hinarbeite; Bunsen sah in dem Radicalismus ein bei der Trägheit der Liberalen unentbehrliches Correctiv gegen die Uebergriffe des äußersten Katholicismus und der Jesuiten. Dabei trägt er jedoch kein Bedenken, den Radicalismus als die „moralische Cholera" der Zeit zu bezeichnen. Für contagios durch Ansteckung von Außen will er denselben nicht halten, wohl aber für epidemisch. Die Besorgniß vor radicalen Verschwörungen theilte er nicht: von einer Verschwörung könne hier nicht die Rede sein, sondern nur von einer Luft-Verderbung. Er habe einst mit Niebuhr an die Verschwörungen geglaubt, von denen Fürst Metternich geredet habe, aber diese Angaben nicht bewährt gefunden, sobald man den Thatsachen nachgegangen sei.

„Nicht daß es in Europa nicht eine Menge verkörperter Miasmen gäbe; der Streitpunkt liegt nicht darin, sondern, daß Jakobiner (wie Wucher-Juden) in der Masse des Volkes neue Macht gewinnen durch die Schuld der Gegenparthey, wobei allerdings Verdächtigungen und Argwohn eine große Rolle spielen. Diese Ueberzeugung nun ist hier (in England) allgemein."

Auf die Neuenburger Verwickelungen und die Schwierigkeit ihrer Lösung übergehend, hält Bunsen den Versuch einer Repression für höchst gefährlich. Er erinnert an den Feldzug von 1792 und die Expedition nach Spanien 1822.

„Ew. Majestät und Deutschland", sagt er, „würden nach Sir Robert Peels Meinung nichts verlieren, zu warten, aber viel auf's Spiel setzen, wenn Sie einschreiten, d. h. einen politischen Religionskrieg machen. Ehe die Conferenz nur zusammenkommen kann, ist die Schweiz reconstituirt, und die Besetzung der sieben Cantone hat aufgehört. Formell ist dann die Ordnung hergestellt, und ist sie es mit Unterdrückung des wahren Volkswillens, so wird sie sich selbst den Hals brechen, gerade wie es die untergangene Reaction gethan hat." — — — —

„Ew. Majestät haben die Fahne des Hauses Hohenzollern in das Schloß von Neuenburg geworfen; dem Diener geziemt, Alles aufzubieten, damit sie nicht in die Hände der Feinde gerathen möge."

Bunsen führt weiter aus, daß Neuenburg nie von der Eidgenossenschaft getrennt werden dürfe. General Pfuel habe ihn gefragt, ob das nicht das Rathsamste wäre: „Um Gottes Willen nicht", habe er ausgerufen, „man müsse nur dafür sorgen, daß es weder in die Hände Frankreichs, noch in den Rachen der Radicalen falle." Im Namen der englischen Staatsmänner bat er den König, sich die Belastung gefallen zu lassen, der Neuenburg augenblicklich unterliege, wie sich denn Neuenburg dazu verstand, die ihm auferlegte Geldbuße zu zahlen. Von dem militärischen Widerstand der Eidgenossen würde man allerdings nicht viel zu fürchten haben, wohl aber von Thiers und dem in Frankreich wuthschnaubend sein Haupt erhebenden socialistischen Jacobinismus. Nicht in der Schweiz werde ein Sturm ausbrechen, wohl aber in Frankreich.

„Gegen Frankreich aber hilft nichts, als Deutschlands innere Kräftigung durch aufrichtige Fortschritte in der gesetzlichen politischen Freiheit und absolute Freiheit im kirchlichen Gebiet. Das deutsche Volk ist, meiner heiligen Ueberzeugung nach, auch jetzt noch in seinem Kern unverdorben und das arbeitsamste der Welt. Für das Uebrige wird Gott sorgen, und wer sonst könnte es?"[1])

In diesen gegenseitigen Mittheilungen nimmt man nun doch eine tiefgreifende Meinungsverschiedenheit des Königs und seines bis dahin so vertrauten Dieners wahr. Der König hätte in der Neuenburger Sache das, was er just für sein Recht hielt, unbedingt festzuhalten gewünscht. Er vermeinte die gefährlichste Secte der Welt, von der er selbst angegriffen war, an dieser Stelle überwinden zu können. Aber die englischen Minister, an deren Mitwirkung ihm Alles lag, stimmten ihm hierin nicht bei: nicht als ob sie an dem Radicalismus an sich Gefallen gefunden hätten, aber sie verdammten denselben nicht, zumal da er den Weg dazu bahnte, was sie vor allem wünschten, eine starke Centralgewalt in der Schweiz aufzurichten. An die Gefahren der gesellschaftlichen Ordnung, die der König voraussah, glaubten sie nicht. Ausgehend von der dort allgemein angenommenen Theorie John Locke's, nach welcher der Staat auf Gewährleistung des Eigenthums beruht, hielten sie den definitiven Sieg der antisocialen Doctrinen für unmöglich: denn das

---

1) Schreiben vom 15. December 1847.

seien Träumereien, anstrebend gegen alle Grundsätze der Gesellschaft, welche dieselben nothwendig zurückweisen müsse.

Wenn nun Bunsen die Politik Englands in der Schweizer Angelegenheit im Allgemeinen billigte und sie gegen den König in Schutz nahm, so lag sein vornehmstes Motiv darin, daß dem vorschreitenden Katholicismus ein starkes Bollwerk damit entgegengesetzt werde. Ueberdies fühlte er sich in immer wachsendem Gegensatz gegen die, wie er glaubte, in der Umgebung Friedrich Wilhelms vorwaltenden Doctrinen. Er bemerkt dem König, für einen Herrscher sei es nicht wünschenswerth, nur das Echo seiner eigenen Ansichten zu hören. Die Sinnesweise Bunsens entsprach bei weitem mehr den allenthalben in Europa zur Geltung kommenden Ideen. Ob aber der König nicht guten Grund hatte, die Zustimmung der großen Mächte für die Behauptung seines dynastischen Rechtes in Anspruch zu nehmen; ob England nicht dadurch, daß es ihn fallen ließ und die Tendenzen der Tagsatzung unterstützte, ohne es zu beabsichtigen, dennoch dazu beitrug, dem Radicalismus ein bedrohliches Uebergewicht auf dem Continent zu verschaffen? Vielleicht war das überhaupt nicht zu vermeiden; vielleicht stand es in den Sternen geschrieben, daß die organisirte Welt noch einmal den Kampf mit den destructiven Kräften bestehen sollte. Soviel ich sehe, hat dies Niemand deutlicher vorausgesehen, als Friedrich Wilhelm IV. Für seinen Geist ist es charakteristisch, daß er bei den eintretenden Thatsachen gleich ihre letzten Consequenzen für die höchsten Interessen der Welt, die er immer im Auge hatte, wahrnahm. Der Widerstand, den das Papstthum in der Schweiz fand, mochte ihm willkommen sein, aber nicht, daß der Radicalismus einen solchen leistete. In demselben sah er eine Negation der Religion überhaupt und einen systematischen Gegensatz gegen die gesetzlich bestehenden Gewalten und alle legitime Ordnung. Und schon hatten die Elemente, welche in der Schweiz zum Uebergewicht gekommen waren, einen noch bei weitem größeren Erfolg in Frankreich.

Unleugbar ist es doch, daß das Zerwürfniß der großen Mächte, welches in der schweizerischen Angelegenheit zu Tage gekommen war, auch auf Frankreich zurückwirkte. Wie hätte das anders sein können, da die Partei erlag, welche Louis Philipp unterstützte, und die, welche er bekämpfte, die Oberhand behielt? Und an sich war es ein Verlust für das Julikönigthum, daß es sich den Nachbar, der ihm in Europa allein einen Rückhalt gewährt hatte, entfremdete. Unter diesen Umständen wurden die inneren Gährungen, die sich wieder er=

neuerten, doppelt gefährlich. Sie waren in erster Linie constitutioneller Natur. Eine Opposition hatte sich gebildet, die, indem sie die Monarchie von 1830 acceptirte, doch auf eine Erweiterung der constitutionellen Rechte nach der popularen Seite hin drang, indem sie sich dabei in dem Kreise der Charte hielt, welche eine solche keineswegs ausschloß. Die Regierung zögerte, darauf einzugehen, weil sie ihre Autorität, die auf dem Einverständniß der großen Staatsgewalten beruhte, nicht erschüttern lassen wollte. In diesem Widerstreit aber gewannen die zurückgedrängten Elemente republikanischer und socialistischer Natur, von den schweizerischen zwar verschieden, aber ihnen doch verwandt, neuen Boden. Die monarchische und die republikanische Opposition unterstützten einander eine Zeit lang. In jenen tumultuarischen Demonstrationen, welche als die Campagne der Banquets bezeichnet werden, waren sie häufig vereinigt. Zugleich aber trat ihre Differenz alle Tage stärker hervor. Die Republikaner vermieden, in den Toast auf den König einzustimmen; ihr Sinn war auf die Durchführung nicht sowohl einer electoralen Reform, als auf die des allgemeinen Stimmrechtes gerichtet, welches dem Begriffe der Nationalsouveränetät gemäß die einzig legitime Grundlage der Wahlen bilde. Wenn in dem steigenden Widerstreite die Rede davon war, im Gegensatz gegen die Kammer auf die Wahlcollegien zurückzugreifen, was die monarchische Opposition wünschte, so verweigerte das die republikanische. Es wirkte auf die allgemeine Stimmung, daß es einem Autor von glänzender Darstellungsgabe gelang, für die Republikaner von 1793 sogar wieder einmal Sympathie zu erwecken. Die Frage nahm dann einen populären Charakter an. Endlich wurde aus Besorgniß hierüber die monarchische Opposition dahin gebracht, Vorkehrungen zu genehmigen, welche von Seiten der Regierung gegen eine bevorstehende große Demonstration getroffen wurden; sie bot die Hand dazu, denselben die volle Legalität, die noch zweifelhaft war, zu verschaffen. Aber eben dieselbe Abkunft war das Zeichen, welches die Radicalen veranlaßte, ihre republikanische Fahne zu entfalten. In dem Conflict, der dann erfolgte, erlag die Regierung, die weder die Anfänge der Bewegung unterdrückt, noch Concessionen, wie sie die Charte möglich machte, bewilligt hatte; sie erinnerte sich wohl nicht, daß sie selbst revolutionären Ursprungs war. Die großen parlamentarischen Gewalten, auf deren Uebereinstimmung man gezählt hatte, Königthum, Ministerium und Kammer, gingen im Februar 1848 mit einem Schlage zu Grunde.

In dem Umsturz der französischen Regierung erschien die ganze

Macht des revolutionären Elementes auf's neue. Mag man es Radicalismus oder jakobinischen Socialismus nennen: es waren dieselben Kräfte der Destruction, welche Friedrich Wilhelm haßte und verabscheute.

Weit entfernt war Bunsen, wie damals doch so viele andere bedeutende Männer, das Ereigniß zu billigen. Er bezeichnet den Zustand in Paris irgendwo als ein Pandämonium. An den König selbst hat er darüber nicht geschrieben. Auch wurde Friedrich Wilhelm zunächst von einer anderen Seite des Ereignisses betroffen und in seiner politischen Direction bestimmt. Die große Macht, welche schon einmal in Folge der revolutionären Impulse Europa eine Zeitlang beherrscht hatte und durch die Coalition des Jahres 1813 besiegt worden war, lenkte wieder, und zwar in verdoppelter Energie, in die revolutionären Bahnen ein. Der König meinte, daß ein neuer Angriff auf das System der europäischen Staaten bevorstehe, daß nur durch eine Verbindung Aller diesem Unheil vorgebeugt und die Verträge, auf denen der allgemeine Friede beruhe, erhalten und geschützt werden könnten. Friedrich Wilhelm IV. wandte in dieser Gefahr seine Augen auf's neue nach England. Er schlug vor, eine vorläufige Uebereinkunft zu treffen, um jeden Versuch Frankreichs, seine Grenzen zu überschreiten, was Viele fürchteten, durch das Gewicht der Erklärungen der vier anderen Großmächte zurückzuweisen. Es liegt in der Sache, daß er sich darüber an Bunsen wendete. In einem Briefe an ihn, vierzehn Tage nach dem Ereigniß, führt er seine Ideen näher aus.

Berlin, 9. März 1848.

Mein Gebet zu Gott, mein Sehnen und Wünschen geht nach Frieden in Europa. Dennoch fürcht' ich den Krieg nicht. Ich kenne ihn aber, und das ist genug, alles Erlaubte zu thun, um ihn unnöthig zu machen. Ich habe aber eine Ueberzeugung, eine Gewißheit (menschlich zu reden), wie's nur in Menschen Ueberzeugung und Gewißheit geben kann, daß die Aufrechterhaltung des Friedens lediglich in die Hände der Großmächte und unter diesen ganz eminent in Englands Hände gegeben ist.

Englands Wanken in diesem Punkt macht wahrhaftig den Frieden wanken, Englands Festigkeit macht den Frieden gewiß. Von diesem Gesichtspunkt aus hab' ich auf einen „Centre d'Entente“ zu London für die Großmächte angetragen. Oesterreich ist günstig der Idee,

Kaiser Nicolas wird sie gewiß sogleich eifrig ergreifen. Bin ich besonders lebendig darin, so zeigen Sie Lord John und Lord Palmerston die Karte von Teutschland und Frankreich, wenn es ihn wundern sollte. Meinen Brief an die Königin Victoria kennen Sie. Das ist mein Glaubensbekenntniß. In Sonderheit gilt das von der Stelle, die Lord Palmerston selbst angeht. Es ist der reinsten Wahrheit gemäß, daß ich — wenn auch leider in der letzten Hälfte von 47 in gewisser Ansichts-Dissidenz mit ihm — jetzt die Schickung seegne, die ihn gerade an die Spitze des britischen Aeußeren gestellt hat. Warum? weil es keinen energischeren Minister dermalen in England geben kann als ihn, und weil nur Energie und Verständniß der Lage, von England ausgehend, Europa, ja die gesellschaftliche Ordnung vor dem Umsturz bewahren kann. Und stürzt die zusammen — wird England allein über den Trümmern stehen bleiben? Mit der Blutschuld von Unterlassungssünden beladen, gewiß nicht.

Grüßen Sie Lord Palmerston, so wie Sie wissen, daß ich die grüße, zu denen ich Vertrauen habe, und sagen Sie ihm: ich bäte ihn, sich dem Centre d'Entente günstig zu zeigen und ihn so zu führen, wie es der arbitress of Europe zusteht von Rechtswegen: stark, mächtig, kühn und vom allerernstlichsten Streben nach Frieden beseelt. Wer aber Frieden **will**, muß die Mittel dazu anwenden. Dem rasenden Frankreich gegenüber sey aber nur eine Sprache vorhanden, die es zu verstehen im Stande sey. Diese Sprache müsse von einem solchen Verein physischer und moralischer Macht ausgehen, welche auch einem Rasenden imponirt. Wenn nun aus dem Munde der enormen vereinigten Macht von England, Rußland, Oesterreich, Preußen und Teutschlands Bund ein Wort des Friedens und des Wohlwollens einerseits, andererseits aber ein Wort des festesten Entschlusses hervorgeht, jedem Traktaten-Bruch und Gebieths-Verletzung die **vereinigte Macht** zu Land und Meer entgegenzusetzen wie gegen Napoleon, dann haben die Großmächte (und unter ihnen England obenan) wahrlich das gethan, was der Lenker der Weltgeschicke in ihre Verantwortlichkeit gelegt hat. Bricht dann das wüthende Thier dennoch aus, so haben wir sein Maaß, und den hohen Waidmännern kann, menschlich zu reden, das Erlegen desselben nicht zweifelhaft seyn. Lord Palmerston aber ist der Mann, der diese ernsten Friedensworte über den Canal senden muß. Sagen Sie ihm das in meinem Namen, theuerster Bunsen.

Ich hoffe, bester Bunsen, Sie werden wie ich selbst von dem Gesagten durchdrungen seyn. Gebe nur Gott, daß dieser Centre

d'Entente so schleunig wie möglich zusammenkomme! Dann muß, so scheint mir's weise, kein Tag verloren werden, um diese Sprache zunächst als Bekenntniß der Großmächte Angesichts Europa's zu halten, nämlich früher noch, als die National-Versammlung im April sich ein Gouvernement giebt, welches wir förmlich anerkennen können. Zum zweitenmal muß dann dasselbe Wort bey der vereinten Anerkennung jenes Gouvernements erschallen. Ihrer Tüchtigkeit, Klugheit und Liebe zum Frieden, zu Preußen und zu mir vertraue ich diese hochwichtige Sache an.

Ferner in ruhigen Augenblicken bringen Sie mein unglückliches Neuenburg bey Lord Palmerston an. Es wird jetzt von wahrhaft Infamen gemißhandelt.

Ich habe aber uralte und wirkliche Verpflichtungen gegen das liebe, herrliche, treue Land, und England hat meinem Hause seinen Besitz mit garantirt. Ich werde aus der Neuenburger Frage nie einen cas de guerre machen; darüber beruhigen Sie sich und Lord Palmerston. Aber es ist meine Pflicht, alle erlaubten Mittel anzurufen, um es von einem offenbaren Verderben zu retten und seine väterlichen und ganz eigentlichsten Obrigkeiten ihm wiederzuverschaffen. Möge England ein ernstes Wort darüber zur Tagsatzung reden und im Namen des Rechts und der Pflicht die Nichtanerkennung der Pöbelherrschaft und die gesetzliche Ordnung fordern! Ich will dann gleichzeitig meine Schritte thun. Nun leben Sie wohl, theuerster Bunsen, und der HErr seegne Ihrer Hände Werk und den Stern von Englands Ehre!

Friedrich Wilhelm.

P. S. Die allertiefste, wahrste und ernsteste Friedensliebe darf uns in Teutschland nicht abhalten, uns schlagfertig zu machen. Ich verstärke die Linien; die Landwehr wird natürlich nicht angerührt. Aber der Zustand Teutschlands macht es uns zur Pflicht, kräftig aufzutreten; und nichts thun wäre eine Pflichtvergessenheit. Wir müssen dem Recht, Ordnung im eigenen Hause zu machen, die Macht zugesellen, die es möglich macht. Daß also Lord Palmerston davon das richtige Verständniß habe, das ist Ihre Sache. Es ist damit so wenig, ja, die Hand auf's Herz, weniger Feindseligkeit gegen Frankreich gemeint, als jüngst in England mit dem Rüsten auf der Flotte in den Hafen-Schlössern."

Wiewohl zunächst die Ereignisse diesen Gang nicht nahmen, so war es doch kein Mißverständniß des Königs, wenn er aus der Februar-Revolution Gefahren für den europäischen Frieden heraufsteigen sah. Denn daß Louis Philipp an den durch die Verträge von 1815 geschaffenen Zuständen festzuhalten entschlossen war, so gut wie die älteren Bourbonen und noch mehr als diese, unterliegt keinem Zweifel. Der Umsturz des Julikönigthums bildete ein neues Stadium in dem Wiederaufleben der revolutionären Tendenzen, von welchem auch die auswärtigen Verhältnisse betroffen wurden. Man fürchtete sofort einen directen Bruch derselben, Gefährdung Belgiens und einen Angriff auf die Rheinlande. Und ist nicht einige Jahre später, nachdem die inneren Stürme der neuen Revolution einigermaßen abgetobt hatten, aus dem Grunde derselben dies Bestreben wirklich emporgestiegen? Friedrich Wilhelm nahm die Tragweite des Ereignisses in dieser Richtung im ersten Augenblicke wahr. Am wenigsten aber konnte Lord Palmerston dasselbe unter diesem Gesichtspunkte ansehen. Er lebte nur in der Behandlung der vorliegenden Schwierigkeiten, seinen constitutionellen Sympathien und Antipathien, dem politischen Interesse von England gemäß. Seit den spanischen Heirathen war zwischen ihm und Louis Philipp ein Verständniß nicht mehr möglich. In den schweizerischen und italienischen Angelegenheiten standen sie in unmittelbarem Gegensatz gegeneinander; Umstände, unter denen der Sturz der französischen Regierung dem englischen Minister nicht unwillkommen sein konnte: eine Gefahr für England oder den europäischen Frieden darin zu sehen, lag ihm fern. Er antwortete auf die Erinnerungen des Königs: man höre von keinen Rüstungen in Frankreich. Er lehnte jede Conferenz ab: denn in einer solchen würden die Franzosen schon den Anfang einer Coalition wahrzunehmen glauben; in diesem Worte liege der Krieg, zu dem England sich nicht verpflichten könne. Dabei legte jedoch Palmerston, indem er sich über die Haltung Oesterreichs in Italien beschwerte, den größten Werth auf einen fortgesetzten Austausch der Ideen mit Preußen.

Ganz in einer anderen Richtung entwickelten sich die Gefahren der französischen Revolution nach Außen. Eine ihrer nächsten Wirkungen war der Sieg des Radicalismus in Neuenburg, wo die conservativen Elemente der revolutionären Bewegung nicht mehr widerstehen konnten. Friedrich Wilhelm IV. wurde von dem Nothschrei seiner Getreuen auf das schmerzlichste berührt; aber noch bei weitem näher sollte die in Gang gesetzte Bewegung ihn treffen. Der

König hatte ihr durch seine ständische Staatsverfassung Stillstand zu gebieten gemeint; unerwartet und ohne daß er ihr hätte vorbeugen können, überraschte sie ihn selbst. Wie durch Naturnothwendigkeit kam die Gährung aller Elemente, die in Deutschland unverstanden durcheinander wogten, zum Ausbruch. Man konnte eine zweifache Direction unterscheiden: die eine unter den französischen Impulsen gegen die bestehenden Regierungen, die andere, eigenthümlich deutscher Art, für eine allgemeine nationale Vereinigung. Der ersteren erlag die österreichische Regierung. In Berlin berührten sich beide auf die seltsamste Weise, einander widersprechend und doch zusammenwirkend. Der König hatte, dem allgemeinen Verlangen nachgebend, die Periodicität des vereinigten Landtages ausgesprochen; er war auch im Begriff, für Deutschland Forderungen aufzustellen, die den allgemeinen Wünschen entsprachen; er ließ sich selbst das Wort, das er haßte: constitutionelle Verfassungen für Deutschland, abgewinnen. Die Stadt schickte sich an, ihm dafür ihren Dank darzubringen. In diesem Augenblick fand aber die radicale Strömung, die eine allgemeine europäische war, in der preußischen Hauptstadt ihre Organe. Eine Bewegung griff um sich, bei der es darauf abgesehen war, dem Könige noch weitere Concessionen und zwar solche, die das Wesen des Staates betrafen, indem sie sich hauptsächlich gegen das Militair richteten, das in der Hauptstadt durch eine Bürgerwehr ersetzt werden sollte, abzuzwingen. Da kam es nun zu einem Conflict, der in der Nacht vom 18. zum 19. März an den Hauptpuncten der Berliner Straßen ausgefochten wurde. Der König siegte; aber die Bewegung in ihrem Laufe einzuhalten, ihrer Meister zu werden, blieb er weit entfernt. In seinen Briefen an Bunsen findet sich nichts über diese Ereignisse; nur indirect berührt er sie, indem er die Discussion fortsetzt, die auf Anlaß der schweizerischen Ereignisse begonnen war. Einige Wochen später nimmt der König die Frage auf, inwiefern Verschwörungen des Radicalismus, wie in den übrigen europäischen Revolutionen, so auch an den Ereignissen in Berlin mitgewirkt haben[1]).

Potsdam, den 13. May 1848.

Ich habe etwas auf dem Herzen gegen Sie, mein theurer, treuer Bunsen, und das muß herunter; denn ich bin Ihr wahrer

---

1) Schreiben aus Potsdam, vom 13. Mai 1848.

Freund. — Als wir noch glückseelig in den scheußlichen Schweitzerhändeln schwelgten, schrieben Sie mir in einer Ihrer Antworten: „Sie wären zu der festen Ueberzeugung gekommen, daß der Glaube an Verschwörungen ein Gespenst sey, daß es wirklich keine gäbe und gegeben habe, sondern daß nur der Consensus der Geister und des Geistes der Zeit die Erscheinungen hervorbrächte, welche Metternichs Schule so deutete und ausbeutete." Das waren dem Sinne nach Ihre Worte. Mir fielen die Hände über diesen Köhlerglauben schlaff am Leibe herab. Ich ahndete nicht, daß der Beweis dagegen uns so blutig an die Häuser von Berlin geschrieben werden sollte — denn wissen Sie, zu Berlin war seit mehr denn 14 Tagen Alles systematisch zur infamsten **Revolte**, die jemals eine Stadt entehrt hat, vorbereitet. Es waren Steine zum Steinigen meiner treuen Soldaten in allen Häusern vom eigentlichen Berlin, von Cöln, von der Neu- und Friedrichsstadt 2c. gesammelt. Man hat dieselben lange anfahren sehen, wie auch Rasenstücke, um als Brustwehr gegen das Feuer der Truppen zu dienen, und hatte sich dies sonderbare Bedürfniß nach Stein und Rasen gar nicht erklären können. Ferner waren in den Hauptstraßen alle Böden in Verbindung gesetzt, um von den Dachfenstern aus die Vor- oder Rückbewegungen der Truppen mit Schüssen und Steinwürfen verfolgen zu können. Es war nachgewiesen über 10,000 Mann und nicht nachgewiesen wohl das Doppelte des allergräßlichsten Gesindels seit Wochen in die Stadt geströhmt und — verborgen worden, so daß die Polizei mit ihren schwachen Mitteln sie nicht auffinden konnte, darunter der Abschaum von Franzosen (galériens), Polen und Süddeutschen, namentlich Mannheimern, aber auch sehr truppirte Leute, angeblich Milaneser Grafen, Kaufherren 2c. 2c. 2c. Ein reicher Mannheimer Kaufherr hat seinen Tod in der Königsstraße gefunden, nachdem ihm Mannschaft von meinem göttlichen 1. Garde-Bataillon das Leben geschenkt und er sie rücklings mit einer Axt wieder anfiel. Unter den zu bestattenden Verbrechern der „großen Tage" waren 30—50, von denen kein Mensch ein Wort, nicht Vaterland, nicht Namen 2c. wußte. Aus Paris, Carlsruhe, Mannheim, Bern weiß ich von den Tagen selbst officiell, daß die Häupter der Bewegung am 18. März laut sagten: „heut fällt Berlin!!!" Namentlich Hecker, Herwegh und viele Andere von der Schuftenschaft.

Darum also die Frage an Sie, lieber Freund: bleiben Sie noch immer bei Ihrer Abrede mit Niebuhr, nie an eine Verschwörung zu glauben? Gebe Gott: Nein. Und doch vermag

ich nicht die Garantie für dieses Nein zu übernehmen. Das hab' ich auf dem Herzen gegen Sie. Das muß ich Ihnen sagen. — Warum kann ich die Garantie aber nicht übernehmen? — Antwort: Weil sichere Symptome da sind, daß Sie vom Liberalismus gefangen sind.

Der Liberalismus aber ist eine Krankheit, gerade wie die Rückenmarksdürre. Die bekannten Symptome der letzteren aber sind z. B., daß der stark convex zwischen Daumen und Zeigefinger hervorragende Muskel concav wird bey der Pression; 2) daß ein Abführungsmittel verstopft; 3) daß ein Stopfmittel abführt, und in einem späteren Stadium 4) daß sich die Beine hochheben, ohne gehen zu können. Und dabei kann solch ein Kranker vor Anderen und sich selbst lange Zeit als gesund gelten.

So wirkt der Liberalismus auf die Seele. Der Augenschein wird geläugnet, die Erfüllung von Consequenzen aus längst klar vorliegenden Ursachen wird als Aberglaube abgewiesen. Schön glaubt heute noch nicht, daß Napoleon in Moskau war. Der Geist der Zeit wird als grandiose Apologie dahin gestellt, wo der HErr nicht empfiehlt, sondern befiehlt, die **Sünde** zu erkennen. Man glaubt, ehrlich dem Fortschritt zu huldigen, ihn mitzumachen und — es geht ventre à terre rückwärts in's Verderben. Die scheußlichsten Ausgeburten vollendeter Gottlosigkeit sind das Ringen des gesammten Menschengefühls zum Edeln, zum Licht. Schwarz wird weiß, Finsterniß Licht genannt, und die Opfer, die dem sündigen, Gott verfluchten Wahnsinn fallen, werden fast oder ganz vergöttert. Denn der Geist in ihnen (Zuchthäuslern, galériens, Sodomiten &c. &c.) rang heldenmüthig sich zum Aether auf. — Doch genug der Gotteslästerung. — Ich habe, wie bei der physischen Krankheit, auch bei der geistigen die letzten Stadien miterwähnt. Fern sey der Gedanke, Sie, meinen Freund, für schwer erkrankt auf dem Wege zu halten. — Aber krank scheinen Sie mir; denn der Unglaube an Verschwörungen ist das erste untrügliche Symptom des seelenaustrocknenden Liberalismus. Und davon haben Sie selbst Zeugniß gegen sich abgelegt. Niebuhr starb an der Bekehrung vom Liberalismus und vom Verschwörungs-Unglauben. Sie müssen sich bekehren und leben, für mich, für Ihre Zeit, für die Kirche Gottes leben. Aber zu scherzen ist mit der Krankheit nicht. Ich weiß nur Eine Medicin dagegen, „das Zeichen des heyligen Kreuzes an Brust und Stirn."

Uebersetzen Sie das in's Evangelische, in's ewig Wahre, so haben

Sie das Heilmittel, und das liegt Ihnen, Gott sey Dank! ganz nahe. Das seegne Ihnen Gott der HErr!

Friedrich Wilhelm.

Man wird sehr begierig, wie sich Bunsen auf diese starke Invective äußerte. Indem er an seine frühere Theorie von Contagion und Epidemie anknüpft, hebt er besonders den Unterschied hervor, der in dem Siege einiger tausend Wühler in Berlin und dem leichten Zurückdrängen der großen Chartisten-Demonstration in England hervortrete, so daß seine Theorie dadurch bestätigt werde. Besonders hatte ihn verwundet, daß der König auch Niebuhr als Liberalen bezeichnet und den Tod desselben der Widerlegung seiner liberalen Anschauungen durch die Julirevolution zugeschrieben hatte. „Niebuhr", sagt Bunsen, „war, wie ich, sein ganzes Leben hindurch ein Mann der äußersten Rechten." Die Rückenmarksdürre, die der König dem Liberalismus zugeschrieben hatte, findet er in Frankreich, wo es keine Kraft des Widerstandes gegeben habe. Dem stehe der Starrkrampf gegenüber, wie er in Oesterreich geherrscht habe.

„Man gelangt eben so wenig, von dem ausschließlichen Rechte der Regierung ausgehend mit Haller, zur Freiheit, als, von dem ausschließlichen Rechte des freien Individuums ausgehend mit Rousseau und den droits de l'homme, zur Regierung und gesetzlicher Ordnung. Beide Rechte sind göttlich, weil der Mensch Gottes Ebenbild und zum Staate geschaffen ist. Alle menschliche Weisheit liegt in der gleichmäßigen Anerkennung beider, oder vielmehr in der Anerkennung der über beiden Gegensätzen stehenden, über alle menschliche Willkühr erhabenen göttlichen Weltordnung. Diese kannte und ehrte und verehrte Niebuhr, als die hallerschen Jünger noch nicht geboren waren, und ich hatte sie von ihm und mit ihm aus Bibel, Sophokles, Plato und Kant gelernt anzubeten, als jene Hof-Philosophen noch nicht buchstabiren konnten, oder sich mühsam aus dem Jacobinismus hervorarbeiteten und sich nach Hosen umsahen, die weder Niebuhr noch ich jemals abgelegt. Aber allerdings wir wollten nicht belehrt werden von der neuen Brandenburger Junkerweisheit! Wir wollten uns nicht den Ruf guter Grundsätze verdienen, mit welchen jene Herren mehr der Monarchie geschadet, als mit den schlechten alle Liberalen! Wir wollten uns nicht zu ihnen stellen, sondern riefen mit treuer Warnungsstimme Ach und Wehe! als wir sie an den Stufen und zur Seite des Thrones stehen sahen! Wir konnten das Schiff nicht dem

Abgrunde zufahren sehen, ohne daß uns Schreie des Jammers entfahren wären. Gott hat uns beide vor Verzweiflung bewahrt. Das ist des Herrn Ruhm, nicht unserer. Non nobis, domine! — Ich habe Niebuhrs Briefe an mich nicht zum Drucke gegeben, weil sie damals mehr Uebles als Gutes gethan haben würden. Aber das heilige Vermächtniß und das Gelübde des Capitols sind nicht vergessen.

Auch Ew. Majestät werden zu unserer Ansicht zurückkommen, sobald der Druck der wahnsinnigen Revolution der letzten 100 Tage nachläßt und die Stimme der Vernunft und Rechtlichkeit sich wieder hören lassen kann vor dem Straßenlärm und Gassenbuben-Unfug. Sie werden dann fühlen, wie leicht man die Zeit regieren kann, wenn man die Sprache der Gegenwart spricht, wie sie aus der Anerkennung der Zustände gottgegebener Wirklichkeit hervorgeht. Niebuhr und meine geringe Person werden Ihnen alsdann, allergnädigster Herr, nicht allein als Männer erscheinen, die Sie Ihrer Liebe und Freundschaft würdigten, sondern die auf der Rechten stehen, als Männer der Regierung, obwohl der Freiheit."

Der politischen Rechtfertigung ging auch eine religiöse zur Seite, die insofern fast eine Anklage wurde, als Bunsen dem König zum Vorwurf machte, daß er sich gegen seinen richtigen Instinct von der Reichssynode abgewendet, deren Rathschläge nicht befolgt und die Kirche mit Männern der „allerbeschränktesten Kirchlichkeit" und mit längst „unhaltbar gewordenen Formen und Formeln" regieren wolle; ihm dagegen werfe man vor, daß er auf dem Standpunkte der Lichtfreunde stehe; er bewege sich vielmehr auf Schleiermachers Grund und Boden. Er verweist unter Anderem auf den Abschnitt über die Person Christi in seinem Buche Ignatius. Doch wendet er sich ab von den theologischen Formeln, welche nur ererbte geworden seien und dem gesammten speculativen und sittlichen Bewußtsein nicht mehr genügen. Alles dies trug er kein Bedenken dem König mit unumwundener Freimüthigkeit zu schreiben. Friedrich Wilhelm IV. hatte so viel Gefühl für persönliche Freiheit, daß er ihm das nicht übel nahm, ohne jedoch von seinen Einreden überzeugt zu werden. Bald nachher, als die Zustände in Berlin einer neuen Krisis entgegenzugehen schienen, bringt er den Streitpunct aufs neue zur Sprache[1]).

---

1) Schreiben vom 30. Mai 1848.

„In Berlin wird ein neuer 18. März organisirt. Ungeheuer viel Polnisches und Französisches Gesindel ist in Kneipen, Kellern und Höfen verborgen. Die Lügenbrut ist furchtbar thätig, französisches Geld coursirt, namentlich in Frankenstücken, **wie in den Märztagen** (hear! hear!), kurz, wenn der montirte Coup nicht an der Feigheit des Gesindels und den Bajonetten der Bürgerwehr scheitert, so haben Sie große Begebenheiten zu erwarten. Ist es Ihnen gar nicht aufgefallen, daß die versuchten oder ausgeführten Umwälzungen in Berlin, Paris, Wien, Neapel, alle an demselben Tag Statt gefunden haben? Das ist Wasser auf meine Mühle.

Ein wahres Unglück ist es, daß wir hier und in der Umgegend so gut wie gar keine disponible Truppen haben! In Potsdam u. A. sind weniger, als in den ruhigsten Zeiten. Diese Truppen sind eben dadurch von Wachtdienst fast erdrückt. Wenn nun die wohlgesinnte Berliner Bürgerwehr nach militairischer Hülfe verlangt, so kann ich ihr kaum Nothdürftiges bieten!!! at spes non fracta! Vale!

F. W."

Auch auf Bunsen machten diese Andeutungen und die Nachrichten von den allenthalben zu Tage kommenden socialistischen Bewegungen einen großen Eindruck. „Das sei", sagt er, „das neue Ungeheuer des Arbeiter-Socialismus, welches von keiner Regierung der Welt anders als durch die thätige Mitwirkung der ganzen Nation besiegt werden könne. Der Instinct der Selbsterhaltung werde auch in der Bürgerschaft Berlins mächtiger werden. Der König möge sich an ihre Spitze stellen und, wenn es nöthig sei, sich hiezu selbst nach Berlin begeben. Ein bewaffneter Arbeiter arbeitet eben nicht und will ohne Arbeit essen und als Staatspensionarius leben; mit ihm kann kein Friede sein. Auch in London", setzt er hinzu, „spukt es schon wieder." Bunsen schrieb das am 6. Juni, dem Tage des großen Kampfes in Paris. Was würde wohl in Deutschland und selbst in England erfolgt sein, wenn die Radicalen und Socialisten dort gesiegt hätten?

Einige Wochen später finden wir Bunsen in Berlin, wo doch die in der Sing-Akademie tagende constituirende Versammlung, ihre Tendenzen und die Zustände, die sich daran knüpften, ihn peinlich berührten. Auf wessen Antrieb er damals berufen ist, wird nicht ganz klar. Der König wenigstens sagt: auf seine Veranlassung sei es nicht geschehen. Er trat mit Bunsen aufs neue in den gewohnten Verkehr, der jedoch nicht so innig und ununterbrochen sein konnte,

wie früher. Ueber eine und die andere vorliegende Frage verhandelten sie mit einander. Sehr merkwürdig ist, wie Bunsen die Stellung des Königs überhaupt auffaßt[1]).

„Ew. Majestät waren und sind noch zum Vermittler der alten und neuen Zeit berufen. Maß und Form bestimmt aber die göttliche Vorsehung. Das Vergangene gehört uns nicht mehr, das Zukünftige ist uns verborgen, an das Gegenwärtige sind wir Alle gewiesen, am meisten die Könige dieser Zeit, vor allem Ew. Majestät.

Das Alte ist untergegangen, weil manchen Formen die Wirklichkeit fehlte und mancher Wirklichkeit die Form, nach welcher sie naturgemäß strebte. Keine Thränen und Klagen bringen es zurück.

Eine Regierung muß sich in solchen Augenblicken der Krise an die Wirklichkeit halten. Wirklichkeit ist, wo politische Kraft lebt. Neuer Wein fordert neue Schläuche. Das Gute im Alten wird aufleben in neuer Form, weil das Gute in der göttlichen Weltordnung gegründet ist. Das halte ich für einen Theil des wahren fürstlichen Glaubens."

Eine für Bunsens Sinnesweise sehr bezeichnende Aeußerung, über deren allgemeine Gültigkeit man aber versucht ist mit ihm zu streiten. Denn danach sollte es scheinen, als ob sich die Gegenwart von der Vergangenheit ablösen ließe, von der sie ja doch jeden Augenblick als Bestandtheil zurückbleibt, und als ob die Verborgenheit der Zukunft verhindern könnte, an dem Realen der Gegenwart, das aus der Vergangenheit stammt, festzuhalten, während sie doch alle drei nur ein einziges Ganze bilden, wie von Jahr zu Jahr, so von einer Epoche zur andern. Die Formel, die Bunsen zuweilen braucht, z. B. von der Monarchie Friedrichs II., sie sei verstorben und begraben, kann man unmöglich gelten lassen. Diese Monarchie lebte damals und lebt noch heute, nur nicht in jeder Zufälligkeit, aber in dem, was ihr Wesen ausmachte, namentlich in dem vorwiegend militärischen Charakter des Staates. Ewig ist allerdings nichts auf Erden, und Alles hat seine Bedingungen. Aber indem die Umstände wechseln, mehr oder minder gewaltsam, wird doch das Lebensfähige sich behaupten. Zu der Vermittelung des Alten und des Neuen,

1) Schreiben vom 11. August 1848.

zu dem Uebergang von einer Epoche auf die andere wird also das Festhalten an dem Wesentlichen gehören; denn nur dann kann eine Continuität zwischen dem Vergangenen, Gegenwärtigen und Nachfolgenden sich bilden. Doch genug der posthumen Widerrede.

Die Worte Bunsens waren ohne Zweifel darauf berechnet, den König vor aller Reaction zu warnen und ihn bei den zeitgemäßeren Bestrebungen, denen er Raum gegeben hatte, festzuhalten. Wenn Friedrich Wilhelm auf eine ruhige Entwickelung der Ideen und Formen des germanisch-christlichen Staates, zu der er demselben eine unbeschränkte Fähigkeit zutraute, gerechnet hatte, so war er durch die elementaren Bewegungen, die ihn bestürmten, genöthigt worden, andere Bahnen einzuschlagen. Er hatte den vereinigten Landtag, der seinen ursprünglichen Intentionen entsprach, fallen lassen und die Berufung einer neuen Versammlung auf breitester Grundlage zur Vereinbarung einer preußischen Verfassung bewilligen müssen. In derselben aber stellten sich nun alle die Elemente, die er principiell verabscheute, ihm gegenüber. Was einer momentanen Erhebung der radicalen und republikanischen Tendenz, die von der Schweiz und Frankreich her unterstützt wurde, im westlichen Deutschland nicht gelungen war, schien sich hier vor seinen Augen vollziehen zu wollen. Die rothe Fahne wurde entfaltet und das Zeughaus gestürmt. Die Liberalen, die in dem vereinigten Landtage so energisch hervorgetreten waren, sahen sich so gut mit Vernichtung bedroht, wie die Anhänger der ständischen Verfassung und die Monarchie selbst.

In diesem Alles gefährdenden Conflict war es, daß Friedrich Wilhelm seine Antipathien gegen Constitutionen überwand und den Entschluß faßte, ein constitutioneller König zu sein. Indem er das Bunsen mit Nachdruck sagte, fügte er hinzu: „aber nie werde er sein Haupt vor der Demokratie beugen“ [1]), — ein Wort, in welchem die Wendung der preußischen Geschicke liegt. Denn darauf kam es nun an, ob die constitutionelle Richtung, die man ergriff, gleichsam eine Abkunft mit dem Liberalismus, dahin führen werde, das Selbst des Staates zu behaupten und die Elemente zurückzuweisen, die ihn zu vernichten drohten. Solche Zeiten müssen kommen: das historisch

1) Gespräch des Königs mit Bunsen in: Leben Bunsens, deutsche Ausg. II, S. 458.

Gebildete muß seine innere Lebenskraft im allgemeinen Sturme bewähren und selbst von dem neu Emporkommenden so viel in sich aufnehmen können, daß die Lebenskraft dadurch verstärkt wird, weit entfernt davon zerstört zu werden. Dadurch wird alle Umbildung bedingt sein.

Für den preußischen Staat war nun das die große Aufgabe, mit den Anforderungen der Zeit und den gährenden Elementen sich auseinanderzusetzen. Nicht durch Vermittelung aber konnte dies geschehen, sondern nur durch das Ergreifen einer festen Stellung und entschiedenen Widerstand gegen das Vordringen von Kräften, welche die Destruction herbeigeführt haben würden. Auf diesen Kampf näher einzugehen, bietet der Briefwechsel mit Bunsen keine Veranlassung dar. Nur das eine und das andere darauf Bezügliche kommt darin vor, das der Erwähnung doch auch sehr würdig ist.

Der Prinz von Preußen war nach England gegangen. Von dem König findet sich ein Billet, worin des dortigen Aufenthalts desselben gedacht wird:

„Theuerster Bunsen! — Ist mein lieber Wilhelm noch in England, so sorgen Sie ja dafür, **daß er seinen Weg über den Haag nehme**, wo er einen Courier mit Brief von mir finden wird, mit bestem Rath. — Sein mit allen Mächten abgemachtes General-Commando in Schleswig stößt in Berlin!!! auf Schwierigkeiten. Sollte man's für möglich halten!!!!!!

Potsdam, den 14. April 1848. F. W."

In einem Briefe, der sich mit diesem Billet kreuzte, giebt Bunsen dem König Nachricht, daß die Stellung des Prinzen in London vortrefflich sei.

„Er macht allenthalben den besten Eindruck durch seine edle Haltung und klare Verständlichkeit. Er selbst lernt viel durch die Gespräche mit den ersten Staatsmännern Englands und ihre Fragen, namentlich Peels, und er steht im Begriff, täglich Stunden zu nehmen bei einem gebildeten Engländer in Sprache, Literatur und Verfassung."

Für die Absicht, dem Prinzen ein Commando in Holstein zu geben, war Bunsen nicht, da es noch nicht zu einem dänischen Kriege zu kommen schien.

„Würde", sagte er, „Ew. Majestät königlicher und brüderlicher Gedanke nicht am besten ausgeführt, wenn der Prinz noch hier bliebe, ja hier bliebe, bis die volle Rehabilitation in Berlin stattfinden kann? Gott regiert ja noch die Welt, und Er wird den Ausgang finden."

Im Haag, bemerkt er, würde der Prinz wie ein Flüchtling erscheinen; in England falle er Niemand zur Last und könne die einmal gewonnene Stellung noch Wochen und Monate fortbehaupten vor England, wie vor Deutschland.

Noch ein anderes Schreiben des Königs (vom 30. Mai) finden wir, in welchem sich seine Lage spiegelt. Auf die wichtigste aller einem König von Preußen vorliegenden Fragen bezieht es sich, wenn er über das Verhältniß des Souveräns zum Kriegsminister, wie es in England gestaltet sei, Auskunft fordert: sei der Minister nur Verwalter der Geldangelegenheiten, oder könne derselbe, oder könne das Gesammt-Ministerium überhaupt dem Oberbefehlshaber der Armee Befehle zugehen lassen? das heißt doch, inwiefern der Souverän oder das parlamentarische Ministerium, das ist, das Parlament, die oberste Autorität in Angelegenheiten der Armee bilde. Unter Anderem fragt er, ob die Regierung aus der verweigerten Anstellung oder Absetzung eines Generals eine Cabinetsfrage machen könne.

Der König ging von der Idee aus, daß in England die wesentlichen Rechte des Fürstenthumes auch bei der parlamentarischen Verfassung gewahrt seien. Wenn er aber die unbedingte Autorität des Souveräns über die Armee im preußischen Sinne unter diesen Rechten begriffen hatte, so wurde er eines Anderen belehrt. Bunsen gab sich viel Mühe, um eine authentische Beantwortung der Fragen des Königs einsenden zu können. Prinz Albert und Wellington, der die Oberbefehlshaberstelle in der englischen Armee bekleidete, haben sich darüber geäußert. Wellington führte aus, daß er unbedingt auf ein gutes Verhältniß mit dem secretary of war angewiesen sei. Prinz Albert entwickelte: wie hoch auch immer die königliche

Prärogative in Militärsachen angeschlagen werde, so gelte doch auch hier „das allgemeine constitutionelle Princip, daß der Souverän allein befiehlt, daß aber für jeden Befehlsact Jemand verantwortlich sein muß“.

Man sieht, wie tief das Wesen des preußischen Staates von dieser Auskunft betroffen wurde. Für den seiner Natur nach militärischen Staat ist es eine der wichtigsten Fragen, inwiefern die Oberleitung der die Armee betreffenden Angelegenheiten von dem Parlament abhängig ist.

Friedrich Wilhelm IV. hat diesem Anspruch niemals nachgegeben.

VIII.

Reichsverfassung.

Die eigentlich preußischen Vorgänge werden von Bunsen nur soweit berührt, als seine Theilnahme für den König es forderte. Vom ersten Augenblick an beschäftigte er sich dagegen auf das eingehendste mit den deutschen Angelegenheiten. Sehr auffallend ist es doch, daß er am 19. März, ehe er noch von den in Berlin eingetretenen Ereignissen eine Ahnung haben konnte, sich des Wortes bedient: Preußen müsse im frei gewordenen Deutschland aufgehen, oder aber es werde untergehen. „Die dynastische Basis", sagt er, „in ihrer Unbedingtheit ist eine Unmöglichkeit geworden. Die nationale Basis allein bringt Heil', aber nur, wenn sie als etwas Gutes und Edles, nicht als ein nothwendiges Uebel betrachtet wird." Das sei, fügt er hinzu, auch in England der Fall, und darum gehe es gut daselbst.

Bei den ersten Nachrichten von dem Geschehenen ist Bunsen betroffen, schreibt demselben aber keine besondere Bedeutung zu. Seine Aufmerksamkeit ist auf die deutsche Bewegung gerichtet, welche die größte sei seit Karl dem Großen. Den Fall Oesterreichs und Metternichs erwähnt er eher mit Befriedigung: denn dadurch werde die Schranke gehoben, welche Oesterreich von Deutschland trenne; der Vereinigung von 42 Millionen stehe jetzt nichts mehr entgegen. Der Versuch eines deutschen Parlamentes, wie man ihn eben mache, werde unfehlbar zu einem süddeutschen republikanischen Sonderbunde führen, wenn der König von Preußen sich nicht an die Spitze stelle.

Mit diesen Ideen steht es in Einklang, wenn der König bei jenem Umzug am 21. erklärte, daß er die Leitung Deutschlands in den Tagen der Gefahr übernehme, und daß Preußen fortan in Deutschland aufgehe, — Worte, die, in der stürmischen Aufregung

des Momentes geäußert und nicht ganz identischen Sinnes, dennoch die große Aufgabe bezeichnen, welche die preußische Politik in Bezug auf Deutschland auf die eine oder die andere Weise zu lösen hatte. In Folge der Februarrevolution war die Unhaltbarkeit der deutschen Verfassungszustände zu Tage gekommen, sowohl den weitverbreiteten Sympathien gegenüber, welche sie erweckte, als Angesichts der Gefahr, die man von dem Aufflammen der alten Eroberungsgelüste in Frankreich befürchtete. Wenn man sich nach einer Macht umsah, welche für den inneren und äußeren Schutz sorgen könne, so wandten sich Aller Augen auf Preußen, nicht jedoch ohne die Voraussetzung, daß es den populären Wünschen und Erwartungen auch in seinem eigenen Staatsleben Rechnung tragen werde. Was Bunsen andeutete, daß der König von Preußen an die Spitze von Deutschland treten solle, wurde von den verschiedensten Seiten unter mannigfaltigen Modificationen ausgesprochen. Die Märztage machten darin keinen wesentlichen Unterschied, da der König in Patenten und Reden eine entgegenkommende Gesinnung kundgegeben hatte. In den oberdeutschen Gebieten, die einst vorzugsweise als das Reich bezeichnet worden waren, sah die große Mehrheit die Rettung Deutschlands in einer mit Preußen zu treffenden Vereinbarung.

Man darf diesen Moment trotz seiner Stürme und tumultuarischen Fluctuationen als einen der bedeutsamsten in der Geschichte dieses Staates betrachten. Obgleich dem Reiche immer verbunden, hat derselbe doch allezeit eine eigenartige, selbständige Richtung befolgt; unter allem Wechsel von Glück und Unglück, den er bestand, war er durch seine stetige Machtentwickelung so weit gekommen, daß das Reich, d. h. die nach dem Aufgeben der deutschen Krone von Seiten des Hauses Oesterreich auf sich selbst und den Bund angewiesenen Länder und Fürsten, ihre Erhaltung und Weiterbildung inmitten der Unruhen, von denen sie betroffen waren, sowie ihren Schutz gegen den äußeren Feind hauptsächlich von der Führung und dem Vorgange des Königs von Preußen erwarteten.

Der Augenblick mit seinen Schwankungen nnd Gefahren schien doch den Ehrgeiz des Königs von Preußen herauszufordern. In der engsten Verbindung der deutschen und preußischen Geschicke breitete sich eine neue Zukunft vor Friedrich Wilhelm aus. Man stellte ihm mit beredten und von historischer Einsicht eingegebenen Worten vor: dahin führe die ganze Geschichte seines Staates; er möge das Walten der göttlichen Vorsehung darin erkennen. In dem König schlug ein Herz für Deutschland; er leitete seine Gefühle selbst von

seiner Mutter her, die er als die schmerzensreiche bezeichnete. Dennoch, als es so weit kam, wo er sich definitiv aussprechen sollte, hielt er an sich. Er faßte die allgemeine Lage des Augenblicks unter umfassenderen Gesichtspuncten, als die meisten Anderen. Er fürchtete, in der Mitte zwischen dem revolutionären Frankreich und dem von einem unbedingt despotischen Willen geleiteten Rußland könne Deutschland in die größten Gefahren gerathen, wenn es sich in sich selbst entzweie und unfähig werde, die ihm gebührende centraleuropäische Position zu behaupten. Ueberdies war seine Seele mit den lebendigsten Anschauungen der alten glorreichen Vergangenheit erfüllt. Er hielt es für möglich, nicht allein das innere Deutschland neu zu gestalten, sondern auch die Würde des römischen Kaiserthums, welche immer als die erste der Welt gegolten hatte, wieder zu erneuern und zwar im Hause Oesterreich, welches, dadurch befriedigt, von weiteren Einmischungen in die eigentlich deutschen Angelegenheiten abstehen werde. In seinen Gedanken mischen sich Reminiscenzen der Vorzeit mit dem Wunsche, dem Bedürfnisse des Augenblickes zu genügen. Sein Ehrgeiz wäre gewesen, diesem Kaiserthum als deutscher König zur Seite zu stehen. Es hätte ihn glücklich gemacht, in der alterthümlichen Form in der Bartholomäuskirche zu Frankfurt dazu erkoren zu werden, von den Königen als Kurfürsten im Conclave, von den Fürsten im Chor, mit Genehmigung des römischen Kaisers, unter Acclamation des hereinströmenden Volkes.

Auf eine ähnliche Weise an das Alte anknüpfend, dachte Friedrich Wilhelm sich auch den künftigen Reichstag. Ein Oberhaus, wie ehedem der Reichstag in verschiedene Collegien gegliedert, Könige, Großherzoge, Herzoge, Fürsten, nicht ohne die mediatisirten; das alte städtische Collegium würde sich in ein Unterhaus verwandeln, verstärkt durch die Reichsritterschaft mit Assessoren aus dem übrigen Adel auf der einen Seite und auf der andern durch Abgeordnete der Landgemeinden, wie denn auch die städtischen selbst aus freien Wahlen hervorgehen sollten. Friedrich Wilhelm erscheint beinahe wie ein Baumeister, der ein verfallenes Schloß seinem ursprünglichen Charakter gemäß wiederherzustellen, aber es zugleich brauchbar und wohnlich zu machen gedenkt. Wie sein Unterhaus den modernen Ideen einigermaßen entsprochen haben würde, so fügte er sich auch in die Forderung, die höchste Gewalt durch ein verantwortliches Ministerium zu beschränken; mit der Maßgabe jedoch, daß einem König, wie er ihn sich denkt, freiere Hand gelassen werden müsse. Auch seines protestantischen Ehrgeizes vergißt er hiebei nicht. Er will

den deutschen König durch den Erzbischof von Magdeburg, den er zu schaffen im Sinne hatte, als Primas Germaniae krönen lassen[1]).

Ueberhaupt läßt sich, was er hier vom Reiche sagt, mit dem vergleichen, was er vor Jahren in Bezug auf die Kirche vorzuhaben schien. Es ist mehr Phantasie und Ideal als Programm, wiewohl doch darin zugleich eine dem Augenblick angehörige Absicht erkennbar ist.

Dahlmann, der damals als Vertrauensmann der preußischen Regierung in dem Rathe der Siebzehner mit dem künftigen Entwurf der Reichsverfassung beschäftigt war und daran festhielt, daß das künftige Oberhaupt den Titel Kaiser führen und erblich sein müsse, stellte dem Könige, der ihm seine Bemerkungen hatte zugehen lassen, auf das ehrerbietigste vor, wie viel sich gegen dieselben einwenden lasse. Er machte den König besonders auf zwei Puncte aufmerksam, einmal daß Oesterreich mit der ihm zugedachten äußeren Würde sich nicht begnügen, und sodann, daß ein gewählter König sich doch niemals fest genug fühlen werde, um nicht vor allem seine Hausmacht im Auge zu behalten. Er schloß daraus, daß der künftige Kaiser — denn des Titels könne er nicht entbehren — zugleich erblich sein müsse: einleuchtende Argumente, die auch den König wirklich überzeugten. Aber die Folgerung, die er daraus zog, war eine ganz andere, als man erwartete; diese ging dahin, daß die erbliche Kaiserwürde auf Oesterreich übertragen werden müsse. Auch unter dieser Voraussetzung blieb Friedrich Wilhelm bei seinen Ansichten über den Reichstag, ungefähr wie er sie schon angegeben hatte, stehen. Er nahm das verantwortliche Ministerium im vollen Umfange an, mit der ironischen Bemerkung, bei einem solchen könne Kaiser Ferdinand ebenso gut regieren, wie Karl der Große. Die Frage entsteht, was er dann für Preußen in Anspruch nahm, ob er wirklich gesonnen war, sich einem erblichen Kaiser aus dem Hause Oesterreich ganz und gar zu unterwerfen. Davon war er doch weit entfernt. Der Vorschlag, den er in Bezug auf die Militärverfassung macht, hat vielmehr eine ganz entgegengesetzte Tragweite. Er will vierzehn Militärdistricte, die er Herzogthümer nennt, ein=

---

1) Bemerkungen des Königs zu dem Entwurf des Prinzen Albert in einem Briefe an Dahlmann vom 24. April 1848, abgedruckt in der Schrift: Zum Verständniß der deutschen Frage (Stuttgart 1867) S. 29, und im Leben Dahlmanns von Springer II. S. 225. Wenn der König sich nicht nennt, so ist es doch außer Zweifel, daß er sich selbst im Auge hat.

gerichtet wissen, vier derselben aus den österreichischen, vier andere aus den preußischen Gebieten, die übrigen dergestalt eingerichtet, daß die kleineren Contingente in den herzoglichen verschwinden. Und da war der Gedanke Friedrich Wilhelms, daß, wie die österreichischen Herzogthümer dem Kaiser angewiesen, so die preußischen ausschließend dem Könige von Preußen unterworfen bleiben sollen: denn seiner Armee könne er nicht anmuthen, sich unter einem deutschen Reichsheere auflösen zu lassen; er dürfe das weder der Armee noch dem Volke vorschlagen. Mit dieser Unabhängigkeit aber war er noch nicht zufrieden, wie denn auch damit der beabsichtigten Reichseinheit und der vielfach geforderten preußischen Führung nicht entsprochen gewesen sein würde. Friedrich Wilhelm nahm vielmehr unter dem Vorbehalt, er werde daraus keine unerläßliche Bedingung machen, jedoch in sehr ausdrücklichen Worten, die Stellung eines Reichserzfeldherrn in Anspruch; sie sollte sich mit Ausnahme der österreichischen über alle Reichsherzogthümer erstrecken. Ueberträgt man die an die Historie anlautenden Ausdrücke in gewöhnliche Worte, so ist es die militärische Führung, welche Friedrich Wilhelm für alle deutschen Gebiete, mit Ausnahme der österreichischen, in Anspruch nimmt, und zwar erblich für Preußen[1]). Wohin aber hätte das führen können? Die Erblichkeit des Kaiserthums in dem Hause Oesterreich würde ein erblicher Erzfeldherr aus dem Hause Brandenburg nicht zu fürchten gehabt haben.

In diesem Gegensatz der beiden Mächte, der im ersten Augenblick erschien, lag bei weitem die größte Schwierigkeit der deutschen Frage: sie gab den Anlaß zu den idealen Entwürfen des Königs. Er war davon durchdrungen, daß Oesterreich nicht ausgeschlossen werde könne. Der Anerkennung dieser Macht in ihrer historischen Bedeutung wollte er eine ähnliche seines eigenen Staates zur Seite stellen. Der deutsche König und der Reichserzfeldherr sind wesentlich Eins und Dasselbe; nur fehlt es dem Letzteren an dem Schimmer und poetischen Glanz der höchsten Würde. Was Friedrich Wilhelm im Auge hat, ist eine über das gesammte außerösterreichische Deutschland sich erstreckende oberhauptliche Autorität Preußens. Nur erschien das alles in Formen, an denen Reminiscenz und Phantasie so vielen Antheil haben, daß die Idee selbst unverständlich für die Mitlebenden blieb. In Oesterreich scheint man sie am besten gefaßt

1) Schreiben des Königs an Dahlmann vom 3. Mai 1848 bei Springer Bd. II, S. 242.

zu haben, ohne sie jedoch irgendwie zu billigen. In der übrigen Welt, vor allem in Berlin, sah man darin nur eine formelle Unterordnung unter Oesterreich, für welche das damalige Ministerium oder gar die constituirende Versammlung nimmermehr gewonnen werden konnte. Eingeengt zwischen den entgegengesetzten Ansprüchen der alten reichsoberhauptlichen Autorität von Oesterreich und der aufstrebenden Macht des eigenen Staates, hat der König wohl gesagt: er wolle sich auf seine Rolle als König von Preußen beschränken. Aber war das in der That seine Absicht, konnte sie es sein? Er hatte schon immer angedeutet, daß es Fälle gebe, in denen er die Führung der deutschen Angelegenheiten übernehmen könne; er wiederholte das auch jetzt unumwunden: wenn die von Metternich eingeleitete Politik Oesterreich auch ferner den deutschen Dingen entfremde, oder dies die deutsche Krone zurückweise, dann werde er sie annehmen; er werde es sogar für seine Pflicht halten, danach zu greifen. In seiner Seele hatte die preußisch-deutsche Idee doch immer die Oberhand über die Anerkennung des alten Vorranges von Oesterreich.

Für's erste aber waren alle diese Discussionen sehr eventueller Natur; denn die Herstellung des Kaiserthums ließ sich von den Fürsten, auf die sich der König allezeit bezog, überhaupt nicht, am wenigsten in der Form der Erblichkeit, erwarten. Er selbst rieth, die Frage noch zu vertagen. Dazu aber führte der Fortgang der Dinge in Frankfurt ohnehin. Ganz andere Elemente als diejenigen, mit denen der König rechnete, waren hier zu Ansehen und Bedeutung gekommen, obwohl in unaufhörlichem Kampfe mit einander. Gleichsam von selbst, unter dem Brausen des allgemeinen Sturmes, ein Theil desselben, — war der Gedanke eines deutschen Parlaments ins Leben getreten. Radicalismus und Liberalismus hatten dabei auf das eigenste zusammengewirkt. Denn aus ausgesprochenen Radicalen und unzweifelhaften Altliberalen bestand jenes Vorparlament, das ohne Autorisation, nur durch den Drang der Ereignisse veranlaßt, an dem Orte der Bundesversammlung zusammentrat und diese durch ihr erstes Erscheinen selbst dazu brachte, in die Berufung einer deutschen Nationalversammlung zu willigen. Als Grundlage derselben wurde das allgemeine Wahlrecht angenommen und ins Werk gesetzt. Bei der ersten Zusammenkunft der Versammlung, 18. Mai 1848, stellte es sich heraus, daß sie beide Elemente in sich enthielt. Es bildete die umfassendste Aussicht für die Umgestaltung aller deutschen Zustände, daß diese Versammlung, deren Befugnisse unbestimmt waren und nicht bestimmt werden konnten, die Anhänger der

bisherigen Oppositionen verschiedenster Färbung zu diesem großen Beruf vereinigte. Zwischen ihnen aber stellte sich sogleich ein starker Widerstreit heraus, der nicht anders als durch Compromisse geschlichtet werden konnte. Denn wenn die Liberalen an Zahl die Stärkeren sein mochten, so waren doch auch die Radicalen sehr zahlreich und durch ihren Eifer von dem größten Einfluß auf die Verhandlungen.

In den grundlegenden Reden wurde die National-Souveränetät anerkannt; aber um diese Idee nicht im Sinne des Radicalismus zu einem allgemeinen Umsturz ausbeuten zu lassen, fügte man den beschränkenden Beschluß hinzu: die Staatsregierungen anzuerkennen und auf ihre Theilnahme Bezug zu nehmen. Wenn dann bei der Erörterung über die Wahl zu den verschiedenen Landesrepräsentationen und zu der allgemeinen Nationalversammlung die Meinung der Radicalen gewesen wäre, die ersten ganz verschwinden zu machen und nur eine einzige Versammlung mit dem constituirenden Rechte zu betrauen, so wurde das zwar beseitigt, aber nicht ohne die Erklärung, daß die Beschlüsse der Landesrepräsentationen nur nach Maßgabe dessen, was die allgemeine Versammlung vereinbare, zu verstehen, jene also dieser untergeordnet sein sollten.

Die nächste und allerwichtigste Angelegenheit nun war die Bildung einer provisorischen vollziehenden Gewalt. Die Radicalen wollten dieselbe aus der constituirenden Versammlung selbst aufsteigen lassen, wodurch man factisch zur Republik gelangt wäre. Die Liberalen hielten an den Analogien des constitutionellen Systems fest; sie forderten für die zu bildende Gewalt eine Unabhängigkeit ihres Ursprungs nach den Grundsätzen parlamentarischer Regierungen. Die ersten wünschten einen Präsidenten aufzustellen, die andern zogen den Titel Reichsverweser vor. Diese behielten hiebei die Oberhand; und sehr ernstlich ging man zu Rathe, wie nun durch die Regierungen das Reichsverweseramt zu bestellen sein werde: ob man eine Trias oder eine Monas einrichten wolle. Bunsen wäre, wie man aus seinen Briefen sieht, für die Abwechselung zwischen einem preußischen und einem österreichischen Prinzen in dieser Würde gewesen. Auf den Antagonismus der beiden Hauptmächte oder auf ihre Ausgleichung kam es aber in diesem Augenblick nicht eigentlich an, sondern vielmehr darauf, ob der Gesammtheit der Fürsten und der Regierungen die Wahl des provisorischen Reichsverwesers zugestanden oder abgesprochen werden sollte. Die Frage hat eine allgemein constitutionelle Bedeutung; denn für die Bildung einer executiven Ge-

walt ist es der entscheidende Moment, ob dieselbe durch die legislative Versammlung geschieht, oder ob ihr eine, von dieser wesentlich unabhängige, aus dem Begriff des Fürstenthumes stammende Autorität zukommt. Das Erste entspricht dem Begriffe der Nationalsouveränetät an sich; aber es unterwirft zugleich die Regierung der legislativen Versammlung und regt die popularen Leidenschaften an. In Bezug auf Deutschland war das insofern von doppeltem Gewicht, weil die Berathung der Fürsten über den Reichsverweser an alle bestehenden Zustände angeknüpft hätte, die Verwerfung derselben eine von ihnen gleichsam losgerissene Autorität constituirte[1]). Der Ausschuß, welcher die Frage berieth, war der Ansicht, daß man sich an das Gegebene halten und den Fürsten die Bestellung der Reichsverweserschaft überlassen solle. In dem Conflict der Parteien hielt es der Präsident der Versammlung, indem er die Tribüne bestieg, für rathsam, die andere Meinung zu ergreifen: wie er die Rechte der Versammlung überhaupt von dem Begriff der Volkssouveränetät herleitete, schrieb er ihr auch die Befugniß zu, die provisorische Centralgewalt zu schaffen. Er verfuhr dabei jedoch nicht ohne Umsicht; denn die Persönlichkeit, auf welche er die Blicke richtete, gehörte dem Hause Oesterreich an, welches früher das Kaiserthum von Generation zu Generation verwaltet hatte. Es ließ sich voraussetzen, daß dem keine Regierung widersprechen würde, auch nicht die preußische. Der Erwählte sollte dann der persönlichen Unverantwortlichkeit gesichert sein; aber ein der Versammlung verantwortliches Ministerium sollte ihm zur Seite stehen. Das constitutionelle Princip wurde dadurch gewahrt, nicht jedoch, wie es in England und selbst in der französischen Constitution von 1791, der dann so viele andere gefolgt sind, ausgesprochen war, sondern mehr in dem Sinne der Julitage und der neueren Constitutionen, die an diese anknüpften. Auf diese Weise meinte man die radicalen Tendenzen, indem man sie befriedigte, im Zaum zu halten und zugleich die republikanischen Impulse zurückzudrängen. Es erschien als ein Compromiß nach den entgegengesetzten Seiten hin. Aber unleugbar ist doch, daß der Begriff der Nationalsouveränetät dadurch sanctionirt und der Versammlung, welche dieselbe repräsentirte, da ihr die Minister verantwortlich sein sollten,

---

1) In diesem Sinne bemerkte Carl Mathy: „Ich kann nicht sagen, daß wir zu Allem berechtigt sind, da uns doch der Kreis unserer Rechte vorgezeichnet ist, und da außer uns in Deutschland noch Staaten bestehen, welche auch ihre Rechtssphäre haben.“

eine selbständige Stellung mit neuen und weitaussehenden Ansprüchen verliehen wurde. Der Beschluß imponirte durch die Kühnheit und Energie, mit der er gefaßt und durchgeführt wurde. Der erwählte Reichsverweser, Erzherzog Johann, nahm die Wahl an; die noch immer tagende Bundesversammlung übertrug ihm ihre verfassungsmäßigen Befugnisse und trat vor ihm zurück. Aber welch ein Unterschied war zwischen dieser, die eben nur auf dem Begriff eines Staatenbundes beruhte, und der Reichsverweserschaft, welche zur Vorbereitung einer definitiven Einheit bestimmt war und sich hauptsächlich auf die Doctrin von der Nationalsouveränetät stützte! Der Reichsverweser ernannte Minister für die einzelnen Zweige der Verwaltung und Gesandte an den auswärtigen Höfen. Plötzlich sah man in Deutschland eine Centralgewalt erscheinen, freilich nur provisorisch, aber auf das Princip, welches allenthalben in Europa Geltung gewann, gegründet, allen Beirath verschmähend und isolirt, wenigstens nach dem Anschein mit einer großen Bestimmung für die Gegenwart und Zukunft. Als es soweit gekommen war, trat nun die für die Wirksamkeit der neuen Institution bedeutendste Frage hervor: welches konnte und sollte das Verhältniß der Centralgewalt zu den einzelnen Landesregierungen sein?

Gleichsam als ob es dem Reichsministerium darauf ankomme, die Sache mit Einem Schlage zur Entscheidung zu bringen, griff es bei dem wesentlichsten Moment der öffentlichen Gewalt in das Machtgebiet der einzelnen Staaten ein; es ordnete an, daß die sämmtlichen deutschen Truppen dem Reichsverweser huldigen und die deutschen Farben tragen sollten. Die Verfügung rief in den meisten Staaten Erstaunen, Unmuth und Widerstreben hervor; wieviel mehr aber als allenthalben sonst mußte das in Preußen, dessen Ansehen auf seiner Militärmacht beruht, der Fall sein! Die Errichtung der Reichsverweserschaft hatte in Berlin selbst bei der constituirenden Nationalversammlung, weil sie ohne Rücksprache mit ihr vollzogen worden war, Widerspruch erweckt; sie fürchtete beinahe, dadurch mediatisirt zu werden. Was aber mußte bei dem Huldigungsdecret das Heer, das Volk und vor allem der König selbst empfinden! Er war stolz auf das Heer — wie er sagt, das erste der Welt, die Schöpfung seines Hauses — und hatte erklärt, es in ein Reichsheer, selbst unter römisch-kaiserlicher Majestät, nicht aufgehen lassen zu wollen. Jetzt muthete man ihm an, es der soeben entstehenden, auf dem Begriff der Nationalsouveränetät beruhenden Reichsverweserschaft zu überlassen. Entrüstet hierüber sagte er Bunsen, der da-

mals in Berlin war, er werde sich einem provisorischen Reichsministerium niemals unterwerfen. Bunsen selbst, der hiebei seine Ansichten modificirte, sprach seine Mißbilligung darüber aus, daß man das organisch Gewachsene, welches den Hort gegen die Pöbelherrschaft bilde, zu zerstören den Anlauf nehme, indem man es einem Fremden unterordne. Allgemeine Indignation erregte es, daß die preußischen Truppen einem Erzherzoge aus einem Hause, im Kampfe gegen welches sie ihren Ruhm begründet hatten, huldigen sollten Der zur Huldigung bestimmte Tag ging vorüber, ohne daß man sie leistete. Wenn die Truppen die deutschen Cocarden trugen, so beruhte das auf einer Anordnung, die schon in den Märztagen erlassen worden war, jedoch auch damals nicht ohne Wahrung des Vorzugs der preußischen Abzeichen. Zu einem offenen Mißverständniß aber ist es hierüber nicht gekommen.

Bei dem Domfeste in Cöln im August 1848 traf der König mit dem Erzherzoge, dem Präsidenten und einer Deputation des Frankfurter Parlamentes zusammen, wobei, von Außen angesehen, Bezeugungen gegenseitigen Wohlwollens und allgemeinen Einverständnisses vorwalteten. Dabei ließen sich doch auch entgegengesetzte Regungen und starke Differenzen bemerken. Selbst bei den Festlichkeiten eines großen Gastmahles, welches der König im Gürzenich gab, kam das zu Tage. Wer neben dem König, außer dem Erzherzoge, den Sitz einnehmen sollte, der als der vornehmste erschien, wurde ein Gegenstand ernstlicher Verhandlung. Der Präsident des Parlaments verlangte denselben: zwischen ihm, dem Repräsentanten der Nationalsouveränetät, und dem Reichsverweser sollte der König gleichsam eingeschlossen sein. Der König ließ sich das nicht abgewinnen: den Erzherzog betrachtete er als seinen Gast; aber auch sein Oheim, Prinz Wilhelm, und sein Bruder, Prinz Carl, waren zugegen. Der König war entfernt davon, dem Präsidenten der Versammlung den Rang vor den Prinzen seines Hauses zu geben. Prinz Wilhelm saß bei Tafel neben ihm. Und sehr ausdrücklich brachte der König den Abgeordneten in eindringenden Worten in Erinnerung, daß es noch Fürsten in Deutschland gebe und er einer von denselben sei. In jenem Huldigungsdecret sah er eine Usurpation unzweifelhafter Rechte des deutschen Fürstenthums. Man trug sich damals viel mit dem Gedanken, den König dadurch für Frankfurt zu gewinnen, daß man das Heerwesen und die diplomatische Vertretung in seine Hände gäbe. Auch Bunsens Meinungen und Wünsche gingen dahin. Obwohl er sich nicht verbarg, daß der Vorschlag schwerlich bei den Reichsministern

durchzuführen sei, denen er selbst einen Souveränetätsschwindel beimißt, so hat er doch die Gelegenheit, die sich ihm noch einmal darbot, ergriffen, dem König den Vorschlag nahe zu legen. Friedrich Wilhelm antwortete, daß er hierauf nicht eingehen könne, wenn der Antrag nicht von den Fürsten komme. In welcher Form? fragte Bunsen: ob einzeln oder collectiv? Der König legte keinen Werth auf die Form; aber darauf bestand er, daß es geschehe: denn er könne — so sind seine Worte — eine Usurpation, gegen die er protestire, soweit Preußen betheiligt sei, nicht gutheißen, da sie gegen die Anderen laufe[1]).

Man konnte den Gegensatz der obwaltenden Directionen im Großen wie im Kleinen wahrnehmen. Wo der König die deutschen und die preußischen Farben neben einander erblickte, wendete er seine Augen mit Vorliebe den letzteren zu. Wie man ihm jetzt anmuthete, so hatte er weder das Aufgehen in Deutschland, noch auch die Leitung der deutschen Angelegenheiten, von welcher früher die Rede war, verstanden.

Es dauerte nicht lange, so trat der Zwiespalt in einer großen Angelegenheit weiter hervor. Es war die nationale Controverse Deutschlands mit Dänemark, die hiezu den Anlaß gab. Denn indem die Dänen den Versuch machten, angesichts einer bevorstehenden dynastischen Trennung von Holstein, Schleswig, das mit Deutschland seit Jahrhunderten auf das engste verbunden war, ganz auf die dänische Seite zu ziehen und dem dänischen Verfassungsstaate einzuverleiben, faßte man in Deutschland die entgegengesetzte Absicht, die Verbindung Schleswigs mit Holstein aufrecht zu erhalten und die beiden Länder aufs engste mit Deutschland zu vereinigen. Hierüber war ein Krieg ausgebrochen, den Preußen im Namen von Deutschland im Sinne des deutschen Interesses in einem Augenblicke unternahm, wo die beiden Richtungen ganz in einander aufgehen zu müssen schienen. Darin lag nun nicht gerade, daß es den Krieg ausschließend auf seine eigenen Kosten führen wolle, wie das doch geschehen mußte. Die Waffenerfolge waren im Ganzen zufriedenstellend, doch nicht entscheidend. Am schwersten empfanden die nordöstlichen Provinzen Preußens die Rückwirkung des dänischen Krieges in ihrem Handel und an ihren Küsten; überdies aber, es stand noch sehr dahin, auf welche Seite sich die großen benachbarten Mächte, England und Rußland, schlagen würden. Unter diesen Umständen

1) Bericht Bunsens an Stockmar in: Leben Bunsens II, S. 471.

fühlte sich Friedrich Wilhelm IV. bewogen, gegen Ende August den Waffenstillstand zu Malmö einzugehen, der die Fortsetzung des Krieges auf sieben Monate vertagte, ohne den deutschen Ansprüchen etwas zu vergeben. Mit großer Ungunst ward der Stillstand in Dänemark aufgenommen; eine nicht geringere erweckte er in der Frankfurter Versammlung. Besonders fühlten sich alle Die gekränkt, die persönlich mit Holstein in näherem Zusammenhang standen. Dahlmann, der in der Geschichte und der Politik der cimbrischen Halbinsel lebte und webte, ein Mann, in welchem sittlicher Adel und theoretische Kälte sich doch mit tiefer innerer Leidenschaft für die Sache, die er einmal ergriffen hatte, verband, nahm das Wort dagegen. Im Widerspruch mit dem Reichsministerium setzte er den Beschluß durch, daß die zur Ausführung des Stillstandes zu treffenden Maßregeln sistirt werden sollten, was einer Verwerfung desselben gleichkam. Das hatte nun aber Folgen, die er schwerlich voraussah. Das Reichsministerium dankte ab. Dahlmann wurde es unmöglich, ein anderes zu bilden, und das frühere mußte die Geschäfte einstweilen wieder übernehmen. Die Majorität entzweite sich in sich selbst; mit der großen norddeutschen Macht, deren Unterstützung in dieser sowie in jeder anderen Sache unentbehrlich war, zerfiel man; und vor allem jene radicale Minderheit, welche die Republik einzuführen dachte, faßte den Muth, ihre Absicht auf eine oder die andere Weise durchzuführen. In Besorgniß hierüber nahm die Versammlung ihren früheren Beschluß zurück und gab die Beanstandung des Stillstandes auf. Allein es geschah unter heftigen Schwankungen der Meinungen, mit geringer Mehrheit und insofern unvollständig, als der Vorschlag, der auf die Schlichtung der Streitigkeiten mit Preußen zielte, auch jetzt noch verworfen wurde. Daß es aber dennoch geschah, setzte die Radicalen in die heftigste Aufregung. Schon in den Debatten war das Wort ausgesprochen worden, daß ein „Convent", wie der französische im Jahre 1793, dazu gehören würde, um Deutschland groß und einig zu machen; und auf der Stelle schritt man nunmehr dazu, die Durchführung dieser Absicht vorzubereiten. Am 16. September war jener Beschluß gefaßt worden. Am 18. brach der Aufruhr in und um Frankfurt aus; man machte einen Anlauf, die Versammlung auseinanderzusprengen und eine provisorische Regierung im Sinne der Minderheit einzusetzen. Nur durch die noch zur rechten Zeit aus Mainz herbeigekommenen Truppen, vornehmlich durch die preußischen Bajonette, wurde die Versammlung gerettet. Das zweite Bataillon des 38. Infanterie-Regiments stürmte die stärkste der

aufgerichteten Barrikaden. Die frühere Ordnung der Dinge trat wieder ein; auch das alte Ministerium wurde hierauf definitiv hergestellt.

Nicht so sehr der zuletzt doch sehr erwünschte Ausgang des Ereignisses, als dieses selbst und der gräuelhafte Frevel, mit dem es verbunden war, wirkten auf König Friedrich Wilhelm ein. Er wurde dadurch in seiner allgemeinen Auffassung der Bewegungen der Zeit über allen Zweifel hinaus bestärkt. Er versprach sich eine große Rückwirkung auf die öffentliche Meinung in der Nation davon, wenn der Zustand, wie er sei, derselben vorgestellt werde. Dies auszuführen, hielt er Niemand für fähiger, als Bunsen, der soeben damit beschäftigt war, seiner ersten Denkschrift an das Parlament in Frankfurt eine zweite folgen zu lassen. Auf die Meldung von diesem Vorhaben spricht ihm der König in einem Schreiben vom 21. September (1848) die Erwartung aus, daß das neue Sendschreiben weniger zu Mißverständnissen Anlaß geben werde, als das erste: er sei sehr ungeduldig darauf; doch müsse er wünschen, daß Bunsen es noch nicht vollendet haben möge, ehe er die Nachrichten von den letzten Gräueln der Frankfurter Schlacht erhalten habe.

„Dies ist eines von den Wettern, bei dessen Blitzen man die Wahrheit der Situation weit besser begreift, als bei hellem Sonnenschein des teutschen Tages, über dessen Fahlheit ich Sie hier oft habe seufzen hören. . . . . Halten Sie dem Dinge in Frankfurt die Fackel vor's Antlitz und schaudern Sie nicht zusammen vor dem beleuchteten cadaverosen Anblick. Reden Sie aber also, daß Ihre Leser bei der beleuchteten Verwesung zusammenschaudern. — Um so etwas zu enthüllen, bedarf es eines starken Armes, eines reich begabten Kopfes, und die sind Ihre. Ich glaube ein großes Wort gesprochen zu haben; denn meine Absicht ist unverhohlen, einem selten ausgestatteten Manne den Beruf gezeigt zu haben, den der Alte Gott, der durch die Propheten sprach, den also Privilegirten mit einer furchtbaren Verantwortlichkeit aufgelegt hat. — Zeigen Sie der Welt, schreien Sie's Teutschland in die Ohren, daß Alle gleichmäßig eine längst gerichtete Sünde hegen, die Sünde der Treulosigkeit, der Eidbrüchigkeit, der allerunteutschesten Unteutschheit — dann können Sie heuer nicht Reichsminister werden, wohl aber dermaleinst, und zwar einer, wie es vor Ihnen und nach Ihnen keinen zweiten geben wird. Ich schreibe das in warmem Strome der Gefühle und bin mir doch klar selbst bewußt, daß das, was ich sage, eiskalte und gewisse Wahrheit sey."

In diesem Augenblick waren auch die eigenen preußischen Zustände in eine ernste Krisis getreten. Die Nationalversammlung in Berlin war zu einem Beschluß geschritten, der dahin zielte, den Geist der Armee dem constitutionell-demokratischen Princip zu unterwerfen, — sie berührte damit den empfindlichsten Punct des preußischen Staatswesens. Friedrich Wilhelm wollte die Armee so wenig der in Berlin tagenden Versammlung als dem Erzherzoge in Frankfurt unterwerfen lassen. Es war zugleich ein Act der Entrüstung und des dynastischen Pflichtgefühles, wenn er sich entschloß, ein neues Ministerium der Versammlung gegenüberzustellen, von dem er erwartete, es werde ihn und die Krone mit entschiedenem Nachdruck vertreten. Er that es in dem Bewußtsein der Gefahr, die in dem Widerstande gegen die übermächtigen populären Gewalten für ihn und die Sache ohne Zweifel lag. Sein Muth stärkte sich an seinen religiösen Ueberzeugungen[1]).

„Wir stehen hier auf der Grenzscheide von Leben und Tod. Wolle der HErr in Gnaden, „der Fürst des Lebens", für das Leben entscheiden! Beten Sie für uns in diesen entscheidenden Tagen, theuerster, lieber Bunsen — wenn der „Standpunct Schleiermachers" es Ihnen gestattet, für so Etwas zu beten. Ich denke aber und will es zuversichtlich annehmen, daß die große „entsetzliche Noth", die „betenlehrende", bey Ihnen das „Johanneische" Dreykönigslicht des vortrefflichen Schleiermacher in den hellen und gewissen „Aufgang aus der Höhe" verklären und Sie zum Gebete reißen, treiben, stoßen wird.

Das wünscht Ihr wärmster, wahrster und treuester Freund

F. W."

Für einen Andern war es wohl kaum möglich, die Anschauungen und Gefühle des Königs, die immer aus dem besonderen Conflict zu den allgemeinsten und höchsten Beziehungen aufsteigen, zu theilen. Auch Bunsen wäre nicht fähig gewesen, die prophetische Mission zu übernehmen, die ihm der König zudachte. Wäre er es gewesen, so hätte es der Aufforderung des Königs dazu nicht bedurft. Aber dieser selbst fühlte ja, daß der Freund in dem Alles entscheidenden Hauptmomente, der Religion, nicht mehr vollkommen

1) Schreiben vom 21. September 1848.

mit ihm übereinstimme, wie die ironische Apostrophe über den Standpunct Schleiermachers andeutet. Die in Frankfurt begangenen Gräuel verabscheute Bunsen so gut, wie irgend ein Anderer. Aber den Gegensatz des Radicalismus gegen die Zustände in Kirche und Staat hielt er nicht für so gefährlich, wie der König, dem römischen Stuhle gegenüber sogar für nützlich; in Bezug auf die gefährliche Lage in Berlin dagegen schloß er sich den Ansichten des Königs vollkommen an, — er bittet ihn, ja nicht zu zweifeln, daß er inbrünstig für ihn bete.

In diesen Tagen hat Friedrich Wilhelm den Gedanken gehabt, dem Parlamente in Frankfurt dadurch näher zu treten, daß er eines der angesehensten Mitglieder desselben in das Ministerium ziehe, mit dessen Bildung er eben umging. Es war Hermann von Beckerath, der sich in Crefeld ein angesehenes Bankhaus zu gründen gewußt hatte, mit dieser Thätigkeit aber tiefere religiöse Gesinnung verband; er war von den liberalen Tendenzen der Zeit durchdrungen, fühlte sich aber dabei als guter Preuße. Durch seine persönlichen Eigenschaften hatte er das Vertrauen des Königs in hohem Grade gewonnen. Beckerath erschien in Sanssouci mit einem sehr umfassenden Programm, an dessen Annahme er seinen Eintritt in das Ministerium knüpfte. Der König sollte versprechen, die Rechtsgültigkeit der von der Frankfurter Nationalversammlung festzusetzenden Verfassung mit gewissen Beschränkungen anzuerkennen, die Beschlüsse derselben überhaupt in Berlin als Gesetze verkünden zu lassen, wogegen dann über die Dynastie, aus welcher das Reichsoberhaupt zu nehmen sei, mit ihm Vereinbarung getroffen werden solle. Schon hiedurch wäre der König von der einmal ergriffenen Stellung hinweggedrängt worden. Aber überdies wurde eine bindende Habeas-Corpus-Acte, die Abschaffung der Todesstrafe und eine sehr durchgreifende Reform des Heerwesens verlangt: kürzere Dienstzeit, Modification des Avancements und was dem mehr ist. Die Armee sollte zur Achtung des Geistes politischer Fortentwickelung angewiesen, für die in Posen begangenen Verbrechen sollte Amnestie bewilligt werden. Man erkennt, wie weit die Gedankenkreise von Berlin und Frankfurt auseinandergingen. Eine Vereinigung des einen mit dem andern war unmöglich. So leid es dem König that — seine Antwort auf diese Vorschläge athmet die ganze Wärme seines Herzens[1]) —, so war

---

1) Der Brief des Königs ist von Oncken in der Cölner Zeitung vom 6. Januar 1873 publicirt.

er doch nicht im Stande, darauf einzugehen. Auch Beckerath empfand es schmerzlich, daß seine Vorschläge verworfen wurden. Der König entließ ihn auf das huldvollste.

In Frankfurt gerieth, nachdem die Ruhe wiederhergestellt war, die radicale Minderheit in Nachtheil gegen die liberale Majorität, die sich wieder zusammennahm und als Vorfechterin der gesetzlichen Ordnung erschien. Zugleich wurde man inne, daß der Gesammtzustand, in welchem man sich befand, unhaltbar sei, und drängte nach einer definitiven Verfassung. Obwohl entfernt, war doch auch Bunsen lebhaft damit beschäftigt; sein Gedanke war damals, das ganze Gebiet der Nation in Herzogthümer, deren zwölf sein sollten, zu theilen; aus denen sollte ein Reichsrath hervorgehen, in geringer Zahl der Mitglieder erkoren; dem Reichsrathe sollte sich ein Staatsrath beigesellen, der, zur Hälfte aus den Ständen des Gebietes und zur Hälfte von den Regierungen gesetzt, das provinziale Element vertreten werde. Der König, in dem die Idee der Herzogthümer, freilich unter anderen Beziehungen, entsprungen war, ging lebhaft auf den Vorschlag ein; er blieb nur bei seinem eigenen Gedanken stehen, daß deren vierzehn sein sollten. Er wünscht nichts mehr, als daß der Zeitpunct kommen möge, wo er darüber mit Bunsen streiten könne. Die Erörterung wird schriftlich zwischen ihnen geführt.

„Wir leben", sagt Bunsen, „in einer Zeit des Guerilla-Krieges, wir, die treue und tüchtige Diener unseres gnädigsten Königs und Herrn sind; jeder steht an seiner Stelle, wie die Gelegenheit sich darbietet, immer die Augen zum theueren Herrscher gerichtet und seinem Urtheil uns unterwerfend, aber sonst ganz auf eigenem Fuß und mit den Mitteln, welche wir haben. — — Die Herzogthümer habe ich von Ihnen gestohlen, wenn das stehlen heißt, des Feldherrn Schießvorrath zu gebrauchen. Ew. Majestät gehen in der Ausführung von einer definitiven idealen Einrichtung aus, ich von einer bloßen Benutzung der Wirklichkeit. — — — Kommen wir erst zu einer neuen definitiven Reichs-Eintheilung, so werde ich mir erlauben, Ew. Majestät daran zu erinnern, daß in 1848 und 1850 eine Einrichtung der Gegenwart empfohlen und eingepflanzt werden muß, nicht parceque, sondern malgré in Beziehung auf das Mittelalter. Namentlich haben sich Ew. Majestät zu hüten, nicht als ein Alterthums-Künstler angesehen zu werden, statt als König und Gesetzgeber des Jahres 1848 oder 1850 aufzutreten und die Sprache des Jahrhunderts zu sprechen. Was uns Beiden in Beziehung auf

die Vorzeit im Herzen lebt, muß eben die Schatzkammer sein, aus welcher wir das Gold holen; allein ausprägen müssen wir es für den Umlauf nach Zeit und Sitte. Auch kann das wohl geschehen, ohne daß man es macht, wie, nach Goethe, Bahrdt mit dem Evangelium:

„Und mischt ein tücht'ges Kupfer drein" u. s. w.

Dergleichen Zusatz findet sich auch, und die schwere Menge, im Mittelalter, und den muß man eben ausscheiden, wenn auch dabei schönes Gepräge (und der Prägschatz) in die Brüche geht. Die alten Schlacken müssen heraus, und die Münzfirma der „historischen Schule" muß aufgegeben werden; denn sie ist dem neuen Geschlechte (mit welchem man zu thun hat) nur als Metternich und Comp. bekannt."

Doch wohl mit Beziehung auf die oben erwähnten, an das alte Reich anknüpfenden Entwürfe des Königs ließ sich Bunsen angelegen sein, die Reminiscenzen aus dem deutschen Mittelalter zu bekämpfen; in der Sache selbst bekannte er aber, daß einige Bestimmungen des Königs historisch besser begründet seien, als die seinen; er gab endlich vier Reichskreise für Oesterreich nach: doch müsse dann auch die adriatische Flotte und Pola zum Reiche gehören.

In der Lebensbeschreibung ist viel von einer ausführlichen Arbeit Bunsens über die deutsche Geschichte die Rede, die nahezu vollendet worden zu sein scheint. Der Grundgedanke derselben war seine Idee von Provinzialismus und Föderalismus, — denn er meinte, nur danach habe man in allen Jahrhunderten in Deutschland gestrebt, einen Bundesstaat hervorzubringen; er urtheilt, daß diese Form selbst vollkommener sei, als die eines Einheitsstaates. Eben darauf zielten nun auch seine damaligen Entwürfe; aber so wohlgemeint sie auch sein mochten, so konnten sie doch so wenig als andere, die in ähnlichem Sinne aufgestellt wurden, zum Ziele führen, solange die realen Zustände ihnen nicht entsprachen. In denen aber traten noch immer wachsende Hindernisse hervor. Für die Neubildung Deutschlands gab es keine größere Schwierigkeit, als das Verhältniß zu Oesterreich, schon dann, wenn nur von einem Staatenbunde, der über den Bundestag hinausging, wieviel mehr aber, wenn von Errichtung eines Bundesstaates die Rede war! Nun aber entwickelten sich beide Theile in Richtungen, die, an sich homogen, doch in dem Punct, auf den es ankam, einander entgegenliefen. In Frankfurt gewann die Idee der deutschen Einheit immermehr Grund

und Boden. In Oesterreich strebte man mehr als je nach einer in sich selbst gegliederten Concentration des eigenen Staatswesens. Wollte man mit einem Worte bezeichnen, was damals in Oesterreich vorging, so bestand es in dem Versuch, die einheitliche Entwickelung eines Gesammtstaates, an welcher Joseph II. mit den Mitteln der absoluten Monarchie gescheitert war, jetzt auf constitutionellem Wege herbeizuführen. Man sah sich in der Nothwendigkeit, den liberalen Tendenzen des Jahrhunderts endlich einmal gerecht zu werden. Und wie sich nun in diesem Sinne die verschiedenen Nationalitäten erhoben, die Alles zu zersetzen drohten, so faßte man den Gedanken, durch eine constitutionelle Verfassung sie nicht allein zu befriedigen, sondern sie zugleich enger als je zu vereinigen und dadurch die Machtfülle des Staates, statt sie zu schwächen, vielmehr zu verstärken. Da trat nun aber die Frage ein, inwiefern Oesterreich, in diesem Vorhaben begriffen, zugleich an der Neugestaltung von Deutschland überhaupt theilnehmen könne. Es war schon für Preußen, in welchem doch die fremden Elemente nur einen sehr untergeordneten Bestandtheil ausmachten, nicht eben leicht, für Oesterreich, zu dem so viele andere Nationen gehörten, beinahe unmöglich. In den beiden Staaten kam soeben die legitime Gewalt wieder zu Ansehen: in Preußen sehr allmählig durch eine innere Umwandelung der Gesinnung, welche die radicalen Elemente ausstieß, in Oesterreich durch Krieg, Belagerung, Waffen überhaupt. Das Ministerium, welches dann in Oesterreich eintrat, machte den in Kremsier tagenden Ständen die Eröffnung, daß es vor allem an der Herstellung der inneren Einheit und Kraft von Oesterreich arbeiten wolle, um es zu verjüngen. Die österreichischen Minister wußten recht wohl, welche Tragweite diese Erklärung habe. In Frankfurt war man bei Berathung der deutschen Verfassung zu dem Beschluß gekommen, daß kein deutscher Staat mit einem fremden in einem anderen Verhältniß, als in dem der Personal-Union, stehen dürfe. Das Programm des österreichischen Ministeriums konnte als die Antwort darauf gelten; denn es drang auf die innigste Vereinigung der verschiedenartigsten Elemente, des deutschen so gut wie aller anderen, im österreichischen Gesammtstaat, — ein directer Widerspruch gegen die Idee einer Personal-Union. War es nicht einleuchtend, daß alle Festsetzungen, zu denen man sich in Frankfurt vereinigen würde, nur unter dem Vorbehalt in Oesterreich angenommen werden könnten, insofern sie der Verfassung desselben adäquat ausfielen, was doch unmöglich war? Im Grunde der alte Standpunct der österreichischen Macht, welche

das Reich beherrschen und doch von demselben eximirt sein wollte. Dabei konnte es jedoch sein Verbleiben nicht länger haben: man stellte in Aussicht, daß das verjüngte Oesterreich mit dem verjüngten Deutschland, wenn sie zu festen Formen gelangt seien, in ein neues Verhältniß treten werde. Man sagte nicht etwa, daß man von Deutschland ausscheiden wolle; aber man drückte sich doch so aus, daß es Deutschland freigestellt wurde, seine innere Verfassung, den engeren Bund selbständig auszubilden. Oesterreich konnte einem Deutschland nicht angehören wollen, von dem es sich Gesetze hätte vorschreiben lassen müssen; der Mittelpunct seiner Politik würde dadurch ein anderer geworden sein. Unter mancherlei Schwankungen wählte es die Auskunft, mit Deutschland verbunden zu bleiben, aber in einer freieren Vereinigung. Auch in Deutschland hatte die Frage eine doppelte Seite. Sollte man Stämme, welche von jeher zu dem deutschen Reiche gehört hatten, davon trennen lassen, oder sollte man, sie festhaltend, die innere Regeneration aufgeben, auf die Gefahr hin, den Bundesstaat, den die Bewegung vor allem angestrebt hatte, nicht zu Stande zu bringen? Da ist nun wohl der Entwurf aufgetaucht, daß das gesammte regenerirte Oesterreich mit Deutschland verbunden sein und beide eine einzige mitteleuropäische Macht bilden sollten. Offenbar aber wäre dadurch das Gleichgewicht der Mächte verrückt worden. In England nahm man besonderen Anstoß daran. In großen Conflicten bilden sich Ueberzeugungen aus, denen Niemand zu widerstreben vermag; sie hängen nicht von Velleitäten ab; sie entspringen aus den Ereignissen und sind selbst ein Ereigniß. Der Ausbau eines neuen Oesterreichs erschien überall als unvereinbar mit der Reconstruction von Deutschland. Es wurde zweifelhaft, ob die Oesterreicher an den Berathungen, durch deren Endergebnisse sie nicht mehr verpflichtet sein konnten, noch Antheil nehmen dürften. Ihrer Sache selbst nicht mehr sicher und von wachsendem Mißtrauen bedrängt, gaben ihre Führer die hochwichtigen Stellungen auf, die sie in Frankfurt inne hatten. Die Männer, welche dann als Reichsminister eintraten, ergriffen mit verdoppeltem Eifer den Plan, die deutsche Verfassung, ohne Rücksicht auf Oesterreich, unter Führung von Preußen zu Stande zu bringen. Sie hatten dabei den Beifall der englischen Minister, die das wohl für den ersten politisch nennenswerthen Gedanken erklärt haben, der bei der deutschen Bewegung zum Vorschein gekommen sei. Und für die Versammlung selbst war dies nothwendig, wenn sie ihr Ansehen behaupten und das unter=

nommene Werk zu Ende zu führen die Hoffnung behalten sollte. Denn einen starken Rückhalt mußte sie haben.

Schon war, ehe Alles soweit kam, von Frankfurt aus eine Annäherung an den König Friedrich Wilhelm versucht worden. Der Präsident der Versammlung war deshalb selbst nach Berlin gegangen, um sich mit dem König über die Verfassung zu besprechen und ihn zur Annahme der reichsoberhauptlichen Stellung, die man ihm zudachte, zu bewegen. Der König hatte soeben starke Acte der Autorität in Berlin ausgeübt und befand sich wohl dabei. Doch schien es noch ein Interesse für ihn zu haben, sich mit der von populären Sympathien getragenen Frankfurter Versammlung zu verständigen; davon jedoch, auf die Vorschläge, die man ihm machte, einzugehen, blieb er weit entfernt: er erwiderte, soviel man erfahren hat, sie würden sich nicht ausführen lassen, wenn Oesterreich im Bunde bleibe; aber auch, wenn dies nicht der Fall sei, werde man bei den Königen nicht damit durchdringen; im besten Falle würde er doch mit der Opposition der Katholiken, der Widerwilligkeit der mittleren Staaten und der Eifersucht der großen Mächte zu kämpfen haben. Er wollte keinen Theil nehmen an der Usurpation fürstlicher Gewalt, die er der Versammlung Schuld gab.

Das war nun aber bereits die große Frage, welche alle Geister beschäftigte. Bunsen nahm sich des Vorhabens mit feuriger Lebhaftigkeit an, in der Meinung, daß das alte Kaiserthum auf diesem Wege in Preußen erneuert werden könne und müsse. Am 6. December stellte er dem Könige vor, was aus der Erklärung von Oesterreich folge, und wie man nicht zweifeln könne, daß die deutschen Fürsten sich nunmehr an Preußen anschließen würden. Hören wir ihn selbst reden:

„Bin ich recht unterrichtet, so haben Ew. Majestät sich Gagern gegenüber auf den allein richtigen Standpunct gestellt: „nicht ohne die Fürsten!" wie Ew. Majestät mir auf das prophetisch gewordene Programm am Scheidemorgen in Brühl sagten.

Das ist die königliche und christliche Genugthuung für alle über den 21. März erduldeten Unbilden! Das Parlament kommt in der Person seines edlen (in Berlin leider verkannten und auch von Camphausen beargwohnten) Führers, um die Reichskrone zu bieten — und die Fürsten werden nicht ausbleiben! Stockmar sagt mir, nicht allein Prinz Albert und sein Bruder, der Herzog von Coburg, und der Vetter von Leiningen, sondern auch der König von Würtem-

berg, welcher Hügel zu ihnen sandte, um einen eigenhändigen Brief des Königs in diesem Sinne zu zeigen [mit einem kleinen Schwabenwinke nach der Würde des Reichs-Oberfeldherrn für den gezeigten guten Willen], haben gegen ihn die Erklärung gemacht (vor wenigen Wochen):

daß Deutschland nur bestehen könne, wenn Preußen an die Spitze trete, und daß die deutschen Fürsten in der Persönlichkeit Ew. Majestät eine Bürgschaft haben, welche sie weder entbehren, noch anderwärts finden könnten. —

Wollte also Baiern (dem Hannover sich anschließen zu wollen scheint) Einspruch machen, so fängt der zweite Act der deutschen Revolution an, in welchem Deutschland für lange Zeit untergehen kann, aber in welchem die Fürsten sicher untergehen — denn die Nation ist nun einmal entschlossen, sich nicht wieder von ihnen verrathen und verkaufen zu lassen. Und da müssen die Fürsten nicht zu sehr auf den Rechtsboden pochen. Denn wenn sie das thun, führt die Nation sie nach 1806 und sagt: „Hier ist unser Rechtsboden: Oesterreich hat die Reichskrone zu den Füßen Napoleons gelegt. Napoleon ward besiegt. Unser Recht, das Recht, nicht von gestern, sondern von einem Jahrtausend her, war und ist, daß das Reich hergestellt werde; das wollte Preußen 1815; aber Oesterreich wollte die Krone nicht aufnehmen, und Baiern und Würtemberg die napoleonische Gabe voller Oberherrlichkeit und Abgesondertheit nicht aufgeben. Napoleon kam wieder von Elba; da ward eine Nothhütte gezimmert, die von den Fürsten selbst, am 26. Junius 1848, für niedergerissen erklärt ist. Nun ist die Revolution gekommen; das Volk hat, als solches, als Nation, seine Vertretung erhalten — dieses hat eine unabweisliche Frage an Oesterreich gestellt — Oesterreich hat erklärt, daß es dem engeren Vereine nicht beitreten kann und will. Wir nun wollen Preußen an die Spitze eines kräftigen Bundes stellen; der König will die Krone annehmen, wenn die Fürsten sich einverstanden erklären. Thun Sie es nun nicht, so bleibt uns nichts übrig, als zu agitiren. Und dann gute Nacht, Rheinpfalz! Gute Nacht, Anspach und Baireuth! Beide folgen der deutschen Fahne, und Baiern ist vernichtet."

Ew. Majestät mögen diese Sprache noch so revolutionär finden; aber erstlich sind wir in einer Revolution, welche thatsächlich nicht anerkennen eben so schlimm ist, als ihr Princip anerkennen; und zweitens war das Verfahren von 1805 und 1815 eine eben so große Rechtsverletzung durch die Fürsten, als die von 1848 durch

das Volk nur je werden kann, wenn nur die Idee des deutschen Reiches festgehalten wird.

Aber ich hoffe fest Besseres! Jene vier Stimmen sind schon bedeutend. König Maximilian hat deutschen Sinn. Er sowohl als König Ernst August werden sehen, daß der einzig richtige Weg ist, Ew. Majestät zum Schiedsrichter zu machen in den Puncten der Reichsverfassung, wodurch sie sich verletzt fühlen könnten, wenn über sie zum erstenmale in Frankfurt abgestimmt sein wird. Aber die Erblichkeit halte ich jetzt, nach gründlicher Untersuchung, für nothwendig."

Unter den politischen Sendschreiben Bunsens ist dies vielleicht das außerordentlichste und entschiedenste. Auf dem Boden, auf dem man steht, ergreift er unbedenklich die Idee des an Preußen zu übertragenden deutschen Kaiserthums. Daß die kaiserliche Gewalt wiederhergestellt werde, betrachtet er als eine der berechtigtesten Forderungen des Volkes, welcher die Fürsten nicht wagen würden zu widerstreben. Hatte er Grund, dessen so sicher zu sein, wie er meint? Konnte er darauf rechnen, daß Oesterreich es sich gefallen lassen würde? Aber es liegt in seiner Natur, über die Schwierigkeiten hinwegzusehen, um das Real-Ideale, das ihm vorschwebt, zu ergreifen.

Er nahm keinen Anstand, die revolutionäre Idee für seinen Zweck anzurufen: denn die Furcht vor Volkserhebungen sollte doch zuletzt der vornehmste Hebel sein, die Fürsten zur Nachgiebigkeit zu drängen. Auf dieser Combination beruht die Summe seiner Gedanken. Durch die Krone meinte er zugleich den König von seinen feudalen Ideen abwendig zu machen und zu den Bestrebungen des Jahrhunderts herüberzuziehen. Höchst charakteristisch ist die Antwort des Königs[1]):

„Mein theuerster Bunsen! Ihre letzten Briefe bestätigen mir, was ich schon zu Brühl merkte und möglichst bekämpfte, daß wir uns in Germaniana nicht verstehen, oder vielmehr, daß Sie mich nicht begreifen können. Es ist dies ein schweres Wort, ich fühl' es; aber der Freund muß sich's vom Freunde gefallen lassen. Ich verstehe Sie und Ihre Raisonnements, Sie aber nicht die meinigen; sonst hätten Sie nicht so schreiben können, das heißt, Sie hätten dann nicht (was Sie gethan haben) den absoluten Hindernissen, die zwischen

1) Schreiben Potsdam, 13. December 1848.

mir und **der**!!! Kaiserkrone stehen, einen leichten und leicht zu beseitigenden Namen gegeben. Sie sagen (wörtlich wie Herr v. Gagern mir sagte am 26. und 27. v. Mts.): „Sie wollen die Zustimmung der Fürsten; gut und recht, die sollen Sie haben."

Aber, mein theuerster Freund, da liegt der Hund begraben: ich will weder der Fürsten Zustimmung zu **der** Wahl, noch **die** Krone. Verstehen Sie die markirten Worte?

Ich will Ihnen das Licht darüber so kurz und hell als möglich schaffen. **Die** Krone ist erstlich keine Krone. Die Krone, die ein Hohenzoller nehmen dürfte, **wenn** die Umstände es möglich machen **könnten**, ist keine, die eine, wenn auch mit fürstlicher Zustimmung eingesetzte, aber in die revolutionäre Saat geschossene Versammlung **macht** (dans le genre de la couronne des pavés de Louis Philippe), sondern eine, die den Stempel Gottes trägt, die den, dem sie aufgesetzt wird nach der heiligen Oelung, „von Gottes Gnaden" macht, weil und wie sie mehr denn 34 Fürsten zu Königen der Deutschen von Gottes Gnaden gemacht und den Letzten immer der alten Reihe gesellt. Die Krone, die die Ottonen, die Hohenstaufen, die Habsburger getragen, kann natürlich ein Hohenzoller tragen; sie ehrt ihn überschwänglich mit tausendjährigem Glanze. **Die** aber, die Sie — leider meinen, verunehrt überschwänglich mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848, der albernsten, dümmsten, schlechtesten —, wenn auch, Gottlob, nicht bösesten dieses Jahrhunderts. Einen solchen imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken, soll ein legitimer König von Gottes Gnaden und nun gar der König von Preußen sich geben lassen, der den Seegen hat, wenn auch nicht die älteste, doch die edelste Krone, die Niemand gestohlen worden ist, zu tragen?

Greifen Sie in Ihren Busen, liebster Bunsen; was würden Sie, altes Glied der preußischen Diplomatie und mein wirklicher Geheimer Rath, also mit dem Range des Hochadels bekleidet, sagen und thun, wenn Sie etwa, in Corbach zurückgezogen lebend, von der Waldeckischen souverainen Landes-Versammlung zur Excellenz erhoben werden sollten? Da haben Sie das treue Bild von meiner Lage vis à vis Gagern und seiner Fraction. Sie würden der souverainen Waldecke höflichst schreiben: „Was Ihr mir geben wollt, habt Ihr nicht zu vergeben; ich aber hab' es aus gutem Schrot und Korn." Und gerade so werde auch ich antworten.

. . . . . Ich sage es Ihnen rund heraus: Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation, die 42 Jahre geruht hat, wieder einmal

vergeben werden, so bin **ich** es und meines Gleichen, die sie vergeben werden. Und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt!"

Mit nicht minderer Heftigkeit bekämpft der König die Idee, Oesterreich aus Deutschland auszuschließen, namentlich seitdem Oesterreich wieder, von seinem Sturz erholt, fest und siegreich dastehe. Er hält das fast für einen Hochmuthswahnsinn der Paulskirche. Für ihn, den dicken Preußenkönig, halte man die übrig bleibenden 29 Millionen für hinreichend und fürchte ihn nicht, da er sie der Paulskirche zu danken habe.

„Nun zu etwas Besserem. Heute Morgen habe ich Ihre Glückwünsche und des britischen Cabinets wegen der Thaten (Octroyirung der Verfassung) vom 5. erhalten. So etwas thut wohl. Von allen Enden des Landes bekomme ich ja fast mehr, wie unaufgefordert, Glückwünsche, daß ich das Land von der Schmach der National=Versammlung erlöst und die Verfassung gegeben habe. Die Verfassung giebt mir ein wenig Bauch=Weh, weil sie eigentlich schlecht ist. Nun bitten Sie Gott aber ernstlich, mit und aus dem 5. December die zweite Schlacht von Leuthen zu machen, die an demselben Tage geschlagen wurde. Dann bekommen wir gute Winterquartiere und vieles kann gut werden. Ich bleibe mit catonischem blockhead dabei, das Reichs=Provisorium muß **organisirt** werden! Das Ding ist total unorganisch. Eine Versammlung von Sechshundert, die als Souverain sich eine ausübende Gewalt geschaffen hat, die bei der Verfassung, der absoluten Hauptsache, der wahren Lebensfrage Deutschlands, Kraft Creazions=Acte mäuschenstill bleiben muß, — c'est trop fort. Wir Könige sammt dem Kaiser müssen uns enge verbünden und mit der Höflichkeit und Herzlichkeit der Wahrheit und des Rechts und des guten Willens für den einzig vorhandenen Einheitspunct des Vaterlandes der Paulskirche wissen lassen: „Wir hätten uns als Königs=Collegium constituirt, um bei der Verfassungsfrage die Rolle und das heilige Amt des legalen Souverains von Deutschland zu üben. Wir rathen aber dringend, sich nicht zu zieren und uns ohne Drein=Rede zu gestatten, nun auch der Paulskirche ihre zweite Instanz im Staatenhause zu geben, denn bis auf weiteres würden wir Könige und Fürsten allein das Staatenhaus mit Deputirten besetzen" —, dann kann etwas Vernünftiges aus der Sache werden. Die Wahl

des Hauptes verbitten wir uns aber gleich alles Ernstes, als uns allein zustehend. Wie glauben Sie, theuerster Bunsen, daß, bei wirklich würdigem und freundlichem Auftreten der Könige und Fürsten mit der Rede, die Paulskirche das aufnehmen würde? Ich glaube: Sie, Josias Bunsen, können von London aus noch besser in Frankfurt vieles zum guten Gelingen solches Planes wirken. Nun, Gott befohlen, mein lieber, werther Freund.

F. W."

Man würde diesen Brief mißverstehen, wenn man darin eine definitive Ablehnung der deutschen Krone für alle Fälle sehen wollte; vielmehr zeigt jedes Wort, daß es der höchste Ehrgeiz des Königs gewesen sein würde, die tausendjährige Krone der Deutschen auf seinem Haupte zu tragen; aber auch das war sein Ehrgeiz, auf legitimem, altherkömmlichem Wege dazu zu gelangen. Die auffallend starken Worte, mit denen er sich ausdrückt, finden ihre Erklärung in dem Vorschlag, auf revolutionäre Mittel und Wege einzugehen, von dem ihm Bunsen so unumwunden gesprochen hatte. Es lag weit ab von dem Kreise seiner Gedanken; es hätte seinen tiefsten Ueberzeugungen widersprochen, die Krone von dem Parlamente anzunehmen, das viele Bestandtheile in sich schloß, die ihm die widerwärtigsten auf Erden waren, und dem er nicht das mindeste Recht beimaß, sie anzubieten.

Indem er davon absah, faßte er um so lebhafter die Umbildung des Provisoriums, dem selbst Bunsen Formlosigkeit und Tyrannei zuschrieb, in einen geordneten und haltbaren Zustand ins Auge. Er kehrte auf den Standpunct zurück, welcher der Ernennung des Reichsverwesers vorangegangen war. Wenn man damals daran gedacht hatte, der executiven Gewalt einen von der Nationalversammlung unabhängigen Charakter oder vielmehr Ursprung zu verleihen, so meinte der König, daß die Gesammtheit der Fürsten auf die eine oder die andere Weise an die Stelle des Verwesers eintreten solle: von denen würde dann ein Staatenhaus eingesetzt werden, das ist, eine Art von Oberhaus, so daß die Paulskirche eben nur noch ein Unterhaus gebildet hätte. Das Zusammenwirken dieser drei Factoren würde dann die Einheit von Deutschland repräsentirt und jedenfalls ein ganz anderes, constitutionell organisirtes Centrum gebildet haben, als der alte Bundestag gewesen war. Von einer solchen Institution war er weit entfernt Oesterreich ausschließen zu wollen, was seinem Begriffe vom Gesammtvaterlande widersprochen

hätte. Von dem Entwurf, Oesterreich und Deutschland zu einer mitteleuropäischen Großmacht zu vereinigen, wurde er wenig berührt; er glaubte nicht daran. Was ihn beschäftigte, war eben die bessere Einrichtung des Provisoriums durch den Zusatz fürstlicher Autorität und durch ein Staatenhaus, während jetzt das Volkshaus die gesammte Gewalt in sich schloß. Auf diesem Boden bewegen sich die nächsten Discussionen. Bunsen, der immer die definitive Gestaltung des Reiches im Auge hatte, suchte damals die Frage zu lösen, wie sich die Reichsgewalt zum künftigen Staatenhause zu verhalten, und wie sie es einzurichten habe, um nicht von diesem in ihrer Autorität über die gesammte Bevölkerung beeinträchtigt zu werden. Er hatte darüber bereits einen Brief an den König aufgesetzt, in welchem er sich auf die Institutionen der vereinigten Staaten von Nordamerika bezog, als er das soeben mitgetheilte Schreiben erhielt. Welch ein Unterschied — das Reich nach historischem Recht, wie es sich der König dachte, und nach den liberalen Begriffen, die in Amerika zu Grunde lagen! Aber Bunsen ließ sich dadurch nicht aus der Fassung bringen[1]).

„Nein, mein allergnädigster König und Herr ist kein Absolutist, und Sein treuer Rath und Diener kein Vertheidiger der Revolution. — Ich erinnere mich noch sehr gut des alten, tiefen Gleichnisses des ehelichen Verhältnisses in Beziehung auf das lebenschaffende Wechselverhältniß von Regierung und Volk, welches Ew. Majestät im Jahre 1834 zum Ausdruck Ihrer Ansichten gebrauchten."

Bunsen betont noch einmal das Recht des deutschen Volkes auf ein Kaiserthum, geht aber mit Eifer auf den Gedanken ein, welchen der König über Königscollegium und Staatenhaus geäußert hatte, den er seinen Entwürfen analog findet, jedoch nicht ohne in Beziehung auf das letztere eine populare Ansicht auszusprechen.

„Ew. Majestät wollen, daß die Fürsten sich als ein Fürsten- oder Königs-Collegium constituiren, dies der Frankfurter Versammlung ankündigen und ihr zugleich eröffnen, daß die Fürsten ein Staatenhaus neben dem Volkshause bilden und dazu Abgeordnete schicken wollen.

1) Schreiben vom 23. December 1848.

Das Fürsten-Collegium ist der Reichsrath, den ich mit dem Vorschlage der Reichskreise im Anfang September in meinem Sendschreiben vorgeschlagen; hinsichtlich des Staatenhauses bin ich der Meinung gewesen, es sollte aus Abgeordneten der Regierungen und der Stände gebildet werden, und dieser Meinung bin ich noch.

Ein nur von den Regierungen gebildetes Staatenhaus würde deßwegen doch nicht ein Haus fürstlicher „Bevollmächtigter", sondern die Mitglieder müßten nach ihrem Gewissen stimmen. Der Fürsten Bevollmächtigte bilden den Reichsrath.

Aber ein solches, nur von den Fürsten gebildetes Staatenhaus würde ein viel geringeres Ansehen und viel geringeren Einfluß haben, als ein (wie es allgemein als das Richtige anerkannt wird) von Regierungen und Ständen beschicktes.

Endlich aber wäre es gerade für Preußen die allerschlechteste Politik. Die separatistischen Gelüste fließen größtentheils, wo nicht ausschließlich, aus dynastischen Vortheilen. Das ständische Element in diesem Staatenhause würde allein sie neutralisiren oder wenigstens mildern können. —

Es giebt fünf Könige im neuen deutschen Reiche. Der mächtigste von ihnen wird Kaiser, der alten Cäsaren Nachfolger; jeder der anderen vier hat im Reichsrathe eine Stimme, der König von Baiern zwei (die eine alternirend); Würtemberg alternirt mit Baden, hat aber den Oberbefehl des Heerestheils im Kreise; jeder dieser vier führt die Stimme derjenigen Fürsten, die zu demselben Kreise gehören, nach seiner obersten Entscheidung. Der Kaiser hat vier Kreise, also vier Stimmen: zusammen neun Stimmen. Die Bestätigung im Reichsrath mit 6 (oder 2/3) Stimmen wird erfordert für

Kriegs-Erklärung,
Verträge,
Ernennungen
im Heere,
in der Vertretung des Reichs im Auslande.

Dieser Reichsrath würde (oder sollte) die Fürsten und Könige mehr als entschädigen; und zugleich würde er die Reichsregierung viel eher stärken als schwächen.

Ich sage dieß nicht bloß, weil es mir einzig mit der Theorie des freien Bundesstaates zu stimmen scheint, sondern auch aus praktischen Gründen, und nicht allein der Nothwendigkeit (um der vier

Könige willen), sondern auch um der constitutionellen Vortheile und Erleichterungen willen. Das wollte ich mir getrauen selbst in einer noch so demokratischen oder unitarischen Versammlung durchzusetzen; denn es ist jedermanns Vortheil. Dieß und was ich Ew. Majestät das Kopernikanische Prinzip des Bundesstaates genannt habe, nämlich daß die Reichs-Regierung in ihrer Sphäre sich nicht an die Staaten-Regierungen wendet, sondern an die Individuen, als Bürger der deutschen Nation, unterthan der Reichsgewalt, — sind die beiden Hauptpunkte — — — — — — — — — — — — — — —."

Während Bunsen meinte oder sich überredete, noch immer mit dem Könige auf demselben Grund und Boden zu stehen, fühlte dieser bei jedem Worte die Differenz, die ihn von dem alten Freunde trennte, wachsen. Auffallend, daß er dennoch dem Wunsche Raum gab, Bunsen in diesem Moment noch einmal zu sprechen[1]).

„Ich habe Ihre Antwort auf mein „starkes Schreiben" und sehe mit Trauer, daß die Haupt- und Staatsidee dieses meines Schreibens von Ihnen übersehen worden. Diese Haupt- und Staatsidee ist aber keine andere, als die Organisation des **Provisoriums** in den Frankfurter Centren — warum? darum, daß „wir" Fürsten i. e. Kayser, 5 Könige, Zeit gewinnen, um gründlich zu berathen, welche Gestaltung Teutschlands wir zulassen können, wollen, dürfen und werden. Darum das nur aus fürstlichen Wahlen zusammengesetzte Oberhaus in und **für** das **Provisorium**, darum das Königs-Collegium über und **gegenüber** dem also organisirten **Provisorio** der zwei Häuser.

Die Organisation des Provisorii, um für uns Berathungszeit zu gewinnen, und um dem Verfassungswerke zu Frankfurt den ihm völlig mangelnden Anstand und Halt zu geben, **das** ist der nervus rerum gerendarum meiner Gedanken, die jenen Brief erzeugt haben. In Ihrer vortrefflichen geistreichen Antwort ist davon keine Spur vorhanden, daß Sie diesen leitenden Gedanken aufgefaßt haben, und das kränkt mich. — Noch mehr aber Ihr Vergessen der Schuld der Völker Teutschlands über der Schuld der Fürsten. Letztere war Kurzsichtigkeit zu $^{29}/_{30}$, Erstere ist der Bruch der tausendjährigen teutschen Treue, der heiligsten Eide, ist Hochverrath.

1) Schreiben vom 27. December 1848.

Jetzt kommen die Völker sachte zu sich. Jetzt muß gehandelt werden. Wie gegen Demokraten nur Soldaten helfen, so gegen Revolution nur handelnde Fürsten-Macht von Gottes Gnaden. Nennen Sie das Absolutismus (trotz meines sehnlichen Verlangens, Frankfurt zu stützen, schirmen und auf die Beine zu bringen, trotz meiner Pfänder für den Constitutionalismus), so in Gottes Namen. Und den darf ich hier nennen; denn ich habe wahr und wahrhaftig das Werk der Umkehr aus der Revolution in die —[1]) der göttlichen Ordnungen und Rechte im Namen des HErren begonnen.

Doch zu Alledem wollte ich nicht hin. Etwas Näheres und Directeres treibt mich zu diesem flüchtigen Schreiben.

Sie müssen je eher, je lieber hierher kommen, theuerster Bunsen! Ich habe das schon mit den Ministern abgemacht. Sie sind hier unentbehrlich: die dänische Sache, die teutsche Zukunft erfordern beyde Ihre Anwesenheit.

Machen Sie sich also so bald als möglich auf, ohne weitere Befehle abzuwarten, und nichts halte Sie ab, es sey denn eine etwa in demselben Augenblick pendante wichtige diplomatische Frage!

Darum schließe ich und sage in Hoffnung: Freund! Auf Wiedersehen. F. W."

Bunsen nahm mit gewohnter Freudigkeit die Einladung an, wenngleich er sich damals nicht recht wohl befand, und fragte nur, ob er sich sofort in Potsdam melden oder erst nach Berlin gehen solle. Der König, auf den eine Andeutung Bunsens in einem seiner letzten Briefe, als werde er sich von ihm trennen müssen, einigen Eindruck gemacht hatte, und der doch jetzt wieder Streit mit dem alten Freunde voraussah, schrieb ihm am 9. Januar 1849:

„Ich erwarte Sie mit Sehnsucht, theuerster Bunsen, obgleich ich mir nicht verberge, daß wir harte Kämpfe mit einander bestehen werden und müssen. — Ja, eine Aeußerung in Ihrem letzten Briefe macht mich ernstlich bange, daß Sie meinen, dem, der aus — nennen Sie es Stolz, Gewissenhaftigkeit, Beschränktheit, falsches oder ächtes Christenthum —, der aus tiefinnerster Ueberzeugung von der Revolution von 1848 keine Krone annehmen kann und wird, nicht länger oder mit Widerstreben dienen werden. — Gott

1) Wahrscheinlich ausgefallen „Wege“.

der HErr hat manches wunderbar gewendet, und so verzweifle ich nicht, daß er unsere Unterredungen zum Seegen macht.

Wir wohnen jetzt hier in Charlottenburg. Von Potsdam geht Ihr Weg über Berlin. So rath' ich Ihnen, daß Sie zuvörderst in Berlin ansprechen, um so mehr, da Sie daselbst wahrscheinlich spät eintreffen werden morgen (Mittwoch) Abend. Ich erwarte Sie aber am Donnerstag zum Essen hier. Dann reden wir zusammen. Gott mit uns. F. W."

Bunsen wurde mit alter Huld empfangen; da ihn ein fortdauerndes Unwohlsein an das Hotel fesselte, so fand er um so mehr Zeit, die ihm mitgegebenen Papiere und Entwürfe durchzusehen und zu beleuchten. Sie betrafen die Organisation des Provisoriums nach den Vorschlägen des Königs, denen Oesterreich andere entgegengesetzt hatte. Schon in jenen fand Bunsen Manches zu bestreiten; die anderen aber erfüllten ihn mit heftigem Widerwillen: er sah darin Hinterlist und eine Gewaltsamkeit, wie sie sich Napoleon I. bei Stiftung des Rheinbundes nicht erlaubt habe. Der König theilte diese Auffassung nicht; seine Impressionen waren vielmehr entgegengesetzter Natur. Was in ihm vorging, sieht man aus einem Billet, womit er Bunsens Eingabe vorläufig beantwortet [1]).

„. . . . Es verlangt mich nach dem Reden mit Ihnen. Bis jetzt hab' ich nur Ihren Brief gelesen. Die Warner sind gut und nothwendig. Die Lage der Dinge im Großen und Ganzen kann aber kein Warnen, kein Demonstriren ändern. Sie ist genau dieselbe wie im Februar 1813. Mit **Napoleon** war die Möglichkeit, Curland und Livland und ein hübsch Stück Polen zu bekommen oder unterzugehen, mit **Rußland** der Untergang oder die Rettung Europas. Die muß zum zweiten Mal errungen werden, mit Oesterreich. Sauf les bêtises après la victoire."

Man hat dem König fast allgemein Unentschlossenheit und unzuträgliches Schwanken zum Vorwurf gemacht. Niemals scheint dasselbe greller hervorzutreten, als in dem damaligen Augenblick. Denn ein offener Widerspruch liegt doch darin, daß er Bunsens Ideen mit Nachdruck verwirft und denselben dennoch einladet und sein Verlangen

1) Schreiben vom 16. Januar 1849.

kundgiebt, mit ihm zu reden. Daß er ihn zu sich herüberziehen werde, ließ sich doch kaum erwarten; wozu dann ihn herbeibescheiden und ihn in die tiefste Berathung ziehen? Aber bei aller Rücksichtnahme auf Oesterreich lebte in dem König doch auch eine abweichende Gesinnung. Wenn er die erste so stark wie möglich ausdrückt — denn sie entsprach seiner Idee, im dem Kampfe gegen die Revolution zu stehen und dabei an Oesterreich den besten Verbündeten zu haben —, so nährte er in seiner Seele zugleich ein lebendiges Gefühl für Deutschland, seine einheitliche Gestaltung und die innere Verbindung der preußischen Macht mit der deutschen Regeneration. Er sagte Bunsen selbst, er wolle der Revolution widerstehen und zugleich der Nation genügen, ein Wort, das die Summe seiner Gedanken enthält, aber auch die Schwierigkeit ihrer Ausführung vor Augen legt. Der Moment ist einer der bedeutendsten für die Fortbildung von Deutschland. Wir wissen ja, daß der König von Anfang an nicht gemeint war, Deutschland jemals unter die Autorität von Oesterreich zurückfallen zu lassen. Aber von den im Anfange geäußerten, an die Gestaltungen des alten Reiches erinnernden Entwürfen, von einem dem römischen Kaiserthum Oesterreichs zur Seite stehenden deutschen Königthum Preußens konnte jetzt nicht mehr die Rede sein. Die Sache lag einfacher, planer, prosaischer. Nach den Erklärungen von Kremsier hatte man in Berlin die Ansicht gefaßt, daß für Oesterreich nur ein dem alten Bunde analoges Verhältniß zu Deutschland möglich sei, dieses aber dadurch nicht gehindert werden könne, sich zu einem engeren Verbande zusammenzuschließen. Wie das Eine und das Andere zu erreichen sei, war das große Problem; es trat zunächst nicht in voller Schärfe, sondern in einer den Verhandlungen jenes Augenblickes entsprechenden Form hervor. Nachdem man in Frankfurt in den Berathungen über die Verfassung bis zu den entscheidenden Artikeln gelangt war ohne Einwirkung der Regierungen, so schien es unumgänglich, nunmehr eine solche eintreten zu lassen; der König verlangte das als eine Anerkennung des Rechtes der Obrigkeiten. Er war auf die Idee eingegangen, den Königen in einem besonderen Collegium die vornehmste Mitwirkung zu sichern, nicht jedoch, ohne zugleich ein Staatenhaus zu beantragen, durch welches er den minder mächtigen Fürsten gerecht zu werden gedachte. Die Vorschläge Oesterreichs waren ausschließlich zu Gunsten der vier Könige, die, ein jeder an der Spitze eines Kreises von ziemlich eng geschlossener Verfassung, neben Preußen und Oesterreich ein sehr selbständiges Ansehen er=

langen sollten, zum Nachtheil für die übrigen Fürsten. Es war nun das eifrigste Bemühen Bunsens, den König zu überzeugen, daß es für ihn verderblich sein würde, auf diesen Plan einzugehen, der nur dahin ziele, Oesterreich zu stärken und Preußen herabzuwürdigen: denn wiewohl es den Anschein habe, als wolle man dem König in den eigentlich deutschen Angelegenheiten die leitende Stellung einräumen, so könne es doch nur schädlich sein, da es unter der Autorisation Oesterreichs geschehe und unter den übrigen Fürsten die Opposition gegen Preußen nähren würde.

Ueberaus lebhaft waren nun die Besprechungen zwischen dem König und Bunsen. Jener stellte mit aller Beredtsamkeit und allem Feuer, die ihm eigen waren, die Motive seiner Hinneigung zu Oesterreich und seinen Abscheu gegen alles revolutionäre Wesen dar. Bunsen wiederholte, daß man, mitten in einer Revolution begriffen, diesen Gesichtspunct nicht strenge festhalten könne und daß das deutsche Volk ein Recht habe, auf eine Herstellung seiner Einheit zu dringen. Er stimmte einem von dem damaligen Ministerium entworfenen Circularschreiben bei, in welchem die deutschen Regierungen insgesammt, größere wie kleinere, ohne Rücksicht auf die österreichischen Vorschläge aufgefordert wurden, der Versammlung zu Frankfurt ihre Ansichten über den Verfassungsentwurf vorzulegen. Lange sträubte sich der König. In einer ministeriellen Conferenz (20. Januar 1849) hielt er an der entgegengesetzten Meinung fest. Nachdem Bunsen die seinige wiederholt hatte, schlug der König auf einmal um: er genehmigte die Circularnote und bewilligte ihre Absendung. Jedermann war über diesen plötzlichen Uebergang von der einen zur anderen Meinung erstaunt. Doch läßt er sich, denke ich, wohl erklären. Die Berathungen, die der König pflog, waren nicht ohne innere Deliberation darüber, was er thun, was er aussprechen könne. Da seine alten Verbündeten bereits an seiner Hinneigung zu Frankfurt Anstoß nahmen, mußte er mit größter Vorsicht verfahren. Nach langem Erwägen war er endlich zu einem Entschluß gekommen, den er unerwartet und unvermittelt aussprach. Daß er später noch einmal in der Hauptsache geschwankt habe, wie man behauptet hat, ist durch nichts erwiesen. Die nächsten Erklärungen von Oesterreich zeigen wenigstens soviel, daß es seine bisherigen Verhandlungen als gescheitert betrachtete. Aber es würde der Lage und Natur des Königs widersprochen haben, wenn er nicht zugleich ein gutes Verhältniß zu Oesterreich möglichst aufrecht zu erhalten gesucht hätte. Auch mit diesem Vorbehalt darf man in dem Erlaß dieser Note den

ersten Schritt in einer Richtung sehen, die eine unendliche Tragweite in sich schloß. In dem Circularschreiben wird noch einmal der Wunsch ausgesprochen, daß Oesterreich in dem Bunde bleiben möge. Mache es ihm aber, so heißt es darin weiter, seine innere Lage unmöglich, die für das übrige Deutschland erforderlichen Beschlüsse auch für sich selbst anzunehmen, dann möge das übrige Deutschland in einem engeren Bunde eine besondere Vereinbarung treffen. So schien das Beispiel des Zollvereins, von dem Oesterreich ebenfalls ausgeschlossen war, an die Hand zu geben. Der König erklärt, daß er dabei keine Machtvergrößerung noch Würde anstrebe; er bemerkt ausdrücklich, zur Erreichung des großen Zweckes erscheine ihm die Errichtung eines neuen Kaiserthums nicht erforderlich; es lasse sich wohl eine andere Form dafür finden. Als ein großer Moment im Leben Bunsens muß es betrachtet werden, daß er, besonders von Camphausen unterstützt, bei diesem vielleicht noch zaghaft erscheinenden, jedoch entscheidenden Schritt mitgewirkt hat. Aber trotz seiner übrigens willkommenen Mitwirkung zollte ihm doch das constitutionelle Ministerium die Anerkennung nicht, die er erwartete. In Berlin blieb er immer fremd; dagegen in Frankfurt, wohin er die Circularnote überbrachte, fühlte er sich wie zu Hause. Hier besaßen die Ideen, mit denen er sich trug, das Uebergewicht; er konnte sie durch seine Beistimmung verstärken. Er fand einen Boden für seine weiteren Entwürfe. Auch er war dort höchst willkommen und trat daher mit Vergnügen in eine geschäftliche Stellung ein, die, anfangs in Berlin gutgeheißen, ihn doch nach einiger Zeit in ernste Mißverständnisse mit der Regierung verwickelte.

Wir verweilen zunächst bei diesem Incidenzpunct, bei welchem auch der König das Wort ergriff.

Auf den Wunsch und Antrag der Frankfurter Versammlung übernahm Bunsen die Führung der Verhandlungen mit Dänemark. Das preußische Ministerium gab dazu seine Einwilligung, unter der Voraussetzung jedoch, daß die Centralgewalt in Frankfurt ihm solche Instructionen geben würde, die den Intentionen des preußischen Hofes und der Lage von Norddeutschland entsprächen, und zwar im Einverständniß mit dem Ministerium. Die Stellung Bunsens war insofern von besonderer Wichtigkeit, als der englische Hof, bei dem er stand, die Vermittelung in der dänisch-deutschen Frage übernommen hatte. Der Reichsverweser gab ihm in seinem Namen Vollmacht dafür. Das preußische Ministerium rieth ihm, dieselbe anzunehmen; es schien die Annahme gleichsam als einen Beweis seiner alten Treue

anzusehen. Auch der König war nicht dagegen, hatte aber doch wegen der Form von Anfang an Bedenken[1]).

„Ihre offiziöse Bevollmächtigung ist mir ganz recht, nicht aber Ihre Accreditirung als Reichs-Gesandter, wie ich es Ihnen an demselben Tisch sagte. Ihre Remuneration für die nothwendig damit verknüpften Ausgaben ist ganz natürlich; ja, ich erwarte dieselbe als sich von sich selbst verstehend. Grade aber, wie ich das Creditiv nicht erlaube, setz' ich mich gegen die Form des Gehaltes und muß die Form der Liquidation für Spesen gewählt werden.

Nur frisch und gutes Muthes und voll Gott-Vertrauen wie Ihr Freund in Charlottenburg."

Die Sache nahm bald eine Wendung, die man anfangs nicht erwartet zu haben scheint. In Berlin wünschte man den Frieden und war zur Unterzeichnung eines von Palmerston entworfenen Protokolls bereit. In Frankfurt war man dagegen: man hatte dort nichts gegen den Ausbruch des Krieges; die vornehmsten Führer schienen ihn zu wünschen. Nicht mit Unrecht sagt der König, sein Freund gerathe in die unangenehme Lage, zweien Herren dienen zu sollen. Er hoffte noch, Bunsen werde nach seinem (des Königs) Willen verfahren und das andere Verhältniß lösen.

Charlottenburg, 27. März 1849.

„Ihr Verhältniß zu London der dänischen Sache gegenüber, zwischen meinen und der Frankfurter Behörden Instructionen eingeklemmt und gezerrt, scheint mir auf dem Punkt der völligen Unhaltbarkeit angelangt zu seyn. Ich schreibe Ihnen jetzt, mein theuerster Bunsen, ohne eines Menschen Vorwissen, avertire Sie aber, daß dieser Brief zuvor dem Minister Graf Arnim confidenziell von mir mitgetheilt werden wird. Kommt er in Ihre Hände, so ist das ein sicheres Zeichen, daß der Minister, der mein Vertrauen im allerhöchsten Grade besitzt, mit dem Inhalt einverstanden ist.

1) Postscriptum vom 14. März 1849.

Der Zweck dieser Zeilen ist der, Sie, theuerster Freund, zu bestimmen, selbst Schritte zu Frankfurt zu thun, um dieses Verhältniß, welches anfängt, gewaltig gegen das Gebot anzustürmen: „Du sollst nicht zweien Herren dienen", zu lösen. Daß Sie **schuldlos** an dieser Wendung sind, weiß Niemand besser, als ich; dies schöne Selbstbewußtsein reicht aber nicht aus, um ein allso verschobenes Verhältniß zu bewältigen. Was ich aus Achtung gegen Gagern nicht voraussetzte, ist dennoch geschehen. Für Preußen ist das erste Geboth in dieser Sache, um meiner angeborenen Pflichten willen: Waffen-Ruhe zu erhalten, Frieden zu schließen und Pommern wie Preußen und das arme Mecklenburg vor einer Verarmung nach dem Fuße von 1805—7 zu bewahren. Der Herr Reichs- (!) Minister, daß sich Gott erbarm! hat die Gloriole eines noch gar nicht existirenden Reiches (!!!) vermeintlich zu vertreten. Das Leiden meiner baltischen Lande est le caduc de ses soucis! Mag er das mit einem Anderen, als meinem Organ durchsetzen. Mein Freund und „wirklicher" Geheimer Rath **kann** nicht kalt und warm aus einem Munde blasen.

Ich denke, Sie fühlen das Gesagte mit mir. Wenn nicht, so werd' ich Ihre Erwiederung mit großem Interesse vernehmen. Sind Sie aber meiner Ansicht, so handeln sie schnell. Gott leite Sie!

Friedrich Wilhelm."

Indessen aber ergriff Bunsen eher den entgegengesetzten Entschluß. Er sah sich zu entscheidenden Schritten gedrängt und erklärte im Namen der Reichsgewalt das Protokoll für unannehmbar. Der Zwiespalt, in den er sich gesetzt hatte, trat bei den entgegengesetzten Weisungen, die er erhielt, klaffend hervor. Der König selbst sah sich veranlaßt, die Antwort, die er gegeben hatte, ihm zur Rechtfertigung mitzutheilen, wie er sagt, mit der „ganzen ängstlichen Hoffnung eines treuen Freundes, daß es ihm gelingen werde, sich zu rechtfertigen; nur der Fluch Gottes auf 1848 könne solche Monstruositäten gebären" [1]).

Schon durch einige vorläufige Aeußerungen des Königs wurde Bunsen bewogen, dem Reichsministerium zu erklären, daß er bei der Unvereinbarkeit der Ansichten über die dänischen Vorschläge die Unterhandlungen im Namen der Bundesgewalt nicht weiter fort-

---

1) Schreiben des Königs vom 6. April.

setzen könne. Er bat nur, ihm nicht einen besonderen Bevollmächtigten von preußischer Seite für dieses Geschäft zur Seite zu stellen: denn dann würde seine Stellung als Gesandter unhaltbar werden. Trotz allem, was in Charlottenburg vorgegangen war, gab er doch wieder die tiefste Verstimmung kund. „Geht", sagt er, „die deutsche Sache unter, so habe ich mir gelobt, für immer aus dem öffentlichen Leben, wo nicht vom Vaterlande, zu scheiden." So schrieb er am 31. März, — an demselben Tage, an welchem die Nachricht von der so eben in Frankfurt eingetretenen Entscheidung über die deutschen Angelegenheiten bei ihm eintraf.

IX.

Ablehnung der Kaiserkrone.

Die Frankfurter Versammlung ist dadurch einzig in ihrer Art, daß in ihrer Mitte alle Fragen über das Gesammtleben der Nation in freier Discussion erörtert wurden und die verschiedensten Standpuncte wie in einer an einander schließenden Kette ihre Vertreter fanden. Sie war gleichsam eine Akademie der politischen Wissenschaften in Bezug auf die nationalen Anliegen in der Form einer Staatsgewalt, thatsächlich ohne alle Macht, aber, inwiefern sie ihren Beruf auf das Princip der Nationalsouveränetät begründete, von Alles umfassendem Anspruch. Neben dem Streite der Meinungen machten sich, wie wir schon gesehen haben, factische Verhältnisse geltend, die auf den Ausschlag der Berathungen entscheidenden Einfluß ausübten. Ein solches war jene Erhebung der Radicalen, durch welche die Nationalversammlung, in ihrer Existenz bedroht, genöthigt wurde, sich den Mächten, deren Truppen sie ihre Rettung verdankte, anzuschließen. Die größte Rückwirkung auf die Versammlung entsprang aus der Ermannung dieser beiden Mächte selbst und ihrer siegreichen Haltung den destructiven Tendenzen gegenüber, welche sie bisher zersetzt hatten. Die Versammlung wurde inne, daß sie nicht mehr das entscheidende Wort zu sprechen hatte. Alles beruhte auf dem Verhältniß, in das sie sich zu der einen oder der anderen setzen würde. In unmittelbaren Contact gerieth sie mit den Ereignissen in Berlin, die eine Seite hatten, durch die sie ihr willkommen waren. Sie hatte zuletzt nichts dagegen, daß eine auf dem königlichen Willen einseitig beruhende Verfassung octroyirt und angenommen wurde. Denn diese war doch erfüllt von den Ideen der Zeit und stellte ein constitutionelles Regiment in Aussicht. Die in Frankfurt vorwaltende, mehr conservative Partei bekam dadurch neuen Rückhalt.

Zu dieser inneren Verbindung mit Berlin kam nun der oben berührte Gegensatz gegen Oesterreich. Die Erklärung von Kremsier schnitt jede Hoffnung ab, die Frankfurter Beschlüsse in Oesterreich zur Geltung zu bringen. Die Entfernung der Oesterreicher aus dem Ministerium, die dann folgte, erweiterte die Trennung, so daß die umgebildete Centralgewalt den schon angeregten Gedanken, zwischen Oesterreich und den übrigen deutschen Mächten zu unterscheiden und das erstere bei den ferneren Berathungen nicht zu berücksichtigen, mit Entschiedenheit ergriff. Der Gedanke eines weiteren Bundes, zu dem Oesterreich gehören, und neben ihm eines engeren, von dem es ausgeschlossen sein sollte, wurde gefaßt und von der Mehrheit der Versammlung unter mancherlei Schwankungen doch zuletzt genehmigt. Da war es nun von doppelter Bedeutung, daß eine verwandte Ansicht in Preußen sich Bahn brach, und zwar, wie im Staate, so auch bei König Friedrich Wilhelm IV. An sich durch die Erinnerungen an den letzten großen Krieg und im gemeinschaftlichen Gegensatz gegen die Revolution an Oesterreich gefesselt, gab doch der König der Ueberzeugung Raum, daß eine Regeneration von Deutschland, wie auch er sie billigte, in Verbindung mit Oesterreich unmöglich sein würde. Bei aller Rücksicht, mit der die Circularnote abgefaßt ist, enthält sie doch eine Abwendung von der österreichischen Idee zu der deutschen. Wenn nun dergestalt Berlin und Frankfurt sich in einem und demselben Gedanken begegneten, so waren sie doch darum bei weitem nicht einverstanden. Der König wollte vor allem das Recht des Fürstenthums, als dessen Sachwalter er sich ansah, und sein eigenes anerkannt wissen, die Versammlung in Frankfurt dagegen, d. h. das damalige Reichsministerium und die Majorität, vor allem die Verfassung zu Stande bringen, mit der sie schon so lange beschäftigt war. Deren Consequenzen schlossen Oesterreich aus. Von geistvollen mitbetheiligten Männern ist zwar bedauert worden, daß man nicht auch ferner solche Beschlüsse faßte, denen Oesterreich beitreten konnte. Aber das lag außerhalb der Folgerichtigkeit der Thatsachen. Für Oesterreich erschien es sogar unter den damaligen Umständen als eine Nothwendigkeit, auf die Vereinigung seiner deutschen Landschaften mit Deutschland Verzicht zu leisten, um dieselben für seine eigene innere Consolidation und Macht ungeirrt verwenden zu können. In Oestereich wollte man das nicht Wort haben; man glaubte noch, mit der eigenen Reconstruction eine vorwaltende Macht in Deutschland verbinden zu können. Es gab, wie schon angedeutet, eine mächtige Stimme in Europa, die dem widersprach. In England

meinte man ein entschiedenes Uebergewicht Oesterreichs auf dem Continente nicht dulden zu können und von dem fortwährenden Conflict in Deutschland die widerwärtigsten Folgen fürchten zu müssen. Denn wie leicht, daß Frankreich sich einmal wieder erhebe und in Süddeutschland Meister werde; selbst ein russisch-französisches Supremat lasse sich besorgen. Als das Wünschenswertheste betrachtete man auch dort, daß sich Oesterreich für sich selbst reconstruire mit Einschluß seiner deutschen Provinzen, das übrige Deutschland aber sich um Preußen her zu einem engeren Bunde vereinige; — Ideen von universalhistorischer Bedeutung, die aber damals bei dem Gleichgewicht der Kräfte und in der allgemeinen Gährung noch nicht die Aussicht hatten, realisirt zu werden. Wenn man sogar zweifeln mußte, daß der König von Preußen mit der erforderlichen Entschiedenheit dazu die Hand bieten werde, so wurde durch den vertrauten Vermittler zwischen den englischen Ministern und dem Reichsministerium diesem der Rath gegeben, sich nicht darum zu kümmern, sondern auf den Grund der Machtvollkommenheit des Parlamentes einen Beschluß über die Stellung herbeizuführen, welche Preußen in dem zu errichtenden Bundesstaate einzunehmen habe[1]). Bei dem Gegensatz der Parteien und den steten Einwirkungen Oesterreichs auf dieselben hatte das die größten Schwierigkeiten; aber der Fortgang der inneren österreichischen Angelegenheiten selbst, die Anfang März 1849 zu einer noch stärkeren Erklärung über den zu bildenden, „untheilbaren und unauflöslichen" Gesammtstaat Oesterreich führten, als die früheren gewesen waren, überzeugte am Ende auch die wärmsten Anhänger dieser Macht, daß man das begonnene Verfassungswerk aufgeben müsse, wenn man sich nicht von derselben sondere. Auch sie richteten jetzt ihre Augen auf Preußen. Es muß dieser Ver-

---

1) Stockmar an Gagern, London den 3. December, in Stockmars Denkwürdigkeiten S. 555: „Müßten Sie diese Frage verneinen, vorzüglich weil Preußen abermals geneigt wäre, sich selbst und Deutschland untreu zu werden, dann sehe ich die letzte Hülfe nur noch in dem entschlossenen Handeln des Frankfurter Parlaments. Dieses gehe dann ohne allen Zeitverlust und weitere Verhandlungen mit Preußen aus eigener Machtvollkommenheit vor und decretire, unbekümmert, wie es gegenwärtig in Berlin und Wien stehe, die Stellung Preußens im neuen deutschen Bunde, wie es dieselbe zum Wohl des Ganzen für zweckmäßig halten mag." In der Antwort (18. December 1848), welche Max von Gagern im Namen seines Bruders Heinrich hierauf gab, heißt es: „Er hofft, daß Sie den Inhalt jenes politischen Briefes in seinen nächsten Handlungen als Minister wieder erkennen werden" (S. 562).

sammlung, die sich als den Ausdruck der Nationalsouveränetät betrachtete, immer hoch angerechnet werden, daß sie in ihrem methodischen Gange an den Grundlagen eines geordneten Staatswesens festhielt, die Republik ausschloß, die monarchischen Gewalten anerkannte und der kräftigsten derselben, der preußischen, die Centralgewalt anzuvertrauen die Absicht faßte. Die Gesichtspuncte, die hiefür in der Verhandlung entscheidend waren, erscheinen in einer Rede Soirons, worin ausgeführt wird, daß nur der mächtigste Fürst zum Oberhaupt tauge, weil nur er im Stande sei, das Widerstreben der an ihre Souveränetät gewöhnten ehemaligen Reichsstände niederzuhalten. „Unsere provisorische Centralgewalt hatte Alles für sich: den populärsten Fürsten, die öffentliche Meinung, die Erschütterung der Throne durch die Revolution, die National-Versammlung selbst; aber sie hatte keine materielle Macht; — darum war und blieb sie ohnmächtig. Damit aber die Macht eine dauernde werde, muß sie erblich sein; nur unter dieser Voraussetzung ist es möglich, daß Preußen in Deutschland aufgehe: — würde der König von Preußen erst zeitweiliges Oberhaupt, so würde Preußen sich als constitutioneller Staat consolidiren und den Bundesstaat unmöglich machen; — werde aber der König erblicher Kaiser von Deutschland, so werde der preußische Particularismus aufhören. Es lasse sich erwarten, daß einzelne Provinzen ihren Einheitspunct nicht in Berlin, sondern im Sitze des Reiches finden würden." — Man sieht aus diesen Worten, wie so ganz es das eigene Interesse der verfassunggebenden Versammlung war, wenn sie den König von Preußen zum erblichen deutschen Kaiser zu erheben beschloß. Sie vollendete damit ihr ganzes System. Wie sie den Reichsverweser durch eine mit den constitutionellen Principien nicht conforme Selbstwahl aufgestellt hatte, so würde nun der König von Preußen als Reichs-Erbverweser — denn dieser Titel kam wirklich in Vorschlag, und selbst Bunsen hätte ihn angenommen: nichts weiter bedeute der Titel „deutscher Kaiser" — seine Macht im Bundesstaate der Versammlung verdankt und ihr die Stärke seines Armes geliehen haben. In den immer steigenden Zerwürfnissen der Versammlung erschien die einzige Rettung in der unverzüglichen Wahl des Königs von Preußen. Um diese zu bewirken, gingen die Altliberalen den Radicalen gegenüber noch einen Schritt weiter, als es ihrem Systeme entsprach. Um der Mehrheit sicher zu sein, gaben sie ihren Gegnern das radicale Wahlgesetz nach, auf welchem diese bestanden, und fügten sich darin, dem künftigen Oberhaupt nur ein suspensives Veto zu bewilligen. Sie erschraken, aber

gaben nochmals nach, als diese Beschränkung der höchsten Autorität auch auf Fragen der Verfassung ausgedehnt wurde, so daß deren Bestand nur eine sehr zweifelhafte Gewähr behielt. Die Versammlung, deren erste Beschlüsse auf Compromissen der Liberalen mit den Radicalen beruht hatten, kehrte zu dieser eine Zeit lang unterbrochenen Verständigung zurück, und zwar zum Vortheil der Radicalen. Um das Princip, die monarchische Gestaltung des Bundesstaates, zu behaupten, willigte man in eine an sich unwillkommene Beschränkung der obersten Gewalt in demselben, wenn diese dann nur dem mächtigsten Fürsten, dem König von Preußen, zufiel. Wohl wußte man, daß sich Friedrich Wilhelm diese Würde verbeten hatte; aber man hielt ihn für beugsam und rechnete auf seine Beistimmung im letzten Augenblick; hatte er sich doch nach langem Schwanken zuletzt entschlossen, im Widerspruch mit Oesterreich den engeren Bund auch seinerseits anzubahnen.

Auf's neue wurde dergestalt dem preußischen Staate die Frage vorgelegt, inwiefern er nunmehr die Verbindung mit den deutschen Reform-Ideen, wie sie sich im Parlament manifestirten, eingehen wolle oder nicht. Eine neue große Aussicht wurde ihm geboten, eben die, eine dominirende Stellung in Deutschland zu erlangen. Und mußte nicht auch dem König daran liegen, den Verwirrungen ein Ende zu machen, die Macht in die Hand zu nehmen? Ein starkes politisches Interesse sprach dafür. Ueber die anstößigen Einzelheiten hätte sich später hinwegkommen lassen; die Ueberzeugung der Meisten war, daß es dazu nur eines festen Willens bedürfe.

An und für sich wäre nun auch König Friedrich Wilhelm IV. fähig und selbst geneigt gewesen, die höchste deutsche Würde anzunehmen. Es entsprach einem tiefen und berechtigten Ehrgeiz seines Herzens. Aus allem, was er dagegen sagt, leuchtet doch dieser Zug hervor: die Krone der Salier und Hohenstaufen an die Hohenzollern zu bringen, wäre ihm als der Gipfel persönlichen und dynastischen Glückes erschienen. In seiner Seele theilte er alle die Gefühle für die Herstellung deutscher Einheit, welche seine Zeitgenossen seit dem Jahre 1806 erfüllten. Aber auf der anderen Seite zeigten sich doch die gewichtigsten Gegengründe. Einmal konnte sich der König des Gedankens nicht erwehren, der aus seiner historischen Anschauung entsprang, daß dem Hause Oesterreich die erste Stelle in Deutschland gebühre. Nicht als ob es nicht Fälle hätte geben können, in denen er die obere Leitung übernommen hätte. Wir berührten schon eine Andeutung dieser Möglichkeit und werden darauf zurückkommen.

Allein in diesem Augenblick, in welchem Oesterreich zu erneuter Macht gelangt war und die revolutionären Elemente siegreich bekämpfte, lag ein für ihn gültiger Anlaß dazu nicht vor. Alles, was er über sich gewinnen konnte, war jener Versuch, den engeren Bund zu Stande zu bringen. Das sollte jedoch mit möglichster Schonung Oesterreichs geschehen. Bei den Verhandlungen hierüber ist man dem Könige zuweilen schon zu weit gegangen. In seinem Unmuthe hat er einmal an Bunsen geschrieben, er habe die preußische Politik in die Hände des Staatsministeriums gelegt; sie sei hinfort nicht mehr die seine[1]). Dazu kam eine wachsende Verstimmung des Königs über das Verhalten des Frankfurter Parlaments in der dänischen Angelegenheit, das dem besonderen preußischen Staatsinteresse entgegenlaufe. Aber die Hauptsache war doch der Widerspruch, in welchem sich Friedrich Wilhelm mit den liberalen und radicalen Tendenzen der Versammlung befand. Seine ganze Gesinnung widerstrebte der Annahme der Krone, die ihm geboten wurde; denn dies Anerbieten trat ihm aus der Mitte der revolutionären Bewegung entgegen. Es hätte ihn sogar zur Theilnahme an derselben und zur Vertheidigung der in Frankfurt auf Grundlagen, die er verabscheute, aufgebauten Beschlüsse verpflichtet. Ueberdies: er war viel zu sehr ein geborener Fürst und von dem ausschließenden Rechte des deutschen Fürstenthums, über das Kaiserthum, d. h. die höchste Würde auf Erden, zu verfügen, durchdrungen, als daß er nicht den Versuch der Versammlung, aus eigenmächtiger Erhebung diese Würde zu übertragen, als eine Usurpation und gleichsam als Standesbeleidigung betrachtet hätte.

In dem angeführten Briefe an Bunsen heißt es weiter:

„Wenn die persönliche Frage kommt, dann werd' ich reden, würdig als Siebenzehnter der herrschenden Hohenzollern — dazu. Wie? — das wissen Sie — Nicht wie Sie wünschen und hoffen. Ich setze meine Krone und mein Leben daran: ein ehrlicher Mann und Fürst zu bleiben. Vale!

F. W."

„Wir stehen," schreibt er am 14. März, „auf schicksalsschwerer Entscheidung. In Frankfurt wächst mit dem Gefühl der Schwäche

---

1) Schreiben vom 11. Februar 1849. Das Datum stammt nicht von der Hand des Königs; es ist von Bunsen später zugefügt, aber ganz unzweifelhaft.

der Entschluß zu kühnen, unsinnigen, frevelhaften Griffen. Gagern will den Krieg mit Dänemark. Welcker will mich morgen oder übermorgen zum Kaiser ausrufen lassen. Ich mache Dänemark **nicht** den Krieg. Ich nehme jene Krone **nicht** an. Beyde wissen beydes — und thun es doch. Sie halten mich für einen Pinsel —. Sie irren sich, das müssen Sie wissen, lieber, treuer Freund, und danach handeln und sprechen. Darum sag' ich's Ihnen.

Gott seegne in Gnaden Ihr und mein Thun und Lassen, Dichten und Trachten, Wollen und Vollbringen! Und kommt's zum Bruch, so ist Teutschland dennoch nicht verlohren, — denn Gott der HErr ist mit uns!"

Der König hatte in diesen Tagen noch einige andere Correspondenzen; sie sind alle von gleichem Geiste durchdrungen. Ernst Moritz Arndt, der bereits in seinem achtzigsten Jahre stand, aber an der Versammlung von Frankfurt mit der Fülle eines von Patriotismus durchdrungenen Herzens Antheil nahm, richtete eine Zuschrift an den König, in der er ihn beschwor, den Bundesstaat, für den er sich erklärt habe, durchzuführen und sich dem Sinne der Nationalversammlung gemäß an die Spitze von Deutschland zu stellen. Sein vornehmstes Argument war, daß Oesterreich, wenn auch widerstrebend, sich radicalen und communistischen Elementen verbinden und die Weigerung des Königs zur rothen Republik führen könne. Der Brief ist auch in seiner Fassung sehr außerordentlich. Es ist darin eine Mischung von kindlichem Drängen und dem Respect des getreuen Unterthans. Man sieht, wenn ich so sagen darf, in dem silbernen Haar die blonden Locken der Jugend. — Auf den König machte das Schreiben den Eindruck, daß hier ein in patriotisch deutschem Gefühl ebenbürtiger Mann von reiner Gesinnung mit ihm rede. Er antwortete ihm, wie er sagt, als sein „wohlgeneigter König und guter Freund". Den Communisten und rothen Demokraten stand er noch ferner, als Arndt; er bezeichnet sie als Menschen der Hölle und des Todes. Aber nicht in ihnen sah er die eigentliche Gefahr, denn nur auf dem lebendigen Boden der Revolution seien sie gewachsen, sondern in dieser selbst. Revolution bezeichnet er als das Aufheben der göttlichen, der rechten Ordnung. Mit dem Strome derselben treibe aber die Nationalversammlung, da sie den deutschen Obrigkeiten keine Beachtung widme. Ihr Beruf sei, eine Verfassung zu entwerfen und darüber mit den regierenden Herren und Städten Deutschlands zu vertragen. Wer aber habe ihr das Recht

gegeben, den rechtmäßigen Obrigkeiten einen Kaiser zu setzen? Sie habe weder eine Krone zu geben, noch zu bieten; die Krone, die sie ihm biete, sei das eiserne Halsband, durch welches er, das Haupt von sechzehn Millionen, zum Leibeigenen der Revolution gemacht werden solle. Es sei ferne von ihm, sie anzunehmen. Würde aber der echt und recht vereinte Rath der Kurfürsten und des Volkes ihm die alte, wahre, rechtmäßige, tausendjährige Krone deutscher Nation anbieten, dann würde er antworten, wie ein Mann antworten muß, wenn ihm die höchste Ehre dieser Welt geboten wird.

Auch Beckerath, der durch die religiöse Gesinnung, die er an den Tag legte, dem König besonders werth geworden war, hat damals an ihn geschrieben. Er hob die sittliche Bedeutung der monarchischen Gewalt hervor, d. h. ihren Beruf, die sittliche Grundlage des Staates mit dem Schilde ihrer unantastbaren Macht zu decken, wie das der König schon in Preußen gethan habe. Dasselbe aber müsse auch in Deutschland geschehen. Es bedürfe der Errichtung eines Thrones, in welchem das deutsche Volk zugleich eine dauernde Bürgschaft seiner Einheit und seiner Freiheit erblicke. Er wisse, der König strebe nach keiner Machterweiterung; die christliche Demuth, d. h. hingebende Gesinnung gegen die Vorsehung, verpflichte ihn, den Beruf, den diese seinem Preußen auferlege, zu übernehmen. Er erinnert an Friedrich Wilhelm III., der, in drohenden Gefahren den Nothschrei des Volkes erhörend, den schwersten Entschluß ergriffen habe, durch den das Vaterland errettet worden sei. — In seiner Antwort verweist der König Beckerath auf den vorangegangenen Brief an Arndt, den ihm dieser gern mittheilen werde, indem er die brennende Vaterlandsliebe, die in beiden athme, anerkannte, aber eine gleiche für sich selber in Anspruch nahm. Auf's bestimmteste kehrt er seinen Beruf, die destructiven Elemente zu bekämpfen, hervor: er habe mitten in den Stürmen sein Haupt aufrecht erhalten. Im November sei daran nichts geändert; ebenso wenig solle es jetzt geschehen. Er stehe hoch genug, um in dem Strome der Revolution die reinen, wie die gräuelhaften Bestandtheile zu unterscheiden. Aber wer nur aufschaue und Gott verehre und liebe, werde den rothen Bodensatz in dem Strome wahrnehmen: der müsse versiegen, wenn Deutschland gerettet werden solle[1]).

1) Der Brief Beckeraths ist vom 18., der des Königs vom 20. März 1849 datirt, beide veröffentlicht von Oncken in der Cölnischen Zeitung vom 14. Januar 1873.

Es springt in die Augen, welch eine geistige Kluft die Paulskirche und das Schloß von Charlottenburg von einander trennte. Sollten wir den Moment des Gegensatzes bezeichnen, der als der historisch bedeutendste angesehen werden muß, so wäre es der folgende. In Friedrich Wilhelm lebte der Begriff der legitimen Gewalt, in Verbindung jedoch mit der freien Entwickelung, die sie gestattete. Der König ging nicht so weit, die Nationalversammlung von Frankfurt schlechthin zu verdammen; als Volkshaus oder als zweite Kammer hätte er sie anerkannt; aber er bestritt ihr die Machtvollkommenheit und konnte eine Krone nicht annehmen, in deren Uebertragung der Begriff der Nationalsouveränetät zur Erscheinung kam.

Wir erwägen hier nicht die Berechtigung der entgegengesetzten politischen Systeme; aber vielleicht ist es dem Könige zuzuschreiben, wenn die Idee der Nationalsouveränetät in Deutschland niemals festen Grund und Boden gefunden hat. Darauf beruht noch heute der Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland. Noch ein anderes Moment aber bestärkte den König in seiner Haltung. Er sah die radicalen Elemente vor sich, welche er von ganzer Seele haßte und verabscheute. In ihrem Treiben sah er gleichsam ein satanisches Beginnen gegen Religion und Staat, dem er nicht Raum zu geben, sondern selbst mit dem Schwerte Gideons zu widerstehen die heilige Pflicht habe.

Am 27. März wurde in Frankfurt die Kaiserwahl definitiv und feierlich vollzogen. Bunsen, der die Nachricht davon am 31. März erhielt, hat noch an demselben Tage dem König ausführlich darüber geschrieben, um ihm die Annahme der Wahl auf das dringendste anzurathen. Und nicht ohne Gewicht sind die Argumente, die er dafür anführt. Die Ablehnung würde, so sagt er, für die Person und das Haus des Königs, für die preußische Monarchie und die Zukunft von Deutschland gefährlich werden. Die Manifestation von Oesterreich, nach der dieses bei seinem Eintritt mit der gesammten Macht in den Deutschen Bund 38 Stimmen für sich habe, während den Deutschen nur 32 Stimmen zufallen sollten, mache jedes weitere Wort unnütz. „Deutschland kann in Zukunft nur bestehen als freies Bundesreich neben dem österreichischen Gesammtstaate, dazu nur in Form eines Reiches mit einem erblichen Oberhaupte. Preußen hat zwischen dieser hohen Stellung und einer kümmerlichen Abhängigkeit von Oesterreich und Rußland zu wählen. Ew. Majestät können das, was geschehen muß, vielleicht auf Ihre Lebenszeit verhindern. Geschehen wird es aber; denn das Gefühl

Deutschlands, eine Nation zu sein und als solche dem Auslande gegenüberzustehen in Krieg und Frieden, ist unvertilgbar." Damit biete sich jetzt die friedliche Ueberleitung der revolutionären Bewegung in ein parlamentarisch-monarchisches Geleise. Der König würde, wenn er ablehne, zugleich mit seiner Vergangenheit und seiner Zukunft brechen. Er drückt sich hierüber so stark wie möglich aus. Der König, ein constitutioneller Fürst, werde dieser Nothwendigkeit nicht entgehen ohne eine Contrerevolution oder eine Abdication. Die Einwendungen, die man von dem Wahlgesetze oder dem nur suspensiven Veto hernimmt, schlägt er nur gering an: denn das Erste sei ja das preußische System, das Zweite habe in einem Bundesstaate nicht soviel zu bedeuten, wie in einem Einzelstaate. Für eine unbedingte Annahme war Bunsen selber nicht. Das Verhältniß zu Oesterreich sollte doch auf den Grund der Bundesacte aufrecht erhalten, die Abänderung der Reichsverfassung durch einfache Majorität vorbehalten werden. Nur die Ablehnung bestritt er mit all seiner dringenden Lebhaftigkeit. Gewiß war es ihm Ernst mit der Verwandlung der demokratischen Bewegung in eine constitutionelle. Das aber war es eben, wovon der König niemals zu überzeugen war. Er glaubte nicht anders, als daß die demokratische Bewegung sich seiner Macht bedienen wolle, um die revolutionären Ideen in Deutschland zur Geltung zu bringen.

Ehe dieser Brief eintraf, hatte der König den entgegengesetzten Entschluß — nicht etwa gefaßt, denn das war längst geschehen[1]) —, aber feierlich ausgesprochen. Der Deputation, die ihm meldete, „daß ihn das Vaterland als den Schirm und Schutz seiner Einheit, Freiheit und Macht zum Oberhaupte des Reiches erkoren habe", antwortete er: in ihrer Botschaft erkenne er die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes; sein Blick werde dadurch auf den König der Könige gelenkt und auf die Pflicht, die ihm als dem Könige von Preußen und als einem der mächtigsten deutschen Fürsten obliege; er danke für das Vertrauen, das man ihm beweise; aber er würde heilige Rechte verletzen und mit sich selbst in Widerspruch gerathen, wenn er ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter, der Fürsten und der freien Städte Deutschlands einen für Alle, Fürsten

1) In Varnhagens Tagebüchern, VI S. 111, wird angegeben, der König sei in Neustadt-Eberswalde umgestimmt worden: „man sieht in der Fahrt dahin eine besondere Intrigue." — Und noch immer werden diese leeren Gerüchte wiederholt.

und Stämme, entscheidenden Entschluß fassen wolle; von denen müsse erst geprüft werden, ob die Verfassung dem Einzelnen und dem Ganzen fromme, ob er durch die ihm zugedachten Rechte in Stand gesetzt sein würde, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes mit starker Hand zu leiten. Eine Ablehnung für immer liegt darin nicht; aber dem Sinne gemäß, in dem er sich schon immer erklärt hat, fordert der König eine vorläufige Uebereinkunft der Regierungen und der Versammlung, wie in Bezug auf das Anerbieten selbst, so auch auf den Umfang der ihm zu übertragenden Gewalt. Zugleich spricht er seine Hingebung für die Sache und das Wohl Deutschlands auf das nachdrücklichste aus: in allen Gauen möge man verkündigen, daß Preußen in inneren und äußeren Gefahren der Schirm und Schild Deutschlands sein werde.

Indem aber der König die Krone, wie sie ihm von der Deputation angeboten wurde, nicht annahm, hielt er doch an dem durch die Circularnote ergriffenen Standpunct fest. In einem besonderen Erlaß erklärt er sich bereit, wenn es ihm von den deutschen Regierungen angetragen werde, unter Zustimmung der Nationalversammlung die provisorische Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen und an die Spitze eines Bundesstaates zu treten, der aus den Staaten sich bilde, welche sich demselben freiwillig anschließen würden. — Eines der für die Geschichte bedeutendsten Schreiben, die je aus Friedrich Wilhelms Feder geflossen sind, ist das, worin er Bunsen von der Richtigkeit und Nothwendigkeit seines Entschlusses zu überzeugen sucht; er hat es „unter dem Geläute der Glocken, die das Osterfest ankündigten", begonnen[1]).

Einen halben Tag, sagt er darin, habe er über die Bunsenschen Briefe nachgedacht; dabei sei er zu dem traurigen Schlusse gelangt, daß er sich mit dem alten Freunde nicht mehr verständigen werde. Zwischen ihnen sei ein Kampf, wie zwischen Fisch und Vogel.

„Sie sind von den Eindrücken der Revolution von 1848 überwältigt. Sie haben dem scheußlichen Bastard von Mensch und Teufel einen ehrlichen Namen „Teutschland" gegeben. — Ich hingegen habe vom 18—19. März 48 bis heut Nichts darin erkannt, als den Abfall von Gott. [Oh, lieber Freund, nehmen Sie dies nicht mit Hohn auf!!!] Ich habe dem Gräuel Bastard, ohne zu zucken und

1) Schreiben Charlottenburg, 7. April 1849.

zu wanken, **seinen** Namen gegeben. — Sehen Sie, lieber Bunsen, da ist der Umstand, der unser Verständniß, menschlich zu reden, unmöglich macht. — Nächst der Zerstörung des frommen Baues teutscher Sitten, Gliederungen und Rechte hat **das** vor Allem mein Herz zerrissen, daß die heilige Losung „Teutschland" vielleicht für immer der Verachtung, der Verleugnung, der Entrüstung aller edlen Menschen der künftigen Tage Preis gegeben worden ist, daß das Wort, welches mein Gemüth seit 50 Jahren mit den Schauern der Begeisterung durchbohrte, das Stich=Wort, ja der Vorwand aller Treulosigkeit, jeglichen Eidbruches, jeder Infamie geworden ist. — Und dem Namen Teutschland klebt **nicht** die Heiligkeit vom Namen des HErrn an, der auch durch die Gräuel der Jesuiten nicht ange=tastet werden konnte. Und doch lieb' ich Teutschland, seine Ehre und Ruhm und **Geltung** mit **der Liebe**, mit der man am Namen einer unvergleichlichen Mutter hängt. [Und ich weiß, was **das** sagen will.]"

Am Ostersonntag schrieb der König an diesem Briefe weiter. Die cassandrischen Sprüche Bunsens machten ihm keinen großen Ein=druck: denn es werde sich bald zeigen, wer das Labarum führe, ob die Revolution oder er, der König. Er hatte von der Abkunft zwischen der Rechten und der Linken in Frankfurt gehört, in Folge deren diese für den König von Preußen als Kaiser stimmen, jene aber das unverbrüchliche Festhalten der Constitution versprochen haben sollte. „Ich sage", fährt er fort: „wäre es der Paulskirchlichen Ma=jorität wirklich um die Sache zu thun gewesen, so gebot der gesunde Menschen = Verstand so gut als **ein Quentchen Rechtsgefühl und ein Löthchen Glauben an die Ehrlichkeit meiner officiellen Aeußerungen** diesen Patrioten, **zuvor die Zu=stimmung der rechtmäßigen Obrigkeiten** (en parenthèse **der** Obrigkeiten, denen sie selbst durch heilige Eide verpflichtet sind) **einzuholen**. Ich frage, **warum** nicht? haben sie sich denn **das** nicht gefragt? Alles Ding hat eine Ursach. Also auch dies Ding. — Warum nicht? Die Antwort ist mir (und Gottlob! allen Ge=sunden) nicht zweifelhaft. — Weil diese Patrioten (!) die Revolution, die Souverainetät teutscher Nation unwiderruflich dadurch befestigen wollten, daß sie dem Narren, dem Preußenkönig, ein Hundehalsband umschnallten, das ihn unauflöslich an die Volkssouverainetät fesselte, der Revolution von 48 **leibeigen** macht! Das, theuerster Freund, ist des Pudels Kern, dieses **schnöden** Pudels **einzige Entschul=**

digung. Grâces à Dieu! c'était une finesse, cousue de fil d'archal. Ich und mein Ministerium brauchten so groben Machinationen gegenüber keinen Aufwand von Geist zu machen, um ihren Kern zu entdecken. Daher rührt mein Bescheid an die, geradezu inqualifiable Deputation der Paulskirche. Des Bescheides Sinn ist: „Ich kann Euch weder ja noch nein antworten. Man nimmt nur an und schlägt nur aus eine Sache, die gebothen werden **kann**, — und Ihr da habt gar nichts zu biethen: das mach' ich mit meines Gleichen ab; jedoch zum Abschied die Wahrheit: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten; Adieu!"

Ich hoffe, daß dieser durch meine Ehre und meinen Namen, meine Stellung „als Fürst von Gottes Gnaden" nothwendig gebothene Bescheid das erforderliche Hof-Kleid angezogen hat. Was hinter Rock und Hemd steckt, wissen Sie so gut wie ich. Das konnt' und durft' ich nicht ändern. Und nun gehe die Sache unter Gottes Führung! Amen.

Noch eins, lieber Bunsen. Gesandte an den Mittelpunkten, an welchen die Welthändel gemacht werden, haben das mit den Königen, die Europäischen Großmächten vorstehen, gemein, daß sie die Dinge à vue d'oiseau sehen. In dieser Lage sind Sie und zwar bon gré, mal gré. Was die Könige da voraus haben, ist die Möglichkeit, über die Weitsicht nicht den Blick in nächster Nähe und das Wissen um die Stimmung und Ansicht der Bevölkerung des eigenen Landes zu verlieren. Darüber hab' ich nun Data und eigene Anschauungen, die, von Anderen geglaubt oder verworfen, doch das bleiben, was sie eben sind. So kann ich Ihnen die tröstliche oder trostlose Versicherung geben, daß die 48ger Teutschthümelei im Großen und Ganzen bei uns, namentlich in der größeren östlichen Abtheilung der Monarchie, gar keine Wurzel geschlagen hat, sondern daß mein Preußen diesseits der Weser, sowie jenseits meine Markaner, Ravensberger, Mindner, Clever, Mörser und Geldrer in der überwiegendsten Masse Schwarzweiß sind und Teutschland höchstens als Acquisition, aber keines Weges als Gegenstand gelten lassen, in welchem sie aufgehen sollten. Darauf können Sie Häuser bauen!

Nun bitt' ich schließlich noch um Einen kritischen Blick auf die Abstimmung in Frankfurt. Ich gehe so weit in der Nachgiebigkeit (und es ist in Wahrheit wohl zu weit gegangen), daß ich hier von dem Hochverrath der maskopy mit der Linken abstrahire. Die hochgerühmte Majorität! für die Kaiser-Wahl war, unter 538

Mitgliedern, 43!!! Bekanntlich eine Majorität, vor welcher Englische Minister oft und mit Recht ihren Rücktritt erklären. — Ferner seien Sie so gut und zählen Sie einmal, d. h. was man unter gens d'esprit zählen heißt, die Macht der 28 Fürsten zusammen, die mir ebenfalls ihre Stimmen gegeben haben. Die Revolution nennt das, versteht sich, eine Majorität. Schiller, das Evangelium Vieler, die der „frohen Botschaft“ nicht mehr glauben, sagt im Demetrius von solchen Stimmen: „Nicht zählen, wägen sollt Ihr sie.“ Das habe **ich** nun, ohne Schiller, schon gelernt, die Weisheit unserer Altvorderen im heiligen Reich bewundernd.

Doch bleiben wir strikte bei der modernen Gemeinheit —. Danach sind 28 Stimmen von 38 die Majorität. Zählen Sie nun, was kein Kaiser je verbiethen dürfte, die Macht der Stimmen zusammen, so repräsentirt die Majorität etwas über 6,000,000 Menschen und die Minorität etwas über 23,000,000!!! Dasselbe Verhältniß ist bei nur oberflächlicher Betrachtung der Stimmgebung und Stimm-Versagung in der Paulskirche bei der Wahl (wohl zu verstehen — den durch jene 80 gemachten Handel abgerechnet) [1]) leicht zu erkennen. —!!! — ! — !!!

Wer nur Teutschlands Ehre und Geltung liebt wie ich, wem der heilige Name des „Vaterlandes der Treue“ kein leerer Schall ist, wem seine eigene Geltung in der Weltgeschichte nicht gleichgültig ist — was soll **der**, ich frage Sie, die Hand aufs Herz, zu solcher Wirthschaft sagen?

Ich schweige — und handle, wie meine und Hohenzollerns Ehre, wie der teutsche Name und der gewissenhafte Blick in die Geschichte es gebiethen. — Und die, welche mit mir gehen wollen — (denn „ohne Selbstlob“ — das kommt nicht alle Tage vor) —, die können besorgt für ihre Existenz, aber gewiß nicht für ihren guten Namen in der Historie sein. — Wählen Sie, lieber Bunsen.

Von den dänischen Dingen hab' ich weder Lust noch Zeit heut ordentlich zu reden. Sie sind mir ein Gräuel, wie jenes Handschreiben von daher — Mumienfarbe und Aasgeruch! —

---

1) Vergl. hierüber Haym, die deutsche Nationalversammlung IV., S. 32, und Jürgens, Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes Bd. II, S. 263.

An dem russisch-türkischen Kriege, an den französisch-algierischen Kämpfen hab' und hatt' ich immer die seltene Befriedigung, beiden Theilen zu gleichem Maße Recht zu geben. Beider Theile Niederlage, beider Siege freuten mich. Hier ist's grade das Gegentheil. Beide Theile sind in gleich hundswüthiger Thorheit an einander gerathen. Beider Theile Niederlage und Siege schmerzen mich unsäglich.

P. S. Ich habe jetzt nur zwei Ambitionen: 1) die, jetzt, wenn irgend möglich und so bald als irgend möglich, durch die Könige und Fürsten gewählt, an Erzherzog Johanns Stelle provisorischer Statthalter von Teutschland zu werden und Ordnung zu machen; 2) dann aber Erzfeldherr Teutschlands zu werden, um Ordnung zu erhalten."

Bunsen lebte in einer so festen Ueberzeugung von der Richtigkeit seiner Anschauungen, daß er sie auch diesen ausdrücklichen Erklärungen gegenüber nicht fallen ließ. In seiner Antwort bringt er eine nicht ungegründete Einwendung gegen die Erzfeldherrn-Idee des Königs vor, nämlich die, daß ein solcher entweder einem Ministerium unterworfen oder ein Dictator sein müsse, was doch beides der Gedanke des Königs nicht sein könne. Zugleich bleibt er noch immer dabei, daß der König die Verfassung annehmen und mit den Fürsten, die sich ihm anschließen würden, ein nach den Bestimmungen der Verfassung ergänztes Parlament berufen müsse, um das constitutionelle Erbkaiserthum zu realisiren.

„Dem Politiker bleibt volle Freiheit, und zwar dem geistlichen, frommen, welcher der allein weise ist:

zu beurtheilen, ob es einen anderen Weg giebt, das Schiff in den Hafen zu führen und vor dem Untergang zu retten, als auf die Verfassung hin, wie sie steht, mit denjenigen Fürsten, welche wollen, das volle Parlament zu berufen, zur Revision und definitiven Sanction, die alsdann verfassungsmäßig in den Händen des erblichen Oberhauptes ist."

Bunsen konnte diesem Schreiben einen an ihn selbst gerichteten Brief von Sir Robert Peel beilegen, der sich in den mildesten Formen doch auch für die Annahme erklärte, welche weniger Gefahr haben dürfte, als die Verweigerung. Dadurch wurde der König veranlaßt,

sich noch einmal ausführlicher auszusprechen[1]). Man sage ihm, er stehe zwischen zwei Gefahren: der einen, sein Reich und seine Krone in ein revolutionäres Imperium aufgelöst zu sehen, dessen Haupt er selber zur Entschädigung für seine Verluste werden solle, und der anderen: in einen Conflict mit dem durch anerkannte Repräsentanten dargestellten deutschen Volkswillen zu gerathen. Die erste halte man für die geringere, da der revolutionäre Ursprung der Kaiserstellung durch weisen, vorsichtigen und doch energischen Gebrauch der verliehenen Gewalt beseitigt werden könne. Man rathe ihm, sich dem Volkswillen zu beugen, der sonst unversöhnlich sein würde. Darauf entgegnet er: es sei wohl der größte Irrthum, den Sir Robert Peel jemals begangen habe, wenn er den Volkswillen in Deutschland dem gleichstelle, der seit ein paar hundert Jahren in England zu einem rationellen und legitimen Begriff geworden sei. Er erzählt dann: auch Beckerath habe ihm die Gewißheit der glücklichen Kur des revolutionskranken Imperium anlockend vorgestellt; er habe ihm geantwortet: das sei ein Rath, wie der dem Propheten Daniel gegebene, getrost in die Löwengrube hinabzusteigen, in der Zuversicht, daß Gott ihm dabei helfen werde; aber er, der König, sei nicht der Prophet Daniel; er würde glauben, Gott zu versuchen. Unmöglich könne Sir Robert Peel die Consequenz verkennen, welche in den Schritten des preußischen Cabinets herrsche, seitdem man sich von dem nach Krieg mit Rußland dürstenden Baron Arnim frei gemacht habe.

„Der Kern dieser Consequenz ist: die Meinung der Besseren und Edlen in Teutschland, nicht den Volkswillen, der nicht existirt, das gerechte und erhebende National-Gefühl, „Teutschland eine Geltung als Teutschland zu verschaffen", mit unseren Bundes-Pflichten gegen gleichberechtigte Souveräne in Einklang zu bringen. Ich frage Sir Robert also ferner, ob er mir räth, inconsequent zu werden.

Ein anderes Capitel ist *meine* Abwägung der beiden inevitablen Gefahren. Ich halte die Gefahr, mich wohlfeil zu entehren, indem ich die *herrliche Schöpfung Gottes durch die Geschichte*, „Preußen", unwiederbringlich auflöse aus Gehorsam gegen *eine Versammlung*, *welche* die angestammten höchsten Obrigkeiten des Vaterlandes für Nichts achtet und sich dadurch, sowie durch die maskopy mit Gottlosen Bluthunden, *als der Revolution ver*=

1) Schreiben vom 1. Mai 1849.

fallen bewährt hat, für moralisch weit größer, als die Gefahr, „einen Kampf auf Tod und Leben mit der Revolution von 1848 einzugehen."

Meine feste Ueberzeugung, daß auch das Materielle **dieser** Gefahr geringer, als das **jener** Gefahr ist, wiegt auch nicht eines Quentchens Schwere in der Waage meiner Entschlüsse. Da müssen Sie und Sir Robert mir schon auf mein Wort glauben, daß ich zu **solchem** Abwägen zu sehr preußischer Offizier und Hohenzoller bin."

Man erkennt, daß außer den religiösen und socialen Antipathien den König auch noch historisch-politische Gründe objectiver Art zu seiner Weigerung bewogen haben. Er war König von Preußen, Oberhaupt dieses von Anfang an auf Unterordnung unter eine legitime höchste Gewalt beruhenden Staates, der auf dieser Grundlage nach und nach zu seiner Macht und Bedeutung erwachsen war. Königlicher und zugleich religiöser konnte er sein Gefühl für Natur und Wesen des preußischen Staates nicht ausdrücken, als indem er denselben als die herrliche Schöpfung Gottes in der Geschichte bezeichnet. Dies sein Preußen will er nicht mit einer Ordnung der Dinge in Verbindung bringen, die auf einem ganz anderen Princip beruht, so daß er, wenn er ihr beiträte, den gesetzlichen und ethischen Boden, auf dem er steht, erschüttern oder selbst zerstören würde. Durch das Imperium, das man ihm anbot, meint er seinen königlichen Thron in Gefahr zu bringen, was für ihn ein Ungedanke ist. Wie weit beide vereinigt werden könnten, war, wie berührt, die Frage der Epoche an Preußen. Friedrich Wilhelm IV. hatte nie gemeint, an die Spitze eines anderen, als eines seinem Staate analog gebildeten Deutschlands zu treten. Unmöglich konnte er das Kaiserthum annehmen, welches bei seiner Neubegründung Preußen in sich begriffen und demselben einen ganz anderen staatsrechtlichen Charakter, als den es trug, mitgetheilt haben würde. Dagegen hatte Bunsen keine Sympathie mit dem schwarz-weißen altpreußischen Wesen. Für den König wußte er nichts Besseres, als daß er die Leitung eines neuen deutschen Reiches übernehme und zugleich Preußen den aus der Verfassung desselben hervorgehenden Bedingungen gemäß umgestalte. Die Gefahr, daß es sonst doch noch von Oesterreich unterdrückt oder wieder zu einem Anhängsel dieser Macht herabgewürdigt werden könne, wog ihm mehr, als alle die Bedenklichkeiten

seines königlichen Freundes. Und wer wollte verkennen, daß eine solche Besorgniß wirklich gehegt werden konnte! Wenn der preußische Staat dem revolutionären Elemente seiner Bildung nach widerstrebte, so hätte es doch seiner Natur und Geschichte ebenso sehr widersprochen, sich der Autorität von Oesterreich zu unterwerfen oder auch nur sich zu fügen, zumal wenn diese Macht aus ihren inneren Wirren neu gekräftigt hervorging. In dem Könige lebte, wie wir öfters bemerkten, bei aller Rücksichtnahme auf Oesterreich, die auf dem gemeinschaftlichen Kampfe gegen die Revolution beruhte, doch auch eine Antipathie gegen das Uebergewicht desselben, durch welches Deutschland seinen Absichten dienstbar und die eigene preußische Macht beschränkt und herabgedrückt würde. Dies war der innere Antagonismus, der ihn unaufhörlich beschäftigte. Wir können hinzufügen, daß er darüber bei sich selbst einen Entschluß gefaßt hatte. Auf eine Aufforderung, an die Spitze Deutschlands zu treten, die ihm, wie er sich ausdrückt, im Jahre vor Satans Losbruch zukam, hat er geantwortet und diese Antwort, wie er später sagt[1]), unter den Stürmen der Revolution bis zum Kremsierer Reichstag mehr als einmal wiederholt: er könne, wolle, werde der Thatsache, daß Oesterreich der mächtigste Staat Deutschlands sei und bei jeder Veränderung in der Verfassung des deutschen Bundes ein Recht auf den ersten Platz habe, nimmermehr zuwiderhandeln. „Aber", fügte er hinzu, „mein Recht als zweitmächtigster Staat kenne ich wohl; es würde von selbst erwachen und durch mich wachend geführt werden, sobald Oesterreich durch nie vorherzusehende, höchst unwahrscheinliche Umstände aufhört, der erste Staat Teutschlands zu seyn. — Mit Oesterreichs Fall vor dem unseren (13. März 1848) wurde Preußens Rolle angebahnt und durch die Kremsierer Constitution vollendet." Authentische Aeußerungen, die ein bedeutungsvolles Streiflicht auf die Haltung des Königs werfen. Man wird sie nicht übersehen dürfen, wenn man sein Verhalten beurtheilen will, wiewohl wir uns bescheiden, daß sie nicht alle Räthsel lösen. Wohl möglich, daß schon bei den Erklärungen des Königs vom 18. März, noch mehr bei der Manifestation am 21. März nach den Wiener Ereignissen diese Gesichtspuncte mitgewirkt haben. Unzweifelhaft hängen jene, an die alte Reichsverfassung anknüpfenden phantasiereichen Entwürfe über das deutsche Königthum oder ein nur nicht erbliches deutsches Kaiserthum vom

1) Schreiben vom 11. Januar 1852.

April 1848 damit zusammen; sie werden durch diesen Grundgedanken erst verständlich.

Seitdem aber waren andere Verhältnisse eingetreten. Nicht die Machtlosigkeit, sondern die Reconstruction von Oesterreich als europäischer Gesammtstaat verhinderte dessen gleichmäßige Theilnahme an den eigentlich deutschen Angelegenheiten. Ohne mit sich in Widerspruch zu gerathen, konnte der König daran denken, in der Reorganisation Deutschlands die leitende Rolle zu übernehmen. Wenn er den engeren Bund zu Stande brachte, so gründete er um sich her, ohne mit Oesterreich zu brechen, doch gleichsam eine neue Macht. Diesen Gedanken ergriff der König, als er die Krone ablehnte, entschieden und bewußt als die einzige Rettung der Idee der deutschen Selbständigkeit und Einheit gegen die Uebermacht und den auf anderen, als den deutschen Gesichtspuncten beruhenden Einfluß von Oesterreich. Diese Absicht sprach der König aufs neue in einer Circularnote vom 28. April und in einem Manifest vom 15. Mai 1849 aus; er hat Bunsen bereits damals darauf aufmerksam gemacht, daß er daran festhalte, Oesterreich zum Trotz.

Alle seine politischen Handlungen in den Jahren 1849 und 1850 beruhen darauf. Und schon kennen wir die europäische Tragweite dieses Vorhabens. Eine innere Consolidation Deutschlands unter der Führung Preußens war besonders den englischen Ministern in hohem Grade genehm. Sie sahen darin eine Befestigung des durch die alten Verträge begründeten Gleichgewichts der Mächte: denn den kleineren Staaten würde es unmöglich sein, sich inmitten des demokratischen Gährens und Wühlens in einer Stellung zu behaupten, in der sie die Uebermacht von Frankreich abwehren könnten. Es war zugleich eine conservative und antifranzösische Tendenz, was die englischen Minister bewog, sich zu Gunsten eines engeren Bundes der deutschen Staaten unter der Hegemonie von Preußen zu erklären. Sie wünschten ein mächtiges Deutschland in der Mitte zwischen Frankreich und Rußland, das, auf seinen eigenen Füßen stehend, eine unabhängige Politik ergreifen und befolgen könne. Wie viel aber gehörte dazu, um diesen Plan auszuführen! Wenn man nach Verlauf eines Vierteljahrhunderts sich in die Politik des damaligen Augenblicks zurückversetzt, so entsprang die vornehmste Schwierigkeit aus der Vermischung zweier, doch in der That weit auseinander liegender Gedanken. Der eine war die Erneuerung der alten deutschen Kaiserwürde mit einer sehr nach der Demokratie hinneigen-

den Verfassung, der andere das Zustandebringen des engeren Bundes. Man könnte meinen, für die Nationalversammlung wäre der richtige Weg gewesen, sich auf das letzte zu beschränken und all ihr Ansehen auf die Durchführung desselben zu verwenden. Das mag kaum möglich gewesen sein; wir streiten nicht darüber. Aber die Uebertragung eines erblichen Kaiserthums an die Krone Preußen, unschätzbar als Manifestation, hatte als politische Handlung von vornherein die schwersten Bedenken gegen sich. Denn in der That mußte man doch befürchten, wenn es auch nicht mit Bestimmtheit vorausgesehen wurde, daß der König die Krone ablehnen würde. Dann mußte die Folge sein, wie sie es denn auch war, daß die constitutionelle Partei, die jenen Beschluß herbeigeführt hatte, ihr leitendes Ansehen nicht behaupten konnte. Man erlebte sofort, daß die radicale Richtung in Frankfurt das Uebergewicht erhielt; die Versammlung, in offenem Widerstreit mit der bestehenden Ordnung der Dinge, zerfiel in sich selbst und löste sich auf.

Sei es uns gestattet, dieser Reflexion, die freilich bestritten werden kann, noch eine andere von ebenso unmaßgeblichem Charakter über die folgenden Ereignisse hinzuzufügen! Ohne den Rückhalt, welchen die Versammlung für die nationalen Ideen bot, war es unmöglich, den engeren Bund in einer dem Bedürfniß entsprechenden Weise zu Stande zu bringen. Der Dreikönigsbund, die Union, die Erfurter Versammlung bilden bedeutende Momente in diesen Bestrebungen; der König nahm daran persönlich den lebendigsten Antheil; aber Erfolg konnten sie nicht haben. Die Beredtsamkeit, das Talent und die Energie von Radowitz, der dem König ebenso nahe stand, wie Bunsen, und als der Vorfechter der Unionspolitik auftrat, vermochten nicht zum Ziele zu führen. In den deutschen Fürsten, die durch die Union einen Theil ihrer Souveränetät verloren haben würden, fand diese Politik, die auf eine freiwillige Beistimmung derselben berechnet war, einen immer wachsenden Widerstand. Der österreichische Gedanke, den alten Bund wiederherzustellen, war nothwendigerweise auch der ihre.

Und höchst ungünstig gestalteten sich die europäischen Verhältnisse in allen anderen Beziehungen, namentlich auch in der dänisch-deutschen Frage. Friedrich Wilhelm IV. wollte nicht eigentlich Krieg gegen Dänemark, aber die eventuelle Losreißung Schleswig-Holsteins von dem Sundkönig, die Verbindung dieses Landes mit Deutschland. Hiebei aber stieß er auf den Gegensatz der Macht, auf deren Theil-

nahme und Unterstützung er sonst rechnete. England wollte Dänemark unter allen Umständen als Gesammtstaat erhalten wissen. Besonders verwundete den König, daß Palmerston hiebei auf die Seite von Oesterreich trat, welches durch die Niederwerfung Ungarns und den Bund mit Rußland, der zu derselben geführt hatte, wieder erstarkt war und seinen alten Einfluß in Deutschland als Stützpunct seiner Macht erneuerte.

Alle diese Umstände brachten den Conflict hervor, der im Herbst des Jahres 1850 zu offenem Krieg zu führen drohte. Preußen hatte die drei Mächte, die es als seine Verbündeten betrachtete, sämmtlich gegen sich. Diese waren selbst mit Frankreich einverstanden. Man hat oft erzählt, Friedrich Wilhelm IV. habe den Aufforderungen zu schärferem Auftreten entgegnet, er sei kein Friedrich II. Aber Friedrich hatte bei seiner gefahrvollsten Waffenerhebung doch eine vortheilhaftere Stellung, als Friedrich Wilhelm IV.: er hatte wenigstens eine von den großen Mächten auf seiner Seite. Und wie unendlich weit war die schlagfertige Kriegsmacht Friedrichs im Verhältniß zu seinen Nachbarn dem Heere überlegen, welches Friedrich Wilhelm IV. damals ins Feld stellen konnte! Bei den ersten Vorbereitungen zu einem Kampfe, der Mobilmachung, zeigten sich die Mängel des militärischen Systems stärker, als man irgend erwartet hatte. Indem man dann den Versuch machte, zu einem haltbaren Austrage zu gelangen, kam der Nachtheil der Lage Preußens in der Uebereinkunft, die es zu Olmütz eingehen mußte, zu Tage, noch mehr fast in den Consequenzen, die aus derselben gezogen wurden. Unleugbar ist, daß diese Wendung der Dinge eine politische Niederlage in sich schloß.

Doch lag darin keineswegs eine definitive Entscheidung der großen Frage. Die Momente, die wir berührten, haben, wie mit dem Vorangegangenen, so auch mit dem Folgenden einen engen Zusammenhang. Seit diesem Mißerfolg traten die militärischen Interessen des Staates wieder in den Vordergrund; die Bedürfnisse der Armee fanden ausgiebigere Berücksichtigung: der Gedanke der Militärreorganisation konnte mit Entschiedenheit ergriffen werden.

Die neuen Differenzen mit Oesterreich, welche eben in den Bundesangelegenheiten zu dem empfindlichsten Ausdruck kamen, riefen noch bei Friedrich Wilhelm IV. Entfremdung und Wider-

willen gegen die Staatsmänner in Wien hervor und führten zu der Ueberzeugung, daß es für Preußen unmöglich sei, sich mit der zweiten Rolle in Deutschland zu begnügen. Der Gedanke des engeren Bundes trat nach einigen Jahren unter dem Nachfolger Friedrich Wilhelms IV. mit innerer Nothwendigkeit wieder hervor und hat die Ereignisse herbeigeführt, welche Deutschland und Europa eine neue Gestalt gegeben haben. Dann konnte auch die Kaiserkrone unter Bedingungen, wie sie Friedrich Wilhelm IV. aufgestellt hatte, angenommen werden, allerdings nicht ohne daß das Machtverhältniß geändert worden wäre. Die Waffenthaten, die dazu führten, gehören zu den glorreichsten, welche die Weltgeschichte kennt.

X.

Herrenhaus. Napoleon III.

Wenn wir uns so rasch von jenem Moment im April 1849 abgewendet und über die damit zusammenhängenden folgenden Ereignisse nur kurze, allgemein gehaltene Bemerkungen gemacht haben, so liegt der Grund hievon darin, daß die Briefe des Königs an Bunsen nichts darüber enthalten. Auch über den Gang der inneren preußischen Angelegenheiten und die Haltung, welche Friedrich Wilhelm IV. dabei einnahm, bietet der Briefwechsel nichts, was zum Verständniß derselben beitrüge. Nur einmal, bei der Creation des Herrenhauses, läßt sich der König gegen den alten Freund, der diesem Vorhaben von Anfang an nahe stand, zu eingehenden Aeußerungen herbei. Es war ihm gelungen, in der preußischen Verfassung einige Paragraphen zu Gunsten der monarchischen Gewalt, durch welche sie sich von allen anderen Constitutionen unterscheidet, durchzusetzen. Aber noch immer hielt er es für schwer, in der neuen Staatsform das dem Monarchen zukommende Ansehen zu behaupten. Man fing sogar an, an seiner Verfassungstreue zu zweifeln. Daß diese Meinung sich auch in England verbreitete, veranlaßte ihn zu einem Schreiben an Bunsen, in welchem er ihm zugleich den Gedanken entwickelte, den er dann zur Ausführung brachte, der Monarchie durch die Errichtung des Herrenhauses eine neue Stütze zu verschaffen[1]).

„Wäre vor meinem Gewissen eine Deutung meiner gelobten Verfassungstreue möglich, so würde diese Treue seit dem August und dem Dezember nur größer geworden seyn. Der Umstand allein, daß ich hinfort mehr denn je „auf England angewiesen

1) Schreiben des Königs Charlottenburg, 11. Januar 1852.

bin," würde mich bestimmen, wenn ich durch etwas anderes als mein Gewissen zu bestimmen wäre. Das aber müssen Sie, als mein alter, treuer Freund, wissen, daß mein Gewissen **allein** mich bestimmt; dieses läßt keine Deutung meines Gelöbnisses zu. Dessenungeachtet und meine Treue **nicht antastend**, steht in mir die **volle** und **feste** Ueberzeugung, daß der Ausdruck des modernen Constitutionalismus in der Verfassungsurkunde **Preußens Tod werden muß**[1]). Man hüte sich also, im Auslande meine Gelöbnißtreue über den Inhalt der Verfassungsurkunde hinaus zu deuten! Was ich im Gegentheil irgend vermag, um auf constitutionellem Wege mit Consens beider Kammern die Verfassung zum Besseren zu ändern und zu wandeln, werde ich redlich und con amore, ja mit gewaltigstem Ernste, als ein König von Gottes Gnaden versuchen und thun. So ringe ich jetzt mit meinem Ministerium, um die Bestimmungen der Verfassung über die I. Kammer zu ändern; die Zusammensetzung halb durch Königliche Gunst, halb durch Volkswahl und in Sonderheit die unübersteigliche **Grenze der Königlichen Verleihungen** sind wahre, durch Nichts in der Welt, nur durch Revolutions-Principe zu rechtfertigende Monstruositäten. Ich bin es meiner Krone und meinen Nachfolgern rein schuldig, das Meine redlich zu thun, damit der König von Preußen nicht weniger Macht in diesem Bereiche habe, als die drei schwächsten Kronen Europas: Spanien, Portugal und Griechenland, und als die constitutionelle Musterkrone Großbritanniens. Setz' ich meine Absicht bei meinen höchsten Räthen durch, so, fürcht' ich, werden sich „meine Freunde" von der Rechten beider Kammern mit Schmach bedecken. Die „Rechte der I. Kammer" wenigstens speit Feuer und Flamme dagegen!!!!! Dieselbe fürchtet, obenein mit Unrecht, daß die „Junker" zu kurz kommen, wenn ich like my most gracious sister Victoria die alleinige Anordnung der I. Kammer (oder „Gott gebe bald" des Herrenhauses des Preußischen Landtags) habe."

Wer sollte nicht eine ausführlichere Erörterung des Königs über seine Gesichtspuncte wünschen? Willkommen aber ist auch diese, wenn gleich nur fragmentarische Aeußerung.

Bei weitem dringender und häufiger wurden die Communicationen des Königs mit Bunsen in Folge der großen Ereignisse,

1) Der König wollte vielleicht sagen „müßte".

die damals in Frankreich eintraten und auf das Verhältniß zu England, welches den besonderen Geschäftskreis Bunsens bildete, zurückwirkten. Ein offener Widerspruch gegen die Festsetzungen von 1815 lag darin, daß der Repräsentant der Dynastie, die damals ausdrücklich von der höchsten Gewalt in Frankreich ausgeschlossen worden war, der Neffe des ersten Napoleon, durch den Staatsstreich vom 2. December 1851 factisch in den Besitz derselben gelangte. Man ermißt die Bedeutung der Frage, ob die vier Mächte dies Ereigniß anerkennen würden oder nicht. Von vornherein zeigte sich, daß sie nicht einverstanden sein würden. Wenn die Gefühle und das politische Bewußtsein Friedrich Wilhelms IV. der Anerkennung widerstrebten, so war das doch nicht die allgemeine Stimmung. Kaiser Nikolaus theilte diese Abneigung; Oesterreich hingegen ergab sich, wie der König sagt, dem Napoleonsdienste. Schwarzenbergs Vorschlag war, daß Oesterreich, Rußland und Preußen Napoleon gemeinschaftlich anerkennen sollten, ohne England; dem König kam es vor, als wolle der österreichische Minister gleichsam die Rolle des krönenden Papstes spielen; er selbst blieb weit entfernt, dazu die Hand zu bieten. Er meinte, sich vielmehr eben an England anzuschließen, wo Lord Palmerston, den er seit dem Herbste 1850 als seinen Gegner betrachtete, deswegen gefallen war, weil er die Anerkennung des neuen Herrschers ohne weiteres versprochen hatte, im Gegensatz gegen die Königin und das Ministerium, die eine abwartende Haltung zu nehmen die Absicht hegten. Friedrich Wilhelm IV. glaubte, Alt-England jetzt wiederzuerkennen, „zu dem", wie er einmal sagt, „der echte und rechte Zug seines evangelischen und altpreußischen Herzens ihn treibe[1])"; er hoffte, mit offenen Armen aufgenommen zu werden, wenn er zu demselben zurückkehre, „wie ein Vogel in das verlassene Nest". Er fürchtete nur, Oesterreich werde sich von der Anerkennung nicht zurückhalten lassen und Deutschland, wie es nunmehr geworden war, dem beistimmen: würde er verweigern, dasselbe zu thun, so läge darin eine Kriegserklärung; soweit aber könne er nicht gehen ohne Sicherheit; er würde sonst in den Fehler Gustavs IV. verfallen. Aber, fügte er hinzu, er werde es wagen, wofern England ihn dazu auffordere zugleich mit Rußland, und wenn von beiden solidarisch ihm, dem König von Preußen, der Territorialbestand seines Staates garantirt und das Versprechen gegeben werde, daß sie einen

1) „Meine Ueberzeugungen und Herzschläge treiben mich ihm zu."

Angriff auf einen der drei Verbündeten als gegen alle drei gerichtet betrachten würden: so, aber nur so, werde man über ihn verfügen können.

Hienach wäre Friedrich Wilhelm IV. bereit gewesen, dem neuen Gewalthaber mit Rußland und England zugleich entgegenzutreten, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin und ohne Einverständniß mit Oesterreich. Ein Gedanke von der weitesten Aussicht, Stellung zu nehmen zugleich mit England und mit Rußland gegen die in dem revolutionären Frankreich neu emporgekommene Macht. In dieser Verbindung meinte er selber, die Märker und Pommern nach der Schweiz schicken zu können, um sein Recht in Neuenburg zu behaupten. Allein wie wenig war das auch unter dieser Combination in England zu erreichen; dazu war weder die Nation, noch auch einer von den Machthabern geneigt; die vorgekommene ministerielle Veränderung hatte bei weitem diese Tragweite nicht. Einige Zeit darauf vermied man bei dem Leichenbegängniß des Herzogs von Wellington mit ängstlicher Sorgfalt alles, was den Napoleoniden an Waterloo hätte erinnern können. Die Anerkennung der geschehenen Veränderung wurde ohne ernstlichen Anstand vollzogen; und sehr bald gewann die Sache ein noch drohenderes Aussehen, als im Herbst des Jahres 1852 in Frankreich Anstalt getroffen wurde, die Präsidentschaft in ein Kaiserthum zu verwandeln. Daß damit auch die Erinnerung an die alte Größe desselben, an die durch die Ereignisse von 1813—15 niedergeworfene europäische Machtstellung von Frankreich wieder wachgerufen, der Territorialbestand der europäischen Mächte in Frage gestellt werden würde, lag sehr nahe. Noch einmal tauchte dann der schon früher ergriffene Gedanke auf, ein Centre d'entente der vier Mächte in London zu errichten. Dem König schlug das Herz voll Freude, weil er die Hoffnung faßte, daß dadurch die gesegneten Bande der alten Eintracht in Krieg und Frieden wieder erneuert werden würden. Bisher habe man alle ähnlichen Anmahnungen von seiner Seite wie das Gebell eines Hündchens überhört; jetzt komme ihm von England selbst der schöne Antrag: er gehe mit vollem Herzen auf denselben ein. Nicht so ganz von Oesterreich, aber von Rußland hegt er die Hoffnung, daß es damit übereinstimmen und daß die Legitimität allen entgegengesetzten Irrthümern zum Trotz das Uebergewicht behaupten werde[1]).

1) Schreiben des Königs vom 17. November 1852.

„Das Factum allein, daß, aufgerufen von Großbritannien, die Mächte des Continents sich in London in diesem Augenblicke besprechen, ist absolut unschätzbar. Wie ich so oft gesagt und Ihnen geschrieben habe: giebt es gegen das revolutionäre Frankreich ein Mittel, den Frieden, einen ehren- und ruhmvollen Frieden, aufrecht zu erhalten, so ist es allein die Einigkeit der vier Mächte und der Eindruck, den dieselbe auf die Machthaber von Frankreich jederzeit, und sie mögen seyn, wer sie wollen, machen muß. Contre l'Europe en armes pour la plus sainte des causes, „le contraire de la révolution", la révolution est sans armes! — Ich zähle also am meisten auf den Eindruck zu Paris. — Und der ist sehr nöthig, — nöthiger, als es das, zuweilen sehr schlecht informirte Gouvernement der Königin vielleicht weiß. Wir wissen — und daraus dürfen Sie der Königin und ihren Ministern, aber sub rosa, kein Geheimniß machen —, wir wissen, daß Louis Buonaparte mit den Häuptern der gottlosen Revoltebestrebungen durch ganz Europa abgeschlossen hat. Mazzini und Kossuth und Andere waren in Paris oder dicht dabei versteckt anwesend. Ein Zeichen von der Incarnation der Revolution, aus den Tuilerien gegeben, erzeugt die Flamme des Aufruhrs in Polen, Ungarn, Italien, Süd-Teutschland und Belgien. In den Grenzländern tritt Buonaparte dann als Empereur de la paix!!! und garant du droit de tous les peuples auf. Die Incorporationsadressen in[1]) der Pfalz, unseren Rheinlanden und Belgien sind geschrieben und zum Theil bereits abgegangen („hört, hört!"). Und — er kann zählen und weiß, daß er mehr Schiffe aufs Meer hinauslassen kann, als Old England. Zwingen wir ihn jetzt durch „unsere" Einigkeit und einmüthige Sprache zur Ruhe, so versagt (rate) seine wohlaufgezogene Maschine. Die Folgen können sehr groß seyn nnd sehr heilsam für uns. Sein für ihn vortheilhaftes Gefaßtseyn wird sich mittelst der imperialen Hofjämmerlichkeiten bald in ridicule verwandeln. Et le ridicule tue en France. — Die Anerkennung seiner Chiffre III ist eine moralische Unmöglichkeit für „uns Vier.". Als ich noch ohne Hoffnung für ein quadruples Verständniß war, hatte ich schon den Befehl gegeben, bey der Anerkennung ganz über Nummer III hinwegzuglitschen. Ja, sollte die Londoner Entente über dasselbe sich einigen,

1) Vielleicht „von". Die Stelle ist durch eine angefangene und nicht vollendete Correctur unverständlich geworden.

so seh' ich eben kein Unglück drin. Würdiger aber ist, wohlanständiger für „uns Vier", dem Herren in aller Brüderlichkeit klaren Wein einzuschenken. Das Beyspiel Englands kann als Friedensbanner obenan wehen, denn die englischen Könige nannten sich von Eduard III. bis Georg III. Kings of France; und dennoch sind beyde Reiche lange Zeit hindurch im besten Frieden gewesen. Was ist aber Nro. III. gegen den Anspruchstitel! Arbeiten Sie nun, bester Bunsen, mit frischer Kraft und kräftigenden Worten an meinem Theil des Verständnisses, an welchem, ohne alle Phrase, die Geschicke der Welt hangen. Ich werde hier treulich zum Starken stehen und den Schwachen zu stärken suchen. Ich denke, Gott seegnet unser treues Mühen. Er seegne Sie und jedes Mühen, jeden Schriftzug, jedes Wort, jeden Schritt von Ihnen! Vale!

Friedrich Wilhelm.

P. S. Minister v. Manteuffel kennt diese Zeilen und ist ganz einig mit mir.

Die Hinzufügung der Zahl III zu dem Namen Napoleon hat in Frankreich selbst Bedenken erregt, da es einen zweiten Napoleon für Europa nicht gegeben hatte. Die ganze Dynastie war für abgesetzt erklärt worden; und es erschien fast als eine Herausforderung Europas, daß man ein Erbrecht derselben behauptete[1]). Wenn irgend ein Mensch auf der Welt, so fühlte dies Friedrich Wilhelm IV.; aber er betrachtete es, wenn wir ihn recht verstehen — denn gerade dieser Brief ist nicht frei von Dunkelheiten —, mehr als einen Anspruch, über den man hinwegsehen müsse, wie ja über viel größere, etwa in einem Titel ausgedrückte Ansprüche hinweggesehen und denselben zum Trotz Friede und Freundschaft erhalten worden sei. Nur Eins lag ihm am Herzen: daß dem neuen Machthaber, der sich als den Erneuerer und Fortsetzer der dynastischen Ideen des ersten Napoleon aufstellte, gegenüber ein Verständniß zwischen den europäischen Mächten zur Aufrechterhaltung des Friedens und des Territorialbestandes, wie er durch die Tractate festgesetzt worden, die namentlich auch den Umfang Preußens bestimmten, zu Stande gebracht würde.

---

1) Vergl. Annuaire des deux mondes, 1852—53, S. 67.

20. November 1852.

„Das Einzig Wichtige, Rechte und Entscheidende für die Zukunft Europas ist allein das Zusammenhalten der vier Mächte und als Hauptfolge, daß Louis Buonaparte durch den Druck dieses unerhörten Macht-Vereins fühle: „wir würden uns die Tractate, so die Territorien garantiren, nicht nehmen, ja sie nicht antasten lassen. Alles übrige ist zu tout bonnement Quark und Jämmerlichkeit.“

Als die vornehmste Frage bezeichnet der König es hiebei, ob die Territorialgarantie als Bedingung der Anerkennung ausgesprochen werden solle oder nicht. Am 23. November fügte er dem vorigen Briefe hinzu:

„Sollen wir Vier die Territorialgarantie als Bedingung der Anerkennung des Empereurs fordern, oder sollen wir dieselbe als lautes sous-entendu bey der Anerkennung und zugleich mit derselben ihm insinuiren? Wir „Continenter“ werden für die erste, England wohl für die zweite Version opiniren. Haben wir da nicht gleich Anfangs einen Verständigungsgedanken in petto, so können wir zu London sitzen, bis uns die Franzosen daraus vertreiben. Mir ist ein solcher Verständigungspunkt und Modus aufgegangen, der Manteuffels Billigung in dieser Stunde erhalten hat und den ich sogleich ausspreche. Ich sehe besagten Punkt und Modus allein in einer Erneuerung der Territorialgarantien durch einen schriftlichen Act von allen Vieren unterzeichnet und ratificirt. Etwa so: les 4 hautes puissances etc. etc. etc. etc. renouvellent par la présente les garanties des possessions territoriales telles qu'elles ont été stipulées dans les traités etc. etc. etc. etc., les maintiendront les armes à la main contre quiconque les enfreindroit etc.

Haben wir solch wohl paraphirtes, signirtes und contrasignirtes Actenstück in der Hand, so ist die Frage, ob Louis' Beitritt vorher **gefordert** werden oder bey und nach der Anerkennung **offerirt** werden soll, meines Erachtens ziemlich gleichgültig. Das allein Wesentliche ist, daß Louis Buonaparte erfahre und wisse, daß die vier großen Mächte den Besitz von Neuem garantirt **haben** und ihn nachdrücklichst aufrecht zu erhalten **gewillt sind.** Dann weiß Louis Buonaparte, wer ihm wehren wird, des Onkels Vorhaben durchzuführen, nach welchem in so und so vielen Jahren seine

Dynastie die älteste von Europa seyn müsse[1]). Regen Sie diesen Gedanken nach Ihrer Discretion beym Englischen Cabinett und im Pallaste an und berichten Sie, ob Sie die Hoffnung haben, daß dieser (menschlich zu reden) gewisse Rettungs-Anker des Europäischen Friedens geschmiedet werden wird. Ich habe veranlaßt, daß mein Cabinett denselben Gedanken zugleich in London, Petersburg und Wien anregt.

Friedrich Wilhelm."

Schon im Anfang des Decembers jedoch empfand der König, daß eine, wie er sich ausdrückt, vier-einige Erneuerung der Territorialgarantie kaum zu erreichen sein werde. Er gab dies hauptsächlich den beiden Kaiserhöfen Schuld; doch ließ er den Gedanken noch nicht fallen. Er faßte denselben aber, beharrlich in dem Zwecke, beweglich in den Mitteln, wie er war, von einer anderen Seite auf, um jedem Uebergriff — denn er sehe sehr schwarz in die Zukunft — mit Nachdruck entgegentreten zu können.

„Eine solche Garantie allein", sagt er am 7. December, „könnte die Kriegsflamme vielleicht noch vor der Hand bannen. Ohne dieselbe bricht sie los, lange ehe die Rosen aufblühen. Jedoch man muß jetzt um so eifriger Alles thun, um gerüstet zu seyn, und zwar Preußen mit England. Belgien ist das nächste Object des neugekrönten Raubvogels. Er wird keinen Krieg mit Belgien anfangen, aber eine Rebellion bezahlen und als Empereur de la paix et garant de toute volonté de tous les peuples die Unterdrückung dem König Leopold verbieten. Dann rückt er ein. Das Nächstliegende, Sicherste und Beste ist eine Quadrupelalliance Englands, Preußens, Hollands und Belgiens, eine militärische Convention zwischen den vier, in der die vierseitigen militärischen Operationen bestimmt sind. Letztere ist sogar auf jeden Fall nothwendig. Daß König Leopold und Minister Thorbecke das de grand coeur thun werden, weiß ich. Nun aber Lord Derby? (denn Königin und Prinz denken wie ich und König Leopold.) Also Derby? —

Eilen Sie nun, bester Bunsen, uns bald Nachricht zu verschaffen: 1) ob England eine Defensivalliance mit mir, König Leopold und Thorbecke schließen will. (Versteht Lord Derby den

---

1) Der König meinte „geworden sein müßte".

wahren Vortheil Englands, so muß er sich dazu drängen. Ich bin bereit, mit 100,000 Mann für die Quadrupel-alliance aufzutreten. Das sagen Sie Lord Derby!) 2) Ob eine militärische Stipulation acceptirt wird. Das ist das Mindeste, die Alliance ist besser; denn sie wirkt stärker auf die Tuilerien. Kommt aber nicht sie, sondern nur die militärische Verpflichtung der genannten Vier zu Stande, dann beauftrage ich Scharnhorst mit der Negociation. 3) Mache die Bedingung des absolutesten Schweigens, bis Alles ratificirt, seys Alliance, seys militärisches Abkommen. Wenn Alles fertig ist mit den Drei, dann erst melde ich es den zwei Kaisern. Sie müssen es mit den Augen erkennen, daß Preußen noch selbstständig und in großem Styl für sich sowohl, als für „Aller Rechtmäßigen" Vortheil handeln kann. Eilen Sie nun mit Weile, d. h. mit Einsicht, aber mit Wärme und Beredtsamkeit. Ich möchte den zwei Kaiserhöfen gern die Ueberraschung als Christ- oder Neujahrs- oder spätestens Epiphanische Gabe machen; durch Minister von Manteuffel werden Sie dasselbe erfahren. Und nun Gott befohlen! damit, wenn Er uns nicht verläßt, bald eine Reparation, ein Trost für die schwache Stipulation der vier Mächte zu London und für Englands unseeliges und übereiltes Anerkennen des Napoleon mit seinem III!!! das Licht der Welt erblicke und dem wehrlosen Europa eine kleine Halsberge umlege. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Es würde zu weit führen, wenn wir den Erfolgen dieser Anträge und Anmahnungen im Einzelnen nachforschen wollten. Wenn der König sich hauptsächlich an England anzuschließen suchte, so hing doch Alles von den eben auch in einer ministeriellen Krisis begriffenen Zuständen der dortigen Regierung ab. Im December 1851 hatte Lord Palmerston austreten müssen, weil er seine Beistimmung zu der neuen Form der Präsidentschaft Louis Napoleons im Gegensatz mit einer ihm gewordenen Kundgebung der Königin unumwunden aussprach. Es war ein innerer Streit über die Rechte der Krone und die Befugnisse des ersten Sekretärs im auswärtigen Amte, welcher durch die übrigen Minister zu Gunsten der Krone entschieden wurde. Die Königin und ihr Gemahl neigten sich zur preußischen Auffassung, ohne sie jedoch vollständig zu der ihren zu machen. Im December 1852 aber trat Lord Palmerston wieder ein. Ein Coalitionsministerium wurde gebildet, in welchem dem Lord nicht die auswärtigen,

sondern die innern Geschäfte zu führen oblag; aber seine Ueberlegenheit über die anderen Mitglieder des Cabinets bewirkte, daß seine Ansicht auch auf die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten vielen Einfluß ausübte, bis eine neue Krisis dieselbe wieder gänzlich in seine Hand brachte. Lord Palmerston war gerade durch den Gegensatz, welchen er bei seiner Anerkennung der Folgen des Staatsstreiches fand, in seiner Vorliebe für Frankreich und Louis Napoleon bestärkt worden. Er bewegte sich überhaupt unter persönlichen Impulsen; sein alter Haß gegen die Orleans wirkte jetzt mit dem Widerwillen gegen den Einfluß des Prinzen Albert zusammen, um ihn zum Freunde des neuen Kaisers zu machen. Von Lord Palmerston war nun ein Eingehen auf die Pläne des Königs, welche den Geist der gegen Napoleon I. geschlossenen Bündnisse athmen, ebenso wenig zu erwarten, wie er früher ähnlichen Anträgen Gehör gegeben hatte. Ihm schwebten nur die unmittelbaren Interessen Englands vor Augen. Damals ging seine vornehmste Antipathie gegen Rußland, dessen Präponderanz ihm für Europa verderblich schien; in kurzem traten Verwicklungen ein, in denen er nicht nach dem Sinne Friedrich Wilhelms mit der alten Alliance gegen den Kaiser der Franzosen, sondern im Gegentheil mit diesem gegen Rußland gemeinschaftliche Sache machte.

XI.

Orientalische Frage.

Einst — vor dem Ausbruch der Revolutionskriege — hat das Zerwürfniß zwischen Rußland und der Türkei Europa mit dem Ausbruch einer allgemeinen Krisis bedroht. Oesterreich war damals mit Rußland verbunden und führte demselben die Sympathien der französischen (noch bourbonischen) Regierung zu; durch England und Preußen, die sich hiegegen vereinigten, wurde die Türkei in ihrem Territorialbestand gerettet. Seitdem war im osmanischen Reiche eine wesentliche Veränderung besonders dadurch eingetreten, daß zwei demselben unterworfene Populationen, die Serben und die Griechen, sich empört und eigenthümlich organisirt hatten. Im Zusammenhang hiemit war der Krieg zwischen Russen und Türken noch zweimal zum Ausbruch gekommen; das Uebergewicht von Rußland stellte sich dabei auf das entschiedenste heraus. Selbst in dem inneren Hader mit seinem ägyptischen Vasallen wurde der Sultan nur durch die Dazwischenkunft der europäischen Mächte aufrecht erhalten.

In Folge aller dieser Ereignisse war es fast eine allgemeine Ueberzeugung geworden, daß sich die Osmanen durch eigene Kraft nicht zu behaupten vermöchten. Wie der Sturz ihres Reiches erfolgen und welches alsdann das Schicksal des Orients werden könne, war ein Gegenstand vielfacher Discussion in der Literatur, unter den Staatsmännern, selbst zwischen den höchsten Personen. Kaiser Nicolaus, der es liebte, diese Eventualität zum Gegenstande seiner Conversation zu machen, sprach einst sehr unumwunden mit dem englischen Gesandten über die Auskunft, die in einem solchen Falle zwischen den Mächten nach ihren alsdann auszugleichenden Interessen zu ergreifen sein würde. Nicht als ob er selbst den Sturz der Türkei herbeizuführen beabsichtigt hätte — dazu waren keinerlei Vorberei-

tungen getroffen —; aber seine Aeußerungen konnten doch nicht verfehlen, in England vielen Eindruck zu machen und, obwohl man sich zunächst beruhigte, gleichsam einen Stachel für die Zukunft zurückzulassen[1]). Nicht so sehr aus dem Verhältniß der äußeren Macht entsprangen die Verwickelungen, die gleich darauf eintraten; sie gingen zunächst aus den inneren Zuständen der Türkei hervor, welche mit der Gründung des Reiches selbst gegeben waren, der Herrschaft der moslemischen Eroberer über die unterworfenen christlichen Bevölkerungen, eine unauflösliche Verbindung zweier einander ewig feindseliger Elemente. Im Laufe der Zeit hatte dieser Widerstreit besonders dadurch politische Bedeutung bekommen, daß sich Rußland, immer mächtiger werdend, der griechisch-gläubigen Bevölkerung, deren Bekenntniß es theilt, eifrig annahm. Schon im Frieden von Kainardsche mußten die Türken in dieser Beziehung erhebliche Zugeständnisse machen. Die griechische Kirche sah fortan in dem Czaren den Beschützer aller ihrer Rechte und Ansprüche. Nun kam damals der alte Streit der Griechen und Lateiner über die heiligen Stätten wieder in ernstliche Anregung. Die Griechen waren im Besitz derselben; aber die Lateiner machten auf den Grund alter Verträge Ansprüche, welche die Pforte bereits im Jahre 1740 zur Vergeltung der guten Dienste, die ihr Frankreich damals leistete, anerkannt hatte. Diese Ansprüche wurden von Louis Napoleon, schon ehe er sich noch zum Kaiser erklärte, mit Nachdruck geltend gemacht. Denn es kam ihm darauf an, als der Vorfechter des Katholicismus im Orient zu erscheinen. Aber darüber gerieth die gesammte griechisch-gläubige Welt in Aufregung. Unter der Einwirkung des Kaisers Nicolaus, der deshalb an den Sultan schrieb, erlangte sie eine günstige Erklärung: kurz darauf aber wurde diese unter der entgegengesetzten Einwirkung von Frankreich wieder zweifelhaft; die zu Gunsten der Griechen erlassenen Fermane fanden weiter keine Beachtung.

Da war es nun, daß Kaiser Nicolaus den Gedanken faßte, die griechische Kirche, als deren geborenen Protector er sich betrachtete, von den jeweiligen Intentionen der Pforte unabhängig zu stellen; sein Verhältniß zu derselben sollte über den Wortlaut von Kainardsche hinaus bestimmt und durch einen bindenden Vertrag auf immer festgestellt werden.

König Friedrich Wilhelm theilte in seinem Herzen jene Ideale

1) Kinglake, Invasion of the Crimea, chap. VI.

einer Umgestaltung des Orients, wie sie schon einst in den Vorschlägen von Hertzberg zu Tage gekommen waren; aber seine unmittelbare Intention in den Verhandlungen ging doch nur auf friedliche Regelung der obschwebenden Fragen; mit vollem Eifer nahm er sich der Rechte der christlich-gläubigen Bevölkerungen an. Ein eben in dem Moment, als der Streit zwischen dem russischen Bevollmächtigten — es war Mentschikoff — und dem Divan über jene Forderung ausbrach, an den Gesandten in England erlassener Brief läßt erkennen, wie er sich das zu gründende Verhältniß dachte[1]).

„Die Frage über die Gefahren des türkischen Reiches zerfällt, auf uns Europäer angewendet, in die Erfüllung zweier Pflichten: 1) in eine politische Klugheits-, 2) eine Christen-Pflicht. Die erstere verbietet, die Türken aus Europa zu werfen, damit Europa nicht daher die Pest-Ansteckung und neuen Erbstreit bekomme. Die zweite gebiethet, die schädliche Gleichgültigkeit gegen das Leben von 18 Millionen Christen unter heidnischem Regimente (!!!) abzulegen in hellem klarem Bewußtseyn unseres Christen-Berufes.

Wird die Türkei zerstört, so arbeitet man bon gré, mal gré auf Krieg. Wird sie hingegen sammt der Gleichberechtigung der christlichen Unterthanen mit dem Islam garantirt, so wird ehrlich auf Frieden gearbeitet. Die Arbeit auf Krieg aber gebiehret den Fluch, die Arbeit auf Frieden den Seegen des HErren. Der Menschen Unverstand und böser Wille können auch eine Friedensschöpfung in Blutvergießen wandeln (Beispiel: die Kirche!). Aber die Arbeit auf Erbstreit kann den Frieden nimmermehr gebähren. Ich erkläre aber jedes Laufenlassen der türkischen Agonie-Stadien für Arbeit zum Krieg. Et caeterum censeo. Die Türkey muß erhalten und ihr Bestehen darum allgemein gewährleistet werden, aber auf eine Art, durch welche der Kirchenhistorie gerecht gehandelt und das christliche Gewissen der Großmächte nicht zum Tode verletzt werde. Die ungeheure Macht, welche die Groß-Staaten repräsentiren, muß den Christen unterm Islam gegenüber sich als christliche Macht offenbaren. Dixi et salvavi animam meam."

Bei aller seiner Theilnahme für die christliche Bevölkerung und aller seiner Freundschaft für Rußland war Friedrich Wilhelm, wie

---

1) Schreiben vom 5. April 1853.

hieraus erhellt, doch weit entfernt, ein einseitiges Protectorat Rußlands über die griechischen Kirchen zu wünschen. Dagegen war ein anderer Gedanke in Constantinopel zur Erörterung gekommen, der Plan, die Rechte der christlichen Bevölkerung in vollem Umfang anzuerkennen und unter die Garantie der europäischen Großmächte überhaupt zu stellen. Damit war der König von ganzem Herzen einverstanden.

Sans-Souci, 3. Juni 1853.

„Die Pforte hat in den Convulsionen, die der Entbindung Constantinopels von Mentschikoff vorausgingen, ein Wort ausgesprochen, welches wohl dem Guten, was ich (als einzige Lösung der halsbrechenden Frage) Ihnen bereits mitgetheilt, Thür und Thor öffnet, wenn herkömmliche Großmachts- — — nicht abermals „mißgreift". Der Türke hat gesagt (und dafür seegne Gott die Türken): Er könne Rußland allein das nicht conzediren, was er den gesammten Groß-Mächten zugestehen könne. Dies ist ein gutes, ein weises, ein einsichtsvolles, einer guten Zukunft schwangeres Wort! Soweit Preußen es vermag, muß es daraus zu machen streben, was irgend möglich ist, sowohl für die Friedens-Sicherung, als für die Christen-Ehre der Großmächte. Rühren Sie sich also, theuerster Freund, und handeln Sie mit kühner Fürsicht. Seyen Sie beredt und denken Sie, ich sehe Ihnen über die Schulter — nicht mit 200,000 Mann (wie Friedrich der Große dem Grafen Lusi nach London schrieb), sondern mit der Ueberzeugung, das Einzig Rechte zu rathen, voll Logik und christlichen Gefühls. Verstehen Sie nur genau, bester Bunsen. Die Pforte hat sich lieber nahe drohender Invasion aussetzen, als einen bindenden Vertrag mit Rußland abschließen wollen, durch welchen die griechisch-orthodoxen Kirchen-Verhältnisse garantirt würden. Sie hat aber gesagt: was sie Rußland verweigern müsse, **könne** sie Europa **gewähren**. Mein Vorschlag ist also „das Hinarbeiten Englands, Oesterreichs, Frankreichs und Preußens auf einen solchen Vertrag". Ich nehme damit die Initiative, um jeder Aufforderung von England oder einer anderen Macht zuvorzukommen. Das ist meine Politik in **diesem** Moment. Ich habe in voller Ehrlichkeit meine kleine Rolle in Petersburg anzeigen lassen, und zwar mit der Bemerkung: ich hoffte dadurch des Kaisers Wünschen zuvorzukommen, 1) weil auf diesem Wege

der Kaiser zu dem „gewollten Vertrage" wirklich gelange; 2) weil die Sicherung des Gesammt-Christenthums im türkischen Reiche seinem eigenen christlichen Gefühle nur wohlthun könne; 3) weil (wenn durch seine und der anderen Großmächte Cooperation dieser „Seneb" zu Stande komme) sein Hauptbestreben, die Sicherung Europas vor dem Erbstreit über die Türkei, sicher erreicht würde. — Gebe Gott, daß Sie mir bald gute Kunde schreiben können."

Bunsen säumte nicht, diese Ideen in London mitzutheilen; sie fanden, wie er versichert, den Beifall Aberdeens und Clarendons sowie der Königin. „Ils abondent", schrieb er dem König, „dans votre sens, Sire". Vollständig war jedoch diese Uebereinstimmung nicht. Der englische Gesandte in Constantinopel, Lord Stratford, arbeitete, wie der König wünschte, für die allgemeine Feststellung der Rechte der Christen; jedoch verlangte er keine den europäischen Mächten gegenüber vertragsmäßig zu übernehmenden Verpflichtungen dafür. Bunsen bemerkte bereits, wie wünschenswerth es sei, daß Kaiser Nicolaus nachgebe; sonst werde er sein Verhältniß zu England selbst zu Grunde richten, wie das Louis Philipp am Ende seiner Laufbahn begegnet sei. Viel besser als die Bewilligung der russischen Forderung sei die, zu der sich die Türkei den Mächten gegenüber verstanden habe: volle Religionsfreiheit aller ihrer christlichen Unterthanen. Darauf antwortet der König:

Bellevue, 16. Juni 1853.

„Theuerster Bunsen! — Schönen Dank für Ihren Brief vom 13. mit Depeschen. Danach ist das englische Ministerium in neun Zehnteln ganz einig mit mir. Im zehnten Zehntel weicht es aber wirklich und wesentlich ab. Durch diese Abweichung geht, wie mich bedünkt, ein wesentlicher Anknüpfungspunkt mit Rußland ab, auf den ich großen Werth lege. Meinen Gedanken kann ich am Besten mit einem Bilde erklären. Wenn wilde Nord-Amerikaner Europäer in den Prairies tödten wollen, entzünden sie das hohe trockene Gras; das probate Mittel dagegen ist für die Europäer, ihrerseits das Gras anzustecken, und so brennt Brand gegen Brand, und die Europäer sind gerettet. So, mein' ich nun, ist das Wahre, was ich unbedenklich in des russischen Kaisers Verlangen

erkenne, aufzufassen und fruchtbar zu machen. Das Wahre ist aber „der Schutz, die **Gewährleistung** der Christen“. — Nun kennen Sie die Fabel vom Bären, der aus Liebe zum Menschen ein Ungeziefer auf demselben, als er ihn im Schlafe bewachte, so tödtete, daß der Mensch selbst zu Grunde ging. Das Befreyen des Menschen vom Insect war das Wahre. So ist auch in diesem Fall das Wahre vom Russen in bärenhafter Anwendung begriffen. Meine Ansicht, ja mehr als das, mein förmlicher Antrag, den in dieser Stunde beyde Kayser kennen, ist, in eine Anrede an Schwager Nicolaus gefaßt, folgender: „Lieber Schwager! Du hast **vollkommen Recht** Deines Theils, die Dir zunächst stehenden Christen der türkischen Willkühr auf verbindende Weise zu entziehen. Du hast so sehr Recht, daß wir uns schämen, von Dir in dieser unbezweifelten Christen-Pflicht überflügelt worden zu sein; mais il vaut mieux tard que jamais. Wir sind nunmehr zur Einsicht unserer Christen-Pflicht gekommen und erklären Dir unseren Willen, vereint dasselbe, was Du für eine Secte begehrst, für die ganze Christenheit unterm Halbmond zu begehren. Und so wissen wir, daß wir das, was Dir annoch nicht geglückt ist und was Du (will’s Gott durch Stratford) nicht durchsetzen wirst, siegreich durchführen werden, um so mehr, als die Pforte sich schon in dem Sinne willfährig seyn zu wollen geäußert hat. Also, lieber Schwager, den Sened, den Du zu erlangen bereits die Hoffnung aufgegeben hattest, den Sened setzen wir alle für Dich wie für uns immanquablement durch. Bedanke Dich bey uns und freue Dich, daß wir Dir zum Siege verhelfen.“

Ihr Bericht von der Ansicht des britischen Ministeriums, als sey der vertragsmäßige Schutz der Christen gerade die Schwächung der Pforte, die man vermeiden müsse, hat mich entsetzt. **Dieselben Worte** sagte mir K. K. Oestr. Majestät in seiner Burg zu Wien und sein Buol, natürlich mit stärkster Versagung des Beyfalls von meiner Seite. Was zu Wien hochdiplomatisch seyn konnte, ist von Seiten des englischen Ministeriums quatsch. Nur so kann ich das Abweisen evidentesten Vortheils (hier von der Pforte selbst angebothen) bezeichnen. — Mein selbstständiger initiativer und präventiver Antrag zur Schlichtung der türkischen Wirren ist also: das Begehren eines Seneds für alle Groß-Mächte zum Schutze aller Christen im Türkischen Reiche. Ich betrachte überdem den Ferman, durch welchen den Christen die Gleichstellung mit den Museln gewährt worden seyn soll (nach einigen Zeitungen

und Ihrem Bericht), für nur förderlich meinem Project; denn jetzt hätte man ja das Object, welches der Türke durch einen Sened unter die Garantie von Europa stellen könnte. Dieser Ferman ist Mentschikoffs göttlicher Comödie gegenüber aufzustellen. Wir müssen dem russischen Kayser den Sened verschaffen, damit er gerührt sagen könne (mit welcher Modulation, ist Nebensache): „Ihr habt mir verschafft, was ich schon aufgegeben!" — Jetzt hoffe ich, daß Sie meinen Argumentationsgang ganz verstehen und verfechten können. Gottes Seegen dazu!"

Der König war hienach mit einem die Rechte der Christen bloß bestätigenden Ferman, der wirklich am 7. Juni ergangen war, nicht zufrieden: denn Fermane seien, sagte man in Rußland, oft gegeben und gebrochen; er forderte einen Sened, durch welchen die Türkei den europäischen Mächten gegenüber eine förmliche Verpflichtung eingehe. Dazu aber waren die Türken unter der Verwaltung Reschid Paschas nicht zu bringen. Sie hielten es für unverträglich mit ihrer Souveränetät, die Verpflichtung zu einem bestimmten Verfahren im Inneren den europäischen Mächten gegenüber zu übernehmen. Und, wie angedeutet, auch in England war man dieser Meinung. Reschid wurde in seiner Haltung von Stratford bestärkt, — sehr zum Mißvergnügen des Königs Friedrich Wilhelm.

Sanssouci, 28. Juny 1853.

„Bester Bunsen! Ich muß meinem gepreßten Herzen Luft machen. Ihre letzten Nachrichten verkünden das Entzücken über den Duldungs-Ferman der Pforte und den Entschluß des britischen Cabinets: gar nichts mehr wissen zu wollen **von einer Garantie** von Seiten der Christlichen Groß-Mächte, der gewährten Freyheiten. Damit ist, nach meiner vollsten Ueberzeugung, ein ganz miserables, zehnfach zu deutendes Actenstück als vortrefflich anerkannt!!!! und zweitens die einzig würdige, die allein „unseren" Christen-Pflichten entsprechende Art und Weise, den Frieden zu erhalten, 2) Rußland zum Schweigen zu zwingen und 3) die Christen im Orient fühlen zu lassen, daß „wir" Christen sind, — abandonnirt. Auf diese Weise folge ich weder Aberdeen, noch Clarendon, noch dem ganzen England und suche in absolutester Neutralität das Heil Preußens. Vale! F. W.

„P. S. Theilen Sie dies Blatt meinem Bruder Wilhelm (mit tausend Grüßen) mit. Es gehört das hier Gesagte zum Complemente dessen, womit ich Sie beauftragt habe, für Sie, für die Königin, den Prinzen und die Minister. Die jetzige Auffassung in Downingstreet ist ein trauriges Pendant zu Oesterreichs Beurtheilungs-Gang. Als ich zu Wien war, sprachen Kaiser und Minister, wie — jetzt das ganze Britische Cabinet spricht. Damals hatte Letzteres die generoseste Auffassungs-Weise der Sache und abondait dans mon sens. [Ihre eigenen Worte.] Jetzt ist man zu London au niveau der damaligen österreichischen Auffassung gefallen, und Oesterreich hat sich zur damaligen britischen Generosität erhoben. Ich gehe entschieden mit den Generosen. Sapienti sat".

Potsdam, 20. Nov. 1853.

„Zwei Worte, theuerster Bunsen, aber gewichtige. Ein Brief Ihrer Hand an Manteuffel offenbaret die Möglichkeit, der türkischen Frage eine andere Wendung zu geben, indem die Großmächte der Pforte — ich glaube recht zu lesen — „befehlen", die Christen völlig zu emancipiren. Daß ich mit Jauchzen und mit dem Gefühl eines Menschen, dem ein Centner von der Brust genommen, mich solchem Beginnen anschließen werde, begreifen Sie. Die Consequenzen unseres Beitritts, die Sie am Schluß Ihres Briefes andeuten, versteh' ich nicht, bis ich dieselben aus Ihrem eigenen Munde auseinandergesetzt vernehme. Ist der Englische Gedanke aber rein, d. h. spielt die Christen-Pflicht wirklich mit (wenn auch nur die zweite Violine), und ist der ehrliche, vorherrschende Gedanke, Streben und Hoffnung, den Frieden so wieder herbeizuführen und den allgemeinen Krieg zu verhindern, so wird der HErr Seiner Kirche den Entschluß mit tausendfältigem Seegen überströmen. Aber — aber — die Sache muß rein seyn, d. h. der Haß darf nicht die erste Violine in dem Conzert spielen. Soweit mögen Sie mit dem Gesagten den Gebrauch im Palast und in Downingstreet machen, den Sie, wohl überlegt, für gut halten.

Jetzt aber meines Herzens Meinung, die ich dem Freunde, vor der Hand, allein anvertraue. Für den „Englischen Gedanken" gilt das, was ein Offizier dem seeligen Humboldt in Frankreich sagte, als er ihn um Nachrichten frug. — Wir sind zu Pferde — die Chaussee ist vor uns — und das Schicksal hinterdrein. Ich

glaube, dieser Gedanke führt zu Dingen, welche „der Gedanke" sich nicht träumen läßt. Dagegen entsprechen die Consequenzen, welche ich voraussehe, meinem Gewissen, meinem christlichen Ehrgefühl und meinen Ahndungen von dem Rathschlusse Gottes über den Orient.

Hierbei muß ich 'mal mit meiner ganzen Weisheit herausrücken und die könnten Sie sogar auskramen, wenn Sie es wünschen sollten. Ich lebe und sterbe der Ueberzeugung, daß das bisherige Cabinett den wahren, rechten, gewiß richtigen Gedanken als Inspirator seiner Politik gefaßt hat, nämlich Rußland nicht übermächtig im Orient werden zu lassen durch Dominiren oder Verschlucken des türkischen Reiches. Daß Kaiser Nicolaus Letzteres, das Verschlucken, wahr und wahrhaftig mehr als England und Frankreich und Oesterreich fürchtet, kommt hier nicht in Betracht, um so mehr, da Englands Fassungs-Vermögen „über das Walten **Eines** kräftigen, einsichtsvollen, wahren und (menschlich zu sagen) zu Hause allmächtigen, edelsten Mannes und Charakters" mausetodt ist!!! Aber das sollte England einsehen, daß die Mittel, die es jetzt anwendet, seinen richtigen „Gedanken" zu realisiren, grade und naturnothwendig zum entgegengesetzten Ziele, zum Gegentheil seines „**Gedankens**" führt. Jede directe Hülfe, die England in Waffen, Mannschaft und Schiffen, in unchristlicher Thorheit!!!!!! **dem Islam gegen Christen!** leiht, hat (außer Gottes Straf-Gericht [hört! hört!]) keinen andern Erfolg als etwas späteres Ueberliefern der jetzt türkischen Länder unter russische Dominazion".

Es wäre überflüssig, nachdem die Dinge anders entschieden worden sind, zu untersuchen, ob nicht die Vorschläge des Königs von Preußen geeignet waren, den Frieden zu erhalten. Nach seiner Vorstellung würde dadurch zugleich Rußland befriedigt und die Türkei in ihrem Bestand und Umfang gesichert worden sein. Was er als religiöse Pflicht bezeichnet, war gleichsam auch eine historische. Durch den Einfluß des vereinigten Europa dachte er die vier Jahrhunderte vorher unterworfenen christlichen Bevölkerungen von den Siegern zu emancipiren. Mit der alten Autorität des Großherrn würden die christlichen Mächte sich vereinigt haben, die türkische Population zur Anerkennung der Berechtigung und der Freiheit der christlichen zu zwingen. Mit diesem Momente, welcher der wichtigste ist, trafen von Anfang an noch andere zusammen: der Hader zwischen Lateinern und Griechen, der Gegensatz zwischen Rußland und Frankreich, in

welchem zugleich der Streit des conservativen Europa und des neuen, aus der Revolution hervorgegangenen französischen Kaiserthums inbegriffen war. Im Sommer 1853 hatte es noch den Anschein, als ob sich die Lösung der orientalischen Frage mit der Erhaltung des europäischen Friedens auch in der durch die Errichtung des zweiten französischen Kaiserthums herbeigeführten Situation werde vereinigen lassen. Von der Theilnahme des neuen Kaisers an den Verhandlungen darüber war so lange nichts zu besorgen, als er nicht mit einer der vier Mächte in ein besonderes Verständniß trat. Noch hielt man es für möglich, die Action Napoleons III. auf einen sehr bestimmten Kreis zu beschränken. Dieser Meinung war vornehmlich auch König Leopold von Belgien, der eines Tages in Laeken dem Herausgeber die Ehre erwies, mit ihm ausführlich die damalige Lage der Dinge zu besprechen, gewiß einer der besten politischen Köpfe des Jahrhunderts, klug und praktisch. Er hatte damals die Idee und hielt sie noch für ausführbar, die Machtstellung des französischen Kaiserthums, die ihn selbst bedrohte, durch ein allgemeines europäisches Einverständniß in Schranken zu halten. Das wurde aber durch die Wendung, welche der türkisch-russische Streit nahm, unmöglich.

Gewiß hatte England in seinen Beziehungen zum Orient, namentlich zu seinem ostindischen Reiche, allen Grund, die Unabhängigkeit der Türkei ungeschmälert zu behaupten. Sogar das Khalifat des Großherrn konnte ihm nützlich werden und ist ihm nützlich geworden. Lord Stratford führte aus: wenn Rußland sich mit den im Angesicht von ganz Europa gegebenen Zusicherungen nicht begnüge, so diene das zum Beweis, daß ihm weniger an dem Rechte der Christen im Orient gelegen sei, als an dem Protectorat über dieselben; dann aber müsse sich die Türkei mit Hülfe der europäischen Mächte dem moskowitischen Ehrgeiz entgegensetzen[1]). Für diesen Fall hatte er dem Divan bereits eventuelle Zusicherungen gemacht, die eine verdoppelte Bedeutung dadurch erhielten, daß Kaiser Nicolaus den unerwarteten Entschluß faßte, die Donaufürstenthümer gleichsam als Pfand für seine Ansprüche, welche die Pforte nicht anerkennen wollte, militärisch besetzen zu lassen. Ein Wort gab hierauf das andere; jede Maßregel rief eine entgegengesetzte hervor, bis der Krieg zwischen Rußland und der Pforte zum Ausbruch kam. Als die

---

1) Eichmann, die Reformen des osmanischen Reiches, S. 179 ff.

Niederlage der Türken vor Sinope erfolgte, nahm die englische Nation in lebhaftester Erregung Partei für dieselben. Wenn aber England zum Bruch entschlossen war, so wurde auch das Ereigniß, welches die Gegner des französischen Kaisers fürchteten, unvermeidlich. Schon hatte Frankreich, als die Dinge sich verwickelten, eine Escadre in die Levante geschickt. Der nunmehrige Kaiser Napoleon konnte sich zur Befestigung seines Regiments keine bessere Gelegenheit wünschen, als eben diese, welche ihm ein Kampf gegen die Präponderanz Rußlands im Verein mit England darbot. Die beiden Mächte verbanden sich mit der Türkei und unter einander selbst, so daß der türkische Krieg die größten Dimensionen annahm.

Wie so ganz veränderte sich hiedurch die Stellung Friedrich Wilhelms IV.! Es schien eine Zeit lang, als ob es zwischen den vier großen Mächten um ihn her, England und Frankreich auf der einen, Oesterreich und Rußland auf der anderen Seite, zum offenen Kampfe kommen würde. Von beiden Seiten wurden ihm Anträge gemacht: von der einen auf Mitwirkung gegen Rußland, von der anderen auf Neutralität. Damals war eine sehr verbreitete Meinung, er hätte den Augenblick ergreifen und mit Rußland brechen sollen. Wie er gesinnt war, ließ sich das nimmermehr erwarten. Denn wenn er die Schritte Rußlands nicht billigte, so geschah wiederum seinem Rechtsgefühl auch von dessen Gegnern kein Genüge: hatte doch England seinen Vermittelungsvorschlag von der Hand gewiesen. Und wie hätte er mit Louis Napoleon, in welchem er den Verbündeten der Revolution und den Feind der Verträge von 1815 sah, in Einverständniß treten sollen? In dem verwirrenden Streit des Tages behielt er doch immer diesen Gesichtspunct unverrückt im Auge. Er hatte im Jahre 1848 eine Ahnung von der Wiederkehr dieser Gefahr gehabt; sie wurde ihm jetzt zur Gewißheit. Und ist sie nicht später das überwiegende Moment in allen europäischen Angelegenheiten geworden? Indem Napoleon III. von den continentalen Mächten der alten Coalition die eine nach der anderen angriff, ist er zuletzt dahin gelangt, den Kampf gegen Preußen zu eröffnen, der über das fernere Dasein dieses Staates entscheiden sollte. Napoleon ist dabei erlegen. Preußen hatte sich Glück zu wünschen, daß der Nachbar im Norden, durch Friedrich Wilhelms Verhalten im Krimkriege bewogen, keiner Eifersucht Raum gab. Preußen und Deutschland konnten ihre Streitkräfte ungestört gegen ihren vornehmsten Feind entwickeln.

Kommen wir aber auf die damalige Verwickelung zurück! Dem

Könige von Preußen lag dabei vor allem an einer neuen Garantie des Territorialbestandes des deutschen Bundes. Auch Neuenburg hat er nicht vergessen. Die Reihe seiner politischen Briefe an Bunsen wird durch eine merkwürdige Expectoration in diesem Sinne geschlossen[1]).

„Soll ich Großbritannien in diesen Wirren Dienste leisten, so ist der Preis, die conditio sine qua non „die Wiederherstellung meiner Autorität über und der Legitimität meines lieben treuen, unter die Füße der Gottlosen zertretenen Ländchens am Jura".

Ich weiß nichts, **gar nichts** von Verhandlungen mit zwei Mächten, ja nicht einmal, genau genommen, mit England, da ich von England **nichts**, als die Antwort auf **meine** Frage erwarte, ob England mir die Integrität der Grenzen des teutschen Bundes, d. h. wirklich des ganzen teutschen Bundes, der Preußischen Grenzen und der übrigen, gewährleisten **will**, **wird** und **kann**? — Ist England in seiner Antwort nicht klar und präcis, so frag' ich bei Rußland an, und — erst wenn auch das unklar antwortet, ruf' ich Gott an, mich zu stärken, und dann heißt es: „Hier Schwerdt Gottes und Gideon", oder vielmehr „wie Gott will!"

Sie sagen mir, es gäbe keinen britischen Minister, der die Restauration Neuenburgs auf seine Responsabilität nehme. Möglich — aber vergessen Sie nicht: — es giebt keinen König von Preußen, der die Restauration Neuenburgs nicht zur conditio sine qua non „seiner Dienste" machte.

Die Sachen haben sich seitdem immer ernster gestaltet und gestalten sich so in's Besondere für Preußen. Sonnabend vor acht Tagen brachte mir Herr von Budberg einen Brief seines Kaisers, der mich dringend auffordert, unter seinen Auspicien sammt Oesterreich einen Neutralitäts-Tractat abzuschließen. Ich entwickelte gleich mündlich und bald darauf schriftlich: que j'étais lié d'honneur gegen England, dessen Antwort ich erwarte auf meine Fragen und dem ich versprochen, mich bis dahin nicht zu binden. Orloff ging unterdessen nach Wien und hat ohne Abrede mit uns eine abschlägige Antwort erhalten. Ich habe Nicolaus' Brief und meine Antwort darauf meinem kaiserlichen Neffen nach Wien geschickt und zu gemein-

1) Schreiben vom 9. Januar 1854.

schaftlichem Handeln aufgefordert, aber ohne Tractat, da die teutsche Bundes-Treue und die gemeinschaftlichen Interessen und Gefahren uns bindend genug die Wege vorschreiben, die wir wandeln sollen. Nun denken Sie sich meine Verwunderung, als ich statt der sehnlichst erwarteten Antwort Englands einen mit Frankreich gemeinschaftlichen Antrag bekomme, mich mit beyden zu verbinden, um durch meine Stellung den Frieden zu erhalten oder zu erzwingen! Was dem Einen Recht ist, ist dem Anderen billig. Ich bleibe neutral und zwar so, wie ich dem russischen Kayser geschrieben habe: ma neutralité ne sera ni indécise, ni vacillante (Antwort auf seine Ausdrücke), mais souveraine. Wissen Sie nun, theuerster Bunsen, daß ich die souveräne Neutralität halte und den zu schlagen trachte, der mich darum schlagen möchte. Preußens Stellung ist zu vortheilhaft, sie giebt die Möglichkeit der letzten Entscheidung zu evident in Preußens Hände, um mich das nicht einsehen und darnach handeln zu machen. — Ich weiß, daß England unsern Handel vernichten kann, wenn es mich zwingen will. Aber ich hoffe fest, daß das evangelische England das evangelische Preußen nicht schwächen will. Mit anderen Worten (die ich tief fühle): ich zähle darauf, daß England an mir keine Thorheit und keine Infamie begehen wird. — Ich hoffe dabei nicht auf Glück — das wäre Thorheit, aber wohl auf Gottes Seegen —, und das ist eben das Gegentheil von Infamie. Ich fühle mich in meinem Ablehnen nach West und Ost **recht, fest** und **sehr getrost**. So fühl' ich mich aber auch im Worthalten und Bundestreue. **Täuschen Sie sich nicht** und sagen Sie den britischen Staatsmännern ins Ohr oder auf dem Markt: Ich lasse Oesterreich **nicht** durch die Revolution **angreifen** (deren Zündkraft ich kenne), ohne das Schwerdt zu seiner Hülfe zu ziehen. Und das aus lauter Liebe und Pflichtgefühl für **Preußen**, aus Selbsterhaltungstrieb. Die Zeiten von 92—96, das Jahr 5 und seine Folgen anno 6 sind nicht vergebens von mir studirt worden. Merken Sie sich das zu guterletzt: die Quintessenz meiner jetzigen Stellung zu England.

Ich verlange als Preis meiner echten und autonomen Neutralität, als Preis des Dienstes, welchen ich dadurch England in dem unseeligen Bruche mit Rußland und den christlichen Traditionen leiste: die Garantie des europäischen Besitzstandes, die Unantastbarkeit des teutschen Bundes-Territorii in seiner Totalität und das heylige Versprechen, **mir**

nach, in und durch den Frieden mein treues Neuenburg ohne Bedingungen wieder zu verschaffen.

Werde ich während oder durch den Incest Englands mit Frankreich angegriffen, wird die Revolution als sein Alliirter losgelassen, wo es sey, so verbind' ich mich mit Rußland auf Tod und Leben. Ich weiß, was ich thue und was mir ansteht."

Diese Neutralität nach Osten und nach Westen gab der preußischen Politik wieder einen ausgesprochenen Charakter. Bunsen war weit entfernt, damit einverstanden zu sein; er suchte den König zur Theilnahme gegen Rußland fortzureißen. Man hat ihm Schuld gegeben, daß er eventuelle Gebietserweiterungen Preußens, selbst zum Nachtheil Oesterreichs, zum Preise der Verbindung mit England in Vorschlag gebracht habe; nach seiner eigenen Erklärung ist er nicht darüber hinausgegangen, in einem künftigen Frieden Garantien für eine sichere Stellung Preußens im Nordosten zu fordern. Aber offenbar war seine Haltung mit der Direction, die das preußische Cabinet genommen hatte, nicht mehr zu vereinigen; er sah sich veranlaßt, um seine Entlassung aus dem Dienste zu bitten, und erhielt sie. Leider finden wir über diese Katastrophe, die dem König sehr schmerzlich war, keine Briefe desselben. Bunsen verließ England im Juni 1854 mit der Absicht, sich nur noch seinen theologisch-literarischen Arbeiten zu widmen. Der Briefwechsel des Königs mit ihm wurde dadurch nicht abgebrochen; eigentlich politischen Inhalt hat er nicht mehr. Für die Verhältnisse, die wir betrachteten, wird er nur noch einmal bemerkenswerth — bei dem Tode des Kaisers Nicolaus, einem Ereigniß, das auf den König einen tief religiösen Eindruck machte.

4. März 1855.

„Sie ahndeten nicht, theuerster Freund, daß vielleicht in demselben Augenblick, als Sie mir schrieben, einer der edelsten Menschen, eine der herrlichsten Erscheinungen in der Geschichte, eines der treuesten Herzen und zugleich einer der höchsten Herren dieser engen Welt vom Glauben zum Schauen abgerufen worden ist. Ich danke Gott auf Knieen, daß Er mich würdigte, bey dem Tode des Kaysers Nicolaus tiefbetrübt zu seyn, daß er mich gewürdigt, sein Freund im schönsten Sinne des Wortes zu werden und in Treue zu bleiben.

Sie, lieber Bunsen, haben anders über ihn gedacht und werden es vor Ihrem eigenen Gewissen jetzt schwerlich eingestehen, am schwersten die Wahrheit (die alle Ihre Briefe aus den letzten schweren Zeiten leider nur zu unumwunden gegen mich ausgesprochen haben), daß Sie ihn gehaßt! Sie haßten ihn nicht als Mensch, denn da war er Ihnen wohl gleichgültig, sondern als den Darsteller eines Princips, des der Gewaltthat. Wenn Sie einst (wie er) durch den einfachen Glauben an Christi Blut begnadigt, ihn im ewigen Frieden sehen, so denken Sie daran, was ich Ihnen heut schreibe: „Sie werden ihm abbitten." Möchte Ihnen hienieden schon, geliebter Freund, die Seeligkeit der Reue beschieden seyn! Ich habe Ihre Seele lieb und möchte Sie, mit Ihren Gaben und Ihrem Wissen und Glauben, als ein glorreiches Werkzeug in den Händen des HErrn sich über die böse Zeit wie ein Banner entfalten sehen. Die Regel, um das zu sein, steht unwandelbar mit Gottes Schrift in der Epistel von Quinquagesima[1]), in specie im gläubigen Beugen vor ihrem 9. Verse[2]) und seiner adamantenen Einfassung. Eine Kluft zwischen Ihrem Wünschen und geistreichen Fordern einerseits und andererseits zwischen den reellen Zuständen kann nur und soll die Liebe ausfüllen. Sie erzeugt nothwendig den Haß der Welt, wie unterm Himmel die Wirkung der Wärme auf die Kälte Zersetzung der Atmosphäre erzeugt. Aber — „**die Liebe siegt**", gewiß wahrhaftig. Die abgedroschene Phrase „die Wahrheit siegt" ist grundfalsch. Die siegt nur und kann nur siegen durch **die Liebe Christi**, des Menschgewordenen Wortes."

1) 1 Cor. 13, 9.
2) „Unser Wissen ist Stückwerk und unser Weissagen ist Stückwerk."

XII.

Evangelische Gesichtspuncte des Königs

in seinen letzten Jahren.

In unseren Zeiten dürfte es unter den Männern von Bedeutung und Namen wenige gegeben haben, welche die positiven Grundlehren des Christenthums so lebendig ergriffen und so unerschütterlich festgehalten hätten, wie Friedrich Wilhelm IV. Durch die Geschichte der Hohenzollern geht überhaupt ein religiöser Zug; in den bedeutendsten Fürsten dieses Hauses, in dem ersten Kurfürsten Friedrich und in Friedrich Wilhelm, dem großen Kurfürsten, tritt er fast am stärksten hervor; nur Friedrich der Große macht eine Ausnahme: er hat sich sein ganzes Regentenleben hindurch zu den entgegengesetzten Doctrinen bekannt. Friedrich Wilhelm IV. hielt dennoch seinen Großoheim unendlich hoch. Den Meinungen desselben hat er sogar dadurch neue Wirksamkeit verschafft, daß er eine umfassende, wohlgeordnete und kritische Ausgabe seiner Werke hervorrief und mit königlicher Munificenz ausstattete. Er hatte Hochachtung für den Geist an sich und für jede großartige Entwickelung, ohne die ängstliche Rücksicht auf religiöse Abweichungen, durch welche kirchlich Gesinnte in ihrem Urtheil so häufig beschränkt werden. Täglich sah er Alexander von Humboldt an seiner Tafel, obwohl er wußte, daß derselbe religiösen und politischen Ansichten huldigte, die mit den seinen in Widerspruch standen. Zwischen ihnen waltete, wenn wir so sagen dürfen, der Gegensatz zweier geschichtlicher Epochen. Der König lebte in den Ideen, welche die Zeit der Restauration charakterisiren, Humboldt in den Anschauungen, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts vorgewaltet haben: dem hochconservativen König zur Seite ließ er doch die Ideen von 1789 nicht fallen. Was sie dem

zum Trotze mit einander verband, war eine gleichmäßige Theilnahme an dem Fortschritt der Wissenschaften und der Cultur. Denn auch der König besaß sehr ausgebreitete Kenntnisse und eine immer rege Wißbegier, die in den meisten Fällen durch Humboldt unmittelbar befriedigt werden konnte. Der Naturforscher, der unter allen Interessen der Menschheit die wissenschaftlichen obenan stellte und unter diesen wieder die Einsicht in die Kräfte der Natur und die Beschaffenheit der Naturkörper, umfaßte mit sicherer Kunde das ganze Reich der sichtbaren Welt. Er folgte der weiteren Entwickelung der Naturwissenschaft auf jedem Schritt; sein großer Name, an dem der König Gefallen hatte, ließ ihn wie den Mittelpunct dafür erscheinen. Humboldt hatte die Welt in größerem Umfange gesehen, als so leicht ein Anderer; er kannte die bedeutendsten Persönlichkeiten, die den Gesichtskreis der Zeitgenossen erfüllten; er war sprachkundig und sprachgewandt; damit verband er die Formen eines gebildeten vornehmen Mannes. Der König konnte seines Umganges, seines Gespräches nicht entbehren und erwies ihm nicht selten sehr willkommene Freundschaftsdienste. Humboldt, der diesen Umgang auch seinerseits nicht entbehren mochte, war allezeit bereit, sich den Culturbestrebungen des Königs förderlich zu erweisen. Aber man könnte nicht sagen, daß er die nach verschiedenen Seiten hinstrebende und weit angelegte geistige Individualität, die er vor sich sah, in ihrem umfassenden Selbst gewürdigt oder objectiv zu erkennen gesucht hätte. Für den Ideenkreis der Restauration hatte er weder Verständniß, noch Mitgefühl; vielmehr nahm er Anstoß an Allem, großen und kleinen Handlungen, worin der König denselben durchblicken ließ. Den Verdruß, den er empfand, wenn seine Sympathien verletzt wurden, hat er in sarkastische Aeußerungen und Billets ergossen, die dann den Weg in die Oeffentlichkeit gefunden und dem König üble Nachreden gemacht haben. Im Umgang war, wie sich denken läßt, von dieser Verschiedenheit nichts zu bemerken. Man sah nur wohlwollende Hochachtung auf der einen Seite, auf der anderen dienstbeflissene Ehrerbietung. Der König erschien immer als der gebietende Herr, der bei sich zu Hause ist, Humboldt, der doch sein Verdienst keinen Augenblick vergaß, als ein gern gesehener, nützlicher und nützlich sein wollender Gast. Nicht selten trug er eine Bitte vor, nie für sich, immer zu allgemeinen Zwecken; gern gewährte der König, um der Sache willen, sowie aus Rücksicht für ihn. Nicht lange aber konnte man sich die Differenz dieser Geister verbergen. Der König besaß unendlich mehr Imagination, künstlerische Begabung

und geniale Beredtsamkeit, Humboldt bei weitem mehr präcise Kunde, sicheres Gedächtniß, ausgebreitete Erinnerung. Der König war nicht ohne Aufwallung, Humboldt leicht abschätzig in seinem Urtheil. Vornehmlich in ihren historischen Anschauungen gingen sie weit auseinander. Humboldt combinirte das entfernteste Alterthum und die klassischen Zeiten mit den Fortschritten der modernen Welt; in den dazwischen liegenden Epochen sah er mehr einen Durchgang und eine Verdunkelung. Was er für die Erscheinungen der Natur zu seiner Aufgabe machte, in dem Mannigfaltigen das Beharrende zu erkennen, das lag ihm in Bezug auf die historischen Erscheinungen und das, was im Wechsel der Zeiten das Beharrende gewesen ist, ferne. Für die großen religiös-politischen Bildungen des Mittelalters, wie sie im Kampfe der mit einander ringenden Völkerkräfte sich gestalteten, ihren inneren Organismus, namentlich für das Reich deutscher Nation, hatte er wenig Sinn. Gerade in denen aber lebte der König; er bewunderte den inneren Gehalt und die Lebenskraft derselben; er sah in der Vergangenheit die fortwirkende Grundlage für die Gegenwart, die nur regelmäßig weiter entwickelt werden müsse. Humboldt hielt die vorliegenden Zustände für einen Gegenstand freier Behandlung; der König war nie ohne das Bewußtsein seiner politischen Stellung zwischen den ihn umgebenden Weltmächten, und der Bedingungen, die daraus für sein Thun und Lassen entsprangen. Humboldt hatte nur das allgemein Wünschenswürdige im Auge. Den religiösen Ideen, den Institutionen der Kirche widmete er so gut wie keine Theilnahme. Dagegen gab es nichts, was dem König mehr am Herzen gelegen hätte. Selbst sein Interesse an der Weltentwickelung trug diese Farbe. Er sah das Ziel derselben in der Ausbreitung des Christenthums über alle Erdtheile.

Wie sehr diese Idee sein Gemüth erfüllte, sieht man aus seinen Bestrebungen für die chinesische Mission.

In dem Verhältniß der Religionssysteme, welche die Welt beherrschen, war in den letzten Zeiten eine Veränderung von hoher Bedeutung eingetreten. Das dem Christenthum an sich feindseligste derselben, der Islam, war in sich selbst durch den Kampf entgegengesetzter Gewalten erschüttert und dadurch in Nachtheil gegen das Abendland gerathen. Von originalen Geistesregungen innerhalb desselben ist seitdem nicht mehr die Rede gewesen. In dem Morgenlande hatte der Islam die indischen Glaubenssysteme nicht wenig beeinträchtigt, als die europäischen Nationen sich derselben vielmehr annahmen. Doch auch das hatte seine Grenzen gefunden. Es kann als ein

wichtiger historischer Moment betrachtet werden, daß die Engländer davon abstanden, die dem menschlichen Gemeingefühl am meisten widerstrebenden religiösen Gebräuche der Hindus, wie die Verbrennung der Wittwen, durch ihren Schutz zu autorisiren. Das dritte der großen Religionssysteme, das aus verschiedenen Elementen zusammengewachsene chinesische, erhielt sich noch, nachdem es die aus dem Abendlande eingedrungenen Elemente ausgestoßen hatte, intact und unnahbar wie vor Alters. Man berechnete, daß es der dritte Theil des menschlichen Geschlechtes sei, welcher hier in systematischer Absonderung von den übrigen Völkern der Erde eintönig und unauflöslich durch Leben und Glauben zusammengehalten werde. Da trat seit dem Jahre 1840 eine Verwickelung ein, welche dieser stolzen und strengen Besonderheit einen schweren Schlag beibrachte. Der Krieg, in den sich die Chinesen mit England einließen, sollte, so erwarteten jene, zu einer Ausschließung der Fremden auf ewig führen. Er führte aber zu Niederlagen, in welchen das Mandarinenthum, das durch den Zauber der mit der Macht vereinigten, vermeintlich unfehlbaren Doctrinen die Population in tiefer Ergebenheit niederhielt, diesen Zauber verlor. Ein Friede wurde geschlossen, der den europäischen Nationen den Eintritt in das chinesische Reich verstattete. In Folge dieses Wechsels erwachte in dem Abendlande der Gedanke, die Einwirkung des Christenthums, die in China schon einmal sehr umfassend gewesen war, zu erneuern. Die katholischen Missionen, die doch niemals ganz vertilgt worden waren, kamen wieder zu voller Kraft, freilich ohne recht in die Tiefe zu wirken. Schon seit einiger Zeit hatte sich nun aber auch der Protestantismus Zugang verschafft, und zwar hauptsächlich durch Theilnahme an der literarischen Production, für die man dort sehr empfänglich ist, in der Landessprache. Die Bibel war übersetzt worden, Tractate wurden verbreitet. Nach erfochtenem Siege fanden englische und amerikanische Missionare, denen sich einige deutsche anschlossen, mehr Gehör; sie rechneten auf die größten Erfolge. Was hätte für einen, von dem Christenthume so durchdrungenen Fürsten, wie Friedrich Wilhelm IV. war, hinreißender sein können, als die Aussicht, die religiöse Wahrheit in diesen entfernten Regionen zur Herrschaft gelangen zu sehen! Wollte er aber für ihren Erfolg mitwirken, so war er auf Bunsen angewiesen, der damals noch in England stand und, wiewohl jetzt lange nicht mehr von der positiven Ueberzeugung des Königs, doch dessen Absichten und Wünsche für die Ausbreitung des evangelischen Christenthums in aller Welt von ganzem Herzen theilte. So erfreulich die Erfolge

der mancherlei Missionen in Afrika und Polynesien waren, so war doch damit der Herrschaft des Christenthums noch nicht der eigentliche Weg eröffnet. Bei den Muhamedanern, die durch feste, zugleich klimatisch begründete und durch die Staatsverfassung geheiligte Satzungen gebunden sind, ließ sich eine nachhaltige Einwirkung nicht erwarten. Für die Hindus war durch England gesorgt. In China eröffnete sich bei dem Zusammentreffen zwischen den protestantischen Missionen und der Reichsreligion von buddhaistischem Gepräge, die dort die Geister fesselt, ein unermeßlicher Schauplatz. Der König richtete in dieser Sache folgenden Brief an Bunsen:

Sanssouci, 29. August 1850.

„Es ist mir eine rechte, große Entbehrung, Sie, mein theurer Bunsen, jetzt nicht hier sehen zu können. Die Ursache zumal ist recht traurig, und ich wünsche von ganzem Herzen, daß in dem Zustande Ihrer leidenden Tochter bald eine gründliche Besserung eintreten möge. Ganz abgesehen aber von der Freude, Sie wieder zu sehen und manche alte Gespräche wieder anzuknüpfen, hoffte ich über manche sehr wichtige Gegenstände mit Ihnen zu reden, zu discutiren, mich belehren zu lassen, mit Ihnen zu klagen und zu hoffen. Möge es bald geschehen!

Ihre Antwort auf ein Schreiben von Marcus Niebuhr, welches er in meinem Specialauftrage an Sie richtete, läßt mich befürchten, daß Sie meinen doch von ihm ziemlich richtig ausgesprochenen Gedanken nicht verstanden haben. Glückt dem Gützlaff sein Werben von geistlichen Missionaren für China, kann er, was Gott allein weiß, mit bedeutenden Kräften an die Verkündigung des Evangelii dort im Lande gehen, so ist für mich — für Andere leider!!!! gar nicht — die Hauptfrage: „Was soll sich (bekennt sich der HErr zur Sache) aus dem Unternehmen für China in christlicher Hinsicht dann gestalten? Will man das Schicksal Hunderttausender und vielleicht bald von Millionen Bekehrter dem sogenannten Zufall überlassen? oder es der römischen oder der englischen Kirche überlassen, die Bekehrten durch neue Missionen oder vielmehr durch Missions-Jagd-Partien für sich einzufangen? Oder will man das gleichsam von hundert Secten begonnene Werk durch den Mangel jeglichen einigenden Bandes in 10,000 Secten zersplittern lassen?" Diese Frage ist eine verzweifelt ernste und dürfte

zur gräulichsten Unehre der Protestanten ausfallen. Ich weiß wohl, daß ich bei dem agonisirenden Zustande der kopf- und schwanzlosen deutsch-evangelischen Kirche gar nichts thun kann, als rathen, bitten, flehen, warnen. Was Noth thut, weiß ich; auch weiß ich, daß es nur durch das Zusammentreffen zweier großer Unwahrscheinlichkeiten zu Stande kommen könnte. Diese aber sind: 1) daß die deutschen Protestanten zu der Einsicht kämen, es lasse sich für die Zukunft China's nur durch eine **gemeinschaftliche**, für Alle evangelische Splitter der Kirche **fest-gültige Ordnung** auf eine Weise wirken, mit der man vor Gott bestehen könne; 2) daß die evangelische Kirche gewisse verderbliche Vorurtheile aufgäbe, um diese Gemeinschaftlichkeit hervorzubringen. Und doch, theuerster Freund, liegt die Sache so klar auf der Hand, daß ich's als eine Nothwendigkeit ansehe, daß einige ausgezeichnete Menschen endlich einmal, mit der Nase der Realität gegenübergestellt, es einsehen müssen: die teutschen Missionare in China müssen die revolutionär-imbecile Scheu von dem Episcopat aufgeben, die Engländer aber das **verderbliche** Vorurtheil, Landes-Bischöfe statt Kirchen-Bischöfe zu machen, Ober-Priester mit einer Dotation von mindestens 8000 Thlrn. Revenuen statt apostolische Vorsteher — !!! — !!! —

Dann, was das Etabliren der evangelischen Kirche in China betrifft, ist meiner heiligsten Ueberzeugung nach

„das geistlich-taktisch-strategische Vorgehen, Eindringen ins Land durch Ansetzung (Agglomeration) unzähliger kleiner Kirchen in apostolischem Sinne des Wortes. Es versteht sich von selbst, daß jede dieser „anzusetzenden" Kirchen ihren Bischof haben muß, aber wiederum natürlich in apostolischem Sinne, nicht mit 8000 Thlrn. Revenuen, nicht im Lande speculirende, sondern einer Kirche vorstehende. — Ich fühle, theuerster Freund, daß man mir sagen kann: „was Schwernoth geht dich das an?" —

Antwort; — Ich bin ein Christ und nota bene ein Evangelischer nicht dem Namen nach, sondern mit Leib und Seele. Die Ehre wie die Un-Ehre des evangelischen Bekenntnisses ist nun einmal für mich meine Un-Ehre, meine Ehre! Ich sehe aber, gewitzigt durch 100 Exempel, neue colossale Blamage, wenn das Eine, was der Evangelischen Kirche Noth thut, auch dort, bei dem in jeder Hinsicht großen und heiligen Unternehmen, wieder!!!!!! aus den Augen gesetzt wird und Dinge geschehen, wie die, welche den Emir Beschir zwischen amerikanischen Baptisten und englischen Priestern in einem

Tage dazu brachten, — römisch-katholisch zu werden!!! Eine „Vereinigung für China" ist für die Rechtgläubigen Evangelischen Landeskirchen Europas möglich. Die nur allein streb' ich an, wie ich es eben vermag, nicht als Don Quixote Mühlen bekämpfend, oder ein Bauermensch für die Dame seines Herzens haltend, sondern **versuchend**, die Sache da anzufassen, wo sie einen Henkel hat. — Gott weiß, daß ich weit entfernt bin, Ihnen einen officiellen Auftrag für Primas und Bischof-Metropoliten zu geben, wie damals bei der Stiftung der Kirche von Jerusalem. Aber reden, discutiren, besprechen können Sie die Sache mit „denen, welche das Ansehen haben" — und es verstehen, die Leute zu bekehren, wenn's möglich ist und, — wenn Sie mich verstehen, was ich nicht aufgeben kann. Darum, ist Ihnen etwas dunkel in meiner Auffassung, dann sagen Sie es rund heraus. Ich habe das Glück, daß Sie mich verstehen, wenn wir uns gegenüber sitzen. Muß ich schreiben, so wohnt mir allerdings nicht dieselbe Zuversicht bei. Ich werde nun suchen, so deutlich als möglich zu sein, und zu dem Zweck Ihnen gleich darstellen, wie ich mir die Ausführung meiner Ansicht praktisch vorstelle. Danach würde die Sache so begonnen werden (supponirt, daß die Unwahrscheinlichkeiten überwunden werden — das versteht sich von selbst): Der Bischof von Hongkong wird zum Erzbischof oder Metropoliten für China ernannt und ihm zwei Suffragane beigegeben, welche auf den amtlichen Sendungen nicht bloß in seiner Vollmacht, sondern mit seinen Vollmachten zu kirchlichen Handlungen ausgestattet sind. Diese drei Personen sind die Inspectoren und bis zu gewissem Grade Directoren des ganzen Missions-Unternehmens. Dies Unternehmen selbst könnte dann vielleicht kraft dieser Directorial-Gewalt geographisch nach National-Kirchen und National-Missionen eingetheilt werden: also die Teutschen (kommt wirklich die große Zahl von Missionen zusammen, die Gützlaff erwartet?) eine oder drei Küstenprovinzen, die Engländer eine oder zwei oder mehr neben an, dann die Holländer eine, die Franzosen und Schweizer die andere Provinz. — Sobald nun ein compactes Häuflein Chinesen in oder bei einer Stadt bekehrt ist, weicht der Metropolit mit seinen Suffraganen einem Bischof, einem schlichten Missionar, ist's **möglich** (?) einem Eingeborenen und stiftet so eine Kirche. Auf diese Weise wird bei jeder gleichen Lage der Dinge fortgefahren, und so entsteht allmählig durch das Ansetzen eines kleinen apostolischen Kirchleins an's andere die Agglomeration von Kirchen und nicht von puren Missions-Stationen, welche organisch von der Küste in's Innere

vordringt, zuerst natürlich nur als einzelne kleine Sterne in der Nacht China's, als kleine selbstständige, das Leben in sich habende Ganze, die beim Seegen von Oben sich allmählig in sich selbst ausbreiten, kräftigen und zu neuem Missions-Leben Stoff bieten. Vergessen Sie nicht, theuerster Bunsen, es ist hier vom dritten Theil des Menschen-Geschlechtes die Rede. Seit der Bekehrung des Römischen Reichs ist keine Epoche der Kirchen-Geschichte mit diesem Unternehmen zu vergleichen. Sein Glücken würde eine neue Aera für die Gesammtkirche auf Erden heraufführen. Ob wir oder unsere Kinder und Kindes-Kinder die Erfüllung sehen, kommt hier nicht in Betracht, eben so wenig als die Ströme von Märtyrer-Blut, die wahrscheinlich bald reichlich fließen werden: das unterliegt einer andern Direction als der des Lord Archbishop of Hongkong. Darnach wird möglicher Weise dieses Amt in nicht langer Zeit zum Allerwichtigsten der Gesammtkirche werden. Vergessen wir auch nicht, daß „wir" in China mit einer formidablen Rivalin zu thun haben, mit der Römischen Kirche. Bisher hat sie uns noch überall durch ihre festere Organisation übertroffen. Ich glaube ehrlich, daß Rom gegen eine der Art organisch „anschließende" wirkliche Nationalkirche, gegen diese Phalanx zahlloser apostolischer Brenn- und Lebens-Punkte nichts vermögen wird. Die Wahrheit, von der Weisheit und der Form getragen, wird unüberwindlich sein. —

Macht aber Old Englands alte Kirche (die in China jetzt 9000 Seelen neben 30,000 katholischen Chinesen zählt) die Sache wie in Indien, drei oder vier Lord-Bishops (wie London und Durham), wodurch dort auf jede „Kirche" (denkt man sich auch nur ein Drittel der Indier einst bekehrt) statt 10—15000 Seelen 10—15,000,000 kommen werden, dann freilich wird „uns" Rom mit Leichtigkeit aus dem Sattel heben und schmachvoll fällen. Wie aber wird das erst geschehen, wenn das Missions-Werk von allen Kirchen Evangelischen Bekenntnisses auf einmal und auf hergebrachte Art ohne Plan geschieht und mit der bekannten Liebenswürdigkeit von Lutherischen gegen Reformirte, von Presbyterianern gegen Episcopale, von Teutschen gegen Engländer und Franzosen!!!!!! Ha!! mir graut, bei Gott, und das ist dann wahrlich, „um katholisch zu werden". China aber wird **dann gewiß** katholisch. — Sprechen Sie mir nicht (norddeutsch-sentimental) von „der Wahrheit, die sich doch Bahn bricht!" Gottes Ordnung ist wohl, daß die Wahrheit im Bettlergewande siegt, aber nicht — im Narrenkleide.

Ich fühle sehr deutlich, daß derjenige Theil der protestantischen

Narrenjacke, der Amerika und den desperaten und unbedeutsamen Secten in Europa angehört, außer jeglichem Bereiche liegt. Auf die europäischen kirchlichen Protestanten wäre aber wohl solche Einwirkung nicht geradezu undenkbar. Setzen Sie sich nun hin, mein lieber, theurer Bunsen, überlegen Sie sich die Sache recht.

Gott hat Ihnen in christlichen und kirchlichen Dingen einen fruchtbaren Kopf gegeben. Lassen Sie denselben arbeiten. Mir ist nicht um eine Antwort in Wochen zu thun. Kann aber etwas geschehen, so muß es angegriffen werden, ehe Godislavus Apostolus England definitiv verläßt. Ich hoffe ihn noch zuvor hier zu sprechen. Ob er für das Angeregte empfänglich ist, ist nicht die Hauptsache. Er ist seiner Natur nach Prediger und Sammler von Predigern des Evangelii in China. Auf das Organische der chinesisch-christlichen Zukunft ist er, glaub' ich, nicht recht gekommen. So war Luthers Beruf, die Wahrheit aus dem Kerker zu führen, aber nicht der, sie zu kleiden. Wie wär' es, wenn Sie (der Sie wie Keiner die Gabe des Kleidens, Beschuhens und Appretirens der Evangelischen Wahrheit haben) „eine Ansprache an die Missionare für China", „ein Abschiedswort an die Boten des Evangelii, welche mit Gützlaff ziehen", hinübergäben, in welchem Sie diese oder ähnliche Gedanken zur Beherzigung für das Werk, das sie unternehmen, und als Saamenkorn in den gährenden Boden der Evangelischen Kirche hinstreuten? — Der Effect, wenn die Sache einen hat, trifft die Missionare und die teutschen und benachbarten evangelischen Landes-Kirchen. Beide müssen, um des Werk-Gewissens willen, gewisse Vorurtheile fahren lassen, eben für dies Werk; für China zur Ermöglichung einer christlichen und kirchlichen Zukunft für den dritten Theil des Menschengeschlechtes. Um die ehrwürdig-dähmliche Kirche Englands der Sache zu gewinnen, kann solch' Abschiedswort nicht dienen. Dazu gehören andre Dinge. Für diese gebe ich Ihnen, theuerster Freund, keine Vorschrift.

Ueber das „wie" schweig' ich ganz und erwarte erst Ihre Ansicht. Ueber das, was gegeben, geb' ich nur Winke, kaum einen Rath. Sie wissen besser, was die Church muß fahren lassen, um nicht zum Unheil in China zu werden. Nur das ist klar, sie muß die bischöfliche Ober-Priesterei fahren lassen und billig in liturgischen Dingen sein. Da fällt mir ein: könnte die teutsche Liturgie für's gelobte Land nicht da zur Brücke dienen? Könnte in und für China nicht Aehnliches in Aussicht gestellt werden für die französisch Reformirten?

Zum Schluß ein kurzes Raisonnement über den Sinn und Zweck dieses Briefes. Denken wir nicht an die Krönung des ungeheuren Heyls-Werkes, welches Gützlaff unternehmen will; lassen wir's auf sich beruhen, was Englands Kirche im Siege mit der chinesischen Kirche vornehmen darf, soll, wird, ob, nach dem Siege (der vielleicht 300 Jahr auf sich warten läßt) der Primas von China in Hongkong bleiben oder Nanking beglücken, ob er 40 oder 400 Metropolitane über die 4000 „Kirchen" Chinas setzen soll. Bleiben wir fest bei dem Strange und erkennen wir als Wahrheit und Richtschnur an: 1) daß das Werk so gut wie noch nicht begonnen ist; 2) daß, wenn die Predigt der frohen Botschaft nicht verpuffen, sondern Früchte tragen für das ungeheuere Reich, auch nicht im Kampf mit Rom unterliegen soll, es unabweislich ist, die Kirche Christi in China durch eine „Granulation" unzähliger apostolischer Kirchen von der Küste an landeinwärts sich gestalten zu lassen; 3) daß eine jede dieser „Kirchen" der „chinesischen Kirche" in spe ihren Bischof, ihre Presbyter, ihre Diaconen haben muß; 4) daß dazu gehört a., daß die Nichtanglikaner, namentlich die Teutschen, sich lokal und theilweise anglikanischer Ordnung, b. aber, daß sich die anglikanischen Ordnungen lokal und theilweise teutschem Menschenverstande fügen müssen.

Nun umarmt Sie zum Abschied

Friedrich Wilhelm."

Bunsen begrüßt (23. September) diesen Brief als eine rechte Sonntagslabung; er bekennt sich aufs neue zu dem Gedanken von 1841, daß der Plan echt bischöflicher Organisation apostolischer Kirchen oder Gemeinden, die sich „granulationsmäßig" aneinander schließen, der naturgemäßeste und dem apostolischen Vorbild entsprechend sei. Er will alles thun, was möglich, wenn nur Gützlaff tüchtige Missionare mitbringt, um die Formen der englischen Kirche dem Unternehmen dienstbar zu machen, statt es im Keime zu zerstören, indem man jenen Formen dienstbar wird.

„Der Erzbischof fühlt ihren Druck fast eben so sehr, als der edle und begeisterte Primas in Indien, der Bischof von Calcutta, Wilson. Ich schreibe morgen an den guten, lieben Bischof von Hongkong, um zu hören, wie es mit seinen dortigen Hoffnungen steht, und ihn mehr und mehr bereit zu machen, auch seinerseits dem Gützlaff'schen Unternehmen hülfreiche Hand zu reichen."

Indem der König damit umging, dem einseitigen Fortschritt des Katholicismus in dem entfernten Asien evangelische Missionen entgegenzusetzen, begegnete ihm in Deutschland und zwar in seiner nächsten Nähe, daß man ihm eine geheime Hinneigung zu dem Katholicismus zuschrieb. Bei der allgemeinen Bewegung der Zeit hielt er für unzweifelhaft, daß dies Gerücht auf einer sehr berechneten Verleumdung von demokratischer Seite beruhe. Auch darüber schreibt er an Bunsen[1]):

„Das Katholisirungsgerücht ist — das haben wir Schwarz auf Weiß — in London und Paris in tausend Formen und auf zehntausend Wegen nach Deutschland zu schicken beschlossen worden. Das mögen jetzt höchstens anderthalb Jahr seyn. Der gute Wille unserer Menschheit hat die wissentliche Lüge aufgenommen und verarbeitet. Man glaubte wirklich daran in Deutschland; denn man konnte ja sagen: In England wissen sie es recht gut. Der Deputation des hiesigen Treubundes habe ich keine Rede gehalten, wohl aber ein Gespräch mit Rede und Antwort. — — Ich sagte den braven Männern, daß diese letzte Lüge über mich den unbestrittenen Vorzug hätte, daß man nach Erschöpfung aller Evidenz dagegen noch sagen könne: ich mache es wie jener Darmstädter Hofprediger, der Wort und Sakrament verwaltete, während er Jahre lang Papist und Jesuit gewesen. . . . . . Einigkeit ist nur auf einem Punkte, im Verwerfen alles Dessen, was die Kirche wirklich bauen kann, allein bauen kann, d. h. zu teutsch Verwerfung des Leibes, den uns Gott gemacht, und der nicht wie Rom dem Geiste seine Gesetze auflegt, sondern in welchem der Geist, und zwar der heilige Geist, den ich trotz Schleiermacher und Neander wahrhaftig glaube, schafft und regiert."

Er sagt ein Wort von denen, die seine jetzige Regierung zu schwächen trachten, und zwar angeblich aus lauter Liebe zu ihm. Im Angesicht der gegenwärtigen Zustände erklärt er das für ein Verbrechen; er unterscheidet die Treuen und die, welche guten Willens sind.

„Da ich nun wohl überlegt und unerschütterlich mit meinem Ministerium stehe, so bekommt naturnothwendig der trennende Theil der Treuen (!) die Richtung nach Links."

---

1) 5. October 1851.

An den theologischen Arbeiten, mit welchen Bunsen, seitdem er nach Deutschland gegangen und am Rhein seinen Wohnsitz genommen, hervortrat, konnte der König kein Gefallen finden. Aber die alte Gemeinschaft der Ideen über Religion und Kirche, die ihn mit Bunsen verbunden hatte, war doch niemals erloschen; sie erwachte besonders dann, wenn es den Gesammtinteressen des Protestantismus galt, die der König im weitesten Sinne begriff. Friedrich Wilhelm IV. hatte im Anfang seiner Regierung Frieden mit der katholischen Kirche geschlossen. In der vornehmsten Frage, deren wir oben gedachten, hatte er sich damit begnügt, daß die Gültigkeit der evangelischen Trauungen anerkannt wurde; er hatte den Verkehr der Bischöfe mit dem römischen Stuhle freigegeben und Manches nachgesehen, woran Spätere Anstoß genommen haben. Allein allmählig erschreckten auch ihn die Bestrebungen, die in dem Inneren der katholischen Kirche zum Vorschein kamen. Inmitten der mannigfachsten Bedrängnisse des römischen Stuhls war die klerikale Autorität nicht allein erhalten worden, sondern gewachsen. Niemals nahm ein Papst die Unfehlbarkeit in religiösen Fragen, gleichsam die kirchliche Omnipotenz, mit soviel Selbstbewußtsein in Anspruch, als Pius IX. Der König hatte keine Ahnung davon, wohin das einmal führen könne; aber gleich der erste Act, in welchem sich diese Tendenz manifestirte, brachte sein von den evangelischen Grundanschauungen durchdrungenes Gemüth in Aufregung. Es war die Definition der unbefleckten Empfängniß der heiligen Jungfrau, zu der sich der Papst anschickte.

„Der arme Papst", so schreibt der König an Bunsen[1]), „will vom Himmel mächtigeren Beystand für die Römische Kirche erringen, als bisher gewährt worden, und zu dem Ende die Himmels-Königinn gewinnen durch Decretiren einer höheren Ehre. Er will die Träumereyen Franzens von Assisi und seiner Jünger über die „immaculata conceptio Beatae Mariae Virginis" (die bisher viel Glück in der Römischen Kirche gehabt) zum kirchlichen Dogma erheben, von dessen Annahme Heyl oder Verdammniß der Menschen abhängen soll.

Hier haben sich mir zwei ernsteste Erwägungspunkte für die Evangelische Kirchen-Gemeinschaft aufgedrängt.

1) Ist die Evangelische Kirche nicht zur Mumie geworden, so **muß** sie bey dieser Gelegenheit Zeugniß von ihrem Glauben ablegen. Sie muß das nicht etwa allein als Jüngerinn Luthers und Calvins

1) 20. September 1854.

thun, sie muß es als die wahrhafte Jüngerinn des HErrn, in der Treue gegen die apostolische Lehre, mit Benutzung des Zeugnisses der Väter der Kirche des Abend- und des Morgenlandes, mit Einem Wort als der reine, nicht irrende, wahrhaft katholische Theil der Kirche auf Erden thun.

2) Muß die Evangelische Kirche nicht allein bekennen, sondern auch (soweit es irgend geht) dieser Römischen Phantasmagorie gegenüber handelnd auftreten. Kommt nämlich dies von mir ersehnte neue Bekenntniß auf die Heyls-Wahrheit zu Stande, so muß dasselbe auf alle und jede erlaubte Weise mitten in den Schooß der Römischen Wirthschaft getragen werden. Ich sprech' es aus: wir müssen den Moment zu den heyligsten und allerrechtmäßigsten Eroberungen benutzen.

Hierbey sind (als erste Bedingung, daß das zu Thuende der Kirche nicht zum Fluch, sondern zum Seegen, nicht zur Verkleinerung, sondern zum Wachsthum ausschlage) gewisse entsetzliche Klippen zu vermeiden. Die erste und entsetzlichste ist die protestantische Vereinzelung. Lieber Schweigen als einzelne Reden. Es muß die Gesammt-Kirche auf Erden anerkennen und nicht zweifeln, daß es die gesammte **Evangelische** Kirche ist, die spricht und bekennt. Demnächst muß Sorge getragen werden, daß die protestantische Taktlosigkeit, in specie die nordteutsche, die gewöhnlich mit einem Element von Klotzigkeit verbunden ist, (wenn es möglich ist!?!) vermieden werde.

Ich glaube, lieber Bunsen, daß Sie ahnden, wohinaus ich mit dem allen will. Ihren Rath und Ihre That (wenn ersterer letzterer günstig ist) nehm' ich in Anspruch. Ein „Aussprechen" der Evangelischen Gesammtkirche proprement dite ist, wenn Sie wollen, ein Unsinn. Es ist aber an sich kein Unsinn, „die höchsten Autoritäten der Kirche in den Hauptländern zu einem harmonischen Aussprechen zu bringen", wenn dieselbe das schwere Gewicht und die Entscheidung (der Römischen Maßnahme gegenüber) in diesem Moment der Kirchengeschichte erkennt.

Ich argumentire so: England und seine Kirche und kirchliche Wichtigkeit steht, wenn von Evangelischer Kirche die Rede ist, auf der einen, das übrige Evangelische Europa auf der anderen Seite. Es muß ein Vereinigungs-Punkt beyder Hälften gesucht werden, damit die Stimme der Kirche, die ich ersehne, eine „volle" sey. Bis zum 8. December ist Zeit. An dem Tage soll erst die Proclamation des neuen Dogmas zu Rom vor sich gehen; die gewaltige

Stimme des wahrhaftigen Glaubens muß die Antwort auf das römische Aergerniß, das Echo des Götzenfestes seyn. Diese dritthalb Monate müssen benutzt werden; Teutschland, die Schweiz, das reformirte Frankreich, der lutherische Norden müssen mit England und durch England mit Amerika anknüpfen. Die Frage aber ist, wie kann angeknüpft werden? Ich glaube, ohne Ihnen im Mindesten etwas einer Schmeichelei Aehnliches sagen zu wollen, daß Sie, lieber Bunsen, der einzige Mann sind, der anknüpfen kann. Sondiren Sie, ich bitte Sie, vorläufig den Primas von England und old Lords. Ich gedenke bald einige kirchliche Autoritäten Berlins zu mir zu laden und zu sehen, ob (?) hier etwas zu machen ist. Herrlich wär's, wenn sich in Ihren Händen Vorschläge aus Berlin und London kreuzten. Dann ist der belebende Funke da, der gute evangelische Wille muß constatirt seyn und Alles harrend dem 8. December entgegensehen. Geschieht das Ungeheure zu Rom wirklich an dem Tage, dann muß das entworfene Bekenntniß wider die Profanation im Schooße der Kirche des HErrn in alle Lande hinausgehen zur Unterzeichnung; man muß das Rauschen der Feder hören, und dann lasse sich der helle und lichte Glockenklang vollwichtig vernehmen!

Sie fühlen es diesen Zeilen an, theuerster Freund, daß ich in einer gewissen Begeisterung schreibe. Nehmen Sie diese warmen Zeilen mit ruhigem und praktischem Sinne auf. Sie wissen, wie es in der Kirche aussieht. Sagen Sie mir bald, ob die Erfüllung meiner Hoffnung in der Möglichkeit liegt, und sagen Sie ja, dann die Hand an's Werk, und Gott wird Ihre Hand seegnen, wie er sie damals in den Dingen der Kirche von Jerusalem geseegnet hat. Vale!

F. W."

Der Gedanke des Königs ging dahin, eine Demonstration der gesammten evangelischen Kirche gegen das Vorhaben des Papstes hervorzurufen; denn er sah in der Welt immer die großen Genossenschaften nationaler und religiöser Art. Dem römisch-katholischen System sollte sich gleichsam Evangelisch-Katholisches, d. h. Allgemeines, in dem die wahre Kirche sei, entgegensetzen. Bunsen stimmte in diesem Falle der Meinung des Königs nicht vollkommen bei: er hielt es für genügend, den päpstlichen Anmaßungen durch den kleinen Krieg der Presse zu begegnen[1]).

1) Schreiben des Königs vom 6. October 1854.

„Verstehe ich Sie recht, lieber Bunsen, so weisen Sie meinen Gedanken zurück und wollen (falls Pius IX. die Tollheit begehen sollte) die ganze Angelegenheit auf den „Brochuren-Krieg" verweisen, dessen erste Plänkler Hundeshagen und Nitzsch werden sollen. So wird die Sache, meinem Verständniß nach, nicht einmal ein Evangelischer Brochuren-Krieg, sondern ein teutscher. Der Evangelische (d. h. der die ganze Evangelische Welt zum Nest hätte) wäre schon schlimm genug, der teutsche aber ganz unerträglich. Er fange noch so würdig an, die teutsche Taktlosigkeit, Plumpheit, Glaubenslosigkeit, Ueberstudirtheit, der teutsch-evangelische Pietismus, Romanismus, Rationalismus, die Irwingerey und Baptisterey werden die heilige Sache in wenig Monaten gründlich verpfuscht haben, daß Rom vor Wonne brüllen wird. Das einzige Resultat wird protestantische Schmach und Schande seyn, und an die Stelle des von mir beabsichtigten Zeugniß-Ablegens, Bekennens und Ermahnens durch die ganze Evangelische Kirche an die Gesammtkirche, des feyerlichen Kniebeugens vor der Ehre des Menschgewordenen Ewigen Wortes wird ein jammervolles Aergerniß mehr zu Tage kommen und Christi Kirche betrüben. Denken Sie an mich, wenn das geschieht. Ich sage es heut, am 6. October 54, voraus.

Aber nun eine ernste Frage zu ernster Antwort. Wenn Sie, Josias Bunsen, dem Primas von Alt-England schreiben: „Alter Freund! Du weißt, welches Skandal vom Papst beabsichtigt wird. Zieht er nun dadurch (?) wirklich das Gericht (in dieser an Gerichten reichen Zeit) auf sein und seiner Kirche Haupt, was wirst Du thun? Nichts? Etwas? und wenn Etwas, kannst Du Dir ein Mittel denken, daß dies Etwas also geschehe, daß die Häupter der anderen Evangelischen Kirchen-Gemeinschaften wenigstens im bunten Teutschland, im ernsten Schottland, im lutherischen Norden, im reformirten Süden mit Dir gemeinsame Sache machten und Rom gegenüber eine imposante Masse bildeten? würde von solchem Act aus, wenn Du, alter Freund, ihn möglich glaubst, nicht ein neues Leben, ein neuer Glanz auf die Reformation geworfen werden, deren Folgen, unter der Leitung des HErrn der Kirche, unermeßlich ungeahndet seyn dürften"? — Wenn, frage ich Sie auf Ihr Gewissen, **Sie** auf diesem Wege den Gedanken anzuregen versuchen, wie kann „das Organ meiner Umgebungen", wie kann Stahls Conzilien-Narrheit (von der ich nie gehört), wie kann die Furcht, „das Ganze sey nichts, als ein Verrath an die Jesuiten, als ein Wink an sie de reculer pour mieux sauter", wie kann **dies**

grade und Anderes Aehnliches!!! dem Primas eine Veranlassung geben, die Sache von der Hand zu weisen? —!—??! Ja, wenn ich Sie gebeten hätte, den Primas zum Brochuren-Kriege in Vereinigung mit dem quatschen teutschen Protestantismus aufzufordern, dann würde ich begreifen, daß es Ihnen (in Ihrer Aufgeregtheit gegen alles, was unter meiner Herrschaft keimt und wird und werden will) so vorkommen könnte, es dürfte der Primas, nach einem Blick in die teutschen Abgründe, scheu werden. Wenn aber Bunsen seine Ansicht in wohlformirtem Satze, fragend an den Primas schreibt, so will ich meine Hände in's Feuer legen, daß er vielleicht um tausend anderer, **gewiß** aber **nicht** um der von Ihnen angeführten Bedenken willen seine Cooperation ablehnt. — Aber Sie wollen nicht. Und ich werde Sie nicht zu überreden trachten. Der HErr seegne Sie, theurer Bunsen, mit Seinem Frieden! Vale! F. W."

Postscriptum vom 8. October.

„Für den Fall, daß Strauß recht hat und Sie wirklich geneigt wären, eine Anknüpfung mit dem Primas zu versuchen, möge hier meine Ansicht „auf das Allerunmaßgeblichste" stehen. Erkennen wir (was nicht unmöglich), daß er uns gegenüber denkt, was der böse Geist an Gretchen sagt: „Die Hände dir zu reichen, schauert's dem Reinen" —, dann kein Wort mehr an den Primas. Wo nicht, fragt er Sie: „Zeigen Sie mir den Weg, ich kenn' ihn nicht — meine Kirche ist zu dähmlich dazu — aber zeigt ihn mir — versuchen will ich's", so sagen Sie ihm, er möchte Ihnen doch den Auftrag geben, die durch Stellung und Glaubensfreudigkeit und Muth ausgezeichnetsten Männer der teutschen, helvetischen und gallicanischen Kirchen der Reform zu fragen, ob sie sich, wenn der 8. December das große Aergerniß gebiehrt, zu London oder etwa im Haag vereinigen wollten, um die kurze Ansprache an die Gesammt-Kirche Christi auf Erden zu besprechen und eine Fassung vorzubereiten.

Siegt der Papst mit der Mehrheit, die er schon hat (und an deren Sieg unpartheyische Katholiken [wie z. B. Olfers] nicht zweifeln), so kommt dieser Generalcongreß auf das Christfest zusammen. Und auf das Osterfest (oder am Tage der Incarnation) ergeht die Ansprache und wird zuerst von allen Kanzeln der Reform verlesen. Den Brochuren-Krieg kann Niemand hindern. Er hört, nach Publication der Ansprache, aber auf, eine Gefahr zu seyn, wenn er auch,

was unvermeidlich, hie und da in Blamage ausartet. Die Kirche hat gesprochen. Ihr Dach ist breit, und mögen dann die Kläffer, die unter ihm wohnen, sich 'mal tüchtig beißen. Das reicht nicht an die Macht des Glockentones, der vom Gipfel des Baues her die Welt erfüllt. — Versuchen Sie selbst, mit oder ohne Hundeshagen, doch eine solche Ansprache aufzusetzen. Ich denke, daß Sie unter'm Schreiben brünstige Liebe zur Sache gewinnen werden. Das Eine aber, was Noth, höchste Noth thut, zu vermeiden, ist, daß **mein Name nimmermehr** genannt werde. Vale!"

Je ernstlicher sich der König vorbehielt, daß sein Name nicht genannt werde, um so peinlicher berührte es ihn, als er kurz darauf vernahm, daß man in England von seinen Ideen ganz offen rede. Bunsen wußte den König zu überzeugen, daß das doch nicht durch seine Indiscretion geschehen sei. Er schrieb gegen das neue römische Dogma; aber die gemeinsame Demonstration aller Evangelischen blieb ein idealistischer Traum des Königs. Die Organe versagten ihm, auf die er am meisten rechnete; konnte er es doch in der eigenen Landeskirche zu keinem Verständniß bringen. Unter allen Differenzen, deren der Oberkirchenrath nicht Meister werden konnte, dachte er nochmals eine General-Synode zu berufen, in der Erwartung, daß den beiden entgegengesetzten Gewalten gegenüber, dem Papstthum auf der einen, dem ungläubigen Radicalismus auf der anderen Seite, die Nothwendigkeit einer Vereinbarung in dem protestantischen Deutschland allgemein empfunden werden würde. Auch dabei hielt er die Mitwirkung Bunsens, den er nun einmal in Dingen dieser Art nicht entbehren konnte, für wünschenswürdig. Aus den Mittheilungen, die er ihm machte, lernen wir die Zwecke kennen, die er zunächst im Auge hatte; zugleich aber treten seine allgemeinen Absichten für die Kirche, fast identisch mit den früher geäußerten, nochmals hervor[1]).

„Zum Schluß eine (etwas besorgte) Frage: „Werden Sie sich zu einer Generalsynode, Ende des Frühjahrs — so Gott will! einberufen lassen?" — Ich lege den höchsten, nein, den allerhöchsten Werth darauf, daß Sie es thun. Beruhigen Sie mich bald darüber; ich **bitte** auf das Allerangelegentlichste darum. Sie sollen schon heut wissen, was ich gedenke der Synode vorzulegen.

1) Schreiben des Königs vom 28. Februar 1855.

1) Die Wieder-Anerkennung und Einführung des apostolischen Diaconats als gewohntes Kirchen-Amt in der Preußischen Landeskirche; 2) die Frage: welche Ehen Geschiedener dürfen nicht, können und müssen durch Geistliche von der Kirche zusammengegeben werden[1]); 3) die Folge der Stücke des Sonn-, Fest- und Communionstages-Gottesdienstes, als Band der Union unserer Kirche.

Ich hoffe, theuerster Freund, das alles macht Ihnen alleredelsten Appetit, und Sie sehen gewiß, ja nothwendigerweise ein, daß Sie dabei in optima forma **unentbehrlich** sind. In dieser schönen zuversichtlichen Hoffnung umarm' ich Sie mit den süßen Worten: Auf Wiedersehen! Friedrich Wilhelm."

Bellevue, 10. Juni 1855.

„Mein theuerster Bunsen! Ich bin durch zweimalige An- und Rückfälle des kalten Fiebers und durch das fortdauernde europäische Fieber leider seit mehr denn Monatsfrist abgehalten worden, Ihnen die Beylage zum Gutachten zuzusenden. Es ist dies einmal die Antwort des Ober-Kirchen-Rathes auf meine Zumuthung, eine Generalsynode mit bestimmt festgesetzten Berathungspunkten (wie Sie dieselben durch mich selbst wissen) im Laufe des Jahres abzuhalten. Der Rath, den ich von Ihnen verlange, ist nicht sowohl eine Beurtheilung der Antwort. Ich sehe voraus, daß Ihnen dieselbe mehr zusagt, maaßen Sie eine ganz theologische General-Synode im Kopf haben, die allerdings weder ich, noch meine Behörde so aus dem Aermel schütteln können. Ich melde Ihnen auch, daß ich auf den „General-Superintendenten-Tag" im October mit einigen freyeren Zuthaten eingehe, frage Sie nun aber, **wie** Sie glauben, daß mit diesem „Priester-Tage" eine Berathung über Einsetzung von Synoden und General-Synoden und ihre gegenseitige Handreichung und die Anbahnung einer apostolischen Kirchen-Gestaltung verbunden werden könnte.

Indem ich um Antwort bitte, bekenne ich Ihnen, theuerster Bunsen, daß meine Ansichten seit 39 stereotyp geblieben sind (ich

---

1) Der Anarchie in diesem Puncte gedenkt W. Hoffmann: Deutschland einst und jetzt im Lichte des Reiches Gottes, S. 506.

hoffe) nicht aus Eigensinn, gewiß aber hauptsächlich darum, weil in den Berathungen, die ich darüber in weiteren offiziellen, sowie in engen, weniger oder gar nicht offiziellen Kreisen sehr ernst und lebendig geführt habe, mir gradezu — **nichts** Erträgliches, nichts, was Hand und Fuß hatte, am wenigsten, was von Kopf zeugte, entgegengetreten ist. Ueberall sah, unter Rosen und Lilien und honigsüßem Lobe, aus Verständniß! sowie aus Mißverständniß (was leichter zu tragen ist) nichts, als das Nein hervor — ein priesterliches und priesterliebendes Nein, mit dem Grund-Ton: „Was fällt diesen Layen ein, sich um Dinge zu bekümmern, über die wir einig sind uns nun einmal **nicht bekümmern zu wollen** — apage!“ —

So aber geht das nicht fort, Theuerster. Wollen Sie mir auch nicht helfen, so helfen Sie doch der Kirche, die vielleicht in dieser Epoche und namentlich in Preußischen Landen empfänglicher für alles das ist, als sie es — ich weiß, was ich sage — seit der Reformation gewesen ist. Nur die Priester zagen und verstopfen ihre Ohren. Darum als letzte Nutz-Anwendung des Gesagten: Folgen Sie um Gottes willen meinem Rufe, wenn er im Herbst an Sie ergehen sollte, um „Einer der Layen“ zu seyn, die ich den Herren Generalsuperintendenten in nicht zu geringer Zahl zu gesellen gedenke. Bethmann-Hollweg erhält auch den Ruf. Wollen Sie sich beyde bis dahin zu verständigen suchen, so thun Sie es im Namen des HErrn, „des Lebendigen und Sehenden.“ Wie erquicklich der Name klingt! labend wie der Trunk Ismaels aus dem gezeigten Quell.

Auf die Gefahr hin, Ihnen mehr, als Bekanntes, zu wiederholen, sag' ich Ihnen, worin meine stereotypen Kirchen-Gestaltungsansichten bestehen.

1) Umgestaltung unserer Superintendenturen in Kirchen (Ecclesiae), so daß die Pfarrer die Unter-Abtheilung einer solchen Einheit sind. 2) Ein apostolischer (apostolisch-consecrirter) Aufseher, Haupt und Einheitspunkt an der Spitze jeder solchen Einzel-Kirche. 3) Wiederherstellung der beyden unzweifelhaft apostolischen Ordnungen der Kirche: Aelteste und Diener. 4) Multiplication der **Aemter** innerhalb jeder **Ordnung.** Also in der Aeltesten-Ordnung vom Bischof, Parochus und Prediger herab bis zum Missionar und anderen Send- und Congregazions-Aeltesten. — In der Diener-Ordnung aber von den wirklichen Armen-Pflegern jeder Kirche hinab durch Kranken-Pfleger und -Pflegerinnen

bis zu Mitgliedern von Erziehungs- und Missions-Anstalten, bis zu Commissions- und Schul-Mitgliedern und Send-Dienern. Mit einem Wort, Anwendung dieser miraculosen Ordnung auf all die Zwecke, um deretwillen die Römische Kirche „thätige **Orden**" gebraucht hat. Endlich 5) an jeder Kirche ein Regiment mit und unter dem Bischof, bestehend aus allen ordentlichen Pfarrern. 6) In jeder Kirche eine Synode, aus Layen und Kirchen-Beamteten bestehend, vor welche wichtige Fragen des Kirchen-Regiments, wenn sie die äußere Erscheinung betreffen, gebracht werden. Unter Layen aber verstehe ich alle Vorsteher selbständiger Familien, die sich zu Kirche, Sacrament und Haus-Gottesdienst halten und sonst unsträflich vor dem Publikum wandeln.

Hier endet die eigentliche und wirkliche Gestaltung der Kirche, das Nicht-Zufällige, sondern durch die heylige Schrift und älteste Geschichte Gegebene. Ich nenne das daher gerne in meiner evangelischen Sprache „die Hierarchie". Was darüber hinausgeht, ist nicht apostolische Gestaltung, sondern entweder geographisches Arrangement oder obrigkeitliche Anordnung. Sie kennen meine Privat-Ansichten über das Kirchen-**Verfassungs**-Wesen, den Gegensatz zum ursprünglich Gegebenen und daher wesentlich Kirchlichen (zum Heyligen, **weil** ursprünglich Gegebenen). — Ich fürchte, theuerster Freund, daß in unseren kirchlichen Ansichten, bei vieler factischer Uebereinstimmung, ein Grundunterschied, und zwar in der Basirung des ganzen Gebäudes waltet. Sie wollen die Kirche frisch von unten bauen und ziehen aus unserer „evangelischen Freyheit" die Berechtigung dazu. Ich sage fest ohne Wanken meine Ueberzeugung, „daß die Kirche gebaut ist, daher kein Christ das Recht hat, einen andern Bau zu fördern, **als** den gegebenen. In den alten Kirchen ist der Bau dergestalt mit Menschenwerk beklext und unkenntlich gemacht, daß er mit dem der Lateranen Basilik zu vergleichen ist (wo alles Ursprüngliche darin steckt und nicht verhindern kann, daß die Kirche wie ein Betsaal aussieht). Wir Evangelische haben entweder eine Hütte neben der eklig gewordenen Kirche construirt oder das alte Gebäude conservirt, den Schmuck herausgeworfen und sinnlose Einbauten gemacht. Ich sage, „wollen" „wir" „leben", so müssen wir zuerst hinein, dann die Verunstaltung hinauswerfen und, auf des HErrn feste Zusage, den alten Bau zu Tage fördern. Der HErr sorgt dann wahrhaftig und gewiß dafür, daß das, was der Glaube ursprünglich gebaut und derselbe Glaube wieder zu

Tage fördert, nicht vor Alter zusammenbricht, sondern wie eine unterdrückte und befreyte Pflanze wachse und gedeihe. Dixi et salvavi animam meam."

Dem Könige lag weniger an einer allgemeinen Bestimmung über das Kirchenregiment, als an der Befolgung des apostolischen Vorbildes in den Verfassungen der einzelnen Kirchengenossenschaften, nicht ohne Herbeiziehung der Laien, und in der Durchführung des Diaconats in Armenpflege und Schule. Sein sehnlichster Wunsch war, die Population wieder mit christlichem Leben und Glauben zu durchdringen. Das ist das Wesentliche der Entwürfe, in denen er gleichsam ein kirchliches Testament für die Nachwelt hinterließ.

Bunsen bediente sich auch in späterer Zeit seines alten Vorrechts, über wissenschaftliche Angelegenheiten dem Könige seine Ansichten vorzulegen, z. B. über die Reise der Brüder Schlagintweit, wobei er wohl einmal den König bittet, Humboldt von seiner das Rechnungswesen der Reisenden betreffenden Aeußerung nichts wissen zu lassen. Er ist ein systematischer Gegner des Ministeriums Raumer, dem er Vernachlässigung verdienter Männer und Abhängigkeit von zelotischen Eiferern vorwirft. In die damaligen Vorgänge mischt er sich sehr eingehend. Unerwartet und sehr bedeutsam erscheint er noch einmal bei der Versammlung der evangelischen Allianz. Der König wünschte auch Bunsen dabei zu sehen. In einem warmen Schreiben voll alter Freundschaft fordert er ihn auf, daran Theil zu nehmen, um der Sache willen, die ihm über jeden Ausdruck am Herzen liege, „um Ihres Ruhmes willen, um meiner selbst willen".

„Sie müssen sich einmal wieder außerhalb des (bedenklich werdenden) engen[1]) Kreises zeigen, in dem Sie jetzt ausschließlich leben!!! Sie müssen frische Lebensluft athmen, Luft von dem Leben, das allein Leben ist, weil es das einige Leben ist, indem es vom einigen Quell des Lebens ausgeht.

Sie müssen das Leben **da** athmen, wo eine noch unerhört große Masse freudigster Bekenner zusammenkommt, da, wo es fast sicher erscheint, daß sich eine neue Zukunft der ganzen Kirche und des evangelischen Bekenntnisses vorbereitet. Sie müssen (schon

1) So im Original. Das Schreiben ist vom 5. September 1857 und im Leben Bunsens III. S. 486 bereits abgedruckt.

allein) durch Ihr Erscheinen den bösen Leumund tödten, der sich in echt teutscher (in specie nordteutscher) Beschränktheit gegen Sie zu erheben beginnt und der heyligen Sache der Kirche zu schaden beginnt.

Nehmen Sie von mir als einem alten und treuen Freunde es an, daß er selbst Ihre Herreise bestreite und Ihnen im Berliner Schloß Wohnung und Unterhalt als Gastfreund gebe!"

Bunsen erfreute sich überhaupt der altgewohnten Gunst. Es kam noch ein paar Mal zu Gesprächen von tiefer Vertraulichkeit über den inneren Ausbau der evangelischen Kirche. Der König schickte ihm Aufsätze aus der früheren Zeit über die Gestaltung der Landeskirche, um darüber mit ihm in Gegenwart eines angesehenen Geistlichen zu sprechen. Der Brief, mit dem er diese Sendung begleitete, ist vom 30. September 1857; in den Schriftzügen und selbst in der Satzfügung trägt er bereits Zeichen der Hinfälligkeit. Die Lebenskraft des Königs war damals bereits gebrochen.

Einen gewissen Antheil daran hatte ohne Zweifel die Entwickelung der Neuenburger Angelegenheit.

Noch hatte der König seinen Anspruch auf Neuenburg keineswegs aufgegeben; alle seine dynastischen und religiösen Gefühle hielten ihn dabei fest. Die Lage der Welt war jetzt eine solche geworden, daß er die Mitwirkung der großen Mächte zur Restauration nicht erwarten durfte; aber die Getreuen von Neuenburg wollten sich nicht fügen. Auf ihre Klagen in Berlin hatte man ihnen wohl geantwortet, daß sie ihre Treue noch nicht thatsächlich erwiesen hätten. Im Jahre 1856 schritten sie zu einer Schilderhebung, die diesen Beweis vollständig enthielt. Sie meinten, stark genug zu sein, um die Unabhängigkeit des Cantons der Einheitsbewegung der Schweiz gegenüber zu behaupten. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sie in directem Einverständniß mit der Regierung des Königs handelten; aber gewiß hätte diese nicht allein nicht conniviren, sondern sich mit allem Nachdruck dagegensetzen sollen. Denn sie konnte voraussehen, was dann gefolgt ist. Das Unternehmen scheiterte; die Gefangenschaft, in welche die vornehmsten Führer geriethen, die Unbilden, die sie dabei erfuhren, schienen den König zu verpflichten, sich ihrer mit Anwendung der Waffen anzunehmen; die damalige Landesvertretung war sehr gewillt, dazu die Hand zu bieten. Das Wort der Zustimmung zu der königlichen Aufforderung rollte wie ein Pelotonfeuer durch den Saal. Allein unmöglich konnte man doch wegen Neufchatels einen

Krieg unternehmen, der ein allgemeiner zu werden gedroht hätte. Das Gefühl mancher der wirksamsten Staatsmänner in Preußen war der Ansicht der englischen analog, daß die Politik des Staates durch die Verbindung mit Neufchatel eher gehemmt als gefördert werde. Aber in der Schweiz wollte man die Befreiung der Gefangenen nur unter der Bedingung bewilligen, daß der König auf sein fürstliches Anrecht auf Neuenburg Verzicht leiste. Nach und nach wurde er inne, daß er sich der Nothwendigkeit fügen müsse. Es ist während der letzten Anwesenheit des Königs in Marienbad im Juli 1857 gewesen, daß er seine Unterthanen von Neuenburg des ihm geleisteten Eides der Treue entband. Was er dabei empfunden hat, läßt sich ermessen. Es erfüllte seine Seele mit bitterem Schmerze. Von Marienbad kommend, verrieth er eine ungewöhnliche Aufregung. Bald darauf erreichte ihn ein erster Anfall seiner Krankheit. Noch meinte er, sie überwinden zu können, als sie ihn mit einem heftigen Schlage niederwarf, der zwar noch nicht seinem Leben, aber doch seiner Regierung ein Ende machte.

Schlußbetrachtung.

Unter den weltbeherrschenden Gewalten erscheint König Friedrich Wilhelm IV. in einer großartig eigenthümlichen Haltung und Sinnesweise, die wir wohl nicht versäumen dürfen in ihren Grundzügen und allgemeinsten Beziehungen möglichst objectiv zu vergegenwärtigen.

Die Gemeinschaft der gesammten Christenheit umfaßte er von einem freieren Standpunct aus, als der römische Papst: die lateinische und die griechische Kirche betrachtete er als gleichberechtigte Glieder derselben, ebenso auch die protestantischen Kirchen; der Episcopalismus der Engländer, die unabhängigen kirchlichen Bildungen Nordamerikas, die Lutheraner und Calvinisten des europäischen Continents, vornehmlich in Deutschland, getrennt oder unirt, galten ihm als Bestandtheile einer einzigen zusammengehörigen Genossenschaft. In dem Glauben der Evangelischen, welcher die durch nationale Irrungen oder vorübergehende Zeitereignisse herbeigeführten Zufälligkeiten abgestreift hat, erblickte er den reinsten Ausdruck des Gedankens des göttlichen Stifters, in dessen Wesen er sich mit gläubiger Inbrunst vertiefte. Denn über seiner umfassenden Weltanschauung ging ihm das Mysterium des menschgewordenen Wortes nicht verloren. Er gestattete mancherlei Formen; auch die quäkerischen fanden seine herzliche Anerkennung; nur da hörte diese auf, wo der lebendige Gott nicht mehr unmittelbar angebetet und das ewige Heil aus den Augen gesetzt wurde. Von den evangelischen Grundlehren, die auf diesem Moment beruhen, durchdrungen, von ganzer Seele bibelgläubig, gab er doch keinem Hasse weder gegen Griechen noch gegen die Katholiken Raum; nur die Uebertreibungen des Papismus, die damals emportauchten, zunächst in dem Cultus der Jungfrau, erweckten seine Antipathie.

Die politische Gesinnung des Königs wurzelt in dem Kampfe gegen den ersten französischen Imperator, von dessen unterdrückender Obergewalt sich Preußen in Verbindung mit den übrigen europäischen Mächten losgerissen hatte, und der dann der allgemeinen Anstrengung, die in Preußen am stärksten und populärsten auftrat, unterlegen war. In dem Imperator haßte der König nicht sowohl die Person, als den Vertreter des revolutionären Princips, welches, indem es alle bestehenden historisch erwachsenen Ordnungen vernichtet, der Usurpation und Gewaltsamkeit Thür und Thor geöffnet habe. Die Legitimität hatte für ihn einen noch außerhalb seines Rechtes liegenden Werth darin, daß sie zu dem Widerstande den Mittelpunct gebildet und die Völkerkräfte um sich vereinigt hatte. Er hielt für nothwendig, an den alten Ordnungen festzuhalten, die bei der Entstehung der abendländischen Staaten begründet worden waren, sich in den mannigfaltigsten Abwandelungen fortgebildet hatten und noch weiterer Fortbildung fähig schienen. Den vornehmsten Ausdruck derselben sah er in dem deutschen Reich, dessen Idee er selbst in dem Zerfall der Einheit erkannte und festhielt; er schloß sich ihr mit Hingebung an; ein vereinigtes und kampfgerüstetes Deutschland bildete sein Ideal, zumal auch Preußen darin fast die vornehmste Rolle spielen mußte. Wie der Umfang seines Gebietes und des deutschen Bundes überhaupt in Folge des großen Kampfes bestimmt worden war, so wollte er denselben behaupten, im Verein mit den verbündeten Mächten, nicht selten wieder im Gegensatz gegen die revolutionären Gewalten.

Denn kaum war der Imperator gefallen, so regten sich die Tendenzen, die derselbe im Großen und Ganzen theilte, aber im Einzelnen niederzuhalten verstand, in freier Bewegung, gereizt durch die Mängel der versuchten Restauration, und erweckten allenthalben die Analogien, die sie durch ihre lange und glückliche Action hervorgebracht hatten. Rußland und England wurden davon nicht unmittelbar betroffen; das erste machte den Versuch, sich gegen die Bewegung zu verschließen und sie, wie einen äußeren Feind, abzuwehren; England wollte, durch die doppelseitige Natur seiner Verfassung bewogen, sich neutral dazu verhalten.

Der neue Kampf vollzog sich in dem continentalen romanisch-germanischen Europa. Da trat in den restaurirten romanischen Ländern eine weit verbreitete revolutionäre Bewegung ein, die durch das Ereigniß von 1830 das allgemeine Uebergewicht und einen unermeßlichen Einfluß auf Deutschland erlangte.

Oesterreich und Preußen nahmen dagegen abweichende Stellungen. Das erste, in seinen europäischen Verhältnissen bedroht, hielt sich folgerichtig auf dem Wege des absoluten Widerstandes, für den es auch sein altes Ansehen in Deutschland verwendete.

Der Zweck der preußischen Regierung, vor allem Friedrich Wilhelms IV., war dagegen, die alten Institutionen in einem den Forderungen der Zeit gemäßen Sinne auszubauen, so daß kein Antrieb übrig bleibe, durch welchen das Land nach der anderen Seite hin getrieben würde. Mit den liberalen Ideen, die ja in dem preußischen Staat, namentlich durch die Städteordnung und die Gesetzgebung über das Landeigenthum, Eingang gewonnen hatten, würde sich der König in verwandter Form vielleicht verständigt haben; aber in ihrem Gefolge trat noch eine andere Bewegung auf, die ihm allgemeines Verderben zu enthalten schien: die des Radicalismus und Socialismus, welche der gesammten gesellschaftlichen Ordnung den Boden unter den Füßen zu entreißen drohte, — und deren Anhänger alle Offenbarung und selbst den Glauben an den lebendigen Gott von sich warfen. Diesen zu widerstehen, hielt er für seine vornehmste Pflicht als Fürst, als Christ wie als Mensch; er verwarf das liberale System, weil er keine greifbare Grenze zwischen den Grundbegriffen der Liberalen und Radicalen entdecken konnte; in der Verbindung von beiden sah er die Gefahr der gebildeten Welt.

Indem Friedrich Wilhelm IV. diesen Elementen ein unüberwindliches Bollwerk entgegenzusetzen beschäftigt war, wurde er von ihnen überrascht und mußte ihnen weichen.

Seine Regierung wird durch den 18. März in zwei verschiedene Perioden geschieden, in denen er doch die Identität seiner Gesinnung bewahrte.

Denn auch in der zweiten blieb er weit entfernt, den revolutionären Tendenzen, die so häufig den constitutionellen Formen verbunden sind, nachzugeben. Er hätte sonst einfach die belgische Verfassung herübergenommen und sich den Anschauungen der Frankfurter Versammlung angeschlossen.

Daß er es nicht that, kann als die vornehmste Handlung, wenigstens als die nachwirkendste seines Lebens betrachtet werden.

Nach beiden Seiten hin erhielt er das Selbst des preußischen Staates. In der Verfassung behauptete er den Nerv des monarchischen Princips; in Bezug auf das deutsche Reich bezwang er seinen Ehrgeiz und ließ sich nicht durch den geheimen Wunsch seines Herzens

dazu verführen, das Princip zu verleugnen, welches er bekannt und auf seine Fahne geschrieben hatte.

Dazu gehörte ein Mann von der idealen und doch strengen, der im Einzelnen biegsamen und im Ganzen festen Gesinnung, von der geistvollen, aber in die Institutionen und das Leben alter Zeit versenkten Weltauffassung, die ihm eigen waren. Eine Ueberzeugung von einer Nachhaltigkeit und Tiefe, wie sie ihm innewohnte, war erforderlich, um die conservativen Grundsätze, die aus einer großen Vergangenheit stammten, nicht untergehen zu lassen für Zukunft und Welt.

Dabei ist nun aber nicht zu verkennen, daß zwischen seinen Ideen und ihrer praktischen Durchführung, bei den ganz veränderten Umständen ein weiter Abstand eintrat; sein nach vielen Richtungen hin anstrebender Geist bildete eine neue Schwierigkeit für die Verwaltung. Mit der verdienstvollen Bureaukratie, die er vor sich fand, konnte er sich nie verständigen, da er sie unaufhörlich nach einem Sinne lenken wollte, der nicht der ihre war. Dieser Widerstreit gab seiner Regierung den Charakter der Unsicherheit und des Schwankens; aber die Entwickelung der inneren Lebenskräfte hat dabei nicht gelitten.

Wenn man sich des Zustandes erinnert, in welchem er die Regierung übernommen hatte, — mit patriarchalischer Fürsorge waltend, aber zugleich trocken und einseitig gebieterisch, — wie war unter ihm Alles so ganz verändert, von Leben und eigener Regsamkeit erfüllt, freilich nicht ohne tiefe Gährung!

In der Politik kann man überhaupt zwei Directionen unterscheiden: das Ergreifen der beherrschenden Ideen und die Verwaltung der laufenden Geschäfte. Glücklich der Regent, für den beide zusammenfallen und ein einziges Ganze bilden!

An Friedrich Wilhelm IV. tadelten die Mitlebenden, daß er die jeweiligen Zeitumstände nicht entschlossen genug benutze, so daß er mit alle den Mitteln, über die er verfügen könne, doch nichts ausrichte; seine auf Zustände der Vergangenheit begründete Doctrin hindere ihn, in die Fragen des Tages energisch einzugreifen, und gebe seiner Thätigkeit selbst eine falsche Richtung; sein stetes Schwanken mache jeden Erfolg unmöglich und entziehe ihm das allgemeine Vertrauen. Und so mag es scheinen, wenn man die Verhandlungen, soweit sie bekannt wurden, in ihren Einzelheiten auffaßt und danach urtheilt. Der Briefwechsel aber, von dem wir einen Auszug mitge-

theilt haben, und der sich in die Höhe der maßgebenden Gedanken erhebt, führt doch zu einer anderen Ansicht.

In der Mitte der mit einander ringenden Weltkräfte, die einander das Gleichgewicht hielten, war für den preußischen Staat eine neutrale Politik geboten, nicht eigentlich um das Gleichgewicht zu erhalten, sondern vor allem um sich selbst zu behaupten. Erwägungen von religiös-moralischem Inhalt über Recht und Unrecht der streitenden Parteien oder Staatsgewalten übten Einfluß auf die Entschließungen Friedrich Wilhelms. Aber überdies hatte er jeden Augenblick das lebendigste Bewußtsein seiner eigenen Stellung, die ihm Rücksichten und selbst Nachgiebigkeiten auferlegte. Und immer schwebte ihm die Bedeutung des Momentes für die Zukunft vor Augen. Die Welt sah in seinem Verhalten häufig charakterlose Oscillation und Unentschlossenheit, nicht die dabei doch immer vorwaltende einheitliche Direction. Heutzutage aber ist es möglich, den Blick über den momentanen Eindruck hinaus auf das Constante in der Politik des Königs zu richten. Dann treten doch, wenn wir uns nicht täuschen, die Wirkungen derselben für den preußischen Staat und Deutschland als überaus bedeutend hervor: der heutige Zustand beruht großentheils darauf.

Ein unendlich wichtiger Schritt war es doch, daß er die absolute Monarchie, wie er sie von seinen Vorfahren überkommen, mit einer ständischen und deliberativen Institution in Verbindung brachte, die, wie sie sich auch entwickeln mochte, allemal der monarchischen Gewalt Schranken gezogen haben würde. Er kam damit nicht zu dem Ziele, das ihm vorschwebte: die liberalen und selbst die demokratischen Ideen gewannen die Oberhand. Dann war es seine vornehmste Absicht, in der neuen Verfassung die wesentlichen Bedingungen der Monarchie zu retten. Ihm vor allem gehören die Bestimmungen der Verfassung an, die das finanzielle Bestehen des preußischen Staates von der Fluctuation der Parteien und dem jeweiligen Uebergewicht der Opposition unabhängig machen; dem Königthum hat er seine unmittelbare Autorität über das Heerwesen gesichert: man darf darin wohl die beiden Grundpfeiler der Monarchie in dem constitutionellen Preußen erkennen.

Indem Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone unter den Bedingungen und Umständen, unter denen sie ihm angeboten wurde, ablehnte, hat er doch die Erwerbung derselben in anderen Formen unter einer veränderten Weltlage möglich erhalten und selbst angebahnt. Sein Grundgedanke, einen Bundesstaat zu Stande zu bringen,

unabhängig von Oesterreich, aber nicht feindselig gegen diese Macht, hat sich nach den großen Kämpfen, die seitdem ausgefochten worden sind, zuletzt realisirt. Er beherrscht gegenwärtig die Situation von Deutschland und Europa.

Mit dem zweiten französischen Imperator in unmittelbaren Hader zu gerathen, vermied Friedrich Wilhelm IV. sorgfältig und rücksichtsvoll; aber in dem Auftreten desselben auf den Grund der revolutionären und militärischen Erinnerungen, in den inneren Trieben der Dinge, von denen die Macht des Gebieters sich herschrieb, und die ihn fortreißen konnten, selbst ohne seinen Willen, erblickte er eine Gefahr für den territorialen Bestand von Europa und Deutschland, vor allem auch des preußischen Staates. In der Voraussicht eines bevorstehenden Kampfes suchte er ein der alten Bundesgenossenschaft entsprechendes Verhältniß zu Rußland aufrecht zu erhalten. Das Verdienst, das er sich in einem gefährlichen Augenblick um dieses Reich erwarb, hat für den preußischen Staat, als es zu dem vorausgesehenen Angriffe kam, segensreiche Frucht getragen.

Sein ganzes Leben hindurch ist Friedrich Wilhelm bemüht gewesen, in freundschaftlicher Verbindung mit England zu stehen, ohne sich von vorübergehenden Wechselfällen in der Politik der verschiedenen Ministerien zurückstoßen oder fortreißen zu lassen. In einer glücklichen dynastischen Verbindung hat dies Bestreben seinen Abschluß gefunden; es hat zu einem besseren Verständniß der Nationen und Regierungen geführt.

Mit alledem gelangte Friedrich Wilhelm IV. noch nicht in eine feste und gesicherte politische Lage.

Nach jener Abkunft von Olmütz gestaltete sich das Verhältniß zu Oesterreich in dem wiederhergestellten Bunde unerträglich für Preußen und Deutschland. Sollte das Ziel erreicht werden, das Friedrich Wilhelm IV. angestrebt hatte, die Errichtung und Leitung eines Bundesstaates, so mußte man den vorwaltenden Meinungen einen Schritt näher treten; denn sie hatten doch auch ihrerseits eine historische Berechtigung und waren zu tief gewurzelt und zu mächtig, um ihnen nicht Rechnung zu tragen; überdies mußte man sich entschließen, mit Oesterreich zu brechen.

Wenn wir recht unterrichtet sind, so war der König am Ende seiner Tage dazu geneigt. Er hatte Alles versucht, um mit Oesterreich Hand in Hand zu gehen, aber vergeblich. Für jenen Entwurf zu einer Expedition nach der Schweiz versagte Oesterreich seine Zustimmung, wenn sie auch nicht weiter gehe, als zur Herstellung des

preußischen Königshauses in Neuenburg. In den deutschen Angelegenheiten kam es so weit, daß der König in Wien erklären ließ, seine Nachgiebigkeit habe ihre Grenzen: wenn Oesterreichs Verhalten mit der Pflicht collidire, die er als König von Preußen für Deutschland habe, so werde er nicht weichen. Er hat das bedeutungsvolle Wort ausgesprochen: es könne wohl geschehen, daß die beiden Mächte am weißen Berge — er zielt auf jene Schlacht von 1620 — noch einmal ihre Kräfte messen würden. Seine Reise nach Wien im Jahre 1857 war darauf berechnet, die Zwistigkeiten zu beseitigen. Es gehörte zu den schmerzlichen Eindrücken seiner letzten Tage, daß er das unmöglich fand. Männer, die ihm nahe standen, versichern, er habe sich ernstlich mit dem Gedanken beschäftigt, den Kampf aufzunehmen. Ihm war es jedoch nicht beschieden, den alten Antagonismus, dessen Ausbruch er noch zurückgehalten hatte, zur Entscheidung zu bringen; denn nur einen Moment in der Geschichte bildet ein einzelnes Leben.

III.

Politische Denkschriften

aus den Jahren

1848—1851.

Bestimmt für König Friedrich Wilhelm IV.

gerichtet an dessen Flügeladjutanten

Edwin Freiherrn von Manteuffel.

Bisher ungedruckt.

1.

Mitte Mai 1848.

Um die Lage des Augenblickes zu fassen, muß man sich über das Zunächst-Vergangene verständigen.

1. Das Pariser Ereigniß vom 24. Februar ist nicht als ein rein französisches anzusehen, sondern als ein allgemein europäisches.

Als die Minderheit der französischen Kammern sich den Beschlüssen der Mehrheit nicht mehr unterwerfen wollte und die Nationalgarde nach Reform schrie, erhob sich in der Mitte der entzweiten Gewalten ein drittes Element. Es bestand hauptsächlich in einer Verbindung der Ausgewanderten aller Nationen, der einheimischen und fremden Handarbeiter und einiger literarischer Männer, welche den mit dem Julithrone verbündeten dritten Stand schon längst bekämpft und die Antipathie gegen die Republik in der allgemeinen Ueberzeugung beseitigt hatte. Was Niemand für möglich gehalten hätte: diese erfochten den Sieg, und die Republik ward ausgerufen.

2. Die allgemeine Erschütterung der Lage von Europa, die hierdurch entstand, erweckte zunächst die Thätigkeit des oberdeutschen, in dem durch und durch revolutionirten Gebiete durch die Einmüthigkeit der Presse zur Herrschaft über die Gemüther erhobenen Liberalismus. Vor sich sah er nur Schwäche, Unentschlossenheit, Zweifel an sich selbst. Er warf alles um, was ihm in den Landeseinrichtungen noch zuwider war, und bemächtigte sich, da das Wort Republik die Erinnerung an die alten Gefahren erweckte, gleich der großen Idee der Einheit von Deutschland, die er auf liberale Principien zu gründen dachte. Ein System, das in Frankreich eben gestürzt worden, das constitutionelle, suchte man in Deutschland in weitester Ausdehnung

aufzurichten. Dieses System schien dazu bestimmt zu sein, alle Angriffe von Außen abzuwehren, alle innere Verwirrung zu dämpfen.

3. Nun war Preußen so eben auf das lebendigste mit der Regeneration der deutschen Bundesverfassung beschäftigt. Es kam hinzu, daß die Berathungen des vereinigten Landtages bisher nur Verlegenheiten bereitet und zur Verbindung mit Deutschland nichts beigetragen hatten, außer insofern liberale Principien im Schooße desselben proclamirt worden waren. Es läßt sich begreifen, wenn im Angesicht der sich verbreitenden Weltbewegungen der Gedanke sich Platz machte, vollkommen auf die liberale Bahn einzulenken, dadurch jede Scheidewand zu brechen, die noch von dem südwestlichen Deutschland trennte, und an die Spitze der Vertheidigung gegen das Ausland zu treten.

4. Dahin aber, dies zu befördern, war die Meinung der in Paris siegreich gebliebenen republikanischen Partei nicht gegangen. Auch nahm sie diesmal nicht einen Anlauf gegen die deutsche Grenze, sondern sie faßte unmittelbar die beiden kräftigsten Staaten, die ihr, wie an sich selbst, so besonders durch ihr Verhältniß zu Polen verhaßt waren, ins Auge.

Wien, das sich noch auf dem alten Standpunct zu erhalten suchte, und Berlin, das sich der Reform zuneigte, galten ihr vollkommen gleich; an beiden Orten kam ihr eine innere Mißstimmung entgegen. Sowie es ihr in Wien gelungen, stürzte sie sich unverzüglich auf Berlin. Jedermann weiß, daß Anstoß, Leitung und zum Theil die Mittel, durch welche das Ereigniß des 18. März vollzogen wurde, von Außen kamen. Man kann nicht sagen, daß der Angriff durch Gewalt der Waffen siegte; aber er behielt den Platz.

5. Noch ließ sich zweifeln, ob nun hier das constitutionelle oder das republikanische Princip im Vortheil sei. Das neu ernannte Ministerium gehörte ohne Zweifel der ersten Meinung an; aber, sei es Unbekanntschaft mit constitutionellen Dingen oder Verblendung: es nahm ein Wahlgesetz an, das der andern den mächtigsten Verbündeten schuf. Die Handwerker und Tagelöhner, in Stadt und Land, gelangten plötzlich zu einem Antheil an der Staatsgewalt, von dem sie keine Ahnung hatten, so daß sie durch ein Anschließen an die extreme Meinung eine Befreiung von allem dem hoffen konnten, wovon sie sich gedrückt fühlten, und vielleicht noch mehr.

6. Hierdurch ist für's Erste die liberale Tendenz mit sich selbst in Widerspruch gerathen.

Die Minister sind constitutionell: ihr Wahlgesetz eröffnet dem Radicalismus Thür und Thor. Ihre letzte Maßregel, seit dem

Landtage auch ihre erste, ist der Republik insofern förderlich, als sie in den Bürgern, welche sich bereits von den Arbeitern schieden, durch Erneuerung eines alten Irrwahns[1]) wieder Sympathien mit denselben hervorruft. Die Lage von Preußen wird dadurch um so verwirrter, als die constitutionellen Ideen noch keineswegs zur Alleinherrschaft gelangt sind, sondern der altpreußische Name und Staat noch die wärmsten Anhänger hat.

Drei Welten stehen einander gegenüber: die des alten Staates, zurückgedrängt, in sich geschwächt, aber mit nichten besiegt, — die constitutionelle, die jedoch erst zu einer Repräsentation gelangen will, — die radicale, welche die Begierden der Nichtsbesitzenden in den Kampf ruft, von energischen Naturen geführt wird und Alles zu wagen entschlossen ist.

2.

Anfang Juli 1848.

Nach der Wiederherstellung des historischen Europa durch den Fall der Napoleonischen Herrschaft hat der revolutionäre Geist drei Versuche gemacht, die aufgerichtete Ordnung wieder umzustürzen.

Der erste geschah im Jahre 1820. Es gährte damals allenthalben, und an vielen Stellen fühlte man den Boden erzittern; zum Ausbruch kam die Bewegung im südlichen Europa, wo ein veraltetes System in schroffen Formen und ohne wahre Kraft wiederhergestellt worden war. Wenngleich es in Italien sowohl wie in Spanien nur jener militärischen Promenaden bedurfte, deren man sich erinnert, um die Ruhe herzustellen, so hatte der Kampf der einmal aufgeregten Kräfte doch an einer anderen Stelle ein großes Resultat: er trug wesentlich zur Befreiung von Griechenland bei. Eine Ver-

1) Hierzu die Randbemerkung von Manteuffels Hand: „Rechtfertigung des Prinzen von Preußen."

bindung zwischen den Carbonari in Italien und der Hetäria in Griechenland ist nach den später bekannt gewordenen Documenten unleugbar. Bei der Haltung, welche die großen Mächte lange Zeit beobachteten, erschien die Errichtung eines neuen Königreiches immer als ein Sieg der Bewegung, den man nur deshalb weniger empfand, weil am Ende drei von ihnen an den letzten Festsetzungen darüber Theil nahmen.

Eben diese aber wurden bald darauf von dem zweiten Anlauf des revolutionären Geistes betroffen, der bei weitem stärker war als der erste. Der Angriff desselben richtete sich zunächst gegen den Mittelpunkt des ganzen Systems, gegen die Dynastie der älteren Bourbonen, deren Zurückführung das von allen Seiten, auch von Frankreich, als nothwendig erkannte Resultat der letzten Kriege gewesen war. Es war ein allgemeines Unglück, daß Karl X. keinen Begriff von der Stärke seiner Feinde hatte und sie nur immer aufreizte; ein Straßenauflauf reichte hin, seinen Thron umzuwerfen. Nie hatte man in England ein Ereigniß in einem fremden Lande freudiger begrüßt als die Julirevolution; eine analoge Bewegung erhob sich daselbst, die Alles befürchten ließ. Polen riß sich von Rußland los, so daß das östliche Europa in die größte Verwirrung gerieth. Zu gleicher Zeit regte sich Italien, die Schweiz ward revolutionirt, das vereinigte Niederland in zwei entgegengesetzte Königreiche auseinandergeworfen; die kleineren deutschen Staaten wurden mehr oder minder umgewandelt. Von allen Staaten Europas wurden nur Oesterreich und Preußen von dieser Bewegung nicht erschüttert, und es ist in frischer Erinnerung, wie viel dieselben zur Entscheidung in Polen und zur Beruhigung von Deutschland beigetragen haben. England fand Heilmittel in sich selbst; die Parlamentsreform, zu der es schritt, hat doch nicht eine so durchgreifende Wirksamkeit gehabt, als man Anfangs erwartete. Der Mann, der an die Spitze des auf's neue revolutionirten Frankreichs trat, sah sich bald mit einer noch weiter reichenden Bewegung in Kampf, was ihn nöthigte, nach Außen hin Frieden zu halten.

Zuletzt aber, und dies ist das Ereigniß unserer Tage, haben ihn diese Elemente in einer unvorhergesehenen Erhebung doch zu Boden geworfen; auch er übersah zuletzt ihre Macht und glaubte eine Monarchie, wie die Ludwigs XIV. gewesen war, wiewohl auf friedlichem Wege herstellen zu können. Wie man auch über seinen Fall urtheilen mag, das ist gewiß, daß die revolutionäre Bewegung dadurch einen neuen unermeßlichen Sieg davongetragen hat.

Vor allem ist es ihr gelungen, die beiden großen deutschen Staaten, die ihr 1830 widerstanden hatten, in ihren Grundfesten zu erschüttern und nicht allein aller Wirksamkeit nach Außen zu berauben, sondern auch im Innern einem Umsturze nahe zu bringen. Die Polen, die an der ganzen Bewegung den größten Antheil genommen, nehmen Rache für die Politik, die in dem letzten Kriege gegen sie befolgt worden war. In Italien war eine allgemeine Umwälzung so eben vorbereitet und konnte ohne weiteres vollzogen werden; in Deutschland war die revolutionäre Bewegung durch nichts mehr aufgehalten: ganz Mitteleuropa gerieth in einen anarchischen oder an Anarchie streifenden Zustand. Wenn man seine Augen erhebt, so sieht man das ganze Gebiet, welches einst Napoleon überwunden hatte, von revolutionären Convulsionen ergriffen. Man könnte eine Parallele ziehen zwischen den Siegen der Franzosen von 1792—1812 und dem Fortschritt ihrer Ideen von 1818—1848; denn giebt es nicht auch eine Invasion von fremden Ideen? Zuletzt ist es zu einem sehr ähnlichen Erfolge gekommen. Die Macht fehlt, die damals Alles in militärischen Banden hielt; die Grundgedanken der inneren Politik aber, aus denen diese Macht hervorging, sind um vieles weiter getrieben und um so populärer, je weniger sie gezügelt werden. Es läßt sich wohl voraussehen, daß es dabei sein Verbleiben nicht haben wird, namentlich da England und Rußland sich halten; aber zu wünschen wäre, daß man in Deutschland ihrer Hülfe nicht bedürfte, um den Verwirrungen eine Ende zu machen.

Hier, wo das Mutterland eines gesunden, mit den Interessen der Bevölkerung verbündeten Königthums ist, müßte auch ein Versuch gemacht werden, ein solches wiederherzustellen, wenngleich in etwas modificirten Formen, um die Anarchie selbständig, klug und kraftvoll zu bekämpfen. Von hier müßte eine wohlüberlegte, wohlvorbereitete Restauration ausgehen.

3.

Ende October 1848.

I. Ist eine constitutionelle Verfassung an sich anzurathen? —

In dem inneren Zustande des Landes giebt es zwei Gründe, die dafür sprechen. Der eine, daß das alte, in gewissen Perioden geistig bedeutende, immer nachhaltige und kräftige preußische Beamtenwesen, welches den Staat zusammenhielt, nicht mehr existirt. Die höchsten Organe der Regierung wissen nicht mehr, was Gehorsam ist, und können deshalb auch nach unten hin keinen Gehorsam mehr finden. — Der zweite Grund liegt darin, daß sich die Menschen nun einmal gewöhnt haben, das Leben des Staates nur in constitutionellen Formen zu denken. Auf dem vereinigten Landtage, der auf eine abweichende Tendenz angelegt war, haben wir doch gesehen, daß nicht allein die Gegner der königlichen Prärogative, sondern ihre Verfechter selbst gleichsam unwillkürlich in diese Bahn geriethen. Dazu kommt, daß in den gerichtlichen Instituten am Rhein Ideen eine gesetzliche Macht haben, die mit dieser Ordnung des Staates harmoniren, nicht aber mit der alten. Wäre aber auch über dies alles wegzukommen, so läge ein entscheidender Grund dafür in dem Verhältniß zu Deutschland. In den südwestlichen deutschen Ländern ist das constitutionelle Wesen gleich bei ihrer ersten Gestaltung gepflanzt worden und zwar als Sache der gesetzmäßigen Freiheit; es hat Wurzel geschlagen, weil es die einzige Schutzwehr gegen die Willkür kleiner Regierungen darbot. Selbst in Baiern verdankt der Protestantismus die Erhaltung in seinen Rechten den constitutionellen Formen. Man kann dies nicht rückgängig machen, noch auch ignoriren; es wirkt vielmehr unaufhörlich auf Preußen zurück. Um es zu würdigen, muß man sich die zweite Frage beantworten.

II. Wie das Verhältniß zwischen Preußen und Deutschland überhaupt zu denken ist. —

Das alte Friedericianische Preußen, aus Einem Gesichtspunkte organisirt, wesentlich norddeutsch-protestantisch, in beschränkten Grenzen,

siegreich, aber von der deutschen Reichsgewalt systematisch bei Seite gedrängt, konnte sich lange Zeit für sich selber fortbewegen; das neue vermag das nicht mehr. Man denke nur an die Presse: ein gemeinschaftliches Preßgesetz muß es geben, und dies muß gleichförmig gehandhabt werden. Dazu wird aber der constitutionelle Staat andere Einrichtungen zu treffen haben, als der Beamtenstaat im alten Sinne, und beide werden nie vollständig zusammenwirken.

Ueberdies aber: bei der Erhebung im Befreiungskriege sind nicht allein die preußischen, sondern auch die deutschen Gefühle aufgerufen worden, und man hat seitdem unaufhörlich daran erinnert. Man hat der Vereinigung mit Deutschland, namentlich bei der Errichtung des Zollvereins, ungeheure Opfer gebracht. Auch liegt ein Theil der Macht und europäischen Bedeutung Preußens in dem Zusammenhang mit Deutschland; man kann nicht wieder zurücktreten, man kann sich nicht ausschließen. Oesterreich kann es und scheint es in diesem Augenblicke zu wollen; Preußen kann es nicht wollen, noch auch ausführen. Die Frage ist nun: darf und soll Preußen, wovon wieder so viel und so ernstlich geredet wird, nicht vielleicht in diesem Augenblick das Kaiserthum annehmen?

Versteht man unter Kaiserthum eine unbeschränkte Gewalt mit revolutionärer Tendenz, so würde die Annahme einer solchen Macht die Grundlage der eigenen einheimischen zerstören. Man darf aber nicht Kaiserthum und empire verwechseln. Das deutsche Kaiserthum ist seiner Natur nach conservativ, ist es immer gewesen und wird es wieder sein. Wenn die höchste Gewalt in Deutschland nicht einen Uebergang zu republikanischem Umsturz bilden will, so muß sie sich entschließen, die Selbständigkeit der einzelnen Staaten und den Begriff des deutschen Fürstenthums anzuerkennen. Es giebt einige große gemeine Anliegen, welche nothwendig erledigt werden müssen. Das Amt einer höchsten Gewalt in Deutschland kann vernünftiger Weise nur sein, dieser sich anzunehmen und sie durchzuführen. Die Frage ist, ob man den Einfluß, der aus der Leitung dieser allgemeinen Angelegenheiten entspringen muß, selbst ausüben oder ihn anderen überlassen will. Ich höre einwenden, daß, wenn das Letztere geschähe, das natürliche Selbstgefühl Preußens sich in dem Lande um so energischer regen würde. Ich bekenne, daß das sehr möglich ist, und es könnte zum Trost gereichen, wenn das Bemühen mißlänge; aber dadurch würde es noch nicht gerechtfertigt sein, von vornherein Verzicht zu leisten. Man bedenke nur, daß zu wirklicher Absonderung von Preußen, ohne welche jenes Selbstgefühl keinen Werth hätte, die Aufhebung des

Zollvereins erforderlich wäre, die unmöglich ist. Man hat nur die Wahl, Einfluß auszuüben oder zu erfahren. Soll nun aber Preußen die erste Stelle übernehmen, so tritt noch eine andere Rücksicht ein, daß es nämlich dadurch in Mißvernehmen mit seinen auswärtigen Verbündeten gerathen könnte. Ich fürchte dies nicht, wenn es ohne Ehrgeiz, mit Wahrung aller haltbaren Rechte der einzelnen Staaten geschieht und als eine Sache der Nothwendigkeit, die es ist, erscheint. Daß der Stärkere sich von dem Schwächeren Gesetze geben lassen soll, läuft wider die Natur der Dinge. Ein gemäßigter, von den Fürsten anerkannter, von dem Volke bewillkommneter Einfluß der stärkeren Macht kann allein der Anarchie steuern und zur Herstellung einer haltbaren Ordnung führen. Auch deshalb aber, um einen solchen ausüben zu können, muß Preußen den Gedanken einer Constitution realisiren. Das constitutionelle Wesen muß nur ohne Vorliebe und ohne Haß angesehen werden, als eine Form, in welcher die jetzigen Menschen nun einmal leben wollen; — man muß die Verfassung so einrichten, daß man dabei bestehen kann.

III. Was bei der Constitution vor allem zu vermeiden ist. —

Wenn man den Gang der englischen Verfassungskämpfe begleitet, so sieht man, daß die Lehre von der Souveränetät des Volkes zwar aufgestellt wurde, aber niemals durchdrang. Bei dem Thronwechsel von 1688, den man dort die Revolution nennt, wollten einige Juristen das Königthum aus dem Urvertrag herleiten; aber man hielt an dem Grundsatz fest, daß die Krone durch die Entfernung Jacobs II. nur erledigt worden sei und an die Prinzessin, seine Tochter, durch Erbrecht übergehe. Von allen Rechten, die sich die Stuarts zuschrieben, hatte das sogenannte dispensirende, das Recht, von den Gesetzen zu entbinden, das böseste Blut gemacht. Die Lords ließen dennoch nicht zu, daß es geradezu abgeschafft wurde, sondern sie brachten in die Bill der Rechte eine Clausel, nach welcher nur festgesetzt werden sollte, wo es nicht stattfinde. Hat doch das Parlament von 1660 sich nicht für befugt gehalten, den geflüchteten König zurückzurufen; er kam aus eigener Gewalt zurück.

Die Idee der Volkssouveränetät bekam zuerst in Amerika, als sich die Colonien gegen den König und gegen das Parlament setzten, Realisation und wurde zur Grundlage der Republik.

Der Nachahmungstrieb von Europa bewirkte, daß man bei den

ersten Stürmen diese Idee aufnahm, ohne jedoch ihre ganze Consequenz zu begreifen, und sich überredete, das Königthum dabei festhalten zu können. Der vornehmste Unterschied zwischen dem gemäßigten, selbst nach englischer Weise sehr beschränkten und dem revolutionär-constitutionellen Königthum liegt darin, daß die königliche Macht hier als Ausfluß des Volkswillens erscheint, dort aber als etwas ureigenes, unabgeleitetes, ursprüngliches. Da der Volkswille wechselt, so bekommt das moderne Constitutionswesen etwas Schwankendes, Unwahres; es hat eine natürliche republikanische Tendenz und behält das Königthum nur bei, weil der Staat dabei leichter bestehen könne. In den neuesten Tagen hat sich nun aber mit dem Begriff der Volkssouveränetät eine sociale Tendenz vereinigt, so daß Alles in Frage geräth, die Einen Alles fürchten, die Andern Alles hoffen. Eine unbedingte Nothwendigkeit ist also, daß dieser Begriff von der neuen Constitution ausgeschlossen bleibe.

IV. Hat derselbe aber in Preußen nicht schon legale Geltung? Noch nicht. —

Das Bestreben der Versammlung ging allerdings dahin, ihm eine solche zu verschaffen. Sie meinte, daß sie auf dem Boden der Revolution stehe — was insofern nicht unrichtig ist, als die Wahlen unter den Stürmen revolutionärer Bewegungen angeordnet und vollzogen waren —, und stürzte ein Ministerium, welches der Revolution zum Trotz an der Legalität der früheren Zustände festhielt. Die Versammlung betrachtete sich als Vertretung des souveränen Volkes, ihre Beschlüsse als Ausdruck des Volkswillens und daher über allen Widerspruch erhaben. Daß dieser Begriff nun in viele der von ihr vorgeschlagenen und angenommenen gesetzlichen Festsetzungen eingedrungen ist, wollen wir nicht bezweifeln. Immer vollständiger aber sollte er in Anwendung kommen, und da er alsdann die weitesten Aussichten auch in socialer Beziehung eröffnete, so gewann ihm dies den Anhang der Massen. Noch aber ist es nicht so weit gekommen, wie sie wünschten. So lange noch von einer Vereinbarung der Verfassung die Rede ist, hat die Idee der Volkssouveränetät noch nicht die Herrschaft. Die letzten Ereignisse sind hiefür von der größten Bedeutung. Die Versammlung weigerte sich, die von der Krone gewählten Minister anzuerkennen, und forderte, daß diese aus ihrer Mitte genommen würden. Wäre bloß von gewöhnlichen constitutionellen

Gesetzen die Rede gewesen, so wäre noch nicht so viel darauf angekommen; da es aber die Vereinbarung der Verfassung galt, so war die Frage entscheidend. Wofern die Krone die Minister nach dem Dafürhalten der Majorität ernannt und sie als von derselben abhängig anerkannt hätte, so würde sie damit ihre Selbständigkeit als contrahirender Theil aufgegeben haben. Das Recht, zu constituiren, wäre einseitig in die Hände der Versammlung übergegangen; die Nation, als deren Vertreter sie sich betrachtete, wäre souverän geworden und hätte über die Befugnisse der Krone zu entscheiden gehabt. Die Frage war also zwischen der Volkssouveränetät, wie sie in Amerika, Frankreich, Belgien in verschiedenen Stadien praktisch gewesen ist, und dem auf eigenem Rechte beruhenden, wenn auch beschränkten Königthum, zwischen der revolutionären Staatsgewalt und der historisch erwachsenen. Da der Begriff der Vereinbarung und die für denselben nothwendige freie Ernennung der Minister festgehalten wurde, so rettete damit die Krone ihr unabhängiges Recht. In dieser Beziehung ist die Erklärung der öffentlichen Stimme zu Gunsten der Krone unschätzbar. Die öffentliche Meinung im preußischen Staate hat sich wenigstens von dem Begriffe der Volkssouveränetät, den die Versammlung so offenbar realisiren wollte, mit Entschiedenheit abgewendet. Die Unabhängigkeit der Krone ist jetzt zugleich als eine Forderung der Nation zu betrachten. Das absolute Königthum war von der Krone selbst aufgegeben; die absolute Volksherrschaft hat die Nation selbst verschmäht. Ein wirkliches Verständniß ist nun erst möglich.

V. Welches wäre nun die Hauptbedingung zu einer haltbaren Constitution? —

Wenn man eine Versammlung bekäme, welche von allen aus der einseitigen Auffassung der vermeinten Revolution entspringenden Ansprüchen abstrahirte, so wäre es ohne Zweifel das Beste, das Werk der Vereinbarung fortzusetzen oder vielmehr erst im rechten Sinne anzufangen. Die Bestunterrichteten scheinen dies aber nicht für möglich zu halten und ziehen vor, eine Verfassung auf dem Grunde der gemachten Vorlagen und Entwürfe geradezu zu verleihen. Gewiß hat das Vieles für sich, da das Bestehen eines Oberhauses und die neu befestigte Macht der Krone, auch wenn viele von den alten Mitgliedern wieder gewählt werden, ein gedeihlicheres Ergebniß hoffen lassen. Nur

darf auch hiebei nicht zugelassen werden, daß der Begriff der Volkssouveränetät Geltung erlange, oder die Versammlung sich als die Vertretung der Gesammtheit betrachte. Wir wollen jedoch hierauf nicht weiter eingehen, sondern nur nach freier Ueberzeugung einige Grundsätze aufstellen. Wir behaupten vor allem, daß das allgemeine Stimm- und Wahlrecht beseitigt werden muß. Würde man ein solches in England bewilligen, so würde die Verfassung des Landes nicht einen Tag länger bestehen. Arbeiter und Irländer würden die Regierung in die Hand bekommen. Ist es doch selbst in Amerika nicht in vollem Umfange realisirt. Fünf Farbige gelten nur so viel als drei Weiße; aber es wäre den Farbigen überhaupt nicht zu rathen, in die Versammlung zu kommen: nur für die Herrschenden gilt die Gleichheit. Glücklicherweise haben die großen Massen kein eigentlich politisches Interesse; sie suchen Erleichterung ihres Zustandes, sie wollen vor allen Dingen ihren Lebensunterhalt gesichert sehen. Wenn wir es sagen dürfen, so haben sie hierauf in dem preußischen Staate noch einen gegründeteren Anspruch als irgendwo sonst, und zwar wegen der allgemeinen Dienstpflicht. Denn wer mit seinem Leben dem Staate dient, hat auch für seinen Unterhalt ein Anrecht an denselben. Die gesundeste Politik räth, diesen Anspruch zu befriedigen. Denn in der That ist es gefährlich, Jahr für Jahr die gesammte junge Bevölkerung in den Waffen zu üben und hernach einen großen und vielleicht den körperlich kräftigsten Theil derselben von sich zu stoßen und der Agitation der Feinde aller Ordnung zu überlassen. Entweder muß man die Nichtbesitzenden von der Dienstpflicht ausschließen, oder sie durch Aussicht auf nährende Beschäftigung auch für die Zukunft dem Staate verpflichten. Da das erste nicht angeht — denn es würde die Kriegsmacht schwächen —, so bleibt nichts übrig als das zweite. Der Gedanke ergiebt sich, daß der Staat unter gewissen Bedingungen, namentlich mit sorgfältiger Wahrung der privaten Thätigkeit, die Arbeit organisiren und vielleicht das Recht auf Arbeit anerkennen sollte. Man könnte sich denken, daß der Staat besonders die zum Kriegsdienst fähigen Arbeiter während des Friedens unter militärischer Organisation beschäftigte. Gerade wie einst das Soldatenwesen aus dem freiwilligen Zulauf in ein geordnetes Zusammentreten überging, so müßte jetzt die Thätigkeit der Handarbeiter regularisirt werden. Man könnte Arbeiter-Cohorten bilden für die Anzahl der noch erforderlichen öffentlichen Bauten, Stromregulirung, Landesurbarmachungen u. s. w. u. s. w. Politische Rechte dagegen

könnten dem Nichtbesitzenden nur in geringem Maß eingeräumt werden; wie die römische Republik aus der ganzen Masse der Proletarier nur eine Centurie bildete von 193, welche zu stimmen hatten.

4.

Entwurf. 5. December 1848.

„Was Mein getreues Volk seit Monaten als unvermeidlich vorausgesehen und oft gefordert hat, das können Wir endlich nicht länger verschieben.

In Folge eines Wahlgesetzes, das nicht unbeschränkter sein konnte, trat eine Versammlung ins Leben, von der Wir die Gründung einer Verfassung hofften, welche die Größe und Macht, das innere Gedeihen und die Freiheit Unseres Vaterlandes auf immer befestigen sollte. Jedermann weiß, daß die Thätigkeit dieser Versammlung zu dem Gegentheile geführt hat: Auflösung der inneren Ordnung, Störung der allgemeinen Wohlfahrt, Verfall Unseres Ansehens, Herabwürdigung des preußischen Namens. Wäre es nach dem Sinne der Mehrheit dieser Versammlung gegangen, so würde eine allgemeine Gesetzlosigkeit das Land in offenbaren Ruin geführt haben. Noch zur rechten Zeit sind Wir dem entgegengetreten. Aber um einen gesetzlichen Zustand zurückzuführen, sind Wir auch zu positiven Maßregeln genöthigt. Wir schreiten dazu, diese Versammlung, die ihren Beruf nicht erfüllt hat, aufzulösen und für Uns allein zu verfügen, was Wir mit ihr zu vereinbaren beabsichtigten. Um einen einigermaßen haltbaren Zustand herzustellen, proclamiren Wir eine Verfassung, von der Wir überzeugt sind, daß sie den Wünschen Unseres Volkes im Allgemeinen genugthut. Wir sehen Uns dabei in der schmerzlichen Nothwendigkeit, neue Opfer zu verlangen. Diejenigen, welche davon betroffen werden, mögen berücksichtigen, daß auch Wir Uns deren auferlegen. Das Wohl Unseres Volkes, in den Stürmen der Zeit aufs Höchste gefährdet, muß Uns über Alles gehen. Wenn Wir versprochen, Uns

mit dem Volke über eine Verfassung zu vereinbaren, so nehmen Wir dies nicht zurück. Jeder Punct der von Uns gegebenen Verfassung soll einer Revision durch die neue Versammlung unterworfen werden.

Wir hoffen zu der altbewährten Treue Unseres Volkes, von der Wir in den letzten Tagen zahlreiche neue Beweise erhalten haben, daß es die Reinheit Unserer Absichten erkennen und Unserem Vertrauen durch die Wahl verständiger, gemäßigter und dem Vaterlande ergebener Männer entgegenkommen werde."

5.

Ende März 1849.

I. Wie der Deutsche Bund entstand. —

Im Jahre 1814, nach dem Sturze des Rheinbundes, sind zur Einrichtung der deutschen Verhältnisse hauptsächlich zwei Vorschläge gemacht worden; der eine war: das Reich wiederherzustellen. Man hätte an den letzten legalen Act, den Reichsdeputationshauptschluß vom Februar 1803, angeknüpft, den einzelnen Staaten so viele Stimmen zugetheilt, als die ihnen zugefallenen Territorien früher besaßen, die Formen der alten Verfassung mit den veränderten Zuständen combinirt. Diese Verfassung würde gothisch-altväterisch gewesen sein, aber in unmittelbarer Verbindung mit der Vergangenheit erhalten haben. — In dem Pariser Frieden wurde jedoch festgesetzt, daß in Deutschland nicht das Reich erneuert, sondern ein Bund eingerichtet werden sollte.

Hierauf kam es zu einem zweiten Vorschlage: man wollte sieben Kreisoberstenämter einführen, von denen Oesterreich und Preußen je zwei, Baiern, Würtemberg, Hannover je eines haben sollten. Der Rath dieser Kreisobersten sollte die executive Gewalt, das Recht über Krieg und Frieden besitzen; neben ihm sollte ein Ständerath aus den Fürsten und freien Städten, mit Theilnahme der Mediatisirten, die legislative Gewalt ausüben. Darin hätte eine Analogie mit den alten Reichs-

collegien und dadurch mit den alten Zuständen im Reich überhaupt gelegen. Es ist ein Vorschlag, den Preußen unter verschiedenen Modificationen bis in den Mai 1815 unaufhörlich wiederholt hat. Er war aber nicht durchzusetzen. Weder wollten die mittelgroßen Mächte den kleineren Staaten die legislative Gewalt, noch die kleineren den mittelgroßen einen Antheil an der executiven zugestehen. Den kleineren Fürsten, deren sich im Spätjahr 1814 28 vereinigten, schien es noch immer möglich, wenn nicht das Reich, doch das Kaiserthum zu erneuern und es mit ihrer einmal anerkannten Souveränetät zu combiniren. Oesterreich konnte und wollte jedoch darauf nicht eingehen. Das Kaiserthum fiel weg, und es blieb nur eine Vereinigung der Souveränetäten unter dem Namen der „Bundesversammlung“ übrig, von der man ohne Ungerechtigkeit sagen kann, daß sie ziemlich formlos blieb. Der erste Entwurf, der im December 1814 erschien, von einem österreichischen Staatsmanne (wahrscheinlich Wessenberg) verfaßt, wurde von den kleineren Staaten als ihr eigener angenommen und bildete die Grundlage der Bundesverfassung. Wenn Oesterreich auf das Kaiserthum Verzicht leistete und eine gleiche Berechtigung aller Theilnehmer anerkannte, so gründete es sich jedoch dadurch, daß es der Freundschaft von Preußen gewiß war, einen größeren Einfluß, als ihm das Kaiserthum selbst verschafft haben würde. Die Einrichtungen des Wiener Congresses haben großentheils den Charakter einfacher Berechnung; sie sind durchgreifend, praktisch, trocken, von dem Staatengeiste des 18. Jahrhunderts durchdrungen; — das Werk der Revolution haben sie oft erst recht fixirt. Denselben Charakter hat die Bundesverfassung.

II. Was im deutschen Bunde geschehen ist. —

Die vornehmste Grundlage des deutschen Bundes waren also die Souveränetäten, wie sie sich im Rheinbunde unter dem Einflusse der imperialistisch gewordenen Revolution ausgebildet hatten. Für seinen Bund hatte Napoleon einen Bundestag angekündigt, aber niemals gehalten. Die souveränen Fürsten gewannen unendlich, als ein solcher nun wirklich zu Stande kam. Dadurch, daß sie alte Reichsfürsten und als solche legitim waren, geschah es um so leichter, daß sich der Begriff auch auf die hergestellten Fürstenhäuser, die an dem Rheinbunde keinen Theil gehabt hatten, übertrug. Um diesem imperialistischen Begriff der Souveränetät ein Gegengewicht zu geben,

sprach man im 13. Artikel der Bundesacte die Nothwendigkeit ständischer Verfassungen aus. Es sollten Stände im alten germanischen Sinne sein, ungefähr so, wie sich im Jahre 1815 dem wiederhergestellten Königthum in Frankreich Reichsstände, die von strengen Restaurationsideen durchdrungen waren, beizugesellen suchten. Allein wie das dort hauptsächlich deshalb nicht geschah, weil der König die Napoleonische Administration beibehielt, welche Versuche dieser Art nothwendig von sich stieß, so konnte es auch in Deutschland nur sehr unvollständig in's Werk gesetzt werden. Die modernen Ideen hatten auch hier an dem Begriffe der Souveränetät und der Rheinbundsadministration geistesverwandte Verbündete: man richtete nicht Stände ein, sondern machte constitutionelle Verfassungen, absichtlich mit demokratischen Tendenzen. Zum Theil deshalb, weil die Souveränetät den aufwachenden aristokratischen Bestrebungen gegenüber einen Rückhalt brauchte, namentlich in Würtemberg, — zum Theil aus Motiven des Ehrgeizes: in den territorialen Streitigkeiten zwischen Baiern und Baden suchten die beiden Regierungen einander durch liberale Constitutionen zu überbieten.

So gesellte sich innerhalb des deutschen Bundes zu Souveränetät und Büreaukratie der constitutionelle Begriff, innerlich mit demselben verbunden, äußerlich in unaufhörlichem Kampfe mit ihm. Statt in Deutschland etwas geistig Selbständiges zu pflegen, was unter einer kräftigen und große Interessen verfolgenden Reichsgewalt möglich gewesen wäre, gerieth man unter den Einfluß von Frankreich, wo dieselben Gegensätze aufeinander trafen, nur größer und energischer. Man sage nun, was man wolle, so ist es offenbar, daß die Ereignisse in Frankreich den Gang der Dinge in Deutschland bestimmt und beherrscht haben. Das unvergleichliche Talent, das sich in der französischen Tagesliteratur entwickelte, die gewohnte Nachahmungssucht deutscher Schriftsteller, der Idealismus besonders der mittelmäßigen Geister, die in diesen Dingen den Fortschritt des menschlichen Geschlechtes erblickten, überdies das Ungenügende und Unzusammenhängende in den einheimischen Zuständen, endlich die Repressionen selbst, die doch das Ziel nie erreichten, — alles dies bewirkte eine unaufhörliche Gährung in der Population, und in den Regierenden einen Mangel an Zutrauen zu sich selbst, so daß es, sowie die Gelegenheit eintrat, zu einem allgemeinen Umsturze kam.

Die Revolution von 1830 bewirkte, daß die constitutionelle Strömung auch die Länder ergriff, in welchen bisher das Alte noch mit Absicht festgehalten worden: Hessen, Hannover, Sachsen. Welch

einen Sturm erregte der Versuch des Königs von Hannover, auf der constitutionellen Bahn einen Schritt zurückzuthun!

Eine Conception von altgermanischer Tendenz waren die preußischen Provinzialverfassungen; aber entweder konnten sie nicht recht zur Anerkennung kommen, oder sie schlugen ebenfalls den constitutionellen Weg ein. Auf dem vereinigten Landtage war es schon so weit gekommen, daß der ursprüngliche Gedanke gar nicht mehr begriffen wurde. Die Opposition zog ihre Stärke aus den constitutionellen Begriffen, die als sich von selbst verstehend und als auch hier zu Lande rechtlich begründet angesehen wurden. So konnte geschehen, daß die in ein neues Stadium tretende französische Bewegung im Jahre 1848 auch die beiden großen Mächte erreichte; die übrigen wurden abermals umgewälzt, wie der Vulkan seine Lava in verschiedenen Schichten über die nächsten Ebenen ergießt.

Statt der Gediegenheit und Ruhe, die den deutschen Geist früher auszeichnete, hat er in neuester Zeit etwas Oberflächliches und Fanatisches angenommen.

III. Neue Reichsverfassung. —

In demselben Augenblicke, durch dieselbe Strömung der Geister ist nun auch die Bundesverfassung umgerissen worden; doch hat hiezu noch ein anderes Moment mitgewirkt.

Eine Versammlung von getrennten Souveränetäten konnte niemals das Reich ersetzen und die allgemeinen Anliegen befriedigen. Einiges war hiezu allerdings geschehen; die Schranke, welche die Sonderung so vieler kleiner Gebiete dem Verkehr und der Industrie der Nation setzte, war durch die großherzige und erfolgreiche Politik Friedrich Wilhelms III. gehoben worden. Aber dies war nicht durch den Bund geschehen, sondern durch besondere Associationen; und nur sehr unvollständig war der Zweck erreicht. Noch hat es keiner Unterhandlung gelingen wollen, die Küsten der Nordsee für den Zoll- und Handelsbund zu gewinnen. Der Gegensatz der Gewohnheiten und Interessen, die exceptionelle Stellung Oesterreichs, häufig, namentlich in den militärischen Dingen, der Widerspruch der mittleren Mächte gegen die beiden großen, nicht selten auch der Anspruch der kleineren, z. B. der Hansestädte, ihr Wesen für sich selber zu haben, hinderte

allgemeine durchgreifende Maßregeln, so nöthig sie auch sein mochten. Was war dringender bei dem engen Zusammenhange aller Gebiete durch Literatur und Sprache, als ein gemeinschaftliches Preßgesetz; aber es konnte nie zu Stande gebracht werden. Nun muß man gestehen, daß es sein Verbleiben hiebei durchaus nicht haben konnte. Der Mensch lebt in allgemeinen Ideen, die den Geist nähren, indem er ihnen nachhängt oder sie hervorbringt: wie der Religion, so bedarf er des Vaterlandes. Läßt sich aber erwarten, daß ein Nassauer oder selbst ein Neuwürtemberger im Gefühle seiner neuen und aufgedrungenen Landesgenossenschaft seine Seele befriedigt fühlen sollte? Er gewann weder geschichtlichen Grund und Boden, noch eine Aussicht auf die Zukunft.

Wir wollen den Ueberhebungen der deutschen Nationalität, die in der Literatur gang und gäbe geworden sind, nicht das Wort reden; aber es giebt auch einen gerechtfertigten Ehrgeiz der Nationen, der bei dem bisherigen Zustande von Deutschland für die Bewohner der kleineren Länder nicht befriedigt ward. Das Bedürfniß einer größeren Einheit, welches zugleich ideal und höchst real ist, mag die Bewegung nicht hervorgebracht haben, hat sie aber ungemein gefördert. Aus dem Gefühl dieses Bedürfnisses ist das große Wort der Frankfurter Versammlung hervorgegangen: daß es ein Oberhaupt in Deutschland geben müsse und zwar ein solches, das keine andere als deutsche Interessen habe. Mit dem Worte allein ist es jedoch noch nicht gethan. Kam es darauf an, die Idee zu fixiren und durch Institutionen zu entwickeln, so ist der Versuch dazu sehr mangelhaft ausgefallen. Die Sache gerieth in die Hände entschlossener Constitutioneller, die sich aber untereinander nicht verstanden. Die Frankfurter Constitution ist ein Mosaik von Schwarz und Roth und Weiß und Gelb, wie es der Zufall der Abstimmungen, die Wachsamkeit oder die Hindernisse der verschiedenen Parteien zusammenwürfelten. Da ist ein erblicher Kaiser und daneben ein Wahlgesetz, bei dem eine einigermaßen geordnete Republik nicht bestehen könnte. Man hat die Erklärung „alle Gewalt gehe vom Volke aus" verworfen und doch ein nur suspensives Veto angenommen. Selbst Verfassungsveränderungen sollen nach einem dreimaligen übereinstimmenden Antrag der Legislatur Gesetzeskraft haben; — könnte man nicht auf diese Weise den erblichen Kaiser auch wieder abschaffen? — Das Staatenhaus war erträglich, so lange ein Reichsrath daneben bestand; — den letzteren hat man wieder verworfen und das Staatenhaus gelassen, wie es war, so daß die Selbständigkeit der

einzelnen Staaten keine rechte Gewähr mehr findet. Die Verfassung ist nicht besser als die Grundrechte, welche der Hannöversche Minister Stüve, und als die Militärgesetzgebung, welche der Prinz von Preußen widerlegt hat.

IV. Stellung Preußens. —

Durch den Titel „Verfassunggebende Nationalversammlung" wird man verführt, sie der constituirenden französischen von 1789 gleichzustellen. Allein zwischen beiden ist noch ein ungemeiner Abstand. Den Hauptunterschied zwischen dem damaligen französischen und dem heutigen deutschen Zustande sehen wir darin, daß dort die Armee ihre Pflicht eigentlich nicht gethan hatte, auf die revolutionären Ideen eingegangen war, hier aber die Armeen im Ganzen festgehalten und die Autorität, wo sie gesunken war, wiederhergestellt haben. Nach dem ersten Tag der gelungenen Rebellion ist die legitime Regierung von Frankreich niemals wieder ihrer Hauptstadt mächtig geworden. Als die constituirende Versammlung ihre Beschlüsse erließ, war die Revolution vollkommen durchgedrungen; in Deutschland ist es dahin bei weitem nicht gekommen. Hier giebt es noch geborene Fürsten, die in ihren Territorien Rückhalt und, wie viel sie auch immer verloren, doch noch eine um vieles größere Kraft des Widerstandes besitzen, als etwa die französischen Provinzen und Parlamente. Vor allem giebt es einen König von Preußen und eine preußische Armee. Man darf vielleicht sagen, daß der König Connétable (wie Friedrich II. den König von Preußen nannte) und seine Armee das einzige wahrhaft Existirende in Deutschland sind. Die Armee ist ein Baum aus alter Wurzel, einmal von den Stürmen zerzaust und seiner Aeste beraubt, aber seitdem wieder stark und prächtig emporgewachsen. Die anderen Truppen haben keine solche Geschichte, sie sind zu schwach um Armeen zu heißen; oder auch durch den Eid auf die Verfassung ist ihnen das unvermittelte Verhältniß zu dem Staatsoberhaupte, das die militärische Hingebung erfordert, verloren gegangen. Wir wollen nicht wiederholen, welche Verdienste sich die preußische Armee in der Verwirrung des Landes erworben hat. Den gefährlichen Folgen, welche aus der Verbindung der constitutionellen Ideen mit destructiven Tendenzen entspringen mußten, hat sie allein ein Ziel gesetzt. Hat sie nicht die Versammlung von Frankfurt selber schützen müssen? Das ist die große Lehre des Jahres 1848, daß das constitutionelle

System zu seinem eigenen Bestehen eines unabhängigen und mit eigener Macht ausgerüsteten Monarchen bedarf. Sonst würde die Armee lediglich von den Majoritäten abhängen; diese aber sind schwach und schwankend und können, wie die Sachen heutzutage stehen, leicht destructiv werden. Erst dann, wenn destructive Kammermehrheiten die Armee beherrschen, wird die Revolution in Deutschland zu voller Herrschaft gelangen; erst dann wird eine constituirende Versammlung Rechte ausüben, wie die französiche 1789. Wahrscheinlich aber wird es alsdann weder ein Königthum noch eine constitutionelle Verfassung geben. — Wir wollen die Frankfurter Nationalversammlung nicht zu gering anschlagen; sie ist aus allen Theilen des Vaterlandes zur Beruhigung der Empörungen unter gesetzlichen Formen zusammengekommen; sie hat sich unleugbare Verdienste um die Aufrechterhaltung der Ordnung erworben; — aber wesentliche Macht besitzt sie nicht. Indem sie sich jetzt an den mächtigsten Fürsten wendet und ihm die Krone anbietet, verläßt sie den Kreis des bloß Intendirten und Schattenhaften und tritt in das Gebiet der Realität. Dieser Fürst besitzt noch immer eine Macht von Gottes Gnaden; er steht an der Spitze der größten Armee, er kann mit freiem Entschluß annehmen oder ablehnen, er ist nicht in dem Falle constitutioneller Landesfürsten, die um eine Krone zu behaupten zur Annahme der ihnen gemachten Bedingungen genöthigt sind, — er kann selbst seine Bedingungen aufstellen. Die erste wäre: daß die Verfassung, welche man ihm anbietet, ausführbar sein müßte. — Er hat aber auch noch andere Rücksichten zu nehmen.

V. Rücksprache mit den Fürsten. —

Wenngleich beschränkt und gelähmt, so bestehen doch die Fürsten noch, aus deren Mitte, durch deren Wahl unter mancherlei Formen vor Alters die Kaiser hervorgingen. Wäre das Kaiserthum allein von der Frankfurter Versammlung angeboten, so würde man es niemals annehmen können. Aber auch bei weitem der größte Theil der Fürsten bietet es an. Merkwürdiger Weise sind es dieselben, welche schon im Jahre 1814 das Kaiserthum verlangten, und von denen, wie gesagt, da Oesterreich darauf Verzicht leistete, die Formation des Bundes hauptsächlich ausgegangen ist. Jetzt wenden sie sich an Preußen, weil der Bund von 1815 sich ungenügend erwiesen hat, und sie ohne den Arm der preußischen Armee verloren sein würden.

Soll nun Preußen diesen Schutz gewähren? Ich sollte denken, daran könne kein Zweifel aufkommen. Preußen ist mit allem, was in der deutschen Nation geschieht, in so enger Berührung, daß es unmöglich irgendwo einen Zustand der Verwirrung überhand nehmen lassen darf. Die Unordnung reagirt von den Nachbarstaaten unaufhörlich auf das eigene Innere. Durch den Schutz des Nachbars schützt man sich selber. Dieses Anerbieten der Fürsten aber giebt nun dem neuen Kaiserthum eine um vieles bessere Begründung. Denn auch das gehört zum Begriff desselben, daß der Mächtigere dem Schwächeren Schutz verleiht. Wer sich nicht selber zu schützen vermag, erklärt sich insofern für unfähig, die volle Souveränetät zu besitzen, und muß einen Theil davon demjenigen abtreten, der ihm Schutz und Schirm gewährt. Dies in der Form des Kaiserthums zu thun, sind die Fürsten willig und ohne Zweifel auch berechtigt. Der Pariser Friede hat ihre Unabhängigkeit anerkannt; da sich aber das föderative Band, welches er anordnete, nicht hinreichend gezeigt hat, um die öffentliche Sicherheit zu erhalten, so kann jener Friede sie nicht hindern, einen Theil ihrer souveränen Gewalt demjenigen abzutreten, der dazu den Willen und die Macht hat. Er würde die Pflichten des Bundes übernehmen, also auch in seine Rechte treten. Die Krone, welche von der Nationalversammlung angeboten von zweifelhafter gesetzlicher Geltung sein würde, bekommt von den Fürsten übertragen eine bei weitem legalere Grundlage.

Man braucht mit der Nationalversammlung nicht über den Begriff, von dem sie ausgeht, zu hadern; sie hat die Nothwendigkeit, ein Oberhaupt aufzustellen, erkannt und ihren Beschluß dahin gefaßt; — aber dieser Beschluß ist doch dem Wesen nach nur Vorschlag und Antrag einer an sich schwachen Majorität. Die gesetzliche Grundlage einer neuen Gewalt würde in der Uebertragung einiger, die Souveränetät beschränkender Rechte von Seiten der Fürsten liegen. Welche Rechte sind es nun, die sie abzutreten und zu übertragen geneigt sind?

Im Jahre 1814 haben sie angeboten „Vollstreckung der Bundesbeschlüsse, Einrichtung des Bundesgerichtes und Vollziehung der Urthel desselben, Vertretung nach Außen, Direction der Reichsbewaffnung". Seitdem ist der commercielle Bund entstanden, in welchem Preußen eine so große Rolle spielt. Die Verfassung von Frankfurt fügt die Leitung der Reichsfinanzen und das Recht des Krieges und Friedens hinzu, das der Gesammtheit des Bundes zustand. Auf dieser Grundlage muß eine Gewalt gebildet werden, deren Rechte den Pflichten entsprechen, welche sie übernimmt. Man muß zugleich dem Staaten=

hause eine Anordnung geben, bei welcher die Besonderheit der einzelnen Fürstenthümer und ihrer Landschaften gesichert ist. Einer aus Wahl hervorgegangenen Kammer bedarf man, um eine Majorität der Vernünftigen und Gemäßigten den Tendenzen der Zerstörung entgegensetzen zu können. In der neuen Verfassung müßte alles vermieden werden, was das Dogma der Volkssouveränetät in sich schlösse. Denn für's erste dazu wird das Kaiserthum bestimmt sein, die destructiven Bestrebungen, die sich eben an dieses Dogma knüpfen, in ihrem Laufe zu hemmen, die allgemeine Freiheit gegen die Tyrannei des Radicalismus zu schützen. Welch eine Aussicht bietet sich dar, die Macht noch einmal mit den Ideen der Nation in Einklang zu bringen, wenn sich die Fürsten einem Haupte anschließen und in Uebereinstimmung mit dem gesunden Theil der Nation gemeinschaftliche Sache zur Bekämpfung innerer und äußerer Feinde machen! Die Idee des Kaiserthums fällt wie ein Strahl des Lichts in dieses Chaos.

VI. Beziehung zu dem Auslande. —

Werden aber die auswärtigen Mächte sich nicht von vornherein widersetzen? Wie gesagt, die Errichtung einer centralen Macht in Deutschland lag nicht in den Absichten des Pariser Friedens von 1814. Ein preußisch-deutsches Kaiserthum lag vollends jenseit jenes Gesichtskreises. Wir wissen aber Alle, daß die Verträge von 1814 und 1815 heutzutage nur noch in Bezug auf den Umfang und die Grenzen der Territorien bestehen; — England hat es sogar mit denselben vereinbar gefunden, Belgien und Holland zu trennen, wenn nur Frankreich sich nicht gegen die Niederlande hin erweiterte. Dagegen aber, daß Frankreich seine Regierung zweimal höchst gewaltsam änderte, hat Niemand etwas gethan. Die Constitution von Polen ist aufgehoben worden, der Schweiz hat man eine große Veränderung in ihrem Innern zugestanden, — und den Deutschen allein sollte nicht gestattet sein, da die alte Verfassung sich als unhaltbar erwiesen hat, eine andere den Bedürfnissen mehr entsprechende zu erschaffen? Ganz unzulässig wäre, die deutschen Irrungen zu einer europäischen Frage zu machen, wohin, wie es heißt, ein Antrag von Oesterreich gegangen ist. Das Verdienst wenigstens hatte der alte Bundestag, Anmaßungen dieser Art keinen Raum zu geben. Man erinnert sich, mit welcher Entschiedenheit im Jahre 1834 die Einmischungen von Frankreich und England bei Gelegenheit der Besetzung von Frankfurt zurückgewiesen

wurden. — Indessen fordern doch die europäischen Verhältnisse sorgfältige Berücksichtigung, und vor allem möchte eines zu rathen sein. Der Titel „Kaiser der Deutschen" ist viel zu weit ausgreifend; der Titel, „Deutscher König" würde der Sache besser entsprechen, wenn wir nicht vier andere Könige in Deutschland hätten; Oberkönig hat einen unangenehmen Klang; das Wort Schirmherr ist eine Uebersetzung von Protector und erinnert an Cromwell und Napoleon. Der der Sache entsprechende Titel würde sein „Oberhaupt des deutschen Bundesstaates". Da aber dies zu farblos und prosaisch lautet, so würde man doch auf Kaiser zurückkommen müssen, nur nicht mit dem Zusatze „der Deutschen", was die Curländer, die Schweizer, die Elsässer in sich schlösse, sondern man könnte sagen: „Kaiser des deutschen Bundesstaates", oder noch besser „Kaiser im deutschen Bundesstaate", wie es einst hieß „König in Preußen". Wer nicht in den Bundesstaat eintritt, wird von keinem Anspruch, den der Titel in sich schlösse, berührt.

VII. Eintritt der größeren Fürsten. —

Wäre keine Versammlung wie die Frankfurter da, so würde sich der Bund dadurch haben verjüngen und verstärken lassen, daß man verschiedene Abstufungen in demselben gebildet hätte. Die eine der kleinen Fürsten um Preußen her, im Interesse des ihnen zu gewährenden Schutzes, wogegen sie sich militärische Unterordnungen hätten gefallen lassen müssen. Die andere der größeren, für die Verhältnisse des Verkehrs, der Presse, der Repräsentation nach Außen. Die dritte ein freies, auf gegenseitiger Anerkenntniß der freien Berechtigung beruhendes Bündniß mit Oesterreich.

Da nun aber die Frankfurter Versammlung die Idee, da. Reich herzustellen, ausgesprochen hat, so ist das nicht mehr genügend, und man würde nur dann darauf zurückkommen können, wenn es nöthig würde, von den Beschlüssen der Paulskirche ganz zu abstrahiren. Nimmt man aber den Antrag des Kaiserthums auch nur im Allgemeinen an, und ist dagegen in Frankfurt eine Modification der Verfassung durchzusetzen, so muß ein Mittel gefunden werden, auch die deutschen Kronen in die engere Verbindung aufzunehmen. Daran wäre wohl nicht zu denken, daß sich für die größeren Fürsten besondere Bedingungen aufstellen ließen; aber man kann und muß das Staatenhaus ausbilden und hier den größeren Fürstenthümern nach

ihrem Range und ihrer Macht eine entsprechende Repräsentation und Wirksamkeit verschaffen. Auf die eigentliche Einschließung Oesterreichs in den Bundesstaat muß man aber allerdings Verzicht leisten, und doch muß Oesterreich nothwendig ebenfalls gewonnen werden, schon darum, weil ohne dies die Uebrigen schwerlich herbeizubringen wären.

VIII. Ausgleichung mit Oesterreich. —

Man muß mit Schonung und Nachdruck dem jungen Kaiser folgende Vorstellungen machen. Einmal, daß es unmöglich ist, ohne eine stärkere Centralisation der Gewalt im inneren Deutschland Ordnung zu schaffen, wovon seine eigene Existenz abhängt. Oesterreich hat gut sagen, daß es sich der revolutionären Elemente entschlagen wolle; bis jetzt wird die Feder, die seine Staatsacten verfaßt, noch in sehr liberale Tinte getaucht. Wie will Oesterreich sein Italien regieren als mit politischen Concessionen, wie will es dann ähnliche Concessionen in seinen übrigen Provinzen vermeiden? So ist aber auch in dem inneren Deutschland die Herstellung des Alten für's erste ein Ding der Unmöglichkeit. Man kann nicht wieder auf den alten Bundestag zurückkommen; man muß den Stürmen des heutigen Tages mit Institutionen des heutigen Tages begegnen. — Nun hat Oesterreich ferner die Aufgabe, die Menge seiner Völkerschaften zu politischer Einheit zu verbinden, was unausführbar ist, sowie es seine deutschen Provinzen in Verbindung mit Deutschland läßt. Bis jetzt sind seine Erklärungen über die allgemeine Verfassung der Monarchie und sein Verhältniß zu Deutschland, trotz aller ausgleichenden Worte, meistens in einem inneren Widerspruch gewesen, der wie Machiavellismus ausgesehen hat. Es muß zufrieden sein, wenn das neugestaltete Deutschland in ein unauflösliches Verhältniß zu einem neugestalteten Oesterreich tritt. Ein solcher ewiger und nationaler Bund würde geschlossen werden müssen. In jedem Vertheidigungskriege müßte der deutsche Staatenbund dem Hause Oesterreich zu Hülfe kommen und umgekehrt; jeder Theil müßte das Recht haben, dies zu fordern. Ueberhaupt muß eine andere und zwar offenere Politik ausgeübt werden. Oesterreich hat bisher Italien und Deutschland durch indirecte Mittel zu regieren gesucht und ist dadurch in eine falsche Stellung gerathen. Jetzt kann nur eine directe Macht in beiden Ländern die Ordnung wiederherstellen; in Italien ist es die Aufgabe von Oesterreich, in Deutschland die Aufgabe von Preußen. — So haben einst Friedrich

der Schöne und Ludwig von Baiern die Gewalt des Kaiserthums diesseit und jenseit der Alpen untereinander zu theilen vorgehabt. Da es nicht gelang, so ist das Reich Schritt für Schrit auf beiden Seiten gefallen. Ist es nicht der Mühe werth, den Papst in Rom aufrecht zu erhalten, die Zerstreuung der Heiligthümer der katholischen Kirche zu vermeiden? Jetzt oder nie kann ein festes Verhältniß von Oesterreich zu Rom zu Stande gebracht werden.

Unsere Väter hatten große Gedanken und Gefühle; doch hat es ihnen oft an dem Talent der Ausführung gebrochen; an uns ist es, nach so vielen Jahrhunderten den Doppeladler zu realisiren.

IX. Schluß.

Die Nationalversammlung, der die äußere Legalität so wenig wie ein conservatives Element abzustreiten ist, hat die Kaiserwürde in Antrag gebracht; doch hat sie es nicht dahin gebracht, ohne mit den Elementen der Revolution und dem entschiedenen Radicalismus eine Abkunft zu schließen. Das ganze Bestreben muß dahin gerichtet sein, das Wahre in ihren Beschlüssen zu ergreifen und das Falsche zurückzuweisen. Das Wahre ist: engere Vereinigung der Nation, Verbindung aller conservativen Elemente in dem Gedanken der Freiheit und der Ordnung. — Das Falsche ist: das Uebergewicht der Ideen der Volkssouveränetät, welche die Vergangenheit negiren und die Zukunft mit revolutionärem Despotismus bedrohen.

Die Ueberzeugungen der Menschen scheinen sich wieder dahin zu neigen, daß die fortschreitende Entwickelung der Welt mit den monarchischen Institutionen im Zusammenhange steht, die Republik dagegen, unter der Farbe des Blutes einherschreitend, Alles mit Verderben bedroht. Das constitutionelle System schwankt zwischen beiden. Die Aufgabe ist, es auf eine solche Weise zu fixiren, daß es die schützenden Principien festhält und sich von den destructiven auf immer absondert.

6.

Anfang September 1850.

Verehrter Freund!

Bei unseren historischen Studien haben Sie die Meinung von mir gefaßt, daß ich auch die gegenwärtigen Dinge so, wie sie sind, zu sehen, ihr wahres Verhalten zu erkennen fähig sei. Ich will mit Ihnen darüber nicht rechten und, da Sie es einmal wünschen, wie zwischen Juni 1848 und April 1849 verschiedenemale, so auch jetzt, Ihnen meine Ansicht über die Lage Europas und besonders Preußens anspruchslos mittheilen.

Fünf große Staaten oder Staatengruppen waren es, die durch die Revolution von 1848 entweder umgeworfen oder doch bis auf den Grund erschüttert wurden: Frankreich, die italienischen Länder, die deutschen Bundesstaaten, Oesterreich und Preußen. Ihre Lage im Jahre 1850 hat wieder das Gemeinschaftliche, daß die öffentliche Ordnung in allen wiederhergestellt worden ist, in jedem auf eine andere Weise, in keinem vollkommen. In Frankreich hat sich das Gemeingefühl der besitzenden Klassen dem allgemeinen Umsturze entgegengeworfen; man hat Straßenschlachten gewonnen und Debattengefechte siegreich bestanden. Aber man fühlt das ganze Ungemach, einer stabilen Macht im Innern zu entbehren; man sucht sie unaufhörlich und kann sie nicht erreichen. In Italien und Oesterreich ist Alles durch die Gewalt der Waffen geschehen; die großen Hauptstädte, Prag und Wien wie Mailand und Venedig, tragen alle die Spuren österreichischer Geschütze. Es gereicht Oesterreich zur Ehre, daß es zuerst sich mit Entschiedenheit erhoben, um die öffentliche Ordnung herzustellen; aber man darf nie vergessen, daß es seinen Zweck nicht ohne fremden Beistand hat erreichen können: der ungarische Krieg ist nur mit russischer Hülfe durchgefochten worden. Unter allen diesen Stürmen ist Oesterreich in eine Lage voller Widersprüche gerathen. Es hat sich eine Einheitsverfassung gegeben, nach dem Muster von Frankreich, welche jedoch hier noch unausführbarer ist und die schroffsten Tendenzen der Revolution in sich trägt; zugleich aber stützt es sich auf eine Militärgewalt, welche auf den Principien beruht, die zur Theilung von Polen geführt haben. Es nimmt mit hochtönenden Worten seine

frühere großartige Weltstellung in Anspruch; allein jedermann weiß, daß es nicht mehr ganz sein eigener Herr ist.

Ganz anders Preußen. Hier ist die Herstellung der öffentlichen Ordnung im Allgemeinen auf friedlichem Wege geschehen. Die Elemente, die einander sonst auf das wildeste bekämpften, haben hier zusammengewirkt: das Kriegsheer, indem es auf eine bewundernswerthe Weise festhielt, und das Civil insofern, als die besonnenen Kräfte nach und nach zum Uebergewicht über die den Umsturz Suchenden kamen. Das Gefühl für die Dynastie und deren ruhige Haltung knüpften Alles zusammen. Die Waffen brauchten eigentlich nur gezeigt zu werden, so hatten sie gesiegt; nur an wenigen Stellen, vorübergehend, hat man sie angewendet. Dem König blieb es erspart, seine Hauptstadt mit Kanonen zur Vernunft zu bringen. In diesem Sinne ist auch die neue preußische Verfassung zu Stande gekommen. Sie enthält zwar Manches, was an den revolutionären Ausgangspunkt erinnert; aber die Principien der Monarchie und des Militärstaates sind darin gerettet. Ein noch nie so vorgekommenes Ereigniß, daß eine revolutionäre Bewegung ohne eigentliche Contrarevolution, durch bloßen Umschwung, mit Anerkennung der Hauptgrundsätze des alten Staates, den sie aus den Angeln heben wollte, endigt. Dem vernünftigen Geiste preußischer und deutscher Männer läßt sich zutrauen, daß er das Unhaltbare, das dem Buchstaben nach der neuen Ordnung anklebt, mit der Zeit beseitigen wird. Nur ist dabei noch eine Frage unerledigt geblieben, die für Preußen zwar eine äußere, aber doch so gut wie eine innere ist: die deutsche.

Der deutsche Bund war zertrümmert; mit eigenen Kräften konnten die kleineren Staaten die Bewegung des Umsturzes nicht besiegen. Glücklicherweise befand sich Preußen schon im Stande, den Gefährdeten mit seiner Waffenmacht zu Hülfe zu kommen. Was in Sachsen, Baden, der Rheinpfalz gethan wurde, geschah für alle anderen. Mancher deutsche Thron würde gefallen sein, wenn der König von Preußen den Aufruhr in Baden nicht niedergeschlagen hätte. Doch war dies nur ein Schritt auf dem Wege; man mußte nun darangehen, die auseinandergeworfene öffentliche Ordnung auf festen Grundlagen wieder zu errichten. Mit richtigem Gefühl hielt man hiezu zwei Dinge für nothwendig: ein Bündniß mit den Einzelnen und eine Verfassung für Alle; nicht so glücklich aber, wie diese Gedanken selbst, scheint mir ihre Ausführung. Preußen hatte die ihm dargebotene Kaiserkrone unter anderem auch deshalb abgelehnt, weil die mit der Krone verbundene Verfassung unausführbar erschien. Was ist auf-

fallender, als daß es, indem es einen eigenen Entwurf aufstellte, bei demselben eben diese Frankfurter Verfassung zu Grunde legte? War nicht die erste Auffassung in der That richtiger als die zweite? Denn mit den Frankfurter Bestrebungen waren doch in der That Tendenzen zu radicalen Umwälzungen verbunden, die man nie vollkommen davon geschieden hat und zu scheiden vermochte. Es ist wahr, man hatte die Frankfurter Verfassung in einigen wesentlichen Punkten modificirt; aber wenn man den preußischen Entwurf durchliest, so fühlt man doch allenthalben den Geist der Paulskirche darüber schweben und brüten.

Das Folgerichtige wäre gewesen, das Bündniß auf das Gemeinschaftliche in den Interessen zu gründen und die Verfassung von allen Ideen der Nationalsouveränetät frei zu erhalten. Ueberhaupt mußte der Nachdruck auf dem Bündniß liegen; an dieses mußte sich die Verfassung anschließen. Statt dessen stellte man die Verfassung in den Vordergrund, und da diese alle Selbständigkeiten bedrohte, so konnte der Erfolg nicht gut ein anderer sein, als daß die Mächtigeren, die das Bündniß schon mit Widerwillen geschlossen, sich sobald als möglich von demselben losrissen.

Ich will nicht in Abrede stellen, daß eine Annäherung Preußens an revolutionäre Elemente auch in dieser geschwächten Gestalt ihm eine größere Stellung in der Welt verschaffen könnte; aber die Verbindung müßte resolut, energisch und zur rechten Zeit geschehen. Kein Zweifel, daß man sich damit zugleich der größten Gefahr aussetzte: wenn jemals, so liegt hier der tarpejische Felsen unmittelbar neben dem Kapitol; aber Kühnheit und Macht überwinden Alles.

Wie man die Sachen angegriffen hat, konnte man damit momentanen Beifall gewinnen; vergeblich aber schmeichelte man sich, dadurch mächtiger zu werden. Dies ist ein Irrthum, in den mehrere ausgezeichnete preußische Staatsbeamte gefallen sind. In der That haben die Sympathien mit der Paulskirche nichts als Verlust und Verlegenheiten herbeigeführt. Es hat sich gezeigt, daß die Tendenzen der Einheit doch nicht so stark waren, als man geglaubt hatte; durch die radicalen Anklänge der Verfassung ist es geschehen, daß die Conservativen in den einzelnen Ländern auf den Grundsatz der territorialen Selbständigkeit getrieben worden sind.

Was Oesterreich anbelangt, so hatte es sich durch den 4. März Deutschland gegenüber in die schlechteste Position von der Welt gesetzt. Daß nun aber Preußen seinen Entwurf als den der Reichsverfassung bezeichnete, in der von Oesterreich abgesehen wurde, beleidigte diese

Macht und gab ihr ein Recht. Es hat seitdem alle antipreußischen Bestrebungen um sich gesammelt und wieder einen sehr bedeutenden Einfluß gewonnen.

Sehen wir nur in Norddeutschland um uns her: in welche Lage sind wir gerathen? In einigen Nachbarländern kann man so gut wie nicht mehr regieren. Ein großes Bundesland ist mit Krieg überzogen und mit einer Trennung auf immer bedroht. Eine Lage der Dinge, welche für die Ehre Preußens nachtheilig ist; in den Kreisen, die es unmittelbar berührt und beherrscht, kann es keinerlei Autorität ausüben.

Welch eine Ironie der Einheitsidee: dieser Marsch der badenschen Truppen an dem Saume der Grenzen und Gebirge, dieses Zerwürfniß im Angesicht der Bundesfestungen! Ich weiß nicht, ob Preußen noch Bundesgenossen in Europa besitzt. Rußland ist schon längst, namentlich auch durch die Frankfurter Bestandtheile der Verfassung vom 26. Mai, verstimmt; England widerstrebt in der holsteinischen Sache den deutschen und preußischen Interessen.

So stehen wir also. Finanziell, militärisch, überhaupt in seinem Innern hat Preußen eine anerkennungswerthe und starke Haltung; aber in Europa und Deutschland ist es isolirt und selbst von der öffentlichen Meinung verlassen. Ein englisches Blatt bemerkt, daß es vielleicht nie eine Macht gab, die von allen Seiten so lebhaft angefeindet wurde, als Preußen in diesem Augenblick!

Und nun, lieber Freund, fragen Sie mich, wie aus diesem Labyrinthe herauszukommen sei. Ich gestehe, daß eine Antwort hierauf eigentlich jenseit meiner Befugniß liegt; doch habe ich auch mir die Frage aufgeworfen und trage kein Bedenken, Ihnen meine Gedanken zu äußern.

Nach meinem Dafürhalten kann und muß man noch immer thun, was im Mai 1849 hätte geschehen sollen: das Bündniß, insofern es in seinen Trümmern noch existirt, wieder zusammennehmen, befestigen, ausbilden, die Verfassung aber, die ohnehin unanwendbar geworden ist, umwandeln, hauptsächlich auch von ihren revolutionären Tendenzen reinigen. Die Idee der Nationalsouveränetät wird lächerlich, wo nur noch von der Herbeiziehung eines geringen Theiles der Nation die Rede sein kann.

Für das selbständige Dasein Preußens mag es als ein Glück betrachtet werden können, daß die Verfassung nicht zu Stande gekommen ist. Nicht als ob Preußen durch dieselbe seine Bedeutung nothwendig hätte verlieren müssen; aber die Summe der Macht hätte einen an=

deren Schwerpunkt bekommen, als den erprobten des alten preußischen Wesens.

Jetzt ist es nun nothwendig, an diesem festhaltend ein Bündniß mit denen, welche desselben bedürfen, gleichsam von neuem zu Stande zu bringen. Nachdem so viel von dem Bundesstaate die Rede gewesen ist, so würde es der Reputation schaden, wenn man ihn aufgeben wollte. Wenn ich nicht irre, kann man ihn noch immer zu festem Bestande bringen. Warum sollte man nicht durch gemeinschaftliche Uebereinkunft von jener Verfassung abstrahiren können? Den Fürsten muß erklärt werden, welchen Theil der bisherigen Scheinsouveränetät sie aufzugeben haben und welchen sie behalten können, wenn sie geschützt sein wollen. Ehrenvorrechte, selbst das Recht der Gesandtschaften, besonders in Familiensachen, welche zum Wesen des deutschen Fürstenthums gehören, mögen sie immer behalten; in allen militärischen, commerciellen und politischen Dingen müssen sie sich anschließen. Die legislative Gewalt muß in einer oder der anderen Form bei einem Bundesparlamente sein, dessen Zustimmung, ich weiß nicht ob unbedingt nothwendig, aber doch sehr erwünscht sein wird.

Ich höre Sie einwenden, daß man auf diesem Wege in einen immer unheilbareren Bruch mit Oesterreich gerathen müsse. Ich würde Ihnen das zugeben, wenn es die Meinung Oesterreichs sein könnte, in dem Bundestage, den es reactiviren will, eine Autorität für die innere und äußere Politik der Mitglieder des Bundes aufzustellen. Wäre dies sein Vorhaben, so müßte man selbst einen Krieg darüber wagen; denn da Preußen mit seinen östlichen Provinzen dem Bunde beigetreten ist, so verlöre es seine ganze, durch welthistorische Kämpfe erworbene, für Europa unentbehrliche Selbständigkeit. Auf eine solche Autorität war nun aber der alte Bund niemals berechnet; er war immer ein Verein, der dem Einzelnen eine freie Bewegung vorbehielt; ein Bund, wo Transactionen nothwendig sind, hat für den Mächtigen keine Gefahr. Ich kann nicht sehen, daß der Bundestag und der Bundesstaat ganz unvereinbar wären, wenn man nur in jenem nicht eine starke Centralgewalt sieht und diesen nicht als das Reich betrachtet. Der Zweck des deutschen Bundes ist die Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit; der Zweck des Bundesstaates ist kein anderer. Eben weil der deutsche Bund diesen seinen Beruf nicht erfüllen konnte, ist eine engere Verbindung unter preußischem Schutze nothwendig geworden. So konnten einst die in Bezug auf das Zollwesen gemachten Verheißungen nur durch den Zollverein realisirt werden; der deutsche Bund wurde dadurch nicht gestürzt.

Eine Frage ist noch übrig: worauf man zu dringen hätte, wenn eine definitive Neugestaltung der deutschen Verhältnisse von allgemein nationalem Standpunkte aus in dem Bunde versucht werden sollte. Preußen würde dann ungeheure Ansprüche machen können. Man frage nur nach, welche Stellung den preußisch-deutschen Landschaften zukäme, wenn die alten Formen des Reiches beständen; aber überdies brächte Preußen die östlichen Provinzen hinzu, und sein Verhältniß im Bundesstaate gäbe ihm eine neue Macht. Davon ist jedoch für's erste noch nicht die Rede. Der Bundestag kann nie eine wahrhaft centrale Macht bilden; mit demselben könnte es recht gut verträglich sein, daß man sich aufstellte und das engere Bündniß auf die angegebene Weise zu Stande brächte. Dadurch würde Preußen auch in seinen äußeren Verhältnissen eine seiner inneren Verfassung gleichartige Haltung annehmen. Viele Wünsche, die echt sein mögen, würden dadurch allerdings nicht befriedigt; aber das Unmögliche kann Niemand leisten und sollte Niemand fordern. Die Aufstellung einer großen, nunmehr ganz deutschen, ihrer Selbständigkeit sich bewußten Macht mit dem System des Schutzes, dem sich alle anschließen könnten, wäre für das Zusammenstehen der Nation immer ein großer Gewinn. Noch Vieles ließe sich sagen; doch sei es für ein andermal aufgespart. Ich wünsche nur, daß durch meine Aeußerungen jene Ihre gute Meinung von mir nicht geschwächt sein möge.

7.

Olmütz 1850.

Abgesehen von allen laufenden Streitigkeiten scheint es mir nothwendig, folgende drei Punkte für Preußen zu erreichen:

1. Eine Verbesserung der geographischen und militärischen Lage, welche sich in letzter Zeit als eines großen Staates unwürdig herausgestellt hat. Das Wünschenswertheste wäre die Abtretung derjenigen hessischen und hannöverschen Landesstriche, durch welche die Monarchie

in zwei unzusammenhängende Hälften getrennt wird. Hannover müßte vielleicht anderweit entschädigt werden; und Oesterreich müßte jedenfalls erklären, daß es ein solches Arrangement billige.

Wäre dies nicht zu erreichen, so müßte das Recht der Etappenstraßen auf eine solche Weise fixirt werden, daß dem Gebrauch derselben nie und niemals Eintrag geschehen könnte. Doch ist das Erste besser, weil es die preußische Nation mehr befriedigt.

2. Es wird vorausgesetzt, daß die Union in dem Umfange, wie sie heute besteht, wenigstens in Norddeutschland, aufrecht erhalten werde, was schwerlich ohne eine Verfassung geschehen kann, die nur nicht den Anschein haben darf, Reichsverfassung zu sein oder werden zu wollen. Der König von Preußen müßte eine staatsrechtlich anerkannte Stellung als Oberhaupt derselben erhalten.

3. Da an eine Herbeiziehung der Abgefallenen nicht zu denken ist, für Preußen aber es unumgänglich nothwendig bleibt, einen gewissen Einfluß auf die nächsten stamm- und religionsverwandten Nachbarn auszuüben — wir erinnern nur an die Wichtigkeit der sächsischen Presse —, so kommt Alles darauf an, ob derjenige Antheil an der Centralgewalt, der bei eintretender Parität an Preußen gelangen muß, hinreichen wird, einen solchen Einfluß zu begründen.

Dagegen entlassen wir Baden aus der Union und gewähren Oesterreich in seinem Kreise dieselben Rechte.

Rastatt und Ulm an Oesterreich, Mainz an Preußen, d. h. die Festungen.

8.

Januar 1851.

Bei Betrachtung unserer deutschen Zustände, auch von conservativem Standpunkte aus, würde es ein Irrthum sein, die Auflösung der Bundesverfassung als ein Unglück und als ein Unrecht, die Herstellung derselben als die Gewähr einer ruhigen Zukunft zu betrachten.

Es ist vielmehr eine anerkannte Thatsache, daß diese Verfassung, in der Eile, nach dem Muster des Rheinbundes zu Stande gebracht, in sich selbst an den größten Mängeln litt. Vielleicht der Hauptfehler lag in der ungenügenden Zusammensetzung des Verhältnisses der Stimmen, nicht im Einklange weder mit den früheren Ordnungen des Reiches, noch der neu zu Stande gekommenen Macht der Einzelnen. An dem Vorabende eines Krieges geschaffen, hatte sie vor allen Dingen den Zweck, die Verbindung der Rheinbundsfürsten mit ihrem früheren Protector zu hindern. Sie gewährte diesen eine Selbständigkeit, die niemals mit den großen Interessen der Einheit und des Zusammenwirkens zu vereinbaren, noch für die öffentliche Ruhe heilsam gewesen ist. Man erinnert sich des ewigen Widerstreites der mittelgroßen Mächte gegen die großen, z. B. in den Festungsangelegenheiten. Die Verhandlungen mußten der Natur der Sache nach unendlich langsam gehen. Man sah sich in der unangenehmen Nothwendigkeit, durch indirecte Mittel zu wirken. Indem man die Souveränetät der kleineren Fürsten für ein Mittel hielt, revolutionäre Regungen zu dämpfen, war es gerade diese, welche durch Willkür und Ohnmacht zugleich ein immer wachsendes Mißvergnügen anschürte. Der Haß, den der Bund auf sich zog, rührte vor allem daher, daß die kleinen und selbst die mittelgroßen Regierungen in ihren inneren Verlegenheiten ihre Zuflucht zum Bunde nahmen — z. B. auch Sachsen in Sachen der Presse —, wo man dann häufig ihre Partie ergriff; der Bund wurde zur Polizeianstalt herabgewürdigt. Der Sinn der meisten Bundesglieder ging dahin, von dem Bunde sich schützen zu lassen, ohne doch von ihrer Selbständigkeit etwas aufzuopfern. Wollte man den Bund einfach wiederherstellen, oder auch nur mit einigen nicht sehr tief greifenden Modificationen, so würde man die alten Uebelstände erneuern, sich einer Wiederholung der erfahrenen Unfälle aussetzen. Die mangelhafte Verfassung des Bundes und der Mißcredit, in den er gefallen war, gehören zu den nächsten Ursachen des Umsturzes von 1848. Will man etwas Haltbares zu Stande bringen, so müssen diese Mängel nothwendig beseitigt, namentlich muß das Verhältniß der Stimmen mit dem Verhältniß der Macht in bessere Uebereinstimmung gebracht werden. Vor allem ist dies für Preußen nothwendig. Denn das ist ebenfalls nicht zu leugnen, daß die untergeordnete Rolle, welche sich Preußen im Bunde gefallen ließ, seine Nachgiebigkeit auch in den brennendsten Fragen, z. B. in der hannöverschen Verfassungsfrage, die Theilnahme, die es für den falschen Begriff der Souveränetät zeigte, die ohne Macht gar nichts ist, dazu

beitrug, das Zutrauen, das der vernünftige Theil der ganzen Nation zu dieser Macht haben sollte, zu schwächen. Ich will die damalige Behandlung der deutschen Angelegenheiten mit nichten in Bausch und Bogen verwerfen; jedermann weiß, wie viel z. B. in commercieller Hinsicht von Preußen geschehen ist. Der Fehler lag in der Verfassung, durch welche man von Anfang an in eine nicht angemessene Stellung gedrängt wurde. Denn das ist eben die Wirkung jeder Verfassung, daß sie die Thätigkeit der Betheiligten innerhalb bestimmter Schranken fesselt, die man dann auch beim besten Willen nicht überschreiten kann. Wollte man ganz von der Naturseite her die Ansprüche aufzählen, welche Preußen machen darf, so sind sie ungeheuer. Denn das darf man wohl voraussetzen, daß in einem deutschen Bunde an sich die undeutschen Elemente keine Statt haben sollten. Wenn Oesterreich nur mit seinen reindeutschen Provinzen in den Bund träte, so würde das Gewicht seiner Macht nur gering sein. Alle Deutsche in seinen weitläufigen Provinzen zusammengenommen betragen noch nicht die Hälfte der in Preußen vereinigten. Preußen würde bei der Constituirung eines deutschen Bundes doppelt so viel Ansprüche machen dürfen, als Oesterreich, 3—4 mal so viel als Baiern, 8 mal so viel als jedes der übrigen Königreiche. Abgesehen von allen liberalen Ideen, von Union und Kaiserthum: auf dem Boden der effectiven Macht könnte sich Preußen als das Centrum einer großen deutschen Conföderation aufstellen; die anderen würden als seine Satelliten erscheinen.

Es ist gut, diesen in der Natur liegenden Anspruch, der in sich von demokratischen Sympathien frei ist, hervorzuheben. Wenn in den Conferenzen nichts Annehmbares ausgemacht würde, so würde man sich entschließen müssen, das Bewußtsein davon zu erwecken. Sowie man aber auf Conferenzen eingeht, kann die Durchführung der Naturansprüche in ihrem vollen Umfange nicht mehr in der Absicht liegen. Dafür müßte man den offenen Krieg unternehmen. Die Conferenzen beruhen auf der Ueberzeugung, daß der Krieg in diesem Augenblicke diplomatisch nicht gerechtfertigt, in sich selbst aber durch den Widerstand von ganz Europa und durch demokratische Sympathien höchst gefährlich gewesen wäre, und auf dem Entschlusse, die Ansprüche, die man hat, gemäßigt und auf dem Wege der Unterhandlungen durchzusetzen. Sowie nun aber die Veränderung zu einer Umgestaltung des Bundes von Grund aus werden soll, was sie werden muß, hat diese Unterhandlung ungeheure Schwierigkeiten. Der bisherige Zustand wird immer als der rechtliche betrachtet, da er doch nur ein

älterer factischer Zustand war, eine Auskunft, welche zu ergreifen die zufälligen Umstände jener Zeit veranlaßten. Die rechtliche Frage, z. B. in Bezug auf Modification der Gesetzgebung u. s. w., ist nur die secundäre; die vornehmste und zuerst auszumachende ist die politische. Gegen eine durchgreifende Umgestaltung des Bundes wendet man ein, daß die Verfassung von Europa anerkannt worden sei. Ich wiederhole eine schon früher gemachte Bemerkung, daß in dieser Hinsicht Deutschland nicht strenger gebunden sein kann, als andere europäische Länder, die ihre Verfassung und ihre ganze Position geändert haben. War nicht die Restauration der Bourbons in Frankreich ein gemeinschaftliches Werk? Die Constitution von Polen, der Territorialbestand der Niederlande waren allgemein anerkannt. Den Ansprüchen Europas, die aus der Anerkennung erwachsen, steht der ebenfalls allgemein anerkannte und zuletzt öfter realisirte Grundsatz der Nichtintervention in den inneren Angelegenheiten anderer Länder entgegen. Auch für Deutschland kommt es nur darauf an, daß wir uns untereinander vereinigen. Und da ist nun durch das Olmützer Protokoll der große Schritt geschehen, daß Preußen sich Oesterreich angenähert hat. Die Summe der Annäherung liegt darin, daß Preußen den Boden der rein nationalen Forderung, der ihm ein politisches Uebergewicht in Aussicht stellte, für den Augenblick verlassen, von der Realisation der Naturstellung abstrahirt hat und bereitwillig das alte Verhältniß von Oesterreich und die Verbindung einiger seiner undeutschen oder halbdeutschen Provinzen mit Deutschland anerkennt. Dagegen hat auch Oesterreich anerkannt, den natürlichen Ansprüchen von Preußen Berücksichtigung zu widmen; es hat aufgegeben, seine Ansprüche aus dem Bunde zu deduciren und die Verhandlungen auf das Bundesverhältniß allein zu gründen. Wie die Sachen stehen, läßt sich die Hoffnung fassen, daß die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen zu einem guten Erfolge führen werden. Der vornehmste Widerstand liegt in den mittelgroßen Staaten, nicht allein in dem momentanen Willen der Fürsten und Minister, sondern in den durch den Rheinbund und die Bundesverfassung gebildeten Verhältnissen. Werden sie jemals gutwillig Vorschläge annehmen, durch welche ihre Selbständigkeit gefährdet, ihre Souveränetät beschränkt, ihr Stolz beleidigt wird? Es ist schwer zu glauben. Wenn sich aber Preußen und Oesterreich darüber vereinigen, so würden sie doch auch keine Kräfte haben, zu widerstehen, es wäre denn, sie würden von Frankreich oder von Rußland unterstützt. Zu einer Verbindung mit den Franzosen mag man sich hie und da wohl neigen; aber sie ist doch ein

so kühner, so außerordentlicher Schritt, daß man sich einigermaßen bedenken wird, ihn zu thun. Thäte man ihn doch, so müßten die Waffen entscheiden. Bei weitem höher schlage ich den Einfluß von Rußland an; doch wird sich auch Rußland nicht so leicht bewogen fühlen, einer Einrichtung entgegenzutreten, welche die Gewähr einer ruhigeren Zukunft in sich trägt. Uebrigens liegt eine unbedingte Nothwendigkeit vor. Es scheint unmöglich zu sein, daß ein bloß repressives Ministerium sich in Preußen behauptet; seitdem einmal den Kammern ein gewisser Einfluß auf die öffentliche Gewalt eingeräumt worden, ist die Regierungsgewalt nicht mehr mächtig genug hiezu. Bei der Unterhandlung muß man nie vergessen, daß die Beruhigung der preußischen Nation das Resultat der zu treffenden Bestimmungen sein soll. Bei dem heutigen Zustande der Welt kann ein Volk, das sich von der Gerechtigkeit und Dringlichkeit gewisser Forderungen überzeugt hat, schwerlich mehr regiert werden, wenn seine Führer die Erreichung derselben verhindern wollen. Man darf nie vergessen, daß man eine große, in der Tiefe aufgeregte, ihrer Macht sich bewußt gewordene Nation in die allgemeine europäische Uebereinstimmung wieder aufzunehmen und deshalb zu befriedigen hat, zu befriedigen nicht nach den zufälligen Meinungen des Augenblicks, sondern nach der inneren Forderung der Sache.

Wenn wir nun aber gefragt werden, wie hienach der Bund im Interesse von Preußen neu zu constituiren wäre, so läßt sich hierüber nichts mit Bestimmtheit aussprechen, ehe nicht darüber entschieden ist, ob Oesterreich mit seinem ganzen Länderbestande in den Bund treten soll oder nicht. Wäre das nicht der Fall, so ließe sich noch eher an die Formen der alten Verfassung anknüpfen. Es scheint aber wohl, daß es nicht zu vermeiden sein wird. Dann müssen weitere große Veränderungen daraus folgen.

Die Forderung von Oesterreich, alle seine Besitzungen dem Bunde anzuschließen, rührte zunächst doch daher, daß es die Monarchie mehr nach dem Principe der Einheit construirt hatte, weshalb es unmöglich wurde, einzelne Provinzen von der Einwirkung des deutschen Bundes abhängen zu lassen. Die Monarchie soll sich ganz nach den in ihrer inneren Natur begründeten Grundsätzen bewegen. Wie ist es nun denkbar, daß sich Oesterreich Gesetzen unterwerfen soll, die von einem deutschen Bunde gemacht werden? Ich habe sagen hören, daß man Oesterreich eine exceptionelle Stellung gewähren sollte; aber in einem Bunde müssen Rechte und Pflichten gleich sein. Es wäre anomal und beleidigend, wenn Oesterreich Gesetze machen hälfe, und zwar mit

dem ganzen Einflusse, der ihm immer zu Gebote stehen wird, ohne sich ihnen selbst zu unterwerfen. Oder könnte es nicht auch vermöge seiner besonderen Lage, wenn es sich unterwürfe, Gesetze nöthig finden, die in Deutschland unanwendbar wären und die es demselben aufdränge? Will man glauben, daß ein solches Verhältniß bei einer einigermaßen freien Presse und einiger Bewegung in den Kammern haltbar wäre? Hieraus folgt, daß, wenn Oesterreich mit seiner ganzen Ländermasse in den Bund eintritt, die gesetzgebende Gewalt des neuen Bundes nur beschränkt sein kann. Fahren wir aber weiter fort. Wenn Oesterreich mit seiner ganzen Macht eintritt, so kann das Gleichgewicht nur dadurch einigermaßen erhalten werden, daß dieser ungeheuren Summe von Kräften auch diesseits eine stärkere Macht entgegengesetzt werde. Soll der Antrag von Oesterreich angenommen werden, so muß es auch an Preußen Bewilligungen machen, die seine Macht verstärken können. Zunächst sind dann drei Zugeständnisse in Vorschlag zu bringen:

1. Eine Territorialergänzung, um die große Lücke zwischen den östlichen und westlichen Provinzen auszufüllen, die erst in der jüngsten Zeit zu demüthigenden Erfahrungen geführt hat. Wäre dies durchaus nicht zu erreichen, so würde man wegen der Etappenstraßen eine solche Einrichtung treffen müssen, daß das Recht, sie zu benutzen, zu einer Art von Mitlandeshoheit ausgedehnt würde.

2. Wenn es in dem neuen Bunde zur Bestimmung über die Executivgewalt kommt, so muß diese der Art sein, daß die benachbarten stamm- und glaubensverwandten Länder, Hessen, Sachsen und selbst Hannover, keine Handlung von politischer Bedeutung ohne Einwilligung von Preußen unternehmen können. Je näher sie sich anschließen, desto sicherer wird der Schutz sein, den sie sich von Preußen versprechen können.

3. Die Union der sämmtlichen kleineren Fürsten mit Preußen müßte nicht allein geduldet, sondern verstärkt und befestigt, der König als ihr Oberhaupt officiell anerkannt werden. Die Union ist um so nothwendiger, weil die gesetzgebende Gewalt des Bundes unter den neuen Umständen nicht so stark constituirt werden kann, wie es sonst zu wünschen wäre. Ueberhaupt müßte der Bund nicht als allgemeine Centralgewalt constituirt werden, wenigstens in vielen Punkten eher lockerer gehalten sein; die strengere Vereinigung in commerciellen, juridischen, militärischen und anderen Beziehungen müßte dem besonderen Unionsbündnisse vorbehalten bleiben.

Es muß Oesterreich überlassen bleiben, wie weit es seinerseits

in seinem geographischen Bereiche eine ähnliche Union constituiren kann. Die legere Einrichtung des allgemeinen Bundes giebt auch die Möglichkeit, die mittelgroßen Fürsten einigermaßen zu befriedigen. Es bleibt ihnen dann in ihren Kreisen eine größere Autonomie, so lange sie nicht gerathen finden, diese selber aufzugeben. Vor allen Dingen ist festzuhalten, daß sie sich verpflichten, kein Bündniß mit auswärtigen Mächten einzugehen, der Militärverfassung in derselben Weise Folge leisten wie bisher. Von der Gesetzgebung könnte ihnen Vieles überlassen werden, nur nicht die Presse, da sich deren Wirksamkeit nicht auf ein einzelnes Land beschränkt. Ihre Stellung darf der nothwendigen Einheit keinen Eintrag thun; doch müssen sie dabei bestehen können. Und da nun die Territorialmacht bei den großen Fürsten so bedeutend hervortritt, so ist es billig, daß derselben auch bei den mittelgroßen Fürsten Rechnung getragen werde. Man darf Baiern nicht behandeln, wie Anhalt-Dessau. Ich enthalte mich aber, weiter hierauf einzugehen; die Berathungen in den Conferenzen werden bald zeigen, wie viel sich erreichen läßt. Hier kam es nur darauf an, die vornehmsten Gesichtspunkte aufzustellen. Nur die Ansicht zu äußern sei erlaubt, daß es vor allem nöthig ist, sich mit Oesterreich zu verständigen und zu diesem Ende mit demselben besondere Unterhandlungen zu pflegen. Kann dann eine Uebereinstimmung mit Rußland erreicht werden, so wäre der Erfolg gesichert.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Zur Geschichte
Deutschlands und Frankreichs
im
neunzehnten Jahrhundert.

Von

Leopold von Ranke.

Herausgegeben von Alfred Dove.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1887.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.